Herausgegeben von J. Aretz, R. Morsey, A. Rauscher



ZEITGESCHICHTE IN LEBENSBILDERN



Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts

Band 6

Mit Beiträgen von

Jürgen Aretz
Winfried Baumgart
Roman Bleistein
Günter Buchstab
Gerhard Fittkau
Hans-Otto Kleinmann
Edwin Maria Landau
Rudolf Lill
Wolfgang Löhr
Franz Menges
Hubert Mockenhaupt
Rudolf Morsey
J. Heinz Müller
Hugo Ott
Anton Rauscher
Hugo Stehkämper

Zeitgeschichte in Lebensbildern

Band 6
Aus dem deutschen Katholizismus
des 19. und 20. Jahrhunderts

Herausgegeben von
Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher

Grünewald

Umschlag Kroehl/Offenburg

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie;
detailed bibliographic data are available in the Internet at http://dnb.d-nb.de

ISBN 978-3-402-06116-9
DOI https://doi.org/10.17438/978-3-402-17581-1



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NonCommercial-No-Derivatives 4.0 (CC BY-NC-ND) which means that the text may be used for non-commercial purposes, provided credit is given to the author. For details go to http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/
To create an adaptation, translation, or derivative of the original work and for commercial use,
further permission is required.
Creative Commons license terms for re-use do not apply to any content (such as graphs, figures, photos, excerpts, etc.) not original to the Open Access publication and further permission may be required from the rights holder.

© 2022 Jügen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher. . A publication by Aschendorff Verlag GmbH & Co. KG, Münster
This book is part of the Aschendorff Verlag Open Access program.

www.aschendorff-buchverlag.de

Inhalt

7 *Vorwort der Herausgeber*

9 *Rudolf Lill*
Johannes Kardinal von Geissel (1796–1864)

29 *Hugo Stehkämper*
Benedikt Schmittmann (1872–1939)

50 *Roman Bleistein SJ*
Alfred Delp SJ (1907–1945)

64 *Hugo Ott*
Conrad Gröber (1872–1948)

76 *Wolfgang Löhr*
Johannes Joseph van der Velden (1891–1954)

88 *Edwin Maria Landau*
Reinhold Schneider (1903–1958)

102 *Günter Buchstab*
Andreas Hermes (1878–1964)

115 *Jürgen Aretz*
Hermann-Josef Schmitt (1896–1964)

127 *J. Heinz Müller*
Paul Jostock (1895–1965)

139 *Franz Menges*
Fritz Schäffer (1888–1967)

153 *Rudolf Morsey*
Heinrich Lübke (1894–1972)

171 *Hans-Otto Kleinmann*
Theodor Blank (1905–1972)

189 *Winfried Baumgart*
Adolf Süsterhenn (1905–1974)

200 *Rudolf Morsey*
Peter Altmeier (1899–1977)

214 *Hubert Mockenhaupt*
Elisabeth Zillken (1888–1980)

231 *Anton Rauscher*
Karl Forster (1928–1981)

250 *Anton Rauscher*
Johannes Messner (1891–1984)

Anhang

266 *Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur*
281 *Verzeichnis der in den Bänden 1–6 behandelten Persönlichkeiten*
284 *Personenregister*
290 *Personenregister zu Band 1–6*

Vorwort der Herausgeber

In den bisher publizierten fünf Bänden dieses Sammelwerks, das seit 1973 erscheint, sind insgesamt 92 Persönlichkeiten aus der Geschichte des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert gewürdigt. Mit diesem sechsten Band kommen weitere 17 hinzu, so daß damit nunmehr 109 Lebensbilder vorliegen. Aufgenommen wurden Persönlichkeiten, die die Entwicklung in Politik, Kirche oder Gesellschaft beeinflußt haben und denen im deutschen Katholizismus eine überregionale und zukunftsweisende Bedeutung zukommt.

Der Schwerpunkt des Wirkens der Persönlichkeiten, die in diesem Band dargestellt werden, liegt – sieht man von dem Kölner Kardinal Johannes von Geissel, eines bedeutenden Kirchenfürsten des 19. Jahrhunderts, ab – in der Mitte unseres Jahrhunderts. Sie alle haben die nationalsozialistische Gewaltherrschaft schmerzlich erlebt und erlitten, auch diejenigen, die wie der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber deren Beginn falsch einschätzten. Einige von ihnen waren zeitweise verhaftet, zwei – Benedikt Schmittmann und Alfred Delp SJ – erlebten das Martyrium. Der Band enthält ferner Lebensbilder von Sozialpolitikern und Sozialwissenschaftlern wie Paul Jostock und Johannes Messner; auch der Aachener Bischof Johannes Joseph van der Velden kann diesem Kreis zugerechnet werden. Ihr Wirken greift über die Zäsur von 1945.

Das gilt ebenso für die hier gewürdigten Politiker und Verbandsvorsitzenden Andreas Hermes, Hermann-Joseph Schmitt und Elisabeth Zillken, in anderer Weise auch für Reinhold Schneider, dessen dichterischem Werk in den »bewußten zwölf Jahren« (Theodor Heuss) viele Christen Mut und Hoffnung verdankten.

Der Band umfaßt auch die Würdigung solcher Persönlichkeiten, die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg an der Demokratiegründung sowie am Auf- und Ausbau der Bundesrepublik Deutschland entscheidend mitgewirkt haben. Auf Bundesebene wirkten – als Parlamentarier, Minister bzw. Bundespräsident – Theodor Blank, Heinrich Lübke und Fritz Schäffer, in einem Bundesland Peter Altmeier und Adolf Süsterhenn. An der Umsetzung und Weiterentwicklung der katholischen Soziallehre waren Paul Jostock und Johannes Messner beteiligt, Karl Forster an der Mitgestaltung von Kirche und Gesellschaft.

Das Vorwort des ersten Bandes enthielt einige grundsätzliche Ausführungen über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, speziell in der Geschichte des deutschen Katholizismus, sowie über den Wert biographischer Geschichtsschreibung. Sie war in den stürmischen Jahren innerkirchlichen und politischen Umbruchs nach dem II. Vaticanum und nach dem kulturellen Umbruch Ende der sechziger Jahre strittig geworden. In dieser Hinsicht ist längst eine Wende eingetreten. Sie hat die mit diesen Bänden beabsichtigte Zielsetzung der Herausgeber bestätigt.

Die Reihe »Zeitgeschichte in Lebensbildern« wußte sich von Beginn an einer Traditionslinie innerhalb des deutschen Katholizismus verpflichtet. Gerade deswegen wurde Wert darauf gelegt, die Lebensbilder nicht unkritisch als Lebensläufe bzw. -abläufe anzulegen, sondern jeweils Größe und Grenze der behandelten Persönlichkeiten einzubeziehen. Das ist auch dort geschehen, wo in einigen Fällen die betreffenden Würdigungen aus besonderer persönlicher Nähe und Kenntnis entstanden sind. Dem interessierten Leser werden durch die in den einzelnen Bänden nachgestellten Quellen-, Schrifttums- und Literaturverzeichnisse Hilfen zu eingehenderer Beschäftigung gegeben.

Das Echo, das diese Lebensbilder in Rezension und Kritik gefunden haben, bestätigte und ermutigte die Herausgeber in ihrem Bestreben, die Reihe in relativ kurzen Zeitabständen fortzuführen. Sie wird aber nunmehr mit diesem sechsten Band, jedenfalls vorerst, abgeschlossen. Ein Verzeichnis aller in den sechs Bänden behandelten Persönlichkeiten sowie ein Gesamtregister erleichtern es, die Reihe als Nachschlagewerk zu nutzen. Die Herausgeber danken bei dieser Gelegenheit erneut den Mitarbeitern für ihre bereitwillige Mitwirkung. Unter ihnen – insgesamt 62 Autoren – befindet sich eine erfreuliche Zahl von jüngeren Wissenschaftlern. Nicht nur sie haben erfahren müssen, daß biographische Würdigungen auf begrenztem Raum keine leichte, aber eine reizvolle Aufgabe darstellen.

Die Kenntnis von Leben und Werk historischer Persönlichkeiten ermöglicht ein vertieftes Verständnis der von ihnen erlebten und mitgestalteten Zeit. Damit kann sie Maßstäbe für eine gerechtere Beurteilung auch unserer Gegenwart vermitteln. Die Geschichte des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert besteht nicht aus einer Abfolge von »Helden und Heiligen«. Sie kennt andererseits genügend Namen, denen das Prädikat historischer Größe zuerkannt werden muß und die es, ebenso wie die bekannteren in diesen Bänden dargestellten Persönlichkeiten, verdienen, daß ihre Leistung nicht in Vergessenheit gerät.

Bonn, Speyer und Mönchengladbach, im Juni 1984

Jürgen Aretz, Rudolf Morsey, Anton Rauscher

Johannes Kardinal von Geissel (1796–1864)

Von den fünf Erzbischöfen, die dem 1821 wiedererrichteten Erzbistum Köln im 19. Jahrhundert vorstanden, hat Johannes (von) Geissel am längsten (1841–1864) und in vieler Hinsicht am erfolgreichsten regiert. Das Fundament, das seine beiden Vorgänger auf ganz verschiedene Weise errichtet hatten, war tragfähig. Der aufgeklärte, dabei durchaus von kirchlichem Sinn erfüllte Graf Spiegel hatte das Erzbistum neu organisiert und die Voraussetzungen für die spätere Freiheit der Kirche vom staatlichen Zwang geschaffen; der zelotische und kämpferische Freiherr von Droste-Vischering hatte durch den Bruch mit der Regierung (1837) den Konflikt ausgelöst, der diese Freiheit weitgehend durchsetzte. Auf diesem Fundament konnte Geissel, der zu Ende des Konflikts als »Mann des Friedens« nach Köln berufen wurde, weiterbauen. Er tat es mit solchem Geschick, daß das insgesamt Erreichte später fast ganz als sein Werk galt, wenigstens von der katholischen Geschichtsschreibung als solches hingestellt wurde. Diese hatte allen Grund, ihn zu rühmen: Geissel verkörperte geradezu die ultramontanen Tendenzen straffer geistiger und organisatorischer, ganz neuartig an Rom ausgerichteter Konzentration, die auch den deutschen Katholizismus seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts mehr und mehr beherrschten. Geissel stieg zum Führer des preußischen, gelegentlich des deutschen Episkopats auf, der sich unter seiner Leitung zum ersten Mal zu gemeinsamem Handeln fand. Er wurde der Organisator der Vereinsbewegung, auf der fast ein Jahrhundert hindurch die spezifische Stärke des deutschen Katholizismus beruht hat. Sein Wirken fand in Kirche und Staat gleich hohe Anerkennung. Geissel, der erste Kölner Erzbischof bürgerlicher Herkunft, war auch der erste unter ihnen, der den Kardinalspurpur, der einzige, der zudem den Schwarzen-Adler-Orden getragen hat.

I

Als Sohn einer Weinbauernfamilie wurde Johannes Geissel am 5. Februar 1796 in Gimmeldingen bei Neustadt in der Rheinpfalz geboren. Seine Kindheit und frühe Jugend fielen in die Zeit der französischen Besetzung.

Entscheidend für Geissels geistige Entwicklung wurden die Jahre seines Studiums im Mainzer Priesterseminar (1815–1818). Mainz hatte seinen Glanz als erste Metropole des Reiches in der französischen Zeit eingebüßt; mit Stiftern und Klöstern war auch die Universität untergegangen. An Stelle ihrer Theologischen Fakultät hatte der von Napoleon auf den neu errichteten Mainzer Bischofsstuhl berufene Elsässer Joseph Ludwig Colmar 1804 das Seminar gegründet. Es wurde, bis 1823 von Colmars Freund und Landsmann Bruno Franz Liebermann geleitet, schnell zu einem weit ausstrahlenden Zentrum der kirchlichen Restauration. Colmar (geb. 1760) und Liebermann (geb. 1759) bekämpften die Aufklärung samt dem von dieser angestoßenen kirchlichen Reformismus, die revolutionären Tendenzen wie das Staatskirchentum mit gleicher Unnachgiebigkeit.
Liebermanns Schüler Räß (ebenfalls Elsässer, 1842 Bischof von Straßburg) und Weis (Pfälzer, 1841 Bischof von Speyer), denen Geissel freundschaftlich verbunden war und blieb, haben zudem die auf Erhaltung der alten Autoritäten und auf Unabhängigkeit der Kirche zielende Gesellschaftslehre der französischen Restaurationsphilosophen übernommen. Religiöser Wiederaufbau und kirchliche Freiheit waren, wie die Mainzer glaubten, durch geistige Konzentration und engen Zusammenschluß der Katholiken zu erreichen. Als erste Gruppe im deutschen Katholizismus plädierten sie für die Steigerung der päpstlichen Gewalt; als erste suchten sie die deutschen Katholiken zu einheitlichem Bewußtsein und Handeln zu führen, als erste bedienten sie sich dabei publizistischer Mittel, vor allem der von Räß und Weis redigierten Zeitschrift »Der Katholik«.
In der Auseinandersetzung mit dem »Zeitgeist«, aber ebenso gegenüber Katholiken, die anderen theologischen oder kirchenpolitischen Anschauungen huldigten, nahm der Mainzer Kreis einen kämpferisch-intransigenten Grundzug an. In Liebermanns Umgebung breitete sich, von Rom gefördert, die Verketzerung innerkirchlicher Opponenten aus, welche die Richtungskämpfe im Katholizismus des 19. Jahrhunderts unnötig verschärft hat. In Mainz, wo man der Universitätsausbildung des Klerus abgeneigt war, wurden keine Gelehrten, sondern Seelsorger und Organisatoren herangezogen. Eine Ausnahme bildete in der ersten Generation nur der Dogmatiker Heinrich Klee, der bezeichnenderweise besonders heftig gegen Georg Hermes und dessen Versuch einer Synthese von katholischem Dogma und idealistischer Philosophie polemisierte. Hermes (1775–1831), der im Anschluß an Kant die Theologie auf die Autonomie des sittlichen Vernunftwesens gründete, vom positiven Zweifel ausging und im Nicht-mehr-zweifeln-Können das einzige Kriterium der Wahrheit erblickte, war seit 1819 Theologieprofessor in Bonn, seit 1825 auch Domherr in Köln; Erzbischof Graf Spiegel hat ihn gefördert.

Geissel gehörte zu Liebermanns vertrautesten Schülern; von der Richtigkeit des strengen Kurses seines Lehrers war er wohl grundsätzlich überzeugt. Mitgeprägt wurde er aber von den Erfahrungen seiner konfessionell gemischten Heimat, in die er nach der Priesterweihe 1818 zurückkehrte.

Die bayerischen Behörden waren damals und vollends seit dem Regierungsantritt Ludwigs I. (1825) bestrebt, die katholische Restauration, so lange sie Krone und Staat verbunden blieb, zu fördern, den paritätischen Charakter und die kirchlichen Hoheitsrechte des Staates aber zu wahren. Dieser Politik wußte Geissel, der 1819 Religionslehrer am Gymnasium in Speyer wurde, sich gut anzupassen. Er erwarb das volle Vertrauen des Regierungspräsidenten von Stichaner. Dank dessen Empfehlung wurde er 1822, kaum 26 Jahre alt, in das Speyerer Domkapitel berufen, in das gleichzeitig, von der Münchener Nuntiatur begünstigt, der gleichaltrige Weis eintrat. Die Freundschaft beider wurde seitdem enger, doch blieben charakteristische Unterschiede bestehen. Obwohl Geissel mit seinem Kollegen in der Ablehnung mancher Maßnahmen der in der Aufklärung verwurzelten Bischöfe von Chandelle (1818–1826) und Manl (1826–1835) einig war, beteiligte er sich nicht an dem systematischen Widerstand des darin von Liebermann bestärkten Weis gegen die angeblich zu staatsfreundlichen Bischöfe. Er war fester Mitarbeiter an dem weiterhin von Weis redigierten »Katholik«, vermied aber Schärfen; kirchliche Vorgesetzte und staatliche Behörden blieben ihm gewogen.

Im Ordinariat der Diözese Speyer, die auf Grund des bayerischen Konkordates von 1817 aus den heterogenen Teilen von vier Bistümern gebildet worden war und deren Organisation erst aufgebaut werden mußte, übernahm Geissel das Schulreferat. Erfolgreich vertrat er die katholischen Interessen; Streit mit den Evangelischen wußte er zu vermeiden. 1832 wurde er außerdem zu einem der vier Kreisscholarchen für den mit dem Bistum Speyer zusammenfallenden bayerischen Rheinkreis bestellt. Dem doppelten Aufgaben- und Interessenbereich, der ihm damit von Kirche und Staat anvertraut war, erwies sich Geissel als vollauf gewachsen. Im Mai 1836 ernannte König Ludwig I. ihn unter Übergehung älterer Kapitulare zum Domdechanten.

II

Noch im Herbst 1836 wurde Geissel von Ludwig I. zum Bischof von Speyer nominiert, im Mai des folgenden Jahres erhielt er die päpstliche Bestätigung. Geissels Nomination entsprach der damaligen Kirchenpolitik des Königs; seine Sympathien für die strengkirchliche Erneuerungsbewegung erreichten ihren Höhepunkt. Das Bündnis des Königs mit den Ultramontanen währte allerdings kaum länger als Geissels

Regierung in Speyer; da ihr Streben nach Kirchenfreiheit und engerem Anschluß an Rom mit dem Staatskirchentum und dem Nationalbewußtsein des Königs auf die Dauer unvereinbar war, begann bereits 1842 die Entfremdung.
Schon in den gut viereinhalb Jahren, in denen Geissel Bischof von Speyer war, regierte er recht autoritär. Er glaubte, daß der heterogene Pfälzer Klerus »mit Kraft« geführt werden müsse, und handelte dementsprechend; von unguten Übertreibungen, wie sie jungen Bischöfen nicht selten unterlaufen, hielt er sich nicht frei. Er zog nur wenige Berater heran; obwohl mit den Problemen des Seelsorgeklerus wenig vertraut, bestand er auf strenger Einhaltung der Kirchendisziplin und griff bei Mißständen mit manchmal unnötiger Härte durch, um den Klerus in möglichst weitgehende Abhängigkeit zu bringen. Oft, manchmal unangemeldet, erschien er zu Visitationen; auch überwachte er mit Hilfe einiger Vertrauter den übrigen Klerus. Damals wie später verlangte Geissel absoluten Gehorsam. Mit einer einheitlich gelenkten Phalanx von Pfarrern glaubte er den katholischen Besitzstand wahren und alle als gefährlich empfundenen Strömungen abwehren zu können; die Mainzer Lehren, die er nie durch Vergleich mit denen anderer Schulen erweitert hatte, trugen ihre Früchte.
Zugleich war Geissel bestrebt, durch administrative Leistungen den Geistlichen die Erfüllung ihrer Pflichten zu erleichtern. Er erreichte eine Aufbesserung ihrer Gehälter, straffte und beschleunigte die Verwaltung, errichtete ein Ehegericht und ließ ein Rituale ausarbeiten. In breit gehaltenen Hirtenbriefen wandte er sich an Klerus und Bevölkerung; auch durch feierliche Gottesdienste und betont würdevolles Auftreten versuchte er seine Autorität zu unterstreichen. Er setzte die Gründung eines staatlichen katholischen Lehrerseminars in Speyer durch und errichtete ein Knabenseminar, dessen Schülern eine abgeschlossene kirchliche Erziehung im Sinne der ultramontanen Anschauungen sicher war.
Die Geschlossenheit, die er im Inneren erzwang, benutzte Geissel, um im Bewußtsein eigener Stärke nach außen maßvoll auftreten zu können. Während die konfessionellen Gegensätze infolge der Kölner Wirren allenthalben in Deutschland wieder schärfere Konturen annahmen, blieb Geissel um die Erhaltung des Friedens bemüht. Auseinandersetzungen mit der Regierung ging er sorgfältig aus dem Wege. Wie die meisten bayerischen Bischöfe kam er ihr selbst in der Mischehenfrage, derentwegen 1837 in Preußen der Streit ausgebrochen war, weiterhin entgegen. Erst 1840 entschloß er sich zur vollen Anwendung der kirchlichen Normen, nun freilich mit äußerster Konsequenz: Er erließ die später von ihm nach Köln übertragene Bestimmung, daß das Versprechen katholischer Kindererziehung vor der Einsegnung der Ehe schriftlich abzugeben sei. Im übrigen kam er dem König entgegen,

wo immer das ohne Verletzung kirchlicher Rechte möglich war. Ludwig I., der ihm schon 1839 den Verdienstorden und den damit verbundenen persönlichen Adel verliehen hatte, konnte zufrieden sein.

Geissels Berufung auf den ersten Bischofssitz Preußens ist im Zusammenhang der Kölner Wirren erfolgt, an denen er zunächst unbeteiligt war. Die streng gezogenen Konsequenzen aus der von Gregor XVI. 1835 über die Theologie von Hermes ausgesprochenen Verurteilung und die ebenso strenge Anwendung der kanonischen Mischehengesetze durch den Kölner Erzbischof Droste-Vischering hatten den Streit ausgelöst (1837), der sich zum grundsätzlichen Konflikt zwischen Staatskirchentum und Kirchenfreiheit ausweitete. In dessen Verlauf mußte die preußische Regierung gegenüber der erstmals einheitlich auftretenden und vom Papst unterstützten katholischen Bewegung einen weitgehenden Rückzug antreten.

Nach der Verhaftung Drostes hatte Geissel als einziger Bischof einen gemeinsamen Protest des deutschen Episkopats angeregt. Dieser kam schon wegen der einzelstaatlichen Zersplitterung der Kirche in Deutschland nicht zustande. Geissel hat dann nicht weiter in den Streit eingegriffen; aber gemäß der damals gewonnenen Erkenntnis, daß wirksamer Widerstand gegen staatliche Eingriffe die Einheit des Episkopats voraussetzte, hat er später als Erzbischof von Köln gehandelt.

Der von der politischen Romantik geprägte neue preußische König Friedrich Wilhelm IV. (seit 1840), der mit dem absolutistischen Staatskirchentum brach und ein gleichberechtigtes Bündnis von Staat und Kirche anstrebte, wollte den Kölner Streit in einer für beide Seiten befriedigenden Weise beilegen. In Geheimverhandlungen mit der römischen Kurie kam er den kirchlichen Wünschen weit entgegen. Der König bestand jedoch darauf, daß Droste, der eine Ehrenerklärung bekommen und den erzbischöflichen Titel behalten sollte, nicht nach Köln zurückkehre. Wie in vielen vergleichbaren Fällen erklärte die Kurie im Frühjahr 1841 ihre Zustimmung zu diesem Kompromiß.

Ludwig I., Friedrich Wilhelms IV. Schwager und Freund, der die kirchenpolitische Befriedung in Preußen dringend wünschte und daher mehrmals zu vermitteln suchte, bezeichnete im März 1841 den Bischof von Speyer als sehr geeignet für den schwierigen Kölner Posten. Diesen Vorschlag machte sich der kluge Münchener Nuntius Viale-Prelà zu eigen. Er berichtete über Geissel nach Rom, daß dieser sich zu den »besten Prinzipien« bekenne, dabei sehr geschickt vorgehe, daß er ein Bistum verwalte, in dem ebenso wie in der preußischen Rheinprovinz das Napoleonische Recht weiter gelte, und sich infolgedessen leichter als andere in die Kölner Verhältnisse hineinfinden werde. Auch schien es Viale wichtig zu sein, daß Geissel bisher die

Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nicht auf sich gezogen hatte und daß weder bei den Hermesianern noch den Protestanten Vorurteile gegen ihn bestanden. Der Kardinalstaatssekretär Lambruschini schloß sich diesen Argumenten an.
Friedrich Wilhelm IV. hätte zwar lieber auf dem Kölner Erzstuhl Sailers Schüler Diepenbrock gesehen, der 1846 Fürstbischof von Breslau geworden ist und Geissel an geistiger Selbständigkeit weit überlegen war; aber die Ernennung Diepenbrocks, über den aus strengkirchlichen Kreisen ungünstige Nachrichten nach Rom gelangt waren, ließ sich damals nicht erreichen. Andererseits erhielt auch der König über Geissel die besten Auskünfte. Friedrich Wilhelm IV. ließ daher im Juli wissen, daß er der Berufung Geissels zustimmen werde. Nun erst wurde dieser in die Pläne eingeweiht, die man bezüglich seiner Person in München, Rom und Berlin hegte.
Geissel versuchte zunächst, sich dem schweren Auftrag zu entziehen. Erst beruhigende Zusicherungen Ludwigs über den neuen Kurs der preußischen Kirchenpolitik und ein Appell an Geissels Pflichtgefühl gegenüber Kirche und Vaterland bewogen ihn zu einer Zusage. Vorweg bestand er aber darauf, in Köln sogleich ohne jede Mitwirkung des Erzbischofs Droste zu regieren. Er wollte dem auf den Kanzeln und in den Kirchenblättern weiter hoch gerühmten Bekennerbischof genausowenig Einfluß auf die Leitung seiner Diözese zugestehen wie die preußische Regierung. In Rom fand er dafür Verständnis.
Nachdem der Erzbischof nach langen Gesprächen mit dem Emissär des Papstes, dem Eichstätter Bischof Graf Reisach, schweren Herzens seiner Ausschaltung zugestimmt hatte, einigten sich Preußen und der Vatikan schnell über die Vollmachten Geissels. In dem Notenwechsel vom 23./24. September 1841, der den ersten preußischen Kulturkampf in einer für die Kirche und den Staat befriedigenden Weise beendete, wurde u. a. Geissels Betrauung mit der vollen Verwaltung des Kölner Erzbistums vereinbart; Gregor XVI. ernannte ihn zum Koadjutor Drostes mit dem Recht der Nachfolge und zum Apostolischen Administrator des Erzbistums Köln.
Geissel wollte freilich nur nach Köln gehen, wenn ihm die preußische Regierung die freie Ausübung der bischöflichen Rechte garantierte. Für Geissels Persönlichkeit ist sein Zögern nicht ohne Interesse: Er war gegenüber dem Ruf des Papstes nicht zu dem unbedingten Gehorsam bereit, den er von seinen Untergebenen stets forderte. Erst durch preußische Zusicherungen ließ Geissel sich davon überzeugen, daß die meisten seiner Befürchtungen unbegründet waren und daß er in Köln bezüglich der Mischehen und der Hermesianer freie Hand haben würde.
Bei Gesprächen in Berlin bestand Geissels Haupterfolg darin, daß die Regierung ihm über die mit Rom getroffenen Abmachungen hinaus

das bisher in Preußen unbekannte Recht der missio canonica gegenüber den Theologieprofessoren und Religionslehrern zusprach. Das war von weittragender Bedeutung, besonders hinsichtlich der Professoren. Bei ihrer Ernennung bedurfte es in Zukunft nicht mehr nur der Zustimmung des Erzbischofs. Sie mußten vielmehr nun die Approbation der von ihnen angekündigten Vorlesungen einholen und ihre Tätigkeit einstellen, wenn er ihnen die missio entzog. Geissel hat von seinem extensiven Aufsichtsrecht über die Bonner Fakultät bald den Gebrauch gemacht, der der ultramontanen Doktrin entsprach; seine Gewährung bedeutete auch für das Verhältnis anderer theologischer Fakultäten zu den jeweiligen Bischöfen einen Präzedenzfall. Ferner wurde dem Koadjutor in Berlin ausdrücklich die freie Ausübung der bischöflichen Disziplinargewalt zugestanden. Als einzigen Rest der früheren Kirchenhoheit behielt sich die Regierung die Annahme der aus dem gallikanischen Staatskirchenrecht stammenden appellatio ab abusu vor, d. h. der Anrufung des Staates gegen einen Mißbrauch der bischöflichen Gewalt.

III

Die Zugeständnisse Friedrich Wilhelms IV. gewährten der katholischen Kirche in Preußen größere Freiheit, als sie in sämtlichen anderen Staaten des Deutschen Bundes besaß, Österreich und Bayern nicht ausgenommen; sie leiteten eine dreißigjährige kirchenpolitische Friedensperiode ein, die ihren klarsten rechtlichen Ausdruck in den die Kirchenfreiheit vollends garantierenden Verfassungen von 1848 und 1850 fand.

Trotzdem war Geissels Situation äußerst schwierig, als er am 4. März 1842 die Verwaltung des Kölner Erzbistums antrat. Sein neuer, ausgedehnter Sprengel war ihm so gut wie unbekannt, Klerus und Laien zerfielen in die durch den Streit um Hermes und Droste hervorgerufenen Parteiungen, im Domkapitel und in der Diözesanverwaltung waren wichtige Stellen unbesetzt, vielen seiner neuen Mitarbeiter glaubte Geissel wegen der von ihnen vor und während der Wirren eingenommenen Haltung mißtrauen zu müssen. Unter den Strengkirchlichen waren viele unzufrieden darüber, daß Droste nicht in sein Amt zurückkehrte. Auch blieb abzuwarten, wie die traditionell antikatholische Bürokratie die neue Kirchenpolitik Berlins praktizieren würde.

Geissel suchte die Lage auf seine Weise zu meistern. Alle wichtigen Entscheidungen behielt er sich vor. Wenn er Rat und Stütze brauchte, suchte er sie nicht in seiner Diözese, sondern vorzüglich beim Vertreter des Papstes. Der Münchener Nuntius Viale-Prelà, der in

Deutschland einer der umsichtigsten Vertreter des Ultramontanismus gewesen ist, wurde sein engster Vertrauter. Ihn informierte Geissel fortan regelmäßig über die Lage seiner Diözese, vor wichtigen Maßnahmen versicherte er sich Viales Zustimmung. Die Freundschaft der beiden Prälaten hat Viales Beförderung auf die Wiener Nuntiatur (1845) überdauert. Sie gewährte dem Nuntius direkten Einfluß auf die Regierung des wichtigsten deutschen Bistums und kam dem das ganze 19. Jahrhundert durchziehenden Streben der Kurie, mit Hilfe der Nuntien die den Bischöfen verbliebene Handlungsfreiheit weiter zu beschränken, in besonderer Weise entgegen. Andererseits stärkte die Freundschaft des Nuntius Geissels Stellung in seiner Diözese, besonders gegenüber innerkirchlichen Opponenten; durch Viale konnte er Rom über alle Vorkommnisse in dem von ihm gewünschten Sinne unterrichten.

Die Erhaltung des kirchenpolitischen Friedens hat Geissels Stellung ebenfalls gestärkt. Zum Dombaufest im September 1842, das den auch von ihm fortan energisch geförderten Weiterbau der Kölner Kathedrale einleitete, kam Friedrich Wilhelm IV. nach Köln. Er benutzte das Fest zu einer Manifestation des Bündnisses zwischen Monarchie und Kirchen. Dem erklärten Willen des Souveräns mußte sich die staatliche Verwaltung anpassen. Zwar versuchte sie, die ihr verbliebenen Rechte extensiv zu interpretieren; doch trat Geissel dem mit der ihm eigenen Mischung von Loyalität und Entschiedenheit entgegen. Wenn sich stärkere antikatholische Tendenzen regten, wandte er sich direkt an den König, der des öfteren vermittelte.

Gestützt auf das Vertrauen des Papstes und das Wohlwollen des Königs, begann Geissel mit außerordentlicher Tat- und Willenskraft und organisatorischem Weitblick die Erneuerung des kirchlichen Lebens. Auf zahlreichen Firmungs- und Visitationsreisen trat er in direkten Kontakt zum Klerus wie zur Bevölkerung, deren Mehrheit er geschickt anzusprechen verstand. Er rief zur Versöhnung der Geister auf, bemühte sich jedoch kaum um einen wirklichen Ausgleich. Vielmehr setzte er alles daran, die strengkirchliche Richtung, der die Mehrzahl der Geistlichen angehörte, für sich zu gewinnen. Wie in Speyer führte er ein straffes Regiment, das vorzüglich die nicht zu den Strengkirchlichen gehörenden Priester zu spüren bekamen; schon bald nahm er zahlreiche Versetzungen vor. Auch ordnete er Priesterexerzitien an, deren Programme er festlegte. In Köln bemühte er sich ebenfalls um Einfluß auf die Schulen und Hebung des Religionsunterrichtes, für den er zahlreiche Geistliche abordnete, sowie um die Gründung eines Knabenseminars.

Mit sicherem Blick erkannte Geissel, daß die zur Minderheit gewordene katholische Kirche der organisatorischen Ausweitung und der Aktivierung der ihr verbliebenen Reserven bedurfte. Schon in den

ersten Kölner Jahren begann er mit dem über die Grenzen seiner Diözese hinaus wirkenden Aufbau katholischer Vereine. Bei diesem sich allmählich ausweitenden Werk mußte sich Geissel, der einer von der geistlichen Autorität unabhängigen kirchlichen Aktivität der Laien abgeneigt war, der Mitarbeit qualifizierter Priester und Laien bedienen. Aus der Zusammenarbeit mit ihnen erwuchsen seine größten Erfolge; dabei verstand er es, die von unten aufgestandene katholische Bewegung an sich zu binden und in sein hierarchisches Konzept, das zugleich das Konzept Roms war, einzubeziehen. Die Gründung des Borromäusvereins im Jahre 1844 bedeutete einen vielversprechenden Anfang.
Ebenso hat Geissel noch als Administrator Kontakte zu Kölns Suffraganbischöfen in Münster, Paderborn und Trier aufgenommen; er hat sie intensiviert, nachdem er nach Drostes Tod (19. Oktober 1845) Erzbischof von Köln geworden war. Ihm war es zu verdanken, daß der Metropolitanverband, der seit der Neugründung der preußischen Bistümer nur auf dem Papier bestanden hatte, Leben annahm und die ihm angehörenden Bischöfe verschiedentlich, besonders in kirchenpolitischen Fragen, gemeinsam auftraten. Auch hier nutzte Geissel die veränderte kirchenpolitische Lage; vor 1841 hatte die preußische Regierung gemeinsames Handeln der Bischöfe verhindert. Geissel pflegte darüber hinaus Beziehungen zu den Bischöfen der oberrheinischen Kirchenprovinz; besonders eng blieb sein Verhältnis zu Weis, der, von ihm empfohlen, sein Nachfolger in Speyer geworden war.

IV

Die problematischen Seiten der Regierung Geissels werden in seinem Verhalten zu seinem Domkapitel und zu den Hermesianern sichtbar. Die Kölner Domherren stammten aus der Zeit des Erzbischofs Spiegel und dachten mehr oder weniger wie er. Vom radikalen Kurs des Erzbischofs Droste-Vischering hatten sie sich distanziert und während der Kölner Wirren versucht, einen mittleren, kirchlichen wie staatlichen Interessen besser Rechnung tragenden Weg zu gehen. In der katholischen Öffentlichkeit galten sie darum als Verräter. Daß Geissel dem Kapitel mißtraute, war verständlich. Doch hat er sich nie der Mühe unterzogen, dem Verhalten und den Motiven der Kapitulare unvoreingenommen nachzugehen. Da sie nicht entfernt werden konnten, bemühte er sich, sie zu isolieren und ihren Einfluß durch entsprechende Besetzung der vakanten Kanonikate zu verringern. »Fehlende Menschenkenntnis und schroffes Verhalten« charakterisierte Geissel »im Umgang mit seinen Mitarbeitern« (N. Trippen).
Nur den Domherrn München hat Geissel nach einigem Zögern an sich zu ziehen versucht, obwohl gerade er als Sekretär und Berater Spiegels

bei den Mischehenverhandlungen, die den Grund zu den späteren Streitigkeiten gelegt hatten, kompromittiert war. Allein München war ein erfahrener Kanonist und Verwaltungspraktiker, dazu von robuster Arbeitskraft; auf ihn glaubte Geissel nicht verzichten zu können. Im übrigen brachte er Männer seiner Richtung ins Kapitel, darunter Baudri, den späteren Generalvikar, Weihbischof und Domdechanten. Da bei der Besetzung der in den ungeraden Monaten frei werdenden Kanonikate die Regierung das Vorschlagsrecht hatte und der Erzbischof vor 1848 auch bei der Ernennung der übrigen Domherren das königliche Plazet einholen mußte, wurden jedoch manche Kandidaten Geissels abgelehnt und weiterhin auch Gegner seiner Richtung berufen. Das Kapitel zerfiel schließlich in zwei ungefähr gleich starke Gruppen. Zur Überbrückung der Gegensätze hat Geissel nichts unternommen; nach seinem Tod brachen sie in voller Schärfe wieder auf. Sein Nachfolger Paulus Melchers mußte nach erfolglos abgebrochenen Wahlverhandlungen vom Heiligen Stuhl ernannt werden.

Gegen die im Erzbistum Köln noch ansehnlichen Reste des Hermesianismus ist Geissel alsbald mit unerbittlicher, weder in den betroffenen Personen noch in der Sache selbst begründeter Schärfe eingeschritten. Die letzten Berliner Zugeständnisse ermöglichten dem Administrator solches Vorgehen, das seinen Prinzipien entsprach und ihm – ebenso wie seine Reserve gegenüber den Domherren – die dringend erwünschten Sympathien der Strengkirchlichen eintrug. Ihnen gefiel besonders die für Geissel charakteristische Maxime, daß er in dieser Sache nur das päpstliche Urteil vollstrecken könne. Solcher Autoritarismus war insofern unberechtigt, als das päpstliche Breve die Lehre des Hermes für falsch, nicht aber seine sämtlichen Schüler für unfähig zum Lehramt erklärt hatte, so daß nun sorgfältig zu prüfen gewesen wäre, ob sie an der verurteilten Lehre festhielten oder nicht. Außerdem wäre Hermes' Intention, traditionelle Theologie und zeitgenössische Philosophie miteinander zu verbinden, ernsthafter Erörterung wert gewesen.

Am härtesten ging Geissel dort vor, wo er vor staatlichem Einspruch sicher war. Obwohl die Professoren des Priesterseminars ihre vorbehaltlose Unterwerfung unter das päpstliche Breve gegen Hermes erklärten, wurde einer von ihnen auf eine Landpfarrei versetzt, das gleiche Schicksal traf zwei Repetenten des Bonner theologischen Konvikts. Einem zweiten Seminarprofessor blieb nach Geissels eigenem Zeugnis die Entfernung nur erspart, weil er unheilbar krank war; er ist bald gestorben.

Ernste Schwierigkeiten bereiteten dem Administrator nur die Bonner Theologieprofessoren Braun und Achterfeldt. Sie hatten sich öffentlich von den beiden im Breve ausdrücklich verworfenen Lehren (der positive Zweifel als Grundlage und die Vernunft als oberste Norm der

Theologie) distanziert, jedoch nicht zugegeben, daß alle in dem Breve allgemein bezeichneten Irrtümer tatsächlich in den Schriften ihres verstorbenen Lehrers Hermes enthalten waren. Geissel bestand auf bedingungsloser Unterwerfung unter das Breve und blieb gegenüber allen Gegenvorstellungen der beiden Professoren unzugänglich; er ließ zu, daß ihre charakterliche Integrität und ihr kirchlicher Sinn in Zweifel gezogen wurden. In einem für die Kurie bestimmten Brief beteiligte er sich selbst an Verdächtigungen, deren Unhaltbarkeit er bei pflichtgemäßer Prüfung leicht hätte feststellen können. 1843 erreichte er, daß die beiden ihre Tätigkeit beenden mußten; es verdroß ihn, daß die preußische Regierung sie nur zur Disposition stellte und ihnen Titel und Gehalt beließ. Auf einen erneuten Einspruch der Professoren hin untersagte ihnen Geissel alle geistlichen Amtshandlungen mit Ausnahme des Messelesens.

Das Kölner Priesterseminar, an dem seit 1860 der angesehene Dogmatiker Matthias Joseph Scheeben lehrte, wurde zu einer festen Bastion neuscholastisch-ultramontaner Orthodoxie. Schwieriger war die Erneuerung der Theologischen Fakultät. Nur einen bedeutenden Gelehrten vermochte Geissel nach Bonn zu ziehen, den Dogmatiker Franz Xaver Dieringer, der auch Domherr in Köln und einer der wichtigsten Mitarbeiter des Erzbischofs geworden ist, einer der wenigen, von denen dieser Rat annahm. Bei Dieringer hat sich später gezeigt, daß geistige Entwicklungen nicht autoritär zu lenken sind. Dieringer war eifriger Anhänger des Ultramontanismus, hat aber den extremen Kurialismus der sechziger Jahre offen bekämpft. Nach der Definition der päpstlichen Unfehlbarkeit ist er zwar nicht wie die meisten seiner Bonner Kollegen altkatholisch geworden, hat aber auf sein Lehramt, sein Kanonikat und die Präsidentschaft des Borromäusvereins verzichtet und sich in seine Heimat zurückgezogen.

Geissels Vorgehen gegen die Hermesianer war symptomatisch für seine Gesamteinstellung zu theologischen und philosophischen Lehren, die sich von der Scholastik abkehrten und die Auseinandersetzung mit den Ideen der Zeit aufnahmen. Den zweiten Versuch einer solchen Auseinandersetzung hat im deutschen Katholizismus der Wiener Theologe Anton Günther unternommen. Obwohl er in manchen Bereichen zu einer vertieften Glaubenseinsicht führte, die katholische Theologie wieder in Kontakt zu anderen Wissenschaften brachte und zudem mächtige Fürsprecher im Episkopat hatte, erlitt er das gleiche Schicksal wie Hermes. Von den deutschen Bischöfen forderten am eindringlichsten Geissel und Reisach die globale Verurteilung seines wissenschaftlichen Lebenswerkes, die Pius IX. 1857 aussprach.

Von welchen Überlegungen Geissel sich dabei leiten ließ, hat er in anderem Zusammenhang klar ausgesprochen. Als die Kurie die Bischöfe um ihre Meinung über die von Pius IX. beabsichtigte

Dogmatisierung der unbefleckten Empfängnis Mariens befragte, antwortete der Kölner Erzbischof 1853 uneingeschränkt positiv. Er fügte hinzu, daß von den ihm befragten geistlichen Korporationen nur der Vorstand des Priesterseminars seine Meinung teilte. Die Professoren der Bonner Theologischen Fakultät dagegen betrachteten die in Frage stehende Lehre als pia sententia, auch die Mehrzahl der Kanoniker in Köln und Aachen wünschte keine Definition. Dazu bemerkte der Erzbischof in seinem Votum, daß man über die Einwände des höheren Klerus hinweggehen solle, weil sie ein Erbe des der Mariologie abgeneigten Hermesianismus seien oder auf der Lust am Neuen beruhten; die alte, undifferenzierte Ablehnung der Aufklärung und damit des gesamten modernen Denkens blieb bestimmend! Es gelte, zu den alten, reinen Lehren zurückzukehren. Ebenso kennzeichnend war sein weiterer Hinweis, daß der Seelsorgeklerus und das Volk Maria als Immaculata verehrten. Die Führer des Ultramontanismus wußten die katholischen Massen anzusprechen und einzusetzen; sie haben deren plebiszitäre Zustimmung oft und erfolgreich gegen die Einsprüche einer qualifizierten Minderheit in die Waagschale geworfen.

V

Das Jahr 1848 brachte für Geissels vielseitige Tätigkeiten Einschnitt und Höhepunkt. Die Märzrevolution ermöglichte es der Kirche, den Kampf gegen die noch bestehen gebliebenen staatskirchlichen Beschränkungen aufzunehmen. In Preußen trat Geissel an die Spitze der Bewegung. Er verwarf die von manchen Katholiken erhobene Forderung nach Trennung von Kirche und Staat. Das unter seiner Leitung erarbeitete Programm hielt am herkömmlichen Miteinander der beiden Gewalten fest, soweit das den kirchlichen Interessen zu entsprechen schien. Es forderte die Unabhängigkeit der Kirche, zugleich die Beibehaltung staatlichen Schutzes und rechtlicher Privilegierung für die Kirchen.
Für die weitere Gestaltung der Beziehungen von Staat und Kirchen in Deutschland hat dieses Programm entscheidende Bedeutung erlangt. Für seine Verwirklichung haben sich in den Verfassungsberatungen der Parlamente in Frankfurt und Berlin zahlreiche Katholiken verschiedener politischer Anschauungen eingesetzt, im gleichen Sinne wirkten die von Mainz ausgehenden Piusvereine. Geissel, der die Kräfte so gut wie möglich koordinierte, gehörte dem Berliner Parlament an. Bald verhandelte er auch direkt mit der Regierung, die, weil noch geschwächt und auf Helfer angewiesen, nachgiebiger war als je zuvor. Da im Parlament die Arbeiten nur langsam fortschritten und auf der Linken starke antikirchliche Kräfte auftraten, war dieser Weg realistisch, zugleich war er programmatisch.

Wie die meisten Kirchenführer seiner Zeit war Geissel Anhänger der konservativen Staatsautorität und des Bündnisses von Thron und Altar. Er hatte das Zusammengehen vieler rheinischer Katholiken mit dem politischen Liberalismus mit Zurückhaltung verfolgt. Auch im Revolutionsjahr trat er für die bedrohte Autorität von Krone und Monarchie ein. Für die Dienste, die er dem Staat anbot und erbrachte, stellte er freilich seine durchaus nicht unbilligen Gegenforderungen. Vieles wurde erreicht. Die vom König am 5. Dezember 1848 oktroyierte Verfassung gewährte den Kirchen die freie Ausübung des Kultus, die selbständige Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten, die Abschaffung des Plazet und den fast völligen Wegfall staatlicher Mitsprache bei der Besetzung geistlicher Stellen. Dazu ermöglichte sie die Errichtung kirchlicher Schulen und die Niederlassung der Orden. Die revidierte Verfassung vom 31. Januar 1850 schränkte zwar einige dieser Rechte ein; aber auch weiterhin galten die Kirchenparagraphen der preußischen Verfassung als Magna Charta der Kirchenfreiheit, deren Einfügung in die Verfassung des neuen Reiches Ketteler und das Zentrum 1871 vergeblich forderten.

Noch bevor die Revision erfolgte, nahm Geissel die Verfassungsgarantien voll in Anspruch. Ohne staatliche Mitwirkung errichtete er das Offizialat, ordnete Pfarrexamen und Kirchenkollekten an, regelte die Vermögensverwaltung neu und setzte Baudris Erhebung zum Weihbischof durch.

Die Lähmung der einzelstaatlichen Gewalten beseitigte im Frühjahr 1848 auch die hauptsächlichen Hindernisse, die bis dahin gegen gemeinsame Aktionen des Episkopats bestanden hatten. Von den Führern der aufstehenden katholischen Bewegung forderten mehrere einen Zusammenschluß der Bischöfe, einige ein förmliches Nationalkonzil. Zu ihnen gehörte Geissel; er allein erwies sich als fähig, den Plan, für den es keinen Präzedenzfall gab, wenigstens so weit zu realisieren, wie das bei der durch die politische Lage gebotenen Eile möglich war. Der Zustimmung seiner Suffragane, mit denen er sich zunächst beraten hatte, und einiger anderer Bischöfe war er sicher; er verstand es, die meisten anderen zu gewinnen und die bedeutendsten Theologen Deutschlands, darunter Döllinger, als Berater heranzuziehen; auch einige Laien befragte er. Unter Benutzung ihrer Voten stellte er ein vorläufiges Programm auf, das »den großen Fragen der Zeit« nicht auswich.

Der nunmehr über fünfzigjährige Erzbischof stieß damit in Bereiche vor, die ihm bislang verschlossen geblieben waren. Sein Programm forderte nicht nur die allseitige Formulierung der kirchenpolitischen Forderungen an die Adresse der Staaten, sondern Reform der kirchlichen Verfassung, Disziplin und Verkündigung. Der deutsche Episkopat sollte sich zu einer strukturellen Einheit zusammentun. Dabei

wurde kein Zweifel daran gelassen, daß die neue nationalkirchliche Einheit sich nur gegen staatliche Bevormundung und nicht etwa gegen Rom richtete; im Gegenteil, die wiederherzustellende deutsche Kirche sollte durch engen Zusammenschluß der Bischöfe wie auch durch weitestgehenden Anschluß an den Papst die zur Auseinandersetzung mit den Gegnern notwendige Stärke erhalten. Auch gab Geissel eine Ausdehnung der Rechte des niederen Klerus, stärkere und verantwortliche Teilnahme der Laien am kirchlichen Leben, Intensivierung der Beziehungen zwischen Priestern und Laien sowie stärkere Berücksichtigung der deutschen Sprache zu bedenken.

Es war im wesentlichen das Werk des Kölner Erzbischofs, daß im Oktober 1848 in Würzburg die erste deutsche Bischofskonferenz zusammentrat, an der fast alle Bischöfe der Staaten des Deutschen Bundes persönlich oder durch Vertreter teilnahmen. Geissel wurde zum Vorsitzenden gewählt, die über dreiwöchigen Verhandlungen folgten größtenteils dem von ihm vorbereiteten Programm. In einer umfangreichen Denkschrift, die allen deutschen Regierungen zugeleitet wurde, formulierte die Konferenz ihre kirchenpolitischen Ansprüche. Damit trat der Episkopat an die Spitze der bisher vom niederen Klerus und von Laien geführten kirchlichen Freiheitsbewegung und verlieh ihr dadurch die notwendige Geschlossenheit und Autorität. Nach lebhaften Diskussionen befürwortete die Mehrzahl der Bischöfe auch den nationalkirchlichen Zusammenschluß unter einem Primas sowie zeitgemäße Reformen in Disziplin und Liturgie. Der Papst wurde um die Genehmigung eines Nationalkonzils gebeten, das die von der Konferenz intendierten, teils schon vorbereiteten Beschlüsse erlassen sollte.

Die päpstliche Antwort fiel jedoch negativ aus. An der Kurie, die durch die Revolution im Kirchenstaat in arge Bedrängnis geraten und gegenüber den Umwälzungen des Jahres 1848 recht ratlos war, hatte die neuartige Initiative der deutschen Bischöfe Argwohn und Bedenken erregt; die Kurie hatte sogar versucht, den Zusammentritt der Konferenz zu verhindern. Pius IX., der die Konzentration aller kirchlichen Gewalt in seiner Hand erstrebte, war nicht gewillt, den Bischöfen überdiözesane Verantwortlichkeit zuzubilligen. Auch wurden die Schatten der Aufklärung des Febronius und des Emser Kongresses beschworen – eine gänzliche Verkennung der in Deutschland handelnden Personen (einschließlich Döllingers!) und der seitherigen Entwicklung im deutschen Katholizismus. Das Mißtrauen wurde geweckt und genährt durch den intransigenten Münchener Internuntius Sacconi und den mit ihm eng zusammenarbeitenden Reisach (seit 1846 Erzbischof von München-Freising), der auch in Kirchenverfassung und Kirchendisziplin für straffste Konzentration eintrat. Die nationalkirchlichen Pläne und die liturgischen Reform-

wünsche standen im Mittelpunkt der kurialen Kritik, die sich auf den Konferenzvorsitzenden Geissel ausdehnte. Ausgerechnet über der Würzburger Bischofskonferenz, deren Gelingen eine der größten und in die Zukunft weisenden Leistungen Geissels bedeutete, kam es zur einzigen ernsthaften Beeinträchtigung seiner sonst so guten Beziehungen zu Rom.
Mit der päpstlichen Entscheidung, die ein Nationalkonzil auf spätere Zeit verschob und vorerst die Einberufung von Provinzialsynoden empfahl, hat sich, gleich allen anderen Bischöfen, auch Geissel abgefunden. Es hatte ihnen ferngelegen, eine dem Papst nicht genehme Aktion einzuleiten. Auch war 1849 die nationale Hochstimmung inzwischen in allen Bereichen erheblich gedämpft worden; die Kirche mußte wieder auf der Ebene der Einzelstaaten verhandeln, welche die Kraftprobe der Revolution noch einmal bestanden hatten. Zudem mochte Geissel vor einigen seiner Reformansätze inzwischen selbst zurückschrecken, weil sie dazu beigetragen hatten, die Forderungen des mit seinem selbstherrlichen Regierungsstil unzufriedenen Teiles des Kölner Klerus nach größerer Selbständigkeit zu steigern. Vor allem dürfte der Erzbischof sich in der Ernüchterung, die den großen Hoffnungen des Vorjahres folgte, erst ganz klar gemacht haben, daß die alle Zwischeninstanzen ausschließende organisatorische Konzentration der Kirche eine Konsequenz der auch von ihm für notwendig erachteten geistigen Konzentration war; wer diese wollte, konnte jene schlecht verneinen. Geissel ist nie mehr im Sinne der Würzburger Anregungen aufgetreten; auch der für die gesamtkirchliche Situation symptomatischen, ebenfalls 1849 ergangenen Weigerung Roms, eine Neuauflage des kölnischen Meßbuches zu approbieren, hat er sich gefügt.
Anscheinend wirkte das kuriale Mißtrauen einige Zeit nach. Jedenfalls sollte bei der Kardinalskreation von 1850, die einen ersten, dann lange nicht fortgeführten Ansatz zur Internationalisierung des Heiligen Kollegs bedeutete, aus Preußen zunächst nur Diepenbrock ernannt werden. Viale-Prelàs Intervention bewog den Papst zu gerechter Würdigung der Verdienste Geissels, der daraufhin ebenfalls den Purpur erhielt. Von diesen Differenzen drang nichts nach außen; die glanzvolle Feier, bei der Viale dem neuen Kardinal am 12. November 1850 im Kölner Dom das Birett aufsetzte, wurde eine ungetrübte Demonstration der Führerstellung Geissels.
An seinem Grundsatz, daß wenigstens in der Kirchenpolitik gemeinsames Handeln der Bischöfe erforderlich sei, hat der Kölner Erzbischof festgehalten. Konferenzen mit seinen Suffraganen und einigen anderen Bischöfen fanden im März 1849, im April 1850 und bei seiner Kardinalserhebung statt; in Denkschriften für die Regierung und Anweisungen an ihren Klerus setzten sich die Bischöfe für einheitliche

und der kirchlichen Interpretation entsprechende Ausführung der Kirchenparagraphen der Verfassung in der ganzen Monarchie ein. Auch weiterhin hat Geissel den Zusammenhalt der rheinischen und darüber hinaus der preußischen Bischöfe gefördert und gemeinsame Aktionen angeregt, so gegenüber den sich der Reaktion der fünfziger Jahre einpassenden Versuchen des Kultusministers von Raumer, die Kirchenfreiheit wieder zu beschränken. Das Wort des Kardinals hatte auch Gewicht in den heftigen kirchenpolitischen Auseinandersetzungen, die damals in den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz, besonders in Baden und Nassau, ausbrachen; auch zu kirchlichen Problemen Bayerns und Hannovers hat er Stellung genommen. Weiterhin informierte er regelmäßig Viale-Prelà, der bis 1855 in Wien blieb; über ihn hat er manche römische Entscheidung in deutschen Fragen mitbestimmt.

Die Trübung der Beziehungen zur Kurie war seit der Kardinalserhebung geschwunden; Geissel war fortan und erst recht, seit Reisach als Kurienkardinal nach Rom ging (1855), der mächtigste Vertreter der römischen Prinzipien in Deutschland. Er gehörte zu den wenigen, die an den ersten Vorarbeiten zum Syllabus (1852, 1860) beteiligt wurden; auf die endgültige Redaktion hatte er indessen keinen Einfluß. Die neuen kirchenpolitischen Kämpfe und die an Schärfe zunehmenden Auseinandersetzungen mit dem Liberalismus sowie mit Teilen des Protestantismus bestärkten ihn nur in der Auffassung, daß für die gesamte Kirche »die unbedingte, offene und ehrliche Einheit mit dem Heiligen Stuhl« unerläßlich sei.

Entprechend wirkte er gelegentlich über Deutschlands Grenzen hinaus. So bekämpfte er die Pläne des Pariser Erzbischofs Sibour, der eine Einheitsfront der Bischöfe gegen den in ihre Rechte eingreifenden Kurialismus zu erstellen suchte. Obwohl von stärkerem bischöflichem Selbstbewußtsein erfüllt als die meisten den römischen Prinzipien folgenden Prälaten, wollte Geissel nicht wahrhaben, daß die von Sibour und anderen aufgewiesenen Gefahren tatsächlich bestanden. In seiner Papsttreue bestätigte ihn das Erlebnis seiner einzigen Romreise (1857), bei der ihn Pius IX. mit der allen seinen Anhängern erwiesenen Liebenswürdigkeit empfing und die Kurienkardinäle ihn mit vielseitigen Aufmerksamkeiten behandelten. Vom Glanze Roms war der Kardinal so geblendet, daß er selbst Schattenseiten übersah, die jedes einigermaßen kritische Auge unschwer erkennen konnte, so die strukturellen Schwächen und die rückständige, nur von Prälaten getragene und mit den Oberschichten verfilzte Verwaltung des Kirchenstaates, die dessen Untergang beschleunigen mußten.

Im übrigen war Geissels vielseitige Tätigkeit in den fünfziger Jahren auf ein doppeltes Ziel ausgerichtet: Unter Benutzung der 1848 erworbenen Freiheiten suchte er die errungene Rechtsstellung in Preußen

und besonders in seinem Bistum zu wahren und zu vergrößern. Das religiöse Leben wollte er mit Hilfe der vom Ultramontanismus aufgebrachten oder wiedererweckten Frömmigkeitsformen vertiefen. Nunmehr entstand die größere Zahl der von ihm angeregten oder maßgeblich geförderten Vereine, in denen die Katholiken sich zu kirchlichen, karitativen, kulturellen und geselligen Zwecken zusammentaten, sich dadurch freilich auch aus der Umwelt zurückzogen. Wir nennen nur den wichtigsten von allen, den Gesellenverein Kolpings. Ein Nebeneffekt der Vereinsbewegung ist gerade hier zu erwähnen. Die meisten der neuen Vereine traten unter das Protektorat des Kölner Erzbischofs oder nahmen wenigstens ihren Sitz in seinem Bistum, das dadurch zum organisatorischen Schwerpunkt des deutschen Katholizismus wurde.

Die Orden kehrten, von Geissel gerufen, an den Rhein zurück, allen voran die Jesuiten, zu denen der Kardinal in engere Beziehungen trat, sodann Lazaristen und Redemptoristen; die Franziskaner errichteten neue Stützpunkte. Hinzu kamen zahlreiche weibliche Kongregationen, die in Caritas und Schule wirkten; es entstanden Kranken- und Waisenhäuser, zwei Knabenkonvikte, zudem eine große Erziehungsanstalt für verwahrloste Jugendliche. Geissel führte das »Ewige Gebet«, Sakraments- und Rosenkranzandachten ein und förderte nach Kräften die durch das Dogma von 1854 mächtig angeregte Marienverehrung, desgleichen Wallfahrten, Prozessionen und Kirchenfeste verschiedener Art. Der Konzentration der Bevölkerung in den Städten suchte der Kardinal durch Gründung neuer Pfarren und zahlreiche Kirchenbauten zu begegnen; als wirksamstes Mittel zur seelsorglichen Aktivierung betrachtete er die seit der Aufklärung in Vergessenheit geratenen Volksmissionen, die er mit Hilfe der Orden zu neuer, erst durch den Kulturkampf abgebrochener Blüte brachte.

Die Missionen erweckten und belebten das kirchliche Interesse; bei den anfänglich mißtrauischen Behörden erfreuten sie sich wachsender Beliebtheit, weil die von Geissel umsichtig instruierten Prediger auf die Gefühle der Nichtkatholiken Rücksicht nahmen und besonders in den Industriegebieten auch für die konservative Autorität und gegen Revolution, Sozialismus und Demokratie auftraten. Grundsätzliche Alternativen wußten sie den im Proletariat versinkenden Arbeitern aber nicht zu bieten, wie überhaupt die Leistungen Geissels und seiner Helfer für die Armen sich in den Grenzen herkömmlicher Caritas bewegten; erst Ketteler, der zunächst in vielem mit Geissel zusammenging und allmählich in dessen Führerstellung hineinwuchs, hat diese Grenzen überschritten und die Grundlagen einer katholischen Sozialpolitik gelegt.

Die Krönung der kirchlichen Wirksamkeit Geissels bildete das von ihm nach langjährigen Vorbereitungen 1860 in Köln gehaltene Provin-

zialkonzil, das einzige, das entsprechend der päpstlichen Empfehlung im außerösterreichischen Deutschland stattfand. Außer den Bischöfen und Weihbischöfen der Kölner Provinz nahmen die exemten Bischöfe von Breslau, Hildesheim und Osnabrück teil, so daß das Konzil die Mehrzahl des preußischen und norddeutschen Episkopates vereinigte. Seine umfangreichen Dekrete paßten zur geistigen Entwicklung und zum Stil der Kirche unter Pius IX. Scharf verurteilend, gelegentlich auch lamentierend, wandten sie sich gegen religions- und kirchenfeindliche Strömungen, besonders gegen den Rationalismus, wobei man vorzüglich an das schon indizierte, aber weiter diskutierte Lehrsystem Günthers dachte. Andere Dekrete traten für das unfehlbare Lehramt des Papstes ein und bezeichneten dessen weltliche Herrschaft, die soeben durch den Krieg und die Revolution in Italien (1859/60) stark reduziert worden war, als gottgewollt. Auch aus weiteren Bestimmungen sprechen die damals vorherrschenden kurialen Tendenzen. Offenbar in Erinnerung an den Hermesianismus und in Hinblick auf den Streit um Günther wurden die Theologieprofessoren verpflichtet, römische Lehrentscheidungen widerspruchslos anzunehmen; in der Kirchenmusik sollten fortan Orgel und Choral wieder der Instrumentalmusik und den mehrstimmigen Gesängen vorgezogen werden. Immerhin betonte das Konzil auch die Würde der Bischöfe, die Nachfolger der Apostel sind und als solche das Charisma der Wahrheit besitzen, sowie die Unfehlbarkeit des vom Papst einberufenen allgemeinen Konzils.

Nach 1860 sind keine größeren Anregungen mehr von Geissel ausgegangen. Sein silbernes Bischofsjubiläum (1862) und die Vollendung des Inneren des Kölner Domes (1863) boten Gelegenheit zur Rückschau auf vieles, das erreicht war oder kräftig weiterwuchs. Der Kardinal sah neue Auseinandersetzungen voraus. Von der Richtigkeit seiner Prinzipien und Methoden bis zuletzt überzeugt, erkannte er nicht, daß auch sie zur Verhärtung der Gegensätze beitrugen, die im Jahrzehnt nach seinem Tode in den Kulturkampf einmündeten. Noch trat er an die Spitze des bischöflichen Komitees für die Errichtung einer katholischen Universität, aber seine früher bewunderte und gefürchtete Energie ließ mehr und mehr nach. Ein Krebsleiden verzehrte seine Kräfte. An den großen Feiern, die er zur 700. Wiederkehr der Übertragung der Dreikönigsreliquien im Juli 1864 ausrichten ließ, konnte er selbst nichtmehr teilnehmen. Nach langem Krankenlager ist er am 8. September 1864 gestorben.

VI

Größe und Grenzen Geissels sind die des Ultramontanismus gewesen, den er meisterhaft in die deutschen Verhältnisse hineingestellt hat. Die

katholische Kirche sah sich im 19. Jahrhundert in geistige Defensive und numerische Minorität gedrängt. Seit der Säkularisation war sie in Deutschland ihrer früheren politischen Rückhalte weitgehend, der materiellen Basis fast ganz beraubt; die geistige Führung Europas und damit der Welt war an die von der Aufklärung und der Französischen Revolution begründeten Kräfte übergegangen. Straffe Konzentration und autoritäre Defensive schienen erforderlich. In dieser Lage konnte der Ultramontanismus, der die seit dem Mittelalter fortschreitende, aber zuvor immer wieder durch Gegenkräfte gehemmte papale Kirchenkonzeption verkörperte, die Herrschaft in der Kirche antreten. Mit seinen theologischen und kirchenpolitischen Prinzipien verband er die typischen Reaktionen einer in Defensive und Minorität geratenen Gruppe: sie erhebt die Geschlossenheit zum Ideal, setzt Einheit mit Einförmigkeit gleich und unterbindet Diskussionen, die Unsicherheit im Inneren auslösen und nach außen dringen lassen könnten.
Geissel hat im Rahmen dieser Prinzipien, den er nur einmal, 1848, überschritt, selbständig gehandelt und Außergewöhnliches geleistet. Persönlich fromm, war er stets vor allem Hierarch, Organisator und Kirchenpolitiker. Er hinterließ einen wohlgeordneten kirchlichen Organismus, dem er weite neue Arbeitsfelder erschlossen hatte. Durch die aus der heutigen veränderten Situation leicht mißverständliche Vereinsbewegung schuf er den Katholiken den Lebensraum, den Liberale und kirchenfeindliche Bürokraten ihnen vorzuenthalten suchten. Bedeutendes geschah auf dem Gebiet der Caritas. Die von Geissel und seinen Mitbischöfen betriebene Aktivierung des religiösen Lebens hat wesentlich dazu beigetragen, relativ breiten Kreisen der Katholiken die Bindung an ihre Kirche zu erhalten; zum Vergleich sei daran erinnert, daß der gleichzeitige, an Rationalismus und Staatsbindung festhaltende Protestantismus die Massen verloren hat.
Am Zusammenschluß des deutschen Katholizismus und an der Befreiung der Kirche vom Staatskirchentum war der Kardinal führend beteiligt, aber am Bündnis mit dem konservativen Staat hielt er, sobald dieser die Kirchenfreiheit gewährt hatte, fest. Hier zeigten sich seine Grenzen. Pius IX. folgend, bekämpfte Geissel nicht nur den weltanschaulichen, sondern auch den politischen Liberalismus. Die Kirche war sehr vorsichtig geworden und identifizierte sich mit der beharrenden Staats- und Gesellschaftsordnung; die Kluft zu den neuen Kräften und den ihnen aus guten Gründen anhängenden Menschen wurde vertieft. Ebenso folgenschwer war die bis dahin unbekannte geistige Verengung, die Bischöfe wie Geissel, wieder dem Vorbild des Papstes folgend, der Kirche auferlegt haben. Nur der Rückzug auf eine scheinbar sichere Bastion, deren geistige Grundlage die aus ihren historischen Zusammenhängen gelöste und mit der »alten, reinen Lehre« gleichgesetzte Scholastik bildete, garantierte in ihren Augen

den Fortbestand der bedrohten kirchlichen Substanz. Die Erkenntnisse der Aufklärung wurden beiseite geschoben, theologische und philosophische Ansätze zum Dialog mit den Ideen der Zeit unterdrückt. Geissels Autoritarismus brachte es mit sich, daß diese Schwächen in seinem Falle noch deutlicher hervortraten als anderswo.

Benedikt Schmittmann (1872–1939)

Nur wenige deutsche Hochschulen – ihre Lehrkräfte, Professoren, übersetzt heißen »Bekenner« – haben sich durch Widerstand gegen den Ungeist des Nationalsozialismus einen Namen gemacht. Die Universität Köln sieht sich durch das Opfer zweier Blutzeugen ausgezeichnet. Einer war Benedikt Schmittmann, Professor für Sozialpolitik. Sterben mußte er, weil er für den Föderalismus als die Staatsform eintrat, die in Deutschland die Freiheit, aber auch die Verantwortlichkeit des Einzelnen für das Ganze gewährleistet. Die Nationalsozialisten fälschten diese Ansichten zu »Separatismus« um. Ebenfalls verabscheuten sie seinen Pazifismus und seine Vorstellungen von der Zusammenarbeit der europäischen Völker auf der Grundlage ihrer gemeinsamen abendländischen Überlieferungen. Für – teilweise eigenwillige – Überzeugungen also, die aber im politischen Katholizismus Deutschlands einen hohen Stellenwert behaupten, kam Benedikt Schmittmann im Konzentrationslager Sachsenhausen um.

I

Grundgelegt worden sind diese Überzeugungen in einer bodenständigen rheinischen Familie, einem gut katholischen Elternhaus und in bürgerlich-konservativer Umgebung. Benedikt Schmittmann wuchs in begüterten Verhältnissen auf.

Vom linken Niederrhein, aus Niederkassel gegenüber Düsseldorf stammen, soweit verfolgbar, sowohl die väterlichen wie mütterlichen Vorfahren. Die Mutter Josefine (1843–1924) hieß mit Mädchennamen Panzer. Für alle Familien dieses Namens bieten die Niederkasseler Einwohnerlisten die Berufsbezeichnung »Ackerer«, d. h. Landwirt. Der Vater Michael (1838–1915) war auf dem mit einer Brennerei, Ziegelei und Krautpresse wohl ausgestatteten Maurenbrecherhof zu Hause, heiratete 1871 Josefine Panzer und lebte danach als Rentner in Düsseldorf: klug und erfolgreich in eigenen wie gemeinnützigen Geschäften. Als Ehrenrendant der Lambertuspfarre und des Theresienhospitals sowie als Vorstandsmitglied der alten »Volksbank« genoß er hohes Ansehen. Wie er hat später auch sein Sohn Benedikt die karitative Pflicht, die jeden Besitz bindet, stark empfunden.

Benedikt Schmittmann, geboren in Düsseldorf am 4. August 1872 als ältester von vier Geschwistern, soll ein stiller Junge gewesen sein. Er besuchte – allerdings elf Jahre – das Königliche (später Hohenzollern-, jetzt Görres-) Gymnasium in Düsseldorf bis zur Reifeprüfung 1893. Danach studierte er in Freiburg, Leipzig, München und Bonn Rechts- und Staatswissenschaften. In der Leipziger KV-Verbindung »Teutonia« eiferte er 1894 gegen Bismarck (Chr. Weber, Der »Fall Spahn«, 1980). Ein erster Aufenthalt in Rom beeindruckte ihn zeitlebens. In Erlangen holte er sich 1897 den juristischen Doktor mit einer Dissertation aus dem Handelsrecht; das Referendarexamen bestand er 1896 und – ebenfalls »ausreichend« – die Große Juristische Staatsprüfung 1901. Nur kurz arbeitete er am Düsseldorfer Amtsgericht. Als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter wechselte er 1902 zur Rheinischen Provinzialverwaltung über, wurde dort 1906 Landesassessor und 1909 zum Landesrat gewählt, ohne freilich die Leitung einer Abteilung zu erhalten.
1903 heiratete er Helene, »Ella« geheißen (1880–1970), aus der bemittelten Kölner Kaufmannsfamilie Wahlen. Der Großvater Johann Wahlen (1792–1866) hatte den Kölner Vorort Ehrenfeld begründet. Helenes Vater Johann Baptist Wahlen (1850–1927) betrieb dort neben der Ziegelei vor allem Grundstücksgeschäfte. Das Paar blieb kinderlos. Helene Schmittmann ging voll in der Arbeit und den Anliegen ihres Mannes auf. Sie erfüllte 1953 dessen Testamentsverfügung, in seinem Kölner Wohnhaus Sachsenring 26 einer studentischen Gemeinschaft ein Heim zu bieten, mit der Einrichtung des »Kreuz-Kollegs«.

II

Die katholische Soziallehre fand bei vielen jungen rheinischen Akademikern, die um 1890, dem Gründungsjahr des Volksvereins, ihr Studium aufnahmen, tiefgehenden Widerhall. Richtschnur fürs Leben wurde sie auch Benedikt Schmittmann. Immer grundsätzlich darauf aus, seine Gesinnung durch überzeugendes Handeln zu beglaubigen, erwählte er sich die praktische Sozialarbeit in der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz zum Lebensberuf. Dort hatte er alsbald über einen großen Teil der umfangreichen Darlehensgeschäfte zu befinden. Dabei bemerkte er rasch, daß, statt im Nachhinein in Heilstätten kostspielig zu kuren, es wirkungsvoller und billiger wäre, im großen Stil gegen verbreitete Schäden vorzubeugen. Er baute drei wichtige Einrichtungen flächendeckend in der Rheinprovinz auf und aus.
Zu Beginn des Jahrhunderts war die Tuberkulose eine der schlimmsten Volkskrankheiten. Um aufzuklären und die Früherkennung zu gewährleisten, regte Schmittmann eine Auskunfts- und Fürsorgestelle

zur Tuberkulosebekämpfung möglichst für jede Gemeinde an. Eine Schwester hatte die örtlichen Verhältnisse, besonders die schlechten Wohnungen genau kennenzulernen, Kranke aufzuspüren, sie einem vereinbarten Arzt zuzuführen, den Behörden zu melden und ihnen die Hilfen der Landesversicherungsanstalt zu vermitteln, ferner die Angehörigen über geeignete Schutzvorkehrungen aufzuklären und auf eine Besserung der hygienischen Verhältnisse zu drängen. Außerdem sollte sie Pfarrer, Lehrer, Vereinsvorstände und andere maßgebliche Personen ihres Bezirks für die Tuberkulosebekämpfung gewinnen. Eine Kreisstelle stand über den Gemeindestellen und faßte deren Erfahrungen zusammen. Zum Aufbau der Kreis- und Gemeindestellen zahlte die Landesversicherungsanstalt Zuschüsse. In der Rheinprovinz machten 1909 sieben Kreise den Anfang, 1913 besaßen 40 Kreise die Tuberkulose-Fürsorgestellen, abseits standen noch 21.
Nachdem die Tuberkulosestellen in ihrer Arbeit eingespielt waren, zahlte die Landesversicherungsanstalt 1912 nurmehr 25000 Mark an Zuschüssen, während die Gesamtausgaben 165000 Mark betrugen. Neben den sichtbaren äußeren Erfolgen der Tuberkulose-Fürsorgestellen summierte Schmittmann – mit bemerkenswerten Andeutungen seiner späteren Lehre – darüber hinaus in einer Publikation von 1913 innere Vorzüge: »1. Es wurden viele Kräfte für die Mitarbeit gewonnen. 2. Neue Hilfskräfte konnten in den Fürsorgestellen geschult werden. 3. Durch die organisierte TBC-Fürsorge wurden Geldmittel freigemacht (vor allem private Stiftungen). 4. Das Interesse der Bevölkerung wurde wachgerufen. 5. Alle TBC-Kranken wurden erfaßt. 6. Die TBC-Fürsorge erfaßte die Erwerbs-, Ernährungs- und Wohnungshygiene und machte so eine wirksame Bekämpfung erst möglich. 7. Die TBC-Fürsorgestellen bringen die Arbeit der Sozialversicherung dem Volke näher. 8. Die Bevölkerung und die Behörden finden zu einer großen gemeinsamen Aufgabe zusammen.«
Ferner ging es um den Ausbau eines engen Netzes kleiner Krankenhäuser und von Pflegeheimen. Bei weitem reichten die Heilstätten der Landesversicherungsanstalt nicht einmal für die schlimmsten Fälle aus. Neubauten in der erforderlichen Anzahl und die abzusehenden späteren Pflegekosten überstiegen ihre Möglichkeiten. Wieder weckte Schmittmann die örtlichen und regionalen Kräfte. Er ermutigte durch billige Darlehen die kleineren Krankenhäuser auf dem Lande, Abteilungen für Lungenkranke einzurichten. Trug die Landesversicherungsanstalt ohnehin die Heilkosten, so erschloß er ihnen zudem Mehreinnahmen, indem die Landesversicherungsanstalt ihnen die Untersuchungen vor Einweisungen in eine Heilstätte, die Beobachtungsverfahren, die zur Bewilligung oder zum Entzug einer Rente notwendig waren, sowie die vorbeugenden Behandlungen überwies und vergütete. Allein an den Vorsorgeuntersuchungen nahmen 1912

über 100000 Personen teil; die Kosten dafür beliefen sich auf 30 Millionen Mark. Neben der Tuberkulose-Vorbeugung boten die ländlichen Häuser damals weitere Vorteile: eine verbesserte ärztliche Allgemeinversorgung unterversorgter Bezirke besonders der Eifel, verstärkten Krankenhausbau durch Kreise, Gemeinden und private Träger, zeitweilige Trennung der Tbc-Genesenden von ihren Familien sowie die dauernde Absonderung der unheilbaren Kranken: Noch 1906 waren von 70000 Tbc-Toten der Rheinprovinz 60000 zu Hause gestorben.

Die Landesversicherungsanstalt ermöglichte den ländlichen Krankenhäusern mit Darlehen sowie Beihilfen für Heilmaßnahmen bald danach auch die Angliederung von Pflegehäusern und Heimen für notorische Trinker, im Ersten Weltkrieg für kranke Kriegswaisen und in großem Stil zur Kinderheilfürsorge. Schmittmann wies nach, wie Deutschland den Vorsprung, den es durch seine hohe Geburtenziffer gegenüber anderen Ländern besaß, durch die außerordentliche Kindersterblichkeit fast ganz wieder verspielte; wegen der gewaltigen Blutverluste des Weltkrieges müßte jedoch dem deutschen Volk jedes Menschenleben doppelt kostbar sein. Bevölkerungspolitisch und wegen fehlenden Einfühlungsvermögens kritisierte Schmittmann auch das »Gesetz über die Versorgung der Unterklassen des Reichsheeres...« von 1906 mit Ergänzungen von 1913. In aller Regel sah es vor, die Kriegsversehrten mit Renten abzufinden. Meist junge Leute verurteilte es zu einem Leben des Müßiggangs. Das Selbstwertgefühl der Geschädigten ließ sich nach Schmittmann nur erhalten, wenn sie mit den ihnen verbliebenen Fähigkeiten vollwertig im Beruf ständen. Die Landesversicherungsanstalt unterstützte Häuser, die Kriegsversehrte umschulten. Eigentlich hätten sich die Militärbehörden hier einsetzen müssen.

Schmittmanns dritte Initiative galt der zurückgebliebenen Gesundheitsfürsorge der ländlichen Bezirke. 1920 kritisierte er: »In der Rheinprovinz... entfallen von 12000 Heilverfahren, die die Landesversicherungsanstalt jährlich durchführt, nur 64 auf die Land- und Forstwirtschaft... Für die Rheinprovinz bedeutet das ½% der Heilverfahren gegenüber 21% der Betragseinnahmen aus ihr... Die Benachteiligung des Landes ist eine um so größere, als ihm hier jährlich sich wiederholende Millionenaufwendungen verloren gehen. Man kann nicht entgegenhalten, daß die Gesundheitsverhältnisse auf dem Lande besser seien als in der Stadt; vor mir liegen genaue Feststellungen, die Dörfer auf dem Hunsrück betreffend; danach sind im Dorf M. von 40 Familien 11 Tuberkulose, im Dorf L. von 71:18, im Dorf N. von 113:49, im Dorf O. von 87:43.«

Die Landesversicherungsanstalt hatte günstige Darlehen für Krankenhäuser, Volksbäder, Wasserleitungen, Arbeiterkolonien, Kleinwoh-

nungen, Gesellenhäuser usw. vergeben, die Geburtshilfen für Bäuerinnen ausgebaut, den Zusammenschluß junger Mädchen und Frauen zu Wohnungsfürsorge- und Hauspflegevereinen gefördert und Wanderhaushaltsschulen für Landfrauen eingerichtet. Diese Fülle von Hilfen verdeckte indessen nicht die Tatsache, daß die Landbevölkerung nicht in annähernd gleichem Maße wie die der Städte in den Genuß der Sozialversicherung und ihrer Möglichkeiten gelangte. Schwere Schäden für das deutsche Volk sah Schmittmann deswegen voraus. Als 1919 in vielen Städten Wohlfahrtsämter eingerichtet wurden, forderte er eine wirkungsvolle, flächendeckende Wohlfahrtsorganisation auch für das Land. Für die Gemeinden dachte er an Kranken- und Unfallpflegestellen und für die Kreise an Wohlfahrtsämter.

Rückhalt vor Ort war eine fest angestellte Krankenschwester. Den auf einmal großen Schwestern-Bedarf deckte Schmittmann aus Kursen, die das Krankenhaus der Dominikanerinnen auf dem Arenberg bei Koblenz auf sich nahm. Das Kreis-Wohlfahrtsamt indessen sollte die vielfältigen Angebote der Sozialgesetzgebung systematisch für das Land nutzbar machen und dabei der eigentliche Schrittmacher des Fortschritts der ländlichen Wohlfahrtspflege werden. Er sollte die auf Selbsthilfe gegründeten Vereine und die behördlichen Sozialleistungsträger miteinander in Fühlung bringen, ein planvolles Vorgehen untereinander abstimmen und sie nach Möglichkeit zu einer Arbeitseinheit verbinden. Innerhalb des Wohlfahrtsamtes vereinigt der Wohlfahrtsausschuß die Vertreter von Krankenkasse, Armenverwaltung, Versicherungsamt, Jugendamt, Gesundheitsamt, Wohnungsamt und Arbeitsnachweis mit den selbstgewählten Vertretern des Kreistages, der freien und konfessionellen Wohlfahrtsverbände, von Geistlichkeit, Lehrerschaft, Vereinen usw. Außerdem sollte der Ausschuß das Genossenschaftswesen, die Handwerksförderung und das landwirtschaftliche Kreditwesen ausbauen helfen. Achten sollte er darauf, daß die Bürger vom Wohlfahrtsamt nicht nur belehrt und gefordert, sondern auch mit Vorteilen bedacht werden.

Noch das Bundessozialhilfegesetz von 1961 zeigt sich von Schmittmanns Gedanken befruchtet. Es schreibt die Abstimmung der behördlichen Sozialleistungsträger sowohl zu Einzelmaßnahmen wie in regelmäßigen Arbeitsgemeinschaften vor, »wenn es geboten ist, die gleichmäßige oder gemeinsame Durchführung von Maßnahmen zu beraten oder zu sichern« (§ 95). Schmittmann wollte allerdings keine Zwangsarbeitsgemeinschaften, sondern eine demokratische Plattform. Auch wollte er keine Beschränkungen auf die staatlichen Behörden, sondern die Beteiligung der Verbände und Interessenten; diese sieht das Bundesgesetz nur als Möglichkeit (§ 95 Abs. 1 Satz 2), nicht als Recht vor, wie es Schmittmann verlangte. Dies aber verankert das Jugend-

wohlfahrtsgesetz vom 11. August 1961, indem es den Jugendverbänden zwei Fünftel der Mitglieder des Jugendwohlfahrtsausschusses zwingend einräumt (§ 14). Das Bundessozialhilfegesetz entspricht jedoch Schmittmanns Anschauungen, wenn es für den Einzelfall den Verbänden vor der staatlichen Hilfe den Vorrang zuerkennt (§ 10).

Zwei sozialpolitische Vorschläge Schmittmanns blieben unausgeführt. Als Landesrat und nachdrücklicher noch als Universitätsprofessor betrieb er die amtliche Festlegung und Genehmigung einer Berufslaufbahn für Sozialbeamte(innen). Ein Schreiben des Preußischen Kultusministers vom 3. Dezember 1928 zerschlug die Bemühungen endgültig, nachdem auch die eigene Fakultät Schmittmann im Stich gelassen hatte.

Pastor Friedrich von Bodelschwingh äußerte über die Reichswohnversicherung, Schmittmanns zweiten Vorschlag: »Ein Sieg auf diesem Gebiet ist mehr wert als manche gewonnene Schlacht.« Gewerkschaften, die Landesversicherungsanstalten anderer Provinzen, Politiker verschiedener Parteien und andere stimmten zu. Kinderreiche Arbeiterfamilien sahen sich nicht allein von privaten Wohnungseigentümern, sondern darüber hinaus von den gemeinnützigen Bauvereinen hintangesetzt. Einen Ausweg erblickte Schmittmann in der Selbsthilfe der Arbeiter und Angestellten durch Sparen in jugendlichen Jahren für die spätere Zeit der erhöhten Beanspruchung. Da er an freiwilliges Sparen der Jugendlichen nicht glaubte, sollte der Staat es organisieren und bescheiden bezuschussen. Zusammen mit einem erhöhten Kindergeld ab dem vierten Kind für Mieten oder Hausbesitzabgaben löste Schmittmann das Wohnungsbauproblem marktgerecht: nicht durch künstliche Mietverbilligung – wie heute beim sozialen Wohnungsbau –, sondern durch Kaufkraftstärkung der Begünstigten. Die Arbeitgeber, die die Hälfte der Abgaben beizutragen hatten, wies er auf die Vorteile hin, die ihnen seßhafte Arbeiter brächten; den Wohnungsvermietern eröffne sich ein großer und stabiler Markt, während er Staat und Gemeinden bei dem zu erwartenden Aufschwung im Wohnungsbau auf raumordnende Maßnahmen aufmerksam machte.

Der einzelne Mensch stand, überblickt man Schmittmanns Arbeit und Anregungen, im Mittelpunkt seines Mühens. Er war auch der Ausgangspunkt seines Denkens. Bei Hilfen an Sozialschwache bedrückte ihn die Gefahr, ihre Würde zu übersehen. So hilfsbedürftig ein Mensch immer sein mochte, für Schmittmann blieb er stets mündig und selbstverantwortlich. Sozialarbeit dürfe nicht bei materieller Notstandshilfe stehen bleiben, sie habe nur Sinn als Lebenshilfe. Sie soll den Einzelnen niemals mit Hilfe des Staates aus der Verantwortung für sich selbst entlassen, vielmehr habe der Staat mit seiner Sozialgesetzgebung Eigenverantwortlichkeit und solche für die Mitmenschen zu

entwickeln und zu fördern. Gemeinschaften, Gruppen und Verbände helfen bei allen Aufgaben, die der Einzelne nicht zu lösen vermag. Und der Staat springt erst dann ein, wenn gerechte und systematische Ordnungen um des Gemeinwohls willen zu schaffen und in Geltung zu halten waren. Auch Schmittmann betont, daß der Einzelne und die Wohlfahrtsverbände kein Massenelend beseitigen können. Im selben Atemzug aber fügt er hinzu, niemals vermöge staatliche Sozialpolitik eines Bedürftigen innere Not zu heilen. Die Selbstverantwortung und Freiheit des Einzelnen, die Eigenständigkeit und Selbstbestimmung der Wohlfahrtsverbände, schließlich die mit Zwangsgewalt des Staates ausgestattete Sozialpolitik: Das seien die Richtwerte jeder Sozialpolitik. Allen drei ist gerecht zu werden. Keine darf in ihrem jeweils eigenen Wesen verletzt werden, sie müssen sich vielmehr gegenseitig zu größter Wirkung ergänzen. Dies löste bei Schmittmann die Frage nach der besten Ordnung in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat aus.

III

1. In vielen kleinen Schriften hatte Schmittmann während seiner praktischen Tätigkeit seine Anliegen auch theoretisch erwogen. Ihn muß es nach wissenschaftlicher Forschung verlangt haben. Auch sagte ihm das Lehren zu. Seit 1912 las er an der eben errichteten Kölner Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung nebenamtlich. Oberbürgermeister Max Wallraf, ein Onkel seiner Frau, half, daß er 1915 hauptamtlich dorthin überwechseln konnte und an der angeseheneren Handelshochschule einen Lehrauftrag bekam. 1915 ernannte ihn der Kultusminister zum Professor. 1917 bestätigten der preußische Handels- und der Kultusminister auch die Berufung zum Professor für Sozialpolitik an der Handelshochschule. Als die Kölner Universität wieder erstand, berief die preußische Staatsregierung ihn am 18. Juli 1919 zum ordentlichen Professor für Sozialpolitik in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. 1923 folgten die Ernennungen zum Direktor des Seminars für Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege sowie zum Vorsitzenden der Prüfungskommission für die Kommunal- und Sozialbeamten-Diplomprüfung an der Universität Köln.
Zwischenzeitlich, von September 1917 bis Mitte November 1918, amtierte er als Generalreferent für das wallonische Kultusministerium in der Zivilverwaltung beim Generalgouverneur in Belgien mit Dienstsitz Namur. Er betreute vor allem das Schulwesen. Erst im Juni 1914 war in Belgien die allgemeine Schulpflicht verordnet worden. Diese Entwicklung galt es vor dem Zusammenbruch zu retten. Nur mit belgischen Lehrern konnte es gelingen. Zwischen der oft abweisenden Haltung von Belgiern und übersteigerten Ansprüchen deutscher Stel-

len wußte Schmittmann klug zu vermitteln. Nach dem Zusammenbruch erhielt er vom ehemaligen deutschen Verwaltungschef ein ehrendes Zeugnis und das Eiserne Kreuz am schwarz-weißen Band, während der belgische König ihm einen Boten sandte, um ihm Dank für seine Leistungen auszusprechen. Schmittmanns Versöhnungsarbeit fand also die Anerkennung beider Seiten.
Seine Ausstrahlungskraft fesselte viele Studenten. In seinem gastfreien Haus scharte er sie oft um sich und bat bisweilen hochgestellte Freunde hinzu. Überlegen mischte er geistigen Austausch und fröhliche Geselligkeit. Respekt erheischte er nicht, er besaß ihn. Er zeigte Verständnis für Ringende und Toleranz gegenüber Andersdenkenden, half, wo er konnte, und bahnte manchem den Weg ins Berufsleben. Sozialarbeit, so lehrte er durch die Art und Weise seines Umgangs, war Liebe zu den Menschen, nicht allein Wissen. Über das Grab hinaus hielt seine Wirkung auf die, welche er in seinen Bann gezogen hatte, an.

2. Blieb er in den ersten Jahren seiner Lehrtätigkeit – nun vor allem in der Theorie – dem hilfsbedürftigen Menschen zugewandt, so mühte er sich seit etwa 1924 um die gedankliche Grundlegung von mehr Eigenständigkeit für die arbeitenden Menschen im Betrieb sowie für den freien Bürger im demokratischen Staat. Verstreute frühere Schriften vertiefte er in dem Werk »Wirtschafts- und Sozialordnung als Aufgabe«, das 1932 herauskam, und in »Staats- und Volksordnung als Aufgabe«, das nach 1933 nicht mehr erscheinen konnte.
Selbst kein eigenständiger philosophischer Denker, läßt er sich leiten vom Menschenbild der Scholastik. Diese wertet die Person als erste und wichtigste Ganzheit. Ihre Selbstmächtigkeit begründet ihre Freiheit und Würde, aber auch ihre Selbstverantwortung, die ihr niemand abnehmen kann und darf. »Im ›Einzelnen‹ ist aber von vornherein die ›Gesamtheit‹ mitgegeben. Person ist zugleich auf Gesamtheit bezogene Eigenständigkeit; die Eigenständigkeit... entsteht nicht durch die Gemeinschaft, sondern ist in sich selbst gegeben, aber wesentlich auf diese bezogen. Der Mensch ist Kraft seiner Naturanlage Person und Glied zugleich.« Das Soziale besitzt mithin nur eine »relative Eigenständigkeit«. Der Kern ist und bleibt die Person: »Sie zu stützen und zu fördern, ist der letzte Sinn der Sozialbildung.«
Trotz der »relativen Eigenständigkeit« hat die Gemeinschaft Anspruch auf hohe sittliche Rechte. So nachdrücklich Schmittmann die Rechte des Individuums verficht, so ernst malt er im selben Atemzug die Gefahren des Individualismus aus: »Noch tragischer als die Überbetonung der Gemeinschaft ist die Vergötzung des Einzelindividuums, die Verleugnung der Pflichten, die sich aus dem Gliedcharakter der Person ergeben. Die starre Einstellung des Einzelnen nur auf die eigenen Rechte ohne entsprechende Pflichten löst die Verbindungsfäden zum

Mitmenschen, zerstört die Verwobenheit der Menschen untereinander.«

3. Sind Einzelner und Gemeinschaft wesensmäßig aufeinander angelegt, so verkörpern Kapitalismus und Sozialismus für Schmittmann deren gefährliche Polarisierungen. An seinem personalen Leitbild mißt er beide Denksysteme.
Dem Kapitalismus hält er vor, mit seinem Wachstum verselbständige sich das Kapital gegenüber dem Eigentümer, gerate es in anonyme Hände und dränge zur Konzentration. Dabei entwickle es Eigengesetzlichkeiten, die die gepriesene Freiheit des Individuums ins Gegenteil verkehren. Die Verselbständigung des Kapitals enge die unternehmerische Entfaltung ein, seine Anonymität verberge die Verantwortlichkeit der Entscheidenden, und seine Konzentration führe zum Monopolismus, der die Unternehmerinitiative auslösche, die Verbraucher ausbeute, den technischen Fortschritt drossele und Wirtschaftskrisen auslöse. Kleine Unternehmer, Händler, Landwirte und Handwerker kämen gegen die Übermacht kapitalistischer Großgebilde kaum auf; die Arbeiter fänden dort keinen Gegenüber mit persönlicher Verantwortung; und ob ihre Gewerkschaften den Kapitalriesen ein Gleichgewicht bieten können, bezweifelt Schmittmann.

Im Sozialismus sieht er – hier Bischof Ketteler verpflichtet – des Kapitalismus feindlichen Sohn mit der kollektivischen Gegenposition. Nach Ursprung und Wesen, Antrieben und Zielen bleibe er dennoch an die des Vaters gebunden. Der Kapitalismus diktiere dem Sozialismus das Gesetz des Handelns. Die schlimmste Folge dieser Feindschaft sei das Auseinanderbrechen der Gesellschaft in zwei Klassen und der zwischen beiden entfachte Vernichtungskampf. Die unterlegene Schicht wähne nach der gewaltsamen Aneignung des Kapitals endlich Freiheit und Gleichheit in einer klassenlosen Gesellschaft zu finden. Schmittmann erblickt in Sozialismus und Klassenkampf zwar eine Reaktion auf den Kapitalismus, aber keine konstruktive Antwort.

Den damaligen Staat fand Schmittmann innerlich zu zerrissen und deswegen unfähig, um die Entartung sowohl des Kapitalismus wie des Sozialismus zu überwinden. Als Fiskalstaat werde seine Hoheit durch die Macht der Kartelle ausgehöhlt; den Staat als wirtschaftlichen Großunternehmer sah Schmittmann auf dem Weg zum Staatssozialismus und den Sozialstaat – der wohltätige Wert einzelner Maßnahmen blieb unbestritten – mit erstickenden Steuern, Auslöschung jeden schöpferischen Einsatzes, Weckung unerfüllbarer Erwartungen auf dem Marsch zu einer allgemeinen Staatsbürgerversorgung. Wider-

sprüchlicher ließe sich kaum handeln. Ein Ausgleich der widerstreitenden Ideologien überfordere den Staat erst recht.
Für den dritten Weg, den Schmittmann zwischen Kapitalismus und Sozialismus suchte, galt zunächst, beide Entartungen – nämlich die Entrechtung des Einzelnen, sein schwindendes Verantwortungsbewußtsein und den Freiheitsverlust – auszuschließen. Statt die Person durch die Übersteigerung entweder ihrer individuellen oder ihrer sozialen Anlage sich selbst zu entfremden, hieß es für ihn, beide Veranlagungen so aufeinander einzustimmen, daß sie sich wechselseitig stärkten und Aufbaukräfte freisetzten. Ein Menschen- und Weltbild, das nicht vom Klassenkampf als Normalität ausging, nicht den Menschen in der Wirtschaft verschlissen und ihn nicht durch den totalen Wohlfahrtsstaat entmündigt sehen wollte, mußte dafür sorgen, daß der Einzelne – durch eine allgemeine Volksbildung zu Urteilsfähigkeit und Selbstbewußtsein gelangt – in Freiheit und Verantwortung Wirtschaft und Staat schöpferisch mitgestalten konnte.
Dafür entwickelte Schmittmann Modelle. Alle beherrscht der personale Grundton, alle sollten die sittlichen und schöpferischen Kräfte des Einzelnen zum Dienst für das Gemeinwohl wecken.

4. In der Wirtschaft sollen Unternehmer und Arbeitnehmer sich miteinander in gleichberechtigter und gleichwertiger Arbeitsgemeinschaft enfalten.
Im einzelnen Betrieb sieht Schmittmann für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer noch keine Möglichkeit. Die Führung durch den Unternehmer tastet er nicht an. Der einzelne Betrieb erlaubt nur die partnerschaftliche Leistungs- und Sozialgemeinschaft. Dagegen verstößt nach Schmittmanns Ansicht das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920. Der Ausschluß des Unternehmers aus dem Betriebsrat entspränge dem Klassendenken.
Die paritätische Mitbestimmung setzt erst auf überbetrieblicher Ebene ein. Den idealen Rahmen bietet nach Schmittmann die Weimarer Reichsverfassung im Artikel 165. Dieser schrieb für Länder oder Provinzen Bezirksarbeiterräte und Bezirkswirtschaftskammern sowie für das Reich einen Reichsarbeiterrat und eine Reichswirtschaftskammer vor. Ihnen hätten die Gesetzgebungskörperschaften alle sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetzentwürfe vorzulegen. Schmittmann arbeitet auf dieser Grundlage ein nach Territorien und Gewerbeverbänden gegliedertes System von Kammern der Wirtschaft und Räten der Arbeiter aus. Am wichtigsten aber ist ihm der Grundsatz der Parität. Wirtschaftsräte und Arbeiterkammern bilden auf allen Ebenen einen gemeinsamen Ausschuß und dieser einen Vorstand mit einem neutralen Vorsitzenden. Ausschuß und Vorstand besitzen die wesentlichsten Zuständigkeiten; sie kontrollieren die Monopole, Preise und

Investitionen und verfügen über alle Handhaben der vorbeugenden Wirtschaftslenkung. Diese dachte sich Schmittmann in der Selbstverwaltung der Beteiligten besser aufgehoben als beim Staat.
So verfährt, vergleicht man Schmittmanns Vorschläge mit den heutigen Verhältnissen, auch die soziale Marktwirtschaft. Den Ausgleich der Sozialpartner aber sucht sie nicht in Arbeitsgemeinschaften. Sie teilt nicht Schmittmanns geradezu blindes Vertrauen in die sittliche Kraft des Einzelnen. Den heutigen Wirtschafts- und Sozialprozeß bestimmen Interessenverbände, und diese verstehen Zusammenarbeit als Verhandlungen. Darin kämpfen sie Konflikte bis zum letzten aus, bereinigen sie nicht, wie es Schmittmann wünschte, möglichst im Keime. Schmittmanns Forderung jedoch, die Wirtschaft müsse gestaltet werden können – den Altliberalen wegen ihres starren Glaubens an die unerschöpfliche Regenerationsfähigkeit des Marktes ein Greuel –, haben die Neoliberalen angenommen; über die Steuerung der Sozial- durch die Wirtschaftspolitik und umgekehrt gibt es keine Debatte mehr. Schmittmanns weitergehendes Verlangen, den Wirtschafts- und Sozialprozeß nach einem sittlichen Leitbild zu gestalten, findet heute allerdings keine Anhänger.
Schmittmann hatte es – kennzeichnenderweise – unterlassen, einen Entwurf zu bieten, wie die Wirtschaft selbst nach seinem sittlichen Leitbild hätte beschaffen sein müssen. Er hat überdies nicht die produktiven Möglichkeiten des Kammersystems ausgerechnet und keine Mittel gegen die Schwerfälligkeit des Kammer-Räte-Apparates im Hinblick auf die lebensnotwendige Beweglichkeit der Wirtschaft aufgezeigt. Gleichwohl behält sein Uranliegen dauernde Bedeutung: Der Arbeiter muß in Freiheit und Verantwortung schöpferisch mitgestalten können.

5. Auch den Staat wünschte sich Schmittmann nach Aufbau und Zweck bestimmt sowohl von der personalen Würde wie von der Gemeinschaftsnatur des Menschen. Mit dem Ungenügen am bestehenden Staat deutet er die eigenen Anschauungen an: »Wir haben einen ganz rationalistischen Staatsbegriff, der im Staat eine rein mechanische Konstruktion sieht, die sich aus den Bestandteilen zusammensetzt, die man etwa in einem staatsrechtlichen Lehrbuch fein säuberlich nebeneinandergestellt findet: Wähler, Parlament, Kabinett, Staats- bzw. Reichspräsident stehen in einer gewissen hierarchischen Ordnung zur Schaffung des Staatswillens. Der Durchführung dient die verästelte Verwaltungsorganisation... Alles das ist so korrekt und einleuchtend, und doch fröstelt uns bei dem Gedanken, das sei der Inbegriff des Deutschtums, das sei das Vaterland, dem die Liebe unseres Herzens gehört. Ja, was lieben wir denn eigentlich so inbrünstig an der Einrichtung des deutschen Staatswesens?... Wir haben einen Staat,

aber wir haben verlernt, den Staat als die Selbstdarstellung, als Verkörperung des Volkes zu sehen. Die geistige Schau des ›Volkes‹, des deutschen Volkes, ist uns verloren gegangen, und das ist die tiefste Ursache der Krisis des modernen Staates. Wir werten nur noch, was die Vernunft erfassen, konstruieren und zerlegen kann, aber der in den Tiefen der Seelen einst lebendige Begriff ›Volk‹ ist verblaßt und hat keinen Raum mehr in unserem Staatsaufbau, der nur mit Wählern rechnet. Der Staat hat sich losgelöst vom Volk, das er vorwiegend als Objekt seiner Herrschaft betrachtet. Daran ändert auch die moderne Demokratie nichts, die dem einzelnen einen Stimmzettel in die Hand drückt... Wir alle fühlen ja trotz unseres Wahlrechts die Ohnmacht gegenüber dieser Staatszentrale, die keinen Raum mehr hat für wahres Volkstum.«

»Raum für wahres Volkstum«, »Selbstdarstellung des Volkes« bietet nur die Demokratie, aber nicht die allgemeine plebiszitäre, sondern die pluralistische, gestufte und repräsentative Demokratie. Ihre Abgeordneten sind genossenschaftlich bestellt, sie besitzen eine Art Beauftragten-, keine souveräne Stellung. Ziel dieser Demokratie ist, daß »keine wichtige Entscheidung der Politik, Gesetzgebung und Regierungsbestellung erfolgen oder aufrechterhalten werden kann, wenn nicht wenigstens die Mehrheit aller Staatsgenossen mit ihrem direkten oder indirekten, ausgesprochenen oder zu erschließenden Willen und Vertrauen dahinterstehen«. »Nur diese Staatsform setzt im Wesen die selbst- und mitverantwortliche Tätigkeit des Volkes voraus. Es ist die Staatsform, durch die das mündig gewordene Volk die bevormundende, alles von oben beherrschende Form des Staatsabsolutismus durch seine politische Selbstbetätigung ersetzt«. In der demokratischen Selbstverwaltung, richtiger Selbstregierung, zwingt sich die pluralistische Gesellschaft zu politischer Willensvereinheitlichung und zu politischer Lenkungsgemeinschaft, gleichzeitig erzieht sie sich zur Eigenverantwortung. Denn jedem erteilten Recht entspricht die Übernahme von Pflichten.

Der Volksstaat ebnet so dem Volk alle Wege zur Selbstregierung. Es gibt keine zentralistische Staatsgewalt, sondern nur eine zentrale und neben ihr Zwischengewalten in den Gemeinden, Kreisen, Provinzen oder Ländern. Alle diese Zwischengewalten geben sich durch Parlamente (Stadtverordnetenversammlung, Kreistag, Provinziallandtag, Landtag) in ihrem Zuständigkeitsbereich ihre Gesetze selbst und führen sie in Selbstverwaltung durch. Wie bei Hugo Preuß sind auch in Schmittmanns Staatslehre die Gebietskörperschaften – Gemeinde, Land, Reich – die wesentlichsten Glieder des Staatskörpers. Sie haben die Fähigkeit, »etwas für sich«, aber »zugleich einem höheren Ganzen eingeordnet« zu sein. »Nicht vom Staate, überhaupt nicht durch irgendwelche Verleihung oder ›Delegation‹, sondern aus sich selbst,

aus ihrer Funktion bekommt die [Körperschaft] nicht bloß ihre Existenz, sondern auch ihr Recht, und zu diesem Recht gehört auch für sie, ebenso wie für den einzelnen Menschen, die Freiheit, d. h. die Selbstbestimmung innerhalb der Grenzen ihrer Funktion.« Hier erinnert Schmittmann an Max Schelers Tadel, daß nämlich die Behauptung, der Staat sei die Quelle des positiven Rechts, von dem alles Recht zur Gesetzgebung ausginge, ein bloßer Parteigrundsatz sei, dem jegliche philosophische oder historische Begründung fehle. Auch spricht er dem Staat in der Stufenfolge der Körperschaften keinen vornehmeren Rang oder gar ein höheres Wesen zu. Den Souveränitätsgedanken wertet er als ein absolutes Hindernis einer wirksamen Einordnung in eine übernationale Gemeinschaft ab.
Im übrigen war der Föderalismus für Schmittmann mehr als nur ein staatsrechtliches System. Er sah ihn mit dem – geschilderten – Aufbau des Sozial- und Wirtschaftsbereichs zusammen, und alle drei bildeten seine Gesellschaftslehre. Die überall, in Staat, Wirtschaft und Sozialwesen praktizierte Selbstverwaltung schafft Gemeinschaft. Gemeinschaft zum Zwecke des Gemeinwohls ist Kultur.
Ihrer Dynamik vertraut er auch bei der Aufrichtung einer neuen Weltordnung: »Es bildet sich langsam eine gegliederte Welt, beginnend mit der freien Persönlichkeit des Einzelmenschen, der seinerseits eingebettet ist in seinen Landschafts-, Berufs- und Arbeitsverband, dem das Recht der Selbstverwaltung zusteht. Darüber der Staat als schützendes Dach und schließlich für die zwischenstaatlichen Beziehungen der Völkerbund und die internationale Organisation der Arbeit. So zeigt sich uns als Ideal eine geschichtete Welt, in der jede höhere Region reicher ist als die tiefere und das Glied doch durch die Einbettung in die ihm zugeordnete höhere Region wertvoller wird als in der Isolierung. Damit wird die Gesellschaft mehr als die Summe der Individuen und die Gesamtheit der Völker, mehr als nur das Nebeneinander von Machtstaaten.«

IV

Auf den Zunftfremden sahen Fakultätskollegen an der Universität bisweilen geringschätzig herab. Gerade deswegen wollte Schmittmann seine Herkunft aus der Praxis nicht verleugnen. An seinem Gedankengebäude genügte ihm nicht saubere Wissenschaftlichkeit. Sein eigentliches Streben richtete sich auf politische Ziele. Diese drängten ihn zur praktischen Politik.

Am 1. Februar 1919 wurde er für das Zentrum in die Verfassunggebende Preußische Landesversammlung gewählt. Doch nur viermal stand er auf der Parlamentstribüne. Es heißt, Felix Porsch, ein treuer Preußen-Freund und empfindlicher Fraktionsvorsitzender, habe ihm mißtraut. In der Tat, Schmittmann hat über sein eigenstes Anliegen, die Aufgliederung Preußens – »Zerschlagung« sagten seine Gegner – im Landtag kein Wort öffentlich gesprochen.
Hugo Preuß hatte in seinem Entwurf einer deutschen Reichsverfassung das gesamte Reich in 14, davon Preußen in etwa acht gleich große Gebiete zerlegt. Mit Abwandlungen folgte ihm Schmittmann in seiner 1920 erschienenen Schrift »Preußen-Deutschland oder deutsches Deutschland?« Oberste deutsche Lebensnotwendigkeit war ihm der Übergang vom Obrigkeits- zum Volksstaat. Preußen, die Verkörperung des Staates als Selbstzweck, gewährleistete – bis 1918 hielt es am Dreiklassenwahlrecht fest – ihm keine echte Demokratisierung. Die Reichseinheit hatte 1918 noch einmal mit preußischen Waffen gerettet werden können; aber in Zukunft wäre Preußen waffenlos; die Reichseinheit könne sich, so Schmittmann, dann nur auf die Volkseinheit stützen; diese aber verhindere die preußische Vorherrschaft im Reich; sie kräftige außerdem nur den Partikularismus der übrigen Länder. Für die Reichsgewalt forderte Schmittmann Stärke; die jedoch stellte Preußen mit vier Siebteln Anteil an der Fläche und Bevölkerung des Reiches in Frage. Wie Preuß empfahl er über gleichgewichtigen Ländern für das Reich den »föderativen Einheitsstaat«: »Wir stellen, nicht den ›Föderalismus‹ höher als den ›Einheitsstaat‹, aber wir erachten den ›föderativen Einheitsstaat‹ für eine vollkommenere Organisation als den ›zentralistischen Einheitsstaat‹ einerseits und den ›Föderalismus‹ andererseits.«
Eine Zerlegung Preußens und ein Aufbau neuer Länder ließen jedoch nach den Erschütterungen von Niederlage, Revolution und Wechsel der Staatsform zusätzliche Unruhe befürchten. Auch mochte sie die Begierde der Siegermächte nach den Randgebieten Ostpreußen, Schlesien, Schleswig und dem Rheinland steigern. Viele föderative Zentrumspolitiker beruhigten sich mit dem Kompromiß-Artikel 18 der Reichsverfassung; er erlaubte im Interesse des Reiches und mit Einverständnis der betroffenen Bevölkerung eine Neugliederung durch einfaches Reichsgesetz. Doch die Nationalversammlung setzte 1919 diesen Artikel sogleich für zwei Jahre außer Kraft. Und am 9. und 12. Dezember 1921 beschlossen die demokratischen Parteien des Rheinlands in Königswinter eine Sperrfrist für die Dauer der Besatzung. Schmittmann bemühte sich daraufhin nicht mehr um ein neues Landtags-Mandat und hielt zur Zentrumspartei fortan Abstand. Er teilte nicht die Meinung vieler Parteifreunde, daß Preußen durch den Artikel 18 genügend gewarnt wäre, hielt die Besatzung im Zusammenhang mit

der Neugliederung des Reiches für unerheblich, gab aber 1923 seine Schrift »Die Verpreußung Deutschlands als Auftakt zum nächsten Krieg« nicht zum Druck.
Einer eigenen politischen Plattform galt fortan sein voller Einsatz. Am 2. September 1924 versammelten sich in Hannover auf dem Katholikentag 16 Persönlichkeiten zu einer »Konferenz katholischer Föderalisten«. In der Einladung dazu hieß es: »Die politische Einigkeit der deutschen Katholiken, die uns den Kulturkampf aushalten ließ und den katholischen Einfluß in deutscher Politik und Kultur wieder stärkte, ist im Laufe der Jahre immer mehr zerfallen. Sie wiederzugewinnen, gehört zu den Belangen der Kirche, des Staates und des katholischen Volksteiles. Dazu bedarf es eines großen politischen Leitgedankens. Nur ein solcher macht zugleich einig und politisch stark. Wir sehen ihn in der großdeutsch-föderalistischen Idee.« Am 24. November 1924 gründeten in Koblenz 130 Männer den »Reichs- und Heimatbund deutscher Katholiken«. Schmittmann war die treibende Kraft und blieb der führende Kopf. Ihm fiel ohne weiteres der Vorsitz zu. Seit 1925 brachte er die Bundeszeitschrift »Reich und Heimat« sowie die Wochenzeitung »Heimat und Volk« heraus. Am 19. Oktober 1925 verknüpfte Schmittmann seinen Bund mit dem evangelischen Gegenstück, dem »Deutschen Föderalisten-Bund«, unter dem Rostocker Rechtsprofessor Rudolf Henle als Vorsitzenden und mit dem Hallenser Geschichtsprofessor Karl Heldmann als Anreger zur »Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten«.
Über das Programm hört man am besten Schmittmann selbst: »So ist unser höchstes Ziel ein starkes Reich, das aus eigener Kraft lebt und die untereinander gleichberechtigten Glieder so zu führen versteht, daß sie in freier Entfaltung ihrer Eigenart willig und froh das Beste ihrer Sonderberufung im Dienste der Gesamtheit einzusetzen vermögen. So ist Föderalismus nicht identisch mit Einheitsstaat und nicht mit Bundesstaat. Er will vielmehr Freiheit zur Mitarbeit des Volkes am Staatsaufbau. Er will daher eine Gliederung Deutschlands, die uns der wirklichen Selbstverwaltung näher bringt. Wir erstreben darum zur Schaffung einer föderativen Ordnung und zur Beseitigung des Dualismus Reich-Preußen die Ausgestaltung preußischer Provinzen zu Ländern, ausgestattet mit dem Maß an Rechten, das die Reichsverfassung den Ländern belassen hat. Diese ›Neugliederung des Reiches‹ hat Stammesart und Geschichte, kulturelle und wirtschaftliche Belange sorgsam zu berücksichtigen. Durch gleichzeitige innere Reform ist der dezentralisierte Länderstaat zu schaffen, der sich in Zukunft durch Hinzutreten Österreichs zum großdeutschen Reich erweitern kann. Das Reichsideal sehen wir also, anknüpfend an die föderalistisch-großdeutsche Vergangenheit in einem natürlich gegliederten Reich, das sich aus möglichst gleichstarken und gleichlebenskräftigen Glie-

dern zusammensetzt und so die Einheit in der Vielheit verkörpert, als Vorbild und einenden Mittelpunkt eines befriedeten Europa.«
Besonders das katholische Lager rückte von Schmittmann ab. Die Kampfmittel waren oft unsauber; zumeist aber schwieg man über ihn. »Vereinigungen, die nicht einigen«, überschrieb die zentrumsnahe »Kölnische Volkszeitung« ihren Artikel, der am 24. November 1924 die Bundes-Gründung begleitete. An die Separatisten des Vorjahres erinnerte hinterhältig die nationalliberale »Kölnische Zeitung« vom Vortage, ehe sie unter »Gefährliche Bestrebungen« die Ziele Schmittmanns bewußt mißdeutete. Den Ruch von Separatismus behielten sie. Die »Mitteilungen der Rheinischen Zentrumspartei« wiesen »mit Nachdruck« – und Niedertracht – darauf hin, daß »das Wort Föderalismus auch im Sprachschatz des französischen Außenministeriums enthalten ist«. Am 25. Juni 1925 fragte der Kölner Abgeordnete Sollmann (SPD) im Reichstag nach Schmittmanns »preußenschädigenden« Bestrebungen. Ein NSDAP-Abgeordneter wiederholte im folgenden Jahr eine ähnliche Anfrage.
Geradezu unbegreiflich war das Maß der Einsichts- und Urteilsschwäche der Polizei. Aus dem angeführten Artikel der »Kölnischen Zeitung«, harmlosen Besuchen von Geistlichen bei Schmittmann und einer Bonner Fahrt des Rechtsanwalts Esch – alle bis dahin unverdächtig – folgerte der Kölner Polizeipräsident Zörgiebel in einem Bericht vom 19. und 25. Januar 1925: »Der Reichs- und Heimatbund... dürfte in seiner Entwicklung eine ernste Gefahr für die Einheit des Deutschen Reiches darstellen.« Das zunächst beim Oberpräsidenten in Münster, dann beim Kölner Regierungspräsidenten eingerichtete geheime Sonderamt »zur Separatistenabwehr« kontrollierte daraufhin Schmittmanns Post, bespitzelte ihn und seine Frau, horchte Angestellte und Besucher aus und ließ sich sogar zu einer ungesetzlichen Hausdurchsuchung hinreißen. Dabei stand es in den Zeitungen, daß Frankreich den Reichsbund ablehnte. Er wandte sich nämlich gegen erklärte Ziele der französischen Politik. Denn wie er für das Rheinland Selbstverwaltung im Rahmen des Reiches forderte, so auch für das Elsaß innerhalb Frankreichs; und außerdem erstrebte er den von Frankreich bekämpften Zusammenschluß des Reiches mit Österreich.
Die Mißdeutungen von Schmittmanns Wollen klärten sich keineswegs, als 1927 der Gedanke des Föderalismus wieder größeren Anklang fand. Die Sozialdemokratie beschäftigte sich damit auf ihrem Parteitag, unter dem ehemaligen Reichskanzler Hans Luther bildete sich ein „Bund zur Erneuerung des Reiches«, katholische Studenten gründeten den föderalistischen Görresring, und auch der Reichsregierung erschien eine Neugliederung des Reiches unumgänglich; sie berief für Januar 1928 eine groß angelegte Reich-Länder-Konferenz. Dies lief alles an Schmittmanns Reichsbund vorbei. Die Regierung

bedurfte seiner nicht. Die süddeutschen Länder kämpften für ihre eigenstaatlichen Sonderrechte und waren daher in Schmittmanns Augen nicht Föderalisten, sondern Partikularisten. Die Parteien indessen boten ihm keinen Einfluß. Schmittmanns »Ordnungswollen wurde in grober Vereinfachung allein mit der Autonomiebestrebung des Rheinlands identifiziert. Die Fülle seiner sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Anregungen fand keinen Widerhall, und seine Gesamtkonzeption trat im Bewußtsein der Öffentlichkeit mehr und mehr zurück« (A. Kuhlmann).
Seine Ideen zur Einigung Europas waren eingeordnet in Schmittmanns personale Gesamtkonzeption. In zwei Schriften »Grundkräfte zur Neugestaltung Europas« und »Deutschlands Mittlermission in Europa« erwog er von seinem Standpunkt aus den Europa-Gedanken. Die bekannten Vorkämpfer eines vereinigten Europa haben freilich kein Gespräch mit ihm gesucht.

V

Wenige Wochen nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler reiste Schmittmann nach Rom. Er wollte im Vatikan vor dem Nationalsozialismus warnen. Kardinalstaatssekretär Pacelli, den er kannte, nahm seine Vorhaltungen ernster als noch im Vorjahr. Doch Papst Pius XI. bog das Gespräch ab, als Schmittmann es auf diesen Punkt gebracht hatte. Dieser Fehlschlag enttäuschte ihn zutiefst.
Er war nämlich schon unterrichtet, daß zu Hause die neuen Machthaber die Druckerei, die die Wochenschrift »Heimat und Volk« herstellte, beschlagnahmt, die Druckplatten der vorbereiteten Nummer zerstört und die Zeitung am 10. März 1933 verboten hatten. In der zuletzt erschienenen Ausgabe hatten wohl der Artikel »Und das Volk schaut in den Mond« sowie die Karikatur eines Vollmondes, der Hitlers Gesicht zeigte, Unwillen bei den neuen Herren hervorgerufen. Seine Frau bat ihn daraufhin, noch einige Zeit im Ausland zu bleiben; auch andere warnten. Dennoch kehrte Schmittmann alsbald nach Köln zurück. Am 29. April rotteten sich morgens vor seinem Hause Jugendliche zusammen, riefen erst »Schweinebengel« und, nachdem »zufällig« ein höherer SA-Mann des Weges gekommen war, »Separatistenschwein«. Als die Meute in das Haus eindrang, alarmierte Frau Schmittmann das Überfallkommando der Polizei. Dieses aber überließ die »Aktion« der SA. Schutzlos stellten sich Schmittmann und seine Frau, nachdem Schüsse gefallen waren, den Eindringlingen. Frau Schmittmann wurde zwar abends entlassen, mußte sich aber im Hause, das verwüstet und geplündert worden war, mit einer SA-Wache für längere Zeit abfinden. Schmittmann selbst, erst im Polizeigefängnis am

Bonner Wall und danach im Klingelpütz, wurde weder vernommen noch angeklagt. Man drohte ihm nur mit »schwerwiegendem Belastungsmaterial« und »Hochverrat«. Über den Reichstagsabgeordneten Rudolf Schetter kam schließlich Hilfe vom Kölner Regierungspräsidenten Rudolf zur Bonsen. Schmittmann wurde nicht etwa wegen Separatismus – von dem er sich ja stets, das wußte wohl auch die Gestapo, ferngehalten hatte –, sondern wegen Äußerungen von 1930 über die deutsche Aufrüstung und über den Panzerkreuzer A verhört. Danach kam er sofort auf freien Fuß. Es war der 2. Juni 1933.
Bereits vorher, am 30. April 1933, hatte ihn der Kultusminister mit sieben anderen, meist jüdischen Professoren beurlaubt. Und am 11. September 1933 versetzte er ihn aufgrund des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« in den Ruhestand. Geltend gemacht wurde Paragraph 4; er richtete sich gegen »arische« Beamte, die »nach ihrer bisherigen politischen Betätigung« keine Gewähr boten, sich »jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat« einzusetzen. Ein am 7. April 1934 angeschlossenes Dienststrafverfahren zog sich über zwei Jahre hin. Das Berufsverbot, die erhebliche Kürzung seiner Bezüge und die willkürliche Nichtanrechnung seiner Dienstzeit beim Provinzialverband blieben in Kraft.
Nach der Haftentlassung erhielt Schmittmann zunächst das Leonardus-Stift in Godesberg-Plittersdorf als Zwangsaufenthalt angewiesen. Dort traf er den abgesetzten Münsteraner Regierungspräsidenten Rudolf Amelunxen. Im Spätherbst 1933 durfte er sein Landhaus in Düsseldorf-Flehe als Wohnsitz beziehen. »Die Heimat am Rhein soll Kraftquelle sein« ließ er über den Eingang schnitzen. Diese Heimatverbundenheit kostete ihn schließlich das Leben. Eine Löwener Professur lehnte er ab: »Ich kann kein Emigrantenleben führen; ich würde draußen an Heimweh zugrundegehen. Dann will ich lieber hier bleiben und, wenn es denn sein muß, an der Politik sterben.«
Schmittmann hatte sich schriftlich verpflichtet, jede politische Tätigkeit zu unterlassen. Dieses Versprechen verstand er offenbar nicht so wie die Gestapo. Sie beobachtete ihn. Für den 23. September und den 31. Oktober 1934 bemerkte sie ihn in Essen bei als »Einkehrtag« und »Kaffeekränzchen« getarnten Zusammenkünften von über 100 Personen im Frauenbundhaus und im Pfarrsaal von St. Mariä Geburt. Hier führte er den nationalsozialistischen Erfolg auf die Schlappheit der Katholiken zurück, gab aber der Regierung nur eine kurze Lebensdauer, weil sie von einem Gewaltmenschen ausginge. Am 24. September 1935 lehnte Schmittmann die Bitte der Gattin des Essener Sanitätsrats Schumacher ab, die aus früheren Mitgliedern des »Reichsbundes« und des »Friedensbundes« gebildete geheime Vereinigung »Heimat und Reich« mit Ideen zu unterstützen. Doch schon im Januar 1936 meldete der Gestapo-Vertrauensmann, Schmittmann freue sich über

die wiederaufgenommene Verbindung, empfange kleine Personengruppen, empfehle intensive Pfarrarbeit ohne Vereinsbindungen, plane den Druck von Flugblättern für »Heimat und Reich« in Süddeutschland und gebe Hitler keine lange Frist mehr. Dies wiederholte er auf einer »unpolitischen« Zusammenkunft von etwa 30 Personen im Essener Kolpinghaus, wie die Essener Gestapo am 19. April 1937 erfuhr. Sie berichtete jedoch am 9. September 1939, als Schmittmann schon auf dem Weg nach Sachsenhausen war, er habe keine Zusammenkünfte mehr abgehalten und niemanden nach Köln eingeladen.

Längst befand sich Schmittmann unausweichlich in der Todesmühle. Für den A-Fall, die Mobilmachung nämlich, hatte die Gestapo bereits 1937 in einer Kartei alle diejenigen als sofort festzunehmende Personen vermerkt, »die sich auf Grund ihrer jetzigen Einstellung als Hetzer, Aufwiegler, Saboteure, Nachrichtenagenten oder in ähnlicher die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdender Art und Weise betätigen« (Gestapo Berlin, 8. Januar 1937). Gemeldet hatte Schmittmann für die A-Kartei das Gestapo-Referat II B »Feststellung von Volks- und Staatsfeindlichkeit«, und ausgewertet hatte es dazu – anscheinend ziemlich schematisch – die Schutzhaftakten von 1933. Die Kurz-Charakteristik auf der Karteikarte vom 6. März 1935 beschreibt Schmittmann zwar »als Führer der rheinischen Föderalisten..., deren separatistische Bestrebungen unter der Flagge der rheinischen föderalistischen Heimatbewegung aufgezogen waren«, aber sie schränkt danach ein: »Sein Einfluß war in Zentrumskreisen nie sonderlich groß.«
Zum selben Zeitpunkt, am 1. September 1939, 5.40 Uhr, als deutsche Truppen die polnische Grenze überschritten, holten Gestapo-Schergen Schmittmann zum Düsseldorfer Gefängnis an der Kavalleriestraße ab. Vom 8. bis 9. September überführte man ihn nach Sachsenhausen. Professor Martin Spahn veranlaßte den Kölner und zugleich Düsseldorfer Regierungspräsidenten Eggert Reeder – ohne Ergebnis – zu Nachforschungen. Schmittmanns Ende erlebte und beschrieb der Düsseldorfer Notar Dr. Fritz Maase. Bei den Bewegungsübungen, die den Gefangenen täglich unter Schlägen im Übermaß abverlangt wurden, brach Schmittmann entkräftet zusammen. Mit wütenden Stiefeltritten in die Rippen wollte ihn ein neunzehnjähriger SS-Scharführer wieder aufrichten. An diesen Stiefeltritten starb Schmittmann am 13. September 1939, 11.50 Uhr, als man ihn vom Platz forttrug. Als Todesursache jedoch telegraphierte der Lagerleiter Baranowski wahrheitswidrig: Herzschlag. Frau Schmittmann konnte in Sachsenhausen das Gesicht der Leiche noch sehen. Vorgeführt wurde ihr der Blockälteste, der unaufgefordert und stotternd jede Mißhandlung bestritt. Sie erhielt den Sarg, der statt der üblichen, fast unsichtbaren Klammer-

Plombierung mit einem schweren Eisenband umschlossen war. Und sie mußte es erleben, daß eine Todesanzeige aus einem Teil der »Kölnischen Volkszeitung« auf Geheiß der Gestapo entfernt und für Düsseldorfer Zeitungen ganz verboten wurde.

VI

Was bleibt von Benedikt Schmittmanns Werk und Leben?
Die Tuberkulose-Beratungsstellen hat der medizinische Fortschritt überholt; hervorragend jedoch bewährten sie sich als ein Mittel dieses Fortschritts. Die Kranken- und Unfallpflegestationen auf dem Lande sind ebenfalls entbehrlich geworden. Die kleineren Pflegeheime behielten ihren Wert für spezialisierte Heilverfahren. Das Wohlfahrtsamt auf dem Lande ist von der Aufbesserung der sozialen Verhältnisse durch Wirtschaft und Technik auch dort weit übertroffen worden. Statt der Sozialbeamten arbeitet heute in den verzweigten Sparten der Sozialhilfe ein Heer von Sozialarbeitern. Die Reichswohnversicherung kam schon zu Schmittmanns Zeit nicht über einen mit viel Beifall bedachten Vorschlag hinaus. Viele seiner praktischen Anregungen wurden also, wenn auch nicht genau nach seinen Entwürfen, verwirklicht: einige mit anhaltendem Erfolg, andere erledigten sich nach ihrer Durchführung. Keine dieser praktischen Anregungen brachte es indessen zu einer öffentlichen oder privaten festen Einrichtung. Die Kraft des Einzelnen zum Einsatz für das Gemeinwohl hat Schmittmann offenkundig überschätzt. Von seinen Vorschlägen sind diejenigen, die neben sittlichen und religiösen Grundsätzen auch einen vom Liberalismus her gedachten praktischen Weg der Durchführung – etwa die Pflegeheime – vorsahen, am ehesten und dauerhaftesten ins Werk gesetzt worden.
Schwieriger ist die Wirkung seiner Gedankenarbeit zu ermessen. Sein christliches Leitbild behält Leuchtkraft. Denn andere sittliche Richtgrößen, von denen her ein konkurrierendes Leitbild sich entwerfen ließe, sind selten. Ob der einzelne Mensch nicht nur Ausgangs- und Endpunkt, sondern auch, wie bei Schmittmann, stets den Mittelpunkt eines solchen Leitbildes bildet, bleibt zu überlegen. Viele Ordnungen sind vorgegeben, nicht gestaltbar. Daher ist Ordnung nicht ausschließlich personal, sondern auch funktional zu denken. Manchen Dienst leisten die Welt und ihre Werte dem Menschen erst, wenn er sich zuvor ihrer Eigenart angepaßt und als Glied ihrer Entwicklung eingeordnet hat. Wie schon bei seinen praktischen Vorschlägen überschätzte Schmittmann auch bei seinem Denken die sittliche Kraft des Einzelnen; das ließ ihn die Wirklichkeit der Wirtschaft, das Wesen sozialer Gegensätze und das Ringen der Ideologien um die Staatsmacht

verkennen. Gleichwohl: Der in Freiheit und mit Verantwortungsbewußtsein sozial helfende, in der Wirtschaft mitbestimmende und in Staat und Gemeinde mitgestaltende Bürger, wie ihn Schmittmann beschrieb, bleibt das Ideal jeder Demokratie. Seine Sorge galt der Unfreiheit, die er allenthalben wachsen sah; auch die Demokratie bleibt gegen diese Gefahr innerlich und äußerlich anfällig.

Kein modernes Handbuch – weder der Staats- noch der Gesellschafts- oder der Wirtschaftslehre – berichtet von Schmittmanns gedanklichem Ringen. Wie er die Sozial- und Wirtschaftsordnung sowie die Staatsverfassung in ihrem Wesen und Aufbau, ihren Zwecken und Zielen entfaltet, das Geflecht ihrer Beziehungen geordnet, ihre innere Geschlossenheit eindrucksvoll aufgewiesen sowie von ihrem Bauplan und Formgesetz her eine dauernde Lebensnorm im geschichtlichen Wandel aufgezeigt hat, kümmert anscheinend niemanden. Ein einmal wiedererwachendes Streben nach umfassender Wirklichkeitserkenntnis wird sich ohne Frage auch von Schmittmanns Einsichten bereichern lassen.

Seine Universitätskollegen warfen ihm vor, er »politisiere« seine Wissenschaft. Sie ahnten nicht, wie edel und tief er die »Politisierung« begriff; und voraussehen konnten sie nicht, welchen Preis für seine Art von »Politisierung« er zu zahlen bereit war. In der Tat, der Drang, andere aufzurütteln, sie mitzureißen und zur Mitarbeit zu treiben, prägen auch seine wissenschaftlichen Schriften. Sie haben etwas Eiferndes. Er wertete ohne Rücksicht auf sein und das Ansehen anderer und urteilte ungeschützt. Grundsatzfestigkeit war sein Wesen. Seine Überzeugungen, gespeist aus seinem katholischen Glauben und seiner Wissenschaft, lebte er. Den bei seiner Unnachgiebigkeit unvermeidlichen Angriff des nationalsozialistischen Regimes erwartete und bestand er durch sein Zeugnis.

Alfred Delp SJ (1907–1945)

Neben Bischof Clemens August Graf von Galen (1878–1946), Nikolaus Groß (1898–1945) und Pfarrer Max Josef Metzger (1887–1944) zählt P. Alfred Delp SJ zu den bekanntesten Persönlichkeiten des kirchlichen Widerstands im Dritten Reich. Als Mitglied des »Kreisauer Kreises« wurde er als einziger der drei in diesem Kreis engagierten Jesuiten (neben P. Augustin Rösch und P. Lothar König) mit den Männern der Katholischen Arbeitervereine (Nikolaus Groß, Bernhard Letterhaus) in den Strudel politischer Reaktion und Gewalt gezogen, der nach dem 20. Juli 1944 vielen aufrechten Deutschen das Leben kostete.
Von den meisten wird Alfred Delp als Mann des politischen Widerstands der katholischen Kirche mit dem Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 in Verbindung gebracht. Er ist für sie einer der wenigen, die sich politisch gegen das Dritte Reich engagierten. Andere hingegen schätzen vor allem die Meditationen, die er »im Angesicht des Todes« im Gefängnis Berlin-Tegel schrieb. Für sie ist Delp ein vorbildlicher spiritueller Christ. Wie ist nun Delp aufgrund seiner schriftlichen Zeugnisse und aufgrund der Forschungsergebnisse einzuordnen?

I

Wie jeder andere wurde Delp durch die Ideen seiner Zeit und durch seine soziale Herkunft geprägt. Die kleine Umwelt und die großen Gedanken einer Zeit wirken immer wieder, wenn auch auf unterschiedliche Weise, auf den Menschen ein.
Delp wurde am 15. September 1907 in Mannheim geboren und lebte seine Jugend in der Kriegszeit und in den zwanziger Jahren. Ein erster Ausbruch aus einem eher kleinbürgerlichen Vaterhaus – sein Vater Johann Adam Friedrich Delp (1876–1958) war als Kaufmann an der Ortskrankenkasse in Hüttenfeld bei Mannheim tätig – gelang Delp nach später Erstkommunion und Firmung im Sommer 1921. Darin hatte er sich von der evangelischen Erziehung befreit, die er, obwohl katholisch getauft, nach dem Willen seines Vaters empfangen hatte. Aufgrund des nun nicht mehr überhörbaren Wunsches seiner katholi-

schen Mutter Maria (1881–1968), die tatkräftig vom Lampertheimer Pfarrer Johannes Unger (1886–1935) unterstützt wurde, kam Delp 1922 an das bischöfliche Konvikt in Dieburg. Dort besuchte er auch das Gymnasium und ragte durch Intelligenz, Fröhlichkeit und Hilfsbereitschaft heraus.

Die allgemeine Aufbruchstimmung der zwanziger Jahre, die zur Gründung des katholischen Jugendbunds Neudeutschland (1919) geführt hatte, erfaßte auch den Schüler Delp. Er wurde nicht nur Mitglied der ND-Gruppe am Konvikt in Dieburg, sondern ihr Gruppenleiter. Das ND-Tagebuch von 1924, das Delp führte, beweist sowohl sein soziales Engagement wie seine religiöse Betroffenheit. Beides aber nicht voneinander getrennt, sondern in unauflösbarer Einheit verbunden. Bei der Führung der Gruppe stellte er erstmals auch sein Talent, Menschen hinter sich zu bringen, unter Beweis.

Ein zweiter Ausbruch aus der Bürgerlichkeit seiner Zeit – und zugleich eine Bestätigung seines Christusdienstes im ND – war seine Entscheidung, sich unmittelbar nach dem Abitur, das er im März 1926 hervorragend bestand, dem Jesuitenorden anzuschließen. Die letzten Gründe für diese Berufswahl blieben sein Geheimnis. Er hatte – wie er später einmal schrieb – auch daran gedacht, Offizier zu werden. Seine Klassenfreunde vermuten, daß die Begegnungen mit den Jesuitenpatres Ludwig Esch (1883–1956) und Martin Manuwald (1882–1961) zu dieser Entscheidung führten.

Die Ideen, die Neudeutschland geprägt hatten, begleiteten Delp weit in sein Leben hinein. Später wird er in den »Stimmen der Zeit« Beiträge über Volk, Heimat, Krieg publizieren; er wird 1935/36, während seiner theologischen Studien, den Plan eines Buches mit dem Titel »Der Aufbau« entwerfen, das eine unfruchtbare Apologetik gegen das Dritte Reich überwinden und die positiven Ansätze im völkischen Aufbruch seit 1933 christlich unterfangen sollte. Er wird noch im Gefängnis ein Bekenntnis zu Deutschland schreiben, zu einem Land und Volk, das seiner Meinung nach eine einmalige, geschichtsträchtige Sendung unter den Völkern hat. Deutschland, das Reich, das Volk – das sind Begriffe seines Lebens. Nicht nur insoweit er diese schätzt, ist er ein Kind seiner Zeit. Auch dieser Glaube hat ihn in den Tod geführt; denn noch aus dem Gefängnis heraus wird er als einen Grund seines Todesurteils nennen: »Deutschland über das Heute hinaus als immer neu sich gestaltende Wirklichkeit«.

II

Von der normalen Ausbildung eines Jesuiten in den Jahren zwischen 1926 und 1939 ist wenig zu berichten, erstaunlich wenig, wenn man

bedenkt, wie aufregend diese Jahre politisch waren. Nach dem Noviziat in Feldkirch/Vorarlberg (1926–1928) studiert Delp 1928–1931 Philosophie am neu errichteten Berchmanskolleg in Pullach bei München und danach Theologie von 1934–1938, die zwei ersten Jahre davon im Ignatiuskolleg in Valkenburg/Holland, die beiden letzten in St. Georgen/Frankfurt am Main. Diese Studienjahre wurden durch das bei Jesuiten übliche, eher an der Praxis orientierte Interstitz unterbrochen. Fr. Delp verbrachte dieses pädagogisches Intermezzo mit großem Engagement an der Stella-Matutina in Feldkirch und ab Frühjahr 1934 im Jesuitenkolleg St. Blasien im Schwarzwald. In diesen Jahren war er Erzieher, oder, wie es im Kolleg heißt, Präfekt.
Zeugnisse, daß sich Delp in diesen Jahren ausführlich – mehr als im Durchschnitt bei einem Studenten üblich – mit dem Geist der Zeit auseinandergesetzt hatte, gibt es einige: das Buch »Tragische Existenz« (1933/35), sein Briefwechsel mit Professor Karl Thieme (1935/36), seine Predigtreihe »Kirche in der Zeitenwende« (1936).
Das Buch »Tragische Existenz« (Freiburg 1935) entstand aus einem Beitrag über den Existenzialismus (und darin vor allem über Martin Heidegger), den Delp 1933 für ein Buch von Bernhard Jansen (1877–1942), Philosophieprofessor am Berchmanskolleg in Pullach, verfaßt hatte. Einige Rezensenten des Buches lobten ausdrücklich Delps Beitrag, den er deshalb zu einer eigenen Publikation überarbeitete. Die Grundthese dieses Buches lautet: Der Mensch hat sich seit der Renaissance zwar fortschreitend aus seinen Bindungen befreit, aber er hat sich zugleich auch in dem Maße verloren, als er dabei seine eigene Mitte, die Frage nach Gott, aufgegeben hat. Delp entdeckte diese verhängnisvolle Tendenz vor allem bei Heidegger, dessen zentrales Werk »Sein und Zeit« 1927 erschienen war. Inwieweit er dabei das philosophische Anliegen Heideggers mißverstand, ist das eine Problem. Das andere aber, ob die katholischen Heideggerschüler nach dem Krieg in der Ablehnung der Delp-Interpretation hinwiederum – in der Treue zu ihrem Meister – nicht des Guten zuviel taten. Es steht fest, daß Delp die erste Buchveröffentlichung über Heidegger von katholischer Seite brachte und daß er deshalb auch heute noch der Beachtung wert ist, wie Richard Schaeffler in »Frömmigkeit des Denkens? Martin Heidegger und die Katholische Theologie« (Darmstadt 1978) beweist.
Die zweite Leistung Delps – eine eher aktuell religionspolitische – war seine Auseinandersetzung mit der Deutschen Glaubensbewegung, zu der sich 1933 eine große Zahl von freireligiösen Gemeinschaften zusammengeschlossen hatte. Die Nationalsozialisten hatten anfänglich auf die Deutsche Glaubensbewegung gesetzt, dann aber, als sie deren, zumal in der Öffentlichkeit, geringe Wirksamkeit feststellten, sich für die Gottlosenbewegung entschieden. Delp nun analysierte in

elf Predigten die »Glaubenssätze« dieser Bewegung, stellte die genuin-christliche Glaubensaussage dagegen und forderte dann den Christen zur Entscheidung auf. Selbst wenn die Theologie, die Delp hierbei vertritt, nach Meinung Karl Rahners im Wesentlichen die Theologie der Neuscholastik ist – für die Situation nach dem II. Vatikanum also eher antiquiert –, muß man dennoch seine Sensibilität für die Lebenssituation der damaligen Menschen ebenso bewundern wie seine Findigkeit, jenen Ansatzpunkt im Denken des damaligen Menschen zu entdecken, der auf christliche Entscheidung hin finalisiert werden konnte.

Diese Predigten waren eher von kirchenpolitischer Bedeutung. Sie machen sozusagen – zuzüglich des bereits genannten Buchplans »Der Aufbau« – die andere Seite einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aus. Konnte Delp damals noch die Idee des Völkischen und Nationalen im Dritten Reich bewundern, so erteilte er zugleich dieser Bewegung eine klare Absage; denn sie nahm nur aus taktischen Gründen religiöses Gedankengut auf. Er riß ihr dieses Mäntelchen ab.

Als letztes ist sein Briefwechsel mit Professor Dr. Karl Thieme (1902–1963) aus dem Jahr 1935/36 zu nennen. Dieser Briefwechsel entzündete sich am Selbstverständnis der Gesellschaft Jesu. Er fand dann aber zu seinem eigentlichen Thema in der Frage nach der Geschichte und der Geschichtlichkeit. Nicht nur das Problem des Menschen, der nach dem Sinn der Geschichte fragt, also eine Geschichtsphilosophie, stand zur Debatte. Geschichtstheologische Fragen wurden verhandelt in der Alternative, ob die Schöpfung – auch als gefallene Kreatur – immer noch ein Bild Gottes sei oder ob Geschichte nichts anderes als einen Weg ins Gericht darstelle. Delp plädierte für den Fortbestand der Schöpfung, zumal sie in der Erlösung erhöht sei. Thieme dagegen sah die Geschichte eher als die gottferne, dunkle Folie, auf der sich das Heil ereignet. Man darf sagen: Delp hatte, sehr engagiert, erstmals an einem großen Thema seine Feder erprobt. Er sollte in Zukunft immer wieder auf dieses sein Thema zurückkommen, etwa in »Der Mensch und die Geschichte« (Colmar 1943). In diesem Buch vertritt er die These, daß menschliche Geschichte, weil Geschichte aus verhängnisvoller Freiheit, trotz aller Dunkelheiten und Rätsel und Geheimnisse immer Abbild einer jenseitigen Ordnung sei, Darstellung der Herrlichkeit Gottes. Aus diesem Geschichtsverständnis heraus sah er sich dann letztlich auch aufgerufen, »etwas zu tun«, um nicht das billige »Opfer der Geschichte zu werden«.

Diese philosophischen und theologischen Deutungen Delps werden erst in diesen Tagen voll realisiert, da die Edition der Schriften Delps einen Überblick über sein geistiges Schaffen erlaubt. Der Begriff der

Geschichte bei Alfred Delp wurde jüngst analysiert. Weitere Grundbegriffe im Denken Delps böten sich an: Schöpfung, Ordnung, Bild des Menschen, imago dei, der Herrgott.

III

Delp wurde am 24. Juli 1937 zum Priester geweiht, machte 1938 sein Lizentiat in Theologie, aufgrund dessen ihm dann, wie damals in der Gesellschaft Jesu üblich, der Römische Doktor in Theologie verliehen wurde, und kam – nach dem letzten, spirituellen Ausbildungsjahr eines Jesuiten, dem Terziat – im Herbst 1939 als Mitarbeiter an die Jesuitenzeitschrift »Stimmen der Zeit« in München. Da sein Gesuch um Immatrikulation an der Universität wegen seiner Mitgliedschaft im Jesuitenorden ablehnend beschieden wurde, bildete er sich in sozialen und soziologischen Fragestellungen in privaten Studien fort. Hilfe und Rat empfing er dabei bei dem mit ihm befreundeten Professor für Nationalökonomie Adolf Weber (1876–1963).
Zusätzlich zu seiner Mitarbeit in den »Stimmen der Zeit« – er publizierte darin vor allem zu sozialen und soziologischen Problemen –, begann Delp eine weit ausgedehnte Vortragstätigkeit in Deutschland zu entfalten. Er hielt ebenso Einkehrtage für junge Menschen wie geistliche Triduen für Ordensfrauen.
Vor allem engagierte er sich seit Ende 1940 in der »Hauptstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit« in Fulda. Dort arbeitete er mit den Verantwortlichen für die katholische Männerseelsorge zusammen, entwarf mit ihnen, solange es die Machthaber erlaubten, die großen Herbsttagungen. Themen wie »Vertrauen in die Kirche« (1941) oder »Das gegenwärtige Weltverständnis und die christliche Haltung gegenüber der Welt« (1942) verraten seinen Einfluß. Er schrieb Gutachten über die »Bedeutung des Gebrauchs der Genußmittel« und über die »Betreuung der heimkehrenden Soldaten«. Diese Texte bezeugen, soweit sie erhalten sind, seine Sensibilität für die Nöte des Menschen in einer Zeit der Krise. Er lehnte kurzschlüssige pastorale Rezepturen ab und forderte immer wieder auf, die allgemeine, philosophisch reflektierte Situation zu beachten, in die hinein die Botschaft Christi zu sagen sei.
Diese seelsorgliche Arbeit kam ihm zugute, als er 1941/42 in Wolferkam am Simsee immer wieder Tage der Erholung verbrachte und den Menschen des bayerischen Alpenvorlandes zu predigen hatte. Sie nutzte ihm vor allem nach der Vertreibung der Jesuiten aus ihrem Haus in der Veterinärstraße in München (am 18. April 1941), als er Kirchenrektor in St. Georg in München/Bogenhausen wurde. Dort

predigte er fortan regelmäßig und half in der Jugend- und Männerarbeit, bei den Fastenpredigten in der Stadtpfarrei Hl. Blut mit.
In dieser Zeit entwickelte sich Delp zu einem Seelsorger, dessen Predigten zum Geheimtip in München zählten. Allein der Tatsache, daß seine Ansprachen fleißig mitgeschrieben und dann in vielen Schreibmaschinendurchschlägen verteilt wurden, ist es zu verdanken, daß diese Predigten auf uns kamen. An großen und wiederkehrenden Themen drängen sich auf: der Mensch in seinen Grenzerfahrungen und Nöten; der Herrgott in seinem absoluten Anspruch; Kirche – als Zeichen des Heiles; Orientierungslosigkeit, soziale Not. In seinen Predigten versuchte Delp immer wieder, ausgehend von den liturgischen Texten der hl. Messe oder vom Wort der Schrift, auf die Fragen der Menschen Antwort zu geben, wie immer die Fragen auch heißen mochten: Angst, Trümmer, Fremdheit, dunkle Zukunft, politische Macht. Diese Predigten bemühten sich, die Christen zu sozialem Engagement zu motivieren, tätig zu sein, wie er es vorbildlich war. Er suchte nach Bombenangriffen die zerstörten Häuser auf und half, die Verschütteten ausgraben; er aktivierte die Gläubigen, den vertriebenen und verfolgten Juden zu helfen; er unterstützte die »Kreuzaktion« Münchner Mütter, die am 25. September 1941 jene Kreuze wieder in den Schulen aufhängten, die von den Nazionalsozialisten dort wenige Tage zuvor entfernt worden waren. Trotz all dieser Verantwortung engagierte er sich für einzelne Menschen, was immer sie bedrückte. Er war für andere da.

IV

In diesen Jahren zwischen 1941 und 1943 machte Delp eine nicht unbedeutende Krise durch. Viele Ursachen können daran beteiligt gewesen sein. Welche die bedrückendste war, ist nicht auszumachen. Delp hat darüber verständlicherweise eher geschwiegen als geredet. Er hatte aus einem Leben in mitbrüderlicher Gemeinschaft Mitte des Jahres 1941 zu einem Lebensstil im eigenen Haus finden müssen. Er war betroffen von der Gebrechlichkeit und Unzuverlässigkeit des Menschen. Er litt auch unter Mitbrüdern, die seinen oft eigenwilligen Lebensstil nicht verstanden. Gewiß bedrückte ihn auch die Kirche insgesamt, die auf die Fragen der Menschen im Dritten Reich zu wenige echte Antworten hatte. Zu all dem kam eine Blut- und Stoffwechselkrankheit hinzu, die sich zu ärgerlichen Furunkeln auswuchs. Es war viel auf einmal, was auf ihn einstürmte.
Seine innere Krise neigte sich schon dem Ende zu – vor allem die Tage in Wolferkam und die Begegnung mit den dortigen Menschen wirkten heilkräftig –, da wurde von seinen Obern Delps feierliche Profeß

aufgeschoben, die den Umständen nach am 15. August 1943 hätte sein sollen. Diese Entscheidung des Ordens, die nach den ordensüblichen Informationen letztlich in Rom gefällt wurde, traf Delp hart.
Über die Gründe der Aufschiebung der Gelübde ist viel gerätselt worden. Vor allem wurde die Frage gestellt, ob auch politisch bedingte Konflikte mit seinem Provinzial P. Augustin Rösch (1893–1961) die eigentliche Ursache gewesen seien. Dazu läßt sich folgendes anmerken: Erstens werden sich die Gründe, die in Rom zu dieser Entscheidung führten, nie erheben lassen, da die hierzu eingeholten Informationen unter höchster Diskretion gegeben werden. Zweitens: Die Beziehung zwischen P. Rösch (Provinzial 1935–1944) und P. Delp waren höchst ambivalent. Wie es der Eigenart Röschs entgegenkam, gab es Zeiten, in denen P. Delp schier ein Sohnesverhältnis zu ihm entwickelte. Um so schlimmer waren dann die Perioden der Entfremdung, die um so leichter auftreten konnten, wenn P. Rösch sich nicht allseitig informiert meinte und in der Verantwortlichkeit wie in teilweise übersteigerter Väterlichkeit nicht die auf ihn zugeschnittene patriarchalische Form gewinnen konnte. Daß P. Rösch dem jungen Delp vertraute, läßt sich aus dessen Berufung in den Kreisauer Kreis zwingend erschließen. Dennoch ist nicht ausgeschlossen, daß Rösch, der schon jahrelang im »Ausschuß für Ordensangelegenheiten« mitgearbeitet und Bischöfe in ihrem Verhalten den Nationalsozialisten gegenüber beraten hatte, in konkreten Fragen der Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich einer anderen Meinung war als Delp. Gewiß auch ein Konfliktgrund.
Delp hatte sich trotz des Aufschubs der Profeß und aller damit verbundenen Mühe in der Zuwendung zu seinem Orden nicht beeinträchtigen lassen. Daß er später auf das Angebot der Gestapo, aus dem Orden auszutreten, um dadurch sein Leben zu retten, nicht einging, beweist seine Treue zum Orden zur Genüge.

V

Um die Jahreswende 1941/42 fragte P. Provinzial Rösch den P. Delp, ob er bereit sei, in einem Kreis mitzuarbeiten, der sich über Deutschland nach dem Krieg Gedanken mache. Bei seiner sozialen Einstellung sei er gewiß bereit, als Soziologe in einem Kreis um den Grafen Helmuth James von Moltke (1907–1945) mitzuarbeiten. Delp sagte zu – und zählte seitdem zu dem »Kreisauer Kreis«, wie er später, vermutlich zuerst von der Gestapo, genannt wurde.
Dieser Kreis hatte sich aus einem Gesprächskreis um den Grafen Moltke entwickelt, der sich um eine Neuordnung Deutschlands Gedanken machte. Auf Grund persönlicher Kontakte fanden sich

Adelige und Gewerkschaftler, Sozialdemokraten und Vertreter der beiden Kirchen in der Absicht zusammen, dem Schicksal insoweit zu widerstehen, als sie auf dem Weg in die Katastrophe bereits fragten, wie es später einmal mit diesem geplagten Deutschland weitergehen solle.
Drei große Treffen auf dem alten Familienbesitz der Moltkes, dem Gut Kreisau in Schlesien, hatten die Aufgabe, die Grundfragen einer Neuordnung zu klären. P. Rösch, der Moltke Anfang Oktober 1941 in Berlin kennengelernt hatte, nahm am ersten Treffen in Kreisau vom 22. bis 25. Mai 1942 teil. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche stand zur Debatte.
Delp kam erst zur zweiten Tagung, die vom 16. bis 18. Oktober 1942 in Kreisau abgehalten wurde. Bei deren Vorbereitung am 1. und 2. August 1942 in Berlin stand vor allem die soziale Frage im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Aufgabe Delps war es nun, den Kreisauern, vor allem den Sozialisten unter ihnen, die großen Sozialenzykliken der Päpste nahezubringen, also sie in die Aussagen von Rerum novarum (1891) und Quadragesimo anno (1931) einzuführen. Er wird damals dargelegt haben, was iustitia socialis im Sinn der Kirche ist. Drei Fragen würden darin vor allem aktuell an die Kirche gestellt: Ob sie die Notlage des Menschen sehe, ob sie für die Grundrechte des Menschen eintrete, ob jedes Engagement der beiden Kirchen auch mit den außerkirchlichen Gruppen abgestimmt werden könne. Es gehe ja um den Menschen. Ohnmacht und Feigheit müßten überwunden werden (nach einem Vorbereitungstext). Während der Tagung selbst mischte sich Delp ein, als das Problem des Staats- und Wirtschaftsaufbaus diskutiert wurde. Beunruhigende Themen waren: Gewerkschaften, Selbstverwaltung, Dezentralisation. Es entspann sich ein Streitgespräch bis tief in die Nacht hinein, wie Eugen Gerstenmaier sich erinnert.
Die dritte Tagung am 12. bis 14. Juni 1943 hatte zum Thema die Außenpolitik der Nachkriegszeit, die intereuropäischen wirtschaftlichen Beziehungen, die Bestrafung der »Kriegsverbrecher«, die Weisungen an die Landesverweser in einer Nach-Hitler-Zeit. Dazu hatte Delp einen langen Katalog von Forderungen über die Wiederherstellung des Bewußtseins vom absoluten Recht, der konkreten Rechtssicherheit, des echten Staats, der Familie (Familienlohn!) und der Schaffung einer echten Sozialordnung (darin wird ausdrücklich die iustitia socialis genannt) vorgelegt. Über alle Themen, die auf den Tagungen verhandelt wurden, wurden Protokolle erstellt und Abschlußtexte verabschiedet.
Delp trug zur Arbeit im Kreisauer Kreis nicht unwichtige Überlegungen bei. Er war ferner der Meinung, man müsse Kontakte zu anderen Gruppen und Personen knüpfen. Er wurde zu einem Kontaktmann zu

deutschen Bischöfen und plante Begegnungen mit anderen Widerstandsgruppen. Zu nennen wären: der Kreis um Franz Sperr (1878–1945) in München, der Kreis im Haus der Katholischen Arbeiterbewegung in Köln, der Kreis um Professor Kurt Huber (1893–1943), »Die weiße Rose«. Allerdings kam durch die sich überstürzenden Ereignisse im Frühjahr 1943 ein Treffen mit Letzteren nicht mehr zustande. Diese Kontakte und Begegnungen – auch eines Teils der Kreisauer selbst im Pfarrhaus Delps in Bogenhausen – fanden unter größter Geheimhaltung und Vorsicht statt. Die Allgegenwart von Lauschern und Spitzeln der Gestapo zwang zu großer Behutsamkeit.
Nachdem am 19. Januar 1944 Graf Moltke verhaftet worden war, weil er einen Freund vor der Verhaftung gewarnt hatte, war der Kreis führerlos. Für dessen Mitglieder bestand wohl zunächst keine unmittelbare Gefahr, weil die Gestapo nicht im entferntesten ahnte, welchen Fang sie in dem Grafen gemacht hatte. Doch dem Kreis mangelte die organisierende Vernunft Moltkes. Einige von den Kreisauern schlossen sich der Gruppe um den Grafen Claus Schenk von Stauffenberg (1907–1944) an; andere wieder waren der Meinung, die Arbeit der Kreisauer als Gruppe habe damit ein Ende genommen. So urteilte etwa Theodor Steltzer (1895–1967). Delp selbst hatte allen Kontakt zu Berlin verloren. In dieser Situation der Ungewißheit besuchte er – anläßlich eines lange geplanten Vortrags in Bamberg – dort am Abend des 6. Juni 1944 den Grafen Stauffenberg. Er wollte Näheres über die Invasion erfahren, die am frühen Morgen des gleichen Tages stattgefunden hatte. Stauffenberg war bei dieser Begegnung wenig mitteilsam, eher ungehalten über diesen unvorsichtigen Besuch und philosophierte mit Delp über die Geschichte schlechthin. Dieser Besuch sollte noch große Sorgen bereiten.

VI

Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde Delp von seinem Oberen wie von seinen Freunden geraten, »unterzutauchen«. Delp fügte sich dem Rat jedoch nicht. Er wollte seine Freunde in München in den Tagen der Bombenangriffe nicht allein lassen, wollte die Exerzitien, die der Ablegung der Profeß am 15. August 1944 vorangehen sollten, in München machen. So verhaftete ihn die Gestapo am Morgen des 28. Juli 1944, nachdem er die hl. Messe in St. Georg gefeiert hatte. Er wurde für einige Tage in der Hauptstelle der Gestapo in München, im Wittelsbacher Palais, festgehalten und in der Nacht vom 6. auf den 7. August nach Berlin überstellt.

Der erste Ort seiner Haft war das neuerrichtete Gestapogefängnis in der Lehrterstraße 3. Dort mußte er »strenge Verhöre« über sich ergehen lassen. Er wurde geprügelt, wie Blutspuren in seinem Hemd bewiesen, und war nahe daran, allen Lebensmut und alle Hoffnung zu verlieren. Während dieser Verhöre, die auch andere Mitglieder des Kreisauer Kreises erlitten, kam allmählich die Arbeit dieser »konspirativen Vereinigung« an den Tag, wie die sog. Kaltenbrunner-Berichte beweisen. Endlich wurde Delp am 15. August von den »beiden Mariannen«, von Marianne Hapig (1894–1973) und Dr. Marianne Pünder (1898–1980), im Gefängnis entdeckt. Sie hielten fortan Kontakt mit ihm, versorgten ihn später mit Meßwein und Hostien. Ihrem Engagement sind auch die vielen Kassiber, Briefe und Meditationen zu verdanken, die Delps Beten, Ringen und Glauben bezeugen.
Am 8. September 1944 wurde Delp an den zweiten Ort seiner Gefangenschaft gebracht, nach Berlin/Tegel, in die große Haftanstalt, in der die »Kreisauer« einsaßen. Diese Haft war – obgleich alle Tag und Nacht Handschellen tragen mußten – insoweit leichter, als dort altgediente Wachtmeister der preußischen Justiz Dienst taten und keine Gestapobeamten. Diese waren anfänglich über die neue Art von Häftlingen erstaunt, die nicht nur stundenlang studierten und beteten, sondern auch freundlich zu ihnen waren.
Über die fünf Monate in Tegel geben etwa 100 Kassiber Auskunft. Aus ihnen ist zu entnehmen: die Unsicherheit über den Inhalt der Anklage und über den Termin des Prozesses, die Sorge um viele Menschen in München, der stetige Dialog mit Gott, die innere Bereitung auf die letzte Freiheit. Es war ein Auf und Ab von Zuversicht und Kleinmut, von Übereignung an Gott und Lebensangst, von schier mystischer Freude und vom Leid der Einsamkeit.
Höhepunkt dieser Haftzeit waren die seltenen Besuche von Verwandten und Freunden. Der große Tag im Gefängnis aber war der 8. Dezember 1944. Durch günstige und auch mit Mut herbeigeführte Umstände konnte P. Delp im Zimmer des Justizwachtmeisters in die Hände von P. Franz von Tattenbach SJ seine Profeß ablegen. Delp war beim Sprechen der Gelübdeformel bis zu Tränen gerührt. Er hatte sein Lebensopfer Gott dargebracht. Was konnten angesichts dieser »vincula amoris« in Zukunft Fesseln aus Eisen bedeuten! Anfang Dezember hatte Delp auch die Punkte der Anklageschrift erfahren. Er schilderte sie in einem Kassiber: der Hochverrat der Kreisauer Aktivitäten; der Besuch bei Stauffenberg – laut Aussagen Sperrs mit Informationen über das geplante Attentat. Weitere Vorwürfe betrafen Informationen über Goerdeler oder putschbereite Offiziere.
Die tödliche Anklage beruhte in der Aussage Sperrs, Delp habe mit ihm vor dem 20. Juli über das geplante Attentat gesprochen. Wie war es möglich, Sperr vom Irrtum seiner Aussage zu überzeugen? Denn

Delp hatte in der Tat nichts vom Plan dieses Attentats auf Hitler gewußt. Er war persönlich wohl der Meinung, Tyrannenmord sei sittlich erlaubt. Aber inwieweit er auch bei dem Attentat Stauffenbergs mitgewirkt hätte, ist heute eine unbeantwortete Frage.
In der Vorbereitung des Prozesses spielte eine nicht unbedeutende Rolle, daß P. Rösch zunächst von der Gestapo nicht verhaftet werden konnte. Er war ebenso wie P. Lothar König (1906–1946) nach der Verhaftung Delps untergetaucht. Für beide wurden zwei Mitbrüder als Geiseln nach Dachau gebracht. Auch die Schwester von P. König wurde verhaftet. Die Tatsache, daß man trotz steckbrieflicher Fahndung der Patres Rösch und König nicht habhaft werden konnte, trug dazu bei, den bei den Nazis bestehenden Plan eines großen Prozesses gegen die beiden Kirchen aufzugeben. So wurde der Prozeß endgültig für den 9. und 10. Januar 1945 angesetzt. Am 11. Januar ergingen dann die Urteile, genau an dem Tag, an dem P. Rösch – in einem kleinen Ort östlich von München durch Verrat entdeckt – von der Gestapo verhaftet wurde. Doch auch dann konnten die alten Pläne der nationalsozialistischen Machthaber nicht mehr verwirklicht werden.

VII

Wenige Tage vor dem Prozeß wurde bekannt, daß Roland Freisler (1893–1945), der Präsident des Volksgerichtshofs, der gefürchtete »rote Roland«, den Prozeß führen werde. Er war als »Pfaffenfresser« bekannt und hatte durch seine schnellen und gnadenlosen Urteile gegen die Mitglieder der »Weißen Rose« in München, Anfang 1943, zweifelhafte Berühmtheit erlangt.
Am Morgen des 9. Januar 1945 wurden die Kreisauer in das Gerichtsgebäude in der Bellevuestraße gebracht, wo die Verhandlung stattfinden sollte. Soweit möglich, hatten sie die Strategie ihres Verhaltens abgesprochen und ihre Aussagen inhaltlich aufeinander abgestimmt. Die Verhandlung selbst, die mit Delp begann, war auf die Vernichtung der Kreisauer ausgerichtet. Alle scharfen Attacken auf Kirche, Bischöfe, Jesuiten konnten nicht verdecken, daß Freisler ein Ziel verfolgte: herauszustellen, daß Deutsche sich Gedanken gemacht hatten über ein Deutschland nach dem Ende des Dritten Reiches. Freislers Gegenthese: »Mit uns stirbt der letzte Deutsche.« Darin bestand das eigentliche Verbrechen der Kreisauer, daß sie das Dogma: NSDAP – Drittes Reich – Deutsches Volk als unzertrennbare Einheit nicht akzeptierten. Besondere Attacken auf Delp griffen sein soziales Engagement auf. Er führte überlegen vor Freisler aus: »Solange der Mensch menschenunwürdig und unmenschlich leben muß, solange wird der Durchschnitt den Verhältnissen erliegen und weder beten noch

denken.« Deshalb müsse der Staat geändert werden. Freislers Gegenthese: Ein Nichtnationalsozialist kann das Dritte Reich nicht ändern. Endlich aber spielte das christliche Engagement der Kreisauer eine Rolle, Freisler zu Moltke: »Eines haben Christentum und Nationalsozialisten gemeinsam, und nur dies eine: Wir fordern den ganzen Menschen.« Also doch jenes: Man kann nicht zwei Herren dienen? So verschärfte sich fortschreitend der Prozeß, und am Ende blieb die Frage übrig: »Von wem haben sie ihre Befehle? Vom Jenseits oder von Adolf Hitler?... Wem gilt ihre Treue oder ihr Glauben?« Moltke schrieb, daß er letztlich als Christ vor Freisler stehe. Delp stand dort als Jesuit. Im letzten ging es also um die Autorität der Freiheit aus Jesus Christus.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde am 11. Januar 1945 das Todesurteil über Delp gesprochen. Die 21 Seiten lange Urteilsbegründung sagt, nach langen Ausführungen über Arbeitsweise des Kreises, folgendes über P. Delp: »... Sicher gehört Delp zu denen, die immer wieder behaupten, das Reich ihrer Kirche sei von jener Welt. Das hinderte ihn aber nicht, sich mit lauter Nichtnationalsozialisten, darunter offenkundigen Staatsfeinden, in derartige konspirative Gespräche und Planungen einzulassen, sie selbst aktiv vorwärts zu treiben und dabei seine Wohnung als Schlupfwinkel für die Verschwörerbesprechungen zur Verfügung zu stellen. Er tritt mit dem Anspruch auf, ein gebildeter Mann zu sein. Er mußte die Verpflichtung, die darin liegt, besonders spüren und durch Taten beachten. Wenn er trotzdem im Krieg dieses Verrats sich schuldig gemacht hat, so bezeugt das seine vollkommene Ehrlosigkeit und erzwingt zum Schutz des Reiches das Todesurteil gegen ihn...«

Nach dem Todesurteil wurden die Verurteilten nicht, wie bisher üblich, unmittelbar zur Hinrichtung in das Gefängnis Berlin-Plötzensee gebracht. Sie wurden wieder in die Haftanstalt Tegel gefahren. Es begann ein Leben in großer Ungewißheit, in großer Hoffnung.

Im Gefängnis konnte Delp noch einmal auf sein politisches Engagement und den Prozeß selbst zurückschauen. Er nannte die Werte, für die er verurteilt wurde: »Deutschand über das Heute hinaus als immer neu sich gestaltende Wirklichkeit – Christentum und Kirche als die geheime Sehnsucht und die stärkende und heilende Kraft dieses Landes und Volkes –, der Orden als die Heimat geprägter Männer, die man haßt, weil man sie nicht versteht und kennt in ihrer freien Gebundenheit und weil man sie fürchtet als Vorwurf und Frage in der eigenen pathetischen Unfreiheit.« Dies waren die Gründe, »und daß ich dies alles tat als Christ und Jesuit«. Delp nannte einem Mitbruder gegenüber andere, weniger »politische« Ursachen des Todesurteils: daß er trotz des verlockenden Angebots der Gestapo nicht den Orden verlassen habe; daß man Rösch nicht entdeckt habe und deshalb der

geplante Prozeß gegen die beiden Kirchen nicht möglich war; daß er sich einsetzte für die »iustitia socialis«; denn auch von ihr hatte Freisler in seinem Urteil gesprochen.
Diese Gründe machen deutlich, daß jeder Zusammenhang zum 20. Juli 1944 fallengelassen worden war. Der Prozeß und die Urteile galten Männern, die sich – weithin des christlichen Glaubens wegen – für die Sache der Freiheit des Menschen engagiert hatten. Das Leben hatte ein »Thema« bekommen. Auch diese Einsicht war es, die Delp in der inneren Not aufrichtete: »ein Thema«! Eigentlich das Thema, das Inhalt seiner Schriften war: die Freiheit des Menschen in der Geschichte.
Die folgenden Wochen sollten für Delp noch bitter werden. Am 21. Januar erfuhr er, Rösch sei verhaftet worden. P. von Tattenbach hatte ihn am Tag zuvor im Reichssicherheitshauptamt zufällig gesehen. Wie bitter diese Nachricht auch für Delp war, sie nährte zugleich die Hoffnung, man werde jetzt den großen Prozeß gegen die Kirche noch planen, der dann der aus dem Osten nahenden Kriegsfront wegen nicht mehr durchgeführt werden könne.
Am 23. Januar wurden die Freunde, an der Spitze Graf Moltke, im Gefängnis abgeholt und in Plötzensee hingerichtet. Delp fragte sich, was Gott mit ihm plane, da er ihn aufhebe. Wofür? Hin- und hergerissen zwischen Hoffnung und Kleinmut lebte er das Leben eines Todeskandidaten. Um das Gnadengesuch seiner Eltern und seiner Schwester zu bestärken, verfaßte er selbst ein Gnadengesuch an den Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, und suchte durch Kontakte in München an hochgestellte Persönlichkeiten heranzukommen, die noch etwas wenden könnten. Es zeugt von verständlicher Ungeduld, wenn er schrieb: »Wenn man der Weltgeschichte doch Beine machen könnte!«
Am 31. Januar 1945 wurde Delp in Tegel abgeholt und in das Gefängnis Plötzensee übergeführt, den dritten Ort seiner Gefangenschaft in Berlin. In einer kleinen Zelle in Haus 4 verbrachte er noch zwei Tage. Am 2. Februar mußte er den kurzen Weg von Haus 4 in den Hinrichtungsschuppen gehen. Dort wurde er gehängt, seine Leiche verbrannt, die Asche auf den Rieselfeldern Berlins verstreut.

VIII

Hat der Tod Delps und der seiner Freunde einen Sinn gehabt? Ist eingetreten, was Delp schrieb: daß sie sterben, damit andere einmal glücklicher leben könnten? War das Deutschland, das dann im westlichen Teil als neue Republik kam, den hohen Preis ihres Lebens wert? Es gibt Leute, die eher meinen, die neue Republik habe bald das hohe

Ethos ihres Beginnens und damit auch das Engagement der Kreisauer verraten. Nichts mehr würde an sie lebendig und im Anspruch einer »neuen Ordnung« erinnern. Andere meinen, sie hätten zuviel und zu weltfremd und ohne hinreichende soziale Kenntnis gedacht und hätten überhaupt zu wenig gehandelt. Der Kreis um Stauffenberg sei im Attentat auf Hitler effizienter gewesen. Auch sei es schwer verständlich, angesichts der blutigen Tyrannei, die Hitler und seine Schergen ausübten, so lange über die Erlaubtheit oder Unerlaubtheit des Tyrannenmordes nachzudenken. Eine mit ethischen Problemen kaschierte Feigheit? Endlich gibt es Zeitgenossen, die den Wert dieses Opfers mit klaren Worten benennen: Im Tod hätten diese Männer die Autorität der Freiheit bezeugt, hätten das Freiheitsbewußtsein der Nachgeborenen gemehrt – und es sei an der Zeit, daß gerade die Jugend das beglückende und befreiende Ethos dieser Männer entdeckte.
Für Alfred Delp endlich gilt: Er ging des christlichen Glaubens wegen in den Tod. Wäre er kein Christ, kein Jesuit gewesen, hätte ihn weder Freislers Haß getroffen, noch die unerbittliche Ausschließlichkeit des nationalsozialistischen Machtanspruchs aus dem Weg geräumt. Vor allem seiner sozialen Forderungen wegen mußte er dem göttergleichen Stolz Platz machen. Er ist eines Platzes in der Erinnerung der Christen wert.

Conrad Gröber (1872–1948)

»Anfangs zögernd, dafür aber dann um so konsequenter löste sich der Freiburger Erzbischof von seinem verspäteten Optimismus, um bei der Auseinandersetzung der Bischöfe mit dem NS-Staat schließlich in die vorderste Reihe zu treten. Das sicherte ihm denn auch das besondere Mißfallen von Hitlers Kirchenminister, der ihn wegen kritischer Äußerungen in Predigten und Hirtenbriefen als ›verbissenen Gegner von Staat und Partei‹ charakterisierte. Gleichwohl blieb der Freiburger Erzbischof durch Führungsambitionen und Mangel an Einordnungsbereitschaft für die Mitstreiter im Episkopat ein ausgesprochen schwieriger Bundesgenosse« – so charakterisiert Ludwig Volk aus einer intimen Kenntnis der Quellen Conrad Gröber in all seiner Widersprüchlichkeit, ihm wohl, was das kirchenpolitische Engagement anlangt, voll gerecht werdend.

Der alternde Freiburger Oberhirte, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg als Symbolfigur katholischen Widerstands gegen den nationalsozialistischen Ungeist unumstritten – der große Prediger auf den Bekenntnissonntagen der katholischen Jugend, auf den Männerwallfahrten, im Freiburger Münster, kein Blatt vor den Mund nehmend –, spürte doch den Drang zur Rechtfertigung für seine kirchenpolitische Linie zu Beginn des Dritten Reiches, die ersten kritischen Stimmen 1947 witternd:

»Es ist deswegen auch falsch, wenn jetzt in deutschen Kreisen behauptet wird, ich hätte Pius XI. zur Fortsetzung der Verhandlungen und zum Abschluß des Konkordates bewogen. Selbst wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte ich damit keine unerträgliche Verantwortung übernommen, denn es drehte sich damals in erster Linie darum, einen Rechtszustand zu erreichen und damit Zeit zu gewinnen, um die katholischen Kräfte zu sammeln und überzeugungsgemäß zu stärken. Ich sagte mir: Wenn das Konkordat auch nur einige Jahre hält, ist damit schon außergewöhnlich viel gewonnen. Tatsächlich war 1933 der Katholizismus in Deutschland noch keineswegs einig und gerüstet genug, um einen ganz neu gearteten Kulturkampf zu wagen und zu ertragen. Und dieser Kampf wäre unverzüglich gekommen. Die nationalsozialistische Diktatur war da und schlug in ihrer brutalen Condottieremanie bedenkenlos jede Gegenwehr nieder«, heißt es in

einer ausführlichen Selbstdarstellung über seine Mitarbeit beim Zustandekommen des Reichskonkordats.
Im Grunde hat Gröber damit die entscheidenden Positionen der bis heute andauernden Diskussionen definiert. Der unumstrittene Oberhirte ist längst zu einer zeitgeschichtlichen Persönlichkeit wissenschaftlicher und noch mehr publizistischer Kontroversen geworden.

I

Conrad Gröber entstammte einer handwerklich-bäuerlichen Familie, die seit Generationen väterlicherseits in Meßkirch, der alten badischen Amtsstadt mit einer reichen geschichtlichen Vergangenheit, bzw. im benachbarten Sauldorf von der Mutterseite her beheimatet war. Der Vater, Alois Gröber (1827–1903), war Schreinermeister und betrieb, wie dies in süddeutschen Gegenden üblich war, nebenbei eine kleine Landwirtschaft, kräftig von seiner Frau Martina geb. Jörg (1830–1923) unterstützt. Der am 1. April 1872 geborene Conrad Gröber – benannt nach dem hl. Bischof Konrad von Konstanz – wuchs in diesem sozialen Umfeld im Kreis von drei Vollgeschwistern und einem viel älteren Halbbruder heran, durchaus einbezogen in die Arbeitswelt der Eltern und eingebettet in den durch religiöses Brauchtum gekennzeichneten Jahresrhythmus, wobei er offensichtlich von der Mutter die stärkste Prägung erfuhr.
Bleibendes Kindheitserlebnis auf dem kirchlichen Sektor war die unmittelbare Erfahrung des Altkatholizismus, der in Meßkirch dominierte und, von der badischen Regierung einseitig begünstigt, die altehrwürdige Stadtkirche zugesprochen erhielt, während die römisch-katholische Gemeinde sich lange Zeit mit einer Notkirche behelfen mußte. Diese binnenkatholische Spaltung führte auch zu deutlicher gesellschaftlicher Differenzierung; die oberen Schichten neigten dem Altkatholizismus zu. Damit ist nicht gesagt, daß die Gröbers zu den armen Leuten zählten. Sie gehörten einer gediegenen mittleren Schicht an.
Conrad Gröber, der in seinem »Römischen Tagebuch« und in anderen literarischen Arbeiten sehr eingehend und eindringlich immer wieder auf Kindheit und Jugend zurückblickte, dokumentiert so recht anschaulich die wichtigsten Phasen seines Heranwachsens, das durch eine besonders innige Beziehung zur Mutter bestimmt war, die später im Priesterhaushalt ihres Sohnes bis zum Lebensende wohnte. Der Weg zu höherer Schulbildung, gewiesen vom Ortsgeistlichen und von Verwandten, zu denen auch ein Onkel, der Pfarrer war, gehörte, führte den jungen Gröber zunächst an das Gymnasium in Donaueschingen, wo er bei nahen Verwandten unterkommen konnte. Als

1884 im Zuge des Abbaus der Kulturkampfgesetze die badische Regierung die Wiedereröffnung der bischöflichen Knabenseminare zuließ, wechselte Gröber auf das traditionsreiche Konstanzer Gymnasium und wurde Alumne des wiedereröffneten Konradihauses. Das Abitur bestand Gröber mit der Note »gut«, wobei seine Stärken in den sprachlichen und historischen Fächern lagen.
Seine Konstanzer Schulzeit war nicht nur von der dichten Kulturlandschaft des Bodenseeraumes geprägt – Gröber sollte zeitlebens mit diesem kulturellen Erbe verbunden bleiben –, sondern auch durch seine Lehrer am relativ weltoffenen Konstanzer Gymnasium, wo auch ein deutlich spürbarer Geist badischen Liberalismus' wehte. Die Erzieher und manche Mitalumnen des Konradihauses übten nachhaltigen Einfluß auf den jungen Gröber aus. Von seinen Mitschülern sind Konrad Beyerle und der dichterisch tätige Wilhelm von Scholz zu erwähnen, mit dem Gröber eine Geistesverwandtschaft verbunden hat, da Gröber, musisch hoch veranlagt, selbst literarische und künstlerische Ambitionen hegte, die ihn eigentlich durch das ganze Leben begleiteten. Die Ferienzeiten boten ihm Gelegenheit, den Schwarzwald kennenzulernen, da er oft bei seinem Pfarronkel in Wieden unterhalb des Belchen weilte, aber auch immer wieder in Beuron einzukehren, dessen Kunstrichtung auf den jungen Gröber einen nachhaltigen Einfluß ausübte, dem er sich erst später in einer gewissen Distanzierung entziehen konnte.
Der Berufung zum Priestertum scheint Conrad Gröber schon früh geradlinig gefolgt zu sein. Jedenfalls stand dieses Ziel bereits in der Gymnasialzeit ziemlich klar fest, so daß Gröber unmittelbar nach dem Abitur den vorgegebenen Kurs (Studium der Philosophie und der katholischen Theologie, Immatrikulation zum Wintersemester 1891/92 an der Universität Freiburg und Eintritt in das dortige theologische Konvikt) einschlug, an der Theologischen Fakultät in erster Linie von dem Apologetiker Andreas Schill, zugleich Direktor des theologischen Konvikts, und von Franz Xaver Kraus, dem Kirchen- und Kunsthistoriker, aber auch dem entschiedenen Kulturpolitiker, beeindruckt. Kraus war es auch, der für Gröber im besonderen Maße die geistige Grundlage der folgenden römischen Studienzeit schuf. Die Aufnahme in das Collegium Germanicum befürwortete vornehmlich der bischöfliche Kaplan Lorenz Werthmann, dessen karitative und soziale Arbeit Gröber in hohem Maße in der späteren pastoralen Tätigkeit beeinflußte.
Seit 1893 Alumne des Collegium Germanicum Hungaricum und Student an der Gregoriana in Rom, ist Gröber in theologischer (Neuthomismus), aber auch in kunsthistorischer Hinsicht wesentlich geprägt worden. Hinzu traten enge persönliche Bindungen zu Germanikern, die später Gröbers Mitbrüder im bischöflichen Amt waren.

Denn ein Wesenszug Gröbers lag in der Suche nach menschlicher Beziehung, die zu tiefen Freundschaften, aber auch zu Gegnerschaft, ja Feindschaft führen konnte. Die Gediegenheit der wissenschaftlichen Ausbildung und das unermüdliche Selbststudium der römischen Kunst legten die Basis für die pastorale und kirchenpolitische Karriere Gröbers, der eine wissenschaftliche Laufbahn nur von ungefähr erwogen hatte. Er wollte in die Seelsorge.

II

Am 28. Oktober 1897 in der Kollegskirche zum Priester geweiht, schloß Gröber die römische Zeit mit dem Dr. theol. (1898) ab, wurde für wenige Wochen Vikar in Ettenheim und dann als Kaplan nach Karlsruhe angewiesen. Auf dem Weg der pastoralen Arbeit ist die Station St. Stephan in Karlsruhe, wo Gröber über zwei Jahre tätig war, hervorzuheben, weil ihm die spezifischen Probleme der Großstadtseelsorge in der Residenz- und Industriestadt im ganzen Spektrum aufgetan wurden und Gröber auf Mitkapläne traf, die wie Heinrich Feurstein zum Freund oder wie August Stumpf zum innerkirchlichen Gegner oder wie Heinrich Mohr zum haßerfüllten Feind werden sollten.

Mit der Ernennung zum Rektor des Konstanzer Konradihauses 1901 war nicht nur die Rückkehr an die Stätte seiner gymnasialen Ausbildung verbunden: Für den jungen Geistlichen begann eine fast ein Vierteljahrhundert währende Wirksamkeit in der einstigen Bischofsstadt, zu deren historischer Erhellung Gröber in der Folge in zahlreichen wissenschaftlichen und publizistischen Arbeiten – im Nebenamt gewissermaßen – beigetragen hat. In seine Amtszeit als Vorsteher des erzbischöflichen Knabenkonvikts fielen zwei wichtige Begegnungen, die für ihn gleichsam schicksalhaft werden sollten. Unter den Zöglingen befanden sich Max Joseph Metzger, der spätere Blutzeuge, und Martin Heidegger, der Meßkircher Landsmann, den Gröber eigentlich auf den philosophischen Weg gebracht hat, mit ihm immer in einem eigenartigen Spannungsverhältnis verbunden.

1905 übernahm Gröber die Dreifaltigkeitspfarrei in Konstanz. Als Pfarrer hat er das volle Programm damaliger pastoraler Arbeit entfaltet, sehr intensiv die Standesseelsorge entwickelt und sich besonders als Prediger einen Namen geschaffen. Die Macht über das Wort, in der Kunst der freien Rede, korrespondierte dem literarischen Können Gröbers, wie sein umfangreiches Schrifttum ausweist. Als Kanzelredner ist Gröber zeitlebens, besonders im volkstümlichen Sinn, mitreißend geblieben. Sein Kunstverständnis befähigte ihn zu den anstehenden grundlegenden Restaurierungsarbeiten in Dreifaltigkeit (es han-

delte sich um die ehemalige Augustinerkirche, deren spätmittelalterliche Fresken Gröber freilegen ließ und deren Barockensemble er komplettierte) und später des Konstanzer Münsters, wobei Gröber sehr behutsam und einfühlend vorging.
In der Konstanzer Zeit entfaltete er auch eine beträchtliche Tätigkeit mit politischer Ausrichtung, zunächst durchaus im Rahmen der kirchlichen Vereinsarbeit, wobei er als Gegenbild das kirchenpolitisch liberale Konstanz vor Augen hatte und sich selbst in der Tradition der katholischen Politiker der Kirchen- und Kulturkampfzeit sah, wie überhaupt diese Phase badischer Geschichte für Gröber ein Schlüsselerlebnis bleiben sollte. Später betrat er als Stadtverordneter des Zentrums auch die kommunalpolitische Bühne. Gröber hat sich bei dieser politischen Aktivität vor allem publizistisch profiliert, so daß er weit über den Bodenseeraum bekannt geworden ist, nicht zuletzt deswegen, weil er immer wieder aktuelle Vorgänge aufgriff und notfalls kämpferisch parierte. Zum hohen Bekanntheitsgrad Gröbers trugen auch die von ihm konzipierte 800-Jahrfeier der Heiligsprechung des Bischofs Konrad von Konstanz (1923) und seine herausragende Mitarbeit auf der Diözesansynode (1921) bei.
Die Ernennung zum päpstlichen Geheimkämmerer (1923) – Gröber war im Jahr zuvor Münsterpfarrer von Konstanz geworden – leitete gewissermaßen die nächste Stufe seines kirchlichen Aufstiegs ein, die Wahl ins Domkapitel von Freiburg, in Gröbers Biographie wohl der entscheidendste Einschnitt. Sie markierte nicht nur den Abschied von Konstanz, seiner eigentlichen geistigen Heimat, sondern brachte auch mit der diözesanweit angelegten kirchlichen Verwaltung ein neues Betätigungsfeld, dem Gröber nicht sonderlich zugetan war, das jedoch unbedingte Voraussetzung für eine weitere Karriere bildete. Mit dem Referat für Liturgie und Kirchenmusik war zudem nicht das spezifische Begabungszentrum Gröbers ausgesucht, dem das Bau- und Kunstressort eher zugesagt hätte.
Indes arbeitete sich Gröber rasch in die neuen Aufgaben ein, in deren Mittelpunkt die Neufassung des Diözesangesangbuchs, des »Magnifikat«, stand. Mit der ihm eigenen Behutsamkeit und dem Gespür für Qualität löste der Domkapitular das nicht einfache Problem, nämlich das 1892 erschienene und nicht populär gewordene Gesangbuch so umzugestalten, daß es nach der Einführung 1929 große Resonanz fand. Durch die Übernahme wesentlicher Elemente des alten wessenbergischen Gesangbuchs der Konstanzer Diözese (1812) mit den deutschen Liedern und vor allem den deutschen Vespern traf Gröber offenbar den richtigen Ton, dabei eher dem Stilempfinden der Mehrheit der katholischen Bevölkerung verpflichtet als der Avantgarde der liturgischen Bewegung der zwanziger Jahre. In der Freiburger Zeit übernahm Gröber auch den Auftrag der Rundfunk-Predigt, das neue

Medium geschickt seiner rhetorischen Begabung anpassend, es für die Verkündigung nutzend und zugleich sich auf diese Weise noch stärker profilierend, wie überhaupt Gröber weiterhin literarisch ungemein produktiv blieb.
In die Domkapitularzeit fiel der Katholikentag in Freiburg (1929) und damit die sehr intensive Begegnung Gröbers mit dem päpstlichen Nuntius Eugenio Pacelli, dem nachmaligen Kardinalstaatssekretär und Papst Pius XII., den Gröber auf einer mehrtägigen Reise durch den Schwarzwald ins Donautal, in seine Heimat und an den Bodensee begleitete, auf einer Reiseroute, die durch die Jugendstationen Gröbers gekennzeichnet war und für die er den besten Kenner abgegeben hat. Diese so persönliche Komponente darf nicht unterschätzt werden, da sie diesem zentralen Zusammentreffen, das für Gröbers weitere Laufbahn sich bald auswirken sollte, einen besonderen Akzent verlieh.

III

Die Ernennung Gröbers zum Bischof von Meißen (1931) mit Sitz in Bautzen und damit die Übernahme eines ausgesprochenen Diasporabistums im sächsischen Industrierevier ist, auch wenn die Akten hierfür noch nicht zugänglich sind, mit Sicherheit in den eben dargestellten Zusammenhang zu bringen. Gröber folgte in Meißen seinem römischen Studienfreund Christian Schreiber nach, der das neuerrichtete Bistum Berlin übernahm. Mit ebenso großer Wahrscheinlichkeit kann vermutet werden, daß das Meißener Bischofsamt Gröber für wichtigere Aufgaben in der Hierarchie qualifizieren sollte, wohl für die Nachfolge in Freiburg, die dann sehr bald durch den Tod von Erzbischof Carl Fritz († Dezember 1931) aktuell wurde. Gröber konnte sich angesichts dieser Konstellation in Meißen in der kurzen Zeit kaum entfalten, obwohl er tatkräftig die Aufgaben anging, die durch die auf ihren Höhepunkt zutreibende Weltwirtschaftskrise dem finanziell karg ausgestatteten und mit besonderen sozialen und wirtschaftlichen Problemen belasteten Bistum aufgebürdet waren.
Daß der Meißener Bischof vom Vatikan für den Freiburger Erzstuhl favorisiert wurde, war offenes Geheimnis. Allerdings war 1932 – mitten in den Schlußverhandlungen über das Badische Konkordat – die Rechtslage bei der Einweisung in dieses hohe Kirchenamt umstritten: Die römische Kurie vertrat entschieden die Auffassung, mit dem Ende des Großherzogtums Baden 1918 seien die früheren staatskirchenrechtlichen Vereinbarungen, damit auch das Wahlrecht des Domkapitels, erloschen und die Ernennung des Erzbischofs von Freiburg ausschließlich Sache Roms geworden. In Anbetracht der weit fortgeschrittenen Verhandlungen über das Badische Konkordat, in dem auch

die Besetzung der hohen Kirchenämter neu geregelt werden sollte, akzeptierte die badische Staatsregierung ausnahmsweise den römischen Standpunkt.
Indes erwuchs Gröber eine kleine, aber höchst aktive Fronde aus Geistlichen der Erzdiözese, die seine Ernennung zum Erzbischof zu hintertreiben suchte – wobei besonders schwer wog, daß der bisherige Generalvikar und damalige Kapitularvikar diese Oppositionsgruppe anführte – und auch nach seiner Amtseinführung, jetzt mittels schwerster Intrigen, gegen den neuen Erzbischof arbeitete. Sie scheute sich nach der Machtübernahme durch Hitler nicht, der NSDAP »belastendes« Material zuzuspielen, das immer wieder von der Hitler-Partei und der Staatspolizei gegen Gröber eingesetzt wurde, um ihn an die Kandare zu nehmen, besonders als der Gauleiter von Franken, Julius Streicher, im Herbst 1936 seinen berüchtigten Redefeldzug durch den Gau Baden machte und den Erzbischof von Freiburg übel verleumdete. Dagegen hat dieser sich nur insoweit wehren können, als er sich in einem ausführlichen Schreiben an den Reichsstatthalter von Baden beschwerte und dieses Schreiben dem Diözesanklerus zur Kenntnis gab.
Kirchenpolitisch schaltete sich Erzbischof Gröber noch in die Schlußverhandlungen über das Badische Konkordat ein, dessen politische Linie freilich durch den geistlichen Zentrumsführer Badens, Ernst Föhr, bestimmt war und blieb. Immerhin konnte Gröber sich allgemein in die Konkordatsprobleme einarbeiten und sich auch mit der kurialen Konkordatspolitik näher vertraut machen.

IV

Mit dem Namen Conrad Gröber verbindet sich, wie eingangs verdeutlicht, die spezifische Realisierung einer anfänglich stark konvergierenden kirchenpolitischen Linie in Richtung auf den neuen Staat Adolf Hitlers. Nach Hitlers Regierungserklärung vom 23. März 1933, in der ein positives Bekenntnis zum Christentum und Bereitschaft der Zusammenarbeit des Reiches mit den Kirchen deutlich artikuliert wurden, ist Gröber in einer Serie von überaus positiven Stellungnahmen zum Dritten Reich hervorgetreten, die sich – vor allem im Herbst 1933 – bis zur Überschwenglichkeit gesteigert haben, wie etwa auf der Katholikenversammlung in Karlsruhe am 9. Oktober 1933, also gerade in jenen Tagen, da es darauf ankam, die endgültige Bewährungsprobe des gerade unterzeichneten Reichskonkordats zu bestehen.
Gröber hat sich in diesem Verhalten, das einem geradezu euphorischen Optimismus entsprang, nicht unerheblich von Kreisen seiner Mitbischöfe entfernt und isoliert. Er war zutiefst von der Überzeugung durchdrungen, daß die neue politische Situation der katholischen

Kirche in einer spezifischen Weise gemeistert werden müsse und griff deswegen die sich abzeichnende Möglichkeit eines Reichskonkordats in ganz persönlicher Form auf. Er wurde früh von den Überlegungen und ersten Entwürfen unterrichtet, und zwar durch den mit ihm seit langem befreundeten Prälaten Ludwig Kaas, der als Vorsitzender der Zentrumspartei nach der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 nach Rom ging und zentral in die Gestaltung der Konkordatsmaterie eingebunden worden ist.

Gröber war hoffnungsfroh gestimmt, die neue politische Konstellation biete die einmalige Chance, eine friedlich-gütliche Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche im Reich herbeizuführen und zugleich der katholischen Kirche den erforderlichen Freiraum in einer wie auch immer gearteten politischen Landschaft zu gewähren. Er verstand es, alsbald als Experte und Vertrauensmann kurialer Kreise sich in die Konkordatsverhandlungen einschalten zu lassen, nicht zuletzt in der Fuktion als Verbindungsbischof zwischen Rom und Berlin. Ganz auf dem Boden staatskirchenrechtlichen Denkens stehend und zudem vertraut mit den Fragen des Badischen Konkordats, hoffte Gröber, die Kirche so stark absichern zu können, daß sie in den Stürmen der nationalen Revolution ungefährdet überdauern und auch nach der Stabilisierung der politischen Lage in ihrer Existenz unangetastet weiterleben könne.

Der Erzbischof hat in den entscheidenden Phasen der Konkordatsverhandlungen bis zur Ratifizierung und auch der Durchführung des unterzeichneten Vertrags trotz eigener Bedenken und trotz erheblicher Spannungen innerhalb der deutschen Bischofskonferenz unbeirrbar an dem Ziel, nämlich der Sicherung des Reichskonkordats, festgehalten. Die Erklärung dieser optimistischen Grundhaltung, die bei Gröber bald bitterer Enttäuschung weichen sollte, ist wohl darin zu finden, daß der Freiburger Oberhirte bis in das Jahr 1934 hinein keine Einsicht in das latent vorhandene totalitäre Regime Hitlers besaß und deswegen nicht im entferntesten Strategie und taktische Manöver der Regierung und Partei durchschaute.

»Man sprach in jenen Tagen noch häufiger und betonter als zuvor vom religiösen Katholizismus und entschuldigte immer wieder die nationalsozialistischen Übergriffe und Gewaltakte auch in katholischen, namentlich national gesinnten Kreisen als eine der herkömmlichen, unvermeidlichen Erscheinungsformen jeder völkischen Revolution. Man müsse, so hieß es, Geduld haben und noch recht zufrieden sein, daß der Umbruch so glimpflich und blutlos verlaufe. Bald werde sich der rauschende Bergstrom vom Schmutz und polternden Geröll naturgemäß säubern und zu einem ruhigen Lauf durch die deutschen Lande verstehen« – mit dieser Charakterisierung (1947) hat sich Gröber selbst beschrieben.

Er war bereit, den politischen Katholizismus – im Reichskonkordat faßbar im sog. Entpolitisierungsartikel – aufzugeben gegen die Zusicherung einer weithin ungehinderten Arbeit der Kirche in den Vereinen und kirchlichen Organisationen, obwohl ihm noch vor der Ratifizierung die Brüchigkeit der von der Reichsregierung gemachten vagen Zusagen bewußt geworden ist. Das Reichskonkordat ist gerade in der Frage der Gewährleistung der kirchlichen Verbandsarbeit nicht ins Ziel gebracht worden. Die vielfältige kirchliche Verbandsarbeit sowie die Gewährleistung der Tätigkeit von Vereinigungen, die der Kirche nahestanden, wurden durch die neuen Machthaber rigoros und brutal abgeschnitten. Damit war ein über viele Jahrzehnte fruchtbar bestelltes Feld brachgelegt worden, das auch nach dem Ende des Dritten Reiches trotz euphorischer Aufbrüche nie mehr völlig erschlossen werden konnte. Freilich: Was wäre die Alternative gewesen? Gröbers Antwort ist einleitend schon gegeben.

Der Erzbischof bezog ein Gutteil seiner späteren Ernüchterung aus diesen Erfahrungen, die er bei den Konkordatsverhandlungen gewonnen hatte. Ende 1934 zog er sich mehr und mehr aus der Mitarbeit zurück und machte seit 1935 – spätestens – einen regelrechten Lernprozeß durch, da die Nadelstiche, die er aus Berlin und aus Karlsruhe beziehen mußte, und die Agitation, die auf den verschiedenen Ebenen gegen seine Person, gegen Geistliche und gegen die Kirche ablief, immer stärker konturiert worden sind. Gröber hat die Dimensionen des Unrechtsstaates erkannt und sich zunächst darauf beschränkt, Gegenpositionen im weltanschaulichen Verständnis zu beziehen. Dabei setzte er wieder stark seine noch verbliebenen publizistischen Möglichkeiten – besonders Rundschreiben und Hirtenworte, aber auch die Predigt – ein, und fand dabei zu einer für ihn spezifischen Art des Widerstandes, wobei er freilich nie den durch das Reichskonkordat gesteckten Rahmen verließ.

In den frustrierenden Auseinandersetzungen mit der Regierung und Parteileitung in Karlsruhe und dem Reichskirchenministerium in Berlin beharrte Gröber durchweg auf der völkerrechtlichen Gültigkeit des Reichskonkordats wie des Badischen Konkordats, an welche Verträge er sich gebunden fühlte, die Kirchenbehörde und den Klerus voll einbeziehend. Ohnmächtig und immer wieder nur auf verbale Proteste verwiesen, mußte der Erzbischof hinnehmen, daß das öffentliche Schulwesen Zug um Zug entkonfessionalisiert, daß die katholische Lehrerbildung beendet, daß die Schule nahezu total jeglichem kirchlichen Einfluß entzogen wurde, ja daß schließlich die katholischen freien Schulen verstaatlicht oder aufgehoben worden sind.

In gleicher Weise ohnmächtig stand Gröber der sich verstärkenden antikirchlichen Verhetzung der Jugend gegenüber, und er mußte letztlich die unglaublichen Verleumdungskampagnen Streichers 1936

gegen seine eigene Person erdulden, ohne sich öffentlich rechtfertigen zu können. Dabei zeigte Gröber immer wieder ein gerüttelt Maß an Bereitschaft zur Kooperation, besonders deutlich in dem von ihm im Auftrag der deutschen Bischöfe herausgegebenen »Handbuch der religiösen Gegenwartsfragen« (1937), in dem er, ohne daß die Autorschaft der einzelnen Artikel feststünde, bis an den Rand der Kompromißbereitschaft ging und eine Linie größtmöglicher Offenheit verfolgte.

Auf diesem Hintergrund hat sich Gröber in einer schweren Zeit mehr und mehr als ein entschieden opponierender Oberhirte profiliert, ohne daß es ihm restlos gelungen wäre, innerkirchlich, vor allem im Episkopat, die Vorbehalte auszuräumen, die aus den Anfangsjahren des Dritten Reiches gegen ihn erwachsen waren. Obwohl Gröber in der Öffentlichkeit, z. B. nach Kriegsausbruch in den berühmt gewordenen Silvesterpredigten im Freiburger Münster oder in den Fastenhirtenbriefen – sie führten zu nervöser Aktivität des Reichssicherheitshauptamtes – massiven Protest gegen Maßnahmen der politischen Führung einlegte, blieb er im letzten auch diesem pervertierten Staat gegenüber loyal, da er unter Respektierung der staatskirchenrechtlichen Elemente das Überleben der Kirche erhoffte.

Dabei fehlte es ihm überhaupt nicht an Mut: etwa in der Anprangerung der Euthanasie und anderer Unrechtstaten des Regimes. Er wußte, daß er zum »Staatsfeind« gestempelt wurde und hat sich unbeirrt gegen alle Einbrüche und Übergriffe und damit gegen die permanenten Konkordatsverletzungen an führender Stelle in Appellen an Bischof Heinrich Wienken als den Verbindungsbischof in Berlin gewehrt. Als der für den Deutschen Caritasverband zuständige Bischof hat er nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in vielfältiger Weise Hilfsaktionen initiiert, auch und gerade zugunsten der Verfolgten. So beauftragte er im Frühjahr 1941 Frau Dr. Gertrud Luckner, vom Deutschen Caritasverband aus jede nur mögliche Hilfe für die verfolgten deutschen Juden zu organisieren, weswegen Frau Luckner 1943 von der Gestapo verhaftet und in das KZ Ravensbrück eingeliefert worden ist.

Die zwiespältige Situation, in der er sich während des Krieges sah, umschreibt er in einem Brief an Bischof Wienken (März 1942): »Noch nie habe ich mich gegen den Staat vergangen oder die Partei als solche angegriffen. Noch nie habe ich das Wort Nationalsozialismus auf der Kanzel in den Mund genommen. Ich habe mich lediglich darauf beschränkt, das Antikatholische und Antichristliche, das zur Zeit auf den verschiedensten Gebieten läuft, zurückzuweisen. Und ich habe meinem Temperament immer Zügel angelegt, um mich strenger Sachlichkeit zu befleißigen, so daß regelmäßig nach meinen Predigten anwesende Juristen erklären konnten, man könne nichts gegen mich unternehmen.«

Diese ambivalent anmutende Einstellung Gröbers, die aus vielen Quellen gespeist war, führte schon in der Zeit des Dritten Reiches, erst recht aber in der Nachkriegszeit, zu Mißverständnissen, Fehldeutungen und Schwierigkeiten in der Einschätzung seines Weges, da man Gröber vorwarf, er habe sich z. B. nicht genügend für den aus der Diözese Rottenburg vertriebenen Suffraganbischof Joannes Baptista Sproll eingesetzt. Exemplarisch ist diese Ambivalenz am Verhalten Gröbers im Falle des Freiburger Diözesangeistlichen Dr. Max Josef Metzger, des Gründers des Meitinger Christkönigbundes, Pazifisten und Ökumenikers, aufzuweisen. Es wurde ihm – bis auf den heutigen Tag – vorgeworfen, er habe sich nach dem durch den Volksgerichtshof verhängten Todesurteil in feiger Weise von Metzger distanziert und vor Freisler den Kotau gemacht.
Gröber war nun mit Metzger in besonderer Weise verbunden, der während Gröbers Zeit als Rektor des Konstanzer Konradihauses sein Schüler gewesen war und dessen außergewöhnliche Aktivitäten Gröber über die Jahre hinweg – nicht immer mit Wohlwollen – begleitet hat. Die Auswertung der Akten und die behutsame Interpretation des Gesamtzusammenhanges haben ergeben, daß Gröber sich mit dem Verurteilten solidarisiert hat und daß er aus taktischen Erwägungen heraus das letzte Mittel, nämlich sich von Metzger zu distanzieren, einsetzte, um die Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe zu erreichen, wobei zugegeben sei, daß ein Beweis für diese Interpretation letztlich nicht schlüssig zu führen ist. Und dies gilt insgesamt für eine gültige Bewertung der kirchenpolitischen Haltung des Freiburger Erzbischofs.
Die Form der Opposition, zu der Gröber gefunden hatte, unterschied sich deutlich vom offen gezeigten Widerstand, der etliche Geistliche der Erzdiözese Freiburg in Konflikt mit den Machthabern brachte und zur Einweisung in das Konzentrationslager Dachau führte. Gröber konnte sich mit dieser Art von Widerstand nicht identifizieren, wenn er auch zutiefst erschüttert war über das Schicksal dieser Geistlichen, besonders seines Freundes Dr. Heinrich Feurstein, der in Dachau den Tod fand. Aber auch nach der Verhaftung des schwerkranken Feurstein ging Gröber in seinem schriftlichen Protest nur so weit, daß er androhte, durch eine Kanzelabkündigung in der zuständigen Pfarrei die katholische Bevölkerung aufzuklären und aufzurütteln.

V

In den Erschütterungen der letzten Kriegsjahre, in denen u. a. mit dem Bombenangriff auf Freiburg auch das erzbischöfliche Palais zerstört wurde, in den Erschütterungen des Zusammenbruchs und der schwe-

ren Nachkriegszeit, in der das Erzbistum Freiburg durch zwei Besatzungszonen geteilt war, hat Gröber sein Hirtenamt mit großer Sicherheit und Bestimmtheit versehen. Er war die von den Besatzungsmächten anerkannte Autorität, was ihm die Möglichkeit vielfältiger Hilfe in den materiellen Nöten verschaffte. Und die materiellen Sorgen waren besonders in den französisch besetzten Teilen der Erzdiözese übergroß. Die Umrisse von Gröbers Einsatz – er verstand sich immer auch als Caritas-Bischof – werden jetzt erst sichtbar, nachdem Dokumentationen vorliegen, wie z. B. die vom Deutschen Caritasverband herausgegebene Darstellung über die humanitäre Auslandshilfe für Deutschland, bei deren organisatorischer Bewältigung auch an die Freiburger Kirchenbehörde hohe Anforderungen gestellt waren.
Der alternde – sichtbar gealterte – Erzbischof vermochte mit kluger Politik viele Wunden zu lindern. Er war bemüht, die Grundelemente des kirchlichen, aber auch des gesellschaftlichen und staatlichen Wiederaufbaus mitzugestalten. Er wurde auch als Berater und gewissermaßen als Schiedsrichter angerufen, als es galt, die christlichen Kräfte in einer Union parteipolitisch zu sammeln. Dabei stellte sich Gröber in klaren Gegensatz zu Prälat Föhr, der die Wiederbelebung des Zentrums betrieb.
Gröber war in der Nachkriegszeit, wie eingangs erwähnt, auch damit befaßt, die unmittelbare Vergangenheit aufzuarbeiten und seine eigene Position in der Kirchenpolitik darzustellen. Ein apologetischer Grundzug ist bei solchem Bemühen nicht zu verkennen. Gröber war jedoch überzeugt, vor dem Urteil der Geschichte bestehen zu können. Auch heute noch, nach Vorlage eines umfangreichen Aktenmaterials, ist es schwer, Gröber zureichend zu würdigen, was die letzte, freilich auch die schwierigste Strecke seines Lebensweges angeht. Doch kann so viel gesagt werden, daß mit Fortschreiten der Aktenpublikationen, vor allem über die Kriegsjahre, sich das Profil eines entschieden Widerstand leistenden Gröber verstärkt.
1947 wurden ihm noch Ehrungen zuteil: Päpstlicher Thronassistent, die Ehrendoktorwürde der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg, die Würde eines Ehrenbürgers der Stadt Freiburg und der Heimatstadt Meßkirch.
Am 14. Februar 1948 ist Erzbischof Dr. Conrad Gröber in Freiburg gestorben. Er wurde im Münster Unserer Lieben Frau in Freiburg, seiner Bischofskirche, beigesetzt.

Johannes Joseph van der Velden (1891–1954)

Der Aachener Bischof Johannes Joseph van der Velden war ein Mann des Volkes, der für alle ein offenes Ohr hatte, vor dem sich niemand scheu zurückhalten mußte, der aber auch seinerseits unverblümt sagen konnte, was er dachte. Voller Humor gab er seine Schwächen zu und konnte herzhaft über sich selber lachen. Manche Anekdote über ihn, in der er familiär Johannes Joseph ohne Familiennamen oder schon fast despektierlich Jojo genannt wird, ist heute noch im Umlauf. Van der Veldens Menschenliebe war grenzenlos. Trotz vieler Enttäuschungen blieb ihm Menschenverachtung fremd. Seine Diözese verdankt ihm den inneren und äußeren Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Leistung ist bis heute in seinem Bistum in Erinnerung geblieben. Wenig bekannt ist, daß er als letzter Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland ohne Schuld erfolglos versucht hat, diese Organisation vor dem Untergang zu retten.

I

Bedingt durch den Beruf seines Vaters Leonhard, eines Zollbeamten, erlebte Joseph van der Velden, der sich erst als Bischof Johannes Joseph nannte, einen Umzug nach dem anderen. Geboren wurde er als ältester Sohn und zweites Kind von 8 Kindern am 7. August 1891 in Uebach im heutigen Kreis Heinsberg. Von dort stammte seine Mutter Anna Katharina Stürtz. Sein Vater kam vom Niederrhein aus Veert, heute Stadtteil von Geldern. Die Schulzeit begann van der Velden in Düren. Schließlich nach vielen Schulwechseln, die diesem begabten und fleißigen Schüler wenig schadeten, machte er 1911 als Bester seiner Klasse am Gymnasium in Euskirchen das Abitur. Zweimal war er während seiner Schullaufbahn als hervorragender Schüler mit einer Prämie ausgezeichnet worden. Zunächst hatte er Seeoffizier werden wollen, bezog dann aber die Universität Bonn, um dort Theologie zu studieren.

Ob hier ein plötzlicher Sinneswandel unter Einfluß eines befreundeten Kaplans vorliegt, ist nicht mehr zu klären. Es besteht aber kein Zweifel, daß die christliche Atmosphäre im Elternhaus van der

Veldens, in dem eine große Kinderschar unter bescheidenen und entbehrungsreichen Verhältnissen heranwuchs, seine Berufsentscheidung nachhaltig geprägt hat. Zeit seines Lebens hat er in Dankbarkeit seiner Eltern gedacht; ihre Trauringe ließ er in seinen Bischofsring einarbeiten. Dazu sagte er bei seiner Weihe im Aachener Dom 1943, er wolle damit zeigen, daß kein Priester ohne seine Eltern lebe. »Nächst Gott, dem aller Dank gebührt«, gebühre der Dank den Eltern, die ihm in einer guten religiösen Erziehung den Weg zum Priestertum geöffnet hätten, wobei man wohl hinzufügen muß, daß es bei kinderreichen katholischen Familien des Kleinbürgertums ein inniger Wunsch war, daß eines der Kinder Priester oder Nonne wurde.
Auf seine Eltern ist er oft zu sprechen gekommen. Er erinnerte sich an seine Mutter, die ihn »mit all ihrer Liebe und Sorge« behütet zum Glück geführt, und seines Vaters, der als »charaktervolle und christliche Persönlichkeit« als Haupt der Familie auch deren Geist bestimmt habe. In einem Vortrag erzählte van der Velden einmal: »Unser waren viele, die mit einem einfachen, kärglichen Gehalt großgezogen werden mußten... Ich lernte früh schon mich einfühlen in die Vatersorgen, indem ich mithalf in der Sorge um meine jüngeren Geschwister und versuchte, ohne Sonntagsgeld des Vaters auszukommen. Ich trage heute noch die Uhr, die ich mir als junger Mensch dadurch verdiente, daß ich Nachhilfestunden gab.«
Nach Beendigung seines Studiums in Bonn besuchte er das Priesterseminar in Köln und wurde dort am 24. Juni 1915 von Erzbischof Felix Kardinal von Hartmann zum Priester geweiht. Nach einer kurzen Zeit als Vikar in Frielingsdorf, im damaligen Kreis Wipperfürth, kam er 1916 als Kaplan nach Mönchengladbach an die St. Bonifatiuspfarre, die in dem weitgehend von Arbeitern bewohnten Stadtteil Hardterbroich lag, der erst seit 1912 eine eigene Pfarrei bildete. 1905, bei der Errichtung des Rektorates, hatte die Gemeinde sich entschlossen, die Notkirche St. Michael in Köln samt Einrichtung zu kaufen, da die eigenen Mittel für mehr nicht reichten. Der junge Kaplan begann somit in einer recht armen Gemeinde, die noch im Aufbau war, seinen Dienst.
1920 wechselte er als erster Rektor an die St. Franziskusgemeinde in den Ortsteil Geneicken-Bonnenbroich im benachbarten Rheydt. Auch hier stand nur eine Notkirche, die mehr nach einer Fabrikhalle denn nach einer Kirche aussah; auch hier kam er in ein reines Arbeitermilieu. Erst später, sieben Jahre nach der Versetzung van der Veldens, wurde dort nach den Entwürfen von Dominikus Böhm eine richtige Kirche erbaut. Van der Velden leistete gute Arbeit. Als er wegging, gab es ein lebhaftes katholisches Vereinsleben, war in der Gemeinde ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstanden. Nur ungern ließ die Pfarre van der Velden ziehen, der 1926 den Posten des

Generalsekretärs des Päpstlichen Werkes der Glaubensverbreitung in der »Missionsstadt« Aachen annahm, die als ein Ergebnis des zwischen dem Heiligen Stuhl und Preußen abgeschlossenen Konkordates im Jahre 1930 Bischofsstadt werden sollte.
Van der Velden versuchte mit seinem bekannten nimmermüden Eifer, die Katholiken in Deutschland zu verantwortungsbewußter Mitarbeit beim Aufbau der Missionskirche als Teil der Gesamtkirche heranzuziehen, wobei er für die damalige Zeit recht »fortschrittlich« wirkte. Nicht »die Opferbüchse mit dem nickenden Negerknaben, der jedem Almosenspender durch Bewegung seines Kopfes freundlich dankte«, durfte nach seinen eigenen Worten weiterhin Symbol für die Mission bleiben, jetzt gelte es, nicht nur Beiträge zu sammeln, sondern »innere Teilnahme am Werk der Weltbekehrung und Mitarbeit« zu wecken. In einem 1927 in der Zeitschrift »Priester und Mission« veröffentlichten Aufsatz über »die pädagogische Bedeutung und didaktische Verwertung des Missionsgedankens« setzte er sich, auch jetzt noch mehr Seelsorger als Funktionär, dafür ein, den Missionsgedanken »bereits in die Seele des Kindes« hineinzusenken und ihn »von Jugend auf zu immer größerer Entfaltung« zu bringen. Die Missionserziehung solle das Kind in seinem »Wachstum zur christlichen Persönlichkeit« fördern, da nur christliche Persönlichkeiten auf die Dauer treue Missionsfreunde seien. Für van der Velden war Mission »eine normale Funktion einer lebendigen Kirche«. Unumwunden gab er übrigens zu, daß auf dem Felde der Missionswerke die Gefahr der Überorganisation drohe. Auffallend ist bei ihm die starke Betonung des Laienelements. So greift er in einem anderen Aufsatz über »das heimatliche Missionshilfswesen und der Seelsorger« aus dem Jahre 1928 eine Bemerkung Friedrich Muckermanns auf, der nicht »so ganz unrecht« habe, wenn er feststelle, daß der Laie aufgehört habe, »ein Nichts zu sein«, und die Kirche sei »nicht bloß eine Klerikerkirche, sondern eine Volkskirche, eine Gemeinschaft von Gliedern, die sich jede für sich und alle für alle ihres Lebens freuen dürften«. Uneingeschränkt lehnte er den »Europäismus« in der Missionstheorie ab und schloß sich hier der Enzyklika »Rerum ecclesiae gestarum« Papst Pius XI. aus dem Jahre 1926 an, in der »ein Vorrecht der weißen Rasse« ausgeschlossen wurde.
Wie schon in seinem Aufsatz über Mission und Jugend deutlich wurde, galt seine ganze Liebe nach wie vor der Seelsorge. So begann er 1926 in der Zeitschrift »Der Sonntag« eine Artikelreihe für die Eltern mit der bezeichnenden Überschrift »Um des Kindes Seele«, worin er in seiner eingängigen, leicht verständlichen Sprache aktuelle Themen der religiösen Erziehung, etwa über das Gebet, das Opfer, die Sakramente und die Tugend der Wahrhaftigkeit, schrieb. Er ließ es dabei nicht an praktischen Beispielen fehlen und scheute sich auch nicht, populäre Redensarten einzuflechten.

II

Obgleich bei van der Velden die Vermittlung des Missionsauftrags an die deutschen Katholiken in Wort und Schrift im Vordergrund stand – 1926 gründete er eigens ein Pressereferat –, so ging ihm doch von seiner Aachener Tätigkeit her der Ruf eines umsichtigen Organisators voraus, gepaart mit dem Gespür für das augenblicklich Richtige und ausgerüstet mit natürlicher Autorität. Alles dies trug mit dazu bei, daß er schon nach drei Jahren 1929 von Aachen nach Mönchengladbach weggerufen wurde, um dort als Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland zu wirken. Diese einstmals so bedeutende Organisation, die vor dem Ersten Weltkrieg der eigentliche Träger der katholischen Sozialreform gewesen war, steckte damals in einer tiefen Krise. Frühere Ziele, wie die Einbeziehung der Katholiken in die politische Verantwortung, die Errichtung eines »freien Volksstaates« auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage und soziale Reformen waren ganz oder teilweise verwirklicht. Führende Persönlichkeiten des Volksvereins waren gestorben, ausgeschieden oder nach Berlin in die Politik berufen worden. Die Inflation hatte das Vermögen aufgefressen. Die Mitgliederzahl war kontinuierlich zurückgegangen. Andere Organisationen konkurrierten mit dem Volksverein. Der Volksvereins-Verlag stand vor dem finanziellen Desaster. Der damals interimistische Leiter des Volksvereins, Heinrich Brauns, beschrieb die Situation 1928 treffend mit der Bemerkung, der Volksverein sei »nach seinen Ideen inhaltlich zusammengebrochen«. Folge war, daß der Volksverein sich eng an den Episkopat anlehnte, von der »Zuständereform« zugunsten der »Gesinnungsreform« abrückte und in die »Katholische Aktion« integriert wurde, d. h. weitgehend seine ursprüngliche Unabhängigkeit verlor. Zu einem solchen Zeitpunkt die Leitung des Vereins zu übernehmen, war ein großes Wagnis. Nach Emil Ritter soll Heinrich Brauns van der Velden empfohlen haben. Van der Velden nahm das Risiko des Scheiterns auf sich.

In einer ersten Standortbestimmung nannte der neue Generaldirektor als zukünftige Ziele: die »Führerbildung« in stiller, andauernder Bildungsarbeit, den Versuch, das gläubige Laientum zu verantwortungsbewußter Mitarbeit zu erziehen, außerdem die »Wiedererweckung der breiten Volksmassen«, die gegen antireligiöse Zeitströmungen, Freidenkertum, Kinderfreundebewegung, Sekten, Sozialismus und Kirchenaustrittsbewegung gefeit gemacht werden sollten. Als Ergebnis erwartete er eine große »Einheitsfront des so zersplitterten deutschen Katholizismus« und hoffte, durch die Führer- und Massenschulung »Religion und Leben wieder eng miteinander« zu verbinden »und im Geiste der Katholischen Aktion christlich erneuernd in Familie, Berufsstätte, Gesellschaft und Staat (zu) wirken«.

Ob dies ein für die Zukunft tragfähiges Fundament für die Volksvereinsarbeit dargestellt hätte, läßt sich wegen des baldigen Untergangs des Vereins unter dem Nationalsozialismus nicht mehr eindeutig beantworten. Es scheint aber, daß van der Velden schon bald Zweifel bekam, ob der Volksverein allein noch in der Lage war, die Schulung von »Führer« und »Masse«, wie das Vorkriegskonzept gelautet hatte, durchzuhalten. Wahrscheinlich deshalb gründete er 1930 unabhängig vom Volksverein den sogenannten »Königswinterer Kreis« mit den katholischen Sozialwissenschaftlern Gustav Gundlach, Oskar von Nell-Breuning, Götz Briefs, Theodor Brauer, Paul Jostock und Heinrich Rommen. Was früher die »Mannschaft« des Volksvereins angestrebt hatte, übernahm nun dieses Gremium, das ein Konzept für die Reorganisation von Wirtschaft und Gesellschaft erarbeiten und die Meinungsverschiedenheiten auf dem Feld der Gesellschaftspolitik unter den deutschen Katholiken ausräumen sollte. Sein Einfluß auf die 1931 entstandene Sozialenzyklika »Quadragesimo anno« ist bekannt. Außerdem knüpfte van der Velden Verbindung mit der von Ludwig Kaas und Heinrich Brüning ins Leben gerufenen »Gesellschaft zur Förderung politischer Bildungsarbeit« an und schuf mit dem Soester-Werler-Kreis eine religiös-kulturelle Monatszeitschrift, die unter dem Titel »Wort in der Zeit« erschien. Schließlich gründete er 1932, diesmal beim Volksverein, das ebenfalls auf wissenschaftliche Arbeit im kleinen Kreis und nicht auf breite Massenwirkung angelegte »Institut für Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung«. Es sollte »die praktisch-soziale Arbeit der deutschen Katholiken durch die wissenschaftliche Klärung gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Fragen« fördern, wie es in einem Rundschreiben des Generaldirektors hieß. An die Spitze des Instituts trat der schon erwähnte Volksvereinsdezernent für Staats- und Gesellschaftswissenschaft Heinrich Rommen. Im Mai 1932 veranstaltete das Institut in Essen eine Studientagung über die in »Quadragesimo anno« propagierte berufsständische Ordnung.
Mit demselben Thema befaßte sich auch die »Erste Soziale Woche« in Mönchengladbach im Oktober 1932, die nach van der Veldens Worten »der Mehrung der Erkenntnis dienen« sollte, »daß ein Staat um so gesunder und stärker ist, je mehr er das natürliche Lebensrecht der organischen Gliedkörper in der Gesellschaft schützt«. In der berufsständischen Ordnung sah van der Velden den Ansatz für eine neue soziale Friedensordnung nach der Wandlung und Verschärfung der sozialen Frage nach dem Ersten Weltkrieg. Die Soziale Woche war für ihn ein Wiederanknüpfen an die Tradition des Volksvereins mit seinen praktisch-sozialen Kursen in den neunziger Jahren und den Lehrgängen nach der Jahrhundertwende, die sich aber an einen ganz anderen Teilnehmerkreis, nämlich überwiegend an »bildungshungrige« Arbeiter, gewandt hatten.

Obgleich der Volksverein unter der Führung van der Veldens vor dem »national-überspannten« Nationalsozialismus entschieden gewarnt hatte, hoffte der Generaldirektor noch kurz vor der Besetzung des Volksvereinshauses durch die Gestapo am 1. Juli 1933, mit einer Unterstützung des »neuen Staates« sei der Untergang des Volksvereins vielleicht aufzuhalten. Stattdessen wurde van der Velden mit Hausarrest belegt und zwei Wochen lang ständig verhört. Der Versuch, van der Velden und andere Männer des Volksvereins wegen Betrugs im sogenannten großen Volksvereinsprozeß, der eine Art Schauprozeß werden sollte, zu diskreditieren, scheiterte. 1935 wurde die gegen ihn erhobene Anklage auf Grund seines »nachträglichen Vorbringens zurückgezogen«.

III

Unter seinen Mitarbeitern am Volksverein hat ihn Anton Heinen, Dezernent für »Volksbildung und Volkserziehung«, eine Bezeichnung, die 1929 in »Erwachsenenbildung« umbenannt wurde, nachhaltig bis in die Sprache hinein beeinflußt. In seinen Hirtenschreiben als Bischof hat er Heinens gelegentlich gedacht und ihn zitiert. Mit ihm teilte er die Zweifel, ob die Massenschulung im Volksverein nach dem Ersten Weltkrieg nicht überholt wäre. Wie Heinen glaubte auch er, daß die »Volksgemeinschaft« nur durch »geistige Zeugung« erneuert werden könne.
Neben Anton Heinen hat ein weiterer Priester und späterer Bischof, Johann Michael Sailer, van der Velden stark beeindruckt. Sein Ausspruch, die Priester müßten zu wahrhaft »Geistlich-Geistlichen« erzogen werden, d. h. in ihnen sollte die Religion mehr in Gemüt als in Begriffen lebendig sein, war Richtschnur seines Wirkens als Regens des Priesterseminars in Aachen. Diesen Posten hatte er 1938 übernommen, nachdem er von 1933 an erneut als Vizepräsident des Päpstlichen Werkes der Glaubensverbreitung und Nationaldirektor des Priester-Missionsbundes für die Missionen gewirkt hatte. Die Jahre am Priesterseminar wurden, wie er selber oft betonte, die schönsten seines Lebens. Hier versuchte er in einer kirchenfeindlichen Zeit Priester heranzubilden, »die unbeirrbar ihren priesterlichen Weg gehen mußten, die in der Verbindung mit Gott, Christus und der Kirche der Zeit der Verfolgung gewachsen sein mußten, bei denen priesterliche Haltung, priesterliche Tapferkeit und priesterliche Klugheit eine Einheit selbstverständlichen Christseins eingehen mußten« (W. Böhler).

IV

Die Ernennung des Prälaten Johannes van der Velden zum Bischof von Aachen durch Papst Pius XII. am 7. September 1943 wurde dadurch zu

einer besonderen Überraschung, weil die nationalsozialistisch gelenkte Preußische Staatsregierung, die 1938 der Wahl Hermann Joseph Sträters zum Aachener Ordinarius ihre Zustimmung verweigert hatte, diesmal keine Bedenken geltend machte, obgleich die Gestapo van der Velden stets überwacht hatte.
Die Bischofsstadt Aachen war zu diesem Zeitpunkt schon stark verwüstet. Bei einem Großangriff wenige Monate zuvor, am 1. Juli 1943, waren neben vielen Häusern auch zahlreiche Kirchen und öffentliche Gebäude zerstört oder beschädigt worden, so daß ein Teil der Bevölkerung das Stadtgebiet verlassen mußte.
In seiner Ansprache nach seiner Weihe durch Erzbischof Joseph Frings von Köln am 10. Oktober 1943 ging van der Velden auf die schwere Last des Krieges ein. Doch rief er die Gläubigen auf, nicht zu verzagen, »denn wenn der Herr ein Kreuz schickt, wird er es auch zum Segen werden lassen«. Als Hinweis auf diese Glaubenszuversicht wählte er als Bischof den Wahlspruch: In cruce salus est. In sein Wappen nahm er außer dem Kreuz den Pflug in Anspielung auf seinen Familiennamen und in Erinnerung an seine bäuerlichen Vorfahren. Außerdem wies er damit auf seine Berufung als »Pflüger Gottes« hin, »der die Hand an den Pflug legt, um das ihm anvertraute Ackerfeld der Seelen zu bebauen und der nicht zurückschaut«.
Die erste Ansprache des neuen Aachener Bischofs zeigt recht anschaulich, wie van der Velden sein Amt verstand: Er fühlte sich als Vater seiner Mitpriester und bat sie, ihn nicht allein zu lassen. Zentrum allen Tuns sollte »das heilige Opfer des Herrn am Altar« sein. Wie die Priester so sprach er ebenfalls die Familien, die Jugend und die Orden um Hilfe an. Der Pflug, den er im Wappen führe, konnte nach seiner Überzeugung nur durch ihre Kraft bewegt werden. Es fehlt schließlich auch nicht an versteckten Anspielungen auf die Zeitumstände. So spricht er vom »heidnischen Aktivismus und Voluntarismus«, auf dem »Gottes Saat auf dem Felde der Menschenseele und in den Völkern« nicht wachsen könne, so warnt er davor, die »sinnlichen Kräfte« überwuchern zu lassen und »den tierhaft ungebrochenen Instinkt als höchstes Ziel aller Erziehung« hinzustellen, so lehnt er die Überbetonung des Willens ab, wodurch ein Mensch erzogen würde, »der verlockt wird zur Vergötzung der Kraft, zur Verherrlichung der rohen Kraft, ja zur Rücksichtslosigkeit«.
Für van der Velden begann nach seiner Inthronisation eine schwere Zeit. Die Städte und Dörfer seiner Diözese sanken immer mehr in Schutt und Asche. Am 12. September 1944 mußte die Stadt Aachen geräumt werden. Der Bischof ignorierte den Räumungsbefehl und hielt sich versteckt. Seinen ursprünglichen Plan, »im Dom unterzukriechen«, mußte er aufgeben, da er dort dem Zugriff der Häscher zu leicht ausgesetzt gewesen wäre. Darum verbarg er sich dank der Hilfe

eines Aachener Arztes in einem anderen Versteck, wie nach dem Kriege der Aachener Domkapellmeister Theodor Bernhard Rehmann erzählte. In Rehmanns Gegenwart habe er übrigens am Tag der Räumung auf die erstaunte Frage des Aachener Regierungspräsidenten, warum er noch da sei, geantwortet: »Der Kapitän verläßt als letzter das sinkende Schiff!«

Neben der Sorge um die Alten, Hilflosen und Ordensschwestern, die in der Stadt geblieben waren, gab es weitere Gründe, warum der Oberhirte ausharrte. Schon im Mai und erneut Anfang Juli 1944 war er von den Verschwörern gegen Hitler eindringlich gebeten worden, Aachen nicht zu verlassen, um etwaige von den Alliierten beabsichtigten Gebietsabtretungen im Westen durch seine Anwesenheit zu erschweren. Außerdem hatten die westdeutschen Ordinarien auf ihrer letzten Tagung am 22. und 23. August 1944 in Bad Honnef beschlossen, ohne Rücksicht auf die weitere militärische Entwicklung am jeweiligen Bischofssitz zu bleiben. Noch am 20. Oktober 1944, als van der Velden von einem amerikanischen Offizier über die Zeit des Nationalsozialismus befragt wurde, erkundigte sich die Gestapo bei Erzbischof Frings nach dem Verbleib des Aachener Bischofs, was dafür spricht, daß sie seine Spur verloren hatte und er ihrer ständigen Überwachung entgangen war.

In dem Gespräch van der Veldens wurde deutlich, wie stark er von dem Untergang des Deutschen Reiches erschüttert worden war. In heftigen Worten brandmarkte er die »spießbürgerliche« Nazi-Revolution. Er wandte sich gegen eine Aufteilung Deutschlands und warnte vor einem »Untertauchen der Nazi-Partei«. Auf seinen Vorschlag hin ernannte die amerikanische Besatzungsmacht am 31. Oktober 1944 den Rechtsanwalt Franz Oppenhoff zum ersten Nachkriegsoberbürgermeister Aachens. Wenige Monate darauf wurde dieser von Angehörigen des Werwolfs ermordet. Van der Velden ließ es sich nicht nehmen, an seinem offenen Grab zu sprechen.

V

Die Diözese Aachen gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den zerstörtesten in Deutschland. Van der Velden ermunterte die Gemeinden, ihre Kirchen wieder aufzubauen. Er selbst verhandelte gelegentlich mit den Architekten, er prüfte die Entwürfe und gab Ratschläge. Der Dombaumeister Felix E. Kreusch berichtete beim Tod des Bischofs, mit welcher fast kindlichen Freude er gute Entwürfe von Bauten und Kirchenausstattungen betrachtet habe. Kühne Vorschläge habe er mit Heiterkeit und Schalkhaftigkeit durchzusetzen gewußt.

Seine musische Begabung habe ihn mit sicherem Urteil geleitet, Gutes von weniger Gutem zu unterscheiden. »Er war ein unerbittlicher, aber guter Bauherr«, so urteilte Kreusch abschließend über ihn. Neben diesen sichtbaren Zeichen des Wiederaufbaus der Diözese sorgte sich der Aachener Bischof nicht minder intensiv um das innere Leben seines Bistums.

In brüderlicher Gesinnung, in werktätiger Nächstenliebe sollten die Gläubigen die wirtschaftlich-soziale wie auch die seelisch-religiöse Not zu meistern versuchen. In einer einfachen, offenen Sprache nannte er in seinen ersten Nachkriegshirtenworten ganz konkret seine Sorgen, mahnte eindringlich und ohne falsche Rücksicht, scheute sich nicht, vorbehaltlos die durch die Ausnutzung der Not begangenen Vergehen wie Schwarzhandel, Schiebergeschäfte, Preistreiberei, Lieblosigkeit und Selbstsucht zu verurteilen. In seiner Weihnachtsansprache aus dem Jahr 1946 wies er daraufhin, daß »durch die Schuld verblendeter, ja verbrecherischer Menschen aus dem eigenen Volk« die Deutschen »in tiefes Leid hinabgestürzt worden seien«, aber letzter Grund für diese Katastrophe sei der Verlust Gottes als der Mitte.

Ähnliches schrieb er auch 1947. Er bekannte »demütig«, daß die Deutschen weithin selber Schuld an ihrem Elend hätten, weil sie sich von Verbrechern führen ließen. Aber tiefere Ursache sei die Abkehr von Gott. Ebenso wie für andere Bischöfe, war für ihn die Entstehung des Nationalsozialismus letztlich ein pastorales Problem, dessen Wurzeln Jahrhunderte zurückreichten. Er sah einen Weg, der »von der Renaissance über den deutschen Idealismus zum Übermenschen eines Nietzsche, zur Staatsvergötterung durch Hegel« führte. Nur radikale Umkehr zu Gott, nur ein »Zurück zur Einheit des Menschen mit Gott« konnte nach seiner Meinung weiteres Unglück abwenden. Mit steter Sorge war er erfüllt, daß dieses Werk scheitern könnte.

In seinen Hirtenworten standen die christliche Familie »als Schutz gegen Gottlosigkeit, Sittenlosigkeit« und Schild gegen den »Verwesungsprozeß in der Volksgemeinschaft«, die Sorge um den Priesternachwuchs, um die katholische Schule und die Jugend immer wieder im Mittelpunkt. Unermüdlich wies er in den ersten Jahren nach 1945 auf das Schicksal der Kriegsgefangenen, Flüchtlinge und hungernden Städter hin. Ein besonderer Schwerpunkt seines Wirkens war die Errichtung von Siedlungen in Eigenhilfe.

In einem Hirtenwort aus dem Jahre 1949 nannte er die Linderung der Wohnungsnot durch den Siedlungsbau, der »entwurzelten Menschen« nachhaltig helfe, »wenn man sie durch die Siedlung wieder mit dem Mutterboden der Erde« verbinde, als dringliche Aufgabe. Als »Siedlungsbischof« mit umgehängter Sammelbüchse ist er auf dem Bochumer Katholikentag 1949 herumgezogen und so im Gedächtnis vieler geblieben. Schon 1950 konnten im Bistum Aachen 31 Siedlerstellen mit

50 Wohnungen bezogen werden. Land auf, land ab stehen heute noch die Siedlungen, die auf seine Initiative zurückgehen.
In der Tagespolitik hielt er sich stets zurück und verlangte dies auch nachdrücklich von seinem Klerus. Anfang 1944 hat er sich jedoch in einem Gespräch mit Johannes Albers und Josef Hofmann, den späteren CDU-Politikern, mit der Gründung einer nichtmarxistischen Arbeiterpartei nach dem Vorbild der englischen Labourpartei nach dem Ende des NS-Staates unter Verzicht auf das alte Zentrum einverstanden erklärt. Er machte freilich zur Bedingung, daß die ehemaligen Sozialdemokraten ihre marxistische Auffassung endgültig aufgeben müßten.
Nur einmal hat er bewußt in die aktuelle politische Diskussion eingegriffen, als nach dem Zweiten Weltkrieg von niederländischen Politikern »Grenzkorrekturen« zuungunsten Deutschlands propagiert wurden, von denen zwischen 120000 und 150000 Bewohner betroffen gewesen wären. In einem leidenschaftlichen Appell an den Utrechter Erzbischof, Kardinal de Jong, bat er 1947 den niederländischen Metropoliten, sich dafür einzusetzen, »daß man nicht durch Gebietsabtretungen die äußere Not [des deutschen] ... Volkes noch« verschlimmere. Er räumte jedoch ein, daß der Schaden, den die Tyrannei der Nationalsozialisten in den Niederlanden angerichtet habe, soweit es materiell überhaupt möglich sei, wiedergutgemacht werden müsse. Aber nicht nur die Sorge um sein »schwerverwüstetes Grenzlandbistum« trieb van der Velden, diesen Brief zu schreiben, sondern auch die Verantwortung eines Bischofs dafür, »daß die Satzungen göttlichen und natürlichen Rechts nicht mit Füßen getreten« würden.
Wiederholt wies van der Velden auf die staatsbürgerlichen Pflichten der Katholiken hin, womit er ganz in der Tradition der Päpste stand. Er rief wie sie zur Beteiligung an den Wahlen und zur Besinnung auf die christliche Verantwortung für den Staat auf. Besonders unterstützte er die »Pax Christi-Bewegung«, die aber nicht politisch wirken, »sondern aus der mystischen Vereinigung mit Christus eine Wendung der Geister herbeiführen« sollte, wie es der Pariser Erzbischof Maurice Feltin 1952 im Beisein van der Veldens in Aachen einmal formulierte.

VI

Der Versuch, den Volksverein für das katholische Deutschland wiederzugründen, der von Wilhelm Hamacher, dem Zentrumspolitiker und späteren Kultusminister in Nordrhein-Westfalen, Emil Gerhard Zitzen, dem ehemaligen Volksvereinsdezernenten für landwirtschaftliche Fragen, dem Oberbürgermeister von Mönchengladbach Wilhelm

Elfes und Konrad Adenauer in den Jahren 1947/48 unternommen wurde, soll zunächst den Beifall des Bischofs gefunden haben. Er habe jedoch die finanziellen Auswirkungen dieses Projektes gescheut, wie Wilhelm Elfes zu berichten weiß. Van der Velden wird aber schon sofort im Hinblick auf den unaufhaltsamen Niedergang dieser Vereinigung nach dem Ersten Weltkrieg, die gewaltigen Schulden, die der Volksvereinsverlag hinterlassen hatte, und das Scheitern des Vereins als »Massenbewegung« skeptisch gewesen sein.
Elfes macht zwar den gesamten deutschen Episkopat dafür verantwortlich, daß ein Neuanfang verhindert worden ist. Er berichtet, der Kölner Prälat Wilhelm Böhler habe erklären lassen, »daß die deutschen Bischöfe der Neubildung einer zentralen Organisation der Katholiken nach Art des Volksvereins widersprechen würden«, doch war sicher die Erkenntnis van der Veldens ausschlaggebend, daß eine bloße Weiterführung des Volksvereins als katholischem Zentralverein mit dem Schwerpunkt auf der sogenannten Volksbildung in der unmittelbaren Nachkriegszeit ohne Chance gewesen wäre. Dennoch fühlte er als letzter Generaldirektor dieser Vereinigung »die Verantwortung, die Tradition dieser sozialen Organisation und ihre kulturellsoziale Bildungsarbeit fortzusetzen«.
Schon vor Ende des Krieges hatte er das »Seelsorgeamt« eingerichtet, das, wie es einer seiner Mitarbeiter später formuliert hat, die in der Nazizeit verbotene Arbeit der überdiözesanen Verbände in veränderter Form fortgesetzt hat und die geistige Vorarbeit für die Errichtung des 1953 eröffneten »August-Pieper-Hauses« schuf. Bei der Grundsteinlegung im Jahre 1951 nannte der Bischof diese spätere bischöfliche Akademie »eine Heimvolkshochschule..., die im Geiste der großen Männer des Volksvereins« weiterleben solle »zum Segen des deutschen Volkes«. Er hoffe, daß dieses Haus, das den Namen des Volksvereinsgeneralsekretärs August Pieper noch heute trägt, einmal »die Mutter für eine gesamte soziale Besinnung auch in der Seelsorge« würde. Hier möge »die Unruhe um das Reich Gottes geweckt und genährt« werden, »damit alle, denen Gott die Sorge um das Weltamt der Kirche ins Herz« gesenkt habe, »die sozialen, kulturellen und öffentlichen Bildungsfragen in ihrem wechselvollen Ablauf klar« sehen, entschieden beurteilen und mutig in Angriff nehmen könnten. Die Vollendung des Hauses war ihm ein langgehegter »Herzenswunsch«.

VII

Als Johannes Joseph van der Velden, der die letzten Jahre seines Lebens oft durch Krankheit darniederlag, auf einer Visitationsreise am Abend des 19. Mai 1954 in Krefeld starb, verlor die Diözese eine der

überragendsten Gestalten auf dem jungen Aachener Bischofsstuhl. Es war den Gläubigen so, als wenn ein enger Verwandter sie verlassen habe. Kurz zuvor hatte der Bischof noch die erste Aachener Synode einberufen, die nach seinem Willen neue Seelsorgemethoden »entsprechend dem umstürzenden wirtschaftlich-sozialen Strukturwandel in bestimmten Teilen des Bistums« herausarbeiten sollte. Die Ergebnisse der Beratungen hat er nicht mehr erlebt.

Ein evangelischer Pfarrer faßte in einem Schreiben an einen katholischen Geistlichen beim Tode des Bischofs zusammen, was von Johannes Joseph van der Velden in Erinnerung bleiben sollte, seine Großzügigkeit und Güte, »seine echte große Sorge um die Kirche Christi«. Er war, so kann man noch hinzufügen, ein guter Hirt, ein Mensch in seiner Schwachheit, »aber treu als Diener Christi in der Verwaltung der Geheimnisse Gottes« – ein Ziel, das er sich selber in seinem Fastenhirtenwort von 1952 gesteckt hatte.

Reinhold Schneider (1903–1958)

»Erst heute weiß ich, daß eine jede echte Lebensmacht in einem höheren Kreise wiederkehrt, tiefer durchdrungen, weiter getragen werden will«. Worte, in der Erinnerung an einen kruzialen Augenblick in seinem Leben von Reinhold Schneider im »Verhüllten Tag« niedergeschrieben, drängen die Frage auf nach diesen Lebensmächten, ob lichte, ob dunkle, die der Dichter in sich wirksam spürte und die es aus jeweils hinzugewonnener Einsicht umzugestalten und sich einzuverwandeln galt. Die Frage schlechtweg nach Ursprüngen und Anlagen rechtfertigt sich bereits durch die erstaunliche Hellsicht des Elfjährigen: »Ich erinnere mich, daß ich auf einem Spaziergang im Walde – noch könnte ich die Stelle bezeichnen –, blitzhaft die Ahnung hatte, der Krieg gehe verloren.« Eine Ahnung, aus der er später das Grundmotiv seines schriftstellerischen Wirkens ableitete. »Anliegen meiner Arbeit ist die Darstellung einer einzigen Erfahrung und der Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergeben. Es ist der Wandel der Welt, der sich mit der Katastrophe des Jahres 1914 vollzogen hat.«
Ein Zug zu Untiefen, zu Katastrophen und Untergängen spricht sich hier aus, der allein aus dem Durchschauen der geschichtlichen Weltlage, in die er hineingeboren wurde, für einen Elfjährigen kaum denkbar wäre. In der Tat gibt Reinhold Schneider selbst die Erklärung mit dem Hinweis auf die anlagemäßig ihm von Vatersseite mitgegebene Schwermut.

Der Schwermut Erbe ward mir übermacht,
Es ist mein Untergang, und ist mein Lohn,

heißt es in dem Sonett »An meinen Vater«. Deutlicher noch im Vorwort zum »Verhüllten Tag«: »Eine gewisse Erbschaft an Spaltung, Düsternis, ein Zug hinab, wenn nicht in den Orkus, so doch in das dunkel Reich solcher Last – mögen sie nun heidnisch sein oder ›nur‹ deutsch – können nicht geleugnet werden.« Und er fügt hinzu: »Die Frage ist und bleibt, ob auch in ihnen ein Auftrag gesehen werden kann. Dieses vielleicht schwer tragbare Subjektive vermag ich nicht anders zu begreifen als im Zuammenhang mit dem Geschichtlichen.«

Vorerst wird der Druck dieser inneren Last noch verstärkt durch die äußere. Der Zusammenbruch von 1918, die Inflation haben dem elterlichen Hotel Messmer, der Maison, in Baden-Baden ihre Daseinsgrundlagen entzogen. Der schulentlassene Jüngling, mit sich noch uneins und unentschlossen, wird in einen landwirtschaftlichen Großbetrieb gesteckt, entzieht sich aber nach dreiviertel Jahren den unwürdigen Arbeitsbedingungen. Der Wechsel in einen Dresdner Kunstkarten-Verlag bringt aber nur trostlose Fronarbeit und obendrein mit dem unter der Hand zerrinnenden Inflationsgeld Hungersnot im härtesten Sinne, die ihm eine Schädigung seiner Gesundheit auf Lebenszeit einträgt.

Mit wahrem Heißhunger sucht er in geistiger Nahrung einen Ausgleich, gestillt durch unentwegte Lektüre, von einem verständnisvollen Buchhändler mit Reklam-Heften gefördert, von Kant, Shakespeare, Platon, den griechischen Tragikern, Schopenhauer, Kierkegaard, Gerhard Hauptmann. Ein Lebenssinn schien sich aber aus diesem Tun nicht ableiten zu lassen. »Glück war allein im Versinken, Sichtreibenlassen, im Untergang.« Und in der Hoffnung, morgen könnte der letzte Tag sein, die letzte Stunde schlagen, reift der Entschluß, dem vorzugreifen und an sich Hand anzulegen. Allein der Versuch mißlingt. Was bleibt – erst zwanzig Jahre später schreibt er die christliche, auf Grund der Selbsterfahrung für viele klärende Studie »Über den Selbstmord« – ist im Augenblick die bittere Erkenntnis: »Die innere Verwundung, die der Selbstmord (sein Versuch müßte es heißen) zurückläßt, vernarbt nicht. Wer sich auf solche Weise einmal von Welt und Menschen geschieden hat, wird sich nie mehr in ungeteilter Gegenwart an ihren Tisch setzen.«

Gewiß war es nicht Mut, sondern Mutlosigkeit, die Reinhold Schneider diesen ersten Blick in die Finsternis gwährte. Aber für den, der am Anblick dieser Welt nicht Genügen fand und der aus ihr zu flüchten suchte, mag, nun er in sie zurückgekehrt ist, dieses Ungenügen ihm die Augen für Durchblicke in andere Bereiche öffnen. Bereits der Entschluß zu schreiben, wenngleich der Titel des Versbandes »Untergang« lauten sollte, bedeutete eine Abwendung von der Dunkelwelt, eine Hinwendung zu Lichterem. »Wer aussagen will, bejaht«, sagt er. In dieser Verfassung innerer Bereitschaft erreicht ihn rufartig die Botschaft des baskischen Philosophen Miguel de Unamuno (1864–1936). Dessen Bücher »Das tragische Lebensgefühl von Menschen und Völkern«, »Spanische Streifzüge und Eindrücke« bedeuteten ein geistiges Keimerlebnis. Er fühlte sich aus seinem Leben herausgerissen »wie ein Feldstein, der nie mehr in seine Lage gebracht werden kann; bei der Lektüre des Kapitels über Coimbra ahnte ich,

daß ich hier die Landschaft meiner Seele, die Möglichkeit einer Aussage finden könnte«.
Reinhold Schneiders Entschluß, auf jede Gefahr hin, seiner trostlosen, den Alltag vergrauenden Existenz im Dresdner Kunstkarten-Verlag ein Ende zu bereiten und auf dem Seewege nach Portugal zu fahren, ist gewiß nicht als Furcht, als ein Ausweichen vor den Problemen der geschichtlichen Stunde auszulegen. Es war die Anziehung durch etwas ihm schicksalhaft Zubestimmtes, auf das er zusteuerte. Wenn er im Hinblick auf die Unamuno-Lektüre davon spricht, daß er sich durch dessen tragisches Lebensgefühl angesprochen, ja aufgewühlt und getröstet spürte, so war es die Erkenntnis von der Unstillbarkeit des Hungers nach Unsterblichkeit bei Menschen und Völkern und die Unabweisbarkeit der todeskampfähnlichen menschlichen Existenz, die seiner damaligen Seelenlage entsprachen. Diese Seinswirklichkeit, dieser Existentialismus war es, der ihn in diesem Augenblicke ansprach. Es bedarf daher einer Berichtigung oder gewissen Verdeutlichung, wenn Reinhold Schneider im Hinblick auf diese Phase seines Lebens von seinem Nihilismus spricht, und wenn er seine ersten Werke als Zeugnisse eines tragischen Nihilismus oder eines ästhetischen Nihilismus eingeordnet wissen will. Deutlich war ihm nur, daß er nach seinen eigenen Worten »keinen wirklich tragenden Grund..., auch nicht des Glaubens fühlte«.
Unter Nihilimus verstand er zunächst eine positive, zum Positiven tendierende Verzweiflung; aus ihr glaubte er, seine künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten schöpfen zu können. Zugleich spricht eine ständige Selbsterfahrung von Anbeginn an aus den ersten Texten, nicht im eigentlichen Sinne von Autobiographischem, aber doch ungewollt Blicke freigebend in Verborgeneres. Nicht der Beobachter oder der ästhetisierende Schriftsteller, sondern der Mitlebende und Mitleidende, auch und gerade wenn es um die wehrlose Kreatur geht, spricht aus dem Bericht »Langusten«. »Lebendiges zerquält sich im Fels. Formen wie diese, die mächtig geschwungenen Scheren, der gedrängte Leib, die starken, weitausgreifenden Beine, der dicke, zuckende Schwanz, können nur von einer sehr starken Energie, von einem kriegerischen, harten, grausamen Willen gebildet worden sein, der etwas Erschreckendes hat, weil er die Tiefe sehen läßt, aus der er kommt. Je gewaltiger die Lebenskraft ist, die vernichtet wird, um so erschütternder ist es, diese kalte Vernichtung zu sehen. Alle Adern einer geheimen Verwandtschaft beginnen zu bluten, alle Tiefen der eigenen Lebendigkeit empören sich mit.« Der das schreibt, fühlt sich einverwoben in das die Welt umfassende Lebensgefüge und fragt nach einem Sinn, der sich hier in einem sinnlosen Kampf des Stärkeren gegen den wehrlosen Schwächeren verliert. Ein Mitleiden, das keine Unterschiede zwischen Geschöpflichem und Mensch macht und ange-

rührt wird, auch wenn es sich um einen umgelegten Baum handelt. »Nur ein im Grunde nicht aussprechbarer Dank bleibt in einem Menschen, dessen Dasein in das Leben des Baumes und durch ihn in das die Welt umgrünende Leben verflochten war.«

II

Zurück nach Portugal, der Landschaft seiner Seele. Die saudade, die schwermütige Sehnsucht oder die sehnsüchtige Schwermut, darauf ist seine Lebensmelodie abgestimmt. In ihrer ziellosen Vergeblichkeit dem Tode eher zustrebend als dem Leben. So ist es denn ein dreifaches Grab in Bêlem, das Grab des Träumerkönigs Sebastian, des Weltenentdeckers Vasco da Gama und des Dichters der »Lusiaden« Camões, in einer Seitenkapelle vereint, das ihm in einem schöpferischen Augenblick den Plan zu seinem ersten Buch »Camões oder Untergang und Vollendung der portugiesischen Macht« erschauen läßt. »Das Leben des Camões ist das Leben des Dichters überhaupt, der ein leidenschaftliches Heimweh, aber keine Heimat hat, der den Untergang des Zeitlichen im Werk überwindet, während die Flut der Geschichte ihn fortreißt und überspült.« Diese Worte könnte man dahingehend deuten, es gehe hier mehr oder weniger um eine Selbstidentifikation, um ein Erkennen der eigenen Stellung, die von der Begegnung mit dem Dichter, der in seinem Epos die von seinem Lande verspielte Größe zum Überdauern heraufruft, ausgelöst wurde. Und eine solche Überlegung erhält in dem andern Wort eine Stütze: »Ich fühlte die Stunde aufgehen (1928), da die Epitaphe geschrieben werden mußten«, verleiht dem Gedanken etwas Grundsätzliches.
Es ist die Gegenposition zu Oswald Spenglers »Untergang des Abendlandes«, die hier bezogen wird, der Versuch, im Aufzeigen des Sinnes im scheinbar Sinnlosen das Überdauernde dem Untergang zu entreißen, das Geistige als den Bezwinger auch der irdischen Niederlage freizulegen. Wenn Reinhold Schneider in seiner uneingeschränkten Redlichkeit sich dagegen verwahrt, seine ersten Bücher als Werke eines christlichen Schriftstellers angesprochen zu sehen, so gilt doch hier bereits seine Erklärung: »Katholisches Erbe als Gehalt und Form hatte in mir den Glauben überlebt.« Taten und Untaten der geschichtlichen Gestalten werden an christlichen Maßstäben gemessen. Die Grundthemen der Lebensarbeit des Dichters bestimmen nach seinem eigenen Zeugnis das Werk: die Macht als Gnade und Verantwortung, das Frevelhafte der kolonialen Expansion, der Untergang. Die Grausamkeiten in der Unterdrückung sogenannter minderwertiger Völker sind im »Camões« weit schroffer und mit noch größerem Abscheu geschildert als im »Las Casas vor Karl V.«. Fing er hier schon im geschichtli-

chen Vorgang das Abbild der sich ankündenden Barbarei ein, die ganze Vermessenheit der dem Untergang zutreibenden Weltmachtaspirationen? Solche Fragen sind nicht ganz von der Hand zu weisen.
»Das Drama bringt nicht, was nicht in der Ouvertüre angeklungen ist«, meinte Reinhold Schneider im Hinblick auf den »Camões«. Portugal aber mit seinen Nebeldünsten bot dem Auge nicht, was er suchte, ja, was er brauchte, um die schreibende Hand zum Formen anzuregen. Ein Formerlebnis, eine Formerfahrung, die das Übergreifende, in eine andere Welt Weisende erkennen läßt, die aus der Beengung der Nur-Irdischkeit hinüberweist, aus der Ungeborgenheit des Hier, aus der Vergänglichkeit in ein Überdauerndes. Man spürt unausgesprochen ein religiöses Verlangen, das sich noch nicht zu artikulieren weiß, sich seines eigentlichen Gehaltes noch nicht bewußt ist, wenngleich es religiösen, geheiligten Stätten ihr Geheimnis geradezu entreißt.
So wird vom Montserrat gesagt: »Der Montserrat ist der große Verwandler, er ist wirklich die Burg Montsalvatch. In ihm versammeln sich die Wünsche, die Hoffnungen, die rollenden Steine aus fremden Ländern und Gebirgen, um beizutragen zur Gestaltung und durch sie hinüberzuwachsen. Denn nur in der Form ist ein Versprechen...« In sein Tagebuch trägt Schneider um die Zeit der Niederschrift dieses Textes am 24. Mai 1930 ein: »Eine Metaphysik will ich allerdings, viel mehr von ihr, als Nietzsche erlauben wollte; wenn auch keinen ›metaphysischen Trost‹. Warum soll dort oben ein Gott ergänzen? Aber die Welt braucht einen Hintergrund, ihr Widerspiel, ihre Auflösung, ihre verwandelnde Fortsetzung.«
Sagt Reinhold Schneider um diese Zeit noch von sich: »Ich war nicht Christ, ich mußte erst Christ werden«, so war es doch das Christliche in ihm, das ihn befähigte, in seinem »Philipp II. oder Religion und Macht«, den zweiten Teil, »Die Vollendung des Glaubens«, mit den Kapiteln über Ignatius von Loyola, Teresa von Avila und San Juan de la Cruz zu schreiben.
Es macht aber auch begreiflich, warum das Betreten des Escorial in ihm schockartig die Vision dieser Geschichtsdichtung auslöste. »Kloster, Grab, Sitz der Macht. Das Arbeitszimmer Philipps, die Sterbekammer am Altare überwältigten mich, langsam, unwiderstehlich: es wurde wie ein Gewicht in mein Leben geworfen, das durch viele Jahre sank und sank... Als ich den Escorial schildern wollte, das, was er für mich war, fühlte ich mich plötzlich in meiner Sprache, meinem Stil: sie sollten den geometrischen Todesernst der langen Fensterfluchten und Gänge ausdrücken, die Synthese von bewußtem Willen zur Form und Mystik, von der Gegenwart und Vergangenheit und Unheilbarkeit der Macht.« Die Form gewinnt hier einen neuen Sinn, eine doppelte Funktion. Mit ihrer geradezu gewaltsamen Respektierung soll zusam-

mengehalten werden, was bereits im Zerfallen ist – das Zeitalter der Glaubensspaltung ist ja eingeläutet.
Mit dieser Form, mit ihrer Wahrung gegen jede vernunftgemäße Einsicht spielt sich der König hinweg über Abgründe, die sich unter diesem seine Ordnungsmacht versinnbildlichenden Bau auftun. Ein Mut zur Bejahung der unausbleiblichen Tragödie, die in ihrer Totalität alles erfassen und in den unausweichlichen Untergang mit hineinreißen wird. Einer Utopie wird nachgelebt im Augenblick, da sie bereits von der heraufdämmernden Zukunft überrollt wird. So kann Reinhold Schneider im Nachwort zu diesem Werk sagen: »Weder Gelehrsamkeit noch Pietät retten die Toten, sondern der Drang im Vergänglichen selbst, das mit seiner ganzen Kraft in das Symbolische hinüberschwillt, als der einzigen Möglichkeit dauernder Wirkung. Nur soweit sie den Keim des Symbols in sich tragen, können Menschen und Tatsachen bestehn; doch das Symbol ist weder kalt noch abstrakt; es ist gesammelte, zur Wirkung drängende Energie.« Für sich selbst gewinnt der Dichter aus dieser Rechtfertigung des letzten großen Habsburgers – eine offenkundige Berichtigung von dessen Zeichnung in Schillers »Don Carlos« – die Bestätigung für seine bis in seine letzten Lebenstage aufrecht gehaltene Überzeugung. Und man könnte sein Wort auf Philipp II.: »Aber die Zeit ist oft in ihrem Verneiner von ebenso starker Wirkung wie in ihrem Bejaher. Nicht nur der Bejaher gehört der Zukunft an«, mit nicht geringem Recht auf ihn selbst interpretieren.

III

Zur uneingeschränkten Verneinung sollten ihn erst die veränderten Zeitläufte zwingen. 1935 konnte er noch an Leopold Ziegler schreiben: »Das Negative der Geschichte darzustellen habe ich mich nie befähigt gefühlt oder eben nur dann, wenn es mit dem Positiven eng verbunden war.« Nur noch kurze Frist sollte ihm diese Möglichkeit offenstehen, wenn auch nur auf Umwegen. Eigentlich wollte er den Reichsgedanken in seiner ordnungsstiftenden Kraft darstellen, aber auch in seiner Problematik, veranschaulicht an der Geschichte der drei deutschen mittelalterlichen Kaisergeschlechter. Doch der Wandel auf der politischen Szene der Dreißiger Jahre ließ ein solches Vorhaben ungeraten erscheinen: Es wäre Mißdeutungen ausgesetzt gewesen, die Worte des Dichters wären womöglich propagandistisch mißbraucht worden. Aus dieser Einsicht ließ er den Plan fallen. Stattdessen gestaltete er das »Inselreich, Gesetz und Größe der britischen Macht«. Die rasche Aufeinanderfolge von drei Auflagen im Erscheinungsjahr 1936 bewies, daß man weitherum sehr genau verstanden hatte, was dem Buch seine übergeschichtliche Bedeutung und geradezu den Charakter des Seheri-

schen verlieh. Da heißt es u. a.: »Wo das Gewissen schweigt und keine Schatten gedeihen, erwachen die Dämonen; und wo die Macht Gesetzgeberin ist, da treten sie die Macht an.«
Die Ereignisse werden zunehmend bedrängender und rufen den Dichter aus seiner Historiographie heraus in den Tag. So berichtet er: »Am ersten Tag der zweiten Reise (1935) hatte ich morgens in London das Gefühl einer ungeheuren unabwendbaren Katastrophe. Wenige Tage darauf, in Lincoln, meldeten sich die Zeitungen, daß die Wehrpflicht in Deutschland eingeführt wurde. In dieser Perspektive sah ich alles: England, die Europa vertretende Macht vor der äußersten Bewährung, vor der Behauptung im Untergang. Der Ausfahrt der Entdecker, Eroberer, Kaufleute entgegneten die Kontinente, dem Gegenreich die schuldhafte Travestie des Reiches.«
Seine innere Auflehnung, sein Widerstand hatte schon viel früher eingesetzt. Am 13. Januar 1931 schrieb er einem Freunde: »Die schlimmste Enttäuschung steht Deutschland nun von Hitler und seinem Dritten Reich bevor.« Und am 30. Januar 1933 – Reinhold Schneider lebte um diese Zeit in Potsdam mit dem lieben Bild vor den Fenstern auf »die Kirche, in der die beiden großen Könige ruhen« – am Tage also, an dem in dieser Kirche, in der Potsdamer Garnisonkirche, vor diesen Gräbern über dem »historischen« Handschlag der Anbruch des tausendjährigen Reiches eingeläutet wurde, schlug er dem damaligen Leiter des Senders Berlin, Dr. Braun, eine Hörfolge vor: »Der Ruf der Vergangenheit«. Der erste Teil sollte den Titel tragen »Tragödie des Reichs« und den Hörern begreiflich machen, daß es für den Deutschen kein Reich gebe ohne höchste Weihe, keine Macht ohne Glauben an deren Sendung. Er schaudert vor dem Umsichgreifen des großen Vergessens, in welches das erste Reich, seine Dome, seine besten Güter und schönsten Ideale absinken und stellt die an diesem Verhängnisdatum aufrüttelnde Frage: »Meint ihr nicht, daß das Schicksal Eures ersten Reiches ein ewiges Schicksal ist?«
Im Dichter mußte, wie sehr er auch vor solchem Auftrag zurückschreckte, die Vorstellung, daß er »nichts als ein Dichter im Verfall der Zeit« sei, der viel weitergehenden weichen, daß ihm auferlegt sei, ein Prophetenamt zu erfüllen. Prophet nicht nur als Vorausverkünder von zukunftsverhülltem Schicksal, sondern im alten Wortsinne der, der im Auftrag Gottes spricht, der also Berufener und Rufender zugleich ist. Wie er später es selber in einem Essay »Prophetie in der Zeit« umschrieben hat. »Prophetentum also bedeutet: zu sagen, was Gott geboten hat: die Wahrheit somit, die der Mensch nicht gemacht hat und nicht machen kann, und zwar in bezug auf Geschichte. Geschichte aber ist von Gott gelenkter, von Menschen zu tragender Heilsprozeß, in dessen Gang Gott den Menschen auf Herz und Nieren prüft.« In jenen Schicksalsjahren muß dem Dichter eine solche Berufung bewußt

gewesen sein. Man hört es heraus aus den Versen seines unter ein Jeremias-Wort gestellten siebenteiligen Zyklus »Der Prophet« (1943). Hatte er in seiner großen Redlichkeit noch wenige Jahre zuvor erklärt, »ich mußte erst Christ werden«, so war dieser endgültige Schritt zurück in die Kirche von vorbehaltloser Entschlossenheit gekennzeichnet. In dem Bericht hierüber im »Verhüllten Tag« heißt es zunächst: »Und nun enthüllte sich auch das Kreuz, das von Anfang in meinem Leben stand«, und er fährt fort: »An einem Neujahrstag, 37 oder 38 ging ich in Potsdam zum erstenmal zur heiligen Messe seit vielleicht zwanzig Jahren. Ich kam wie einer, der die Sprache verlernt hat, in die Heimat. Aber ich hatte die Sprache der Heimat nie erlernt, und nun, langsam, indem sich mir alle Lebensumstände umkehrten, versuchte ich sie zu lernen. Ich war auf die objektive Wahrheit gestoßen, die Wahrheit in Fleisch und Blut und zugleich göttliche außerweltliche Macht. Sie ist für mich die einzige Macht, die ein Leben aus den Angeln heben kann.«

IV

Mit dem Zurückfinden in die Heimat wird aber erst alles erneut in Frage gestellt für jemanden, für den das Wort von Simone Weil »Gott will eine schwierige Liebe« seinen besonderen Sinn erhält. Von hier aus erst, von dem Reich, das nicht von dieser Welt ist und das zu betreten bedeutet, sich mehr und mehr der irdischen Verhaftung zu entziehen, öffnet sich der Blick in außerweltliche Räume, in den Kosmos. Aber zugleich muß Reinhold Schneider erkennen, daß der Aufstieg in höhere Kreise, wie es in dem Eingangszitat heißt, mit einem Durchgang durch die tiefste Finsternis seines Lebens erkauft werden muß. Am Eingang zu dieser Phase seines Lebens – sie umfaßt die letzten zwanzig Jahre – muß er vorerst durch die Erfahrungen bei der Gestaltung des »Las Casas vor Karl V.« hindurch, seinen Gewissensaufruf, seinen Protest gegen die Judenverfolgungen.
Was ihm dies auferlegte, vertraute er seinem Berliner Malerfreund Leo von König in einem Brief vom 2. Februar 1938 an: »Freilich werde ich sehr froh sein, wenn ich dieses Mal aus dem Schacht der Geschichte emporsteige mit dem Seufzer ›niemals wieder‹. Ich muß zutiefst in das unterste Grauen hinab, über dem Geschichte sich bewegt, und ich tue es in dem Glauben, daß ich auf diese Weise etwas überwinden könnte, das überwunden werden muß: es ist das schwerste Leiden um das eigene Volk und alle Völker, um das Schicksal der Seelen.«
Es erfolgt die Abberufung vom literarischen Leben in die religiösgeschichtliche Existenz. Oder, wie er es auch nannte, die Einberufung in den religiösen Sanitätsdienst. Die Kriegsjahre beginnen, in denen er

mit seiner Untergrundliteratur im Kolmarer Alsatia-Verlag des Freundes Josef Rossé, in Millionenauflage veröffentlicht, die Bedrückten in Lagern und Kellern, die Verfolgten und die Soldaten an der Front tröstete und stärkte, um dafür eine kurze Spanne Zeit eine aufhellende Erfahrung zu ernten. »Es gab nur eine Möglichkeit der Existenz und zugleich der Gegenwirkung: das Gebet. Sobald ich nachts erwachte, ging ich in dieses Dasein über und verharrte darin, bis ich wieder einschlief. Ein Gebetszusammenhang stellte sich her, der gewiß das schönste mir zuteil gewordene Geschenk war – es war wie ein verborgenes Reich, in dem ich mich beheimatet fühlte.« In Erinnerung an diese Zeit wird er gesagt haben: »Werk und Leben können untergehen, wenn nur zwischen den Stromschnellen in der Nacht auf Blitzesdauer das Kreuz auf ihnen erschienen ist.«

Doch nun erwartete ihn noch der Abstieg in dunklere Tiefen des Daseins, als gälte es, dort dem verborgenen Gott zu begegnen. Die Zeit tut mehr, um ihn zu verdecken und die Wahrheit zu verhüllen. Es braucht den ganzen Mut, sich nicht zu verhehlen, daß »letzte Zeit ist, Advent als Geschichte«, wie der Dichter sagt, daß »die Hufschläge der apokalyptischen Reiter wie immer zu hören sind«. Sie haben sich nur verwandelt, oder der Mensch hat ihnen eine moderne Gestalt verliehen, hat sie technisch aufgerüstet, damit sie ihr Vollendungswerk auch sicher zur Ausführung bringen können. Das meint er mit der Feststellung: »Eben das ist das Verhängnis. Die Konstruktion der Atombombe ist nicht Theorie – und wenn sie es wäre, so unterläge sie derselben Verantwortung, sogar noch einer größeren als der Abwurf. Es hilft uns nicht, daß wir Angst als die größte Gefahr erklären. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß die von der Menschheit gefürchtete Katastrophe sich längst ereignet hat: im geistigen Sinn als Erdenken der neuen Waffe, im sittlichen als damit verbundener oder vorausgehender Entschluß, im materiellen als rastlos betriebene Herstellung und Aufhäufung – nur die Weite der geschichtlichen Auswirkung ist noch offen. Die Katastrophe ist da; sie ist ein Element unserer Wirklichkeit.«

Es ist die Frage, die ihn in Wien bis in die tiefsten Finsternisse geführt hat, die ihn aber schon früher »An die Schwelle des Alls«, wie ein Essay lautet, brachte, und die, wiewohl im Ausdenken der technischen Möglichkeiten inzwischen weit überholt, mit ihrem Versuch, die neu erschlossenen Weltdimensionen in unser Bewußtsein hereinzunehmen und mit einem entsprechenden Ethos zu durchdringen, nicht genug bedacht werden kann.

»Wir sollten Menschheit werden vor der Offenbarung unserer Ohnmacht, die wir selbst an den Himmel schreiben. Die Satelliten sind verzweifelte Fragen – und hundertfaches Echo der Fragen wird Antwort sein. Wahrscheinlich wird es gelingen, den Mond zu umflie-

gen, dann werden wir das Rätselantlitz erblicken, das uns vertraut ist, das uns bisher unbekannt blieb, weil es sich mit uns dreht. Wir sollten Menschheit werden, am Küstenstreifen, vor der Verlorenheit. Aber auf unserem Wissen liegt keine Verheißung. Was wir aufbringen sollten an der Schwelle des Raums, ist weltumfassendes Ethos, ein Soll, das die Krücke der Verheißung abwirft, einen Glauben, der stark genug ist, in die tausend Augen der Finsternis zu blicken. Der Kosmos, der unergründliche, fordert die Menschheit heraus, Menschheit zu werden. Ist das möglich? ... Die Frage ist, ob die Raumschiffe, die das Schwerefeld der Erde für eine Weile überwinden, auch dasjenige bisheriger Geschichte durchbrechen können. Es ist die vom eben vergangenen Jahre aufgeworfene Frage, die fortan die Erde umkreisen wird, Sprache der Satelliten: sie sind Exponent der Geschichte, deren Sinn und Ergebnis es ist und bleibt, daß der Mensch sich selber ins Antlitz blickt; daß er sich, in unvorstellbarer Verlassenheit, ein Herz fassen soll zu seinem Menschtum. Wahrscheinlich wird er die Kraft dazu aufbringen im Namen Gottes, der Fleisch wurde, der einging in Kosmos und Menschheit; im Namen des Einen, den der Kosmos mit Rätselgestirn grüßte, als Er kam; der in Macht ist, Menschheit im All zu konstituieren.«

Nicht erst unter dem Eindruck der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und technischen Errungenschaften sah sich Reinhold Schneider von der Unergründbarkeit des Kosmos angezogen, brachte dieses Denken seine Glaubensvorstellungen ins Wanken, die ein unzulänglicher Unterricht ohnedies »unvermerkt zwischen den Händen« zergehen ließ. Sein rationales Forschen schien sich sogar auf den Gekreuzigten als Rat- und Hilflosigkeit zu übertragen. »Vom Kosmos, wie ihn die moderne Wissenschaft zu erschließen sucht, wehte mich eine Versuchung an, deren ich nie Meister geworden bin. Ich sah vor den ungeheuren, sich ratlos mit Blitzesschnelle vergrößernden Räumen, dem Geflimmer der Sonnen und Sternwolken und den unauslotbaren Tiefen der Zeit, aus denen sie aufgestiegen waren, den Gekreuzigten. Und ich sah, wie die starren Arme sich lösten und niedersanken.«

V

In Wien aber sollte er, so scheint es, mit seinem Forschen endgültig scheitern. Seine Schwermut zusammen mit seiner Müdigkeit, so lassen die Worte wenigstens vermuten, sollten die Oberhand behalten und ihn diesseits der Schwelle belassen. »Wollte ich, was sich in mir während dieses Winters ereignet, im Gespräch mit dem Phänomen Wien pathetisch ausdrücken, so müßte ich von einem Unfall sprechen,

vom Einbruch der dunklen Wasser in einen leer gewordenen Raum, einen Einbruch also von unten her. Man blickt nicht ungestraft in den Kosmos, die Tiefsee, die Geschichte – und vielleicht auch nicht ungestraft in sich selbst, in den Menschen. Was mich überrascht, ist, daß ich keine Bangnis empfinde: daß es mich beruhigt, dort wieder anzulangen, wo ich in Jünglingsjahren war. Freilich keine Vermessenheit! Dem Himmel ist so wenig zu trauen wie den Nerven, der inneren Resistenz.« Und: »Fest überzeugt von der göttlichen Stiftung und ihrer bis zum Ende der Geschichte währenden Dauer, ziehe ich mich doch am liebsten in die Krypta zurück; ich höre den fernen Gesang. Ich weiß, daß Er auferstanden ist; aber meine Lebenskraft ist o sehr gesunken, daß sie über das Grab nicht hinauszugreifen, sich über den Tod hinweg nicht zu sehen und zu fürchten vermag. Ich kann mir einen Gott nicht denken, der so unbarmherzig wäre, einen todmüden Schläfer unter seinen Füßen, einen Kranken, der endlich eingeschlafen ist, aufzuwecken. Kein Arzt, keine Pflegerin würde das tun, wieviel weniger Er!«
Hatte er diesen »Unfall«, diesen »Einbruch der dunklen Wasser« auf sich zukommen gesehen, als er 1946 das Sonett schrieb »Laß mich nicht sinken«?

Laß mich nicht sinken, laß die Seele nicht
Im Schmerz ermatten, nicht die dumpfe Haft
Der Krankheit brechen letzte Glaubenskraft
Und nicht in Klagen enden mein Gedicht!

Gewähre unbefleckte Zuversicht,
Des Herzens Macht, des Geistes Leidenschaft,
Der sich aus Leiden reinste Bilder schafft
Und dankt und feiert, wenn die Form zerbricht!

Laß alle Schmerzen innig sich durchdringen,
Den Staub zu läutern, eh den Geist er beugt!
Geduld ist alles, die am Feuer wacht.

In schweren Nächten wachsen zage Schwingen:
Gewähre mir den Sturm, der Dich bezeugt
Und überrascht und fortreißt in der Nacht!

Man muß die beiden Textstellen aus »Winter in Wien« und das Sonett zusammensehen. So erst wird in ihrer ganzen Bedeutung die Erfahrung begreifbar, die ihm fünf Tage vor seinem Tode am Ostersonntag 1958 zuteil wurde. Wie in einer Entrückung sagte er, der immer eher leise zu sprechen pflegte, mit lauter Stimme:

»Jetzt ist mir alles durchsichtig und klar,
Ich sehe durch alles hindurch,
Es ist mir alles präsent.«

Man kann dies wohl als den Augenblick der Vision, der großen Schau Reinhold Schneiders bezeichnen, ähnlich der von Teilhard de Chardin in »Kosmos und Universum«.
Und man darf hinzufügen, daß er dies wie eine Bestätigung dessen empfunden haben muß, was er nur wenige Monate zuvor in eines dieser Schulhefte eingetragen hat, denen er seine Impressionen anvertraute und die als »Winter in Wien« sein Vermächtnis bilden. Da heißt es: »Beten über den Glauben hinaus, gegen den Glauben, gegen sich selbst, einen jeden Tag den verstohlenen Gang des schlechten Gewissens zur Kirche – wider sich selbst und wider eigenes Wissen –: solange dieses Muß empfunden wird, ist Gnade da; es gibt einen Unglauben, der in der Gnadenordnung steht. Es ist der Eingang in Jesu Christi kosmische und geschichtliche Verlassenheit, vielleicht sogar ein Anteil an ihr: der Ort vor dem Unüberwindlichen in der unüberwindlichen Nacht. Ist diese Erfahrung aus der Verzweiflung an Kosmos und Geschichte, die Verzweiflung vor dem Kreuz, das Christentum heute? ... Und dieses Muß, dieses dunkle, ohne Furcht vor dem Tod, eine Art ›kleiner Passion‹, könnte noch eine Verheißung sein: numen adest.«

Lebensdaten von Reinhold Schneider

Geboren am 13. Mai 1903 in Baden-Baden, rk., gestorben am 6. Juli 1958 in Freiburg i. Br. Vater: Wilhelm S., Hotelier. Mutter: Louise Wilhelma Augusta, geb. Messmer. Geschwister: 1 Bruder Wilhelm Rudolf. Unverheiratet.

1921	Abitur Baden-Baden
1921 – 1928	Landwirtschaftliches Praktikum auf Schloß Langenstein am Bodensee. – Kaufmännische Lehre und Angestellter in der Druckerei Stengel & Cie, Dresden. – Sprachstudien: Spanisch, Portugiesisch, Englisch, Französisch, Italienisch
1929	Reise nach Portugal und Spanien
1929 – 1932	Loschwitz bei Dresden, Studien in Geschichte, Literatur und Philosophie
1930	erscheint sein Erstling »Das Leiden des Camões oder Untergang und Vollendung der Portugiesischen Macht«

1931	»Philipp II. oder Religion und Macht«
1932 – 1937	Wohnsitz in Potsdam
1934 u. 1935	Reisen nach England
1937	Übersiedlung in die badische Heimat, Hinterzarten
1938	Wohnsitznahme in Freiburg i. Br., mit Unterbrechung bis zum Tod
1939	Paris, »Corneilles Ethos«, »Vor dem Grauen«, »Theresia von Spanien«
1940	Dresden-Loschwitz, »Macht und Gnade«
1940	»Das Inselreich«
1941	Italien, Privataudienz bei Pius XII., endgültige Übersiedlung nach Freiburg. Entzug der Druckgenehmigung
1941 – 1945	Joseph Rossé, Alsatia-Verlag, Kolmar, ermöglicht sein Wirken als »religiöser Sanitäter«. »Das Vaterunser«, »Der Kreuzweg«, »Jetzt ist des Heiligen Zeit«, »Die Waffen des Lichts«, »Das Gottesreich in der Zeit« (1944 heimlich im Reichshof, Polen, von dem kath. Armeegeistlichen Johannes Kessels gedruckt). Hausdurchsuchungen, Verhöre, 1945 Anklage wegen Hochverrat
1946	Dr. phil. h. c. der Univ. Freiburg i. Br., Dr. jur. h. c. der Univ. Münster i. W.
1948	Annette von Droste-Hülshoff-Preis der Badischen Landesregierung, gemeinsam mit Gertrud von Le Fort
1949	Ordentl. Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz. Preis der Longfellow-Gemeinschaft
1951	»Der Fall Reinhold Schneider«, verfemt wegen seines Aufrufes »Unsere Verantwortung« im »Aufbau« (Ost-Berlin) gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, gegen die Aufrüstung und sein Einsatz für Gewaltlosigkeit. – Ordentl. Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste
1952	Ritter des Ordens Pour le Mérite
1953	»Ausgewählte Werke« in vier Bänden bei Jakob Hegner. Erste Gesamtdarstellung durch Hans Urs von Balthasar
1954	Uraufführung des Dramas »Innozenz und Franziskus« in Essen. Selbstdarstellung »Verhüllter Tag«, »Die Sonette von Leben und Zeit, dem Glauben und der Geschichte«

1955 Ordentl. Mitglied der Akademie der Künste, Berlin, Abt. Dichtung. Zwiegespräch mit Gottfried Benn »Soll die Dichtung das Leben bessern?« in der Akademie für Sprache und Dichtung Darmstadt

1956 Reisen und Vorträge in Finnland, Schweden, Portugal und Spanien. Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Ansprache »Der Friede der Welt«

1956 – 1957 Baden-Baden, Zeuge des Abbruchs des Hotel Messmer, seines Vaterhauses, »Der Balkon«

1957 Erster Preis des Internationalen Dramenwettbewerbs der Bregenzer Festspiele für das Drama »Der große Verzicht«, Uraufführung daselbst 1958

1957 – 1958 März. Rückkehr nach Freiburg, stirbt nach Sturz auf der Straße am 6. April im Lorettokrankenhaus

1958 »Winter in Wien«, »Pfeiler im Strom«

Andreas Hermes (1878–1964)

Der Kreis jener deutschen Politiker war nicht sehr groß, die sowohl in der Weimarer Republik als auch in der Bundesrepublik Spitzenpositionen einnahmen. Gerade sie, die das nationalsozialistische Regime überlebten, stehen mit ihrer Person, mit ihrem Denken, Wollen und Handeln für die demokratische Tradition, für das »andere Deutschland«, das angesichts des übermächtigen Eindrucks vom unglücklichen Sonderweg der deutschen Geschichte zu leicht dem Vergessen anheimgegeben oder einer Zeit zugeordnet wurde, die in fast allem als rückständig und überwindenswert galt. Zu jenen Politikern, die der demokratischen Tradition in Deutschland zuzuschlagen sind und deren Bedürfnis es nach 1945 war, im politischen Bereich sittliche Leitbilder und Normen dauerhaft durchzusetzen, zählt Andreas Hermes, der nach dem Ersten wie dem Zweiten Weltkrieg jeweils mit Aufgaben des Neuaufbaus betraut war.

I

Andreas Hermes, am 16. Juli 1878 als jüngstes von drei Kindern geboren, hat die Jahre seiner Kindheit und Jugend in der wirtschaftlichen Beschränktheit einer kleinbürgerlichen Familie verbracht. Sein Vater war ein kleiner Angestellter der Reichsbahn in Köln, bevor er ohne Erfolg versuchte, sich eine selbständige Existenz aufzubauen, und im Jahre 1886 als Packmeister einer Fabrik in Mönchengladbach verstarb. Nach dem frühen Tod des Vaters wurde die Mutter, eine Frau von »starker, schlichter Frömmigkeit«, zur dominierenden Gestalt der kleinen Familie. Sie entstammte einem bäuerlichen Hof der Voreifel, wo Hermes häufig seine Ferien verbrachte und sich stets »ganz in seinem Element« fühlte, wie er in seinen 1944 während seiner Zeit als politischer Häftling niedergeschriebenen Erinnerungen festhält. Seine dort erfolgreich wirtschaftenden, dem technischen Fortschritt in der Landwirtschaft sehr aufgeschlossenen Verwandten hinterließen im jungen Andreas als »vollkommene Bauernaristokraten« einen tiefen und nachhaltigen, vorbildhaften Eindruck, der ihn für sein Leben prägte.

Trotz aller Sorgen um das materielle Wohl ihrer Familie, das sie durch die Arbeit als Büglerin und Badefrau erträglicher zu gestalten suchte, war seine Mutter stets darauf bedacht, ihren Kindern die Grundsätze

ihres katholischen Glaubens fest einzuprägen und streng auf die Erfüllung religiöser Pflichten zu achten. So verdankte ihr Hermes »den starken Halt, den die Verankerung unseres Glaubens mir für mein ganzes Leben gegeben hat«. Auch bemühte sie sich, ihren Kindern eine über ihre Verhältnisse gehende gute Ausbildung zu ermöglichen und sie auf weiterbildende Schulen zu schicken. Starken Einfluß auf die Schulen Mönchengladbachs übte damals der »Volksverein für das katholische Deutschland« aus, eine 1890 gegründete Massenorganisation deutscher Katholiken, die sich die Verbreitung religiöser, kultureller, sozialer und politischer Bildung zur Aufgabe gemacht hatte.
So erfuhren die von der Mutter im jungen Andreas verankerten christlichen Grundsätze durch die vom Volksverein ausgehenden Impulse in seiner Schulzeit eine weitere Vertiefung. Doch während sein Bruder sich aufgrund dieser Eindrücke zum Priesteramt berufen fühlte, verließ Andreas Hermes die Realschule 1896 nach dem »Einjährigen« in dem klaren Entschluß, weiteren, als lästig empfundenen Oberrealschuljahren zu entgehen und einen landwirtschaftlichen Beruf zu ergreifen. So konstitutiv die Kindheits- und Jugenderlebnisse, Landwirtschaft und Katholizismus, für die Gedankenwelt von Hermes in den späteren Jahren auch gewesen sein mögen, sie haben seinen Lebensweg nicht unmittelbar in die Politik gewiesen. Andere Einflüsse, vor allem das bäuerliche Milieu seiner Herkunft, wogen stärker.
So begann er 1896 auf einem Gut bei Satzvey (Kr. Euskirchen) seine landwirtschaftliche Ausbildung, die er seit 1898 mit dem Eintritt in die Landwirtschaftliche Akademie in Bonn in theoretischer Hinsicht erweiterte und 1900 mit dem Diplom abschloß. Für kurze Zeit trat er dann wieder in die landwirtschaftliche Praxis als Feldverwalter ein, eine Tätigkeit, die ihn zwar befriedigte, die er aber schon nach einem halben Jahr aus gesundheitlichen Gründen wieder aufgab. Für eineinhalb Jahre unterrichtete er als Landwirtschaftslehrer in Cloppenburg (Oldenburg), bevor er im Frühjahr 1902 als Assistent von Professor Johannes Hansen an einem Werk über »Rindviehzucht im In- und Ausland« mitwirkte und dabei Erfahrungen beim Aufbau einer Spezialbibliothek sammelte, die ihm später bei seinem Exil in Kolumbien zugute kamen.
Diese Phase seiner Ausbildung schloß Hermes mit dem Examen eines Tierzuchtinspektors ab. Noch im Jahr 1903 erhielt er ein Reisestipendium des Preußischen Landwirtschaftsministeriums, das ihn in die Schweiz und nach Frankreich führte, wo er die bürokratische Schwerfälligkeit einer zentral gelenkten Landwirtschaft kennen- und die Vorteile privater Initiative schätzen lernte. Seine bei dieser Reise gesammelten Erfahrungen wertete er in seiner Dissertation über den »Teilbau in Frankreich« aus, die 1905 zur Promotion führte.

Seine berufliche Tätigkeit setzte Hermes in der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter fort. Den Zielen dieser (jede politische Betätigung ablehnenden) Gesellschaft, Betriebe auf rein privater Grundlage ohne staatliche Subventionen aufzubauen und zu finanzieren, fühlte er sich aufgrund seiner Prägung und seiner bisherigen beruflichen Erfahrungen verpflichtet. Sein eigentliches Aufgabenfeld in der DLG war die Auslandsbeobachtung, die mit Studienreisen in zahlreiche Länder verbunden war. Daß er sich dabei stets nicht nur als Vertreter seines Dienstherrn, sondern auch als Repräsentant seines Volkes fühlte, hat der Patriot auch bei seinen späteren zahlreichen Auslandsreisen nie verleugnet. Seine bei diesen Aufenthalten gesammelten Erfahrungen in internationalen Agrarfragen, die dabei erworbenen Fremdsprachenkenntnisse sowie die geknüpften persönlichen Verbindungen bereiteten seine spätere berufliche Tätigkeit als Direktor der Technischen Abteilung des Internationalen Agrarinstituts in Rom vor.
In diesem 1911 übernommenen Amt betrieb er systematisch die Internationalisierung des Instituts, wobei ihm sein Organisationstalent, seine Abscheu vor Bürokratie sowie seine exzellenten Sprachkenntnisse sehr zugute kamen. In den drei Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges knüpfte er internationale Verbindungen, die ihm auf seinem weiteren Lebensweg sehr nützlich waren. Noch vor Ablauf seines Vertrages in Rom zog es ihn allerdings bei Kriegsausbruch nach Deutschland zurück, wo er sich freiwillig zum Militärdienst meldete. Im Stellvertretenden Generalstab in Berlin organisierte er zunächst die Zeitungsstelle mit einem täglichen Informationsdienst für das Hauptquartier. Nebenher arbeitete er im Kriegsausschuß für Ersatzfutter, war dann kurzzeitig als Artillerist an die Front versetzt, und wurde schließlich Ende 1916, als die Versorgungslage im Reich immer kritischer wurde, von der Kriegsrohstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums zur Organisation des Ölfruchtanbaus nach Bulgarien und Rumänien geschickt.

II

Nach Kriegsende kehrte Hermes wieder in sein angestammtes Tätigkeitsfeld zurück, zunächst als Hilfsarbeiter, dann als Leiter der land- und forstwirtschaftlichen Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums, bevor er – ohne jede politische Erfahrung und parlamentarische Routine und ohne Verankerung in der ihm nahestehenden Zentrumspartei – 1920 das neugegründete Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft übernahm und damit sein Weg in die Politik begann. Vom März 1920 bis März 1922 stand er diesem Ministerium vor, in dem

er ein starker Anreger und Initiator gewesen ist. Vom Oktober 1921 an bis zum August 1923 war er in den Kabinetten Joseph Wirth II und Wilhelm Cuno (auch) Reichsfinanzminister. Ein Angebot, im Kabinett Cuno den Posten des Außenministers zu übernehmen, hatte er abgelehnt.
Der Aufbau des neugeschaffenen Landwirtschaftsministeriums, bei dessen Namensgebung Hermes besonderen Nachdruck auf den Bereich »Ernährung« legte, wurde ihm nicht leichtgemacht. Schon kurz nach Übernahme seines Amtes geriet Hermes in die Schußlinie seiner politischen Gegner. Ausgangspunkt ihrer Kritik war zunächst die Tatsache, daß der neue Ernährungsminister sich den Abbau der kriegsbedingten Zwangswirtschaft ausschließlich auf privatwirtschaftlichen Grundlagen vorstellen konnte und jeden Gedanken an eine Sozialisierung von Grund und Boden weit von sich wies. Aufgrund dieser prinzipiellen sachlichen Gegensätze wurden persönliche Angriffsflächen von seinen Gegnern gesucht und gefunden. Schon bald wurde die Geschäftsführung des Ministers im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen in dem neuen Ministerium kritisiert und ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt.
Kaum hatte Hermes diesen Angriff überstanden, wurde er selbst der Korruption bezichtigt. Offenbar handelte es sich in beiden Angelegenheiten um Bagatellfälle, doch war der Minister damit voll in die Schärfe der politischen Auseinandersetzungen hineingezogen. Diese bekam er insbesondere in seiner Funktion als Finanzminister zu spüren: Ruhrbesetzung, passiver Widerstand und galoppierende Inflation stellten die junge Republik und ihre Politiker vor schwierigste Probleme. Angesichts dieser Problemfülle war an eine erfolgreiche Finanz- und Steuerpolitik nicht zu denken; das Kabinett der parteilosen Minister war überfordert und wurde 1923 zum Rücktritt gezwungen.
In seiner dreijährigen Ministerzeit war er, vor allem als Finanzminister, starker Kritik sowohl von rechts wie von links ausgesetzt: er war neben Erzberger der wohl am schärfsten kritisierte Politiker der Weimarer Aufbaujahre. Darüber wird leicht übersehen, daß er in diesen schwierigen Anfangsjahren ein Ministerium neu aufbaute und ein zweites, das undankbarste, ebenfalls leitete. Auch verdient seine Leistung als Unterhändler auf der Konferenz in Genua (1922) und bei Anleiheverhandlungen in Paris und seine nicht unbedeutende Vorarbeit für die Neuregelung der Reparationsverpflichtungen im Dawes-Plan von 1924 gewürdigt zu werden.

III

Der Sturz des Kabinetts Cuno am 12. August 1923 bezeichnet das Ende der Ministertätigkeit von Hermes und einen ersten tiefen Ein-

schnitt in der für einen Landwirt aus kleinbürgerlichen Verhältnissen bisher erstaunlichen Karriere. Hermes stand nun vor der Frage einer neuen Betätigung. Es schien ihm geboten, zunächst Abstand von den Ereignissen und neue Erfahrungen durch eine längere Reise in die USA zu gewinnen, bevor er erneut in die politische Arena eintrat. Im Herbst 1924 erfolgte seine Wahl in den Preußischen Landtag als Mitglied der Zentrumspartei, 1928 in den Reichstag. Damit war der Schritt vom agrarischen Fachmann zum Politiker vollzogen. In seiner Partei, dem Zentrum, trat Hermes aber nicht besonders in Erscheinung.

Parallel zu seiner parlamentarischen Arbeit gelang es ihm, in den verschiedensten Bereichen der landwirtschaftlichen Organisationen Fuß zu fassen: 1926 wurde er in den Aufsichtsrat der Deutschen Raiffeisenbank gewählt sowie in den Enquête-Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, wo er im Landwirtschaftlichen Ausschuß den Vorsitz übernahm. Im darauffolgenden Jahr wurde er, der als Mitglied der deutschen Delegation an der Weltwirtschaftskonferenz in Genf teilgenommen hatte, zum Chef der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen bestellt, trat aber wegen Differenzen mit der Regierung am 28. September 1929 zurück.

Schließlich übernahm er 1928 die Präsidentschaft der »Vereinigung der deutschen Bauernvereine«, der Zusammenfassung der katholischen Bauernvereine vor allem aus Bayern, Württemberg, dem Rheinland und Westfalen. Sofort versuchte Hermes dieser Vereinigung eine stärkere ethische Ausrichtung zu geben. Im Zusammenhang mit der von ihm nachdrücklich betriebenen Neuformulierung ihres Programms, das die christlichen und nationalen Grundgedanken stärker als bisher betonte, wurde sie 1931/32 umbenannt in »Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine«. Sie umfaßte das mittlere Bauerntum, während der «Reichslandbund« die Großgrundbesitzer vor allem des Ostens und die »Deutsche Bauernschaft« unter ihrem Geschäftsführer Heinrich Lübke kleinbäuerliche Interessen vertrat.

Die Wirtschaftskrise seit 1928/29 traf die Landwirtschaft besonders früh und besonders schwer, so daß sich die Führer der drei landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen im März 1929 auf ein Zusammenwirken und die Zusammenfassung aller Kräfte in der »Grünen Front« einigten. Präsident dieses lockeren Dachverbandes wurde Andreas Hermes, obwohl er nicht den mitgliederstärksten Verband führte. Diese Tatsache unterstreicht das hohe Ansehen, das Hermes in den zurückliegenden Jahren hatte gewinnen können.

Die Forderungen der »Grünen Front« im Kampf gegen die Wirtschaftskrise wie Zollschutz, staatliche Außenhandelsmonopole, Preisregulierung und Verwendungszwang wurden von Hermes als dem

stärksten bäuerlichen Lobbyisten auf allen Ebenen energisch vertreten: als Repräsentant der »Grünen Front«, als Reichstagsabgeordneter des Zentrums, als Delegationsleiter bei Wirtschaftsverhandlungen mit Polen, teils als Vertreter der Regierung, teils aber auch als ihr Gegner. Zu seinen zahlreichen Ämtern übernahm Hermes schließlich 1929 noch das Präsidentenamt des neugegründeten »Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften – Raiffeisen e.V.«, so daß er im Bereich der Landwirtschaftspolitik über eine beträchtliche Machtposition verfügte.

In seinen zahlreichen Funktionen und Ämtern erwies Hermes sich als geschickter Taktierer, der die inneren Gegensätze seiner Organisationen, konfessionelle, organisationspolitische, parteipolitische, zwischen Kleinbauern und Großgrundbesitzern usf., allerdings nur überdecken, nicht aber ausräumen konnte. Dies bedingte eine eher von taktischen Überlegungen und weniger von prinzipiellen Zielen geleitete Politik gegenüber den verschiedenen Regierungen in der Endphase der ersten Republik; infolgedessen war Hermes auch in seinen Reihen nicht unumstritten.

So war die Unterstützung nicht allgemein, als er 1933 in Konflikt mit dem neuen Regime geriet. Hermes hatte im September 1932 eine grundsätzliche und scharfe Stellungnahme gegen den Nationalsozialismus nicht abgelehnt und sich außerdem dem Hissen der Hakenkreuzfahne auf dem Haus der »Vereinigung« energisch widersetzt. Außerdem betonte er die Verbandsinteressen auch gegenüber der neuen Regierung, zeigte sich also nicht unbedingt kooperativ eingestellt, so daß er wie andere mißliebige Repräsentanten der Weimarer Republik in der ersten Verfolgungswelle am 21. März 1933 verhaftet und nach mehrmonatiger Untersuchungshaft 1934 wegen angeblicher Veruntreuung von Genossenschaftsgeldern zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der Zeitpunkt der Verhaftung war geschickt gewählt: Am 7. März waren die Vertreter der Bauernvereine zur Wahl des Präsidenten der Vereinigung auf den 27. März 1933 nach Berlin geladen worden. Mit der Wiederwahl von Hermes, dessen Amtszeit nach fünf Jahren ablief, war sicher zu rechnen. Eine Revision dieses Urteils erreichte Hermes aufgrund einer Amnestie nicht. Er war jedenfalls seit März 1933, und damit war das Ziel der Aktion erreicht, politisch ausgeschaltet. Sein Reichstagsmandat hatte er bereits am 17. März, noch vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz, niedergelegt.

IV

Da Hermes im nationalsozialistischen Deutschland keine Möglichkeit zu beruflicher Tätigkeit mehr fand, ging er 1936 als Wirtschaftsberater

der kolumbianischen Regierung nach Bogotá, wo er versuchte, das Los der abhängigen Kleinbauern durch Gründung von ländlichen Genossenschaften, durch Schulung von Genossenschaftsleitern und durch den Aufbau einer Agrarbibliothek zu erleichtern. Allerdings blieb sein Aufbauwerk im Ansatz stecken: Als er seine gesamte Familie 1939 nach Kolumbien holen wollte, brach der Zweite Weltkrieg aus. Hermes blieb in der Heimat, wo er schon bald in Kontakt zu Widerstandskreisen geriet. Über den sog. Kölner Kreis des Ketteler-hauses um Bernhard Letterhaus, Nikolaus Groß, den Prälaten Otto Müller, Heinrich Körner und Jakob Kaiser lernte er Wilhelm Leuschner, Joseph Wirmer und Carl Goerdeler kennen, der ihn in einer seiner Ministerlisten als möglichen Landwirtschaftsminister notierte. Zwei Tage nach dem mißglückten Stauffenberg-Attentat vom 20. Juli 1944 auf Hitler wurde Hermes verhaftet und nach Auffinden der Goerdeler-Papiere am 11. Januar 1945 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt.

Bei der Verhandlung verfolgte er – im Gegensatz zu vielen anderen Angeklagten – seine eigene Taktik. Er leugnete seine Beteiligung am Widerstand nicht und erklärte, daß seine Vorstellungen nur für den Fall gegolten hätten, daß das Deutsche Reich unter Adolf Hitler den Krieg verlieren und die Notwendigkeit einer neuen Regierung eintreten würde. Er äußerte dies in vollem Bewußtsein der bisherigen Urteilsfindung des Volksgerichtshofes, die jeden mit dem Tode bedrohte, der für den Fall der militärischen Niederlage seine Bereitschaft zur Übernahme eines hohen Amtes erklärte. Den Bemühungen seiner Frau sowie – wahrscheinlich – einiger Beamter in der Spitze des Reichsjustizministeriums, die seine Akten in ihren Schubladen vergruben und damit den Vollzug des Urteils verhinderten, hatte Hermes sein Leben zu verdanken. Der Einmarsch der Roten Armee in Berlin beendete schließlich am 24. April 1945 die quälende Ungewißheit über sein Schicksal.

Unmittelbar nach seiner Befreiung folgte er als politisch völlig Unbelasteter der Aufforderung, Ernährungskommissar und Zweiter Bürgermeister in Berlin zu werden, da er das Amt als Keimzelle für ein ganz Deutschland umfassendes Ministerium und den Beginn einer neuen politischen Karriere betrachten konnte. Sein mit großer Energie in Angriff genommenes Ziel jedoch, von Berlin aus 1945 ein neues Reichsernährungsministerium aufzubauen und diese für Gesamtdeutschland zentrale Verwaltung als Keimzelle anderer Zentralbehörden zu etablieren, erwies sich als Illusion; im Verein mit den Franzosen lösten die russischen Sieger die über Berlin hinausreichenden Referate kurzerhand wieder auf.

Als sich schließlich auch in der Frage der Bodenreform, in der er sich – wie Anfang der zwanziger Jahre – auf die strikte Wahrung des Rechts

und auf die Bejahung des Privateigentums festlegte, der Konflikt mit den Sowjets verschärfte, quittierte er sein Amt – getreu der Maxime, die er seinem Sohn in einem Abschiedsbrief aus dem Gefängnis ans Herz gelegt hatte: »Bei allem Abscheu vor den Nazis dürfen die Deutschen sich nicht zu Bütteln der Sieger erniedrigen.«
Mit der gleichen ungebrochenen Energie, mit der er an seine Aufgabe als Ernährungskommissar herangetreten war, hatte er unmittelbar nach seiner Entlassung mit dem Aufbau einer neuen Partei begonnen. Schon während der Gefangenschaft hatte er sich in seinen aus dem Gefängnis geschmuggelten Briefen Gedanken über Ursachen und Wirkungen der nationalsozialistischen Herrschaft gemacht. Für den Fall seines Überlebens hatte er sich die Aufgabe gestellt: »Mit Gottes Hilfe möchte ich unser Volk retten helfen. Der Weg ist mir völlig klar, ebenso die ungeheure Schwierigkeit des Werkes.«
In diesen Briefen, in denen er die Aushöhlung und Korrumpierung des Rechts, der ethischen Normen und der nationalen Idee anprangert, äußert sich ein national gesinnter Konservativer und tiefreligiöser Mann, der sich ganz der christlichen Ethik verpflichtet weiß: »Unserem Vaterlande hat ja stets unsere ganze Liebe und Arbeit gegolten. Für nichts anderes und nichts weniger habe ich mich stets eingesetzt, als daß unserem Volke die unveräußerliche Grundlage christlicher Ethik erhalten bleiben möge und daß die in Gott gegründeten Menschenrechte der Gerechtigkeit, Freiheit, Würde und Ehre wieder als ein unantastbares Gut Achtung und Schutz finden mögen.«
Der Schluß konnte für ihn also nur lauten, die christliche Ethik mit all ihren Konsequenzen wieder fest im Volk zu verankern und selbst nach ihren Grundsätzen am Wiederaufbau des zerstörten Landes mitzuwirken. In diesem Bestreben traf er sich mit Gesinnungsgenossen aus den verschiedensten politischen Lagern. Nach zahlreichen Vorbesprechungen, an denen u. a. Theodor Steltzer, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Hans Lukaschek, Otto Lenz und Ferdinand Friedensburg teilnahmen, wurde schließlich am 26. Juni 1945 die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ins Leben gerufen. In ihrem Gründungsaufruf finden sich zum Teil wörtliche Anklänge an Formulierungen der Briefe, die Hermes in der Zuchthauszelle niedergeschrieben hatte.
Bei der Neugründung, die – wie er auch stets ausführte – über alle trennenden Schranken hinweg die Tragik der konfessionellen Spaltung in Deutschland überwinden sollte, konnte er allerdings eine Vorstellung nicht verwirklichen: Unumstritten war zwar, daß sich die neue Partei an christlichen Grundsätzen zu orientieren habe, uneinig war man sich jedoch über ihren Namen. Hermes favorisierte eine »Demokratische Union« als Sammelbecken aller christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte der Mitte, deren Name auch jene Teile des

deutschen Volkes ansprechen sollte, die sich nicht bewußt zum Christentum bekannten, wohl aber die sittlich verpflichtenden Grundsätze des Christentums im öffentlichen Leben akzeptierten.
Auch wenn er sich in der Namensfrage nicht durchsetzen konnte und sein Bestreben, die im Entstehen befindliche liberal-demokratische Partei mit der neuen Partei zu verschmelzen, scheiterte, so ist doch unzweifelhaft, daß ohne sein Organisationstalent der Aufbau der CDU in Berlin und der sowjetisch besetzten Zone nicht so zügig vonstatten gegangen wäre und ihre von ihm maßgebend mitformulierte Programmatik möglicherweise ein anderes, mehr von Vorstellungen Jakob Kaisers geprägtes Gesicht erhalten hätte: Kaiser vertrat in den Diskussionen die Meinung, die bürgerliche Gesellschaftsordnung gehöre der Vergangenheit an und insofern könne die neue Partei auch keine Sammlungspartei des Bürgertums werden. Vielmehr habe das »Zeitalter sozialistischer Lebensgestaltung« begonnen, die ihren Niederschlag auch parteipolitisch finden sollte.
Bei der Formulierung des Gründungsaufrufs der CDUD kam es zu ernsten Auseinandersetzungen mit Hermes und auch mit ehemaligen Mitgliedern der DDP, vor allem über die künftige Wirtschaftsstruktur, wobei sich Hermes mit seinen stets vertretenen Grundsätzen einer möglichst großen individuellen Freiheit gegenüber den von Kaiser verfolgten Sozialisierungstendenzen durchsetzte.
Die Berliner Parteigründer betrachteten die »Christlich-Demokratische Union Deutschlands« als Ausgangs- und Mittelpunkt einer das ganze Reich umfassenden Partei, worauf auch der zielstrebige Aufbau einer »Reichsgeschäftsstelle« hindeutet. Doch ähnlich wie im Bereich der allgemeinen Politik, als er über die Frage der Bodenreform, wie sie von der Besatzungsmacht und der KPD propagiert wurde, schon bald in Konflikt mit der Sowjetischen Militäradministration geriet, stieß Hermes auch hier an Grenzen: Vor allem im westlichen Deutschland gab es erhebliche Vorbehalte gegen den Berliner Zentralismus.
Hinzu kam, daß Hermes von den Sowjets an der Teilnahme des am 14.–16. Dezember 1945 in Bad Godesberg stattfindenden »Reichstreffens« der christlichen Demokraten gehindert wurde, auf dem die Zusammenfassung der lokal und regional entstandenen Parteigruppierungen herbeigeführt werden sollte. Er verlor damit zu einem entscheidenden Zeitpunkt die Möglichkeit, auf den weiteren Ausbau der neuen Partei Einfluß zu nehmen. Eine schwere Erkrankung im Jahr 1946 setzte dann unter seine kurze Parteikarriere in der Union den Schlußstrich. Darüber täuscht auch sein Mandat als Vertreter der CDU im Frankfurter Wirtschaftsrat (1947–1949) nicht hinweg, in dem er den Vorsitz des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft innehatte und erreichte, daß das Erfordernis der Kostendeckung im landwirtschaftlichen Bereich im Grundsatz anerkannt wurde.

Damit war eine Voraussetzung für das spätere Landwirtschaftsgesetz geschaffen. Sein Wirken in Frankfurt blieb allerdings nur eine vorübergehende letzte parlamentarische Episode.

V

So ging Hermes wieder in sein eigentliches Arbeitsfeld, in den Agrarbereich, zurück. Und wieder, wie Ende der zwanziger Jahre, wirkte er im Verbandswesen schöpferisch und prägend: Aus der am 29. Oktober 1946 gegründeten »Arbeitsgemeinschaft der deutschen Bauernverbände« erwuchs nach der Währungsreform der »Deutsche Bauernverband e. V. (Vereinigung der deutschen Bauernverbände)«, dessen erster Präsident er wurde. Mit dem Zusammenschluß sämtlicher Bauern-, Landwirtschafts- und Landvolkverbände sowie einer großen Anzahl von überregionalen Spezialverbänden der West-Zonen war die Grundlage für eine machtvolle Interessenvertretung gegenüber der staatlichen Administration, aber auch für eine grundsätzliche Neuorientierung in agrarpolitischen Fragen gelegt.
Auch im »Deutschen Raiffeisenverband«, dessen Gründung am 8. November 1948 erfolgte, übernahm Hermes das Präsidentenamt. Schließlich gründete er Ende 1948 den »Zentralausschuß der deutschen Landwirtschaft«, der den Deutschen Bauernverband, den Deutschen Raiffeisenverband, die DLG und den Verband der Landwirtschaftskammern zusammenfaßte. Aufgrund dieser Machtposition blieb es nicht aus, daß Hermes bei Bildung der ersten Bundesregierung zum Kreis der Anwärter auf das Amt des Landwirtschaftsministers zählte. Doch waren die Differenzen mit Konrad Adenauer, dem ersten Bundeskanzler, nicht zu überbrücken. Hermes konzentrierte deshalb seine Arbeit auf die Konsolidierung der neugeschaffenen Organisationen und ihrer Eingliederung in die internationale Zusammenarbeit. Schon bald zeigten sich auf diesem Feld die Früchte seiner Arbeit und das hohe Ansehen, das er allenthalben genoß: Unter seiner Mitarbeit wurde der »Verband der europäischen Landwirtschaft« (CEA) gegründet, dessen Vizepräsident (1949) und Präsident (1954) er wurde. Ebenfalls die Stellung eines Vizepräsidenten bekleidete er, bereits 75jährig, seit 1953 im Internationalen Verband landwirtschaftlicher Erzeuger (IFAP).
Doch forderte auch von ihm schließlich das Alter seinen Tribut; erschwerend kam hinzu, daß sich nach seiner schweren Erkrankung im Jahr 1946 sein Augenlicht zunehmend verschlechterte, so daß er sich sukzessive aus seinen zahlreichen Ämtern zurückzog. 1961 schließlich gab er auch die Präsidentschaft im Raiffeisenverband ab. Nach längerer schwerer Krankheit verstarb der »große alte Mann« der deutschen

Landwirtschaft, wie Theodor Heuss ihn an seinem 80. Geburtstag nannte, am 4. Januar 1964 in Krälingen in der Eifel.

VI

Hermes war ein Mann von hohen rednerischen Gaben, nicht ohne Selbstwertgefühl, in Verhandlungen ein geschickter, teils auch gefürchteter Taktiker, doch souverän und maßvoll im Ton – ein Herr. Als unbelasteter Mann, zugleich Opfer des Nationalsozialismus wie des Kommunismus, war er nach dem Zweiten Weltkrieg – wie schon in der Weimarer Republik – durch seine Erfahrung, seine Fremdsprachenkenntnisse, sein hervorragendes Gedächtnis für Namen und Personen prädestiniert für seine zahlreichen Spitzenämter in der deutschen und internationalen Landwirtschaft. Er hat im Bereich des landwirtschaftlichen Organisationswesens eine neue Ära eingeleitet; das Zusammenführen und Zusammenfügen der unterschiedlichen Interessen der Bauern war sein großes Verdienst. Hier war er allgemein akzeptiert, hier war sein eigentliches Wirkungsfeld, und hier sind seine Impulse und sein prägender Einfluß unbestritten.
Im politischen Raum reifte allerdings manche Frucht für den von Prämissen der traditionellen deutschen Führungsschicht ausgehenden Hermes nicht. Nachhaltig geprägt vom Kaiserreich, der »verspäteten Nation«, bestand für ihn nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, abgesehen vom Fortfall der monarchischen Spitze, der Staat, das Deutsche Reich.
Er war auch nach dem Zweiten Weltkrieg der Auffassung, Deutschland sei rechtsfähig geblieben und habe am 8. Mai 1945 nur seine Willens- und Handlungsfähigkeit eingebüßt. Und so meinte er nach der Beseitigung des Naziregimes und dem verlorenen Krieg, wiederum die Reichstradition fortsetzen zu können, doch schoben die Alliierten seinem Ziel, von Berlin aus 1945 eine für Gesamtdeutschland zentrale Verwaltung als Basis für andere Zentralbehörden zu etablieren, sofort einen Riegel vor; Hermes wurde kaltgestellt.
Daß er aus diesem fehlgeschlagenen Versuch und dem Scheitern seines Nachfolgers Jakob Kaiser nicht die Konsequenzen zog und die veränderte Situation nach der Kapitulation von 1945 zur Grundlage neuer außenpolitischer Zielvorstellungen machte, seine preußisch-deutsche Tradition nicht in Frage stellte, stempelt ihn vom Gesichtspunkt der nationalen, deutschen Geschichte aus zu einer tragischen Figur. Er blieb, wie auch 1922 beim Rapallovertrag, dessen Abschluß er allerdings wegen seines falsch gewählten Zeitpunkts kritisiert hatte, ein Anhänger der Bismarckschen These, daß es Deutschland gut gehe, solange es in freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland stehe.

Sein Versuch schließlich, über die – zusammen mit dem früheren Botschafter in Moskau, Rudolf Nadolny, offiziell am 21. Januar 1950 gegründete – »Gesellschaft zur Wiedervereinigung Deutschlands« Deutschland als Ganzes wiederherzustellen und ihm eine Mittel- und Mittlerstellung zwischen Ost und West zuzuweisen, also eine rußlandfreundlichere Außenpolitik gegen eine einseitig empfundene Westorientierung zu betreiben, führte ihn endgültig ins politische Abseits. Es spricht aber für seinen Realitätssinn, daß er bereits 1952 den Vorsitz in der Gesellschaft niederlegte und ihr den Rücken kehrte. Seine grundsätzliche Einstellung und seine Skepsis gegenüber der Adenauerschen Außenpolitik behielt er jedoch bei.

VII

Hermes ist jenen Persönlichkeiten zuzurechnen, die nacheinander und aus recht unterschiedlichen Motiven sich einer einseitigen Bindung Deutschlands oder eines deutschen Teilstaates an den Westen oder den Osten zu widersetzen suchten. Während Jakob Kaiser von christlich-sozialen Grundpositionen ausging, war Hermes wie auch Rudolf Nadolny durch historische Kategorien bestimmt, der Würzburger Historiker Ulrich Noack von geopolitischen Überlegungen geleitet, Gustav Heinemann schließlich von ethischen, aus der Tradition des Protestantismus und der Problematik der Wiederbewaffnung herrührenden Reflexionen beeinflußt.

Auch Hermes' Verhältnis zum werdenden Europa muß von seiner Deutschlandkonzeption her gesehen werden. Zweifellos entzog er sich aufgrund seiner internationalen Beziehungen nicht dem europäischen Einigungsgedanken, doch betonte er immer wieder, aus Sorge, die Frage der Wiedervereinigung könnte präjudiziert werden, daß »vor einem einigen Europa für uns ein wiedervereinigtes Deutschland stehen muß«. Den Selbstbestimmungsanspruch der deutschen Nation wollte er nicht zur Disposition gestellt wissen. So suchte er zwar den Boden für eine europäische Integration vorzubereiten, doch gleichzeitig die Wiedervereinigung durch eine behutsame und zurückhaltende Europapolitik nicht unmöglich zu machen. Vor diesem Hintergrund werden seine Bemühungen verständlich, zunächst nur bilaterale Agrarkommissionen zu bilden, um dann zu einem späteren Zeitpunkt einen schnellen Zusammenschluß der europäischen Agrarverbände zu ermöglichen. Doch wurde diese Vorstellung von der rasanten Entwicklung gerade auf dem Sektor der europäischen Agrarpolitik überholt.

Parteipolitisch hat Hermes während seines langen Lebens nur kurz, aber mit um so nachhaltigerer Wirkung Einfluß ausgeübt. In die

Zentrumspartei, mit deren Jugendverband er zwar schon Anfang des Jahrhunderts in Berlin kurz Kontakt hatte, war er erst spät eingetreten; großen Einfluß gewann er bis 1933 in ihr nicht. Prägender war seine Rolle nach dem Zusammenbruch 1945: Aus der Erfahrung der unheilvollen Parteienzersplitterung in der Weimarer Republik und der nicht weniger belastenden konfessionellen Zwietracht seit der Reformation erwuchs der Gedanke an eine Union, die CDU, zu deren Gründungsvätern er zählt. Aufbauorganisation und erste programmatische Leitlinien, die in andere Teile Deutschlands ausstrahlten, gestaltete er von Berlin aus maßgebend mit.

Obwohl er nur für eine kurze Zeitspanne in der alten Reichshauptstadt an der Spitze der neuen Partei stand, hat der von christlichen Grundsätzen geprägte konservative Demokrat sich als Initiator und Motor bleibende Verdienste erworben. Sein Pragmatismus und sein Bemühen um Integration sämtlicher nichtsozialistischer Kräfte haben mit dazu beigetragen, den Boden für eine überkonfessionelle christliche Partei vorzubereiten, wie sie in dieser Stärke heute in Europa einzigartig ist. Seine Gabe, mit Autorität und diplomatischem Geschick verschiedenartige Kräfte und Interessen zusammenzuführen und organisatorisch zu bündeln, offenbarte sich vor allem im berufsständischen Verbandswesen. Seine hier vollbrachte Leistung ehrte der Deutsche Bauernverband mit dem Titel »Vater der Landwirtschaft«.

Hermann-Joseph Schmitt (1896–1964)

Die soziale, politische und kulturelle Emanzipation der Arbeiter war das Ziel der katholischen Arbeitervereine seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. In der Weimarer Republik gehörte die Katholische Arbeiter-Bewegung (KAB) zu den einflußreichsten Organisationen des Verbandskatholizismus; sie war zugleich die geistig bedeutendste Kraft im christlich-sozialen Lager dieser Zeit. Der Nationalsozialismus beraubte die KAB ihrer führenden Persönlichkeiten: Otto Müller, Bernhard Letterhaus und Nikolaus Groß fielen dem Regime zum Opfer.

Zum weiteren Führungskreis der KAB hatte in der Vorkriegszeit Hermann-Joseph Schmitt gehört. Er überlebte das Konzentrationslager, und ihm fiel die Aufgabe zu, den Wiederbeginn zu organisieren und zu leiten. Seine Tätigkeit und seine Wirkung überspannen somit drei Epochen der KAB: eine Blütezeit, die Weimarer Republik, mit beachtlichem Einfluß auf das kirchliche und politische Leben, die Zeit der Verfolgung und des Widerstandes im »Dritten Reich« und schließlich den Neuaufbau der Organisation im zerstörten Nachkriegsdeutschland.

Hermann-Joseph Schmitt, Priester, Verbandsführer und auch Politiker, war eine starke, ja dominierende Persönlichkeit, von seinen Freunden und vielen KAB-Mitgliedern anhänglich verehrt, von seinen Kritikern dagegen als »autoritär« apostrophiert. Klar in seinem Denken und unmißverständlich in seinen Formulierungen, forderte er Widerspruch geradezu heraus, ohne sich in seinen Überzeugungen beirren zu lassen.

Die Kirche der Vorkriegszeit hatte den Priester Schmitt geprägt, sein kirchliches wie gesellschaftliches Denken. Gleichwohl wäre es unzutreffend, ihn als rückwärts gewandte Persönlichkeit zu sehen – vielmehr hat er aktiv an Initiativen mitgearbeitet, die der sozialen Besserstellung der Arbeiter dienten, manche dieser Initiativen selbst angeregt. Er hat sich aber auch nicht gescheut, vor ihm gefährlich erscheinenden Entwicklungen zu warnen, selbst wenn er sich damit gegen den Zeitgeist stellte.

I

Hermann-Joseph Schmitt – er selbst schrieb diesen Vornamen zeitweilig in einem Wort – wurde am 1. Juli 1896 als einziger Sohn der Eheleute Karl Alfons Schmitt und seiner Frau Margaretha, geb. Klug, in Köln geboren. Der Vater war Postbeamter, zuletzt Postsekretär. Die Familie, zu der noch eine Tochter zählte, zog bald nach Düren, wo der Sohn Hermann-Joseph die beiden ersten Gymnasialjahre absolvierte. Nach dem plötzlichen Tod des Vaters kehrte die Familie 1908 nach Köln zurück; an einen weiteren Besuch der Höheren Schule war aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu denken. Hermann-Joseph Schmitt besuchte wieder die Volksschule, machte eine Schlosserlehre und fand danach Arbeit in der Eisenbahnwerkstätte seiner Vaterstadt. Von 1915 bis 1917 war er Soldat. Im darauffolgenden Jahr legte er nach entsprechender Vorbereitung, für die er seine gesamte Freizeit einsetzte, das Abiturientenexamen ab. Das war im Jahre 1918 der seltene Fall dessen, was wir heute den »zweiten Bildungsweg« nennen würden, ohne daß Schmitt dafür finanzielle Unterstützung erhalten hätte. Er nahm diese harte Zeit in Kauf, um seinen lang gehegten Wunsch verwirklichen und Priester werden zu können. In Bonn, Köln und Tübingen studierte er Theologie, belegte aber auch staatswissenschaftliche Kollegs. Am 13. August 1922 weihte Joseph Kardinal Schulte ihn mit 26 Jahren zum Priester.

Seine erste – und zugleich letzte – Kaplanstelle übernahm Schmitt noch im selben Jahr an St. Suitbertus in Wuppertal-Elberfeld. In der bergischen Industriestadt, deren Diasporasituation durch einen pietistisch beeinflußten Protestantismus gekennzeichnet war, wurde er Präses des dortigen »Hermann-Joseph Bundes«, eines regen und eng zusammenhaltenden Jungmänner-Vereins. Vor allem aber übernahm Schmitt, und das sollte seinen weiteren Lebensweg bestimmen, die Leitung des Katholischen Arbeitervereins der Pfarrei. Angesichts seines bisherigen Lebensweges und der nicht nur auf sozialen Studien beruhenden Verbindung zur Arbeiterschaft lag diese Aufgabe nahe. Nach kurzer Zeit Bezirkspräses, kam er schon bald in engen und beständigen Kontakt mit der Zentrale des Verbandes katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands in Köln, mit Verbandspräses Otto Müller und Verbandssekretär Bernhard Letterhaus, der aus Wuppertal-Barmen stammte. Es war wohl Letterhaus, der ihn nach Gründung eines »Reichsverbandes der Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands« zum Generalsekretär vorschlug. Kardinal Schulte stellte Schmitt frei, der daraufhin nach Berlin, dem Sitz des Reichsverbandes, zog. Dort blieb er von 1928 bis 1944.

II

Der Reichsverband der Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands, an dessen Spitze gleichberechtigt Otto Müller und der Verbandspräses der KAB Süddeutschlands, Carl Walterbach, standen, umfaßte als Arbeitsgemeinschaft die fünf KAB-Regionalverbände Westdeutschlands, Süddeutschlands (= Bayern), Ostdeutschlands, Württembergs sowie die Vereine der Erzdiözese Freiburg i. Br. mit insgesamt 330000 Mitgliedern (1933). Schmitt hatte die Aufgabe, die Arbeit auf Reichsebene zu koordinieren. Gleichzeitig sollte er den – als Spätfolge des Gewerkschaftsstreits – unterentwickelten ostdeutschen KAB-Verband reorganisieren und den Reichsverband in verschiedenen Organisationen vertreten, so im Zentralbildungsausschuß der katholischen Verbände Deutschlands, in der Deutschen Jugendkraft (DJK) und im Freiwilligen Arbeitsdienst (FAD), der angesichts der Massenarbeitslosigkeit für die jungen KAB-Mitglieder große Bedeutung hatte. Zu diesen Aufgaben kam die Vertretung der KAB bei den politischen Stellen der Reichshauptstadt.

Enge Kontakte, die sich aus der Berliner Arbeit ergaben, knüpfte Schmitt auch zu den christlichen Gewerkschaften, für deren Monatsschrift »Deutsche Arbeit« er schrieb. Persönliche Bindungen entwikkelten sich zu Franz Röhr, dem Bildungsreferenten der christlichen Gewerkschaften, zu Carl Sonnenschein, der Anfang 1929 starb, und zu Heinrich Brüning. Zeitgenossen berichten, die beiden seien befreundet gewesen. Möglicherweise ist es durch diese Beziehung zu erklären, daß Schmitt politische Ambitionen entwickelte, zum Mißfallen der Kölner Verbandszentrale übrigens. Nach deren Vorstellungen sollte sich der Generalsekretär des Reichsverbandes auf andere Aufgaben konzentrieren und von politischen Abhängigkeiten frei sein.

Hermann-Joseph oder, wie ihn seine Freunde nannten, »Hejo« Schmitt kandidierte dennoch bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933. Er wurde gemeinsam mit Heinrich Krone nach einem Wahlkampf, der unter so ungleichen Voraussetzungen stattfand und in dem sich die KAB noch einmal rückhaltlos für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzte, in Berlin für das Zentrum gewählt.

Als Folge der Befestigung der nationalsozialistischen Macht endete Schmitts parlamentarische Laufbahn, kaum daß sie begonnen hatte. Er zählte zu der kleinen Gruppe von etwa zehn Zentrums-Abgeordneten, die bei einer fraktionsinternen Probeabstimmung am 23. März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz votiert, sich dann aber der Mehrheit angeschlossen hatten. Neben Schmitt gehörte zu diesem Kreis mit Joseph Joos, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei, ein weiterer Parlamentarier aus den Reihen der KAB.

Wie in weiten Teilen des demokratischen Lagers rechnete man in der KAB zunächst nicht mit einer langen Herrschaft der Nationalsozialisten, vielmehr glaubte man, die Regierung Hitler werde schon nach kurzer Zeit an ihrer wirtschaftspolitischen Unfähigkeit scheitern. Das Ermächtigungsgesetz schuf eine neue Lage, die in einer Sitzung des Reichsverbands-Vorstandes am 28./29. März 1933 erörtert wurde und zu einer am 2. April 1933 veröffentlichten Erklärung führte. Es ist anzunehmen, daß dieser Zeitpunkt mit der Kundgebung der deutschen Bischöfe vom 28. März 1933 zusammenhängt, in der die Bischöfe zu der neuen Regierung Stellung nahmen. Ohne die moralische Verurteilung der nationalsozialistischen Ideologie aufzugeben, beschloß die KAB, »die Arbeit des Reichsverbandes nach der geistigen und methodischen Richtung hin« neu festzulegen. Es war die letzte Verlautbarung des Reichsverbandes, die überregional bekannt wurde. Die Nachstellungen von Regierung und Regime, die schon 1933 einsetzten, zwangen die KAB in einen Existenzkampf, in dem man sich auf die Erhaltung der Regional- beziehungsweise Diözesanverbände konzentrierte – zu Lasten der Dachorganisation.

Die Erklärung des Reichsverbandes vom 2. April 1933 hatte freilich zunächst Konsequenzen für die bevorstehenden Feierlichkeiten zum 1. Mai, der im nationalsozialistischen Deutschland zum ersten Mal als Feiertag, als »Tag der nationalen Arbeit« begangen wurde. Auch die katholischen Arbeitervereine nahmen teil. Sie folgten damit dem Beispiel der sozialistischen und der christlichen Gewerkschaften – in dem letztlich vergeblichen Bemühen, den Feierlichkeiten eine eigene Sinngebung zu verleihen. Dazu gehörte auch eine kirchliche Feier im Berliner Hedwigsdom, bei der Schmitt im Beisein der katholischen Regierungsprominenz predigte. Ein Aufmarsch aller katholischen Standesorganisationen auf dem Domplatz schloß sich an.

Am nächsten Tag, dem 2. Mai 1933, wurden die sozialistischen Gewerkschaften zerschlagen, wenige Wochen später die christlichen. Die durch das Regime gegründete Deutsche Arbeitsfront erklärte die konfessionellen Arbeiter- und Standesvereine für »staatsfeindlich« und zeigte damit schon recht bald, wie sich die Nationalsozialisten Organisation und Behandlung der Arbeiter vorstellten. Vergeblich suchten Otto Müller und Hermann-Joseph Schmitt um eine Audienz bei Hitler nach, um gegen diese Erklärung und erste Übergriffe zu protestieren.

Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 schien die katholischen Arbeitervereine zu schützen; der entscheidende Artikel 31 bedurfte allerdings noch der Konkretisierung. Die Reichsregierung behandelte das Problem dilatorisch, und in diesem Schwebezustand häuften sich

Übergriffe gegen katholische Organisationen. Das Regime wollte vollendete Tatsachen schaffen.
Als die Reichsregierung und der Heilige Stuhl Anfang 1934 in Rom weiterverhandelten, hielt sich auch Hermann-Joseph Schmitt dort auf. Schon 1931 hatte er aus Anlaß des 40. Jahrestages der Enzyklika Rerum novarum die deutsche Delegation einer internationalen Arbeiterwallfahrt geleitet und einige Kontakte im Vatikan knüpfen können. Schmitt berichtete über die Lage im Reich und über die Haltung der Bischöfe, mit deren Wortführer bei den Ausführungsverhandlungen, Wilhelm Berning, er ebensowenig übereinstimmte wie Rom. In mehreren Unterredungen konnten Schmitt und seine Begleiter – im Februar 1934 Bernhard Letterhaus und Karl Thieme, im April Alois Dempf und Peter Heuser – vor allem die Jesuitenpatres Robert Leiber und Gustav Gundlach, aber auch Kardinalsstaatssekretär Pacelli, persönlich informieren. Die Ausführungsverhandlungen zogen sich im übrigen bis Anfang 1936 hin und wurden dann ergebnislos abgebrochen.
Mit Gundlach verband Schmitt ein persönliches Verhältnis. Später konnte er ihm noch einen besonderen Dienst erweisen. Als die Gestapo den Jesuiten-Pater 1938 wegen einer gegen das Regime gerichteten Erklärung suchte, die über Radio Vatikan ausgestrahlt worden war, warnte ihn Schmitt aufgrund besonderer Hinweise vor der Rückkehr nach Deutschland. Gundlach folgte dem Rat. Überhaupt erwies sich Schmitt als gut informierte Kontaktperson in Berlin. Der im Exil lebende frühere Reichskanzler Brüning traf sich mehrfach mit ihm im benachbarten Ausland, um authentisch unterrichtet zu werden.
Schmitts Arbeit für die KAB trat mehr und mehr zurück. Das Doppelmitgliedschaftsverbot der Deutschen Arbeitsfront von 1934 und andere Zwangsmaßnahmen schwächten die Arbeitervereine trotz eines mutigen Abwehrkampfes. Seit 1935 wurde Schmitts Post überwacht, Hausdurchsuchungen und Verhöre durch die Gestapo folgten. Die Arbeit des Reichsverbandes kam praktisch zum Erliegen, bis die Organisation 1939 durch die Gestapo aufgelöst wurde und Schmitts Funktion als Generalsekretär damit auch offiziell beendet war.
Zuvor schon hatte er zusätzliche Aufgaben übernommen, u. a. die Leitung der sogenannten »Flußschiffermission«, die sich der Seelsorge an den Binnenschiffern widmete. Ebenso engagierte er sich für die »Wandernde Kirche«, die pastorale Betreuung jener Katholiken, die im »Dritten Reich« durch das Regime zu Arbeitseinsätzen in der ostdeutschen Diaspora verpflichtet wurden. Später gehörten auch die Kinderland- und Familienverschickungen aus den sogenannten Luftnotstandsgebieten zum Aufgabengebiet der »Wandernden Kirche«. Schließlich arbeitete Schmitt mit der Fuldaer Hauptarbeitsstelle für

Männerseelsorge zusammen, die der dortige Koadjutor Dietz in den dreißiger Jahren mit Unterstützung der KAB aufgebaut hatte. Zu ihrem Kreis gehörten u. a. Alfred Delp und Nikolaus Groß, so daß es später auch zu Kontakten mit Kreisen des deutschen Widerstandes kam.

IV

Nach Ausbruch der Zweiten Weltkrieges lag Schmitts Hauptaufgabe in der Studentenseelsorge, die ihm der Berliner Bischof Konrad Graf Preysing 1939 für die Reichshauptstadt übertragen hatte. Unter den Bedingungen des totalitären nationalsozialistischen Regimes und des Krieges kam dieser Tätigkeit hohe pastorale Bedeutung zu. Schmitt selbst wurde 1943 als Geistlicher vom Kriegsdienst freigestellt.
Daß er sich in der Folge verstärkt dem akademischen Bereich zuwandte – 1942 holte er seine Promotion nach mit einer Dissertation »Die Binnenwanderung innerhalb der katholischen Kirche in Deutschland als moral- und pastoraltheologisches Problem«, die er bei dem Tübinger Theologen Theodor Steinbüchel schrieb –, wurde von den Freunden in der KAB nicht vorbehaltlos aufgenommen. In der Hinwendung zu eher intellektuellen Kreisen in Berlin sah man die Gefahr einer Abkehr von der Katholischen Arbeiter-Bewegung. Gleichwohl gab es in den zentralen Fragen der Zeit und in der bedingungslosen Ablehnung des nationalsozialistischen Regimes weiterhin uneingeschränkte Übereinstimmung. Sowohl in seiner Wohnung in der Motzstraße als auch im Restaurant Schlichter, das von einem Bekannten geführt wurde, traf sich Schmitt mit seinen Freunden aus der KAB, besonders Letterhaus und Groß, sowie mit anderen ihm Nahestehenden, die in Berlin lebten oder sich zu Besuchen dort aufhielten. Zu jenen gehörten Hans Berger, Richard Jung und Rudolf Pechel. Pechel, Herausgeber der »Deutschen Rundschau«, wurde im April 1942 verhaftet.
An Widerstandsaktivitäten, die unmittelbar auf die Beseitigung Hitlers gerichtet waren, beteiligte sich Schmitt im Gegensatz zu Letterhaus nicht, obwohl er in den Gesprächen mit ihm die sittliche Erlaubtheit des Tyrannenmordes ausdrücklich bejahte, ihn angesichts des drohenden Unterganges eines ganzen Volkes sogar für sittlich geboten hielt. Im Widerstandskreis um Jakob Kaiser arbeitete Schmitt nicht mit, weil nach seiner Auffassung über den Kreis zuviel gesprochen wurde. Vergeblich warnte er Letterhaus vor diesen unübersehbaren Gefahren. Als Schmitt auch Berger warnte, kam es zu einer Verstimmung zwischen ihm und Letterhaus. Berger folgte Schmitts Rat und ging nicht zu einem verabredeten Treffen – ausgerechnet an jenem Abend,

an dem, wie sich später herausstellte, ein Gestapo-Spitzel in den Kreis eingeschleust worden war.
Dennoch verhielt sich auch Schmitt nicht vorsichtig genug. Ein einziges Mal nahm er an einer Gesprächsrunde teil, zu der neben anderen Walburga (gen. Madleen) Pechel, der Sänger K. G. Neumann sowie der frühere KPD-Funktionär Anton Saefkow gehörte, der jetzt im Untergrund wirkte. Nach Saefkows Verhaftung – er wurde im September 1944 hingerichtet – erfuhr die Gestapo die Namen, so daß Schmitt ausgerechnet am 20. Juli 1944 gefaßt werden konnte. Nach Aufenthalten in dreizehn Gefängnissen stand der inzwischen 48jährige am 12. Oktober 1944 zusammen mit Frau Pechel und Neumann vor dem Volksgerichtshof. Während die beiden langjährige Haftstrafen erhielten, wurde Schmitt dank der Aussage von Frau Pechel, die ihn deckte und beteuerte, Schmitt habe von allem nichts gewußt, freigesprochen. Gleichwohl überstellte ihn das Gericht der Gestapo, die ihn in das KZ Dachau verbrachte.
Für Schmitt dauerte die KZ-Haft ein halbes Jahr. Als die amerikanischen Streitkräfte sich im Frühjahr 1945 dem Lager näherten, wurden die Häftlinge in Richtung Salzburg weggeführt. Bei diesem »Todesmarsch«, dem zahlreiche Lagerinsassen zum Opfer fielen – darunter der ehemalige Augsburger KAB-Sekretär Hans Adlhoch –, gelang Schmitt mit Hilfe eines Bewachers die Flucht. Bis zur Befreiung durch die Amerikaner konnte er sich in Wolfratshausen bei Ordensfrauen verbergen.

V

Im Juli 1945 kehrte Schmitt in seine zerstörte Vaterstadt Köln zurück. Die Verbandszentrale der KAB lag verwaist: Otto Müller war in der Gestapo-Haft gestorben, die ehemaligen Verbandsführer Letterhaus und Groß waren nach Prozessen vor dem Volksgerichtshof hingerichtet worden, Joseph Joos hatte sich nach jahrelanger KZ-Haft zurückgezogen. Noch im gleichen Sommer ernannte Erzbischof Joseph Frings Hermann-Joseph Schmitt zum Diözesanpräses der KAB und beauftragte ihn mit dem Wiederaufbau der Organisation. Er wurde bald tatkräftig unterstützt von den aus der NS-Haft oder dem Krieg zurückgekehrten ehemaligen KAB-Sekretären und den verbliebenen Mitgliedern.
An einer ersten Versammlung im weitgehend zerbombten Kölner Ketteler-Haus nahmen neunzehn Persönlichkeiten teil, darunter der Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning, mit dem Schmitt zunächst enger zusammenarbeitete. Wie Nell-Breuning sich erinnert, besuchten beide zahlreiche Dekanatskonferenzen, um die Geistlichen davon zu

überzeugen, wie wichtig der Wiederaufbau des Verbandskatholizismus und im besonderen der Arbeitervereine seien. Erhebliche Widerstände waren zu überwinden. Dennoch gelang schrittweise die organisatorische Festigung der KAB, für Schmitt verbunden mit beschwerlichen Reisen von Ort zu Ort, von Verein zu Verein.
Daneben setzte sich Schmitt zusammen mit Johannes Albers für die Wiederbegründung des Kölner Vereins »Arbeiterwohl« ein, der die Unterstützung kranker Arbeiter und ihrer Familien zum Ziel hatte. Der von den Nationalsozialisten 1933 aufgelöste Verein nahm im Oktober 1947 seine Tätigkeit wieder auf. Johannes Albers, Hermann Pünder und Hermann-Joseph Schmitt bemühten sich um die Wiederbeschaffung und Wiedereröffnung des von den Alliierten beschlagnahmten und völlig geplünderten Erholungs- und Bildungsheimes »Unser Haus« in Königswinter. Die Tagungsstätte konnte unter dem Namen »Unser Haus. Heim für christlich-soziale Erwachsenenbildung. Erholungsheim« schließlich im Sommer 1948 ihre Tätigkeit aufnehmen; Eigentümer blieb der eingetragene Verein »Arbeiterwohl«, Köln. Schon nach kurzer Zeit tagten dort die CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates, der CDU-Zonenausschuß der Britischen Zone und die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands.
Schmitt hatte die Gründung einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei nach 1945 befürwortet und sich damit – im Unterschied zu einer Minderheit der KAB im westfälischen Raum – gegen die Wiederbegründung des Zentrums gewandt. Dennoch kam es zu unüberbrückbaren Gegensätzen mit Jakob Kaiser.
Die Beziehungen zwischen beiden waren wegen Schmitts skeptischer Einschätzung des Widerstandskreises um Kaiser spätestens seit 1944 belastet gewesen. Nachdem Kaiser seine Tätigkeit in der sowjetisch besetzten Zone unter dem Druck der Sowjetischen Militäradministration hatte aufgeben und in den Westen wechseln müssen, löste die Frage, wie das Verhältnis zwischen den katholischen Arbeitervereinen und den Sozialausschüssen der CDU gestaltet werden solle, neue Spannungen aus. Kaiser wollte eine enge Verzahnung, Schmitt war lediglich zu einer freundschaftlichen Kooperation bereit und wies jede weitergehende Verbindung wegen des katholisch-kirchlichen Charakters der Vereine zurück. Es war wohl auch Folge dieser Divergenz, daß Kaiser in seiner Eigenschaft als neuer Vorsitzender des Vereins »Arbeiterwohl« (seit 1948) die Tagungsstätte »Unser Haus« praktisch für die Sozialausschüsse reservieren wollte. Als er in diesem Zusammenhang auch noch eine Personalentscheidung gegen Schmitts erklärten Willen durchsetzte, verließ dieser den Vorstand und schließlich auch den Verein. Das persönliche Verhältnis der beiden war irreparabel gestört, ohne daß dies nach außen getragen worden wäre.

Schmitts grundsätzliches Ziel lag in der geistigen Erneuerung der christlich-sozialen Bewegung auf der Grundlage der katholischen Gesellschaftslehre. Die Zusammenarbeit mit Oswald von Nell-Breuning und seine sachlich wie persönlich enge Verbindung mit Gustav Gundlach sind Ausdruck dieses Bemühens. Schmitt gehörte zu jenem von ihm mitinitiierten Kreis, der den Kölner Kardinal seit 1946 in gesellschaftspolitischen Fragen beriet. An der Gründung des Katholisch-Sozialen Instituts (1947), das mit Sitz in Bad Honnef »Jahreskurse« zur Schulung von Funktionsträgern des sozialen Katholizismus durchführte, war Schmitt maßgeblich beteiligt; er wurde zum Vorstandsvorsitzenden des Instituts bestimmt. Schließlich suchte Schmitt, seit 1947 auch Verbandspräses der westdeutschen KAB, seine Überzeugung von der spezifischen Aufgabe des Priesters in der christlich-sozialen Bewegung auch publizistisch umzusetzen. Mit diesem Ziel gab er die Zeitschrift »Priester und Arbeiter« heraus.

VI

Seine programmatischen Bemühungen traten augenfällig auf dem Bochumer Katholikentag von 1949 hervor. Wie schon prominente KAB-Führer der Vorkriegszeit – so Bernhard Letterhaus – setzte sich Schmitt für eine wirksame innerbetriebliche Mitbestimmung ein; sie sollte Ausdruck der Mitverantwortung der Arbeitnehmer im Betrieb sein. Eine überbetriebliche paritätische Mitbestimmung entsprach dagegen nicht seinen Vorstellungen.

Schmitts Position in der Mitbestimmungsfrage war verschiedenen Mißdeutungen ausgesetzt, teilweise wurde sie unkorrekt wiedergegeben. So ist die Behauptung unzutreffend, er habe anläßlich des Bochumer Katholikentages von einem »Naturrecht« auf Mitbestimmung gesprochen. Seine Freunde mutmaßten, diese Meldung sei nach Rom lanciert worden, um ihn in Kreisen der Kurie nicht länger »episkopabel« erscheinen zu lassen. Zutreffend war dagegen, daß Schmitt dafür eintrat, die Arbeitnehmer über Aktien und Aktienfonds an den Unternehmen zu beteiligen, Überlegungen, die 1952 in der KAB-Denkschrift »Unser Weg zur sozialen Neuordnung« ihren Niederschlag fanden.

In seiner Eigenschaft als Verbandspräses konnte Hermann-Joseph Schmitt auch das neue Programm beeinflussen, das die KAB 1950, ein Jahr nach dem Bochumer Katholikentag, auf ihrem Verbandstag in Gelsenkirchen verabschiedete. Der größte konfessionelle Arbeitnehmerverband stellte die Familienpolitik, den Familienlastenausgleich, die Sicherung des Elternrechts und die Förderung der Erwachsenenbildung in das Zentrum seines Bemühens. Folgerichtig waren Politiker

aus den Reihen der KAB maßgeblich am Zustandekommen des Mutterschutz- und des Lastenausgleichsgesetzes von 1952 beteiligt. Schmitt setzte sich persönlich für die Einführung des Kindergeldes und von Familienausgleichskassen ein (1954). Im Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen standen freilich die Namen der beteiligten Bundestagsabgeordneten, die den Reihen der westdeutschen KAB entstammten: Männer wie Johannes Even, Martin Heix, Josef Gokkeln und Bernhard Winkelheide. Die von Hermann-Joseph Schmitt geführte KAB erreichte in der Ära Adenauer politische Wirkungsmöglichkeiten wie kein anderer katholischer Verband. Sie sind in zahlreichen Beispielen nachzuvollziehen, die über die genannten Gesetze hinausgehen.

Schmitts Stimme besaß aber auch innerkirchlich Gewicht. So konnte er darauf Einfluß nehmen, daß die westdeutschen Bischöfe 1953 ein Hirtenwort zur Arbeiterfrage veröffentlichten; er selbst wurde mit einem ersten Entwurf beauftragt. Das Hirtenwort enthielt eine nachhaltige Empfehlung der katholischen Arbeitervereine. Angesichts der Vorbehalte, die in Teilen des Klerus immer noch gegen den Verbandskatholizismus bestanden, war diese autoritative Verlautbarung für die KAB von unschätzbarem Wert in der täglichen Arbeit.

Hier wie in anderen Fragen zeigte sich eine weitreichende Übereinstimmung zwischen Schmitt und Kardinal Frings, der selbst Präses von katholischen Arbeitervereinen gewesen war. Die Übereinstimmung erwies sich erneut in der Gewerkschaftsfrage. Der gemeinsame Widerstand gegen den Nationalsozialismus hatte es christlichen und sozialistischen Gewerkschaftern nach 1945 ermöglicht, die seit langem angestrebte Einheitsgewerkschaft zu schaffen. Sie beruhte auf den Prinzipien weltanschaulicher und parteipolitischer Neutralität und überbrückte dadurch die alten Gegensätze. Diese Voraussetzungen sah Schmitt wie die gesamte KAB seit 1949 durch einseitige DGB-Stellungnahmen zugunsten der SPD in Frage gestellt. Frühere interne wie öffentliche Warnungen der KAB an die Adresse des DGB waren ohne Ergebnis geblieben, und als dieser anläßlich der Bundestagswahl 1953 kaum verhohlen zur Stimmabgabe für die Sozialdemokraten aufrief, mußte das Konsequenzen haben. Gemeinsam mit dem KAB-Verbandssekretär Even setzte Verbandspräses Schmitt seine Unterschrift unter einen Forderungenkatalog, der die Wiederherstellung der Grundlagen der Einheitsgewerkschaft zum Ziel hatte. Auch die alten Gewerkschafter Kaiser und Arnold trugen diesen Aufruf mit, der freilich, wie Nell-Breuning es formulierte, beim DGB nicht mehr als eine »lauwarme Bereitschaft« zum Gespräch erreichte. Substantielle Fortschritte blieben aus.

Schmitt konnte nicht mehr daran glauben, daß die sozialistische Mehrheit im DGB zu einer fairen Partnerschaft mit der christlich-

sozialen Minderheit bereit sein würde. Wie Kardinal Frings hielt er die Neu- beziehungsweise Wiederbegründung christlicher Gewerkschaften zwar nur für die »ultima ratio«, aber zugleich für einen Weg, vor dem man nicht zurückschrecken dürfe. Der Aufbau christlicher Gewerkschaften setzte nach seiner Überzeugung jedoch umfassende programmatische und organisatorische Vorbereitungen voraus. Als 1956 Johannes Even, der Verbandsvorsitzende Gockeln, der Generalsekretär des Internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften, August Vanistendael, und Hans Berger in seiner Funktion als juristischer Berater der KAB mit Schmitt zusammentrafen, war es vor allem Even, der die sofortige Neugründung forderte. Schmitt warnte unter Hinweis auf den unzureichenden Stand der Vorbereitungen, gab aber nach, als der Verbandssekretär davon sprach, die Mitglieder würden selbständig christliche Gewerkschaftsgruppen auf lokaler Ebene und damit wirkungslose Vertretungen gründen, wenn man nicht sofort handle. Der durchschlagende Erfolg blieb den neuen christlichen Gewerkschaften versagt, Schmitt hatte recht behalten.

Es war nicht die einzige Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und anderen Funktionsträgern des Verbandes. Eine weitere, in ihren Wirkungen verbandsintern vielfach unterschätzte Frage war die Umgestaltung der Ketteler-Haus GmbH, der Vermögensträgerin des Verbandes. Bei der Wiederbegründung im Jahre 1945 hatte Schmitt in Anlehnung an die frühere Linie Otto Müllers den Standpunkt vertreten, die Überwachung des Verbandsvermögens müsse »KAB-freundlich, aber KAB-fern« erfolgen. Dieser Standpunkt wurde in der KAB nicht allgemein geteilt. Nach eingehenden Diskussionen erfolgte in den fünfziger Jahren eine Erweiterung der GmbH durch Funktionsträger der KAB. Schmitt und Berger befürchteten, daß die finanzielle Substanz des Verbandes durch eine zu stark auf den Augenblick konzentrierte Ausgabenpolitik gefährdet würde. Die Auseinandersetzungen in den Gesellschafterversammlungen veranlaßten beide dazu, ihren Geschäftsanteil der Ketteler-Haus GmbH zur Verfügung zu stellen und ihren Austritt aus der Gesellschaft zu erklären. In Unkenntnis seiner Krebserkrankung, die ihm zu diesem Zeitpunkt noch verheimlicht wurde, legte Schmitt am 27. November 1962 das Amt des Verbandspräses nieder, führte es aber noch bis zum Frühjahr 1963 weiter. Seine Nachfolge trat Wilhelm Wöste an.

VII

Zwischen Schmitt und wichtigen Teilen der von ihm geführten Organisation – so verstand er seine Funktion – war es seit den späten fünfziger Jahren zu einer inhaltlichen Entfremdung gekommen. Es

ging dabei ebenso um tagespolitische Probleme wie um das Selbstverständnis der KAB. Deutlich geprägt von der Vorkriegsführung der KAB, von Persönlichkeiten wie Müller, Letterhaus und Groß, vertrat er den Standpunkt, die KAB könne ihren programmatischen Ansprüchen nur auf der Basis einer idealistischen Arbeit entsprechen. Seinem Freund Berger vertraute er 1962 an, früher sei die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung »bei Schnee und Regen« ehrenamtlich verteilt worden, jetzt sei es schwierig, wenigstens die Vereinsbeiträge beizubringen.

Zu Schmitts wenig optimistischer Sicht trugen auch gesamtkirchliche Fragen und Entwicklungen bei. Im Umbruch der konziliaren Kirche erkannte Schmitt nicht nur positive Ansätze, sondern ebenso Gefahren. Der Stellenwert, den man der katholischen Soziallehre beimaß, aber auch Tendenzen innerhalb der katholischen Soziallehre hatten ihn enttäuscht. Eng lehnte er sich an Gustav Gundlach an, dessen Auffassungen er besonders schätzte.

Skepsis bestimmte Schmitts Sicht der politischen und gesellschaftlichen Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland; zu sehr schien ihm diese Entwicklung von materialistischem Denken beeinflußt. Der Zusammenhang mit einer mangelnden Wertschätzung der christlichen Gesellschaftslehre war für ihn unübersehbar.

Über den Kreis der KAB hinaus ist Schmitts Mitarbeit in zahlreichen Organisationen und Gremien gesucht worden. U. a. war er Mitglied im Aufsichtsrat verschiedener gemeinnütziger Unternehmen; der Berufsverband katholischer Fürsorgerinnen berief ihn zum Geistlichen Beirat. Die Kirche ehrte ihn 1948 mit dem Titel Monsignore, 1956 wurde er zum Päpstlichen Hausprälaten ernannt.

Hermann-Joseph Schmitt starb am 23. April 1964 in Köln. Seine letzten Jahre waren nicht frei von Zweifeln am Kurs der neuen, nach dem Krieg entstandenen KAB. Seine Zuneigung erhielt er den katholischen Arbeitervereinen bis zum Tode.

Paul Jostock (1895–1965)

I

Das Lebenswerk des Statistikers wie des Sozialpolitikers Paul Jostock konzentriert sich auf die soziale Frage seiner Zeit. Jostock behandelt sie von zwei grundverschiedenen Ansatzpunkten aus: einerseits auf der Basis der in seiner Zeit weit verbreiteten, bei ihm besonders differenzierten Kritik am Kapitalismus, andererseits aus einer fundierten Kenntnis der gegebenen Zustände. Beide Ansätze verbinden sich in der Forderung nach Abhilfe von Mißständen, wobei Jostock der katholischen Soziallehre eine entscheidende Aufgabe zuweist.

Die sozialkritische Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen, vor allem der Arbeiterfrage, steht am Anfang von Jostocks Arbeiten. Durch die Umstände der Zeit bedingt, tritt diese Thematik nach 1933 zunächst zurück. Seine Antwort auf die damit eng verknüpfte Frage nach dem Volkseinkommen und seiner Verteilung läßt Jostock zu einem hervorragenden Fachstatistiker im damaligen Statistischen Reichsamt in Berlin werden, dessen Arbeiten nach 1945 hohe internationale Anerkennung erfahren.

Während er sich nach 1945 weiterhin – schon beruflich bedingt – intensiv mit der amtlichen Statistik befaßte, beschäftigte sich Jostock auch mit der sozialen Lage der Arbeiterschaft. Diesem Problemkreis hat er eine Vielzahl von Vorträgen, Veröffentlichungen und Untersuchungen gewidmet und darin immer wieder versucht, die einschlägigen Aussagen der katholischen Soziallehre herauszustellen.

Für die Art der Analyse seiner Arbeiten ist die Behandlung der Weltwirtschaftskrise nach 1931 besonders typisch. Ein einschlägiger Beitrag im »Hochland« stellt eine besonders gelungene Synthese eingehender Faktenkenntnis und hoher Fähigkeit zur analytischen Behandlung dar. Diese positive Bewertung wird auch dadurch nicht eingeschränkt, daß man heute nicht mehr bereit ist, jede Einzelaussage dieser Untersuchung aufrechtzuerhalten.

Das Lebenswerk von Paul Jostock wird durch seinen Beitrag »Das Sozialprodukt und seine Verteilung«, herausgegeben vom Sozialreferat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (Paderborn, um 1955), gekrönt. In einer Zwischenbemerkung schreibt Jostock:

»Im Rundschreiben Quadragesimo anno (n. 54–58) wird festgestellt, daß das Kapital (und die Unternehmer) in der Vergangenheit ein Übermaß des Ertrages für sich vorweggenommen hätten, mit der verfehlten Begründung, dies sei notwendig zum Zwecke der Kapitalbildung, zu der dem Arbeiter die Befähigung abgehe. Der Papst rügt dieses Verhalten mit scharfen Worten und fordert eine Umkehr, damit der ungeheure Gegensatz zwischen wenigen Überreichen und der Masse der Eigentumslosen allmählich verschwindet. Bekanntlich hat nun Westdeutschland seit 1948 sehr große Erträge erwirtschaftet und allein in Industrie und Gewerbe wohl gegen 60 Milliarden DM investiert, d. h. über den Ersatz des Kapitalverzehrs hinaus. Davon stammten 40 Milliarden DM aus unverteilten Gewinnen, sonstigen Einkommen und Kreditgewährung. Es ist also nach alter Übung wohl so gut wie alles wieder ins Eigentum der Unternehmer und Kapitalbesitzer übergegangen. Wohl haben die Arbeiter einen schönen Lohn dabei verdient, aber ein gerechter Anteil am Ertrag, vor allem an den unverteilten Gewinnen, wurde ihnen vorenthalten. Bedenkt man, wie dringend die Reform unserer Vermögensverteilung ist und welch einmalige Gelegenheit diese Nachkriegszeit bot, so kann der Vorgang nur *als ein Skandal* bezeichnet werden, der nach Abhilfe schreit.«
In diesem für Jostocks Auffassung charakteristischen Zitat spiegeln sich Ansatz und Breite seiner wissenschaftlichen Arbeit und seines sozialpolitischen Engagements: Aufbauend auf umfassenden statistischen Kenntnissen fordert er, getragen von christlicher Grundüberzeugung, nicht weniger, als die Eigentumslosigkeit breiter Schichten der Bevölkerung zu beseitigen. Gleichzeitig zeigt sich aber auch die Enge seines Ansatzes; denn während zur gleichen Zeit in der Literatur eingehend Möglichkeiten einer Änderung der Eigentumsverteilung für die Zukunft und deren Probleme diskutiert wurden, findet man dazu bei Jostock keinerlei konkrete Hinweise. Er läßt es vielmehr nach intensiver Schilderung der Probleme bei der Forderung nach Abhilfe bewenden, ohne dafür seinerseits Vorschläge zu entwickeln.

II

Paul Jostock wurde am 17. Dezember 1895 in Köwerich/Mosel geboren. Er stammte aus einer streng katholischen Klein-Winzer-Familie. Seine Heimatgemeinde verlieh ihm am 13. November 1963 das Ehrenbürgerrecht. Im Text des Ehrenbürgerbriefes wird das wie folgt begründet: »Herr Dr. Paul Jostock, Präsident a. D., ist einer der bekanntesten Verfechter der katholischen Soziallehre. Er genießt internationales Ansehen. Durch seine hervorragenden Leistungen und seine verdienstvolle Tätigkeit hat er auch das Ansehen seiner Heimat-

gemeinde Köwerich sehr erhöht und sich besondere Verdienste erworben.«
Vom 6. bis 13. Lebensjahr besuchte Jostock die örtliche Volksschule, sodann das Missionsgymnasium in St. Wendel (Saar). Im Frühjahr 1914 ereilte ihn beim Schlittschuhlaufen ein böser Unfall, der ihn für längere Zeit auf das Krankenlager warf. Der sich anschließende Kriegsdienst sowie seine Folgen verhinderten zunächst die Ablegung der Reifeprüfung. Sein Abitur bestand Jostock im Sommer 1920 am Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Trier. Das Studium der Wirtschaftswissenschaft führte ihn dann zunächst an die Universität Köln, später nach München, Würzburg und Freiburg, wo er im Jahre 1927 bei Götz Briefs promovierte.
In Freiburg ist Jostock Eduard Heimann begegnet, der 1965 zusammen mit ihm den Kulturpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes erhielt. Heimann führt in seiner Dankesansprache – Jostock war damals schon tot – folgende für Jostock sehr charakteristische Begebenheit an: »Als ich im Jahre 1922 als frisch gebackener und unerfahrener Dozent nach Freiburg kam, traf ich in Paul Jostock einen reifen Mann und reifen Studenten, gereift durch die vielen Jahre des Krieges und der Krankheit, und auch in seinem Studium durch sie aufgehalten. Ich kann mich durchaus nicht rühmen, ihn je als meinen Schüler gehabt zu haben; im Gegenteil, manchmal war er der Fels, an den ich mich anklammerte, wenn in meinem Seminar über die politischen Weltanschauungen hundert Studenten in leidenschaftliche Auseinandersetzung oder gar gefährlichen Streit gerieten und die Wogen der Leidenschaften über mir zusammenzuschlagen drohten. Paul Jostock verstand jede der vorgetragenen Anschauungen und versuchte, das verbindende Glied zwischen ihnen herauszuarbeiten, im Sinne einer wirklichen christlichen Versöhnungsarbeit, ohne seinen eigenen Standpunkt auch nur im geringsten dabei preiszugeben.«
Verhinderte schon seine Krankheit einen frühzeitigen Abschluß seiner Studien, so behinderte sie ihn in der Folgezeit weiter in mehrfacher Hinsicht. Zunächst war sie der Grund dafür, daß Jostock erst 1927 ins Berufsleben eintreten konnte. Er erhielt eine Anstellung im Statistischen Reichsamt in Berlin, und zwar auf dem Gebiet der Finanz- und Steuerstatistik. »Seine schwache körperliche Konstitution hatte Paul Jostock wohl überhaupt um den Glanz seines Lebens gebracht ... So mußte Jostock, nachdem er während der Nazizeit bereits einen Lehrstuhl in Leipzig aus politischen Gründen auszuschlagen gewagt hatte, unmittelbar nach dem Krieg und auch später nach seiner Pensionierung auf die Übernahme einer Professur verzichten, da seine Gesundheit eine solche Tätigkeit nicht zuließ« (J. Wichmann).
Beim Statistischen Reichsamt war Jostock insbesondere mit dem Auf- und Ausbau der deutschen Volkseinkommens- und Volksvermögens-

statistik befaßt, eine Tätigkeit, die ihm nach 1945 internationale Anerkennung bringen sollte. Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges übernahm er zunächst die Leitung des Statistischen Landesamtes Nordbaden in Karlsruhe und etwas später zusätzlich die des Württembergischen Statistischen Landesamtes in Stuttgart. Nach Bildung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg (1952) wurden Jostock der Aufbau und die Neuordnung des Statistischen Dienstes dieses Landes übertragen. Er koordinierte die verschiedenen statistischen Ämter und führte die Landesstatistik zu einer Einheit zusammen. Seine Verdienste wurden vom Bundespräsidenten mit dem Großen Verdienstkreuz gewürdigt. Ende 1961 konnte Jostock sein Amt wohlgeordnet in jüngere Hände übergeben. Sein angegriffener Gesundheitszustand ermöglichte ihm auch als Pensionär kaum wissenschaftliches Arbeiten, wie er es sich immer ersehnt hatte. Schon bald nach seiner Pensionierung starb er am 24. April 1965.

III

Als Ausgangspunkt der sozialpolitischen Arbeiten Jostocks kann seine Dissertation angesehen werden, die 1926/27 in Freiburg bei Götz Briefs entstanden ist. Sie trägt den charakteristischen Titel »Die Zukunft des Kapitalismus in der sozialwissenschaftlichen Literatur«. Jostock setzt sich darin mit dem Kapitalismus auseinander, aber nicht ohne auch dessen positive Seiten zu sehen. Er erkennt diese voll an, betont vor allem die unbestreitbaren Leistungen des Prinzips der freien Konkurrenz und weist darauf hin, daß dieses Prinzip der Menschennatur adäquat sei und darum höchsten Erfolg verbürge. Trotz vieler positiver Seiten weise aber der Kapitalismus auch wesentliche negative Aspekte auf. Diese will er unter Berufung auf Eduard Heimann wie folgt lösen: »So gewiß eine Umbildung des Kapitalismus kommen wird, so gewiß wird sie nur durch ein Bündnis zwischen der Arbeiterbewegung und dem Katholizismus zustande kommen.«
In zwei als Ideengeschichte bzw. als ideengeschichtliche Skizze bezeichneten Schriften (»Der Ausgang des Kapitalismus« und »Der deutsche Katholizismus und die Überwindung des Kapitalismus«) befaßt sich Jostock 1928 und 1932 weiter mit dem Ende des Kapitalismus und der Rolle des Katholizismus dabei. Das zweite Werk schließt er mit einer bemerkenswerten Feststellung, der angesichts der damaligen Weltwirtschaftskrise besondere Bedeutung zukommt: Man müsse an einer vernünftigen Umformung des kapitalistischen Systems arbeiten, damit die Entwicklung nicht im Sozialismus ende, was keiner wünsche. Jostock fordert als Folgerung aus den Lehren der Vergangenheit größere Aktivität von seiten des Katholizismus: »Was uns

daher die lange, ehrenvolle Tradition des sozialen Katholizismus lehrt, ist, neben vielem nützlichen Einzelwissen, die Überzeugung, daß ganz anders als bisher angegriffen werden muß, soll eine Lösung im christlichen Sinne erreicht werden.« Mit Nachdruck plädiert Jostock dafür, der Sozialkatholizismus solle sich konkrete Nahziele vornehmen und in der Auseinandersetzung mit Kapitalismus und Sozialismus durchsetzen.

1929 vertieft Jostock dieses Hauptproblem vor allem nach der philosophischen Seite. In einem »Aufriß der heutigen Eigentumsfrage« heißt es: »Die christliche Eigentumslehre begründet ihre grundsätzliche Stellungnahme für das Privateigentum mit dessen Zweckmäßigkeit. Der einzelne Mensch soll die irdischen Güter deswegen zu eigen haben, weil sie seine Existenzgrundlage sind, ihn anspornen zur angemessenen Vorsorge für sich und seine Familie und weil sie auf die Art allem edlen Kulturschaffen und dem Frieden unter den Menschen die Wege bahnen. Auf dieser Zuordnung der Güterwelt zur Menschennatur beruht der naturrechtliche Anspruch jedes Menschen, Eigentum erwerben zu können.« Er fährt dann in bezug auf die Kennzeichnung der aktuellen Situation wie folgt fort: »Wie aber sieht nun die Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts aus? Sie zeigt gewiß bei sehr breiten Schichten eine solche Eigentumsverteilung, wie sie jener Theorie vorschwebt. Aber daneben erblickt man riesenhafte Reichtumsanhäufung auf der einen und vielmillionenfache Eigentumslosigkeit auf der anderen Seite. Das Volksvermögen verteilt sich in den kapitalistischen Staaten nur auf eine Minderheit von Bürgern, das Kapitalvermögen der Großindustrie sogar nur auf eine sehr schmale Schicht, während die Eigentumslosigkeit gerade hier massenhaft gegeben ist und von einer Generation auf die andere ganz ebenso vererbt wird wie auf der Gegenseite das sich mehrende Vermögen.«

Unmittelbar nach Schluß des Zweiten Weltkriegs erscheint 1946 – schon das Erscheinungsdatum zeigt das starke Engagement Jostocks für diese Problematik – eine kleine Schrift unter dem Titel «Das Proletariat – die große soziale Wunde unserer Zeit«. In ihr ist eingehend Entstehung und Eigenart des Proletariats behandelt, insbesondere des Industrieproletariats. Jostock untersucht sodann Möglichkeiten der Erleichterung des proletarischen Schicksals und der Entproletarisierung, vor allem auf der Basis päpstlicher Rundschreiben: »Es kann also kein Zweifel daran bestehen, daß die katholische Soziallehre eine Massenproletarität als soziale Erkrankung wertet und verurteilt und daß nach ihr die Beseitigung dieses Zustandes das überragende Ziel der Sozialarbeit des 20. Jahrhunderts sein muß.«

Wie Jostock sich die Erreichung dieses Zieles konkret vorstellt, bleibt allerdings offen. Er läßt es nämlich bei folgenden sehr allgemein gehaltenen Vorstellungen bewenden: »Zur dauerhaften Behebung der

proletarischen Not ist außer einer Neuverteilung des Eigentums auch eine bessere Hinordnung der Volkswirtschaft auf die wahren Bedürfnisse des vernünftigen Menschen und eine gerechtere Entlohnung des Arbeiters erforderlich. Es genügt also nicht, die bestehende Proletarität einmal zu beseitigen, sondern fortlaufende Bemühung muß auch darüber wachen, daß sich nicht wieder Mißstände einschleichen, aus denen sie aufs neue entsteht.« Die naheliegende Frage, ob nicht eine ständige Einflußnahme in Richtung auf eine solch breit gestreute Eigentumsbildung marktwirtschaftliche Gesichtpunkte entscheidend gefährdet, wird nicht erörtert.

IV

Der zweite Schwerpunkt der Lebensarbeit von Jostock liegt im statistischen Bereich. Karl Diehl hatte im Jahre 1926 auf einer Tagung des Vereins für Socialpolitik das Ergebnis einer Aussprache dahingehend zusammengefaßt, daß nunmehr »der letzte Rest von Hochachtung gegenüber Versuchen, eine einfache Summe für Volkseinkommen und Volksvermögen zu nennen, verschwunden« sei. Unmittelbar danach erschienen aber in einer Reihe wichtiger Staaten die ersten Volkseinkommensschätzungen. Für Deutschland war die Entwicklung einer Volkseinkommensstatistik besonders wichtig, weil dessen Gegner aus dem Ersten Weltkrieg für die Festsetzung der Reparationshöhe oft Wohlstandsvergleiche zur Untermauerung ihrer Forderungen benutzten.

Es gibt drei »Stadien zur Erfassung des Volkseinkommens« (so die Bezeichnung von Jostock): die Güterproduktion, die Einkommensverteilung und die Einkommensverwendung. Von diesen drei Ansatzpunkten erlangte der letztere aus statistisch-praktischen Gründen zu keiner Zeit besondere Bedeutung. Die Produktionsmethode wurde in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg stärker im außerdeutschen Bereich angewendet und entwickelt, die bei der (personalen) Einkommensverteilung ansetzende Methode vor allem im Statistischen Reichsamt unter entscheidender Beteiligung von Jostock. Seit 1945 dominiert weltweit eindeutig der Produktionsansatz. Die erfolgreichen Bemühungen der OECD und anderer internationaler Institutionen, zu einer besseren Vergleichbarkeit der in den verschiedenen Ländern verwendeten Volkseinkommensbegriffe zu gelangen, basieren auf dieser Methode.

Trotzdem ist die intensive Arbeit von Jostock bei der Erschließung und Vertiefung des Einkommensansatzes auch für die Weiterentwicklung bedeutsam, da die schärfere Fassung des für den Produktionsaspekt zentralen Begriffs der Wertschöpfung nur von beiden Seiten,

von der Produktion und der Verteilung aus, möglich ist. Es ist auch heute noch lesenswert, was Jostock 1941 über die Vorteile und Nachteile beider Methoden zu sagen weiß, auch wenn man fast ein halbes Jahrhundert später die Akzente an manchen Stellen etwas anders setzen wird. Auf jeden Fall kommt aber der Einkommensmethode auch heute noch erhebliche Bedeutung zu. Einmal schärft sie das Verständnis dafür, daß Produktion und Einkommen in einem Wirtschaftskreislauf ohne wirtschaftliche Aktivität des Staates und ohne Außenhandel nur zwei Seiten der »gleichen Medaille« sind.
Die vor allem von Arbeitgeberseite oft verwendete These, daß unter diesen Umständen nicht mehr verteilt werden kann als produziert wird, ist nur die halbe Wahrheit – es kann auch nicht weniger verteilt werden. Beides zusammen hat dann, bei vorgegebenem Sozialprodukt, zur Folge, daß real gesehen die eine Gruppe im Verteilungskampf nur etwas zu Lasten der anderen zusätzlich erhalten kann. Diese Aussage muß für das der Realität allein entsprechende Modell einer Volkswirtschaft mit wirtschaftlicher Staatstätigkeit und mit Außenhandel modifiziert werden. Für diese notwendige Modifikation hat die moderne Volkseinkommensstatistik mit ihren sehr differenzierten Einkommensbegriffen das unentbehrliche Rüstzeug entwickelt.
Die von der Einkommensverteilung ausgehende Methode zur Bestimmung des Volkseinkommens benutzt als Hauptquelle die Einkommensteuerstatistik. Ihr werden die Einkünfte der natürlichen Personen entnommen, die ihrerseits aus den steuerpflichtigen und den steuerfreien Einkünften bestehen, wobei ein Zuschlag für die steuerlich nicht erfaßten Einkünfte erfolgt. Das war der ursprüngliche Ausgangspunkt. In späteren Jahren hat das Statistische Reichsamt unter maßgeblicher Beteiligung von Jostock auch die Statistik der Invaliden- und Angestelltenversicherung zur Bestimmung der Arbeitseinkommen der Sozialversicherten herangezogen. Das war einerseits vorteilhaft, weil auf diesem Gebiet besonders gute Statistiken vorlagen, andererseits geboten, weil die Einkommen dieses Personenkreises oft nicht der Einkommen-/Lohnsteuer unterworfen waren.
Zu dem durch Summierung der Einkünfte der natürlichen Personen errechneten Wert wurden noch die unverteilten Gesellschaftseinkommen der Kapitalgesellschaften, die öffentlichen Erwerbseinkünfte, die fehlenden Sozialversicherungsbeiträge (vor allem die Arbeitgeberanteile) sowie die nichterfaßten Steuern addiert. Auf diese Weise bestimmten Jostock und seine Mitarbeiter mit besonderer Sorgfalt das deutsche Volkseinkommen des Jahres 1913. Dieser Wert bildete den methodischen Ausgangspunkt für viele weitere Jahre bis in das vierte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, wobei die Methode ständig verfeinert wurde. (Der Autor dieser Zeilen hat auf Anregung Jostocks und der International Association for Research in Income and Wealth in den

fünfziger Jahren zusammen mit Walther G. Hoffmann versucht, mit Hilfe der Einkommensmethode eine Rückrechnung bis 1851, vor allem auf der Basis der preußischen Einkommensteuerstatistik, zu erstellen und mit ihm zusammen 1959 die Monographie »Das Deutsche Volkseinkommen 1851–1957« veröffentlicht.)

V

Jostock selbst hat sich umfassende Gedanken über den Erkenntniswert von Volkseinkommensstatistiken gemacht und schon sehr früh auf deren begrenzten Aussagewert hingewiesen. Liest man heute noch einmal seinen Beitrag »Volkseinkommen« im »Staatslexikon« von 1932, so werden dort – außer der Umweltproblematik im engeren Sinne – bereits alle Einschränkungen in der Aussage von Pro-Kopf-Einkommens-Vergleichen, wie die Nichterfassung der Hausfrauenarbeit, die zu niedrige Bewertung von Naturalleistungen und die Ausdehnung der Geldwirtschaft (»indem Konservenfabriken, Gasthäuser, Wäschereien, Kleiderfabriken u. dgl. immer mehr Leistungen gegen Entgelt ausführen, die man früher im Haus selbst vollbrachte«) angesprochen. Auch die Probleme der abgeleiteten Einkommen werden nachdrücklich herausgestellt.
Trotz aller dieser Bedenken kommt Jostock jedoch zu einem überwiegend positiven Ergebnis. Die Vorteile liegen darin, daß man in einem kurzen zahlenmäßigen Ausdruck eine Aussage über den »Volkswohlstand« und seine Entwicklung erhält. Da bei der Verteilungsmethode auch gleichzeitig die Einkommensschichtung miterfaßt wird, kann man bei wirtschafts- bzw. sozialpolitischen Fragestellungen darauf zurückgreifen. Endlich liegt ihre Bedeutung als Grundlage für die Konjunkturtheorie und Konjunkturpolitik auf der Hand, sowie beim regionalen und internationalen Vergleich. Diese Feststellungen von Jostock besitzen auch heute noch uneingeschränkt Gültigkeit.
Gewissermaßen auf der Grenze zu seiner Entwicklung der Volkseinkommensstatistik steht eine Untersuchung über Aufbringung und Verteilung der öffentlichen Sozialleistungen von 1957. Jostock analysiert darin die allzeit aktuelle Frage, ob durch die öffentlichen Sozialleistungen wirklich ein personeller Umverteilungseffekt zustande kommt. Obwohl dabei zutiefst das Inzidenzphänomen angesprochen ist, behandelt Jostock diese Frage stärker vordergründig, indem er darauf abstellt, wer die Beträge zahlt und wer sie erhält. Das ist zwar letzten Endes nicht die ganze Fragestellung. Jostock erkennt deutlich, daß er ohne diese Vereinfachung nicht zu einem Ergebnis gelangt, weil die Frage nach der Verschiebung der Lasten vom Zahler zum eigentli-

chen Träger – ein wichtiges Kernproblem vor allem auch in der Finanzwissenschaft – ihn zu außerordentlich intensiven Untersuchungen zwingt, denen nach aller Erfahrung kaum Erfolg beschieden sein kann. Folgerichtig beschränkt sich Jostock auf den Fragenkomplex, inwieweit Zahler und Empfänger von Sozialleistungen identisch sind. Seine Schlußfolgerungen bleiben bemerkenswert: »Es trifft im wesentlichen nicht zu, daß nur in die linke Tasche wieder hineingesteckt wird, was aus der rechten vorher entnommen worden ist; denn in einem bestimmten Zeitpunkt oder innerhalb eines Jahres sind Geber und Nehmer für den weitaus größten Teil der Beträge verschiedene Personen (hier Gesunde – dort Kranke, Junge – Alte, Berufstätige – Rentner, Beschäftigte – Arbeitslose usw.).« Dem ist auch für die Gegenwart nichts hinzuzufügen.

Die anschließenden Bemerkungen bedürfen einer besonderen Würdigung. Jostock nimmt in ihnen zu der für sein Werk grundlegenden Frage Stellung, ob »die Produktionssteigerung *von selbst* alle soziale Not« beseitige und ob »*nur* sie das vermöge«. Er bemerkt dazu zunächst richtig, daß die bisherige gewaltige Produktionszunahme Vorbedingung zu einer weitaus besseren Versorgung aller gewesen sei. »Aber die Analyse der Sozialleistungen und ihrer Empfänger zeigt darüber hinaus, daß eine Behebung der sozialen Notstände und die menschenwürdige Versorgung aller durch bloße Steigerung der Produktion niemals herbeigeführt werden kann.« Das ist zwar zutreffend, aber Jostock hätte wohl auch darauf hinweisen müssen, daß der erhebliche Produktionszuwachs und die inzwischen eingeführten Sozialversicherungsleistungen doch einem prozentual sehr viel größeren Kreis von Personen eine Sorge für sich selbst erlauben als früher.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang auch, was man unter »sozialen Notständen« versteht. Begreift man darunter – und das kann wohl allein der Begriffsinhalt etwa um 1800 gewesen sein – das, was die Volkswirtschaftslehre als »physisches Existenzminimum« bezeichnet, so ist durch die Entwicklung der Produktion der Prozentsatz von Personen, die dieses nicht erreichen, ganz erheblich reduziert worden. Faßt man darunter wesentlich mehr, etwa im Sinne eines den jeweiligen Lebensverhältnissen der Bürger entsprechenden Lebensstandards, so bleibt natürlich für den »sozialen Notstand« ein sehr viel weiterer Bereich. In diesem Sinne würde eine Produktionssteigerung, da sie ständig von einer Erhöhung des als angemessen angesehenen Lebensstandards begleitet sein muß, den Kreis der Sozialleistungsempfänger nicht vermindern können. In dieser Ausrichtung der Sozialleistungen am Existenzminimum oder an einem angemessenen Lebensstandard liegt – um zwei Extreme einander gegenüberzustellen – die eigentliche Problematik, ob die sozialen Notstände im Zuge der Produktionssteigerung wesentlich eingeschränkt werden oder nicht.

1960 hat Jostock sein Lieblingsproblem unter dem Thema »Gibt es noch ein Arbeiterproletariat?« wieder aufgegriffen. Er geht vom Begriff des Proletariers im ursprünglichen Sinne als eines Menschen aus, der dem Staat keine Steuern zahlt, sondern ihm nur Nachkommen (proles) liefert. Auch die Masse der heutigen Industriearbeiter sei besitzlos, »daher unselbständig und stets zur Arbeit in fremden Diensten gezwungen«. Da der Lohn nur den Lebensunterhalt deckt, besteht keine Aussicht, daß die Proletarier je aus dieser Besitzlosigkeit herauskommen. Das führe heute bei der inzwischen eingetretenen Steigerung des allgemeinen Lebensstandards zu einem weitverbreiteten Kult des Lebensstandards, des Lebensgenusses und des Versorgungsstaates. Unter Berufung auf viele Sozialethiker, vor allem solche aus dem christlichen Lager, fordert Jostock sodann eine breitgestreute Eigentumsbildung als Möglichkeit der Abhilfe für das Arbeiterproletariat.

Den besonderen Unwillen von Jostock hat erregt, daß nach Schluß des Zweiten Weltkrieges die Möglichkeit zu einer Veränderung der Vermögensverteilung – als Chance zur Beseitigung des Arbeiterproletariats – nicht genutzt wurde. In seiner (wohl 1955) vom Sozialreferat des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken herausgegebenen Schrift »Das Sozialprodukt und seine Verteilung« kritisierte er die herrschende Vermögensverteilung und bezeichnete sie als Skandal.

»Dieses Wort«, so kommentierte Oswald von Nell-Breuning in seinem Nachruf auf Jostock von 1965, »des sonst so sanften Mannes hat wie eine Bombe eingeschlagen. Noch heute, zehn Jahre später, findet man es immer und immer wieder angeführt.« Jostock belegt die Tatsache dieser ungerechten Vermögensverteilung, wie es bei einem anerkannten Fachstatistiker nicht anders zu erwarten ist, eingehend mit fundierten Zahlen.

Bei aller Ausführlichkeit der Zustandsdarstellung vermißt man aber ein Eingehen auf zwei damit eng zusammenhängende Probleme. Zunächst könnte man fragen, ob nicht der starke Ausbau der Sozialversicherung ein geeignetes Mittel war, die soziale Lage breiter Schichten wesentlich zu verbessern. Man hätte sogar rein formal, so wie es bei privaten Lebensversicherungsverträgen üblich ist und wie es neuerdings das Bundesverfassungsgericht getan hat, von einem eigentumsgleichen Recht des Arbeitnehmers bei der Rentenversicherung sprechen können in Form des Kapitalwerts seiner durch Beitragszahlungen erworbenen künftigen Rentenansprüche. Das ist zwar direkt keine Beteiligung am Produktivvermögen einer Volkswirtschaft und auch wegen der seit 1957 völlig aufgegebenen Kapitaldeckung heute indirekt keine mehr. Aber immerhin sind es hohe Ansprüche, und für

eine ähnlich gute Sicherung im Alter müßte man bei einer privaten Lebensversicherung hohe Beiträge aufbringen, die am Ende der Beitragszeit einen ganz erheblichen Kapitalwert repräsentieren.
Die andere viel gewichtigere Frage gilt dem Weg, auf dem nach dem Kriege eine bessere Vermögensverteilung hätte erreicht werden können. Es dürfte kaum bestritten werden können, daß die Arbeitnehmerschaft, hätte man sie durch höhere Löhne an den »unverteilten Gewinnen«, die ja den besonderen Unwillen von Jostock hervorrufen, beteiligen wollen, diese genau so vollständig zum Konsum verwandt hätten wie den Lohn, den sie tatsächlich erhielten. Man hätte also nach anderen Wegen suchen müssen, wie sie etwa in der Politik der Vermögensbildung in Arbeiterhand unter dem Stichwort »Investivlohn« und unter anderen Stichworten auch schon zu der Zeit, als Jostock mit Recht von »Skandal« sprach, etwa von Oswald von Nell-Breuning und A. Oberhauser diskutiert wurden. Daß Jostock sich zu dieser Frage nicht geäußert hat, ist bedauerlich. Wie schwierig der Weg zu einer Verbesserung der Vermögensverteilung zu Gunsten der Arbeitnehmer ist, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, daß die politische Diskussion darüber auch heute noch nicht zu einem befriedigenden Abschluß gelangt ist.

VII

Jostock war eine zutiefst vom katholischen Glauben geprägte Persönlichkeit. In der Nazizeit hatte er trotz seiner beruflichen Qualifikation Schwierigkeiten: Jahrelang wurde er von Beförderungen ausgeschlossen, Verkauf und Neuauflage seiner vor 1933 verfaßten Bücher wurden verboten. Während des Krieges unterstützte er vielfach Juden und Kommunisten. Im Mai 1944 fand eine geheime Besprechung von Regimegegnern in seiner Wohnung in Berlin-Nikolassee statt. »In den Kriegsjahren spielt er jeden Sonntag das Harmonium in einer Kirche in Schlachtensee, er übt Gesänge ein und leitet den Chor auch im Freien bei einer Fronleichnamsprozession ... Einen Ministerialratsposten im Reichswirtschaftsministerium lehnt er ab, ein gleiches Angebot aus dem Reichsfinanzministerium ebenso. Nur daß seine 1932 an der TH Berlin bereits akzeptierte Habilitation sich seiner dienstlichen Belastung wegen so lange hinausschob, bis sie aus politischen Gründen aussichtslos geworden war, schmerzte ihn wirklich« (J. Wichmann). Durch seine Herkunft aus einer ländlichen Gemeinde mit kleinen übersichtlichen Wirtschaftseinheiten und einer hohen Bedeutung des (Grund-)Eigentums ist die sozialkritische Grundhaltung von Jostock besonders geprägt. Er überträgt diese Einstellung auf die industrielle Gesellschaft, wobei er die von den ländlichen Verhältnissen unter-

schiedene Stellung des Eigentums durchaus sieht. Trotzdem möchte er die Eigentumslosigkeit breiter Schichten von Arbeitern beseitigt wissen, er äußert sich dazu in seinen Schriften immer wieder. Es bleibt aber bei alledem ein Hauch von Sozialromantik: Die Frage, was dieses Eigentum für den Arbeiter wirklich bedeuten soll, ob er bei einem breitgestreuten Eigentum etwa im Rahmen einer Aktiengesellschaft irgendeinen Einfluß auf sein Unternehmen haben kann, stellt sich Jostock nicht. Er übersieht damit, daß zwischen der Bedeutung des (Grund-)Eigentums in kleinen Wirtschaftseinheiten, wie es im Weinbau an der Mosel dominiert, und dem des Eigentums in den modernen Großunternehmen ein entscheidender Unterschied besteht. Nur so ist es verständlich, daß er die Frage nicht behandelt, wie dieses breitgestreute Eigentum in Arbeitnehmerhand wirklich funktionsfähig werden könnte. Wahrscheinlich hätte er jedoch diese Frage, die im katholisch-sozialen Schrifttum der sechziger Jahre intensiv diskutiert wurde, aufgegriffen, hätte seine Gesundheit ihm das ermöglicht.

Auf der gleichen Ebene liegt das schon oben angesprochene Problem, wie es – vor allem nach Schluß des Zweiten Weltkrieges – in Anbetracht der großen Konsumbereitschaft der Arbeitnehmer zu einer breitgestreuten Eigentumsbildung hätte kommen sollen. Es muß zunächst darauf hingewiesen werden – und dieser Gedanke war dem Volkseinkommensstatistiker Jostock sehr vertraut –, daß im Zuge einer wachsenden Gütererzeugung diese auch nachgefragt werden muß, damit sich keine unfreiwilligen Läger bei den Produzenten bilden. War also – so könnte man in diesem Zusammenhang fragen – die hohe Konsumbereitschaft der Arbeitnehmer nicht geradezu Voraussetzung für das weitere Wachstum unserer Wirtschaft, und wäre bei einer höheren Sparneigung, wie sie normalerweise, d. h. wenn man keine Sondermaßnahmen ergreift, Voraussetzung für eine breitgestreute Eigentumsbildung ist, nicht ein wichtiger Wachstumsanreiz entfallen? Auf diesen Fragenbereich hat uns Jostock eine Antwort nicht hinterlassen.

»Das Leben des Verstorbenen war der Sozialwissenschaft gewidmet, sowohl aus Neigung zu diesem Forschungszweig als auch aus dem tiefsten Bedürfnis heraus, nach Möglichkeit beizutragen zur besseren Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit in unserer Zeit«, heißt es in seiner Todesanzeige. Mit Jostock starb ein besonders engagierter nichtpriesterlicher Vertreter der katholischen Soziallehre unserer Zeit.

Fritz Schäffer (1888–1967)

Neben Konrad Adenauer als Kanzler und Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister gehört Fritz Schäffer als Finanzminister zu jenen Männern, die in vorderster Linie die Grundlagen zum Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg gelegt haben. Sein Name wurde zum Inbegriff einer stabilen Währung und einer von Sparsamkeit geprägten Finanzpolitik. Mit dem inzwischen legendären »Juliusturm« setzte sich der »Säckelmeister des Bundes« – wie sich Schäffer selbst nannte –, der knauserige »Pfennigfuchser« – als den man ihn karikierte – selbst ein Denkmal.

Walter Henkels, der kritische Beobachter der Bonner Politik, schrieb im Bonner General-Anzeiger (25. November 1954): «Der kleine, zähe, unpopuläre, unbequeme und spitzfindige Mann, der im Aussehen ein Mittelding zwischen einem gehobenen Buchhalter und einem kauzigen Professor der Staatsgelehrsamkeit ist, dessen persönliche Anspruchslosigkeit sprichwörtlich ist, von dem jedermann weiß, daß er das von ihm verwaltete Geld des Bundes von 27 Mrd. DM jährlich Pfennig für Pfennig wie sein eigenes hütet, ... ist die imponierendste Erscheinung der Bonner Ministerschaft.«

Zweifellos stellen die acht Jahre, während derer Fritz Schäffer dem Bundesministerium der Finanzen vorstand, den Höhepunkt seiner politischen Karriere dar. Als er sein Bonner Amt 1949 antrat, konnte er bereits auf ein jahrzehntelanges politisches Wirken – als Abgeordneter und Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei (BVP), als Leiter des Bayerischen Finanzministeriums und als Bayerischer Ministerpräsident – zurückblicken, das für Bayern nicht minder bedeutsam war.

I

Fritz Schäffer wurde am 12. Mai 1888 als fünftes Kind des nachmaligen Postamtsdirektors Gottfried Schäffer und dessen Ehefrau Amalie, geb. Mayr, in München geboren. Der Vater stammte aus einer Bauern- und Gastwirtsfamilie in Neuhausen bei Metten (Niederbayern); er

besuchte auf Vermittlung des Pfarrers das Gymnasium in Metten und studierte dann an der Technischen Hochschule in München. Amalie Mayr entstammte einer protestantischen Kupferstecherfamilie, erzog jedoch die Kinder im katholischen Glauben. Fritz fiel bereits als Kind durch hohe Intelligenz und rhetorische Begabung auf. Er erhielt einen Begabtenfreiplatz im Internat Neuburg a. d. Donau und besuchte bis zum Abitur 1907 das dortige humanistische Gymnasium. Anschließend studierte er in München Rechtswissenschaften. Das Referendar- und Assessor-Examen bestand er mit Auszeichnung (1911 bzw. 1916). Mit seinen drei Brüdern – zwei studierten Pharmazie, einer Medizin – gehörte er, wie auch schon sein Vater, der Studentenverbindung Apollo an. Seit den Studentenjahren war er ein begeisterter Bergsteiger und Skifahrer.

1915/16 nahm Schäffer im 15. Infanterie-Regiment am Weltkrieg teil. Nachdem er bei Douaumont verwundet worden war (sein jüngerer Bruder fiel), trat er in den bayerischen Verwaltungsdienst ein und wurde 1917 Referent im Innenministerium, im folgenden Jahr Assessor am Bezirksamt Kelheim a. d. Donau. 1917 heiratete er Else Dyroff, die Tochter des Verwaltungs- und Staatsrechtslehrers Anton Dyroff aus München. Sie gebar ihm drei Töchter und einen Sohn, der 1945 auf dem Rückzug aus Italien durch Partisanen den Tod finden sollte.

Das Erlebnis der Revolution in dem von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Kelheim bedeutete einen Wendepunkt im Lebensweg Schäffers. Mit der Leitung des Polizeireferats betraut, verstand er es durch geschicktes Taktieren und persönlichen Mut, größere Ausschreitungen zu unterbinden, u. a. mit Hilfe einer Einwohnerwehr, die er im Amtsbezirk aufbaute. In der Schublade seines Schreibtischs verwahrte er zwei Handgranaten, die er als Drohmittel benutzte, als revolutionäre Arbeiter sein Büro stürmten. Als Arbeiter- und Soldatenräte gebildet wurden, initiierte er einen »Rat geistiger Arbeiter«, dessen Leitung er übernahm und durch den er die Aktionen der revolutionären Räte kontrollieren und sabotieren konnte.

Bereits in den ersten Tagen nach dem Umsturz begann er, »möglichst alle Kräfte im Kampf gegen die Revolution und gegen die Gesetzlosigkeit und Unordnung im Staate zu sammeln«. Er wandte sich vornehmlich an den Mittelstand und – in Konkurrenz zum Bayerischen Bauernbund – an die bäuerliche Bevölkerung. Damit erwarb er sich die Sympathien des Führers der Christlichen Bauernvereine, Georg Heim, der inzwischen in Regensburg die BVP gegründet hatte. Schäffers Gruppierung schloß sich der neuen Partei an. Im Mai 1920 wurde Schäffer Regierungsrat im Kultusministerium, auf Grund der Landtagswahlen vom 6. Juni 1920 Abgeordneter für den Bezirk Kelheim. Damit begann der rasche Aufstieg des unbestrittenen Haupts der »Jungen« in der BVP.

II

Vier Themenkomplexe fanden das besondere Interesse des Landtagsabgeordneten Schäffer: Das Reich-Länder-Verhältnis, die Frage eines bayerischen Staatspräsidenten, die Einflußnahme der BVP auf die Reichspolitik und zunehmend die Finanzpolitik. In den Auseinandersetzungen Bayerns mit dem Reich plädierte er stets für einen konsequent föderalistischen Kurs, der auch der Konfrontation nicht aus dem Wege ging. – Am 15. September 1921 reichte die BVP-Fraktion im Landtag den »Antrag Schäffer« ein, wonach die Regierung ersucht wurde, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Schaffung des Amtes eines Staatspräsidenten an der Spitze der Staatsregierung vorsah. Schäffer versprach sich von einem Staatspräsidenten eine Stärkung der föderalistischen Idee, ein Gegengewicht zum Parlament und – gleichsam als Statthalter für den Kronprinzen Rupprecht – die Verkörperung der Staatsgewalt. Der Antrag verfehlte im Landtag Anfang 1922 die erforderliche Zweidrittelmehrheit; auch der Volksentscheid 1924 scheiterte.

Bei der Reichspräsidentenwahl 1925 votierte die BVP für den Repräsentanten des untergegangenen Kaiserreichs, Generalfeldmarschall von Hindenburg, und gegen den Kandidaten der Weimarer Koalition, den Zentrumspolitiker Wilhelm Marx. Diese Entscheidung verhalf Hindenburg zur (knappen) Stimmenmehrheit. 1932 wäre die BVP bereit gewesen, einen Kandidaten des Zentrums zu unterstützen. Dieses sah jedoch nur noch in einer Wiederwahl Hindenburgs eine Möglichkeit, Hitler das höchste Amt im Reich vorzuenthalten; die BVP schloß sich dieser Überlegung an. Angesichts der nationalsozialistischen Gefahr unterstützte Schäffer die Regierung Brüning nach Kräften. Ihren Sturz bezeichnete er als »ungeheueren staatspolitischen Fehler«, als eine Mißachtung des Wählerwillens für Hindenburg im Kampf gegen Hitler. Auch nach den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 und dem Scheitern der Regierung von Papen, als an die Bildung einer Regierung der nationalen Konzentration gedacht wurde, schaltete sich Schäffer in die Reichspolitik ein.

Schon früh und mit wachsendem Interesse widmete er sich finanzpolitischen Fragen, vor allem Problemen der Inflation und des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Es war indes nicht nur die Sachkompetenz, die ihm den Vorsitz des Finanz- und Haushaltsausschusses im Landtag und schließlich die Leitung des Finanzministeriums einbrachte, sondern auch die starke Stellung innerhalb der Partei.

Das entscheidende Sprungbrett zu seiner späteren Führungsrolle in der BVP schuf sich Schäffer durch die Übernahme des Vorsitzes im Münchener Kreisverband im Mai 1924. Bei den Münchener Gemein-

deratswahlen im Dezember 1924 ging die BVP mit den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und den Nationalliberalen eine »Nationale Wahlgemeinschaft« ein, um die »rote Vorherrschaft« im Rathaus zu brechen. Mit Karl Scharnagl wurde ein enger Vertrauensmann Schäffers Erster Bürgermeister der Landeshauptstadt. Auf der Landesversammlung 1929 konnte sich Schäffer bei der Neuwahl des Parteivorsitzenden mit knapper Mehrheit durchsetzen. Zu seinen engen politischen Freunden zählten Anton Pfeiffer, der Generalsekretär der BVP, Karl Schwend, der Redakteur des Parteiorgans Bayerische Volkspartei-Correspondenz, Franz August Schmitt, der Geschäftsführer des Wirtschaftsbeirats der BVP, und Hans Ritter von Lex.

III

Seit dem Ende der Räterepublik im Mai 1919 beteiligte sich die BVP an den bayerischen Staatsregierungen und stellte seit dem 1. Juli 1924 mit Heinrich Held auch den Ministerpräsidenten. Damals schlug Heim vor, Schäffer in das Kabinett Held aufzunehmen, das von einer Koalition der BVP mit den Deutschnationalen und dem Bauernbund gestützt wurde. Als Finanzminister Hans Schmelzle zur Deckung des Haushaltsdefizits u. a. eine Schlachtsteuer einführen wollte, verließ der Bauernbund die Koalition. Am 20. August 1930 lehnte die Landtagsmehrheit Schmelzles Steuerpläne ab. Der Finanzminister legte sein Amt nieder, was den Rücktritt des Gesamtministeriums zur Folge hatte.
Seitdem amtierte das Kabinett Held nur noch als geschäftsführende Regierung. Held konnte sich nicht entschließen, mit der SPD oder mit der NSDAP zu koalieren, auch nicht nach der Landtagswahl vom 24. April 1932, aus der die NSDAP mit 43 Sitzen als zweitstärkste Fraktion nach der BVP (mit 45 Sitzen) hervorging. Zunächst leitete Deybeck, seit dem 16. September 1931 dann Fritz Schäffer im Rang eines Staatsrats das Finanzministerium. Trotz der verheerenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise verlor Schäffer das Ziel geordneter Finanzverhältnisse nicht aus dem Auge.
Die finanz- und wirtschaftlichen Probleme wurden überschattet von der Radikalisierung des gesamten politischen Lebens durch die Nationalsozialisten, die sich bewußt waren, daß sie, solange sie in Berlin nicht die bestimmende Kraft bildeten, in Bayern nur über die BVP zur Macht gelangen konnten. Sie buhlten – freilich erfolglos – mit völkischen und christlichen Parolen sowie mit dem Hinweis auf die gemeinsame antisozialistische Grundhaltung um bisherige BVP-Wähler. In einem Schreiben vom 14. April 1932 an Erwein von Aretin

entwickelte Schäffer eine Art Zähmungskonzept: »Wir müssen die Nationalsozialisten zur Legalität bringen, solange wir stark genug sind, sie dazu zwingen zu können. Gelingt das nicht, so müssen wir sie in die Illegalität zwingen, solange wir stark genug sind, sie dann zusammenschlagen zu können.« Den Radikalismus der Nationalsozialisten hielt er lediglich für »Übermut und Großsprechertum, das den Flegeljahren sehr eigentümlich ist«.
In Verfolgung ersteren Zieles nahm Schäffer Kontakt zu den Nationalsozialisten auf und traf sich auch mit Hitler. Die Nationalsozialisten waren sich ihrer Sache inzwischen so sicher, daß sie an einer Zusammenarbeit mit der BVP nicht mehr interessiert waren. Auf einem Bauerntag in Landshut am 2. Juli wies Schäffer auf die Verhandlungsbereitschaft der BVP hin, aber »Hitler wählte den anderen Weg«. Zu einer Zerschlagung der NSDAP reichten der BVP indes die Kräfte nicht mehr aus, auch wenn sie sich mit der SPD zusammengeschlossen hätte. Schäffer nahm zwar Kontakt mit Wilhelm Hoegner auf, konnte jedoch auf Grund des Revolutionsschocks seine grundsätzliche Ablehnung der Sozialisten nicht überwinden. Je mehr der Glaube an eine politische Lösung in ihm schwand, desto zügiger baute er mit Ritter von Lex die »Bayernwacht« zu einer förmlichen Parteitruppe aus, um wenigstens der physischen Bedrohung durch die SA begegnen zu können.
Nach der Machtergreifung Hitlers kehrte Schäffer deprimiert von Sondierungsgesprächen aus Berlin zurück. Er sprach in den ersten Märztagen 1933 mit Michael Kardinal Faulhaber über die Zukunft der BVP. Im Interesse der einzelnen Mitglieder wollte er bald kapitulieren und nicht erst Gewaltmaßnahmen abwarten. Faulhaber hingegen trat dafür ein, daß die Partei, auch als Interessenvertreterin der Kirche, weitermache. Kurz darauf erhielt Schäffer Informationen, daß die Nationalsozialisten den Katholischen Gesellentag in München (9.–11. Juni) sprengen wollten. Er bat den Kardinal, dem vorzubeugen. Faulhaber lehnte jedoch ab, um die laufenden Konkordatsverhandlungen nicht zu stören. Für Schäffer bedeutete es eine große Erschütterung der Vertrauensbasis, bei dieser Gelegenheit sozusagen nebenbei erstmals von Konkordatsverhandlungen gehört zu haben. Er fühlte sich als katholischer Parteiführer hintergangen. Eine weitere Enttäuschung bedeutete die Weigerung der Reichswehr, mögliche Aktionen der »Bayernwacht« zu tolerieren oder gar zu unterstützen. Schutz- und wehrlos wie sie war, schwebte die bayerische Regierung zwischen Bangen und Hoffen.
In der Nacht vom 9. auf den 10. März 1933 wurde Schäffer mit anderen Kabinettsmitgliedern im Braunen Haus verhört, die bayerische Regierung abgesetzt. Am 28. Juni wurde Schäffer für einige Tage ins Gefängnis Stadelheim gebracht, die BVP mußte sich auflösen. Im

Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er von August bis Oktober im Konzentrationslager Dachau festgehalten. Nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst arbeitete Schäffer als Rechtsanwalt in München. Da er sich beobachtet wußte, hielt er sich politisch vollkommen zurück.

IV

Schäffer erlebte das Kriegsende in Ostermünchen bei Rosenheim, wo die Familie seiner Frau ein Landhaus besaß. Sogleich nahm er Kontakt mit früheren Parteifreunden auf, um auf die Gestaltung des politischen Neubeginns von Anfang an Einfluß zu nehmen. Er besuchte Karl Scharnagl, der von den Amerikanern als Oberbürgermeister von München eingesetzt worden war. Pflaum, der Verleger der Zeitschrift »Das Bayerland«, machte ihn mit dem Militärkommissar Arthur W. Bromage bekannt; Schäffer wurde beauftragt, das bayerische Justizwesen neu zu organisieren. Es schwebte ihm damals das englische Justizsystem als Vorbild vor, er konnte jedoch seine Pläne nur ansatzweise verwirklichen, so durch Schaffung des Obersten Landesgerichts.

Inzwischen hatte hinter den Kulissen das Tauziehen um die Bildung einer Zivilregierung begonnen. Faulhaber empfahl Colonel Charley Keegan, Fritz Schäffer zum Ministerpräsidenten zu ernennen, was auch die Zustimmung von General George S. Patton fand. Schäffer befand sich am 28. Mai 1945 in einer Gesprächsrunde, die sich um Adolf Weber gebildet hatte, um Fragen des Wirtschaftsaufbaues und der Währung zu erörtern, als er zum Münchener Sitz der amerikanischen Militärregierung abgeholt wurde. Zu seiner Überraschung wurde er zum vorläufigen bayerischen Ministerpräsidenten ernannt und mit der Bildung einer Landesregierung betraut.

Er wandte sich über den Rundfunk an die Bevölkerung: »Gott hat uns nicht verlassen, sondern die Regierung des Dritten Reichs hat sich von Gott abgewandt und gegen seine göttlichen Gebote gehandelt. Anerkennung und Befolgung der göttlichen Gebote – auch im Staatsleben – ist der Weg, um wieder zu innerem Frieden und Glück zurückzufinden.« Damit nannte Schäffer die Richtschnur seines Handelns, der er noch bei seinen Bemühungen um eine Strafrechtsreform am Ende seiner politischen Laufbahn nachzukommen trachtete.

Die Landesregierung wollte er so zusammensetzen, »daß sie die politischen Verhältnisse und den Wählerwillen vor Hitlers Machtergreifung spiegelte«. Er selbst übernahm zusätzlich das Finanzressort, sein Parteifreund Otto Hipp das Kultusministerium, der frühere Deutschnationale Karl August Fischer das Innenministerium. Das

Justiz- und das Arbeitsministerium bot Schäffer den Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner und Albert Roßhaupter an, das Landwirtschaftsressort Ernst Rattenhuber, das Wirtschaftsressort Karl Arthur Lange. Anton Pfeiffer wurde Staatssekretär in der Staatskanzlei, Hans Ehard im Justizministerium. Die Personalvorschläge Schäffers wurden von der Militärregierung akzeptiert. Die Zusammenarbeit zwischen Militär- und Zivilregierung gestaltete sich zunächst vertrauensvoll. In erster Linie ging es darum, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und eine geordnete Staatsverwaltung aufzubauen.

Angesichts der unterbrochenen persönlichen Kontakte und der mangelhaften Kommunikationsmöglichkeiten war es schwierig, die Verwaltungstätigkeit mit geeignetem politisch unbelastetem Personal in Gang zu setzen. Schäffer, der eine Kollektivschuld des deutschen Volks nicht anerkannte, wollte nicht alle Nationalsozialisten aus dem Staatsdienst entfernen, sondern »ab dem Kreisleiter aufwärts«. Jeder Fall sollte »einzeln« geprüft werden. Er weigerte sich damit, die Entnazifizierungsdirektive vom 7. Juli auszuführen. Patton, den eigentlich nur militärische Fragen interessierten und für den die NSDAP eine Partei wie jede andere war, empfand Sympathie für den eigenwilligen Ministerpräsidenten. General Dwight D. Eisenhower zeigte sich hingegen empört; er hätte Schäffer am liebsten einsperren lassen.

Der Diplomat Robert Murphy wurde nach München geschickt, um einen Regierungswechsel vorzubereiten. Der Historiker Walter Dorn, Berater des Generals Clarence L. Adcock, förderte den liberalen, entschieden demokratischen Gedanken in Bayern. Er ließ Material gegen Schäffer sammeln, um ihn als heimlichen Sympathisanten des Nationalsozialismus abstempeln zu können. Am 28. September fiel die Entscheidung. Eisenhower befahl die Absetzung Schäffers und – auf Dorns Vorschlag – die Ernennung Hoegners zum bayerischen Ministerpräsidenten; gleichzeitig enthob er Patton des Kommandos der 3. Armee. Oberst Dalferes, ausgerüstet mit Stahlhelm und umgeben von Militärpolizisten, nahm in einer »shakespearischen Szene« (W. Hoegner) die »Wachablösung« vor. Aus optischen Gründen wurde den entlassenen Ministern am nächsten Tag Gelegenheit gegeben, »freiwillig« zurückzutreten. Schäffer begründete seinen Schritt in seinem Enlassungsgesuch mit »kürzlich in der Presse entstandenen Streitigkeiten, mich und meine Regierung betreffend«.

V

In der Folgezeit wandte sich Schäffer ganz der Parteiarbeit zu. Am liebsten wäre ihm wohl eine Wiederbelebung der BVP unter seinem

Vorsitz gewesen. Andererseits erkannte er die Vorteile, mit einer neuen, beide christlichen Konfessionen umschließenden Partei, der CSU, einen politischen Neubeginn zu wagen. Zunächst galt es, die divergierenden Richtungen zusammenzuführen, wobei anfangs der linke Flügel um Adam Stegerwald und Josef Müller gegenüber dem rechten Flügel um Fritz Schäffer und Alois Hundhammer die Oberhand zu haben schien. Ein »vorbereitender Ausschuß der Christlich-Sozialen Union in München« trat am 25. November 1945 mit einem Aufruf zur landesweiten Gründung der CSU hervor und verschickte Ende Dezember 1945 einen »Zehn-Punkte-Appell«. Der Münchener Ausschuß, dem Wilhelm Eichhorn, Michael Horlacher, Alois Hundhammer, Heinrich Krehle, Carl Lacherbauer, Walther von Miller, Josef Müller, Fritz Schäffer und August Schwingenstein angehörten, erklärte sich am 17. Dezember 1945 zum »vorläufigen Landesausschuß« und ernannte Josef Müller (»Ochsensepp«) zum Ausschußvorsitzenden.

Am 8. Januar 1946 kam es dann zur Gründungsversammlung der CSU auf Landesebene, am 17. Mai zur Bestätigung Josef Müllers im Parteivorsitz. Nachdem Schäffer am 21. März 1946 zum Vorsitzenden des Bezirksverbandes München gewählt worden war, konnte er von dieser Basis aus gegen den liberalen, sozial aufgeschlossenen Flügel Josef Müllers opponieren, der mit dem Tode Stegerwalds (3. Dezember 1945) einer wichtigen Stütze beraubt worden war. Doch bereits am 24. April schied Schäffer aus diesem innerparteilichen Machtkampf aus, als ihm die Militärregierung in München unter dem Vorwurf, ein Sympathisant und Förderer der Nationalsozialisten gewesen zu sein und das Entnazifizierungs- und Entmilitarisierungsprogramm der amerikanischen Militärregierung obstruiert zu haben, die Bekleidung eines politischen Amtes, die Ausübung des Wahlrechts, die Kandidatur zu einem öffentlichen Amt oder zu irgendeinem anderen einflußreichen Amt untersagte.

Daraufhin mußte Schäffer den Vorsitz im Bezirksverband München der CSU niederlegen. Das gegen ihn eingeleitete Entnazifizierungsverfahren endete am 3. März 1947 damit, daß die Spruchkammer in München erklärte, Schäffer sei vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 nicht betroffen. Zur endgültigen Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe sowie zur Wiedererlangung seiner persönlichen und politischen Rechte stellte er daraufhin den Antrag, gegen ihn ein Verfahren als Hauptschuldigen oder Belasteten durchzuführen. Am 18. November 1947 bestätigte der Generalkläger beim Kassationshof im Bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben die Nichtigkeit der gegen Schäffer vorgebrachten Beschuldigungen. Seinem Antrag auf Wiedereinsetzung in seine Rechte wurde jedoch am 26. Januar 1948 nur teilweise entsprochen;

das Verbot zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes blieb bestehen. Schäffer wurde am 16. Februar 1948 wieder zum Vorsitzenden des Bezirksverbands München gewählt. Sogleich setzte er den Kampf gegen den »reichsfreundlichen« Josef Müller fort. Daraufhin beantragte der Bezirksverband Oberfranken ein Parteiausschlußverfahren gegen Schäffer, welches der Parteiausschuß im Juli einzuleiten beschloß. Doch bevor das Landesschiedsgericht der CSU einen Urteilsspruch fällen konnte, erklärte Schäffer am 14. September seinen Austritt aus der CSU – ungeachtet der Tatsache, daß er zum Abgeordneten für den Parlamentarischen Rat in Bonn (Sept. 1948 bis Mai 1949) gewählt worden war. Schäffer nahm das Mandat nicht wahr, ließ sich jedoch von Anton Pfeiffer, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, mit Informationen versorgen. Er versuchte sich damals gleichsam als überparteilicher Integrator einer betont bayerisch-föderalistischen Politik. Den Gedanken, aus der Bayernpartei und Teilen der CSU eine neue Partei zu gründen, gab er bald wieder auf. Nach der Ablösung Josef Müllers durch Hans Ehard im Parteivorsitz (28. Mai 1949) stand einer Rückkehr Schäffers zur CSU nichts mehr im Wege.
Der Streit um den »bayerischen Kurs« wirkte in der Partei noch jahrelang nach und blieb nicht ohne Folgen: Hatte die CSU in den Landtagswahlen 1946 noch die absolute Mehrheit gewonnen, so zerbrach der »christlich-positive Wählerblock«, wie Schäffer ihn nannte, in den Landtagswahlen 1950. Der Stimmenanteil der CSU halbierte sich, die Bayernpartei errang 19,9%, die SPD wurde zur stärksten Fraktion. Nach Bildung der Viererkoalition 1954 unter SPD-Führung wurde die CSU gar vorübergehend in die Opposition gedrängt. Als sich Schäffer auf der Landesversammlung der CSU am 22. Januar 1955 um den Parteivorsitz bewarb – auch um seine Position im Bundeskabinett zu stärken –, unterlag er seinem Mitbewerber Hanns Seidel. Seitdem wandelte sich die CSU von der Honoratiorenpartei zur Volkspartei.

VI

Schäffer war noch nicht wieder in die CSU eingetreten, als er aufgefordert wurde, bei den Wahlen für den Deutschen Bundestag am 14. August 1949 für die CSU im Wahlkreis Passau zu kandidieren. Obwohl Passau als Hochburg der Bayernpartei galt, konnte er sich durchsetzen. Am 1. September wurde er zum Zweiten Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Seine Berufung zum Bundesfinanzminister in das von Konrad Adenauer geführte Kabinett am 20. September 1949 erfolgte überraschend. Heinrich Brüning

prophezeite Schäffer eine kurze Amtszeit, da Adenauer Forderungen stellen werde, die sein Finanzminister nicht erfüllen könne oder wolle. Schäffer war indes optimistisch; man werde sehen, wer sich durchsetze. In der Tat war er – neben Gustav Heinemann, aber anders als dieser – wohl der innerlich unabhängigste und selbständigste Minister der ersten Bundesregierung.

Vornehmlich nach rein fiskalischen Kategorien handelnd, beharrte Schäffer auf dem Grundsatz, nicht mehr auszugeben als er hatte. »Der Weg zur Inflation geht über meine Leiche«, betonte er immer wieder. Zum Ziel seiner künftigen Finanzpolitik erklärte er die Förderung der Kapitalbildung, um die deutsche Wirtschaft wieder aufbauen und die Sozialpolitik sowie die Eingliederung der Vertriebenen finanzieren zu können. Nur eine blühende Wirtschaft könne die Arbeitslosigkeit beseitigen und das für Bund, Länder und Gemeinden erforderliche Steueraufkommen erbringen. Schäffer und Ludwig Erhard wiesen also gleichermaßen dem wirtschaftlichen Wiederaufbau höchste Priorität zu.

Verstärkte Kapitalbildung wollte der Finanzminister über eine Senkung der von den Alliierten befohlenen hohen Steuertarife und durch die Wiedergewinnung des Vertrauens der Sparer erreichen. 1950 wurde das Einkommensteuer- und Körperschaftssteuergesetz dahingehend geändert, daß nicht-entnommene Gewinne aus Betrieben begünstigt wurden, um die Investitionsbereitschaft durch Eigenfinanzierung zu fördern. 1951 wurde das Einkommensteuer- und Körperschaftssteuergesetz vereinfacht. 1952 wurden Steuerbegünstigungen für den Kapitalmarkt und die Kapitalbildung geschaffen. Die Alliierten protestierten gegen die Steuersenkungen, zumal sich die Bundesregierung gleichzeitig um eine Senkung der Besatzungskosten sowie um eine neue Wirtschaftshilfe der USA bemühte.

In der Frage des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden entfernte sich Schäffer eindeutig von seiner früheren föderalistischen Politik. Nach dem Grundgesetz standen dem Bund die Einnahmen aus den Zöllen, der Ertrag der Monopole, die Verbrauchssteuern (mit Ausnahme der Biersteuer), die Beförderungs- und Umsatzsteuer sowie die einmaligen Zwecken dienenden Vermögensabgaben zu. Die übrigen Steuern, insbesondere die Einkommen-, Körperschafts-, Vermögens-, Erbschafts- und Biersteuer, die Verkehrs- und Realsteuern sowie die Steuern »mit örtlich bedingtem Wirkungskreis« standen nach dem Grundgesetz den Ländern und – nach Maßgabe der Landesgesetzgebung – den Gemeinden zu. Da sich eine breite Kluft zwischen den steuerstarken und den steuerschwachen Ländern bildete, mußte die unterschiedliche Steuerkraft und Ausgabenbelastung durch einen horizontalen Finanzausgleich zwischen den Ländern ausgeglichen werden.

Das geschah erstmals für das Rechnungsjahr 1950. Als der Bund 1950/51 die Ausgaben für Kriegsfolge- und Soziallasten teilweise übernahm, beanspruchte er einen Teil der Einkommen- und Körperschaftssteuer. Nach langen Verhandlungen mit den Ländern kam 1951 das Inanspruchnahmegesetz zustande, das den Bund an diesen Steuern mit 27% beteiligte. 1952 erhöhte sich der Satz auf 37%, 1953 auf 38%. Durch das Finanzverfassungsgesetz von 1955 wurde der Verteilungsschlüssel für das Aufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer neu festgelegt: Ab 1958 standen dem Bund 35%, den Ländern 65% zu.

Angesichts der politischen und sozialen Probleme, mit denen sich die Bundesregierung durch die Übernahme der Kriegsopferversorgung (1950), schrittweise Rentenerhöhungen, Integration der Flüchtlinge (Lastenausgleichsgesetz von 1952) usw. und durch die Förderung des Wohnungsaufbaus konfrontiert sah, konnte Schäffer sein Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts nur in ständigen Konflikten mit Ministerkollegen und Interessenverbänden erreichen. Rigoros versuchte er die Haushaltsanforderungen der verschiedenen Bundesressorts zu begrenzen. Da ihm mit der Entscheidung über die Finanzierungsmöglichkeit zugleich auch jene über die Realisierung von Vorhaben zufiel, nahm er sehr bald eine zentrale Stellung im Bundeskabinett ein.

Nach Bundeskanzler Adenauer wurde er zum »starken Mann« in der Regierung. Diese Stellung mußte er allerdings auch gegenüber Adenauer verteidigen, der bekannte: »Ich wetze mich an ihm wie ein Messer am Schleifstein.« Klar und knapp in seiner Diktion, allem Phrasenhaften und Pathetischen abhold, schlau, vor allem aber vorsichtig, dank seiner persönlichen Anspruchslosigkeit und seiner Prinzipientreue immun gegen Korruption, ein flinker, kühl rechnender Politiker mit scharfem Urteilsvermögen, aber auch mit kernigem Humor, ging er seinen Gegnern nicht in die Falle.

Während der ersten Legislaturperiode konnte Schäffer mit einer weitgehenden Unterstützung seiner Finanzpolitik durch den Kanzler rechnen, da für diesen entscheidend war, daß durch sie der wirtschaftliche Aufstieg ermöglicht und die Außenpolitik abgesichert wurden. So sorgte Schäffer – allerdings widerwillig – für die Finanzierung der Verpflichtungen (3 Mrd. DM) aus dem Wiedergutmachungsvertrag mit Israel (1952). Mit der Regelung der deutschen Auslandsschulden im Londoner Schuldenabkommen von 1953 verschaffte er der Bundesrepublik sowohl wirtschaftlich als auch politisch Reputation. Schon in der ersten Besprechung mit dem Drei-Mächte-Ausschuß im Juni 1951 warb er um Vertrauen in das deutsche Volk und in die deutsche Wirtschaft. In der Regelung der Vorkriegsschulden aus dem Dawes- und Youngplan (13,3 Mrd. DM) sowie der Nachkriegsschulden der

Bundesrepublik (6,8 Mrd. DM) sah er nicht nur eine Rückkehr Deutschlands zur Vertragstreue, sondern auch die Voraussetzung für die Wiedereingliederung Deutschlands in die internationale Wirtschafts- und Währungsordnung.

VII

Machte während der ersten Wahlperiode 1949/53 der Haushaltsausgleich noch Schwierigkeiten, so änderte sich das in den folgenden Jahren einer sich verbessernden Wirtschaftslage, ohne freilich auch auf Schäffers Ausgabenpolitik einen grundsätzlichen Einfluß zu gewinnen. Der Finanzminister praktizierte weiterhin eiserne Sparsamkeit und malte die Situation des Haushalts in düsteren Farben. Er kritisierte, daß das Parlament nicht auf die Einschränkung der Ausgaben achte, sondern im Gegenteil immer neue fordere. »Für eine, auch unter Popularitätsverzicht, stabil gemachte Mark wird das Volk am Ende immer dankbarer sein als für zweifelhafte Geschenke, die schließlich die sozialen Grundlagen unseres Staates erschüttern müßten.« Unentwegt klärte Schäffer daher die Öffentlichkeit über den Zusammenhang zwischen Staatshaushalt und Geldwertstabilität auf. »Es wäre wohl besser, wenn von vornherein die öffentliche Finanzpolitik mit einem Teil jener Anteilnahme wenigstens verfolgt und beurteilt würde, die der einzelne seinem Steuerbescheid widmet; denn letzten Endes ist der Steuerbescheid der Ausfluß der gesamten Finanzpolitik des Staates.« Immer mehr sah sich Schäffer jedoch dem Vorwurf ausgesetzt, er betreibe eine kleinliche Haushaltspolitik des permanenten Sparens und enge somit den politischen Handlungsspielraum ein. Thomas Dehler nannte ihn eine Mischung zwischen einem strengen Hausvater und einem Staatssozialisten. Adenauer fand seine in finanziellen Dingen oft unbeschwert schweifende Phantasie, die Schäffer schlicht als Leichtsinn auffaßte, durch den hartnäckig mahnenden Finanzminister eingeengt (»Sie müssen sich endlich entscheiden, ob Sie einen Finanzminister wollen oder einen Dukatenscheißer«). Durch das Horten von Geldmitteln erreichten die aus Kassenüberschüssen bei der Notenbank stillgelegten Rücklagen 1957 schließlich eine Höhe von über 6 Mrd. DM, was einem Fünftel des Volumens des Bundeshaushalts entsprach. Die Anhäufung dieser Summe wurde als »Juliusturm« bezeichnet – fürderhin Schäffers Markenzeichen schlechthin. Kurt Richebächer hatte diesen Begriff im September 1954 in Reminiszenz an den Juliusturm der alten Spandauer Festungsanlagen erstmals gebraucht: Bis zur Mobilmachung 1914 war in jenem Turm »für Zwecke der Mobilmachung« ein Restbetrag der französischen Kriegsentschädigung von 1871 in Höhe von 120 Mill. Mark in Gold aufbewahrt

worden. Schäffer wies zu seiner Rechtfertigung darauf hin, sich an vertragliche Verpflichtungen gehalten zu haben, indem er Rücklagen für nicht abgerufene Besatzungs- und Stationierungskosten gebildet habe. Die Mittel stellten keine disponiblen Haushaltsreserven dar, sondern seien für den Aufbau der Bundeswehr eingeplant.
Dennoch verlockte die Summe, vom Finanzminister die Erfüllung kühner Vorhaben zu fordern. Besonders im Hinblick auf die Bundestagswahlen 1957 wurde die Ausgabefreudigkeit in hohem Maße geweckt. Die CDU/CSU-Fraktion setzte den »Kuchenausschuß« ein, der die Mittel des »Juliusturms« zur Finanzierung vornehmlich sozialpolitischer Aufgaben verwendete. Es war nicht zuletzt diesen Wahlgeschenken zu verdanken, daß die Unionsparteien die absolute Mehrheit im Bundestag gewannen.
Seitdem die Ausgaben des Bundeshaushalts stärker anstiegen als die Einnahmen (seit 1962), seitdem es sich die Finanzminister als Verdienst anrechnen, wenigstens den Anstieg der Neuverschuldung zu bremsen, erinnert man sich neidvoll an die Zeiten des »Juliusturms«. Um so erstaunlicher ist, daß Schäffer gerade durch den von ihm aufgebauten »Juliusturm« zu Fall gekommen ist. Nachdem jedermann sehen konnte, daß Geld vorhanden war, verloren seine Appelle zur Sparsamkeit an Glaubwürdigkeit. (Ludwig Erhard griff sie zehn Jahre später wieder auf, indem er zum Maßhalten aufrief.) Hatte Schäffer den »Juliusturm« errichtet, um bei künftigen Rüstungsausgaben keine Steuererhöhungen vornehmen zu müssen, stellte sich nun ein unerfreulicher Effekt heraus: Durch den Zufluß von Milliardenbeträgen in den Geldstrom in Zeiten der Hochkonjunktur und der vollen Ausnutzung des volkswirtschaftlichen Kaufkraftfonds kam es zu einer gewissen Geldentwertung.
Bei der Regierungsbildung 1953 hatte kein Zweifel bestanden, daß Schäffer die Leitlinien der künftigen Finanzpolitik bestimmte. Niemand wagte damals, dem ausführlichen Forderungskatalog, den der Finanzminister dem künftigen Kabinett vorlegte, ernsthaft zu widersprechen. Ebenso unangefochten vertrat er den personellen Anspruch der CSU auf die Besetzung des neu zu schaffenden Bundesverteidigungsministeriums. Bei der Regierungsbildung 1957 war indes die Position Schäffers infolge der ständigen Querelen mit den Kabinettsmitgliedern und der Diskussion um den »Juliusturm« so geschwächt, die Position Adenauers und der Unionsparteien insgesamt dank des hohen Wahlsiegs so gefestigt, daß man sich nun des unbequemen Finanzministers entledigte. Adenauer betraute Franz Etzel, den er gerne als Kronprinz aufgebaut hätte, mit der Leitung des Finanzressorts, Schäffer sollte das neue Ministerium für Bundesvermögen übernehmen. Als er dieses Angebot ablehnte, wurde er mit dem Bundesjustizministerium abgefunden.

Fritz Schäffer schied mit Wehmut aus dem Finanzministerium, in dem er das Vollgefühl eines Mannes erfahren hatte, der seine besonderen Gaben mit dem ihm anvertrauten Amt in Einklang wußte. Nun fand er den Satz: »Grundlage des Staates ist das Recht und nicht das Geld!« Mit dem Pflichtbewußtsein des Beamten widmete er sich seinem neuen Aufgabenbereich. Das Deutsche Richtergesetz, die Bundesnotarordnung und das Familienänderungsgesetz wurden während seiner Amtszeit verabschiedet. Das Bundespatentgericht wurde eröffnet, die Aktienrechtsreform vorangetrieben und der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches vorgelegt. Die vorgeschlagene Wiedereinführung der Todesstrafe mußte auf Grund des starken Protests in der Öffentlichkeit zurückgezogen werden. Ein geplantes Ehrenschutzgesetz (»Lex Soraya«) blieb unverwirklicht. Schäffer verwaltete das Justizwesen mehr als daß er es prägte.

Politisches Aufsehen erregte er, als 1958 seine Gespräche 1955/56 in Ost-Berlin mit General Vinzenz Müller und Sowjetbotschafter Georgie Maximowitsch Puschkin über die Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung bekannt wurden. Blieb dieser Ausflug in die Deutschlandpolitik Episode, so bewirkte das Erlebnis des Berliner Mauerbaues vom 13. August 1961 bei Schäffer vollends eine Ernüchterung. Auch als Treuhänder der Länder in der von Adenauer initiierten Deutschland-Fernseh-GmbH (1960) geriet er in die Schlagzeilen der Presse.

Mit Ende der dritten Legislaturperiode (1961) schied Schäffer aus dem Bundeskabinett aus. Inzwischen 73jährig, verzichtete er auch auf eine erneute Kandidatur zum Deutschen Bundestag, um Jüngeren Platz zu machen. Er zog sich, mit den höchsten staatlichen Auszeichnungen geehrt, ins Privatleben zurück und wollte dem politischen Geschehen »nur noch zuschauen«. Er arbeitete im Wirtschaftsbeirat der CSU mit, nahm an den »Hundhammer-Kegelabenden« in München teil, betätigte sich als Beiratsmitglied der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft sowie der Bayerischen Vereinsbank und hielt Vorträge. Am 29. März 1967 erlag Fritz Schäffer in Berchtesgaden einem Herzinfarkt. Julius Kardinal Döpfner zelebrierte am 4. April in der Basilika zu Tuntenhausen in Anwesenheit von Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger, Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß und dem bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel das Pontifikalrequiem für den Verstorbenen, der im nahen Ostermünchen seine letzte Ruhestätte fand.

Heinrich Lübke (1894–1972)

Theodor Heuss als erster Bundespräsident (1949–1959) der Bundesrepublik Deutschland hat Maßstäbe gesetzt. Sein Amtsnachfolger zu werden, war eine undankbare Aufgabe. Heinrich Lübke hat das höchste Staatsamt nicht angestrebt, aber in der gleichen Bereitschaft zu patriotischer Pflichterfüllung übernommen wie 1947 das Ressort des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Nordrhein-Westfalen. Dem als Agrar- und Siedlungsexperten ausgewiesenen Unionspolitiker fehlte für die vornehmlich repräsentative Aufgabe des Staatsoberhaupts Eloquenz, aber auch die Fähigkeit zu politischer Zurückhaltung.

Heinrich Lübke entstammte dem westfälischen Sauerland und der ländlichen Bildungsreserve des deutschen Katholizismus. Er verleugnete weder seine Herkunft aus einfachen Verhältnissen noch seine konfessionelle Zugehörigkeit. Im Lebensweg des in der bisher 35jährigen Geschichte unseres Staates einzigen katholischen Bundespräsidenten spiegelt sich die Problematik, vor die sich ein großer Teil seiner Generation gestellt sah: In eindeutiger Distanz das »Dritte Reich« zu überleben, gleichwohl aber in die Zwänge der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft verstrickt zu werden.

Der zweite Bundespräsident war kein Mann des Wortes und der Feder. Er blieb bestrebt, möglichst wenig über seine Herkunft und Jugendzeit, seinen Bildungs- und Studiengang, über seine Familie und Freunde, selbst über die Etappen seiner beruflichen Laufbahn bis Anfang 1946 hin bekanntwerden zu lassen.

I

War Heuss ein typischer Repräsentant des protestantisch-städtischen Bildungsbürgertums, so war Lübke ein Repräsentant des katholischen »Ackerbürgertums« im westfälischen Sauerland (Johannes Hermanns). Er wurde am 14. Oktober 1894 in Enkhausen, einem kleinen Dorf im Kreis Arnsberg, geboren, das inzwischen in Sundern eingemeindet worden ist, und Karl Heinrich getauft. Er war das zweitjüngste Kind von acht Kindern – drei sind früh gestorben – des Schuhma-

chers Friedrich Lübke, der eine kleine Nebenerwerbslandwirtschaft mit Eigen- und Pachtland hatte.
Bei deren Bewirtschaftung mußten die Kinder frühzeitig mithelfen. Heinrich war sieben Jahre alt, als sein Vater 1902 starb. Bei der Sorge um die Familie wurde die Mutter Karoline, geb. Becker (gest. 1921), vom ältesten Sohn Franz unterstützt – er ist 1916 im Krieg gefallen –, der das väterliche Geschäft übernommen hatte. Er war pädagogisch besonders begabt und förderte die früh erkennbaren literarischen und musikalischen Interessen seines dreizehn Jahre jüngeren Bruders Heinrich. Aus den Erfahrungen seiner Jugendzeit erwuchs dessen christlich und kleinbäuerlich bestimmte agrarsoziale Prägung. Zum 70. Geburtstag des Bundespräsidenten hieß es in einer Würdigung des regierungsamtlichen »Bulletins«: »Es war eine heile Welt, in der er seine Jugend verbringen konnte. Ihr ist er bis heute innerlich treu geblieben.«
Heinrich Lübke schloß sich besonders eng seinem sieben Jahre älteren Bruder Friedrich Wilhelm an, der später zeitweise mit ihm zusammen im landwirtschaftlichen Organisationsbereich arbeitete, einen Bauernhof in Schleswig-Holstein übernahm und sich auch als Jugendbuch-Schriftsteller einen Namen machte. Aus dem Zweiten Weltkrieg als Marineoffizier zurückgekehrt, amtierte Friedrich Wilhelm Lübke zunächst als Landrat, bis er 1951 zum Vorsitzenden der CDU in Schleswig-Holstein gewählt wurde und im gleichen Jahre noch zum Ministerpräsidenten dieses Landes (gest. 1954). Heinrich Lübkes jüngerer Bruder Josef verblieb als Hauptlehrer in der engeren Heimat (gest. 1963); seine Schwester Theresia (gest. 1958) bewohnte später mit ihrer Familie das elterliche Haus in Enkhausen, das auch der Bundespräsident immer wieder zu kurzen Erholungsaufenthalten besuchte.
Seine Grundausbildung erhielt Heinrich Lübke in der einklassigen dörflichen Volksschule, wo der »plattdeutsch« aufgewachsene Junge hochdeutsch sprechen lernte. Vom katholischen Ortsgeistlichen durch privaten Unterricht gefördert, konnte er mit 14 Jahren in die Untersekunda des Progymnasiums in Werl eintreten. Von dort aus schaffte er den Sprung zum Gymnasium Petrinum in Brilon (Hochsauerland), an dem er 1913 sein Abitur bestand. Nach einjährigem Praktikum in einem Vermessungsbüro begann Lübke ein Studium der Geodäsie, Landwirtschaft und Kulturbautechnik an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn. Dort trat er einer farbentragenden katholischen Studentenverbindung bei. Das erste Semester war gerade beendet, als der Erste Weltkrieg begann.
Der sauerländische Student meldete sich als Freiwilliger, wurde als Artillerist ausgebildet und zunächst in Ostpreußen, seit 1915 an der Westfront eingesetzt, zuletzt als Leutnant der Reserve, ausgezeichnet

mit dem Eisernen Kreuz II. und I. Klasse. Wie so viele seiner Zeitgenossen wurde er vom Erlebnis des Krieges entscheidend geprägt.
Nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst Ende 1918 nahm Heinrich Lübke sein Studium wieder auf, und zwar an der Landwirtschaftlichen Hochschule und an der Universität in Berlin. In seiner Berufsausbildung ist er vor allem durch zwei bedeutende Agrarwissenschaftler gefördert worden: durch Friedrich Aereboe und Max Sering. 1921 absolvierte Lübke sein Examen als Vermessungs- und Kulturingenieur. Kenntnisse und Neigung drängten in Richtung einer beruflichen Tätigkeit im Bereich der Siedlungsbewegung mit ihren bevölkerungspolitischen, arbeitsschaffenden und sozialen Zielsetzungen und ihrer Verknüpfung von »innerer Kolonisation«, Wohnungsfürsorge und Bodenreform.

II

Nach seinem Studienabschluß arbeitete Heinrich Lübke zunächst im Vermessungsbüro des Regierungslandmessers und Siedlungsexperten Ernst Meincke in Münster und ergänzte an der dortigen Universität 1921/22 seine Ausbildung durch das Studium der Staatswissenschaften. Er begann als »Gehilfe, Schüler und Freund« (Erwin Topf) Meinckes, der Anfang der zwanziger Jahre den »Westfälischen Pächter- und Siedlerbund« gegründet hatte. 1925, bei seinem Einzug in den Preußischen Landtag als Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei, war der inzwischen in Merseburg tätige Meincke Ehrenvorsitzender dieses Verbands (seit 1927: »Westfälischer Bauernbund«).
1923 übersiedelte Lübke, der in Münster auch die Zeitschrift »Der Pächter« redigiert hatte, nach Berlin, wo er eine Reihe regionaler Organisationen von Kleinbauern, Pächtern und Heuerlingen zur »Hauptgenossenschaft landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe« zusammenfaßte (Stammkapital 1929: 108000 RM). Daraus entstand 1926 der »Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe e. V.«, den Lübke als Geschäftsführer betreute. Dieser Verband schloß sich 1927 mit einigen Regionalverbänden zur »Deutschen Bauernschaft e. V.« zusammen. Die Geschäftsführung der neuen kleinbäuerlichen Interessenvertretung übernahmen Lübke und Artur Müller, der bisherige Geschäftsführer des »Deutschen Bauernbunds«. Die alte wie die neue Organisation wurde vom großagrarisch ausgerichteten »Reichslandbund« wie auch von der »Vereinigung der deutschen (seit 1931: christlichen) Bauernverbände« als bodenrefor-

merisch und sozialistisch bekämpft. Lübke galt, und nicht in erster Linie seiner rötlichen Haarfarbe wegen, als »roter Lübke«.
1927 gründete er die gemeinnützige »Siedlungsgesellschaft Bauernland AG«, die er als Vorstandsmitglied leitete. Zwei Jahre später übernahm er noch die Geschäftsführung einer von ihm gegründeten »Wirtschafts- und Treuhandstelle der Deutschen Bauernschaft« (»Witreu«), die Kredite der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse zur Finanzierung von Siedlerstellen vermittelte und verwaltete. Lübke war auch Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berliner Heimbank A. G. – der Hausbank der »Deutschen Bauernschaft« –, ferner stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der mit auf seine Initiative hin 1930 gegründeten Deutschen Siedlungsbank in Berlin sowie Mitglied des Aufsichtsrats der 1930 gegründeten »Görreshaus AG« und im Vorstand des Bundes deutscher Bodenreformer, also ein vielbeschäftigter Verbandspolitiker.
Seine erfolgreiche Arbeit in der Gründung von etwa 3000 neuen Siedlerstellen brachte ihm neben der Gegnerschaft großbäuerlicher Interessenvertretungen auch konfessionell begründete Angriffe ein. 1959 erkärte Lübke einmal, er habe in der Deutschen Bauernschaft für »diejenigen gearbeitet, die es im Rahmen des landwirtschaftlichen Berufsstandes am schwersten haben«, und er habe »auch späterhin, – obwohl mir sehr häufig der Vorwurf gemacht worden ist – gerade diese Gruppe der kleinen und mittleren Landwirte nicht vergessen«.
1932 gelang es Lübke, der bereits 1930 auf der Reichswahlliste der Zentrumspartei gestanden hatte, einen Platz auf der Landesliste der Zentrumspartei in Preußen zu erhalten. Seine Aufstellung hatten der Rheinische und der Westfälische Bauernverein vergeblich zu verhindern versucht. Am 24. April 1932 wurde er in den Landtag gewählt.
Seit 1929 war Lübke mit Wilhelmine geb. Keuthen (1885–1981) verheiratet, Studienrätin an einem Oberlyzeum in Berlin-Schöneberg. Sie entstammte einer kinderreichen Familie – ihr früh verstorbener Vater war Verwaltungsleiter einer Bergwerksgesellschaft – aus dem sauerländischen Ramsbeck (Kreis Meschede), etwa 40 km von Enkhausen entfernt. Wilhelmine Keuthen hatte das Lehrerseminar in Paderborn absolviert und, nach einer Ergänzungsprüfung für den höheren Schuldienst, an der Universität Münster Mathematik, Philosophie und Germanistik studiert. Sie war zehn Jahre älter als ihr Mann, außerordentlich sprachbegabt, und wurde ihm zu einer wesentlichen Stütze. Das kinderlose Ehepaar erwarb in Berlin-Marienfelde ein Haus (das 1945 zerstört wurde).
1933 hat der Berliner Wirtschaftsjournalist Erwin Topf den Verbandspolitiker Lübke folgendermaßen charakterisiert: »Ganz unbäuerlich sieht dieser Mann aus; er könnte, mit der etwas forciert-soliden Eleganz seiner persönlichen Erscheinung, am ehesten noch eine

literarische Erfindung von Thomas Mann sein. Charakteristisch dafür, wie sehr er den Kontakt zum Bauerntum verloren hat, ist die wahrhaft großzügige Art, mit der er seinen organisatorischen Apparat hingestellt hat ... Lübke ist nicht auf dem Acker zu Hause; sein eigentliches Feld sind die Reichstags-Couloirs, in denen er eine stets ersprießliche Tätigkeit zu entfalten weiß. So hat das Zentrum einen guten Griff getan, als es ihn zum Parlamentarier bestimmte; da es mit dem Reichstag nicht klappte, hat man ihn wenigstens in den Landtag geschickt.«

III

Bereits kurz nach Beginn des »Dritten Reiches« bekam Lübke den Terror der Nationalsozialisten zu spüren. Am 12. März 1933 erneut zum Landtagsabgeordneten gewählt – nach der von Göring Anfang Februar erzwungenen Auflösung des preußischen Parlaments –, wurde er am 1. April vorübergehend verhaftet. Der Zerschlagung (»Gleichschaltung«) aller nicht-nationalsozialistischen Verbände und Organisationen fiel am 11. Juli auch die »Deutsche Bauernschaft« zum Opfer. Hingegen konnte Lübke seine Tätigkeit als Direktor der »Siedlungsgesellschaft Bauernland« zunächst fortführen. Sie befand sich im Gefolge der einschneidenden Agrar-, Wirtschafts- und Finanzkrise in finanziellen Schwierigkeiten.

Am 5. Februar 1934 wurde der mißliebige Siedlungsexperte und frühere Zentrumspolitiker unter dem damals gern benutzten Vorwand, staatliche Kredite nicht bestimmungsgemäß verwandt zu haben, verhaftet. Durch den Aufsichtsrat der Siedlungsgesellschaft wurde er von seinem Posten abberufen, sein Gehaltskonto gesperrt; am 19. März erfolgte seine Entlassung.

Bis zum 11. Oktober 1935 blieb Lübke, u. a. im Gefängnis Plötzensee, in Untersuchungshaft, ohne daß Anklage gegen ihn erfolgte: trotz Vernehmungen zahlloser Zeugen und Haussuchung bei etwa 70 Personen (er selbst wurde 48mal vernommen). Dann wurde das Korruptionsverfahren wegen des Verdachts der »Urkundenbeseitigung« von der zuständigen Strafkammer des Landgerichts Berlin aus dem »tatsächlichen Grunde des mangelnden Beweises« eingestellt bzw., soweit es um den Verdacht der Aufnahme eines Darlehens zum Kauf seines Hauses und zur Gewährung eines gleichen Darlehens sowie der Abfindung an den mitangeklagten Direktor der Siedlungsgesellschaft Artur Müller ging, unter Verweis auf eine Amnestie vom 7. August 1934 eingestellt. (Müller, SPD-Mitglied, war 1933 aus Deutschland emigriert und hat nach 1945 aus Brasilien die untadelige Haltung Lübkes bezeugt.)

Lübkes Verhaftung und Untersuchungshaft waren politisch motiviert. Deswegen erhielt er auch keine Entschädigung für die zwanzigmonatige Haft zugebilligt, während der sein bisher rötlich schimmerndes Haar schneeweiß geworden war. In einer späteren Ansprache als Bundespräsident (1965) findet sich der Satz: »Wer einmal bei den Nationalsozialisten eine Haft ... durchgemacht hatte, der war still, wenn er nach Hause kam.« Da ihm eine Revision versagt wurde, blieb soviel an Lübke »hängen«, daß drei Jahrzehnte später die SED-Propaganda damit gegen den Bundespräsidenten agieren konnte.
Nach seiner Entlassung war Lübke zunächst arbeitslos. Er verbrachte längere Zeit auf dem Bauernhof seines Bruders Friedrich Wilhelm in Schleswig-Holstein. Der Regimegegner, frühere Zentrumsabgeordnete und Leutnant d. R. wurde 1937, 1938 und 1939 zu Wehrübungen nach Brandenburg einberufen und noch 1942 (ohne Wehrdienst zu leisten) zum Hauptmann d. R. befördert. Solche Ungereimtheiten gehörten zu den Widersprüchlichkeiten des Alltags im »Dritten Reich«.
Seit 1937 arbeitete Lübke in Berlin als Geschäftsführer einer von ihm aufgebauten »Niedersächsischen Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft«. In seiner neuen Tätigkeit habe er »recht erfolgreiche Arbeit leisten« können, urteilte er 1952 rückblickend.
Nach Kriegsbeginn wechselte Heinrich Lübke – ohne seine bisherige Tätigkeit in der Wohnungsbaugesellschaft gänzlich aufzugeben – in das Berliner Architektur- und Ingenieurbüro Walter Schlempp über. Dieses Büro wurde als »Baugruppe Schlempp« in den Verfügungsbereich des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt und späteren Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion Albert Speer eingegliedert. Die Aufgabe des Ingenieurs Lübke bestand darin, den Bau von zivilen und militärischen Anlagen, eingeschlossen Unterkünfte für Arbeitskräfte – auch für Häftlinge aus Konzentrationslagern – zu planen und zu überwachen, u. a. für das Raketenversuchsgelände in Peenemünde und, nach dessen Zerstörung im August 1943, in Sachsen-Anhalt zwischen Staßfurt und Bernburg (unterirdische Flugzeugfabriken).
Heinrich Lübke, seit 1944 stellvertretender Leiter des Büros Schlempp, ist Ende 1944 aus Berlin in die Nähe von Baustellen seiner Firma in Baalberge bei Bernburg umgezogen. (Seine Frau war bereits vorher nach Düsseldorf und dann in ihre sauerländische Heimat übergesiedelt.) Von dort aus setzte er sich, vermutlich im April 1945, nach Höxter an der Weser ab, wo die Baugruppe Schlempp eine Außenstelle besaß. Dort war er seit Mai 1945 als Vermessungs- und Bauingenieur am Wiederaufbau einer zerstörten Weserbrücke beteiligt. Mit Schlempp zusammen gründete er 1945/46 in Frankfurt die »Mainbau GmbH«.

IV

Noch 1945 schloß sich Lübke in Höxter der neugegründeten CDU an. Er zählte zu denjenigen westfälischen Unionsvertretern, die am 30. April 1946 von der britischen Militärregierung in den neuerrichteten Beratenden Westfälischen Provinzialrat berufen wurden (bis 2. Oktober 1946). In diesem Gremium in Münster unter Oberpräsident Rudolf Amelunxen war Lübke Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Bodenreform sowie des Ausschusses für Wiederaufbau. Auf dem ersten Parteitag der westfälischen CDU vom 17.–19. Mai 1946 in Recklinghausen referierte er über Siedlungsfragen. Im Juni 1946 gehörte er in Bad Nenndorf zu den Wiedergründern der »Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation«. Diese Organisation, deren Vorsitz er übernahm, erstrebte eine umfassende Siedlung auf Kosten des Großgrundbesitzes.

Mit seinem neuen Konzept einer neuen Siedlungs- und Agrarpolitik knüpfte Lübke an seine Tätigkeit und seine Erfahrungen aus der Zeit vor 1933 an. In einer 1946 erschienenen Broschüre »Grundlagen einer neuen Siedlungspolitik«, veröffentlicht in einer Schriftenreihe der CDU »Politik aus christlicher Verantwortung«, bezeichnete er als Ziel jeder »gesunden politischen Arbeit« die »Fürsorge für Menschen, ihre Existenzsicherung und ihre Aufwärtsentwicklung in materieller und geistiger Hinsicht«. In der »geschichtlich beispiellosen« Notlage Deutschlands müßten möglichst viele wirtschaftlich unabhängige Existenzen geschaffen werden; das sei die »Grundvoraussetzung einer demokratischen Ordnung«.

Lübke ging davon aus, daß die Ernährungslage nur durch »starke Verdichtung der ländlichen Bevölkerung« und Schaffung möglichst vieler Siedlerstellen gesichert und verbessert werden könne. Die stark »heimatgebundene Kraft« der landwirtschaftlichen Arbeit sollte gleichzeitig den Ostvertriebenen und Flüchtlingen neue Geborgenheit und Lebensaufgabe vermitteln. Für die erforderliche Landgewinnung hielt Lübke die Abgabe von privatem Besitz – im Einklang mit den Grundsätzen der »christlichen Eigentumsordnung« – für ebenso unabdingbar wie die Landabgabe aus dem Besitz der öffentlichen Hände. Der Siedlungsexperte übersah, daß der Weg zur Industriegesellschaft gerade wegen der künftigen Existenzsicherung einer wachsenden Bevölkerung weiter begangen werden mußte. Seine Forderung nach Agrarreform und Ertragssteigerung durch Bevölkerungsverdichtung außerhalb der Städte deckte sich nicht mit den Vorstellungen der CDU. Bei ihr stand der zumindest vorläufige Verzicht auf alle bodenreformerischen Experimente im Vordergrund, zumal die Bodenverteilung in Nordwestdeutschland nicht als grundsätzlich revisionsbedürftig erschien.

Am 2. Oktober 1946 wurde Lübke in den ernannten Landtag von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf berufen (und dort Mitglied des Ausschusses für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten), am 2. April 1947 als CDU-Abgeordneter in den ersten Landtag gewählt (Wahlkreis Arnsberg). In dessen Handbuch lautet seine Berufsangabe »Vermessungs- und Kulturingenieur«.
Seine Kenntnisse und Erfahrungen qualifizierten Lübke als Kandidat seiner Fraktion für die Übernahme des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, das nach einer Umbildung der ersten Landesregierung unter dem parteilosen Ministerpräsidenten Rudolf Amelunxen der CDU (genauer: deren westfälischem Landesverband) zufiel. Der Regierungschef soll jedoch zunächst gezögert haben, den »roten Lübke« in sein Kabinett aufzunehmen, weil er als »linksstehend« galt und von den Großgrundbesitzern »mit Skepsis« angesehen worden sei (Peter Hüttenberger).

V

Am 6. Januar 1947 wurde Lübke als Mitglied der Düsseldorfer Allparteien-Regierung Leiter eines Ressorts, dem angesichts der wirtschaftlichen Not und der Ernährungskrise die damals undankbarste Aufgabe gestellt war. In diesem Amt verblieb er auch unter Ministerpräsident (seit Juni 1947) Karl Arnold, seinem Fraktionskollegen und Freund, bis Ende 1952.
Die ersten eineinhalb Jahre seiner Ministertätigkeit bis zur Währungsreform im Juni 1948 waren ein einziger aufreibender Kampf mit der Militärregierung und den übrigen Ländern, mit der Zweizonenverwaltung in Frankfurt, mit Bauernverbänden und Schwarzmarkt-Mentalität. Dabei ging es um die Verteilung des Mangels und der Not, um die Sicherung der Lebensmittelversorgung im größten und industriereichsten Land und um den Wiederaufbau der teilweise zerstörten Landwirtschaft.
Lübke bewies im Ringen um die Erhöhung der Lebensmittelerzeugung und -zuteilung, bei der Eingliederung von Flüchtlingen und vertriebenen Landwirten, beim Interessenausgleich innerhalb des Kabinetts, aber auch innerhalb seiner eigenen (von Konrad Adenauer geleiteten) Fraktion Sachverstand und Durchsetzungsvermögen. Er blieb bestrebt, den widerstreitenden Interessen der landwirtschaftlichen Erzeuger wie denen der hungernden Verbraucher gerecht zu werden.
Ende April 1947 informierte Lübke den Zonenbeirat in der britischen Zone über die katastrophale Ernährungslage und drängte den anwesenden stellvertretenden Militärgouverneur General Sir Brian Robert-

son zu Lebensmittelimporten: »Die physische und moralische Widerstandskraft unseres Volkes ist schon im Brechen, und muten Sie bitte der jungen Demokratie nicht zu, die Verantwortung für den wirtschaftlichen Niedergang auf sich zu nehmen, die ganz allein die Militärregierung trifft.« Als zu Weihnachten 1947 eine Versorgungskatastrophe drohte, erwog Lübke seinen Rücktritt, der jedoch vom Kabinett abgelehnt wurde. Angesichts der Allzuständigkeit der Militärregierung blieb er deren ständiger Mahner.
Anstelle eines weiter verschärften und ineffizienten Kontrollsystems gegenüber den Bauern setzte Lübke ein wirkungsvolleres Prämiensystem (»freie Spitzen«) als Gegenleistung für höhere Ablieferungen der Landwirte durch. Er zählte zu den Befürwortern einer maßvollen Bodenreform zur rascheren Behebung der sozialen Not und zur Beschaffung von Land für Siedlungszwecke. Entsprechende Gesetzesentwürfe vom November 1948 mußten jedoch auf Verlangen der Militärregierung so entschärft werden, daß es schließlich nur zu geringfügigen Eingriffen in die überkommene Eigentumsordnung kam. Zur Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge gründete Lübke Neusiedlungen im zerstörten Reichswald bei Kleve und im Hürtgenwald. Von einer Förderung der inneren Kolonisation versprach er sich die Schaffung neuer »Lebenssicherheit und Heimatverbundenheit«. Er beklagte 1952 das »verzweifelt langsame« Voranschreiten der Siedlungsarbeit.
Seit der Währungsreform verbesserte sich die Ernährungs- und Wirtschaftslage. Der Landwirtschaftsminister kandidierte 1949 auch für den ersten Bundestag. Er nahm das Mandat nach seiner Wahl am 14. August 1949 (Wahlkreis Arnsberg-Soest) an und übte es – was damals noch möglich war – neben seinem Ministeramt und Landtagsmandat aus, eingeschlossen den Vorsitz im Agrarausschuß des Bundestags. Diese ungewöhnliche Ämterhäufung endete ein Jahr später damit, daß Lübke Ende September 1950 sein Bundestagsmandat wieder aufgab. Seitdem strebte er offensichtlich eine großräumigere Tätigkeit in Bonn an. Ende 1952 schied der Landwirtschaftsminister aus dem Kabinett Arnold aus und übernahm am 1. Januar 1953 das Amt des Generalanwalts des Deutschen Raiffeisenverbands in Bonn.
Zum Abschluß der Düsseldorfer Ministerzeit erneuerte er sein Credo, dafür Sorge zu tragen, daß die Agrarpolitik nicht einzelne Gruppen auf Kosten anderer fördere, sondern »alle zu ihrem Recht« kommen lasse. »Als ich nach Düsseldorf kam, war ich ein gesunder Mann; heute bin ich angeschlagen«, erklärte er bei seinem Abschied, aus dessen Anlaß die Presse übereinstimmend seine Verdienste als Ressortchef würdigte. Nach dem Wechsel in die Bundeshauptstadt begann Lübke mit dem Bau eines Hauses auf dem Venusberg, das er bis zu seinem Tode bewohnte und das Walter Henkels 1959 so beschrieb: »Es sieht aus wie

das westfälische Landhaus eines bemittelten Kleinfabrikanten, der Geschmack hat bis zum letzten i-Pünktchen, selbst in der Innenarchitektur.«
Als »Generalintendant des Genossenschaftswesens« (so Lübke 1959) blieb er beredter Verfechter des Prinzips der Hilfe zur Selbsthilfe in der Landwirtschaft, die allerdings in ihrem Preis- und Einkommensgefüge hinter anderen Zweigen der Volkswirtschaft zurückgeblieben sei. Die Arbeit seiner Genossenschaft bewertete er als das gerade Gegenteil einer Vorstufe des Kollektivismus, nämlich als wesentliche Etappe auf dem Wege zur persönlichen Freiheit und sozialen Sicherheit.
Im Juli 1953 wurde Heinrich Lübke von der Landwirtschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität mit der Würde eines Ehrendoktors ausgezeichnet, und zwar in Anerkennung seines »von menschlichem Verstehen, staatsmännischer Klugheit und tiefer Sachkenntnis geprägten Wirkens im volksreichsten Land der Bundesrepublik«. Dort habe er, so hieß es weiter in der Verleihungsurkunde, in Zeiten des Hungers und der Not »für breite Schichten die physische Existenz und für alle den sozialen Frieden« retten geholfen, dem Wiederaufbau der Landwirtschaft »auf den Höfen, in den Schulen und wissenschaftlichen Forschungsstätten erfolgreich gedient und so im Ganzen ein Werk von geschichtlichem Rang geschaffen«.

VI

Zwei Monate später, im September 1953, wurde der Verbandsanwalt in den zweiten Bundestag gewählt (Wahlkreis Rees-Dinslaken) und in der neuen Bundesregierung zum Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ernannt. Adenauer hatte sich zunächst, wie bereits 1949 (»Bodenreformer«), gegen die Aufnahme Lübkes gesträubt, den er aus dessen früherer Berliner Tätigkeit wie aus der gemeinsamen Landtagsarbeit in Nordrhein-Westfalen zwischen 1946 und 1949 kannte. Der neue Ressortchef verschaffte sich rasch eine feste Position im Kabinett.
Auch wenn es zutrifft, daß sich Adenauer und Lübke »menschlich nicht leiden konnten« – wie Altbundespräsident Heuss 1961 in einem internen Briefwechsel formulierte –, so übernahm der Kanzler ihn auch 1957 in sein drittes Kabinett. Das geschah gegen massiven Einspruch des Bauernverbands. Sein Landtagsmandat gab Lübke am 6. März 1954 auf.
Anders als das Düsseldorfer Landwirtschaftsministerium hatte das entsprechende Bundesressort »kaum etwas zu verwalten, dafür aber um so mehr zu entscheiden« (Theodor Sonnemann), vor allem gesetzgeberische Maßnahmen vorzubereiten. Lübke übernahm sein neues

Amt zu einem Zeitpunkt, in dem das »Wirtschaftswunder« nicht auch die Landwirtschaft erfaßt hatte. Deren Produktion steigerte sich zwar weiter, stieß aber an Grenzen, die nur durch strukturellen Umbau und durchgreifende Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum beseitigt werden konnten. Diesem Ziel dienten entsprechende agrarpolitische Maßnahmen, die der neue Bundesminister teilweise fortsetzte, teilweise begründete. Das betraf die Rationalisierung und Technisierung der Landwirtschaft, Flurbereinigung, Zinsverbilligung für landwirtschaftliche Kredite, Siedlung und Aussiedlung, Anpassung auch der Ausbildungsförderung, schließlich ab 1958 Maßnahmen zugunsten der deutschen Landwirtschaft, um sich im künftigen europäischen Markt behaupten zu können.

Lübke krönte die von seinem Amtsvorgänger Wilhelm Niklas (CSU) begonnene Politik der Marktordnungsgesetze durch das Landwirtschaftsgesetz vom September 1955. Danach sollte die Landwirtschaft »mit Mitteln der allgemeinen Wirtschafts- und Agrarpolitik« in den Stand versetzt werden, die »für sie bestehenden naturbedingten und wirtschaftlichen Nachteile gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen auszugleichen und ihre Produktivität zu steigern«. Gleichzeitig sollte die soziale Lage der in der Landwirtschaft tätigen Menschen an die vergleichbarer Berufsgruppen angeglichen werden.

Aufgrund dieses Gesetzes wurden jährlich »Grüne Berichte« und darauf basierende »Grüne Pläne« der Bundesregierung erstellt. Sie dienten als Grundlage für gezielte finanzielle Hilfen zugunsten der Landwirtschaft, eingeschlossen eine Verbesserung der Infrastruktur in ländlichen Gebieten. Bei der Einführung des ersten »Grünen Planes« vor dem Bundestag 1956 sprach Lübke davon, daß dieses Entwicklungsprogramm nicht der Isolierung vor äußeren Gefahren dienen, sondern vielmehr den »Glauben der bäuerlichen Bevölkerung an sich selbst wieder stärken und ihr damit neuen Mut« zur Weiterführung ihrer schweren Aufgabe geben solle. Dabei prophezeite er richtig, daß sich die bäuerliche Struktur in der Bundesrepublik derjenigen der »staatlichen Großbetriebe des Ostens« auch künftig in jeder Weise überlegen erweisen werde. Mit seiner Politik der Modernisierung der Landwirtschaft und der Agrarstruktur geriet der Minister bald in die Schußlinie des Deutschen Bauernverbands, der Erwartungen insbesondere auf einen jährlichen Preis-/Kostenausgleich nicht erfüllt sah und im Blick auf andere Wirtschaftszweige lautstark kurzfristige Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft forderte.

Der gern polternd auftretende Präsident dieses Interessenverbands, Edmund Rehwinkel, hat später dem Minister zu Unrecht angelastet, daß das ohnehin »schon unvollkommene« Landwirtschaftsgesetz »ohne jede dynamische Weiterentwicklung« geblieben sei. Rehwinkel ließ die »persönliche Integrität« Lübkes – »der ›Grüne Heinrich‹, wie

wir ihn manchmal nannten« – gelten, reihte sich jedoch in die Reihe derjenigen Kritiker ein, die Lübke als vermeintlich rückständigen Verfechter bildungspolitischer Zielsetzungen (»einklassige Dorfschule«) verhöhnten.
Auch nach Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957) und des damit geschaffenen Gemeinsamen (Agrar-)Markts hielt Lübke an seiner sozialpolitischen Linie fest, die kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe durch gezielte Arbeitsteilung so zu fördern, daß der selbstverantwortlich wirtschaftende Familienbetrieb erhalten blieb. Es war wesentlich seiner Arbeit zu verdanken, daß sich die bereits begonnene Abwanderung aus der Landwirtschaft in andere Wirtschaftszweige ohne soziale Erschütterungen vollzog. In Lübkes Amtszeit wurden Bundesmittel auch für die Maßnahmen der Landschaftspflege, bei der Agrarstrukturverbesserung und zur Förderung der Naturparks eingesetzt. Der von ihm gegründete Verband »Stadt und Land« sollte dazu beitragen, das Klima zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern zu verbessern. Einen wesentlichen Schritt in der landwirtschaftlichen Sozialpolitik bedeutete das 1957 verabschiedete Gesetz über Altershilfe für selbständige Landwirte.
Als Bilanz seiner Tätigkeit als Bundesminister kann Lübkes Beitrag für die Festschrift zum 80. Geburtstag von Andreas Hermes gelten. Unter dem Titel »Betrachtungen zur Agrarpolitik« zeichnete er darin 1958 den Aufstieg der Landwirtschaft seit 1948 nach. Dieser sei nicht etwa ein wirtschaftliches »Wunder« gewesen, sondern vor allem dem Selbsterhaltungstrieb und Arbeitsfleiß der Bevölkerung zu verdanken gewesen. Die Leistungssteigerung der Landwirtschaft verdeutlichte der Minister durch eindrucksvoll wirkende Zahlen und Statistiken, allerdings mit dem Ergebnis, daß die Landwirte gleichwohl in ihrer Einkommensentwicklung gegenüber anderen Berufen noch erheblich »nachhinkten«.
Als seine bedeutendste Leistung bezeichnete er das vom Bundestag einstimmig verabschiedete »Landwirtschaftliche Grundgesetz« von 1955, in dessen Konsequenz der »Grüne Plan« bisher Milliardenhilfe durch gezielte Förderungsmaßnahmen gebracht habe. In seinem Ausblick auf den gemeinsamen europäischen Markt, der seit Anfang des Jahres wirksam geworden war, warnte Lübke vor allgemeinem »Agrarpessimismus« und rief stattdessen die deutsche Landwirtschaft dazu auf, ihre speziellen Möglichkeiten und Chancen zu nutzen.
Gegen Ende seiner Amtszeit als Bundesminister erkannte Lübke die Bedeutung einer »Erschließung der Entwicklungsländer«. Die von ihm vertretene Politik verstand er als Baustein für die Schaffung eines wiedervereinigten Deutschlands und der »Vereinigten Staaten von Westeuropa«. Als 1960 die Tierärztliche Fakultät der Universität München dem Bundespräsidenten die Würde eines Dr. med. vet.

ehrenhalber verlieh, würdigte sie damit seine Verdienste, die er sich als Landwirtschaftsminister in der Bekämpfung von Tierseuchen und der Förderung der Volksgesundheit erworben hatte.
Den Mitarbeitern seines Ressorts machte es Lübke nicht leicht, sich an seine Denkweise und seinen Arbeitsstil zu gewöhnen. Er suchte soviel wie möglich (oder noch mehr) stets selbst zu erledigen und hat Kraft wie guten Willen seiner Beamten arg strapaziert. Lübke war offensichtlich kein besonderer Freund seiner höheren Beamtenschaft – die zum Teil noch aus dem Reichsernährungsministerium stammte – und hörte gern vertraute Ratgeber außerhalb des Ressorts. Von jeher pflegte er seine Reden, in deren vorbereiteten Entwürfen er endlos herumkorrigierte, so sehr durch Daten und Statistiken zu untermauern, daß sie häufig als wirkungslose Vorträge langweilten. Der ihm in Bonn angehängte Beiname »Heinrich der Lübke« zielte auf die »etwas überzogene Gravität seines Auftretens« (Friedrich Steding).

VII

Den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn erreichte Heinrich Lübke 1959, als er im Alter von 64 Jahren als Nachfolger von Theodor Heuss zum zweiten Bundespräsidenten gewählt wurde. Der überraschende Rückzug Adenauers von der Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten im Juni 1959 führte zu einer hastigen Suche nach einem geeigneten »Ersatz«. 57 Wahlmänner eines informellen Gremiums der beiden Unionsparteien nominierten am 15. Juni 1959 in Bonn einstimmig Lübke, dessen Name bereits von Anfang an unter den möglichen Kandidaten genannt worden war.
Von Adenauer befragt, ob er die Kandidatur annehme, antwortete der Minister: »Ich traue mir wohl zu, eine sachliche Aufgabe gut zu lösen, aber ich weiß nicht, ob ich einem so hohen Amte entspreche. Ich bin aber der Auffassung, daß jemand, dem dieses Amt einmütig angetragen wird, es im Interesse von Volk und Staat auch annehmen sollte.«
Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« kennzeichnete Lübke als »Mann des Ausgleichs«, der durch »Leistung und Charakter« ausgezeichnet sei und für die deutsche Agrarpolitik »ähnliches bedeutet wie Erhard für die Wirtschaftspolitik im allgemeinen«.
Am 1. Juli 1959 wurde Heinrich Lübke von der nach Berlin einberufenen Bundesversammlung zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Im zweiten Wahlgang erhielt er mit 526 Stimmen die erforderliche absolute Mehrheit gegenüber dem SPD-Kandidaten Carlo Schmid (386 Stimmen; Max Becker, FDP, 99 Stimmen, 22 Stimmenthaltungen). Die SPD hatte seine Kandidatur (»Verlegenheitskandidat«, »Lückenbüßer«) zunächst kritisiert; Franz Barsig im »Vorwärts«:

»Der arme Heinerich«. Hingegen begrüßte Exkanzler Heinrich Brüning von seinem amerikanischen Wohnsitz aus die Wahl Lübkes, der ein »sehr zuverlässiger Charakter« sei und alle Intrigen hasse: »Wenn es nötig ist, kann er sehr energisch werden und seinen westfälischen Dickkopf aufsetzen.«
Der Minister legte am 2. September sein Bundestagsmandat nieder und schied am 15. September aus der Bundesregierung aus. Am gleichen Tage übernahm er sein neues Amt, wohnte aber weiterhin in seinem Haus auf dem (klimatisch günstigeren) Venusberg in Bonn, »sein Rhöndorf«, wie Heuss ironisch kommentierte.
Als Staatsoberhaupt hatte Lübke keinen leichten Start. Er bekam nicht nur die Folgen der »Präsidentschaftskrise« vom Sommer 1959 zu spüren, sondern auch das drückende Erbe seines Amtsvorgängers Heuss, der seinerseits Lübke als »sehr ehrenwerten und sachlich geschickten Mann« charakterisierte (Juni 1959). Doch allmählich verschaffte sich der neue Amtsinhaber Respekt. Er verstand seine Aufgabe als Wächteramt, suchte dafür Verständnis zu finden und fühlte sich verpflichtet, jederzeit auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen.
Seinem Amt eine eigene Prägung zu geben, fiel ihm schon deshalb nicht leicht, weil der politisch neutralisierte Bundespräsident vor allem durch Auftreten, Beispiel und Reden wirkt. Nun war aber Lübke alles andere als ein Redner. Selbst vorbereitete Manuskripte trug er oft genug höchst ungeschickt und stockend vor, zumal mit fortschreitendem Alter.
Mit sauerländischer Beharrlichkeit versuchte Lübke immer wieder, die Grenzen seines Amtes, die er mit »Märtyrergesinnung« (so Ende 1965) hinnahm, auszuweiten und sich als »politischer« Bundespräsident zu betätigen. Bei der Regierungsbildung 1961 drängte er offen auf Einbeziehung der SPD und sträubte sich zunächst gegen die Ernennung des CDU-Politikers Gerhard Schröder zum neuen Außenminister. Aus dieser Einstellung resultierten Spannungen mit Adenauer wie mit dessen Nachfolgern Ludwig Erhard (1963–1966) und Kurt-Georg Kiesinger (1966–1969).
Lübke, der keiner Mehrheit nach dem Munde redete, blieb bestrebt, Präsident aller Deutschen zu sein. Das unterstrich er durch demonstrativ häufige Besuche in der alten Reichshauptstadt. Unmittelbar nach seiner Wahl hatte er Berlin als »Hauptanliegen aller Deutschen« und als Ziel gemeinsamer Arbeit ein »auf Recht und Freiheit gegründetes, dem Frieden der Welt dienendes wiedervereinigtes Deutschland« bezeichnet. Besonders von Berlin aus, wo er mehr als 20 Jahre lang gelebt hatte, forderte Lübke immer wieder das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen. Mit Stolz trug er die ihm 1962 verliehene Würde eines Ehrenbürgers der Stadt Berlin. (1963 verkaufte er sein

dortiges Haus, das er nach dem Wiederaufbau den »Armen Schulschwestern unserer Lieben Frau« als Schwesternaltersheim vermietet hatte.)
Einen zweiten Schwerpunkt seiner Amtsführung setzte Lübke durch betonten Einsatz zugunsten der Entwicklungshilfe, deren politisches Gewicht er früh erkannte, und im Kampf gegen den Hunger in der Welt. Seine insgesamt 37, teilweise ausgedehnten Staatsbesuche – die ihm den Beinamen des »Reise-Präsidenten« eintrugen – galten vornehmlich den Ländern der Dritten Welt. In ihnen gewann der Bundespräsident durch seine unmittelbare Anteilnahme an deren Geschick, die bis hin zu Ratschlägen aus seiner eigenen Erfahrung als Agrarökonom reichte, und durch seine natürliche Würde ein beträchtliches Kapital von Vertrauen und Glaubwürdigkeit für die Bundesrepublik.
Die strapaziösen Anforderungen, die diese Staatsbesuche – darunter je drei ausgedehnte Reisen nach Afrika und Asien, ferner nach Mittel- und Südamerika – an Standfestigkeit und Durchhaltevermögen Lübkes stellten, hat er in bewunderungswürdiger Art und Weise gemeistert. Dabei litt er neben Herzbeschwerden unter einem Magenleiden, aus dem eine ständige Angst vor einer in seiner Familie verbreiteten Krebserkrankung resultierte. Der Bundespräsident fand an seiner tatkräftigen und klugen Frau Wilhelmine eine wesentliche Stütze. Sie begleitete ihren Mann auf allen Staatsbesuchen und erleichterte vor allem durch erstaunliche Sprachkenntnisse den Brückenschlag ins Ausland.

VIII

Nicht zuletzt dem Einfluß seiner Frau war es zu verdanken, daß Lübke für die im Sommer 1964 fällige Wahl des Bundespräsidenten erneut kandidierte, obwohl er inzwischen 69 Jahre alt und sichtlich von Altersbeschwerden geplagt war. Seine Wiederwahl durch die Bundesversammlung am 1. Juli 1964 in Berlin erfolgte bereits im ersten Wahlgang mit 710 (von insgesamt 1024) Stimmen, da auch die sozialdemokratischen Abgeordneten für ihn votierten. Die SPD hatte auf einen eigenen Kandidaten verzichtet, nachdem sich Lübke seit Jahren hartnäckig für die Bildung einer Großen Koalition einsetzte. Der Bundespräsident war inzwischen innerlich dem Parteienpluralismus entrückt und von der Bedeutung seines Amtes ergriffen.
Der Bonner Journalist Walter Henkels beschrieb Lübke folgendermaßen: »Seine Gestalt ist mittelgroß, er geht schnellen Schrittes und kerzengerade, und von der Haltung her ist er ein soldatischer Typus.

Die Gesichtszüge sind nicht bedeutend, aber Mund und Augen sind ausdrucksvoll. Ganz deutlich sitzt der Schalk in den Augenwinkeln. Seine Stimme ist ein Bariton-Baß, und das volle Haar ist schneeweiß. Im tiefsten Kern seines Wesens ist Lübke skeptisch. Aber er bringt natürlichen Mutterwitz, Humor und Selbstironie und ein schönes Selbstgefühl mit. (...) Dem nüchternen Westfalen Lübke unterlaufen weder Eitelkeit noch Koketterie. Es stecken in ihm viel Sauberkeit, Redlichkeit und Gerechtigkeitssinn, allerdings vergißt er nicht so schnell und kann nachtragen.«

Seine zweite Amtsperiode wurde für den Bundespräsidenten zu einem Leidensweg. Seine eigensinnigen Versuche, politisch mitgestalten zu können und in missionarischem Eifer zu belehren, verstärkten sich, während seine körperlichen und auch geistigen Kräfte schwanden. Mit seiner »umständlichen Arbeitsmethode« (Theodor Heuss, 1960) und Entschlußlosigkeit belastete er nicht nur seine engsten Mitarbeiter.

Von 1964 an blieb Lübke die Zielscheibe massiver Angriffe der SED-Propaganda. Ihm wurde vorgeworfen, daß seine politische Integrität während des »Dritten Reiches« zu bezweifeln sei; seine Tätigkeit in der »Baugruppe Schlempp« habe auch der Errichtung von Konzentrationslagern und dem Arbeitseinsatz ihrer Häftlinge gedient (»KZ-Baumeister«). Teile der linksgerichteten Publizistik in der Bundesrepublik griffen diese Kampagne auf. Die Bundesregierung nahm die Vorwürfe, die auf umstrittenem Aktenmaterial und dubiosen Zeugenaussagen basierten und jegliches Verständnis für Lebensbedingungen und Überlebensmöglichkeiten im totalitären Hitler-Regime vermissen ließen, zunächst nicht ernst, zumal die vorgelegten Dokumente teilweise gefälscht seien und teilweise nichts weiteres als Skizzen für Barackenbauten.

Die Scheu von Bundesregierung und Bundespräsident, gerichtlich gegen diese Rufmordkampagne und Hetzjagd vorzugehen, resultierte nicht zuletzt aus der Erinnerung an die verhängnisvollen Erfahrungen des Reichspräsidenten Friedrich Ebert (1919–1925) mit entsprechenden Prozessen. Schließlich bezeichnete Lübke selbst am 1. März 1968 in einer Rundfunk- und Fernseherklärung die »Verleumdungen« und Beschuldigungen pauschal als »widerlegt«; während der Kriegszeit habe die »Baugruppe Schlempp« keinerlei Einrichtungen »geplant oder sonst bearbeitet, die den Charakter eines Konzentrations- oder Sträflingslagers hatten«. Seine Kritiker ließen jedoch nicht locker, allen voran »Spiegel« und »Stern«. In seiner Traueransprache beim Staatsakt für Heinrich Lübke am 13. April 1972 erklärte sein Amtsnachfolger Gustav Heinemann: Was man Lübke für die Verflechtung »aller Deutschen in Hitlers Kriegsmaschinerie« habe anlasten wollen, gehe »weit über das hinaus, was seine berufliche Tätigkeit während des Krieges tatsächlich bedeutet hat«.

Lange sträubte sich Lübke gegen Pressionen, aber auch gegen den Rat alter Freunde, daß ein vorzeitiger Rücktritt aus Gesundheitsgründen notwendig sei, um ein weiteres Absinken seines angeschlagenen Ansehens zu verhindern. Am 14. Oktober 1968, an seinem 70. Geburtstag, gab der Bundespräsident schließlich seine Bereitschaft zu einem vorzeitigen Ausscheiden aus seinem Amt zum 30. Juni 1969 bekannt, um den Termin der Wahl seines Nachfolgers nicht mit dem der Wahl des nächsten Bundestags zusammenfallen zu lassen.
So konnte die um fünf Monate vorgezogene Wahl des nächsten Bundespräsidenten bereits am 5. März 1969 in Berlin erfolgen und der dabei im dritten Wahlgang erfolgreiche Kandidat der SPD und FDP, Gustav Heinemann (SPD), sein Amt bereits zum 1. Juli 1969 antreten. Das damit ebenfalls vorfristig begründete »sozialliberale« Bündnis führte nach der Bundestagswahl vom 28. September zum spektakulären »Machtwechsel« (Heinemann) in der Bundesrepublik.

IX

Heinrich Lübke, der die Villa Hammerschmidt im Alter von 74 Jahren verlassen hatte, lebte zurückgezogen in seinem Haus in Bonn. Von jeher kein Spaziergänger oder Wanderer, sondern seiner Lebensweise nach ein Stadtmensch, vereinsamte er zusehends. Anfang November 1971 besuchte er zum letzten Mal seinen Geburtsort Enkhausen, bereits von schwerer Krankheit gezeichnet. Nach einem leichten Schlaganfall machte Anfang April 1972 ein heftiges Bluten im Magen-Darm-Bereich eine Operation erforderlich, die einen weit fortgeschrittenen Magenkrebs ergab: »Die Befürchtungen, die Lübke jahrzehntelang mit sich herumgetragen hatte, während seine Ärzte mit seiner Darmflora herumlaborierten, hatten sich auf eine tragische Weise bestätigt« (Theodor Sonnemann).
Der Bundespräsident a. D. – wie er sich selbst tituliert sehen wollte – starb, 77 Jahre alt, am 6. April 1972 in Bonn. Er wurde in seiner Heimatgemeinde Enkhausen beigesetzt. Bei einem Staatsakt am 13. April im Deutschen Bundestag sprachen Bundespräsident Gustav Heinemann, Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel und Bundeskanzler Willy Brandt ehrende Gedenkworte.
Die hervorstechendsten Wesensmerkmale des christlich-demokratischen und agrar-sozialen Politikers Heinrich Lübke waren ausgeprägtes Pflichtgefühl und das Bestreben, vornehmlich den im Leben benachteiligten Mitbürgern zu helfen. In einem Interview anläßlich seines 70. Geburtstags am 13. Oktober 1964 bekannte der Bundespräsident, er sei nie glücklicher gewesen, als wenn er »jemandem habe helfen können«.

Heinrich Lübke kam, wie er selbst einmal (1959) formulierte, von einem »kleinen Dorf und von kleinen Leuten«. Er hat das von ihm erreichte höchste Staatsamt in der Bundesrepublik Deutschland in der ihm eigenen Rechtschaffenheit und Gewissenhaftigkeit, aber auch mit Eigensinn geführt, »treu und redlich, aber ohne Glanz«, wie es sein Gegenkandidat bei der Bundespräsidentenwahl von 1959, Carlo Schmid, später einmal umschrieben hat, ergänzt um das Urteil: »Heinrich Lübke und seine Frau ... haben ein Stück Deutschland vergegenwärtigt, das ehrenwert ist.«
Die Modernität des zweiten Bundespräsidenten ist erst im Nachhinein deutlich geworden: Dies gilt für seine hohe Einschätzung der Wissenschaft, für seinen Einsatz zugunsten des Naturschutzes (als damalige Form des Umweltschutzes), für seine beschwörenden Aufrufe zur Milderung des Hungers in der Welt und vor allem für seine frühe Erkenntnis der Dringlichkeit der Entwicklungshilfe. Es gilt aber auch für seine Bekenntnis zum »einfachen Leben«. Gleichwohl ist das Andenken an diesen bedeutenden Agrar- und Siedlungspolitiker zwiespältig, eine unbefangene Würdigung seiner Leistungen und Verdienste wie seiner Grenzen dringlich.

Theodor Blank (1905–1972)

Für den Historiker ist es kein seltenes Phänomen, daß der unbezweifelbaren Lebensleistung eines Menschen kein geschichtlicher Erfolg zuteil wird, ist dieser doch, wie Theodor Heuss so treffend gesagt hat, »im historisch-politischen Ablauf nun eben ein Terminproblem«. Merkwürdig rasch – fast einer Verdrängung kam es gleich – war Theodor Blank, der über ein Jahrzehnt als Verteidigungsminister und Minister für Arbeit und Sozialordnung in vier Kabinetten der Bundeskanzler Adenauer und Erhard die deutsche Politik tatkräftig und engagiert mitgestaltet hatte, von der Öffentlichkeit vergessen worden. Als er 1972, kurz vor seinem Tode, krank schon und wohl auch resignierend, sein Bundestagsmandat niederlegte, schien mit der stürmischen Reformstimmung seit den Sechziger Jahren, in der sich der soziale Wandel im wiederaufgebauten Deutschland und ein entsprechend verändertes Wertgefühl äußerten, die Zeit über ihn und seine politische Lebensarbeit hinweggegangen zu sein. Freilich gab es auch damals manche, die wußten, daß Person und Wirken Theodor Blanks in dem Maße Anerkennung finden würden, wie er mit den Kräften und Geschehnissen, die ihn fast vergessen gemacht hatten, in einem durch den zeitlichen Abstand gewonnenen größeren geschichtlichen Zusammenhang erscheinen und gewertet würde.

Dieser erste biographische Versuch zeigt eine historische Individualität, die – wie nur wenige – vorherrschende Interessen und Tendenzen unserer Zeit verkörpert: Theodor Blank steht für die aktive politische Beteiligung der emanzipierten Arbeiterschaft in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Er repräsentiert zugleich die vielfältig gegliederte Bewegung derer, die sich vom Boden christlicher Staats- und Sozialauffassung den Anforderungen der modernen Wirtschaftsgesellschaft und Demokratie stellen. Kaum jemals ist konkrete Politik in der Bundesrepublik mit einer so eindeutigen Standortbestimmung betrieben worden wie von ihm, und kaum auch ist politisches Handeln so weltanschaulich fundiert und in einer solchen gesamtheitlich-historischen Perspektive begründet und vertreten worden. Das wird bei den »historischen« Entscheidungen der deutschen Nachkriegszeit deutlich, die von ihm mitgetragen und miterwirkt worden sind: Als Sprecher des Arbeitnehmerflügels der CDU sicherte er 1948 im Frankfurter Wirtschaftsrat der wirtschaftspolitischen Konzeption

Ludwig Erhards die notwendige Mehrheit und verhalf damit der Sozialen Marktwirtschaft zum Durchbruch. Zwischen 1950 und 1955 leitete er den Neuaufbau deutscher Streitkräfte und bereitete deren Eingliederung in das westliche Verteidigungsbündnis vor. Zwischen 1957 und 1965 setzte er sich als Minister für eine zeitgemäße Sozialpolitik ein, die ein solidarisches Sicherungssystem anstrebte, das auf der Mitverantwortung des einzelnen beruhen sollte. In jeder dieser Verantwortungen erwies er sich als Exponent einer Generation, die durch zwei Weltkriege und das nationalsozialistische Gewaltregime um ihre Jugend und besten Mannesjahre betrogen worden ist, aus ihren erschütternden Erlebnissen jedoch auch Kraft und Maßstäbe für die Gestaltung einer menschenwürdigen Lebenswelt geschöpft hat.

I

Geboren wurde Theodor Anton Blank – so der Taufname – am 19. September 1905 in Elz bei Limburg/Lahn, am Fuße des Westerwaldes, als drittes von zehn Kindern des Ehepaars Theodor Blank und Margarete geb. Eufinger. Tagelöhner und Müllersknechte aus dem Westerwald und Taunus waren seine Vorfahren. Mit dem Vater, einem gelernten Schreiner, der 1913 kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges nach Bochum zog, um der Familie eine sichere Existenz zu verschaffen, kam der 8jährige Volksschüler in das von hochkonjunkturellem Tempo, aber auch starker sozialer Spannung erfüllte industrielle Kerngebiet des Deutschen Reiches. Am 31. März 1919, wenige Wochen nach den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung, mitten in den von Räte- und Generalstreikbewegung verwirrten Anfängen der Weimarer Republik, erhielt er das Schulentlassungszeugnis der Volksschule Dahlhausen. Es folgte, nach dem Vorbild des Vaters, die Modellschreinerlehre in einer Maschinenfabrik, daneben ein dreijähriger Lehrgang für Metallarbeiter an der Gewerblichen Fortbildungsschule in Linden, den er als prämierter Schüler absolvierte. Von der Lehrvergütung, die noch im vierten Lehrjahr 1,80 Mk pro Schicht betrug, zahlte er den Mitgliedsbeitrag der Christlichen Gewerkschaften, denen er mit 14 Jahren beigetreten war, und deren Neuorientierung von der »reinen Gewerkschaftsidee« zur sozial- und staatspolitischen Mitverantwortung er als aufgeschlossener junger Mensch bewußt miterlebte.
Seinen ersten Arbeitsplatz fand er in der Steinfabrik Dr. Otto und Co., zu deren Belegschaft er sieben Jahre gehörte. Von seinem Lohn finanzierte er den entbehrungsvollen »zweiten Bildungsweg«, der ihn über die Technische Fachschule des Kreises Hattingen und die Höhere Abendschule der Stadt Essen zur Oberstufenreife im Frühjahr 1930

führte. Daß seine Anstrengungen nicht nur dem persönlichen Fortkommen und Aufstieg galten, sondern auch im Dienst an der Arbeitnehmerschaft und ihrer Interessen in Staat und Gesellschaft gemacht wurden, bezeugten seine Arbeitskollegen, als sie ihn mit 24 Jahren zum hauptamtlichen Gewerkschaftssekretär wählten und ihm zu einem Zeitpunkt, als sich die ersten Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auch in Deutschland zeigten, die Aushandlung von Tarifverträgen sowie die Vertretung von Mitgliedern in Schlichtungs- und Arbeitsgerichtsverfahren anvertrauten.
Adam Stegerwald, Heinrich Imbusch und Bernhard Otte, unter deren Führerschaft die Christlichen Gewerkschaften den Höhepunkt ihrer Entwicklung erreichten, wurden seine Vorbilder. Über drei Jahre war er in Dortmund für das nördliche und nordwestliche Ruhrgebiet bis zur holländischen Grenze – später nach der Gründung der Bundesrepublik sollte hier auch sein Bundestagswahlkreis (Bocholt – Borken – Ahaus) sein – als Agitations- und Verwaltungsstellenleiter des Zentralverbandes Christlicher Fabrik- und Transportarbeiter tätig. Es war die Zeit, in der die Gewerkschaften einen harten Zweifrontenabwehrkampf gegen den nationalsozialistischen und kommunistischen Radikalismus zu führen hatten. Wie sein Vater stand auch Theodor Blank dem Zentrum nahe, das sich in Dortmund auch auf einen festen Stamm der katholischen Arbeiterschaft stützte und sich gegen die anderen Parteien gut behauptete.
In seiner neuen Funktion nahm er an den Lehrgängen der gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsstätte »Unser Haus« in Königswinter teil, die unter Leitung von Franz Röhr (1888–1934) und Theodor Brauer (1880–1942) standen. Von ihnen bekam er das sozialpolitische Rüstzeug; hier wurde er mit dem Gedankengut der christlichen Soziallehre vertraut gemacht, wie es in die Grundsatzprogrammatik der Christlichen Gewerkschaften zwischen 1919 und 1929 eingegangen war. Ihren Kern bildete die christliche Gemeinschaftsidee, die auf der Anerkennung der Personalität, der Einzigartigkeit des Menschen, und auf dem Bewußtsein des Miteinanderseins, der Solidarität, beruht. Von ihr her war auch der Begriff der Gemeinwirtschaft bestimmt, der verstanden wurde als Verbindung von Individualismus und Sozialismus, von privater Unternehmertätigkeit und gesellschaftlicher Regelung auf der Grundlage der Unterordnung des Einzelwohls unter das Wohl der Gesamtheit. Diese vom christlichen Solidarismus eines Heinrich Pesch SJ beeinflußte Gemeinwirtschaftskonzeption erkennt das Privateigentum und die freie Marktwirtschaft als Organisationselemente an, verlangt aber zugleich regulierende, »gestaltende« Prinzipien, wie die soziale Gerechtigkeit und das Gemeinwohl, sowie institutionelle Sicherungen wie Berufsvertretungen und subsidiäre Intervention des Staates.

Mit diesem Programm verband sich eine klare Ablehnung des sozialistischen Klassen- und Klassenkampfdenkens, ja eine Kampfansage an jede Art von mechanischem Materialismus. Vornehmstes Ziel von Wirtschaft und Politik blieb ganz im christlichen Sinn die sittliche Vervollkommnung der Einzelpersönlichkeit und weiter des Gemeinschaftslebens mit seiner Urzelle, der Familie. Gewerkschaftliche Aufgabe mußte es daher sein, die Arbeiterschaft zu entproletarisieren, ihr nicht nur eine möglichst krisenfest soziale Sicherung zu verschaffen, sondern sie durch berufliche Bildung, Vermögenspolitik und Erweiterung des Mitbestimmungsrechts zu einem eigenständigen, verantwortlichen Teil einer Gemeinschaftsordnung von Wirtschaft und Gesellschaft zu machen. An diesem Grundstock von Werten und Vorstellungen hat der Gewerkschafter und – später – der Politiker Theodor Blank festgehalten, wenn er ihn auch nach Maßgabe seiner Lebenserfahrungen und der sich wandelnden strukturellen Gegebenheiten weiterzuentwickeln versucht hat.

II

Nach der Zerschlagung und Gleichschaltung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten wurde er 1933 als Gewerkschaftssekretär auf die Straße gesetzt, zunächst ohne Möglichkeit, eine andere Arbeit zu finden. Nichts offenbart seinen Charakter, seinen zähen Freiheits- und Aufstiegswillen mehr als der Entschluß, die erzwungene freie Zeit zu nutzen, um weiterzulernen und das Abitur als Voraussetzung eines akademischen Studiums nachzumachen. Zunächst durch Selbststudium, dann mit der Hilfestellung eines Konvikts in Braunsberg/Ostpreußen (Ende 1933 bis Ende 1934) bereitete er sich auf die Primareife vor, so daß er in das Karl-Humann-Gymnasium in Essen-Steele aufgenommen werden konnte. Die Schulgeldfreistelle, die er bewilligt erhalten hatte, wurde ihm wieder entzogen, weil er sich beharrlich weigerte, einem nationalsozialistischen Verband beizutreten.

Aber er hielt durch, und zu Ostern 1936 konnte er in seinem Reifezeugnis die allgemeine Beurteilung lesen: »Hervorragende Begabung, zähe Ausdauer und außerordentliches Pflichtgefühl machten es ihm möglich, mit 30 Jahren die Reifeprüfung mit ›gut‹ zu bestehen«. Der Weg zur Universität war offen. Mit Unterstützung von Verwandten und Freunden begann er in Münster Naturwissenschaften zu studieren, mußte aber aus finanziellen Gründen bald das Studium abbrechen. Im Sommer 1937 erhielt er eine Stelle im Konstruktionsbüro der Junkers-Flugzeug- und Motorenwerke zu Dessau, um sich als Maschinenbauzeichner ausbilden zu lassen. Ein Jahr darauf stellte

ihn die Dortmunder Firma Schüchtermann und Kremer-Baum als Konstrukteur von Grubenventilatoren ein, mit einem monatlichen Bruttogehalt von 270 RM.
Nun konnte er auch daran denken, eine Familie zu gründen. Zum Jahresende 1938 heiratete er die Dortmunderin Paula Baumgart. Das Glück, die Frau für das Leben und einen Beruf, der seinen Interessen entsprach, gefunden zu haben, ermutigte ihn, einen zweiten Anlauf zum Studium zu machen. Am 1. April 1939 ließ er sich für drei Monate beurlauben, um im Sommersemester an der Technischen Hochschule Hannover zu studieren. Doch nur ein Semester war ihm vergönnt. Am 16. August 1939 wurde er zur Wehrmacht eingezogen, 14 Tage später begann für Blank wie für seine Generation der Leidensweg des Zweiten Weltkriegs an den Fronten in Belgien, Frankreich und Holland, in Polen und Rußland.
Er war – im Nachrichtenregiment einer Panzerdivision – ein guter Soldat, der mehrfach befördert wurde, zuletzt zum technischen Inspektor im Range eines Oberleutnants. Im Rückblick auf sein Soldatsein, in einer Diskussion mit Bonner Studenten im Jahre 1952, während der Auseinandersetzungen um die deutsche Wiederbewaffnung, hat er schlicht und geradsinnig, wie es seine Art war, von seiner Ehre gesprochen, die er immer »sauber gehalten« habe und die niemand ihm habe nehmen können. Der Arbeiter Blank hat sich immer gegen jede pauschale Verdächtigung und Verunglimpfung des Soldatentums verwahrt, angesichts der Tatsache, daß es überwiegend von der Arbeiterschaft getragen wird.

III

Der Krieg ging für ihn im bayerischen Petershausen nördlich von Dachau zu Ende, wo er in amerikanische Gefangenschaft geriet. Eine Woche benötigte er, um von dort wieder ins heimatliche Revier zu kommen. Am 3. Juli 1945 meldete er sich auf dem Wohnungsamt in Dortmund. Die Stadt war zu 65,8% zerstört. Unter primitivsten Bedingungen mußte mit dem Wiederaufbau begonnen werden. Da die ehemalige Wohnung durch Luftangriff zerstört worden war, mußte die Familie Blank – 1941 war der Sohn Theodor geboren worden – monatelang bei Bekannten und Verwandten ein Unterkommen suchen, bis sich im Dortmunder Vorort Brackel eine Mansarde mit Wohnküche als Heim fand.
Ganz anders das geistige Startkapital, über das er wie alle Männer und Frauen der ersten Stunde verfügte. Der Heimkehrer Blank machte sich mit dem Lebensmut des Davongekommenen und mit der ihm eigenen Energie an die Arbeit des Neuaufbaus. Rasch fand er Anschluß an die

Kreise, die sich mitten im Zusammenbruch der Naziherrschaft zur Wiederbegründung von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zusammengefunden hatten und dort wie in den von der Besatzungsmacht errichteten lokalen Parlamenten und Verwaltungen politische Verantwortung zu übernehmen bereit waren. Blank, der zwar zunächst bei seiner alten Firma eine Anstellung fand, aber bereits nach drei Monaten wegen »der nach Kriegsende völlig geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse«, wie es in seinem Zeugnis hieß, die Kündigung bekam, nahm sofort auch wieder seine Gewerkschaftsarbeit auf. Als »Altgewerkschafter«, mit der praktischen Erfahrung aus seiner Tätigkeit vor 1933 und in der Erwartung einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung, wie sie der Zeitgeist nach 1945 nährte, setzte er sich im Sinne der Leuschner/Kaiser-Konzeption für eine einheitliche, parteipolitisch und weltanschaulich neutrale Gewerkschaftsbewegung ein. Für sie kämpfte er in den ersten Betriebsrätesitzungen der Dortmunder Großunternehmen in hartem Ringen gegen die Einheitsfrontaktionen der Kommunisten. Etwa zur gleichen Zeit, im Herbst 1945, geriet ihm der Aufruf »Dortmunder Männer und Frauen« der Christlich-Demokratischen Partei in die Hände, die von Lambert Lensing, dem Verleger des seit 1875 bestehenden Zentrumsblattes »Tremonia«, mit anderen einstigen Zentrumsmitgliedern und evangelischen Honoratioren gegründet worden war, deren Zusammenarbeit auf den interkonfessionellen Kreis des kirchlichen Widerstandes um den ehemaligen Stadtverordneten Joseph Scherer zurückging.

Noch in den Gründungsanfängen beteiligte sich Blank aktiv bei der Sammlung der aufbauwilligen christlichen Kräfte in Dortmund, die sich nach dem Godesberger Reichstreffen der CDU (14./16. Dezember 1945) in »Union« umbenannten. Auf der ersten Großkundgebung der CDU Dortmunds am 28. Juli 1946, zu der Blank – damals schon Vorsitzender der CDU-Fraktion im Stadtrat – zusammen mit dem Oberbürgermeister und Vorsitzenden der Dortmunder CDU, Herbert Scholtissek, einlud und die unter dem Leitsatz »Mit uns zieht die neue Zeit« stand, galt er als Sprecher der jungen politischen Generation.

Er war damals 41 Jahre alt, ungemein beweglich wirkend, mit energischen, fast harten Zügen und mit einer scharf akzentuierten, wuchtigen Sprache, deren rollendes »R« und rauhe Kehltöne die Herkunft aus dem Herzen Westfalens verriet. Der Westfalenart »gerade, hart, aber ehrlich«, wie er sie seinem Freund Heinrich Krone später einmal beschrieb, ist er sein Leben lang treu geblieben. Auf seine landsmannschaftliche Eigenart war er ebenso stolz wie auf seine Herkunft aus der Arbeiterschaft und auf seinen sozialen Aufstieg als »Selfmademan«. Daß diese Lebensumstände nicht nur seinen Charakter mitgeprägt, sondern auch seine Politik wesentlich beeinflußt haben, braucht nicht

besonders betont zu werden. Hinzu kam sein bewußtes Christentum, von dem seine Lebensführung und Lebensauffassung durchdrungen waren.

IV

Als die »Westfälischen Nachrichten« kurz vor der ersten Bundestagswahl unter fünf CDU-Kandidaten auch ihn nach seinen Zielsetzungen und Leitlinien fragten, schloß er seine Antwort mit dem schlicht formulierten, aber bedeutungsschweren Satz ab: »Meine politische Arbeit gilt der freien Persönlichkeit, eingegliedert in die Gemeinschaft und ausgerichtet auf den höchsten Wert: Gott.« Das Bekenntnis seines Glaubens gehörte für ihn auf selbstverständliche Weise zu seinem politischen Engagement. In der Gewerkschaft, in der Partei und im Kabinett gehörte er zu denen, die sich nicht scheuten, offen die grundsätzlichen Gedanken und Werthaltungen christlicher Staats- und Sozialauffassung auszusprechen.
In den Gewerkschaftskonflikten der ersten Nachkriegsjahre, als es um die Einheitsorganisation der Arbeiterschaft und die soziale Umgestaltung der Wirtschaftsordnung ging, hat er das »christliche Liebesgebot« gegen die Klassenkampfparolen ins Feld geführt und den marxistischen Argumentationen ein kategorisches »Hier kann ein Christ nicht folgen« entgegengehalten. Der Glaube an Gott, als Grundelement christlichen Lebens, war für ihn »somit auch Grundelement unserer Gesellschaftsauffassung«; in diesem Sinn hat er zeitweise einen »Christlichen Sozialismus« oder auch einen »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« vertreten. Mit beschwörenden Wiederholungen und manchmal sogar missionarischem Eifer hat er in seinen Parteitagsreferaten die aus dem christlichen Bild vom Menschen und der in den großen Sozialenzykliken grundgelegten christlichen Soziallehre hergeleiteten Normen, Lebensprinzipien und Ordnungsaufgaben der menschlichen Gesellschaft geltend gemacht; so etwa auf dem 8. Bundesparteitag der CDU in Kiel 1958: »Wir begreifen den Menschen eben als ein Geschöpf Gottes, dem Anteil am Reich Gottes verheißen worden ist. Von da haben wir auszugehen.«
Schon bei seinem Eintritt in die Bundespolitik, auf der großen Jugendkundgebung des 73. Deutschen Katholikentages 1949 in Bochum, als er die Festrede unter dem Titel »Jugend erstrebt und erstreitet soziale Gerechtigkeit« hielt, warnte er nachdrücklich vor einer Diesseitsverhaftung sozialer Neugestaltung und vor einem ausschließlichen Streben nach materiellen Gütern, aber auch vor Weltflucht und Hingabe an die Verzweiflung. Beides, so erklärte er,

entspreche nicht christlicher Lebenshaltung. Eine neue Lebensordnung im Geist sozialer Gerechtigkeit verheiße das Gesellschaftsideal tätigen Christentums.
Durch sein persönliches Wirken an entscheidender Stelle konnte er deutlich machen, wie eine Politik aussieht, die den Stempel christlicher Sicht vom Menschen und von der Welt trägt. Als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der 3. Regierung Adenauer (1957–1961), zu Beginn der Auseinandersetzungen um die von ihm vertretene und in maßgeblichen Teilen initiierte Sozialreform, hat er auf der Landeskonferenz der Jungen Union des Landesverbandes Berlin (3. Oktober 1958) einmal mehr die Gelegenheit benutzt, die geistigen Grundlagen seiner im Namen der Union betriebenen »Sozialpolitik aus christlicher Verantwortung« prinzipiell und zusammenfassend darzulegen.
Er ging dabei von der axiomatischen Feststellung der Gottesebenbildlichkeit des Menschen aus, deren Ausdruck Vernunft und Freiheit sind. Lebensaufgabe des Menschen ist es, diese seine Gottesebenbildlichkeit zu vollenden, was er als leiblich-geistige Person nur in der Gemeinschaft mit seinesgleichen vermag. Diese Wesensbestimmung des Menschen aus seiner Personalität und Geselligkeit heraus vermeidet sowohl die individualistische Sicht des Liberalismus wie auch die kollektivistische Sicht des Sozialismus. Aus dem doppelt gerichteten Seinsverhalten des Menschen ergeben sich die sozialen Ordnungsprinzipien der Subsidiarität und Solidarität. Das erstere besagt, daß die Gemeinschaft erst helfend beisteht, wenn der einzelne nicht mehr in der Lage ist, nach seinen Kräften und Fähigkeiten alles zu tun, um mit den Aufgaben des Lebens fertig zu werden; das zweite ergibt sich aus den Aufgaben und Pflichten des Miteinanders, die in der Gemeinschaft und um der Gemeinschaft willen behandelt werden müssen, weil nur in ihr der einzelne zur Wesenserfüllung gelangen kann.
Hier hat man die fast buchstabengetreu der Christlichen Gesellschaftslehre verpflichteten sozialphilosophischen Voraussetzungen seines politischen Handelns. Die häufige und betonte Herausstellung seines geistigen Standortes geschah auch immer unter dem Blickwinkel der Frage des »C« in den Unionsparteien. In einem Interview von 1966, als man selbst in den Sozialausschüssen der CDU von einer Betonung des Christlichen abzurücken anfing, verteidigte er entschieden das »C« im Namen der CDU, das für ihn sowohl Programm als auch ständige Forderung an die Partei bedeutete. Er erinnerte dabei an die Gründer, die nach der furchtbaren Katastrophe wie er selbst an den Neuaufbau in dem Bewußtsein gingen, daß sie Christen sind. »Wir wollten also bewußt unser politisches Wirken an das christliche Sittengesetz und an die christlichen Wertvorstellungen überhaupt binden.« Gerade für die Sozialausschüsse der CDU nahm er diese Tradition um so mehr in Anspruch, als es »für die Arbeitnehmerschaft von großer Bedeutung

ist«, wie er meinte, »daß ihr Wirken auf der christlichen Soziallehre basiert«.

V

Blank war ein überzeugter und kämpferischer Anhänger der Gewerkschaftsidee und -organisation. Wie die Mehrheit der christlichen Arbeitnehmer nach 1945 wollte er statt christlicher Richtungsgewerkschaft die Einheitsgewerkschaft unter der Voraussetzung parteipolitischer und weltanschaulicher Neutralität. Für dieses Ziel hat er sich in den entscheidenden Jahren des Neuaufbaus der Gewerkschaften 1945–1949 eingesetzt. So wurde er Mitgründer des DGB. An der Seite Hans Böcklers, den er verehrte, kämpfte er für das Industrieverbandsprinzip der Interessenvertretung von Arbeitern und Angestellten. 1946 wurde er Bezirksleiter des Industrieverbandes Bergbau / Abteilung Angestellte für Bochum / Herne / Wattenscheid / Wanne-Eickel und südliche Randgebiete; von 1948 bis 1950 war er 3. Vorsitzender und Vorstandsmitglied der IG Bergbau. Er verstand sich in seinen Gewerkschaftsfunktionen auch als ein Mittler für die jüngeren Kollegen, die zwölf Jahre lang die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterfront erlebt hatten und denen die Praxis der Gewerkschaftsbewegung vor 1933 fehlte.

In der Aufklärungsarbeit, die Blank leistete, legte er Wert darauf, Sinn, Zweck und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung aus ihrem geschichtlichen Werdegang von einer genossenschaftlichen Selbsthilfeeinrichtung über einen Zweckverband für die Verteilung des Sozialprodukts zur selbstbestimmenden und selbstverantwortenden Gestaltung des Schicksals der Arbeiterschaft in Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln. Von dieser Kernvorstellung seines Gewerkschaftsverständnisses her hat er in den Gewerkschaften nicht nur die berufenen Vertreter der Arbeitnehmerinteressen gesehen und nicht nur die Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie und das Recht des Arbeitskampfes zur Durchsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen verteidigt, sondern auch die These von unpolitischen Gewerkschaften abgelehnt: »Niemand wird behaupten wollen, daß wir neutral bleiben könnten, wenn es wieder einmal um die Sicherung des Fortbestandes der Demokratie geht.«

Die politische Demokratie galt ihm als Grundbedingung der »Wirtschaftsdemokratie«, die für ihn auf der Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital beim Zusammenwirken beider Gruppen zur wirtschaftlichen Leistungsgemeinschaft beruhte und gleichermaßen Abkehr von sozialistischen Vergesellschaftungssystemen wie Überwindung der liberalkapitalistischen Klassengesellschaft gewährleisten sollte. So bemühte er sich, in der Auseinandersetzung mit der vor allem von den

Sozialdemokraten um Hans Böckler vertretenen Konzeption der Wirtschaftsdemokratie und mit dem »Christlichen Sozialismus« eines Jakob Kaiser, unter dessen Einfluß er zeitweise stand, einen eigenen Standort zu finden. Davon zeugt auch seine Mitarbeit am Ahlener Programm der CDU der britischen Zone von 1947. Noch in seinem Beitrag zur Festgabe für Franz Etzel (1967) ist diese intensive Beschäftigung mit den Idealen des gesellschaftlichen Neubaus und den programmatischen Strömungen der ersten Nachkriegsjahre zu spüren.
Als Gewerkschaftsvertreter war er Ende 1945 in das von der britischen Militärregierung ernannte Dortmunder Stadtparlament gekommen. Hier schloß er sich der CDU-Fraktion an und wurde zum Fraktionsvorsitzenden (bis 1950) gewählt. Hier verdiente er sich im Kampf gegen SPD, KPD und FDP um die Einführung der Bekenntnisschule seine ersten politischen Lorbeeren. Er unterstützte auch die Forderung der CDU Dortmund nach Lenkung der Wirtschaft und nach Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer. Im Oktober 1946 wurde er Mitglied der ersten, ernannten Landesvertretung des neugeschaffenen Landes Nordrhein-Westfalen, in der Konrad Adenauer den Vorsitz der CDU-Fraktion übernahm. Damit begann eine zwanzigjährige, keineswegs immer ungetrübte, aber auf gegenseitiger Wertschätzung gegründete und durchaus fruchtbare Zusammenarbeit dieser beiden nach Alter, Herkunft und Werdegang so unterschiedlichen Männer.
So wirkte Blank an den von Adenauer und Gronowski im Namen der CDU-Fraktion gestellten sechs Gesetzesanträgen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuordnung mit (März 1947). Sie hatten zum Ziel, basierend auf dem Ahlener Programm der CDU, die Arbeitnehmerrechte gegenüber kapitalistischem Gewinn- und Machtstreben zu stärken und die wirtschaftsdemokratische Selbstverwaltung zu regeln.
Die »Leidenschaft der Sache«, die bald zu seinem politischen »Markenzeichen« wurde, zeichnete ihn schon in diesen parlamentarischen Anfängen aus und beeindruckte Adenauer so stark, daß dieser für die erste Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 20. April 1947 »größten Wert« auf eine sichere Kandidatur Blanks legte, der dann auch in dem aussichtsreichen Wahlkreis Altena eingesetzt wurde.
Als im Sommer 1947 der Frankfurter Wirtschaftsrat ins Leben gerufen wurde, um für die Bizone die Leitung der Bewirtschaftung und des Wiederaufbaus zu übernehmen, war Blank unter den von den Landtagen gewählten Abgeordneten – zweifellos gemäß dem Wunsche Adenauers, der dort einen »aufgeschlossenen Gewerkschaftler« als Gewährsmann wissen wollte. Blank wurde in Frankfurt Sprecher des Gewerkschaftsflügels seiner Fraktion. Und hier, in der kritischen Entscheidungssituation der deutschen Nachkriegsgeschichte, als die Auseinandersetzung zwischen einem System der Planung der gesamten Wirtschaft und dem von Ludwig Erhard als Direktor der Verwal-

tung für Wirtschaft vertretenen »Sprung in die freie Wirtschaft« ausgetragen wurde, erlebte Blank seine »Sternstunde«.
Als führender Mann der Gewerkschaften und CDU-Sozialausschüsse unterstützte er 1948 mit anderen Arbeitervertretern, zu denen auch Anton Storch, der Direktor der Verwaltung für Arbeit, gehörte, das »Gesetz über die wirtschaftspolitischen Leitsätze nach der Währungsreform«, das die Aufhebung der Bewirtschaftung und den Übergang zu einer sozial gebundenen Wettbewerbswirtschaft durchsetzen sollte. Dabei nahm er selbst seinen Ausschluß aus den Sozialausschüssen der CDU in Kauf, wie er ihm von deren Vorsitzendem Johannes Albers angedroht wurde. Man tut Blank Unrecht, wenn man sein energisches Eintreten für die soziale Marktwirtschaft und damit die Abwendung von Kaiser und dessen Vorstellungen eines »Christlichen Sozialismus«, wie sie bei vielen Vertretern der Sozialausschüsse vorhanden waren, mit der Gefolgschaft erklärt, die er den kommenden Männern Adenauer und Erhard leistete. Dabei übersieht man, daß vor allem auf sein Betreiben hin auch die Forderung der SPD nach einem im Gesetz verankerten Überwachungsausschuß für den Wirtschaftsdirektor Zustimmung fand, daß er in enger Zusammenarbeit mit Storch die Fassung so sozialfortschrittlicher Gesetze wie des Sozialanpassungsgesetzes, des Gesetzes zur Wiederherstellung der Selbstverwaltung der Sozialversicherung, des Gesetzes zur Aufhebung des Lohnstopps, des Tarifvertragsgesetzes u. a. mitbestimmte, daß er also die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft sogleich in die politische Praxis umzusetzen suchte.
Seine Entscheidung im Wirtschaftsrat war sowohl Ergebnis einer vorurteilslosen Analyse der Zeitprobleme als auch Frucht einer Begegnung mit der ordoliberalen Volkswirtschaftstheorie, in deren Licht er wesentliche Elemente der christlichen Soziallehre neu und in stärkerem Bezug auf die Freiheit und die Verantwortung des einzelnen gewichtete. In diesem Sinn hat er sich auch als Kandidat der ersten Bundestagswahl 1949 über die Soziale Marktwirtschaft geäußert: »Die in entscheidender Stunde vollzogene Befreiung des Menschen von Zwangswirtschaft ist weiter auszubauen und den schöpferischen Kräften des Menschen hinreichender Wirkraum zu geben. Diese neugewonnene Freiheit darf aber nicht zur Willkür führen, sondern muß in sozialer Verpflichtung ihre notwendige Ergänzung und Einschränkung erfahren.«
In vielen Reden hat er sein Verhalten näher begründet und die Wirtschaftspolitik der CDU in ihren Grundlagen und Zielsetzungen klar zu machen versucht. Was Blank dabei für seine Partei in Anspruch nahm, »den Mut haben, selbst auf die Gefahr des Stimmenverlustes hin, die Verantwortung zu übernehmen«, galt für ihn selbst – und das mag ein weiterer, in seiner Persönlichkeitsstruktur wurzelnder Grund

für seine Haltung im Wirtschaftsrat gewesen sein. Als Politiker, der den Mut hat, Verantwortung auch dort zu übernehmen, wo unpopuläre Maßnahmen zu treffen sind, ist er in die Geschichte der Bundesrepublik eingegangen.

VI

Konrad Adenauer hatte Blank bei der Bildung seines ersten Kabinetts nicht, obwohl er es wünschte, für das Ressort des Arbeitsministers gewinnen können, weil Blank aus Korpsgeist und Anciennitätsrücksichten dem dreizehn Jahre älteren Storch den Vortritt ließ. Doch nach einem Jahr seiner Abgeordnetenzeit im Bundestag erhielt er einen schwierigeren Auftrag, von dem er, wie er später bekannte, niemals geahnt habe, »daß er jemals auf mich zugekommen wäre«. Als der Koreakrieg einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag notwendig machte und der Aufbau neuer deutscher Streitkräfte feststand, sah Adenauer in ihm den geeignetsten Politiker, um die erforderlichen Verhandlungen mit den Westmächten zu führen und – nach innen – die Wiederbewaffnung gegenüber Parlament und Bevölkerung zu vertreten. Im Einverständnis mit den Westmächten berief er ihn am 27. Oktober 1950 zum »Beauftragten (später: Bevollmächtigten) des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen«.

Das »Amt Blank«, das zur politischen und geistigen Keimzelle des Bundesverteidigungsministeriums wurde, erarbeitete die organisatorischen Voraussetzungen für den militärischen Beitrag der Bundesrepublik zur westlichen Verteidigung. Wie der Kanzler in der CDU/CSU-Fraktion erklärte, werde Blank in der Öffentlichkeit schwerlich als Reaktionär oder Militarist verdächtigt werden können. Und gegenüber den Alliierten Hohen Kommissaren begründete der Bundeskanzler seine Personalwahl damit, daß Blank zum einen als Reserveoffizier und Kriegsteilnehmer praktische militärische Kenntnisse mitbringe, zum anderen als führender Gewerkschafter und Selfmademan von großer Intelligenz zu den hohen Militärs, die weder das Ansehen noch das Kastenbewußtsein wie in früheren Zeiten hätten, ein ganz anderes Verhältnis finden werde als seinerzeit Gustav Noske in den Anfängen der Weimarer Republik.

Beide Kalküls gingen auf: Die Offiziere, die Blank als Mitarbeiter zur Seite standen, respektierten ihn um so mehr, als er in den Besprechungen mit den Vertretern der Westmächte auf dem Petersberg und in Paris die gleichberechtigte Verhandlungsposition der Deutschen erringen konnte. Berühmt geworden ist die Szene vor der Eröffnungssitzung am 9. Januar 1951 auf dem Petersberg, wo die deutsche Delega-

tion von einem britischen Sergeanten durch den Hintereingang an der Küche vorbei eingewiesen werden sollte. Nach dem Zeugnis Speidels drohte der »alte Gewerkschaftler« Blank daraufhin »mit Stentorstimme« die sofortige Abfahrt an, was die alsbald herbeieilenden Herren des alliierten Protokolls veranlaßte, das Ganze als ein Mißverständnis zu erklären und die Deutschen zur Begrüßung durch den Haupteingang zu bitten. Bei den Verhandlungen, so Speidel weiter über Blank als Leiter der deutschen Delegation im »Lenkungsausschuß zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft«, erkannten die anderen Delegierten, »daß dieser lebenskluge, kantige, nicht mit diplomatischem Öl gesalbte Mann ein gerader und aufrichtiger Partner war, der nicht nur das deutsche Interesse an politischer und militärischer Gleichberechtigung vertrat, sondern auch Verständnis für die Interessen der Verbündeten aufbrachte«.

Auch gegenüber den Gewerkschaften, die anfänglich der Wiederbewaffnung ablehnend gegenüberstanden, ging Adenauers Rechnung mit Blank auf, konnte dieser doch wesentlich dazu beitragen, mit ihnen über die Notwendigkeit der Verteidigung auf der Basis einer gleichzeitigen näheren Bestimmung der zu verteidigenden Werte Demokratie, Freiheit und sozialer Fortschritt einig zu werden. Blank gehörte zu den Schöpfern der Konzeption des »Staatsbürgers in Uniform«. Mit seinem engeren Mitarbeiterstab stimmte er in dem Willen überein, etwas grundlegend Neues zu schaffen. So sollten nach seinen Vorstellungen Militärgerichtsbarkeit, allgemeines Vorgesetztenverhältnis und Fahneneid nicht mehr wiederaufleben. Wie er in seiner Rede im Auditorium Maximum der Universität Bonn am 16. Mai 1952 versicherte, werde Unteroffizier Himmelstoß zwar in Remarques Buch verewigt bleiben, »aber bei uns keine fröhliche Urständ feiern«.

Aber er war ein entschiedener Fürsprecher der allgemeinen Wehrpflicht, da er die Verteidigung als Aufgabe aller dazu befähigten Staatsbürger begriff und nicht als Angelegenheit eines bestimmten Standes in Form einer Berufsarmee. Deshalb brachte er auch keinerlei Verständnis für die »Ohne-mich«-Haltung als Protest gegen die Bundeswehr auf. Er nannte es eine Utopie zu glauben, man könnte in einem Verband freier Völker leben und es den anderen überlassen, die notwendige Last auf sich zu nehmen, um die Freiheit zu verteidigen: »Als ob es sowas überhaupt gäbe, ›ohne mich‹, als ob einer sagen könnte, ich sage ›ohne mich‹, und dann bin ich aus der Fährnisgemeinschaft entlassen« (22. März 1956).

Der Aufbau der Bundeswehr hatte von Anfang an unter Zeitdruck gestanden. Bis zu den Pariser Verträgen im Oktober 1954 hatte sich das »Amt Blank« lediglich auf dem Papier mit der Wiederbewaffnung beschäftigen dürfen. Und Blank hatte sich, unter dem Druck überge-

ordneter politischer Räson und gestützt auf Gutachten seiner Dienststelle, dazu verpflichtet, binnen drei Jahren 500000 Mann aufzustellen. An dieser Aufgabe biß er sich fest; er wollte die zeitgerechte Aufstellung kampffähiger Streitkräfte trotz aller Schwierigkeiten, die sich einstellten und die er in ihren Auswirkungen unterschätzte und im Umgang mit Regierung, Parlament und Öffentlichkeit nicht opportun zu behandeln wußte. Da war die öffentliche Meinung gegen die Wiederaufrüstung, die föderative Struktur der Bundesrepublik, die Priorität des Zivilen, da waren die Widerstände im Parlament und die finanziellen Grenzen, die ein langwieriges Hin und Her um Personalstellen und Materialbeschaffung mit sich brachten. Vor allem fehlte es ihm auch an der sichtbaren Unterstützung seitens des Bundeskanzlers und der die Regierungspolitik tragenden Parteien.
Als er am 8. Juni 1955, zum ersten Bundesminister für Verteidigung ernannt, vereidigt wurde, ging schon das Gerücht seiner baldigen Ablösung um. Er war ein verbissener Arbeiter, ein gründlicher Organisator, ein Mann, der klar und direkt verhandelte, aber es fehlte ihm an taktischem Geschick, er verstand es nicht zu finassieren; »Ellenbogen« gegenüber den Kollegen und Parteifreunden zu gebrauchen, lag ihm fern, und er legte nicht Wert darauf, durch gezielte »Öffentlichkeitsarbeit« Gruppeninteressen hinter sich zu bringen. Als er seine Schuldigkeit getan hatte, und, wie Theodor Heuss in seinen Tagebuch-Briefen notierte, »von der Arbeit dieser Jahre bei wechselnder taktischer Notwendigkeit verbraucht« schien, »nach einer 4jährigen brutalen Hetzjagd«, wie der »Spiegel« bescheinigte, löste ihn Adenauer ab und ersetzte ihn im Vorfeld der Bundestagswahlen von 1957 durch seinen schärfsten Kritiker Franz Josef Strauß. »Theo Blank trat zurück«, wie Felix von Eckardt registrierte, »still, würdig und pflichtbewußt, wie es seine Art ist.«

VII

Ihm war jedoch von Adenauer gleichzeitig mit seinem Ausscheiden aus dem Verteidigungsressort angeboten worden, Nachfolger von Storch zu werden und das Arbeitsministerium zu übernehmen, das mit der Neuordnung des Systems sozialer Sicherung beauftragt werden sollte. Offenbar erwartete der Kanzler, daß Blank in der Sozialpolitik neue konzeptionelle Impulse und – nach der Kostenexplosion durch die Rentenreform von 1957 – »Härte in der Durchführung eines kostenneutralen Programms« entwickeln werde. Blank, der, sei es aus Fairneß gegen seinen Freund Storch, sei es, um sich eine politische Verschnaufpause zu verschaffen, erst bei der Regierungsbildung nach den Wahlen vom Herbst 1957 ins Kabinett zurückkehrte, mußte die

ihm übertragene neue Aufgabe als die Erfüllung seines Engagements für »Recht und Würde des arbeitenden Menschen«, zugleich aber auch als Bewährungsprobe für seine sozialpolitischen Ideen empfinden.
Acht Jahre lang, vom 28. Oktober 1957 bis zum 25. Oktober 1965, kämpfte er auf diesem Posten für eine Sozialpolitik neuen Stils, deren Ziel es war, die freiheitliche wohlfahrtsstaatliche Ordnung so zu gestalten, daß der Mensch in ihr als Subjekt handeln kann und behandelt wird, daß jeder, wie Blank es formulierte, »das hat, empfängt, erwerben kann, was notwendig für ihn und für die Seinen ist«. Ausgehend vom christlichen Menschenbild und von den Reformbestrebungen eines Ketteler, Wichern, Kolping, Sonnenschein, Stegerwald u. a. wollte er das Sozialsystem den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Gegenwart anpassen und auf die moderne Arbeitnehmergesellschaft abstimmen. »Heute«, so kommentierte er seine Vorstellungen, »kommt es darauf an, eine Sozialpolitik zu treiben, die den Willen zur Selbsthilfe ermuntert und das Gefühl für Verantwortung und Gemeinsinn wachruft«.
Dem Gesetzgeber schlug er daher vor, die öffentlichen Sozialleistungen auf jene Gruppen, die keine oder nur geringe Möglichkeiten der Selbsthilfe und Privatinitiative haben, zu konzentrieren, ohne die staatlichen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen umfassend und lükkenlos zu einem Sozialmonopol des Staats auszuweiten. Der »totale Versorgungsstaat«, vor dem auch der Kanzler in seiner Regierungserklärung am 29. Oktober 1957 gewarnt hatte, war das Schreckbild, das mit all seinen Gefahren für die Freiheit der personalen Entfaltung von Blank beschworen wurde, wo immer er öffentlich auftrat.
Mit seinen Reformplänen leitete er eine der längsten und härtesten sozialpolitischen Auseinandersetzungen in der Geschichte der Bundesrepublik ein. In dem Getümmel von wahltaktischen Erwägungen, koalitionspolitischen Rücksichten, Interessenvertretungen, Lobbies sowie partei- und fraktionsinternen Positionskämpfen war eine so wertorientierte, auf »soziale Kultivierung unserer Wohlhabenheit« bedachte Sozialpolitik zum Scheitern verurteilt. Nur Teillösungen, die nach den gegebenen Kräfteverhältnissen und nach ihrer Breitenwirksamkeit in der Öffentlichkeit abgemessen waren, kamen schließlich zustande. Adenauer hatte keineswegs unrecht, wenn er seinem Arbeitsminister vorhielt, die »besten Gesetze« zu machen, die aber »nicht gingen«.
So war es mit der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, wo die Bundesregierung, einem Grundgedanken Blanks folgend, die Verlagerung der Leistungen von den leichten Krankheitsfällen auf die schweren durch Einführung einer – mäßig gehaltenen – Selbstbeteiligung bei Krankenbesuchen, Untersuchungen, Injektionen, Rezept- und Krankenhauspflegekosten anstrebte. Obwohl der entsprechende

Gesetzentwurf einstimmig vom Kabinett verabschiedet worden war und auch den Bundesrat passiert hatte, wurde er unter dem Druck der Gewerkschaften und Ärzteverbände in den Ausschüssen des Bundestages und der Fraktion immer weiter gestutzt, so daß schließlich – mit Blick auf die anstehenden Wahlen im Herbst 1961 – nur ein Gesetz herauskam, das die Leistungen der Krankenversicherung bis auf anderthalb Jahre verlängerte.
So war es auch mit der Novellierung des Bundesversorgungsgesetzes, wo nach dem von Blank vorgelegten Entwurf – gemäß den vom Kabinett erteilten Richtlinien – der soziale Schutz hauptsächlich denen gewährt werden sollte, die gegen Not noch nicht ausreichend gesichert waren. Weil eine allgemeine Rentenerhöhung aus Etatsgründen nicht anging, sollten die Grundrenten, die an alle Kriegsbeschädigten mit mehr als 25 % Erwerbsminderung gezahlt wurden, unverändert bleiben, während die Ausgleichsrenten derjenigen, die praktisch ausschließlich auf die öffentliche Hilfsleistung angewiesen waren, progressiv nach dem Beschädigungsgrad erhöht werden sollten. Auch hier schreckten die Regierung und die sie tragenden Parteien vor dem massiven Protest der Verbände und ihrer Lobby im Parlament zurück und ließen es bei einer Anhebung aller Rentenarten bewenden, ohne die umstrittene Bedürftigkeitsfrage zu entscheiden.
Und so war es auch bei dem »Sozialpaket« von 1962/63, in dem das Krankenversicherung-Neuregelungsgesetz mit einem erweiterten Lohnfortzahlungsgesetz und einem neuen Kindergeldgesetz zur gemeinsamen Verabschiedung zusammengeschnürt wurde. Abgesehen davon, daß keine der vielen Terminzusagen Blanks im zähen Gang des Gesetzgebungswerkes und wegen des Kanzlerwechsels im Oktober 1963 eingehalten werden konnte, auch von der ursprünglichen Zielsetzung der drei Gesetzentwürfe, nämlich die Kosten einer arbeitsrechtlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auszugleichen durch ein staatliches Kindergeld und durch eine Krankenversicherungsreform mit Stärkung der Selbstverantwortung des Versicherten, blieb nichts übrig. Am Ende stand das »zerfledderte« Sozialpaket, von dem im April 1964 einzig das Kindergeldgesetz realisiert wurde.
Blank sah sich jedesmal in die Rolle des »Blitzableiters« im Gewitter heftiger öffentlicher Kritik an der Sozialpolitik der Regierung versetzt. Nicht nur mit der Opposition und dem Koalitionspartner, sondern auch mit einflußreichen Teilen seiner eigenen Partei, mit den Sozialausschüssen, zu deren Hauptvorstand er bis 1969 gehörte, und mit der Jungen Union, geriet er in Konflikt. Mit seinem Mut, gegen den Strom zu schwimmen, sich gegen einen ungehemmten Ausbau des Systems der sozialen Sicherung »nach der systematischen und vor allen Dingen nach der materiellen Seite« zu stemmen, wurde er allein gelassen. Eugen Gerstenmaier konnte es Adenauer nie vergeben – wie er in

seinen Erinnerungen schreibt –, daß »er seinen Arbeits- und Sozialminister Theo Blank ... mit seinem Sozialpaket, einer schon damals notwendigen systematischen Remedur der Sozialgesetzgebung, im Stich ließ, als die Sozialausschüsse der Partei und die Hasenfüße der Mitte den nüchtern denkenden ehemaligen Arbeiter und Gewerkschafter Blank in der Fraktion und im Parlament aufsitzen ließen. Das Verhalten, von verbohrten Verbandsfunktionären ... angezettelt, hatte böse Folgen. Zehn, fünfzehn Jahre später, in der Rezession der Siebziger Jahre wurden sie offenkundig.«

Tragisch ist es zu nennen, daß Blank mit seiner »Sozialpolitik der zweiten Phase«, die er als Minister für Arbeit und Sozialordnung im Kabinett Ludwig Erhards verfocht, der Großen Koalition vorarbeitete, die er doch mit allen Fasern seines Herzens ablehnte, weil seiner Überzeugung nach nicht die Höhe der Sozialleistungen, sondern das Bild vom Menschen Christliche Demokraten und Sozialdemokraten voneinander scheide. »Es gehört zu den fundamentalen Überzeugungen christlich-demokratischer Politik – bei mir war das immer so, auf die bin ich eingeschworen seit meiner frühesten Jugend –, jedem Bürger den Raum für die Freiheit zu garantieren, damit er seine Lebensvorstellungen verwirklichen kann«, so rief er seinen Parteifreunden auf dem Düsseldorfer Bundesparteitag am 30. März 1965 zu. Sein bewegender Appell richtete sich darauf, die »Zeichen der Zeit« zu sehen und durch staatliche Sozialpolitik Anreize und Möglichkeiten zu schaffen, um der Freiheit und Mitverantwortung mehr Lebensraum zu geben. In diesem Sinn hat er die Bildung als »Sozialchance Nummer ›Eins‹« propagiert – 1962 hatte er das Programm der beruflichen Fortbildung ins Leben gerufen –, um sich geistig dem unaufhörlichen technischen und ökonomischen Wandel in der Welt gewachsen zu zeigen; in diesem Sinn hat er die Förderung dauerhaften Eigentums in den Händen der Arbeitnehmer zum Kernstück der Sozialpolitik erklärt und sich bei der Fassung des 2. Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung entschieden für die Zulassung von tarifvertraglichen Vereinbarungen über die Zuwendung vermögenswirksamer Leistungen eingesetzt. Hierin trafen sich seine Bestrebungen mit gleichgerichteten Plänen der Sozialdemokraten um Georg Leber, was eine Grundlage für die Etablierung der Großen Koalition abgab, die ihn in seinem Amt durch den Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, Hans Katzer, seinen Gesinnungsgenossen und Kritiker, ablöste.

Er selbst wurde 1965 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, er blieb es wie auch Mitglied im Bundesvorstand seiner Partei bis 1969. Dem Vorstand des Landesverbandes der CDU Westfalen gehörte er seit 1946 an, von 1965 bis 1969 als vom Parteiausschuß gewählter Beisitzer. 1958 war er auf dem 8. Bundesparteitag in Kiel an die Stelle des erkrankten Jakob Kaiser zum stellvertretenden Parteivorsitzenden

gewählt worden, und von 1964 bis 1967 war er auch Mitglied des Präsidiums der CDU. Als 1969 die sozialliberale Koalition die Regierungsverantwortung übernahm, trat er, obwohl er noch einmal, über die Landesliste, ein Bundestagsmandat erhielt, mehr und mehr in den Hintergrund. Eine seiner letzten Äußerungen galt der Frage der Mitbestimmung, in der er die verläßlichste Stütze der Sozialen Marktwirtschaft erblickte.

Am 14. Mai 1972 ist Theodor Blank in Bonn gestorben – ein Politiker, der »die verantwortliche Wahl zwischen mehreren möglichen Zielen und Zuständen« als den eigentlichen Inhalt der Politik angesehen hat. Seine politischen Wertentscheidungen, die die Staats- und Sozialordnung der Bundesrepublik mitbestimmt haben, beruhten auf der Überzeugung, daß es darum gehe, »die Idee und Gestalt des humanitären Wohlfahrtsstaates in den Griff zu bekommen, eines Staates, der ... dem Menschen die Freiheit der personalen Entfaltung gibt, aber ihn nicht den Anforderungen des Daseins enthebt, denen er sich zu stellen hat, um diese Freiheit überhaupt erfahren zu können«. Das ist sein Vermächtnis.

Adolf Süsterhenn (1905–1974)

Adolf Süsterhenn hatte in seinem Leben zwei große Stunden. Die eine liegt im September 1946, als ihn unerwartet, aber keineswegs unvorbereitet der Ruf erreichte, die vorbereitende Arbeit an der Verfassung des soeben von der französischen Besatzungsmacht ins Leben gerufenen Landes Rheinland-Pfalz zu leiten. Süsterhenn war sich der Bedeutung der Stunde wohl bewußt und hat ganze Arbeit geleistet. Unter den deutschen Länderverfassungen der Nachkriegszeit stellt die rheinland-pfälzische Verfassung insofern einen markanten Sonderfall dar, als sie in ihrem Wesen auf die Denk- und Vorstellungswelt einer einzigen Person zurückgeführt werden kann – auf Adolf Süsterhenn. Sie ist eine Verfassung aus einem Guß. Ihr unverfälschter geistiger Kern ist das christliche Naturrecht, dem sich Süsterhenn zeit seines Lebens, besonders in seiner politischen Tätigkeit nach 1945, verschrieben hat.
Die zweite große Stunde für Süsterhenn schlug fast zwei Jahre später, als er im August 1948 – diesmal nicht unerwartet, aber wiederum bestens ausgewiesen und vorbereitet – in den Parlamentarischen Rat gewählt wurde, der das Grundgesetz der Bundesrepublik ausarbeitete. Während er uneingeschränkt als »geistiger Vater« der rheinland-pfälzischen Verfassung gelten kann, muß er sich die Autorschaft für das Grundgesetz zwar mit anderen Persönlichkeiten des damaligen politischen Lebens teilen – etwa mit Carlo Schmid oder Theodor Heuss –; seine Handschrift in wesentlichen Partien des Grundgesetzes ist aber unverkennbar.
So ist der Bundesrat als der Exponent des föderativen Gedankens in der westdeutschen Verfassung auch seine Schöpfung, selbst wenn sie nicht ganz nach seinem Wunschbild ausfiel; die naturrechtlich motivierten Grundrechte gehen auf seine Vorstellungen oder Formulierungen zurück; besonders die Artikel über die Stellung der Kirche im neuen Staat und über die Fortgeltung des Reichskonkordats entsprangen seinen Initiativen.

I

Adolf Süsterhenn wurde am 31. Mai 1905 in Köln geboren. Sein Vater war kaufmännischer Angestellter, der in den zwanziger Jahren in Deutz einen Lebensmittelladen übernahm, in dem auch zuweilen der

Sohn hinter der Theke stand und Käse und Heringe verkaufte. Der Junge fühlte sich aber zu Höherem berufen. Während seiner Schulzeit im humanistischen Schillergymnasium in Köln-Ehrenfeld war er aktives Mitglied des katholischen Schülerbundes »Neudeutschland«, der 1919 in Köln gegründet worden war und der katholischen Jugendbewegung angehörte.

Süsterhenn studierte von 1923 bis 1927 Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Freiburg i. Br. und Köln. Er schloß sich katholischen Studentenverbindungen an und engagierte sich stark in der Hochschulpolitik. Die deutschen Universitäten waren damals von dem völkisch-antisemitischen »Deutschen Hochschulring« beherrscht, einem unter dem Einfluß der Gedanken Moeller van den Brucks stehenden nationalistischen Studentenverband. Als dieser sich nach der Räumung Kölns durch die britische Besatzung 1926 auch an der dortigen Universität breitmachte, hielt Süsterhenn Ausschau nach einem Gegengewicht. Zusammen mit anderen katholischen Studenten und einer Reihe von Professoren gründete er den »Görresring zur politischen Schulung katholischer Jungakademiker«.

Zu den Professoren im Görresring gehörten zwei, die auf den jungen Süsterhenn einen prägenden Einfluß ausgeübt haben: der Staats- und Völkerrechtler Godehard Josef Ebers, der später Süsterhenns Doktorvater wurde, und der Sozialwissenschaftler Benedikt Schmittmann. Ebers war einer der damals seltenen Rechtswissenschaftler, die eine naturrechtlich begründete Staats- und Völkerrechtsauffassung vortrugen. Schmittmann, dessen Kollegs Süsterhenn zwar nie hörte, dessen Vorträge im Görresring er aber um so intensiver verarbeitete, hat als Naturrechtslehrer und Persönlichkeit auf ihn einen wohl noch tieferen Eindruck hinterlassen als Ebers. Die Vorträge und Schriften beider sind jedenfalls die entscheidenden geistigen Quellen, aus denen Süsterhenn als aktiver Politiker nach 1945 sein staats- und sozialphilosophisches Gedankengut schöpfte. Sein leidenschaftlicher Einsatz für die Umsetzung des Naturrechts in politische Maximen dürfte auch eine mehr oder minder bewußte Sühne für das grausame Schicksal Schmittmanns sein, der sofort nach Kriegsausbruch 1939 von der Gestapo verhaftet und noch im September im Konzentrationslager Sachsenhausen ermordet wurde.

1927 legte Süsterhenn das Referendarexamen ab und wurde ein Jahr später mit einer staatskirchenrechtlichen Arbeit über das polnische Konkordat von 1925 zum Dr. iur. promoviert. 1932 ließ er sich als Rechtsanwalt in Köln nieder. Bei den letzten freien Kommunalwahlen am 12. März 1933 wurde er für die Zentrumspartei in die Kölner Stadtverordnetenversammlung gewählt. Sechs Wochen nur dauerte das Amt, denn Süsterhenn weigerte sich, bei der NSDAP-Fraktion zu hospitieren; die Gleichschaltung zwang ihn zur Mandatsniederlegung.

In seiner Anwaltspraxis, die Süsterhenn von 1932 bis 1945 in Köln führte, spezialisierte er sich auf internationale Wirtschaftsfragen, besonders auf die Konvertierung deutscher Auslandsanleihen. Außerdem war er in zahlreichen politischen Prozessen als Strafverteidiger tätig. Zu seiner Klientel zählten Politiker der Weimarer Zeit, so der Reichstagsvizepräsident Thomas Esser und der Wohlfahrtsminister Heinrich Hirtsiefer, und zahlreiche katholische Geistliche, die wegen sogenannter Heimtücke, Ordensbrüder, die wegen sogenannter Sittlichkeitsverbrechen, und Ordensschwestern, die wegen sogenannter Devisenvergehen verfolgt wurden. Durch die Devisenprozesse kam Süsterhenn in Verbindung mit katholisch-politischen Kreisen in Holland, da viele Klöster dort Niederlassungen oder ihre Mutterhäuser hatten. Die Übernahme solcher Mandate mit weltanschaulichem und politischem Charakter erforderte damals von einem Rechtsanwalt viel Mut und Unerschrockenheit, zumal Süsterhenn durch seine Vergangenheit in den Augen des NS-Regimes als politisch vorbelastet gelten mußte. Den Nazis dürfte verborgen geblieben sein, daß er in der holländischen Zeitung »De Volkskrant« eine Artikelserie gegen den Nationalsozialismus veröffentlicht hatte.
Während des Krieges war Süsterhenn in Widerstandskreisen tätig. Er knüpfte Verbindungen zwischen der holländischen katholischen Arbeiterbewegung und untergetauchten deutschen christlichen Gewerkschaftlern. Er arbeitete eng zusammen mit oppositionell eingestellten Offizieren, so mit Oberst Wilhelm Staehle vom OKW. Im Falle eines geglückten Attentats auf Hitler sollte Süsterhenn Verbindungsmann werden zwischen der neuen Regierung Goerdeler und der neuen holländischen Regierung, um für eine reibungslose Räumung Hollands durch die deutschen Truppen zu sorgen. Im März 1944 fand in seiner Wohnung eine wichtige politische Besprechung statt, an der u. a. der ehemalige Reichsminister Andreas Hermes, der Gewerkschaftsführer Johannes Albers und Johannes Wolff teilnahmen. In der Zusammenkunft wurden Einzelheiten für den geplanten Umsturz und über danach zu ergreifende Maßnahmen besprochen. Einige der Teilnehmer, so Hermes und Albers, wurden nach dem 20. Juli verhaftet. Hätten sie nicht bei ihren Vernehmungen durch die Gestapo standhaft geschwiegen, wäre auch Süsterhenn gefaßt und verurteilt worden.

III

Nach dem Zusammenbruch von 1945 gehörte Süsterhenn zu den Gründern der CDU. Er sprach sich gegen die Wiederbelebung der Zentrumspartei aus und vertrat mit Nachdruck den Gedanken der

politischen Zusammenarbeit der Christen beider Konfessionen in einer interkonfessionell christlichen Partei. Als er im Frühjahr 1946 auf einer CDU-Versammlung in Bad Honnef über die Verantwortung der CDU für die politische Neuordnung Deutschlands sprach, behandelte er auch eingehend die Probleme einer künftigen deutschen Verfassung. Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Fragen hatten ihn seit seiner Universitätszeit immer besonders interessiert. Unter seinen Zuhörern befand sich Konrad Adenauer, den er aus seiner früheren Tätigkeit in der Kölner Zentrumspartei kannte.
Nach dem Vortrag lud ihn Adenauer zu einer Besprechung über die politische Lage nach Rhöndorf ein und bat ihn, eine Studienreise durch die Länder der amerikanischen Zone zu unternehmen, um eine überzonale Zusammenarbeit der Union anzubahnen. Des weiteren sollte er sich über die Verfassungsarbeiten orientieren, die in den Ländern der amerikanischen Zone bereits angelaufen waren, damit die dortigen Erfahrungen für die Verfassungsvorbereitung in den übrigen westlichen Zonen, mit der über kurz oder lang zu rechnen war, nutzbar gemacht werden konnten. Das Ergebnis seiner Informationsreise faßte er für Adenauer in einer Denkschrift zusammen und wertete es auch publizistisch im »Rheinischen Merkur« aus.
Mit dem Herausgeber dieser Zeitschrift, Franz Albert Kramer, hatte Süsterhenn sogleich nach dem Erscheinen im Frühjahr 1946 Kontakt aufgenommen. Da er in ihm einen politischen Gleichgesinnten, besonders in der Frage einer föderalistischen Neugestaltung Deutschlands, fand, entwickelte sich die Verbindung rasch derart intensiv, daß der »Rheinische Merkur« für über ein Jahrzehnt gewissermaßen Süsterhenns Leibblatt wurde, in dessen Spalten er sich immer wieder zu aktuellen Grundsatzfragen zu Wort meldete.
Die erste Artikelserie Süsterhenns im »Rheinischen Merkur« zog die Aufmerksamkeit des damaligen Oberpräsidenten von Rheinland-Hessen-Nassau, Wilhelm Boden, und des Bezirksvorsitzenden der Koblenzer CDU, Regierungspräsident Peter Altmeier, auf sich, die beide Mitglieder der von den Franzosen Anfang September 1946 gebildeten »Gemischten Kommission« waren, die eine Verfassung für das soeben ins Leben gerufene Land Rheinland-Pfalz vorbereiten sollte. Diese Kommission setzte einen kleinen Vorbereitenden Verfassungsausschuß ein, in den Süsterhenn berufen wurde. Er verstand es, in dem Gremium von Anfang an die geistige und organisatorische Führung zu übernehmen. Auf Grund seiner anwaltlichen Erfahrung, daß derjenige, der mit einem fertigen Konzept in eine Verhandlung geht, immer im Vorteil ist, begann er unverzüglich, schon vor dem ersten Zusammentreten des Ausschusses, einen Verfassungsentwurf niederzuschreiben. Dieser Entwurf wurde nach mehrwöchigen Beratungen mit einer Reihe von Änderungen Anfang Dezember 1946 der

inzwischen gewählten »Beratenden Landesversammlung« von Rheinland-Pfalz zur weiteren Behandlung zugeleitet.
In der Beratenden Landesversammlung besaß die CDU die absolute Mehrheit. So konnte sie sich in den drei wichtigsten Streitpunkten, in der Frage der naturrechtlichen Grundlegung der Verfassung, also in ihrem rechtsphilosophischen Gehalt, in der Frage der Anerkennung des Elternrechts, das die Bildung von Bekenntnisschulen implizierte, und in der Frage der Sozialisierung von industriellen Unternehmungen und der Bodenreform im Kern durchsetzen. Es kam eine Verfassung zustande, die wie keine andere stark von christlich-naturrechtlichen Vorstellungen und Grundsätzen geprägt ist. Dies war das Verdienst Adolf Süsterhenns.

IV

Faßt man die Wesensmerkmale zusammen, die der rheinland-pfälzischen Verfassung zugrunde liegen, so hat man zugleich den Schlüssel zu den leitenden Ideen, die Süsterhenn in seiner politischen Tätigkeit in den zweieinhalb Jahrzehnten nach 1945 wie ein Kompaß unverrückbar führten. Die Frage nach der Herkunft dieser politischen Grundsätze läßt sich eindeutig beantworten. Sie stammen aus der Sozialphilosophie und der politischen Tätigkeit Benedikt Schmittmanns, dem Süsterhenn im Juni 1946 eine vierteilige Artikelserie im »Rheinischen Merkur« widmete. Eine weitere Quelle ist die Sozialenzyklika »Quadragesimo anno« Papst Pius' XI. von 1931, die Süsterhenn bis in den Wortlaut einzelner Artikel der rheinland-pfälzischen Verfassung (z. B. des Sozialisierungsartikels 61) als Formulierungshilfe gedient hat. Eine dritte Quelle ist der Kölner Domkapitular Wilhelm Böhler, Berater Kardinal Frings' in kirchenpolitischen Fragen, den Süsterhenn im September 1946 persönlich kennenlernte und von dem er Unterstützung bei der Ausarbeitung der Schulartikel der Verfassung erbat und bekam. Seine Verbindung zu Böhler spielte noch einmal zwei Jahre später bei den entsprechenden Initiativen im Parlamentarischen Rat eine entscheidende Rolle.
Süsterhenn bekundete 1946 einen starken Antipreußenaffekt, den er zwar mit vielen rheinischen Politikern und Publizisten jener Zeit – mit Adenauer, Peter Altmeier oder Kramer etwa – teilte, den er aber bereits von Schmittmann übernommen hatte. Dieser hatte in der Weimarer Zeit wie Hugo Preuß (und wie Heinrich von Gagern 1848) vergebens für eine Aufteilung Preußens in seine »natürlichen stammesmäßigen, kulturellen und wirtschaftlichen Heimatlandschaften« gekämpft und immer wieder sein Ceterum censeo ausgesprochen: Borussiam esse delendam. Auch Süsterhenn verabscheute instinktiv die »fast dämonisch zu nennende einschmelzende Kraft« Preußens und

gelangte zu der unhistorischen Kurzschlüssigkeit – die damals aber allenthalben durch den Westen Deutschlands geisterte –, daß Preussentum und Nationalsozialismus eine Symbiose eingegangen seien, daß also der preußische »Ungeist« letztlich für 1933 verantwortlich gemacht werden müsse. In Preußen sah er »die Inkarnation des zentralistischen und absolutistischen Staatsgeistes«. Die Konsequenz, die Süsterhenn aus dieser Anschauung zog, war die Forderung nach der Zerschlagung Preußens, der Bildung eigener Nachfolgestaaten, die sich mit den übrigen deutschen Ländern in einer lockeren Föderation wieder zusammenschließen sollten.
Mochte diese Einstimmung in den Chor der Los-von-Preußen-Bewegung damals konjunkturbedingt sein – die englische und französische Besatzungsmacht handelten auch, jeweils aus eigenen Interessen, im antipreußischen Sinne –, so stand für Süsterhenn dahinter eine ganze Weltanschauung, nämlich die Vorstellung von einer 150jährigen Fehlentwicklung der deutschen Geschichte, insbesondere des Staats- und Rechtsdenkens in jenem Zeitraum der deutschen Geschichte. Die Französische Revolution, Ausgangspunkt dieser Entwicklung, machte Süsterhenn verantwortlich für die grundsätzliche Abwendung von jeglichen religiösen und metaphysischen Bindungen im Bereich des Politischen. In der Philosophie Hegels erblickte er den Höhepunkt des staatsabsolutistischen Denkens im Deutschland des 19. Jahrhunderts. Es habe sich noch verstärkt durch die Lehre vom Rechtspositivismus, wonach der Staat die alleinige Quelle allen Rechts sei und jeder Staatsbefehl ohne Rücksicht auf seinen sittlichen Inhalt als rechtmäßig zu gelten habe, sofern er nur formell ordnungsgemäß zustande gekommen sei. Dieser rechtspositivistische Geist habe nicht nur das Bismarcksche Reich, sondern auch die Weimarer Republik erfüllt und sei schließlich in den Nationalsozialismus gemündet.
Um die Fehlentwicklung zur schrankenlosen Staatsallmacht, zum Rechtspositivismus, zum übersteigerten Nationalismus zu überwinden – hinzu kommen noch die von ihm abgelehnten staatstheoretischen und sozialphilosophischen Anschauungen des Laissez-faire-Liberalismus und des Marxismus –, greift Süsterhenn auf staatliche und soziale Ordnungsbilder zurück, die durch die Entwicklung des 19. Jahrhunderts verschüttet worden seien. Schlüsselbegriff ist ihm hierbei das christliche Naturrecht. Unter Naturrecht versteht Süsterhenn »ein für alle Völker und Zeiten gültiges Idealrecht, das seine Entstehung nicht der Rechtsetzung durch die Staatsgewalt oder eine andere Sozialautorität verdankt, sondern von Natur aus ebenso für den Einzelnen wie auch für den Staat und jede sonstige Gemeinschaft vorgegeben ist«. Der Gedanke eines solchen Naturrechts habe die gesamte Kulturgeschichte der Menschheit von der Antike bis zum heutigen Tage durchzogen.

Die Anerkennung des Naturrechts war für Süsterhenn aber nicht nur eine Angelegenheit der Rechtsphilosophie, sondern zugleich eine politische Entscheidung von fundamentaler Bedeutung. Es ging ihm in der unmittelbaren Nachkriegszeit darum, ob die neuen Verfassungsgrundsätze und damit die geistigen Fundamente des politischen und sozialen Lebens weiterhin im rechtspositivistischen, also staatstotalitären Sinne oder im naturrechtlichen Sinne geprägt sein sollten. Um diesen Grundsatzstreit ging es in seinen Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern, den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten 1946/47 bei der Beratung der rheinland-pfälzischen Verfassung und 1948/49 im Parlamentarischen Rat.

Süsterhenn war sich der Schwäche des Naturrechtsdenkens bewußt, daß es Handlungsanleitungen für den Politiker in konkreten Situationen nicht zu liefern vermöge, obwohl er für seine Person eine solche Konsequenz stets zu ziehen versuchte und im Naturrecht gewissermaßen den Zauberstab für die Lösung der großen deutschen Nachkriegsprobleme zu sehen glaubte (etwa der Neugliederungspläne hinsichtlich der deutschen Länder, der Fortexistenz des Landes Rheinland-Pfalz, der Westintegration der Bundesrepublik, der Bildung europäischer Gemeinschaften usw.). Er wies bei Gelegenheit darauf hin, daß im Naturrecht nur wenige höchste Sätze enthalten seien, die der Ausgestaltung durch das positive Recht bedürften. Am reinsten ist ihm die Positivierung des Naturrechts zweifellos in der rheinland-pfälzischen Verfassung gelungen, in der nicht nur die klassischen individuellen Menschenrechte, sondern auch eine Reihe sozialer Grundrechte, besonders des Elternrechts (auf Erziehung der Kinder in Bekenntnisschulen) verankert sind. Im Grundgesetz dagegen wird lediglich das elterliche Erziehungsrecht ausdrücklich als vorstaatliches Naturrecht bezeichnet.

Grundbestandteile des Naturrechts neben den persönlichen Grund- und Menschenrechten sind für Süsterhenn der Föderalismusgedanke, das Subsidiaritäts- und das Solidaritätsprinzip. Die Anlehnung an Schmittmanns Gedankenwelt ist bei diesen Vorstellungen unverkennbar.

Föderalismus ist für Süsterhenn »nicht eine bloße politische Methode, sondern ein durchgängiges sozialphilosophisches und gesellschaftspolitisches Prinzip«, ein Ausfluß seines christlich-naturrechtlichen Denkens. Föderalistische Ordnung definiert er als gegliederte Einheit in der Vielheit und Mannigfaltigkeit; Gegensätze dazu sind Zentralismus, Uniformität und Vermassung. Gut funktionierende Vorbilder für föderalistische Staatsgebilde sind ihm die Schweizer Eidgenossenschaft und die Vereinigten Staaten von Amerika, in der deutschen Geschichte auch der Deutsche Bund. Staatliche Ordnung nach dem bündischen, genossenschaftlichen Prinzip steht im Gegensatz zum

unitarischen, zentralistischen und absolutistischen Prinzip des herrschaftlichen, obrigkeitsstaatlichen Zwanges.
Die praktischen Konsequenzen, die Süsterhenn aus diesem Föderalismusverständnis zog, waren vielfältig: Die Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse Deutschlands nach 1945 durfte sich nur auf föderativer Grundlage vollziehen; deswegen begrüßte er aufrichtig die Auflösung Preußens 1947 durch alliierten Kontrollratsbeschluß; das Kunstgebilde Rheinland-Pfalz stellte er von Anfang an nie in Frage; eine Neugliederung der westdeutschen Länder wollte er stets bis zur deutschen Wiedervereinigung zurückstellen; über die Wiedervereinigung selbst, der er innerlich fremd gegenüberzustehen schien, ließ er sich, soweit zu sehen, in grundsätzlichen Äußerungen nie aus; für eine föderalistische Neuordnung (West-)Deutschlands trat er auch deswegen freudig ein, weil sie im Interesse der Westalliierten, besonders Frankreichs, lag; und er sah in ihr sehr früh – 1946 bereits – die wesentliche Voraussetzung für eine künftige Friedensordnung in Europa.
Neben der staatsrechtlichen und außenpolitischen Seite des Föderalismus betonte Süsterhenn auch immer wieder den innenpolitischen Aspekt, nämlich das Problem des inneren Aufbaus von Staat und Gesellschaft, der auf den Grundsätzen der Subsidiarität und Solidarität beruhe. Beide gewährleisten das richtige Ordnungsverhältnis zwischen den verschiedenen Gemeinschaften untereinander. Der einzelne Mensch ist nicht für den Staat da, sondern umgekehrt hat der Staat für den einzelnen Menschen da zu sein. Die Sozial- und Wirtschaftsverfassung muß sich von unten nach oben aufbauen, nicht zentralistisch von oben nach unten. Um die einzelne Person als Mittelpunkt legen sich konzentrisch die Kreise der natürlichen Sozialbildung wie Familie, Gemeinde, Berufsstand, Heimatlandschaft, Staat und überstaatlicher Verband. »Jeder dieser notwendigen Kreise stellt ein neues soziologisches Ganzes dar ... Darum hat auch jeder dieser notwendigen Kreise sein eigenes von keinem höheren Kreise abgeleitetes Recht auf Existenz und auf Erfüllung der ihm naturgegebenen Sozialaufgabe.«
Als wesensnotwendige Ergänzung zum Subsidiaritätsprinzip gilt das Solidaritätsprinzip. Solidarität bedeutet die doppelte Bindung des Einzelnen an die Gesellschaft und der Gesellschaft an den Einzelnen; es fordert für den Einzelnen nicht nur Rechte, sondern erlegt ihm auch Pflichten für das Wohl des sozialen Ganzen auf.

V

Süsterhenn wurde im Dezember 1946 in die provisorische Regierung von Rheinland-Pfalz zum Justizminister berufen. In der auf Grund der

neuen Verfassung vom 18. Mai 1947 gebildeten Landesregierung Altmeier hatte er bis 1951 die Leitung sowohl des Justiz- als auch des Kultusministeriums inne. Neben der landespolitischen Tätigkeit, in der es in hartem Ringen mit der französischen Besatzungsmacht um den Wiederaufbau der Rechtspflege und des Schulwesens ging, widmete er sich weiterhin der staatsrechtlichen Erneuerung Deutschlands. Im sogenannten Ellwanger Freundeskreis und im Verfassungsausschuß der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft unter Heinrich von Brentano war er maßgeblich an der Ausarbeitung eines Entwurfs für eine neue deutsche Verfassung beteiligt. An den Ministerpräsidenten-Konferenzen in Frankfurt, auf dem Koblenzer Rittersturz und auf dem Jagdschloß Niederwald im Juli 1948 nahm er als verfassungsrechtlicher Berater seines Ministerpräsidenten Altmeier teil. Im August 1948 wurde er als Vertreter von Rheinland-Pfalz in den Verfassungskonvent von Herrenchiemsee entsandt, der einen Entwurf für das Grundgesetz ausarbeitete. Im Parlamentarischen Rat wirkte er von September 1948 bis Mai 1949 als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion mit.

Wichtigstes Anliegen in diesen Phasen seiner verfassungspolitischen Tätigkeit war Süsterhenn der föderalistische Neuaufbau (West-) Deutschlands, »um die Gefahren eines neuen totalitären Staatszentralismus abzuwehren«. Die Frage eines Zweikammer-Systems, in dem die Länder als Träger des föderativen Gedankens eine Rolle in der Legislative spielen sollten, war, anders als bei den Beratungen um die rheinland-pfälzische Verfassung, nicht strittig. Dagegen waren strittig die Form und damit das Ausmaß der Mitwirkungsrechte der Länder. Süsterhenn setzte sich publizistisch und hinter verschlossenen Türen für die absolute Gleichberechtigung einer Länderkammer ein. Der Streit spitzte sich im Parlamentarischen Rat auf die Frage Senat oder Bundesrat zu. Süsterhenn trat, vor allem in seiner großen Grundsatzrede vor dem Plenum des Parlamentarischen Rates am 8. September 1948, mit einem Arsenal von staatstheoretischen, verfassungshistorischen, vereinsrechtlichen und praktisch-politischen Argumenten für das Bundesratsprinzip ein. Einen Senat, in dem gewählte Mitglieder der Parteien die einzelnen Länder repräsentieren würden, lehnte er als bloße Kopie des Bundestags ab. In einem reinen Bundesrat würden ernannte und weisungsgebundene Mitglieder die einzelnen Landesregierungen vertreten und damit ein echtes föderatives Gegengewicht gegen ein Parteienparlament darstellen.

Süsterhenn hatte mit seinem Plädoyer nicht einmal seine eigenen Parteifreunde ganz hinter sich. Adenauer und die norddeutschen CDU-Mitglieder neigten dem Senatsprinzip zu. Nicht ohne seine tätige Mitwirkung an den verschiedensten Vermittlungsbemühungen kam schließlich ein abgeschwächter Bundesratstyp zustande, der zwar

keineswegs einen vollständigen Sieg Süsterhenns bedeutete, ihm aber doch Genugtuung angesichts der vielfältigen Gegenkräfte verschaffte. In späteren Jahren, als sich trotz der Grundgesetzkonstruktion die Bundeskompetenzen immer stärker gegenüber den Ländern durchsetzten und der Bundesrat in der Öffentlichkeit gegenüber dem Bundestag in den Schatten gedrängt wurde, meldete sich Süsterhenn wiederholt zu Wort, um den Geltungsanspruch des Ländergremiums mit Wort und Tat zu verteidigen, so bei den Anfeindungen gegen die Bildung einer ständigen Kultusministerkonferenz, beim Streit um den Finanzausgleich unter den Ländern, bei der Mitwirkung des Bundesrats am Aufbau europäischer Institutionen und beim Fernsehstreit.

VI

Am 5. Mai 1949, am Tage vor der Schlußabstimmung über den Grundgesetzentwurf im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates, erlitt Süsterhenn auf der Fahrt von seinem Wohnort Koblenz nach Bonn einen schweren Autounfall, der ihn fast das Leben kostete und dessen Folgen er nie ganz überwand. Er hat ihn sicher auch an einem steileren Aufstieg in seiner Karriere gehindert. 1951 zog sich Süsterhenn aus der aktiven Landes- und Bundespolitik (er war von 1949 bis 1951 Vorsitzender des Bundesratsausschusses für Innere Angelegenheiten) zurück und übernahm bis 1961 als Präsident des Oberverwaltungsgerichts und des Verfassungsgerichtshofs von Rheinland-Pfalz ein weniger hektisches Amt. Seit demselben Jahr wirkte er auch als Honorarprofessor für Staatslehre an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Von 1952 bis 1955 war Süsterhenn stellvertretender Vorsitzender des von der Bundesregierung berufenen Sachverständigenausschusses für die Neugliederung des Bundesgebietes (»Luther-Ausschuß«), in dem er sich für eine Vertagung der Neugliederung bis zur deutschen Wiedervereinigung aussprach. Sein Name war auch für das Amt des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts im Gespräch. Seine Nominierung wäre wohl wegen seiner streng naturrechtlichen Fixierung am Widerstand von FDP und SPD gescheitert.

1961 kehrte Süsterhenn in die aktive Politik zurück und vertrat über zwei Legislaturperioden hinweg bis 1969 den Wahlkreis Bad Kreuznach/Birkenfeld im Bundestag. Er gelangte allerdings nicht mehr in die vorderste Reihe der Politiker. Die Ära Adenauer klang aus. Trotzdem engagierte sich Süsterhenn in der Bundespolitik, in der Europa-Politik und auf dem Gebiet der internationalen Menschenrechte. Seit 1954 war er das einzige deutsche Mitglied in der Europäischen Kommission für

Menschenrechte. 1972 wurde er zum vierten Male in dieses Amt gewählt.
Süsterhenn verstarb am 24. November 1974 mit 69 Jahren in Koblenz. Er war ein unermüdlicher Deuter der christlichen Gesellschaftslehre, ein eingefleischter Föderalist und ein grundsatztreuer Verfechter des Naturrechtsgedankens. Es sind zwar nicht alle Blütenträume aus den Sternstunden seines Lebens in den Jahren 1946–1949 gereift; als Vater der rheinland-pfälzischen Verfassung und Mitschöpfer des Bonner Grundgesetzes hat er sich aber bleibende Verdienste erworben.

Peter Altmeier (1899–1977)

Gründung und Aufbau der Unionsparteien im Sommer und Herbst 1945 sind häufig mit den Namen von Persönlichkeiten verknüpft, die bereits vor 1933 im öffentlichen Leben, sei es in staatlichen Ämtern oder in der Parteipolitik, herausragende Stellungen eingenommen hatten. Erinnert sei nur an Konrad Adenauer, Andreas Hermes, Hermann Pünder, Hans Schlange-Schöningen und Adam Stegerwald. In der französischen Besatzungszone hingegen erfolgte die Unionsgründung nicht durch vergleichbar »hochrangige« frühere Repräsentanten aus Staatsverwaltung und Parteipolitik. Hier gehörten vielfach ehemalige Kommunalpolitiker zu den »Männern der ersten Stunde«. Zu ihnen zählt Peter Altmeier, der 1947, wenige Monate nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des neu gegründeten Landesverbands der CDU des Landes Rheinland-Pfalz, auch zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Damit gelangte er frühzeitig in eine Stellung, die er 22 Jahre lang behielt: Ein Rekord für einen Regierungschef in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.
Altmeier hat es verstanden, die verschiedenen Regionen des neuen Bundeslands, das erst 1946 auf Befehl der französischen Militärregierung gegründet worden war, zu einer politischen Einheit zu verschmelzen und ihr ein eigenständiges Landesbewußtsein zu verschaffen. Innerhalb der Union verkörperte er deren konservatives Profil in einem agrarisch strukturierten Land. Damit vertrat er eine Richtung, die nach dem Ende der »Ära Adenauer« (1963) von einer nachrückenden, ungeduldig gewordenen Generation innerhalb der CDU als nicht mehr zeitgemäß (genug) empfunden und durch eine stärkere Liberalisierung ergänzt und korrigiert werden sollte.

I

Johann Peter Altmeier wurde am 12. August 1899 als Sohn der Eheleute Peter Altmeier und Maria geb. Zenner in Saarbrücken-Malstatt-Burbach geboren. Er war Zwillingskind mit einer Schwester und das älteste von acht Kindern. Sein Vater arbeitete als Former-Meister in einer Eisengießerei.

1906 zogen Peter Altmeiers Eltern nach Koblenz, wo sein Vater hauptamtlicher Sekretär der Katholischen Arbeitervereine wurde, dann Angestellter der Stadtverwaltung Koblenz, schließlich Leiter einer Jugendherberge. Diese Stadt, in der später die Geschichte von Rheinland-Pfalz ihren Anfang nehmen sollte, wurde für Peter Altmeier zur eigentlichen Heimat. Dort begann er nach Absolvierung der Volks- und Handelsschule eine kaufmännische Berufsausbildung. 1917 wurde er zum Kriegsdienst einberufen und geriet noch im Oktober 1918 in französische Gefangenschaft. Bei seiner Rückkehr (1919) fand er das linksrheinische Gebiet von französischen Truppen besetzt, massiert in Koblenz, dem Sitz der Interalliierten Rheinland-Kommission. Für seine Heimat begannen harte Jahre unter Besatzungsherrschaft, die bis 1930 dauerte.

Peter Altmeier arbeitete als kaufmännischer Angestellter in einem Lebensmittel-Großhandelsbetrieb (Richard Brieg KG) in Koblenz. Dort stieg er zum Prokuristen auf und wurde später Mitinhaber. Dabei erwarb er Kenntnisse »soliden Wirtschaftens« in einem mittelständischen Betrieb, die ihm, zusammen mit Menschenführung und Verhandlungspraxis, »später sehr zustatten gekommen sind« (Franz-Josef Heyen). Geprägt von einem katholischen und sozialpolitisch engagierten Elternhaus war Altmeier in der rheinischen Zentrumstradition aufgewachsen und von deren betont föderalistischer und antipreußischer Grundhaltung geformt. Er blieb zutiefst von der Bedeutung durchdrungen, die dem Rheinland als Hort abendländischer und christlicher Überlieferung wie als Brücke zwischen dem Reich und seinen westlichen Nachbarn zukam.

Sein politisches Weltbild wurde vor allem durch die Lektüre der Werke des gebürtigen Koblenzers Josef Görres, seines »bevorzugten Schriftstellers« (Helmut Kohl), bestimmt. Seit 1919 in der Jugendorganisation des Zentrums, dem Windthorstbund, tätig und später dessen Vorsitzender in Koblenz, gehörte er auch dem Vorstand der örtlichen Zentrumspartei an. 1929 wurde er in den Koblenzer Stadtrat gewählt. Seiner 1925 geschlossenen Ehe mit Gretel Merl (1898–1973), Tochter eines Eisenbahners aus Koblenz-Lützel, entstammten zwei Söhne. Seine Frau wurde ihm zur Stütze auch im späteren politischen Leben: »Wer sie kannte, hat sie verehrt« (Franz-Josef Heyen).

Bei der Kommunalwahl am 12. März 1933 wurde Altmeier, der auch den Deutschen Handlungsgehilfen-Verband in Koblenz leitete, in seinem Mandat bestätigt. Er gab dieses Amt jedoch noch im gleichen Jahre auf, weil er es ablehnte, nach der Anfang Juli 1933 erfolgten Selbstauflösung der Deutschen Zentrumspartei als Hospitant zur NSDAP-Fraktion überzuwechseln. Sein Vater hatte zu diesem Zeitpunkt bereits seine Stellung verloren. Peter Altmeier widmete sich ausschließlich seinem »mittelrheinischen Großhandelsbetrieb« – wie

er rückblickend seine berufliche Tätigkeit für die Zeit von 1933–1945 kennzeichnete. Er verblieb in eindeutiger Gegnerschaft gegenüber dem Nationalsozialismus.
Der Gestapo galt er als verdächtig. Wie alle früheren Zentrumsabgeordneten sollte er nach dem mißlungenen Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 verhaftet werden. Noch rechtzeitig gewarnt, konnte er sich jedoch seiner Verhaftung entziehen. Einzelheiten seines beruflichen Überlebens im »Dritten Reich«, seiner Bedrängnisse durch die braunen Machthaber, seiner Kontakte zu früheren Parteifreunden wie seines »Untertauchens« im August/September 1944 sind nicht bekannt.

II

Bei Kriegsende war Koblenz schwer zerstört. Es gehörte zunächst zur amerikanischen Besatzungszone. Rückblickend faßte Altmeier, der nach seiner Ausbombung seit Januar 1945 in Bad Ems wohnte, die trostlose Situation in der ehemaligen Hochburg des Zentrums und die hoffnungslos erscheinende Zukunft in dem Satz zusammen: »Es war das große Nichts, vor dem wir standen« (Fritz Hirschner). Er gehörte seit April einem Kreis »stadtbekannter Persönlichkeiten« (Altmeier) an, der sich im Caritas-Büro und Brüderhaus in Koblenz traf und über den äußeren und inneren Wiederaufbau der Stadt, eingeschlossen den parteipolitischen Neubeginn, beriet. Dieser Kreis bestand vornehmlich aus früheren Mitgliedern der Zentrumsfraktion des Stadtrats. Sein führender Kopf war Rechtsanwalt Franz Henrich, der letzte Fraktionsvorsitzende bis 1933.
Am 3. Juni 1945 wurde Altmeier von dem von der Besatzungsmacht eingesetzten Koblenzer Bürgermeister Josef Schnorbach – der 1946 in diesem Amt durch Wahl bestätigt worden ist und es bis 1962 innehatte – zum Mitglied eines »antifaschistischen Bürgerrats« berufen. Er bestand aus Angehörigen der früheren Parteien – nach der Stimmenverteilung von 1933 –, sollte ein Bindeglied zwischen Bürgerschaft und Stadtverwaltung herstellen und letztere bei der »Lösung ihrer Aufgaben«, also beim äußeren und inneren Wiederaufbau, unterstützen.
Wenige Wochen später, am 15. Juli, wurde der frühere preußische Regierungsbezirk Koblenz Teil der neugebildeten französischen Besatzungszone und damit vom nördlichen Teil der bisherigen preußischen Provinz Rheinland abgeschnürt. Die neuen Machthaber lösten sofort die von der amerikanischen Besatzungsmacht gebildete Verwaltungseinheit »Mittelrhein-Saar« (Sitz: Neustadt an der Weinstraße) auf und verselbständigten den Regierungsbezirk Koblenz. Anfang 1946 wurde er dem neugeschaffenen Oberpräsidium Rheinland-Hessen-

Nassau eingegliedert (Oberpräsident: Wilhelm Boden in Koblenz). Jede parteipolitische Aktivität blieb auch weiterhin ausdrücklich untersagt. Der Koblenzer Bürgerrat mußte seine Tätigkeit einstellen. Das hinderte jedoch dessen Mitglieder nicht, ihre bisherige Arbeit auf andere Weise fortzuführen.
Am 6. September 1945 wurde Altmeier in einen neugebildeten Wirtschaftsausschuß bei der Stadtverwaltung berufen, am 23. Oktober auch in einen neuerrichteten »Bürgerausschuß«. Der frühere Stadtverordnete hat die Arbeit in diesem Kreis (»ob mit oder ohne Auftrag«) rückblickend als »segensreich« für die Bürgerschaft bewertet, insbesondere wegen der Möglichkeit, zwischen Verwaltung und Besatzungsmacht vermitteln zu können.

III

Die seit April 1945 stattfindenden Zusammenkünfte der früheren Zentrumsabgeordneten hatten inzwischen zu dem Ergebnis geführt, nicht die 1933 untergegangene Zentrumspartei wiederzuerrichten, sondern eine christlich-demokratische Partei zu gründen, wie sie seit Juni/Juli bereits in einzelnen Teilen der übrigen Besatzungszonen als CDU oder CDP existierte. Altmeier gehörte zu den Unterzeichnern eines Schreibens vom 20. Oktober 1945 an die Militärregierung, in dem die Gründung der CDP im Regierungsbezirk Koblenz beantragt wurde. Nach diesem Antrag sollte der erstrebte neue »christlich-demokratische Staat« einen Beitrag zur »Neugestaltung einer friedlichen Weltordnung« leisten; zur Erreichung dieses Zieles bezeichneten es die Gründer der CDP in Koblenz als ihren »besonderen Wunsch«, gute Beziehungen zu Frankreich herzustellen.
Erst am 31. Januar 1946 konnte, nach einem erneuten Antrag an die Militärregierung, die Gründung der CDP in der Provinz Rheinland-Hessen-Nassau erfolgen. Deren provisorischen Vorstand leitete der Koblenzer Justizrat Franz Henrich. Die Beibehaltung des Parteinamens CDP (statt CDU, wie sich seit der »Reichstagung« der Unionsverbände in Bad Godesberg Mitte Dezember 1945 auch der Regionalverband in Hessen-Pfalz nannte) kann als Entgegenkommen an französische Wünsche gedeutet werden, die auf autonome Landesparteien zielten. (Vertreter aus der französischen Zone hatten an der Tagung in Bad Godesberg auf Befehl der Militärregierung nicht teilnehmen dürfen.)
Bei der ersten Versammlung der Koblenzer CDP am 17. Februar 1946 unterstrich Altmeier nachdrücklich deren christliche Fundierung: »Es gibt keine Frage, die losgelöst vom Weltanschaulichen behandelt oder gelöst werden kann.« Seine Versicherung: »Wir sind keine bürgerliche

Partei, die einer behäbigen Existenz huldigt, sondern wir rufen jeden Stand, weil wir jeden Stand in gleicher Weise für das Volksleben notwendig haben«, war in ihrer Begründung nicht gerade originell, jedoch allgemein verständlich. Als Repräsentant dieser Partei begann Altmeier eine neue berufliche Karriere.

Am 24. Mai 1946 wurde er zum Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Montabaur ernannt, der anläßlich der Errichtung der Provinz Rheinland-Hessen-Nassau neu geschaffen worden war; er umfaßte vier Landkreise des früheren preußischen Regierungsbezirks Wiesbaden in der ehemaligen preußischen Provinz Hessen-Nassau (Montabaur, Westerburg, Diez und St. Goarshausen). Welche Gründe den Ausschlag für die Nominierung des Koblenzer Kaufmanns durch Oberpräsident Boden und dessen Bestätigung durch die Militärregierung gegeben haben, ist nicht bekannt. In seiner Einführungsrede am 24. Mai 1946 betonte Altmeier, daß er aus der »freien Wirtschaft« komme und der politische mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Hand in Hand gehen müßte. Sein Bekenntnis zur untrennbaren Verflechtung der Gebiete beiderseits des Rheins entsprach schwerlich den Instruktionen des anwesenden Kontrolloffiziers, eher schon der überraschende Hinweis von dem »herzlichen Einvernehmen zwischen der Militärregierung und der Bevölkerung«, das es zu vertiefen gelte.

Am 6. Juni 1946 kam es im Vorstand der Koblenzer CDP zu heftigen Auseinandersetzungen über die Frage des künftigen politischen Neuaufbaus in Deutschland. Der bisherige Vorsitzende Henrich setzte sich für ein selbständiges Rheinland innerhalb eines deutschen Staatenbunds ein und unterlag damit. Daraufhin wurde Regierungspräsident Altmeier zu dessen Nachfolger gewählt.

Wenige Wochen später, am 30. August, ordnete die Militärregierung die Bildung eines Landes Rheinland-Pfalz an. Es umfaßte Gebiete, die bis 1945 zu Preußen, Hessen-Nassau und Bayern gehört und entsprechende landsmannschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühle entwikkelt hatten. Altmeier begrüßte die Gründung dieses Landes und sah darin – wie er später wiederholt erklärte – einen ersten Schritt zur »Rückverlegung des Schwergewichts der deutschen Politik in die Wiege des Deutschtums«, mit dem die »bedauerliche Fehlentwicklung« der deutschen Geschichte durch Preußen seit dem 18. Jahrhundert korrigiert werden müsse. Rheinländer und Pfälzer, so formulierte er bei anderer Gelegenheit, betrachteten sich als Träger einer »besonderen Friedensmission in Europa«, für dessen Zusammenwachsen sich Altmeier unermüdlich einsetzte.

Die erste Aufgabe, vor die sich die politischen Repräsentanten des neuen Landes gestellt sahen, war die Ausarbeitung einer Verfassung. Altmeier gehörte zu den Mitgliedern einer Beratenden Versammlung,

die am 22. November 1946 in Koblenz zusammentrat und überwiegend aus Abgeordneten der CDP bestand: Spiegelbild der Ergebnisse voraufgegangener Wahlen zu den Gemeinderäten und Kreistagen. Der Regierungspräsident von Montabaur wurde zum Vorsitzenden seiner Fraktion in diesem Gremium gewählt und hatte damit eine politische Spitzenposition erreicht.
Die Militärregierung berief jedoch am 2. Dezember 1946 nicht ihn, sondern den bisherigen Oberpräsidenten Wilhelm Boden (CDP) zum Ministerpräsidenten einer vorläufigen Allparteienregierung mit Sitz in Koblenz. Ebenfalls dorthin wurde die erste Landesversammlung einberufen. Sie war noch keineswegs, wie Altmeier bei der Beratung der Regierungserklärung Bodens im Dezember 1946 betont hervorhob, ein Parlament »im Sinne einer vollendeten Demokratie«.
Am 14. Februar 1947 schlossen sich die vereinigten Vorstände der CDP in den nördlichen Regierungsbezirken des Landes Rheinland-Pfalz mit denen der CDU der südlichen Regierungsbezirke in Bad Kreuznach zur CDU-Landespartei zusammen. (Erst von diesem Zeitpunkt an lautete auch die Bezeichnung für die Unionsabgeordneten in den Protokollen des Landtags einheitlich CDU.) Die Sitzung wurde von Altmeier, offensichtlich wegen seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender der Beratenden Versammlung, geleitet. Als deren Ergebnis wurde er zum vorläufigen Vorsitzenden gewählt. Das geschah allerdings erst nach lebhaften Auseinandersetzungen und nach Rücknahme der Gegenkandidatur von Landrat a. D. Alois Zimmer aus Trier – der selbst nicht anwesend sein konnte, weil er offensichtlich von der Militärregierung daran gehindert worden war, an dieser entscheidenden Sitzung teilzunehmen. Vom ersten Landesparteitag am 17. Oktober des gleichen Jahres in Kaiserslautern in seinem neuen Amt bestätigt, behielt Altmeier den Parteivorsitz 19 Jahre lang.

IV

In seiner ersten Grundsatzerklärung in der Beratenden Landesversammlung im Dezember 1946 hatte Altmeier eigens hervorgehoben, daß die CDP trotz ihrer absoluten Mehrheit dennoch »alle positiven aufbauwilligen Kräfte« – also auch die KPD – in die Regierungsbildung einbezogen habe. (Das wurde in der damaligen Notsituation vielfach als unumgänglich verstanden und in der Regel von den Besatzungsmächten ausdrücklich gefordert.) Wesentlicher war Altmeiers Hinweis darauf, daß die Lösung der schweren Aufgaben, vor die sich das neue Land gestellt sah, eine großräumigere Zielsetzung bis hin zu internationalen Maßnahmen verlangte, die eine »neue konstruktive Ordnung der europäischen Wirtschaft und der Weltwirtschaft überhaupt ermöglichen«.

Bei der Verfassungsberatung bekannte sich Altmeier nachdrücklich zum »unveräußerlichen Naturrecht« der Eltern zur Bestimmung der Schulform für ihre Kinder. Wegen der Aufnahme dieses Elternrechts in die Landesverfassung, die wie die keines anderen Landes auf christlichen und naturrechtlichen Grundsätzen basierte, lehnte sie die SPD ab. Vor der Schlußabstimmung über die Verfassung machte Altmeier am 26. April 1947 als Sprecher seiner Fraktion deutlich, daß deren Annahme zugleich ein »Bekenntnis zur schicksalhaften Verbundenheit unseres deutschen Volkes« bedeute und daß die Zustimmung der Unionsabgeordneten »nicht zuletzt aus unserem Verantwortungsgefühl gegenüber dem ganzen deutschen Volke« erwachse.
Erneut erinnerte der Unionspolitiker daran, daß Rheinland-Pfalz »nicht aus dem Willen des Volkes geboren« worden sei, sondern ein Ergebnis der Zonen- und Besatzungspolitik darstelle; es besitze angesichts der noch ungeklärten staatsrechtlichen Neuordnung Deutschlands »durchaus keinen Ewigkeitswert«, stelle aber bis zu dieser Neuordnung eine »gegebene politische Tatsache« dar. Diese an sich selbstverständliche Feststellung wurde dem späteren Ministerpräsidenten von politischen Gegnern häufig entgegengehalten, nachdem sich abzeichnete, daß Rheinland-Pfalz durchaus lebensfähig war und gerade Altmeier als prominentester Vorkämpfer für dessen ungeschmälerten Bestand auftrat.
Am 18. Mai 1947 wurde die Verfassung in einer Volksabstimmung mit einer Mehrheit von 53,0 v. H. angenommen, ebenfalls in einer – auf Antrag der CDU beschlossenen – gleichzeitig vorgenommenen getrennten Abstimmung die von der Mehrheitsfraktion vorgesehene Lösung der Schulfrage mit 52,4 v. H.

V

Aus den ersten freien Wahlen in Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947 ging die CDU mit 47,2 v. H. der abgegebenen gültigen Stimmen als stärkste Partei hervor. Sie stellte auch mit 48 von insgesamt 101 Mandaten die stärkste Fraktion im Landtag. Dennoch fiel es ihr schwer, eine Regierung zu bilden, weil die SPD den bisherigen Ministerpräsidenten Boden ablehnte. Erst nachdem zwischen den Parteien ein »Toleranzabkommen« als Grundlage für den Wiederaufbau zustande gekommen war, konnte der Landtag am 9. Juli zur Wahl des Ministerpräsidenten schreiten. Sie fiel auf Altmeier, den Vorsitzenden der CDU des Landes und ihrer Landtagsfraktion.
Die Regierungsbildung erfolgte in einem Zeitpunkt, der durch eine extreme Notsituation in der Versorgung der Bevölkerung gekennzeichnet war und in der die Hauptaufgabe der Länderchefs darin

bestand, als Verwalter bzw. Verteiler der Not tätig zu werden. Altmeier stellte in seiner Regierungserklärung unter Hinweis auf diese Situation ein »Dasein voller Entbehrung, Not und schwerster Arbeit« in Aussicht, verlieh allerdings gleichzeitig in dem ihm eigenen christlichen Realismus seiner Zuversicht Ausdruck, daß es der Bevölkerung gelingen werde, den gegenwärtigen »Engpaß politischer und wirtschaftlicher Not zu durchschreiten«. Bei Darlegung der Ziele seiner Regierung, eingeschlossen eine Reduzierung der Demontagen, erinnerte der Ministerpräsident daran, wie begrenzt nach wie vor der Spielraum der deutschen Seite war. Gerade deswegen werde er »von nun ab« alle Maßnahmen, die auf Veranlassung der Militärregierung eingeleitet bzw. ausgeführt werden müßten, auch entsprechend kennzeichnen.

Damit war das Hauptproblem angesprochen, vor dem die Regierung stand, die Zusammenarbeit mit (oder richtiger: die Abhängigkeit von) der Militärregierung. Der Regierungschef war zu ständigem Kontakt mit den Machthabern gezwungen, denen er konziliant in der Form, aber deutlich in der Sache, der Vertretung deutscher Belange, gegenübertrat. Als konsequenter Gegner der französischen Saarpolitik bestritt er erfolgreich das Recht einer Grenzkorrektur an der »saarländischen-pfälzischen Demarkationslinie« (Paul Kaps). Er weigerte sich mit Erfolg, eine von der Militärregierung geforderte Summe von 1,4 Millionen RM aufzubringen, die als Erstattung von Auslagen der französischen Regierung für deren langjährige Unterstützung des früheren rheinischen Separatisten Adam Dorten deklariert war.

Angesichts der eindeutigen Verteilung der Macht war Altmeier bei der unerläßlichen Zusammenarbeit mit den Machthabern zu Vorleistungen und vor allem zum Verzicht auf jegliche Polemik bereit. Er wollte unter allen Umständen verhindern, daß ein neuer Nationalismus aufkommen könnte. Sein früher und unermüdlicher Einsatz für Ausgleich und Versöhnung mit Frankreich wurde angesichts der bitteren Erfahrungen mit der Besatzungsherrschaft, auch der unvergessenen aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, nicht überall verstanden.

Am 16. Mai 1950, in einer hitzigen Landtagsdebatte um die Verlegung des Sitzes der Regierung von Koblenz nach Mainz, wies der Ministerpräsident Vorwürfe wegen vermeintlicher Abhängigkeit von französischen Befehlen entschieden zurück: Die Regierung sei in »schweren Jahren« als »Treuhänder des deutschen Volkes im Westen« tätig gewesen. Mehr als zwei Jahrzehnte später hieß es rückblickend: »Ich war Treuhänder Deutschlands und Europäer in einer Person« (Fritz Hirschner).

Altmeiers unermüdlichem Einsatz zugunsten einer Verbesserung der Ernährungs- und Versorgungslage sowie des materiellen und geistigen

Wiederaufbaus, zugunsten einer Reduzierung der Demontagen und des Holzeinschlags für die Besatzungsmacht blieb der Erfolg nicht versagt. Als die Allparteienregierung im April 1948 durch Austritt der KPD und FDP zerbrach, gewann der Ministerpräsident freiere Hand, da im Kabinett in Anwesenheit des KPD-Vertreters kein offenes Wort möglich gewesen war. Er übernahm auch die Leitung des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums, die er bis 1967 beibehielt.
In dieser Eigenschaft hat Altmeier in der Aufbauphase des Landes in den beiden folgenden Jahrzehnten zahllose neue Straßen und Brücken in allen Teilen des Landes eingeweiht. Diese Gelegenheiten nutzte er stets dazu, die Notwendigkeit des materiellen und geistigen Wiederaufbaus wie des Brückenschlags vor allem ins benachbarte Ausland zu unterstreichen. Zahlreiche Abkommen mit den drei westlichen Nachbarstaaten untermauerten die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit.

VI

Als »große Stunde« Altmeiers wird häufig die Tagung der elf Länderchefs der drei Westzonen vom 8. – 10. Juli 1948 im Berghotel auf dem Rittersturz bei Koblenz bezeichnet, zu der er eingeladen hatte und deren Leitung ihm als gastgebendem Ministerpräsidenten zufiel. Bei dieser Konferenz ging es um eine politische Weichenstellung von zukunftsweisender Bedeutung: um die Zustimmung der Länderchefs für die als Konsequenz des Kalten Krieges von den Westmächten intendierte Weststaatsgründung. Sie war von der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz beschlossen und das entsprechende Angebot am 1. Juli 1948 der deutschen Seite in Form von drei »Frankfurter Dokumenten« übermittelt worden, die man später als »Geburtsurkunden« für die Bundesrepublik Deutschland bezeichnet hat.
Ihre jeweils mehrtägigen Beratungen im Laufe des Juli begannen die Ministerpräsidenten an einem Tagungsort in der französischen Zone. Damit sollte ein Zeichen gesetzt werden, da die französische Besatzungsmacht dieses Gebiet immer noch gegenüber den beiden übrigen Westzonen – die als »Vereinigtes Wirtschaftsgebiet« (Bizone) gemeinsam verwaltet wurden – abschloß. Während des wochenlangen Ringens zwischen den elf Länderchefs – fünf gehörten der CDU bzw. CSU, fünf der SPD und einer der FDP an – untereinander sowie mit den Parteiführern und mit den drei Militärgouverneuren waren sich alle Beteiligten über die Konsequenzen einer Weststaatsgründung im klaren.
Der am 26. Juli in Frankfurt ausgehandelte Kompromiß bestand in dem Entschluß, das Angebot der Westmächte anzunehmen, da Einheit in Freiheit für alle Deutschen nicht erreichbar war und deswegen die

Sicherung der Freiheit von zwei Dritteln der deutschen Bevölkerung den Vorrang haben mußte. Die Ministerpräsidenten einigten sich darauf, eine verfassunggebende Versammlung unter dem Namen »Parlamentarischer Rat« – diesen Ausdruck hatte Altmeier bei der Rittersturz-Konferenz vorgeschlagen – einzuberufen und ihr die Ausarbeitung eines »Grundgesetzes« für den künftigen Bundesstaat zu übertragen.

In diesen entscheidenden Beratungen, die unmittelbar in die Vorgeschichte der Gründung der Bundesrepublik Deutschland einmündeten, hat Altmeier keineswegs die ausschlaggebende Rolle gespielt, die er später für sich in Anspruch genommen hat bzw. die ihm bisweilen zugesprochen worden ist. Der Koblenzer Unionspolitiker, stets von seinem Justiz- und Kultusminister Adolf Süsterhenn begleitet, stand in diesen Wochen an der Seite der übrigen Länderchefs der CDU/CSU, deren bedeutendster Repräsentant der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard war. Diese drängten von Anfang an darauf, möglichst rasch die Voraussetzungen zur Gründung eines westdeutschen Bundesstaats zu schaffen, um mit der Übernahme von politischer Mit- und Eigenverantwortung auch entsprechende Rechte und Freiheiten übertragen zu erhalten und damit das Zeitalter der Besatzungsherrschaft so rasch wie möglich beenden zu können.

In den Verhandlungen des Sommers 1948 blieb der Koblenzer Regierungschef mit Erfolg darum bemüht, das Problem einer Neugliederung der Länder zu vertagen, für das die Militärgouverneure von deutscher Seite Vorschläge erwarteten. Bei einer wie immer gearteten Neugliederung hätte die Existenz von Rheinland-Pfalz auf dem Spiel gestanden. Altmeiers Argumentation lautete, daß diese Frage, wie er am 16. Juni 1948 dem Landtag erklärte, nur von den »künftigen demokratisch gewählten gesamtdeutschen Bundesorganen« entschieden werden könne. Rasch wurde deutlich, daß an einer Veränderung der innerdeutschen Ländergrenzen, wie sie die drei Westmächte 1945 geschaffen bzw. anerkannt hatten, außer in Württemberg und Baden – die 1952 nach einer Volksabstimmung zu Baden-Württemberg vereinigt wurden – kein Interesse bestand. Da auch die Besatzungsmächte nicht weiter drängten, wurde Rheinland-Pfalz »gerettet«.

Mit Genugtuung begrüßte Altmeier die im Mai 1949 erfolgte Verabschiedung des Grundgesetzes, an dessen Ausgestaltung Süsterhenn wesentlichen Anteil hatte. Dabei gab er vor dem Landtag seiner Hoffnung Ausdruck, daß es auch denjenigen Deutschen, die jetzt noch in einem »System der Unfreiheit und Diktatur« leben müßten, vergönnt sein möge, »als freie Menschen zu leben und dahin zu streben, wohin sie Herz und Wunsch treibt«.

Nach der ersten Bundestagswahl vom 14. August 1949 gehörte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident – wie auch die übrigen CDU-

Länderchefs Karl Arnold (Nordrhein-Westfalen), Leo Wohleb (Baden) und Gebhard Müller (Württemberg-Hohenzollern) – zu denjenigen Unionspolitikern, die dafür eintraten, die erste Regierung zwar unter Führung der Unionsparteien, aber mit Einschluß der SPD zu bilden, analog der jeweils bestehenden »großen Koalition« in ihren Ländern. Sie vermochte sich damit jedoch gegenüber der von Adenauer geführten Mehrheit (Rhöndorfer Konferenz führender Unionspolitiker am 21. August und Entscheidung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1. September 1949) nicht durchzusetzen.

VII

Mit zunehmender Dauer seiner Tätigkeit als Ministerpräsident – 1954/55 und 1965/66 amtierte Altmeier auch als Präsident des Bundesrats – gewann er Profil als »Landesvater«. Auch nach der Übersiedlung von Landesregierung und Landesparlament von Koblenz nach Mainz (1950) – im Gefolge einer wiederholten Abstimmung im Landtag, die zunächst zugunsten von Koblenz ausgegangen war –, bewohnte Altmeier, der nur eine kleine Dienstwohnung in Mainz bezog, weiterhin sein Haus am Moselufer in Koblenz. Er hatte es 1947 aus der Erbmasse der Reichsvermögensverwaltung zu einem günstigen Kaufpreis erworben, der ihm später von der Opposition zum Vorwurf gemacht und dann zum Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsverfahrens wurde.

Eine zunächst unverkennbare Distanz Altmeiers in seinem Verhältnis zu den Pfälzern verringerte sich im Laufe der Zeit. Als in der Mitte der fünfziger Jahre die Diskussion um die Einlösung des Verfassungsauftrags zur Neugliederung des Bundesgebiets begann, verwies Altmeier, wie bereits 1949, darauf, daß eine derart weittragende Entscheidung von freigewählten gesamtdeutschen Bundesorganen getroffen werden müsse.

Seit 1952 belastete die Schulfrage – ausgehend von einer Forderung des Mainzer Bischofs Albert Stohr nach Einführung der Bekenntnisschule auch in Rheinhessen – einige Jahre lang die innenpolitische Szenerie. Der Streit wurde 1955 durch ein neues Schulgesetz beigelegt. Er war wenige Jahre später, angesichts des zunehmend säkularisierten Klimas wie des vom Ministerpräsidenten beklagten kampflosen Rückzugs der katholischen Kirche aus generationenlang verteidigten Positionen bereits vergessen.

Das Verhältnis des Ministerpräsidenten zu Bundeskanzler Adenauer war insgesamt durchaus gut, wenn auch keineswegs spannungsfrei. Es blieb allerdings bis Mitte der fünfziger Jahre in einem Punkte von einer

gegensätzlichen Haltung bestimmt: Der gebürtige Saarbrücker Altmeier trat kompromißlos für eine möglichst rasche und vollständige Rückgliederung des Saargebiets ein. Diesen Einsatz zugunsten der unterdrückten Saarländer verstand er als Erfüllung einer nationalpolitischen Aufgabe. Er wandte sich gegen das von Adenauer eingeschlagene bzw. tolerierte behutsamere Vorgehen, d. h. die zeitweilige Inkaufnahme auch einer Übergangslösung durch Europäisierung des Saargebiets, die als Vorleistung für die Bildung einer Westeuropäischen Union hätte verstanden werden können.
Immerhin erreichte Adenauer durch seine Bereitschaft zu entsprechenden Vorleistungen, daß die französische Regierung 1955 das Saarstatut zur Abstimmung stellte und bereit war, deren Ergebnis zu akzeptieren. Es wurde dann – wie Altmeier erwartet und durch entsprechende Aktionen und Reden nach Kräften unterstützt hatte – von der Saarbevölkerung mit großer Mehrheit (67,7 %) verworfen, so daß das 1945 von Deutschland abgeschnürte Gebiet Anfang 1957 in die Bundesrepublik eingegliedert werden konnte.
Der rheinland-pfälzische Regierungschef empfand es als seine historische Aufgabe, durch ständigen Brückenschlag zu den westlichen Nachbarn die grenzübergreifenden Verbindungen zu festigen und zu vertiefen. Krönung dieser Bemühungen war 1962 eine besondere Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Burgund. Für seine Mittlerrolle zwischen den Völkern wurde er mit hohen Auszeichnungen Frankreichs und Luxemburgs geehrt und 1963 Ehrenbürger der Stadt Dijon. Zu anderen Auszeichnungen, die ihm außer den üblichen, seinem Staatsamt entsprechenden hohen staatlichen Orden in seiner Heimat zuteil wurden, zählte die Würde eines Ehrendoktors der Medizinischen Fakultät der Universität Mainz (1956), die Ernennung zum Ehrensenator der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (1957) sowie zum Ehrenbürger der Stadt Koblenz (1959) und der Stadt Mainz (1965). 1957 verlieh ihm Papst Pius XII. das Großkreuz des Gregorius-Ordens.
Seit 1958 Vorsitzender der Rundfunk- und Fernseh-Kommission der Ministerpräsidenten, gehörte Altmeier zu den »Gralshütern des Föderalismus« (Helmut Kohl), als es darum ging, die 1960 von der Bundesregierung ins Leben gerufene »Deutschland-Fernsehen GmbH« zu Fall zu bringen. Das gelang durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Am 17. März 1961 beschlossen daraufhin die Ministerpräsidenten die Einrichtung eines von den bestehenden Rundfunkanstalten unabhängigen »Zweiten Deutschen Fernsehens« als gemeinnützige Anstalt und beriefen Altmeier zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats. Der Aufbau des ZDF wurde von Rheinland-Pfalz vorfinanziert. Altmeiers Bemühungen dürfte es zu verdanken sein, daß die Länderanstalt ihren Sitz in Mainz erhielt.

Durch seinen konsequenten Einsatz zugunsten einer inneren Stärkung des Landes gelang es, das künstlich geschaffene Gebilde Rheinland-Pfalz mit seinen überwiegend agrarisch strukturierten Landesteilen allmählich auch zu industrialisieren und wirtschaftlich zu stabilisieren. Der Ministerpräsident unterstrich bei jeder Gelegenheit die kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten der in diesem Land vereinigten unterschiedlichen Landschaften, wie sie bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts bestanden hatten.
Die hämische Bemerkung von einem Land, das nicht leben und nicht sterben könne, verschwand allmählich aus dem Vokabular der Opposition und publizistischer Meinungsmacher. Schließlich söhnte sich auch die SPD mit dem von Altmeier zielbewußt als »Land der Mitte« innerhalb der europäischen Integration ausgebauten Rheinland-Pfalz aus, das sie wegen seines »hohen CDU-Gehalts« nicht sonderlich schätzte. Seit 1961, nachdem die CDU erhebliche Stimmenverluste hatte hinnehmen müssen, regierte Altmeier mit einer CDU-FDP-Koalition, auch nach 1965, als es der Union gelungen war, wieder die absolute Mehrheit zu erreichen.

VIII

1966 begann Altmeiers unfreiwilliger Rückzug auf Raten aus der Landes- und Parteipolitik. Die nachdrängende Generation der CDU-Politiker unter Führung des Vorsitzenden der Jungen Union in Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, glaubte, das konservativ geprägte Profil ihrer Partei in diesem Land auflockern und es entsprechend »modernisieren« zu müssen. Die von Altmeier am 17. Oktober 1947 in seiner Rede auf dem ersten Landesparteitag der CDU ausgesprochene Hoffnung, daß sich die Junge Union aufraffe, »zusammen mit den Alten am Neubau zu arbeiten«, erfüllte sich in anderer als der von ihm 19 Jahre zuvor ausgesprochenen Weise. Im März 1966 mußte Altmeier seinen Platz als Vorsitzender der CDU des Landes zugunsten von Kohl räumen und auf den des Ehrenvorsitzenden überwechseln.
Ein Jahr später, am Verfassungstag des Landes, 18. Mai, erfolgte seine Wachablösung im Amt des Regierungschefs, wiederum, wie vorher abgesprochen, zugunsten des Pfälzers Helmut Kohl. Altmeier, inzwischen 70 Jahre alt, hat die ihm liebgewordene Stellung – genauso wie fünf Jahre zuvor Konrad Adenauer das Amt des Bundeskanzlers – nicht leichten Herzens aufgegeben. Er wurde, in dieser Hinsicht wiederum Adenauer vergleichbar, nicht von den Wählern, »sondern von der eigenen Partei« aus dem Amt gedrängt (Walter Hück). Bei seinem Ausscheiden würdigte ihn der Bundesrat durch den Hamburger Bürgermeister Herbert Weichmann (SPD) als das »inkarnierte

Hauptbuch dieser Bundesrepublik in ihrer bald 20jährigen Lebensdauer«, als »getreuen Sachverwalter« seines Landes wie des Bundes, als einen »nüchternen und sachlichen Arbeiter« und eine ausgleichende Persönlichkeit. Als Vertreter der Bundesregierung bezeichnete Bundesratsminister Carlo Schmid den Ministerpräsidenten als »Verkörperung jener Stetigkeit, ohne die Staaten nicht gedeihen können«.
Noch Vorsitzender des Verwaltungsrats des Zweiten Deutschen Fernsehens und bis 1971 Mitglied des Landtags, zog sich Altmeier anschließend aus dem öffentlichen Leben zurück. Er starb nach längerer Krankheit am 28. August 1977 in Koblenz und fand dort, drei Tage später, geehrt durch einen Staatsakt der Landesregierung, sein Grab.

IX

Peter Altmeier, geprägt durch kaufmännischen Verstand, war ein nüchtern zupackender und grundsatzfester Unionspolitiker, ein konservativer rheinischer Katholik mit einem »Schuß humaner Liberalität« (Franz-Josef Heyen); er war kein Programmatiker und Theoretiker, kein wortgewaltiger, wohl aber einprägsamer und durchaus wirkungsvoller Redner. Er verstand seine Tätigkeit an der Spitze des 1946 geschaffenen Landes als Dienst an Volk und Vaterland. Er wußte, daß Politik die Herzen und nicht nur den Verstand der Menschen erreichen muß, um dauerhaft zu sein. Zielbewußt, von rheinisch-heiterer und ausgleichender Natur, behutsam und umsichtig in seinem Vorgehen, hielt er engen Kontakt mit der Bevölkerung, deren Sorgen er sich in sehr persönlicher Weise annahm. Seine Frau Gretel, die auch als Vorsitzende des Katholischen Sozialwerks in Koblenz in der Stille wirkte, war ihm eine wesentliche Stütze und wuchs in die Rolle einer »Landesmutter« hinein.
Infolge der langen Dauer seiner Regierungstätigkeit erreichte Altmeier einen ungewöhnlich hohen Popularitätsgrad. In seiner Verbindung von »deutschem Patriotismus und europäischer Gesinnung« (Helmut Kohl) hat der rheinland-pfälzische Ministerpräsident wesentlich zum deutsch-französischen Ausgleich und Brückenschlag beigetragen. Der Name dieses Unionspolitikers von festen christlichen Grundsätzen bleibt untrennbar mit dem inneren Zusammenwachsen und wirtschaftlichen Aufstieg »seines« Landes Rheinland-Pfalz verbunden. Er hat es durch seine außergewöhnlich lange und erfolgreiche Regierungszeit konsolidiert und damit einen Beitrag zur Stabilität und Kontinuität auch der Bundesrepublik Deutschland geleistet.

Elisabeth Zillken (1888–1980)

Obwohl Elisabeth Zillken länger als 60 Jahre ihren Wohnsitz in Dortmund hatte, erinnerte sie sich immer gern, daß sie einer saarländischen Arbeitergemeinde entstammte. Vor allem in den letzten Lebensjahren wies sie bei vielen Gelegenheiten auf ihren Heimatort Wallerfangen hin, in dem sie die ersten sozialen Eindrücke gewonnen habe; durch ihre Eltern sei sie auf die Notwendigkeit und Bedeutung des sozialen Dienstes aufmerksam geworden; der Arbeiterverein des Dorfes und der später gegründete Volksverein für das katholische Deutschland hätten dazu beigetragen, die Bevölkerung des Heimatdorfes sozial aufzuschließen. Sie, deren Lebensaufgabe der soziale Dienst wurde, blieb sich und wurde sich immer mehr bewußt, daß sie konsequent das weitertrug, was durch Elternhaus und Heimatdorf in ihr grundgelegt worden war.

I

Am 8. Juli 1888 wurde Elisabeth Zillken als ältestes von fünf Kindern in Wallerfangen/Saar geboren. Der Vater Engelbert Zillken, der aus Wollerheim bei Düren stammte, war Rentmeister der Firma Villeroy. Er hatte 1887 Anna Schweitzer geheiratet. In den ersten sechs Jahren wurden dem in guten Verhältnissen lebenden Ehepaar vier Kinder geboren: Elisabeth, Eleonora und die Zwillinge Sophie und Maria; fünf Jahre später kam Anna zur Welt, die 1928 eine enge Mitarbeiterin von Elisabeth wurde.
Die in Wallerfangen ansässige Familie Villeroy beschäftigte in einer 1791 gegründeten Porzellanmanufaktur zu der Zeit, als Elisabeth Zillken ein Kind war, 800 bis 1000 Arbeiter. Später wurde in der Fabrik der Villeroys auch Steingut produziert. Die dort Beschäftigten verdienten relativ gut und hatten großen Nutzen von einer durch die Familie gegründeten Stiftung. Es gab in Wallerfangen sehr früh Wasserleitung und Kanalisation. Mit Hilfe der Stiftung wurden ein Krankenhaus und ein Kloster gebaut, dessen Schwestern ein Kinderhaus und einen Kindergarten unterhielten und die Kranken in der ganzen Gegend ambulant versorgten.

Rentmeister Engelbert Zillken war Mitglied des Kuratoriums dieser Stiftung, die im patriarchalischem Sinn das soziale Leben Wallerfangens weitgehend bestimmte. Durch das Kuratorium wurden nicht nur die von ihm gegründeten Einrichtungen verwaltet, es wurde auch über die Vergabe von Grundstücken und Darlehen befunden, durch die den Arbeitern von Villeroy der Bau oder Erwerb eines Eigenheims ermöglicht wurde. Die Mitglieder des Kuratoriums beschlossen auch, welche begabten Kinder der Fabrikarbeiter zur Weiterbildung und zum Studium geschickt werden sollten. Elisabeth war oft anwesend, wenn solche Beschlüsse in »Sonntagsgesprächen« vorbereitet wurden. Im hohen Alter erinnerte sie sich: »Ich hörte einfach zu. Die Leute haben wahrscheinlich gedacht, ich verstände nichts davon. Ich weiß heute noch zum Teil, von welchen Leuten damals die Rede war und welchen Leuten geholfen werden mußte.« Dem ältesten Kind des Rentmeisters blieben die frühen Besuche im Hospital und die Gespräche mit dessen Oberin in lebhafter Erinnerung, von der sie später sagte: »Das war eine kluge Frau.« Dem begabten Kind Elisabeth entging auch nicht, welchen Hintergedanken die Oberin hatte, wenn sie fragte: »Was willst du denn später werden?« »Vielleicht hat sie die Antwort hören wollen«, so überlegte die Neunzigjährige, »daß ich zu ihr ins Kloster käme. Dann habe ich gesagt: Ich möchte vielen Menschen helfen.«
Den ersten Unterricht gab ihr der Vater im Elternhaus. Dann besuchte sie ein oder zwei Jahre die Volksschule in Wallerfangen. Diese Zeit sei für sie »schrecklich« gewesen, bekannte sie später. Mit so vielen Kindern in überfüllten Klassen zusammensein zu müssen, sei ihr nicht leicht gefallen. Der Vater schickte sie dann nach Saarlouis zur höheren Schule. Jeden Tag legte sie die vier Kilometer hin und die vier Kilometer her zu Fuß zurück. Mit weniger als 16 Jahren erreichte sie den Abschluß dieser Schule. Es entsprach nicht voll ihrer Absicht, daß sie anschließend an einer privaten höheren Handelsschule in Köln studierte. Sie hätte lieber einen »sozialen Beruf« ergriffen. Aber dazu gab es keine Möglichkeit.
Der Unterricht in Köln war breit angelegt; er betraf nicht nur Stenographie und Schreibmaschine, sondern auch Sprache, Rechtslehre, Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Man lernte dort alles, was man brauchte, um das Sekretariat einer sozialen Einrichtung zu führen. Vor der Handelskammer in Köln und dem entsprechenden Schuldezernenten legte Elisabeth Zillken ihre Prüfung ab und absolvierte dann ein zweijähriges Praktikum bei einer großen Mainzer Firma, die mit Schmuck handelte. Sie erledigte die Korrespondenz in Deutsch, Französisch und Englisch. Die Arbeit interessierte sie bis zu einem gewissen Grad; aber sie fand in ihr keine Befriedigung. Deshalb ging sie nach ihrem Praktikum – inzwischen zwanzigjährig – wieder nach Köln, um an der Handelshochschule weiterzustudieren. Unter

einigen hundert Studenten gab es nur ganz wenige Frauen. Nach fünf Semestern legte sie ihre Abschlußprüfung als Diplom-Handelslehrerin ab. Neben dem Studium an der Hochschule belegte sie an der Universität Vorlesungen in allgemeinbildenden, wirtschaftlichen und kulturellen Fächern. In diese Jahre fiel auch ein Studienaufenthalt in England, der geeignet war, ihren Horizont zu erweitern.
Eigentlich wollte Elisabeth Zillken nicht Lehrerin werden, obwohl diese Begabung von Vaters Seite in ihr steckte. Er war, so berichtete sie, bevor er Rentmeister wurde, »auch Lehrer« gewesen. Sie fand es »allmählich etwas langweilig«, als Lehrerin in einer Schule tätig zu sein, weil alle Mädchen aus ihrer Bekanntschaft diesen beruflichen Weg gingen. Aber es schien ihr nun, da sie ihr doppeltes Studium abgeschlossen hatte, zunächst der einzig mögliche Weg. Also trat sie im Herbst 1910 in den Schuldienst ein. Sie arbeitete kurze Zeit an den Kaufmännischen Unterrichtsanstalten Köln, um dann für einige Semester an den vergleichbaren Anstalten in Hannover zu unterrichten. Neben ihrer Lehrtätigkeit besuchte sie Vorlesungen an der Technischen Hochschule in Hannover, unter anderem bei einem der bedeutendsten Soziologen seiner Zeit, Leopold von Wiese.
In dieser Zeit verfaßte sie einige Artikel für das Jahrbuch des Norddeutschen Lloyd. Von größter Bedeutung für ihr weiteres Leben wurde die Begegnung mit dem Pfarrer von Hannover-Linden, Dr. Wilhelm Maxen. Er erkannte die ungewöhnliche soziale Begabung der jungen Handelslehrerin und bat sie um Hilfe bei der Unterrichtung und Freizeitgestaltung für die Textilarbeiterinnen der Lindener Samtfabrik. Elisabeth Zillken entsprach mit Freude der Bitte des sozialgesinnten Priesters. Sie hielt Schulungsabende für die Arbeiterinnen. Pfarrer Maxen war es auch, der Elisabeth Zillken zum ersten Mal mit der Fürsorgearbeit in Berührung brachte. Er bat sie, sich um »Pflegekinder« zu kümmern. Dabei handelte es sich um Kinder, die bei fremden Familien untergebracht waren, und um uneheliche Kinder, die bei ihren ledigen oder inzwischen verheirateten Müttern lebten. Diese »Pflegekinder« standen unter der »Sammelvormundschaft« eines Beamten, der vor allem durch Frauen des evangelischen Frauenbundes Kontakt mit den »Pflegekindern« und ihren Müttern hielt. Elisabeth Zillken stellte sich dem zuständigen Beamten vor und übernahm einige Bezirke, in denen es viele katholische »Pflegekinder« gab.
Ostern 1913 ging sie an die Kaufmännischen Unterrichtsanstalten der Stadt Düsseldorf. Pfarrer Maxen empfahl sie seinem römischen Studienkollegen Dr. Carl Sonnenschein, der seit einigen Jahren an der Volksvereinszentrale in Mönchengladbach angestellt und für die katholische Studenten- und Akademiker-Seelsorge zuständig war. Es ging Sonnenschein insbesondere um die Aufnahme von Kontakten der

Studenten und Akademiker mit den Arbeitern. Er nahm Elisabeth Zillken gleich in die Pflicht, indem er sie veranlaßte, die soziale Studentenarbeit mitzugestalten. Konkret wurde ihr von Sonnenschein die Aufgabe gestellt, die Studentinnen und Studenten der Bonner Universität an die sozialen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege heranzuführen. So pendelte sie oft zwischen Düsseldorf und Bonn hin und her. Sie eröffnete vor allem den Studentinnen Möglichkeiten, beim Fürsorgeverein mitzuarbeiten, Dienste in der Jugendgerichtshilfe zu übernehmen oder auch bei Hauspflegestellen mitzuhelfen. Nach der Konzeption Sonnenscheins wurden die Studenten während der Semesterferien dazu herangezogen, Unterrichtskurse für Arbeiter zu halten. Elisabeth Zillken organisierte unter der Anleitung von Sonnenschein solche Arbeiterkurse. Das brachte sie in Zusammenarbeit mit Pfarrämtern, christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereinen. So fand sie direkten Anschluß an die christlich-soziale Bewegung, die vor allem durch den Volksverein für das katholische Deutschland repräsentiert wurde.

Es war wichtig für Elisabeth Zillken, daß sie bei dieser ehrenamtlichen Arbeit an den Erinnerungen und Erfahrungen ihrer Kindheit im saarländischen Wallerfangen anknüpfen konnte. Dort hatte sie schon einen katholischen Arbeiterverein kennengelernt, dessen Gründungsdatum – 1842 – sie immer mit einem gewissen Stolz nannte. Der Verein war zwar ziemlich patriarchalisch orientiert; am meisten zu sagen hatten diejenigen, die die Ersten in Fabrik und Dorf waren; aber immerhin fanden sich die Arbeiter zusammen, hielten ihre Veranstaltungen im eigenen Vereinshaus und blickten auch gelegentlich über die Grenzen des Dorfes hinaus. Die katholischen Arbeitervereine, denen Elisabeth Zillken im Düsseldorfer Raum begegnete, waren im Westdeutschen Verband, der – wie der Volksverein – in Mönchengladbach seinen Sitz hatte, zusammengeschlossen. Sie galten als gut organisiert und sehr fortschrittlich.

In Carl Sonnenschein lernte sie einen außerordentlich dynamischen Repräsentanten des Volksvereins kennen. Das, was sie schon als Kind in den Heften des Volksvereins, die in ihr Elternhaus kamen, gelesen hatte, nahm nun in ihrem Leben konkret Gestalt an. Sie lebte sich in die Welt des Volksvereins ein und wurde zu einem Glied der Bewegung, die er auslöste. Elisabeth Zillken war von Anfang an keine Einzelkämpferin.

II

Carl Sonnenschein war es auch, der Elisabeth Zillken 1916 vor die wichtigste Entscheidung ihres Lebens stellte. Er sagte ihr: »Der

Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder braucht eine Generalsekretärin, sonst geht er kaputt. Wäre das nichts für Sie?« Bevor Elisabeth Zillken die Frage entscheiden konnte, wurden von Sonnenschein schon Fäden gesponnen, die ihr die Entscheidung erleichterten. Die Vorsitzende des Düsseldorfer Fürsorgevereins, Anna Niedick, gehörte zu den engsten Mitarbeiterinnen von Agnes Neuhaus, der Gründerin und Vorsitzenden des gesamten Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder. Nachdem der Geistliche Beirat der Ortsgruppe Dortmund, Pastor Klemens Cloidt, Pfarrer an der Dortmunder Dreifaltigkeitskirche, zu der Einsicht gekommen war, daß unbedingt eine ordnende Hand an die – kaum ausgebaute – Zentrale in Dortmund kommen müsse, schaltete er Dr. Sonnenschein ein, der auf Elisabeth Zillken verwies. Beide trugen Sorge, daß die junge Handelslehrerin in engeren Kontakt mit Anna Niedick kam, die von 1903 an eine der bedeutendsten und von Agnes Neuhaus voll anerkannten Persönlichkeiten der katholischen Fürsorgearbeit im Rheinland war. Elisabeth Zillken kannte die Düsseldorfer Fürsorgerin schon von der gemeinsamen Kriegsfürsorgearbeit her. Auf Anregung Sonnenscheins und Cloidts engagierte sie sich noch mehr im Dienst an den Fürsorgebedürftigen. Anna Niedick konnte sie nun guten Gewissens der Vorsitzenden Agnes Neuhaus empfehlen, die bis dahin alleiniger Dreh- und Angelpunkt des Fürsorgevereins gewesen war. Trotz der Empfehlung durch die langjährige Düsseldorfer Vorsitzende blieb Agnes Neuhaus zunächst skeptisch. Sie wollte unbedingt die als Generalsekretärin in Aussicht genommene Elisabeth Zillken examinieren. In ihren Erinnerungen stellte Agnes Neuhaus fest: »Elisabeth Zillken aber wußte alles.« Die gut situierte Diplom-Handelslehrerin gab im Herbst 1916 ihre sichere Stelle als Düsseldorfer städtische Beamtin auf, nahm das Angebot des privaten, finanzschwachen Fürsorgevereins an und entschied sich damit für eine ungewisse Zukunft. Zum 1. Oktober 1916 trat sie ihre Stelle als Generalsekretärin an der Zentrale in Dortmund an. Sie wagte es nicht, ihren Eltern in Wallerfangen genau mitzuteilen, was sie unternommen hatte. Sie wären mit der Entscheidung ihrer Tochter – aus verständlichen Gründen – nicht einverstanden gewesen.

Die Bereitschaft Elisabeth Zillkens, von der Schule in die Fürsorge zu wechseln, kam nicht von ungefähr. Sie hatte schon am Beispiel der Mutter erkennen können, wie bedeutsam die fürsorgerische Arbeit ist. Ihre Mutter hatte sich, so erinnerte sich Elisabeth Zillken, im Dorf um die Wöchnerinnen gekümmert, »daß sie mit gutem Essen versorgt wurden« und alles bekamen, »was sonst nötig war«. In Hannover war sie von Pfarrer Maxen in die Fürsorgearbeit einbezogen worden. In Düsseldorf hatte Sonnenschein sie mit der Arbeit von Anna Niedick in Verbindung gebracht. In der gleichen Stadt hatte sie schon vorher

Bekanntschaft mit Dr. Marie Baum und Assessor Lehr gemacht, die für die weitverzweigte Kriegsfürsorge verantwortlich waren: Fürsorge für Verwundete und ihre Familien, Umschulung der Soldaten, die infolge ihrer Verwundung ihren Beruf nicht mehr ausüben konnten, Betreuung der Kriegerwitwen und ihrer Kinder u. a. Als sie nach Dortmund umsiedelte, wußte sie, welche Arbeit sie erwartete. Deshalb konnte sie ihren bisherigen Beruf leichter aufgeben. Aus ihren eigenen Bemerkungen ist zu schließen, daß sie, wenn nicht die Berufung nach Dortmund gekommen wäre, wahrscheinlich die Chance wahrgenommen hätte, Mitarbeiterin von Marie Baum zu werden.

III

Als Elisabeth Zillken an die Zentrale des katholischen Fürsorgevereins in Dortmund kam, fand sie dort »eigentlich nichts« vor, was die Bezeichnung Sekretariat verdiente. Es gab dort eine sehr gut arbeitende Ortsgruppe, deren Mitglieder hilfsweise Briefe beantworteten, die von verzweifelten Ortsgruppen kamen. Agnes Neuhaus hatte sie alle gegründet. Die Gründerin hatte die Verantwortlichen dieser Gruppen sämtlich acht bis zehn Tage unterrichtet und in die Arbeit eingeführt. Sie hatte unermüdlich gearbeitet. Aber nun, nachdem mehr als 80 Ortsgruppen bestanden, wuchs ihr die Arbeit über den Kopf. Hinzu kamen etwa 40 Heime für gefährdete Mädchen und Kinder, die der Betreuung durch eine Zentrale bedurften, auch wenn es jeweils am Ort Verantwortliche gab.

Im Oktober 1916 arbeiteten zwei hauptberufliche Kräfte in der Dortmunder Ortsgruppe; es waren aber auch fünf junge Damen da, die von Agnes Neuhaus eine Einführung in ihre Arbeit erwarteten. Die Gründerin, die nach den Worten von Elisabeth Zillken »eine ausgesprochene Lehrbegabung« hatte, unterrichtete die Frauen, die von neuen Ortsgruppen kamen, und führte sie in die soziale Arbeit ein. Weil sie aber so viel auf Reisen war, blieb ihr nicht genügend Zeit dafür.

So wurde die Unterweisung der ehrenamtlichen Kräfte eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Genaralsekretärin. Sie erteilte Unterricht, sprach die Gesetze durch, die für die Jugend- und Gefährdetenfürsorge wichtig waren, und hielt »Fall-Besprechungen«, bei denen ein konkreter Fall von allen Seiten her erörtert wurde. Es entwickelte sich bald eine Methode, die sich bei der weiteren Arbeit als außerordentlich erfolgreich erwies: Elisabeth Zillken sprach täglich die eingegangene Post mit den neuen ehrenamtlichen Kräften durch und berücksichtigte dabei vor allem juristische und fürsorgerische Fragen. Dann gab sie

jeder einen bestimmten Auftrag. Später am Tag wurde dann noch einmal ausführlich über die »Fälle« gesprochen. Es wurden für die »Dortmunder Schule«, die noch nicht den Charakter einer Schule hatte, aber eine wichtige Entwicklungsphase darstellte, andere qualifizierte Lehrer gewonnen: ein psychologisch begabter Priester, Direktor eines großen Heims für geistig Behinderte, ein Vormundschaftsrichter und andere Fachleute. Bald interessierten sich auch andere Fürsorge-Organisationen und -Institutionen für die in Dortmund Ausgebildeteten und boten ihnen Stellen an.
Es war nur noch eine Frage der Zeit, daß die von vielen Instanzen hoch geschätzte Ausbildungsstätte eine staatlich anerkannte »Soziale Frauenschule« wurde. Durch widrige Umstände nach dem Ersten Weltkrieg verzögerte sich die Anerkennung, die durch eine geschickte Intervention Helene Webers endlich 1927 erfolgte. Im folgenden Jahr übernahm Dr. Anna Zillken, die jüngste Schwester der Generalsekretärin, die Leitung der Schule. Anna Zillken hatte in Berlin Rechtswissenschaften studiert, war dort von Dr. Sonnenschein in der sozialen Arbeit eingesetzt worden und hatte sich Agnes Neuhaus als Sekretärin zur Verfügung gestellt, wenn diese zu den Sitzungen des Reichstags oder dessen Ausschüssen nach Berlin kam. Nachdem sie 1925 zum Dr. jur. promoviert worden war, hatte sie an der städtischen Sozialen Frauenschule in Mannheim unterrichtet. So war sie in jeder Hinsicht gut auf die Leitung der Dortmunder Schule des katholischen Fürsorgevereins vorbereitet. Elisabeth Zillken fand in ihrer Schwester Anna eine ideale Mitarbeiterin.
Zunächst wurden in Dortmund nur einjährige Kurse durchgeführt; nach der Errichtung als Soziale Frauenschule dauerte die Ausbildung zwei Jahre, hinzu kam ein einjähriges Praktikum. Auch wenn die Schule in Anna Zillken eine hervorragende Leiterin hatte, so blieb ihre Schwester Elisabeth doch immer allem, was mit der Ausbildung der Fürsorgerinnen zusammenhing, eng verbunden.
Eine wichtige Aufgabe von Elisabeth Zillken als erster Generalsekretärin des Fürsorgevereins bestand darin, ein Archiv und eine Registratur anzulegen. In der Biographie der Gründerin heißt es: »Der Anfang ihrer (Elisabeth Zillken) Tätigkeit bestand darin, daß Agnes Neuhaus und sie sich jede eine Schürze vorbanden und gemeinsam den großen Schrank im Rosental aufräumten, der das ›Archiv‹ des Vereins enthielt.« Elisabeth Zillken wußte in ihren letzten Lebensjahren zu berichten: »In einem alten Schrank ... waren einige Akten drin, die meisten Akten waren ... schön in Zeitungspapier verpackt und verschnürt. Alles lag in Frau Neuhaus' Wohnung in Päckchen, sie hatte sie ordentlich verpackt und einen Zettel geschrieben, wo es war. Die Töchter pflegten zu sagen: ›Mama schreibt zu allem einen deutschen Aufsatz.‹«

Bereits 1910 war bei der Generalversammlung des Fürsorgevereins beschlossen worden, ein ständiges Vereinsorgan herauszugeben. Aber der Beschluß konnte – trotz Verankerung in der Geschäftsordnung (1913) – nicht verwirklicht werden. Agnes Neuhaus fühlte sich nicht imstande, diese zusätzliche Arbeit zu leisten. Die neue Generalsekretärin nahm auch diese Sache energisch in die Hand. Zum 1. Juli 1917 erschien die erste Nummer des »Korrespondenzblattes«, das künftig zu einem wichtigen Bindeglied zwischen Zentrale, Ortsgruppen und Mitgliedern wurde. In Nummer 1 stellte die Vorsitzende ihre neue Generalsekretärin vor: »Wir können nun Gott sei Dank feststellen, daß wir nicht leicht eine bessere Wahl hätten treffen können.« Agnes Neuhaus spürte deutlich, daß mit der Anstellung von Elisabeth Zillken ein neuer Abschnitt des Fürsorgevereins begonnen hatte. Sie betonte nachdrücklich, daß auch die künftige Arbeit im Herzen Jesu ihren tiefsten Grund haben müsse: »Als einziges wünsche ich uns allen von neuem diesen guten Geist, der im Herzen unseres Erlösers wohnt, den Geist freudiger Opferbereitschaft, den Geist inniger Liebe zu Gott und allen Menschen.«

Elisabeth Zillken blieb während ihrer mehr als ein halbes Jahrhundert dauernden hauptamtlichen Tätigkeit für den Fürsorgeverein ganz auf dieser geistigen Linie. Sie sprach immer wieder aus, was Agnes Neuhaus als ihren »einzigen Wunsch« formuliert hatte. Zur Fünfzig-Jahrfeier des Vereins (1950) schrieb Elisabeth Zillken im Korrespondenzblatt: »Das geöffnete Herz des Herrn ist der Ausgangspunkt und Mittelpunkt unserer Arbeit. Seine Gnade und Seine Liebe riefen uns in Seinen Dienst. Er würdigte uns, mit zu denen zu gehören, die Vermittler Seiner Gnade sein dürfen. Wir scharen uns am Herz-Jesu-Fest alle gemeinsam um den, der uns in Seinen Weinberg rief, um Ihm zu danken und Ihn zu preisen für Seine unfaßbare Liebe, um Ihn um immer neue Gnade für uns, für unsere Schutzbefohlenen, für alle Menschen zu bitten, um Ihm das Werk, das wir in Seinem Auftrag bauten, besonders anzuempfehlen.« Es erwies sich als sehr wichtig, daß die beiden Frauen, ohne die der katholische Fürsorgeverein nicht zu denken ist, in ihrer religiösen Einstellung – vor allem im Blick auf ihre gemeinsame Arbeit – voll übereinstimmten. In Herkunft und Begabung, Lebensverlauf und Denkweise gab es erhebliche Unterschiede. Das hinderte sie nicht, durch Jahrzehnte gut und eng zusammenzuarbeiten. Sie arbeiteten im vollen Sinn des Wortes Hand in Hand.

Agnes Neuhaus nahm Elisabeth Zillken mit zu Neugründungen; so konnte die Generalsekretärin, als sie später selber für die Gründung neuer Vereine verantwortlich war, nach derselben Methode vorgehen, wie sie in der ersten Phase angewandt worden war. Als Elisabeth Zillken damit anfing, in den einzelnen Ortsgruppen Kurse durchzu-

führen, bat sie die Gründerin, mit ihr zu gehen. Die eine lernte von der anderen; die eine schätzte die Qualitäten der anderen; es gab keine Konkurrenz im negativen Sinn.

IV

Seit Gründung des Fürsorgevereins um die Jahrhundertwende war Agnes Neuhaus bemüht gewesen, die Arbeit auf eine fest »gesetzliche Grundlage« zu stellen, d. h. die Fürsorgetätigkeit vollzog sich im Rahmen der staatlichen Gesetze. Alle gesetzlichen Möglichkeiten wurden ausgeschöpft, um den gefährdeten und in Not geratenen Mädchen, Frauen und Kindern Hilfe zu geben. Nach dem Ersten Weltkrieg gab es zum ersten Mal die Chance, daß sich Frauen unmittelbar an der Gesetzgebung beteiligten. Die Frauen erhielten auf allen politischen Ebenen aktives und passives Wahlrecht. Elisabeth Zillken war schon seit ihrer Düsseldorfer Zeit (1913–1916) Mitglied des Frauenstimmrechtsverbands gewesen, hatte für den Verband Kurse gehalten und Artikel geschrieben, weil sie sich gesagt hatte: Viele Arbeitsbereiche, die früher der Frau im Hause überlassen waren, sind nun in der Verantwortung der Öffentlichkeit; also muß die Frau auch in der Öffentlichkeit an der Lösung der entsprechenden Fragen mitarbeiten.

1919 wurde sie von der Zentrumspartei als Kandidatin für den Dortmunder Stadtrat aufgestellt. Sie gewann das Mandat und war fortan – mit Ausnahme der Jahre der Nazi-Herrschaft – bis 1966 Stadtverordnete von Dortmund. Sie wollte damit die politische Komponente der Fürsorgearbeit betonen. Weil Agnes Neuhaus 1919/20 der Deutschen Nationalversammlung und ab 1920 dem Deutschen Reichstag angehörte, verzichtete Elisabeth Zillken ausdrücklich auf eine ihr angebotene Kandidatur für den Preußischen Landtag.

Es gab auch so für die Generalsekretärin in den kommenden Jahren viel politische Arbeit zu leisten. Agnes Neuhaus war im Reichstag führend beteiligt an der Vorbereitung des Jugendwohlfahrtsgesetzes, des Jugendgerichtsgesetzes, des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Sie brauchte jemand, der ihr »zuarbeitete«. Das wurde eine wichtige Aufgabe ihrer engsten Mitarbeiterin. Elisabeth Zillken berichtete, daß sie damals »sachlich zugezogen« worden sei. Sie gehörte zur »katholischen« und zur »gemischten Kommission«, die das Jugendwohlfahrtsgesetz vorbereitete, das 1922 verabschiedet wurde und 1924 in Kraft trat. Agnes Neuhaus nahm ihre Generalsekretärin auch mit zu Besprechnungen im Innen- und Justizministerium. Die schon vorhandene gründliche Sachkenntnis wurde so erweitert und vertieft und kam der gesamten Fürsorgearbeit zugute.

Als Agnes Neuhaus 1930 – sie war inzwischen 76 Jahre alt geworden – nicht mehr vom Zentrum als Kandidatin für den Deutschen Reichstag aufgestellt wurde, rückte Elisabeth Zillken an ihre Stelle. Es gab also keine Unterbrechung der politischen Arbeit im Sinn des katholischen Fürsorgevereins auf der Ebene des Deutschen Reiches. Allerdings ist festzustellen, daß in den Jahren von 1930 bis 1933 wegen der politischen Instabilität kaum nennenswerte Gesetzesarbeit geleistet werden konnte. »Es kam nicht zur Verabschiedung von bedeutenden Gesetzesentwürfen, wohl aber wurden solche vorbereitet und lagen bereit für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg« (Elisabeth Zillken).
Sobald nach dem Zusammenbruch 1945 die Alliierten den Deutschen wieder politische Betätigung gestatteten, wurde Elisabeth Zillken in die Verantwortung gerufen. Die englischen Besatzungsbehörden bestimmten sie als Mitglied des provisorischen Dortmunder Stadtparlaments und des ersten nichtgewählten nordrhein-westfälischen Landtags. Bei den Wahlen 1947 stand sie nicht als Kandidatin zur Verfügung. Auch eine ihr angetragene Kandidatur für den Bundestag (1949) lehnte sie ab, weil sie der Meinung war, daß die Arbeit des Wiederaufbaus der Organisation die Kräfte ihrer Mitarbeiterinnen und ihre eigenen Kräfte voll beanspruchten. Seit dem Tod von Agnes Neuhaus am 20. November 1944 hatte sie das Amt der Vorsitzenden mitübernommen, so daß sie doppelt durch den Fürsorgeverein in Anspruch genommen war. Sie glaubte, ein stärkeres parlamentarisches Engagement nicht verantworten zu können.
Wohl arbeitete sie auf politischem Gebiet im Blick auf neue Gesetze verantwortlich mit. Darüber schrieb sie: »Auch als Nichtparlamentarierin hatte ich Einfluß auf die jetzt neu einsetzende Gesetzgebungsarbeit, denn die Ausschüsse, die diese Gesetze vorbereiteten, bestanden wieder wie früher auf der Ebene des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, des Deutschen Caritasverbands und des Kommissariats der deutschen Bischöfe. In all diesen Kommissionen konnte ich mitarbeiten und mit meinen Erfahrungen und unserem Material dienen.« Als stellvertretende Vorsitzende der Frauenvereinigung in der CDU konnte sie von 1947 bis 1958 auf Parteiebene ihren Einfluß geltend machen.
Im »Korrespondenzblatt« des Fürsorgevereins besprach Elisabeth Zillken alle neuen Gesetze, von denen die öffentliche und private Fürsorgearbeit betroffen war. Vor allem gingen folgende Gesetze bzw. Novellierungen von Gesetzen sie und ihre Mitarbeiterinnen unmittelbar an: Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Jugendwohlfahrtsgesetzes (1961), Gesetz zur Vereinheitlichung und Änderung familienrechtlicher Vorschriften (1961) und das Bundessozialhilfegesetz (1961). Sie hatte an der Vorbereitung dieser Gesetze mitgearbeitet und war darum auch deren geeignete Interpretin. Was sie auf Tagungen

vortrug, faßte sie in Artikeln des »Korrespondenzblatts« noch einmal zusammen.
Sie versäumte nicht, die Prinzipien herauszustellen, an denen sich die neuen Gesetze orientierten, und die – trotz der im Ganzen guten gesetzlichen Bestimmungen – weiterhin bestehende Notwendigkeit des menschlichen Engagements zu betonen: »Die Kenntnis der Gesetze und der vorhandenen und neu entstehenden Fürsorge-Einrichtungen ist wichtiges Werkzeug für den Helfer, und dieses Werkzeug sollten wir immer gut in Ordnung halten. Aber noch wichtiger ist die innere Einstellung des Helfers. Wir helfen Menschen, wir helfen unseren Brüdern und Schwestern. Wir helfen der Jugend ... Wir helfen Menschen, die Gottes Ebenbild sind« (1961). Vor allem war sie besorgt, daß in den neuen Gesetzen das Prinzip der Subsidiarität Anwendung fand, dessen Richtigkeit sich seit Inkrafttreten des Jugendwohlfahrtsgesetzes (1924) und seit dem Erlaß der Reichsfürsorgepflichtverordnung (1924) zweifelsfrei erwiesen hatte. »Aufs Ganze gesehen«, so schrieb sie 1963 im »Korrespondenzblatt«, »kann ich durch Jugendhilfe nicht ersetzen wollen, was durch Bildungsarbeit (Erwachsenen- und Elternbildung), Elternhaus und durch die Schule geleistet werden muß. Aber ich kann ergänzen, fördern, stützen, generell und im Einzelfall ... Öffentliche und freie Jugendhilfe sollten den Eltern sagen, wie es um ihre Aufgabe aussieht, ihre Verantwortung wecken, aber auch ihren Mut fördern, die schwerer gewordene Aufgabe zu leisten.«
Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Jugendwohlfahrtsgesetz und Bundessozialhilfegesetz vom 18. Juli 1967 wurde die Subsidiarität noch einmal als Orientierungsprinzip für den Bereich der Jugendhilfe und Sozialhilfe anerkannt. Elisabeth Zillken stellte mit Dankbarkeit fest, daß mit dieser – gegen die von einigen SPD-regierten Städten angestrengte Normenkontrollklage – gerichtlichen Entscheidung der »Vorrang« der freien Wohlfahrtspflege ausgedrückt sei (1967).
In einigen Artikeln des »Korrespondenzblatts« behandelte Elisabeth Zillken die Pläne zur Reform des Rechtes des unehelichen Kindes. Sie schaltete sich aufgrund ihrer und ihres Verbandes langjährigen Erfahrung gerade in diesen Fragen in die Diskussion ein. Obwohl sie die Probleme in all ihren Einzelheiten genau kannte und dazu viel zu sagen hatte, kam es ihr doch vor allem darauf an, die Grundsätze deutlich hervorzuheben: »Es ist wesentlich, daß eine Gesellschaft sich bewußt ist und bleibt, daß ihre Ordnung auf der Ehe und Familie aufbaut. Insofern ist Unordnung auf diesem Gebiet zu verwerfen. Zu verwerfen sind also außereheliche geschlechtliche Verbindungen. Aber das Kind als Folge solcher Beziehungen ist nicht zu verwerfen, und die uneheliche Mutter, die sich für das Kind einsetzt und für ihr Kind sorgt, hat

Anspruch auf Achtung« (1964). Als der Gesetzentwurf vorlag, meldete sie gegen einige Bestimmungen Bedenken an. Am Schluß ihrer detaillierten Kritik schrieb sie: »Es kommt bei der Reform des Unehelichenrechts nicht auf die Aufwertung der unehelichen Vaterschaft oder Mutterschaft an, sondern auf die Sicherung möglichst günstiger Entwicklungsbedingungen für das Kind« (1968).
All das, was in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet der Jugendhilfe- und Sozialhilfegesetzgebung geschah, beobachtete Elisabeth Zillken nicht aus der Ferne; sie war vielmehr nahe dabei, sie brachte ihren Rat in den vorbereitenden Gremien ein; sie war beteiligt. Ihre ungewöhnliche politische Begabung ließ sie die Probleme nicht aus einem engen Blickwinkel betrachten, sondern in ihrer Ganzheit und in ihren Zusammenhängen erkennen. Aus tiefer Überzeugung legte sie ihr politisches Bekenntnis ab: »Wenn Demokratie sinnvoll und verantwortliche Regierung des Volkes durch das Volk sein soll, dann muß ein geordnetes Volk vorhanden sein. Das in einer demokratischen Staatsordnung geeinte Volk muß sich in gewissen Grundwerten einig sein. Wir haben keinen katholischen und evangelischen Staat – wir haben im strengen Sinn nicht einmal einen christlichen Staat –, aber wir sollen alles tun, um tragende Werte, die uns durch alle christlichen Konfessionen und weltanschaulichen Gruppen verbinden, mit Leidenschaft zu suchen und sie sorgsam zu hüten. Wenn Staat und Gesellschaft sich von solchen Grundwerten lösen, kommt der Staat in Gefahr, sich selbst absolut zu sehen, und dann kann die Demokratie auf demokratisch völlig korrekten Wegen zur Anarchie oder zum Totalitarismus führen; wenn sie sich aber davon leiten lassen, wird er gesund« (1963).

V

Elisabeth Zillken war seit ihren frühesten Kindertagen in der Kirche beheimatet. Sie wurde von ihrem katholischen Elternhaus geprägt. Sehr früh fand sie Zugang zu dem Kloster ihres Heimatortes. Während ihrer Kölner Studienzeit wohnte sie bei Ordensschwestern. Von ihrer Gläubigkeit und Frömmigkeit waren auch ihr sozialer Dienst und ihr politisches Engagement bestimmt. Ihren und ihrer Mitarbeiterinnen Einsatz für die hilfsbedürftigen Mädchen, Frauen und Kinder sah sie als Seelsorge. Was sie als 79jährige zur Jahreswende 1967/68 schrieb, galt im Grunde für ihr ganzes Leben: »Die Kraft zu dieser Anstrengung werden wir nur haben, wenn wir uns beständig bemühen, Christus in uns leben zu lassen, wenn wir Ihn bitten, durch uns zu wirken. Wenn er durch uns wirkt, werden wir Zeugnis von Ihm geben, auch wenn wir nicht von Ihm sprechen.« Sie schloß ihren Neujahrs-

brief mit dem Wunsch, daß alle Mitarbeiterinnen »von dem künden, der sich aus Liebe zu uns Seiner Herrlichkeit entäußerte und Knechtsgestalt annahm.«
Weil sich Elisabeth Zillken mit ihrer Kirche fest verbunden wußte, war sie auch zum Dienst an der Kirche und in der Kirche bereit. Sie war an der Vorbereitung und Durchführung aller Katholikentage in der Zeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligt. Fast auf allen Katholikentagen leitete sie Arbeitskreise oder hielt Referate. 1930 sprach sie in Münster über »Caritative Erziehungsfragen«, 1948 in Mainz über »Kirche und Jugendliche«, 1950 in Berlin über die »Hilfsfähigkeit und Hilfsbereitschaft der Menschen«. Bei der Arbeitstagung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken 1958 in Saarbrücken legte sie Thesen zur »Beachtung der Subsidiarität bei der kommunalen Wohlfahrtsarbeit« vor, bei der vergleichbaren Tagung 1960 in Ettal über die »Situation der organisierten Caritas und das Sozialgefühl der Katholiken«. Ihre Ausführungen fanden starke Beachtung. Es läßt sich leicht erkennen, daß sie die Probleme gründlich erkannte und durchdachte und nicht im Prinzipiellen stecken blieb. Aber sie ging immer von festen Grundsätzen aus; sie war niemals nur Pragmatikerin. Wohl verschwieg sie nicht, in welchem Dienst sie ihre Erfahrungen sammeln konnte und welche Arbeit ihr persönlich am meisten am Herzen lag.
Elisabeth Zillken gehörte in den Nachkriegsjahren auch zu dem Gremium, das die Gründung des Zentralkomitees der deutschen Katholikentage vorbereitete; nach der Gründung des Komitees war sie lange Jahre dessen Mitglied.
Von den Beschlüssen des Zweiten Vatikanischen Konzils fanden das Dekret über »die Berufung der Laien zum Apostolat« und die Konstitution über »die Kirche in der Welt von heute« ihr besonderes Interesse. Für die Arbeit des Fürsorgevereins, so schrieb sie 1967 im »Korrespondenzblatt«, seien drei Gebiete von besonderer Wichtigkeit: die religiöse Vertiefung, die Kenntnis der Welt von heute und das für die übernommene Aufgabe erforderliche fachliche Wissen. »Die Welt ist anders geworden«, schrieb sie im gleichen Beitrag. »Wir erleben Krisen auf allen Lebensgebieten. Wir erleben auch Krisen in der Kirche. Es kommt darauf an, die Welt von heute im Licht des Glaubens zu sehen.«
Wie stark die Bindung Elisabeth Zillkens (und des ganzen Verbands) an die Kirche war, erwies sich auch in der Begegnung mit Papst Pius XII. in der Osterwoche 1952. Der Katholische Fürsorgeverein wurde dem Papst vorgestellt: 457 Ortsgruppen, 93 Heime, 5125 tätige Mitglieder, 375 berufliche Mitarbeiter, 60214 ehrenamtliche Einzelhelfer. In einer Adresse an den Heiligen Vater wurde als Leitbild für die gesamte Arbeit der Gute Hirt genannt, an dessen erhabenem Vorbild sich die Gemeinschaft entzündet habe und an dem sie

gewachsen sei. Pius XII. richtete ein sehr persönlich gehaltenes Wort an die 173 Delegierten. Unter anderem sagte er: »Ihr wollt der Familien- und Jugendnot begegnen, und ihr habt in 50 Jahren Hervorragendes geleistet zu ihrer Linderung und inneren Heiligung. Arbeitet weiter im unbegrenzten Vertrauen auf die Macht und Liebe des Guten Hirten.« Der Papst wies auch hin auf die Bedeutung der »Freiheit eines fürsorgerischen Wirkens«, für die der Verband mit Recht kämpfte.

VI

Drei Phasen des Wirkens der Elisabeth Zillken im Dienst des Katholischen Fürsorgevereins waren von besonderer Wichtigkeit: die Jahre der inneren Stabilisierung und des äußeren Aufbaus gegen Ende des Ersten Weltkriegs und während der Weimarer Republik, die Jahre der Bedrängnis und des inneren Widerstandes während der Herrschaft des Nationalsozialismus und die Jahre des Wiederaufbaus und der Integration nach dem Zweiten Weltkrieg.
In den 80 Ortsgruppen, die Agnes Neuhaus gegründet hatte, bevor 1916 Elisabeth Zillken Generalsekretärin des Verbandes wurde, gab es viele ehrenamtliche Mitarbeiterinnen. Sie waren in die Arbeit eingeführt, aber nicht gründlich genug geschult, um den gestellten Aufgaben gerecht werden zu können. Auch reichte die mehrtägige Einführung nicht aus, um vom Verband aus auf das übrige Fürsorgewesen Einfluß auszuüben. Die von Elisabeth Zillken eingeleitete und immer weiterausgestaltete und besser organisierte Schulungsarbeit – bis hin zur Einrichtung der Wohlfahrtsschule – entsprach den Bedürfnissen. Die Schar der ehrenamtlichen Helfer, ohne die der Fürsorgeverein nicht bestehen konnte, wurde größer und leistungsfähiger.
Es kam – vor allem aufgrund des Jugendwohlfahrtsgesetzes 1922/24 – zu einer intensiven Zusammenarbeit mit kommunalen Behörden und anderen Verbänden. Es galt in jenen Jahren auch, eine wirkungsvolle Zusammenarbeit mit dem Deutschen Caritasverband zu finden. Die 1917 von der deutschen Bischofskonferenz erlassenen Richtlinien über die Zuordnung der caritativen Fachverbände zum Deutschen Caritasverband mußten – im Fall des Fürsorgevereins – konkrete Form gewinnen. Jahrzehnte später stellte Georg Hüssler, Präsident des Deutschen Caritasverbandes, fest, daß Elisabeth Zillken die Beschlüsse von 1917 mit Leben erfüllt habe. Er fügte – an sie gewandt – hinzu: »Das war Ihre historische Tat. Es lag Ihnen daran, mit dem Wachstum der Gemeinschaftskräfte die Eigenwerte Ihres Fachverbandes in seinem Eigenleben zu wahren.« Wie sehr Elisabeth Zillken der Caritas-Arbeit der Kirche verbunden war, fand darin einen beredten

Ausdruck, daß sie lange Zeit als Vizepräsidentin des Deutschen Caritasverbandes fungierte.
Die Jahre der Herrschaft des Nationalsozialismus brachten für den Fürsorgeverein und in besonderer Weise für Elisabeth Zillken schwere Prüfungen und Bedrängnisse. Wie schwierig die Situation – schon bald nach der »Machtergreifung« – wurde, weist ein Referat nach, das die Generalsekretärin im August 1933 auf einer Tagung der ostpreußischen Ortsgruppen in Braunsberg hielt. Die Zuhörer mußten zunächst den Eindruck gewinnen, daß die Rednerin eine gewisse Anpassung an die neue »nationale Bewegung« suchte, dann aber vertrat sie fest und unbedingt in grundsätzlichen Fragen den christlichen Standpunkt. Im Tagungsbericht des »Korrespondenzblatts« wird das Referat von Elisabeth Zillken in einer Kurzfassung wiedergegeben: »Unsere Aufgabe ist es, das Gute, das die neue Zeit für Volk und Volkstum bietet, zu ergreifen, es aus dem Religiösen heraus tiefer zu begründen und zu unterbauen. Letztes Ziel unserer Erziehungsarbeit ist es, unsere Kinder zu Gott zu führen und auf diese Weise sie auch zum wertvollen Gliede der Volksgemeinschaft zu erziehen. Auf diese unsere erzieherische Hilfe hat jedes Kind Anrecht, auch das unter biologischen Gesichtspunkten minderwertige Kind. Der Staat hat das Recht, der öffentlichen Hilfe Grenzen zu ziehen, aber die Grenzen einer echten Caritasarbeit liegen nie da, wo die Grenzen öffentlicher Wohlfahrtspflege und Erziehungsfürsorge liegen.«
Die Worte der Generalsekretärin machten klar, daß ein Konflikt mit dem Regime nicht zu umgehen war. Verein und Schule konnten zwar weiterbestehen, wurden aber sehr in ihrer Arbeit eingeschränkt. Elisabeth Zillken berichtete über diese Jahre: »Die Geheime Staatspolizei überwachte uns; sie verbot den Jugendämtern, uns zur Arbeit heranzuziehen; sie verbot uns die Adoptionsvermittlung und die Arbeit in den Gefängnissen ... Die Arbeit in den Gefängnissen haben wir trotzdem weitergeführt, weil sie von nationalsozialistischer Seite niemand tat. In der Jugendfürsorge war die NSV im übrigen tätig. Wir mußten uns manche Hausdurchsuchung und Aktenbeschlagnahme gefallen lassen. Ich mußte mich jeden Monat bei der Geheimen Staatspolizei in Dortmund-Hörde melden. Auch die Schule hatte erhebliche Schwierigkeiten. 1944 wurde Haftbefehl gegen mich erlassen, der aber wegen merkwürdiger Verkettungen nicht durchgeführt werden konnte.«
Der Fürsorgeverein tat, war er tun konnte, um Sterilisierungen von erbkranken Mädchen zu verhindern und die Tötung geisteskranker Heimbewohnerinnen auszuschließen. Elisabeth Zillken machte einige Male Besuche im Justizministerium, um sich von einem »korrekten« Beamten informieren zu lassen, um zu sondieren und zu bitten, je nachdem wie es gefordert war.

Die Bilanz am Ende des Krieges war schrecklich: Von 103 Heimen des Fürsorgevereins überstanden nur 15 die Bombenangriffe ohne Schaden; alle anderen wie auch die meisten Geschäftsstellen waren zerstört oder schwer beschädigt. Während der Hitler-Herrschaft hatten sich viele Mitarbeiterinnen zurückgezogen, weil sie glaubten, es im Blick auf ihre beamteten Männer nicht riskieren zu können, in einer katholischen Organisation mitzuarbeiten.
Im letzten Kriegsjahr – am 20. November 1944 – starb in Soest die Gründerin und Vorsitzende des Katholischen Fürsorgevereins, Agnes Neuhaus. Elisabeth Zillken übernahm neben dem schon beinahe 30 Jahre ausgeübten Amt der Generalsekretärin nun auch noch die Verantwortung als Vorsitzende. 1950 gab sie das Amt der Vorsitzenden an Johanna Schwering ab. Nach deren Tod (1953) wurde wieder Elisabeth Zillken als Vorsitzende gewählt. Mit 70 Jahren (1958) gab sie das Amt der Generalsekretärin an Else Mues ab. Vorsitzende blieb sie bis zu ihrem 83. Lebensjahr (1971). Dann übernahm Margarete Brede dieses Amt.
Vor allem in den ersten Nachkriegsjahren trug Elisabeth Zillken allein die volle Verantwortung für den Katholischen Fürsorgeverein, der durch die nationalsozialistische Herrschaft und den Krieg schweren Schaden gelitten hatte. Sie machte sich mit den verbliebenen Mitarbeiterinnen sofort an den Wiederaufbau. Wie sehr sie politisch in Anspruch genommen wurde, fand schon Erwähnung. Sie klopfte bei den kommissarisch eingesetzten Bürgermeistern der Städte im Rheinland und in Westfalen an und bat um Hilfe. Es wurden alle Anstrengungen unternommen, um Mauern und Dächer zu flicken, damit wenigstens diejenigen, die am meisten unter der Not litten, ein Dach über dem Kopf hatten. Es galt, die Mitarbeiterinnen wieder zu sammeln, von denen viele nicht mehr am alten Wohnort lebten. Es galt, die zurückzugewinnen, die aus Furcht vor Repressalien die Arbeit aufgegeben hatten. Es galt, Möglichkeiten zu schaffen, durch die die Arbeit in dieser schweren Zeit finanziert werden konnte. Die Arbeit wuchs und wurde komplizierter durch die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen, durch den Verfall der Währung, durch die Probleme der Flüchtlinge und Vertriebenen. Der Katholische Fürsorgeverein stabilisierte sich relativ schnell und gewann bald wieder hohes Ansehen. Die engagierte Mitarbeit von Elisabeth Zillken in vielen Gremien, Ausschüssen, Institutionen und Verbänden trug wesentlich dazu bei.
Ihre Grundgedanken äußerte sie immer wieder in Beiträgen des »Korrespondenzblatts«; unermüdlich wies sie auf die Bedeutung der religiösen Grundlegung der Fürsorgearbeit hin; sie führte eine ausge-

dehnte Korrespondenz; der enge Kontakt mit ihren Mitarbeiterinnen lag ihr besonders am Herzen.
In erstaunlicher Rüstigkeit feierte sie 1968 ihren 80. und 1978 ihren 90. Geburtstag im Kreis von zahlreichen Gratulanten, denen sie noch einmal ihre Hauptanliegen vortrug. In ihrem Dankeswort nach der Gratulation zum 90. Geburtstag sagte sie: »Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe – auch in anderen Bereichen der Wohlfahrtspflege –, die menschliche Nähe als entscheidendes Kriterium der Hilfe wieder voll zum Tragen zu bringen und die ehrenamtliche Mitarbeit entsprechend zu entwickeln.«
Zum letzten Mal trat sie im Januar 1980 in der Öffentlichkeit auf, als ihr durch den Bischof von Essen Franz Hengsbach der Heinrich-Brauns-Preis verliehen wurde. In der Begründung der Preisverleihung hieß es: Elisabeth Zillken hat sich »um den sozial-caritativen Dienst der Frauen in hohem Maße verdient gemacht«.
Am 28. November 1980 starb Elisabeth Zillken in Dortmund, wo sie seit 1976 im Altenheim Josefinenstift lebte. Ihr Sterbetag war der Vorabend des 1. Adventssonntag. Am 1. Adventssonntag 1899 hatten sich die ersten Frauen um Agnes Neuhaus versammelt und sich zum sozialen Dienst bereit erklärt.

Karl Forster (1928–1981)

»Manchmal hat es den Anschein, als ob Gott jene Menschen am schnellsten hinwegrufe, die wir am nötigsten, brotnötig brauchen. Und wir wissen nicht, was er sich dabei denkt. Wir müssen uns überprüfen: Haben wir etwa falsch gedacht, wenn wir meinten, diesen Menschen brauchten wir auf jeden Fall? Nein, unser Gedanke hat recht. Gott streicht nicht diesen Gedanken durch. Aber er sagt etwas anderes: Ihr braucht ihn – aber ihr braucht ihn nicht bei euch, sondern bei Mir.« Mit diesen Worten begann der Aachener Bischof Klaus Hemmerle seine Ansprache bei der Aussegnungsfeier für Prälat Professor Dr. Karl Forster, der völlig unerwartet am 23. November 1981 von Gott heimgerufen wurde. Der Tod hatte ihn ereilt, als er die Tür zur Universität durchschritt, um seine Vorlesung in Pastoraltheologie zu halten.

I

Karl Forster kam am 27. Januar 1928 in Amberg in der Oberpfalz als Sohn der Eheleute Karl und Katharina, geb. Hirsch, zur Welt. Der Vater war Betriebsingenieur bei der Maxhütte, wechselte aber ein Jahr später in den Staatsdienst und war zuletzt als Baurat und technischer Leiter der staatlichen Fachschule für Maschinenbau in Landshut tätig. Hier erlebte Karl seine Kindheit. Von 1934 bis 1938 besuchte er die Volksschule, dann die Oberschule für Jungen, heute das Hans Leinberger-Gymnasium. Während der Endphase des Zweiten Weltkrieges wurde er für mehrere Monate zum Notdienst verpflichtet. Nach dem Einmarsch der Amerikaner war er vorübergehend als Dolmetscher bei einer Dienststelle der US-Militärregierung tätig. Im Frühjahr 1946 legte er die Reifeprüfung ab.

Die Begabung und die Neigung des jungen Karl galten der Mathematik. Erst der Zusammenbruch des Jahres 1945, die materielle und noch mehr die geistige Not der unmittelbaren Nachkriegszeit ließen in ihm einen anderen Entschluß reifen: Er wollte Priester werden. Die Wege dazu hat ihm der damalige Stiftspropst in Landshut und Stadtpfarrer

von St. Martin, Albert Graf von Preysing – ein Bruder des Bischofs von Berlin, der von Papst Pius XII. 1946 mit dem Kardinalspurpur ausgezeichnet wurde – geebnet, der ein häufiger Gast in der Familie Forster war. Er begleitete die ersten Studienjahre des Theologen als väterlicher Freund.
Das Studium der Philisophie erfolgte von 1946 bis 1948 an der 1968 aufgelösten Philosophisch-Theologischen Hochschule in Freising, wo auch das Priesterseminar der Erzdiözese München und Freising war. Die theologischen Studien absolvierte Forster von 1948 bis 1952 an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität München. Diese Fakultät hatte damals einen hervorragenden Ruf. An ihr lehrten so bekannte Wissenschaftler wie der Dogmatiker Michael Schmaus, der Fundamentaltheologe Gottlieb Söhngen, der Dogmenhistoriker Michael Grabmann, der Kirchenrechtler Klaus Mörsdorf, der Liturgiker Josef Pascher. Das besondere Interesse Forsters galt den theologischen Grundfragen. Es war die Stärke der Münchener Fakultät, Theologie im lebendigen Zusammenhang mit der kirchlichen Überlieferung und der katholischen Tradition zu betreiben.
Im Jahre 1949 stellte die Fakultät im Rahmen ihrer jährlichen Preisausschreiben das Thema »Die Verteidigung der Lehre des heiligen Thomas von der Gottesschau durch Johannes Capreolus«. Forster gewann den 1. Preis mit einer umfassenden Untersuchung, die seine wissenschaftliche Begabung, aber auch seinen Arbeitsradius bezeugte. Die Fakultät nahm die Arbeit als Dissertation an – ein damals ziemlich ungewöhnlicher Vorgang. 1952 legte Forster das Synodalexamen ab und promovierte damit zum Doktor der Theologie.
Bei dem großen Ansehen, das in jenen Jahren die Kirche in der Öffentlichkeit besaß, überrascht es nicht, daß der Theologe Forster im Studienjahr 1949/50 zum ASTA-Vorsitzenden der größten deutschen Universität und zum Landesvorsitzenden der bayerischen Studentenschaften gewählt worden war. Dennoch wirft dieser Vorgang ein bezeichnendes Licht auf seine Persönlichkeit. Offenkundig verstand er es, Kontakte zu den verschiedenen Fachrichtungen, auch zu den unterschiedlichen geistig-kulturellen und unversitätspolitischen Vorstellungen zu knüpfen. Frühzeitig wurden seine Führungsqualitäten sichtbar. Dabei trat noch ein weiterer Charakterzug Forsters hervor, der später sein Denken und Wirken in hervorragendem Maße bestimmen sollte. Theologie war für ihn nicht ein Wissenszweig neben anderen, so wie auch die Kirche nicht eine von Welt und Gesellschaft abgeschiedene Existenz führen kann. Die Sorge, wie das Evangelium und die Kirche inmitten des geschichtlichen Wandels immer neu gegenwärtig werden, wie auch die Theologie im Gespräch und in der Begegnung mit den übrigen Wissenschaften ihre Aufgabe erfüllen kann, diese Sorge sollte sein künftiges Leben prägen.

Nach einem weiteren Jahr der praktisch-pastoralen Ausbildung in Freising wurde Forster am Fest Peter und Paul 1953 von seinem Erzbischof, Joseph Kardinal Wendel, im Dom zu Freising zum Priester geweiht. Anschließend war er kurze Zeit Kaplan, zunächst in dem Wallfahrtsort Tuntenhausen, dann in Miesbach. Diese Seelsorgstätigkeit dauerte nur ein knappes Jahr. Er wurde dann für die akademische Laufbahn freigestellt, Wissenschaftlicher Assistent am Grabmann-Institut, um seine Habilitation für das Fachgebiet Dogmatik vorzubereiten. In den Rahmen der an diesem Institut gepflegten dogmengeschichtlichen Forschung reihte sich das von Forster gewählte Thema über den Weisheitsbegriff des hl. Augustinus ein. Kardinal Joseph Ratzinger hat auf dieses »kostbare Fragmentsbuch«, wie er es nannte, in seiner Predigt beim Requiem in der Studienkirche St. Ludwig in München hingewiesen.
Zusätzlich zu seinen Aufgaben an der Universität war Forster in jenen Jahren noch nebenamtlicher Religionslehrer für die Schwesternschülerinnen und den sozialpflegerischen Grundausbildungskurs der Caritas-Schwestern sowie Heimleiter des Studentenheimes Jakob Balde-Haus in München. Außerdem war er in verschiedenen Gremien der Katholischen Aktion tätig.

II

Die Arbeiten an der Habilitation waren schon weit fortgeschritten, als Kardinal Wendel Forster, der gerade seinen 29. Geburtstag begangen hatte, die Leitung und den Aufbau der Katholischen Akademie in Bayern am 1. Februar 1957 anvertraute. Leicht ist ihm diese Entscheidung, den eingeschlagenen Weg zu verlassen, nicht gefallen, auch wenn ihm die neue Aufgabe, man möchte beinahe sagen, auf den Leib geschnitten war. Hier konnte er seine Fähigkeiten entfalten: der Kirche neue Wege ihrer Präsenz in einer Gesellschaft zu erschließen, die immer mehr von tiefgreifenden geistig-kulturellen Veränderungen erfaßt werden sollte.
Kardinal Wendel, der 1952 von Speyer nach München gekommen war, hatte die Idee einer Akademie mit der ihm eigenen Zielstrebigkeit verfolgt. In eine ähnliche Richtung dachten prominente Katholiken des wissenschaftlichen und des politischen Lebens in Bayern. Es dauerte allerdings vier Jahre, bis sich die organisatorischen und programmatischen Konturen abzeichneten. Forster gehörte dem 1956 gebildeten Gründungskuratorium an und hatte maßgeblichen Anteil am Entwurf des Statuts der Akademie. Als sich das Kuratorium bei der Wahl des ersten Direktors zunächst auf keinen der vorgeschlagenen Kandidaten einigen konnte – man dachte eher an einen Laien als an

einen Geistlichen –, schalteten sich die Professoren Michael Schmaus und Romano Guardini ein und empfahlen dem Kardinal (als dem Protektor der Akademie) Karl Forster, der ihn, nachdem sich auch das Kuratorium einstimmig dafür ausgesprochen hatte, zum ersten Direktor ernannte.

Den Festvortrag bei der Eröffnung der Akademie in der überfüllten Aula der Universität München hielt Romano Guardini über das Thema »Kultur als Werk und Gefährdung«. Wie Forster die Aufgabe der Akademie sah, umriß er auf einer Pressekonferenz: »Die Katholische Akademie in Bayern nimmt gegenüber den bestehenden katholischen und evangelischen Akademien eine Sonderstellung ein. Nach diesem Plan setzt es sich die Katholische Akademie zur Aufgabe, in einem umfassenden Sinn der Begegnung des Glaubens mit der Welt von heute in ihren verschiedenen Erscheinungsformen des theoretischen Wissens und der praktischen Lebensgestaltung zu dienen. Die vielfach nebeneinander stehenden Bereiche des religiösen, des wissenschaftlichen und des praktischen Lebens sollen zueinander in Beziehung gebracht werden.« Dies war geradezu eine Vorwegnahme des Anliegens der Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils.

Allerdings ging es Forster nicht einfach um ein freies partnerschaftliches Angebot des Glaubens und der Kirche an alle suchenden Menschen, auch nicht um eine Art »Anpassung« der Kirche an die Welt; vielmehr fährt er fort: »Um dieses Ziel zu erreichen, bietet sich zunächst der Weg des Gesprächs und des lebendigen Gedankenaustausches an. In ernstem Gespräch soll der katholische Christ die Lebenserfahrung von heute an der Wahrheit seines Glaubens messen. Er soll prüfen, in welcher Weise der ewige Gehalt seines Glaubens auf die konkrete Situation seines Lebens in der Gegenwart zu beziehen ist. Die Akademie soll aber auch der Ort sein, an dem der katholische Christ sein auf den christlichen Glauben bezogenes Weltverständnis mit den Auffassungen anderer christlicher Bekenntnisse und weltanschaulicher Überzeugungen in ein klärendes Gespräch bringen kann. Die vom Geiste der Toleranz und der inneren Verpflichtung zur objektiven Wahrheit getragene geistige Auseinandersetzung wird da und dort zur Beseitigung von Vorurteilen, zur Erkenntnis des Gemeinsamen und zum tieferen Verständnis der Gründe des Unterscheidenden beitragen.«

Diesem Programm getreu, das zugleich seine persönliche Auffassung und Lebenseinstellung zum Ausdruck bringt, ging Forster daran, die »Katholische Akademie in Bayern« aufzubauen, die in München ihren Schwerpunkt hatte, die aber in ganz Bayern aktiv werden und darüber hinaus die kirchlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen mitprägen sollte. Die Akademie gewann rasch Profil, weil Forster die sich unter der Oberfläche anbahnenden Veränderungen in Kirche und

Gesellschaft witterte, weil er den Mut hatte, heiße Eisen anzupacken, weil er aber zugleich darum besorgt war, den Glauben an Jesus Christus und die sittlichen Grundorientierungen unverfälscht auch unter gewandelten Verhältnissen als Fundament und Wegweisung zur Geltung zu bringen.

Eine Sensation löste Forster aus, als er im Januar 1958 die Tagung »Christentum und demokratischer Sozialismus« veranstaltete. Erstmals kam es im Nachkriegsdeutschland zu einem öffentlichen Gespräch zwischen maßgeblichen Vertretern der katholischen Kirche und der Sozialdemokratischen Partei. Forster war sich des Risikos dieser Veranstaltung bewußt. Da waren die vielen kirchentreuen Katholiken, die an der katholischen Soziallehre, wie sie die Päpste und insbesondere Pius XII. verkündeten, festhielten und die in christlich orientierten Parteien ihre politische Heimat gefunden hatten. Mögliche Veränderungen innerhalb der SPD – noch gab es nicht das Godesberger Programm (1959) – hielten sie bestenfalls für Taktik, weshalb sie in ihrer großen Mehrheit eine Öffnung hin zur Sozialdemokratie ablehnten.

Nicht wenige christliche Politiker haben später offen oder stillschweigend den Vorwurf erhoben, Forster habe die SPD für die Katholiken hoffähig gemacht und damit Schrittmacherdienste für die Wende von 1969 mit all ihren Folgen geleistet. Da gab es ebenso linksgerichtete Katholiken, vor allem in intellektuellen und journalistischen Kreisen, die in der Tagung einen Schachzug erblickten, um den Katholizismus aus den bisherigen Positionen lösen und nach links führen zu können. Auf diese Weise, so hofften sie, würde sich die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland allmählich verändern lassen. Sie waren voll des Lobes für die »Offenheit«, die »Dialogfähigkeit«, die »Liberalität« Forsters.

Beide Einschätzungen gehen sowohl an dessen Intentionen als auch Positionen vorbei. In dem Berichtsband über die Tagung stellte Forster im Vorwort fest, es sei um den »Versuch« gegangen, »den gegenseitigen Standort in einigen wichtigen Bereichen politischer Gestaltung zu ermitteln. Diese Analyse sollte mit Aufgeschlossenheit für alles Verbindende und mit Redlichkeit für alles Unterscheidende vollzogen werden.« Forster erachtete den Zeitpunkt für gekommen, die Möglichkeiten zu erkunden, ob und inwieweit die Sozialdemokratie ihre alten Positionen aufzugeben und ihre Feindseligkeit den christlichen Werten und der Kirche gegenüber abzubauen bereit war. Dabei blieb er darauf bedacht, dem möglichen Vorwurf einer Politisierung der Akademie entgegenzuwirken. Er lud nicht so sehr die parteipolitischen Repräsentanten ein, sondern die geistigen Väter des Demokratischen Sozialismus: Adolf Arndt, Waldemar von Knoeringen, Carlo Schmid, Gerhard Weisser. Herbert Wehner war ebenfalls

anwesend, gehörte aber nicht zu den Referenten. Gleichzeitig hatte sich der Akademiedirektor aber auch der Mitwirkung führender Katholiken versichert: Gustav Gundlach, der Berater Pius XII., Oswald von Nell-Breuning, Götz Freiherr von Pölnitz und Adolf Süsterhenn.

Die Hoffnungen freilich, die Forster hegte, daß nämlich die weltanschaulichen Gegensätze zwischen der Kirche und dem Demokratischen Sozialismus allmählich überwunden würden und in der Bundesrepublik Deutschland ein ähnliches Verhältnis der politischen Parteien zur katholischen Kirche entstehen könnte, wie es etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika zu verzeichnen war, erfüllten sich nicht. Zwar dürfte die Tagung auf die Formulierung mancher Partien des Godesberger Programms eingewirkt und in der Folgezeit zu einer gewissen »Entideologisierung« beigetragen haben; nach 1969 jedoch sind die alten Fronten wiedererstanden. Im Rückblick gelangte Forster 1978 zu dem Urteil: »Das Godesberger Programm brachte mithin zwar Veränderungen gegenüber früheren Programmaussagen der SPD, aber keine tragfähige Basis für eine Neugestaltung des Verhältnisses von Kirche und demokratischem Sozialismus.«

Forster hatte auch gegenüber den Christlichen Unionsparteien seine Reserven – aber nicht etwa aus linksliberaler Neigung, sondern aus der Sorge um eine Verwässerung der unaufgebbaren christlichen Wertsubstanz. Dies war wohl auch der Anlaß für seine Mitwirkung in dem »Petra-Kreis« der CSU, in dem sich noch zur Zeit der Viererkoalition in Bayern (1954–1957) Politiker wie Alois Hundhammer und Hans Merkt trafen. Im übrigen hielt Forster, der zwar ein homo politicus, aber nicht, wie manche wähnten, ein »politischer Prälat« war, eher auf Distanz gegenüber den Parteien und ihren Akteuren, auch wenn er im Bedarfsfall stets bereit war, seinen Rat und auch sein Handeln einzubringen.

Liest man die Berichte, in denen Forster aus Anlaß des fünfjährigen (1962) und dann des zehnjährigen Bestehens (1967) der Akademie einen Überblick über ihr Wirken gab, so kann man die ungewöhnliche Leistung ermessen, die er mit einem kleinen Mitarbeiterstab vollbrachte. Erstaunlich ist die Spannweite und die Vielfalt der Themen und der aktuellen Fragen, die in großen Tagungen, aber auch in zahlreichen Begegnungen, Diskussionen, Kursen und Seminaren aufgegriffen und behandelt wurden. Den einen Schwerpunkt bildeten Fragen des christlichen Menschen- und Gesellschaftsverständnisses, die bei der naturwissenschaftlichen Sicht von Welt und Leben, bei den Problemen der modernen Medizin, bei der Begründung von Recht und Sittlichkeit, bei der Analyse und Bewältigung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Ordnungsfragen, bei der Entwicklung der Demokratie und der politischen Parteien, im Erziehungs- und Bildungsbereich,

bei der Diskussion um die moderne Literatur und Kunst zur Geltung gebracht werden sollten.
Der zweite Schwerpunkt zielte auf die Klärung der vielen aufgebrochenen Fragen in den Bereichen von Glaube und Kirche, von Theologie und Katholizismus. Hierher gehörten die schweren Herausforderungen des Glaubens durch den neuzeitlichen Säkularismus und einen innerweltlichen Fortschrittsglauben, die zum Teil problematischen Entwicklungen auf manchen theologischen Teilgebieten, die Entwicklung innerhalb der Kirche, wie sie durch das II. Vatikanische Konzil ausgelöst wurden, die Veränderungen, die sich im Verhältnis von Kirche, Gesellschaft und Staat abzeichneten. Das Echo und die Resonanz, welche die großen Akademietagungen bei allen Schichten und nachwirkend in den Massenmedien fanden, war ein Beweis dafür, daß die Akademie auf dem richtigen Wege war.
Die Akademie wurde in den zehn Jahren, in denen sie Forster leitete, zu einem Zentrum der Begegnung zwischen Kirche und Welt, zwischen Theologie und den Wissenschaften, sie wurde zu einem Ort des Dialogs, aber auch der Kontroverse. So wichtig aber diese Möglichkeiten des offenen Gesprächs waren, so ging es Forster letzten Endes um die orientierende Kraft des Glaubens und um die Präsenz der Kirche in der Gesellschaft. Dies wird deutlich, wenn man die Themenstruktur der einzelnen Tagungen und die dafür gewonnenen Referenten analysiert. Es war Forster durchweg gelungen, Wissenschaftler und Fachleute von Rang als Referenten und Gesprächspartner zu gewinnen. Bei kontrovers diskutierten Fragen war er darum bemüht, gewichtige Vertreter der verschiedenen Meinungen miteinander ins Gespräch zu bringen. Mit der gebotenen Sorgfalt ging er Fragen des Glaubens und der Kirche an. Bei aller Aufgeschlossenheit für moderne Problemstellungen wußte er sich stets dem bleibenden Anspruch des Evangeliums und der Tradition der Kirche verpflichtet. Er war darauf bedacht, daß nicht theologische Außenseiter oder publizitätssüchtige Minoritäten die Szene beherrschen konnten und der Tradition verbundenen Theologen, Priestern und Laien etwa nur eine Alibi-Funktion zugewiesen wurde.
Dies war besonders wichtig in einer Zeit des Umbruchs, wie sie im gesellschaftlichen Raum durch das Ende der Ära Adenauer (1963) und im kirchlich-theologischen Bereich durch den Tod Pius XII. (1958) und durch das von Johannes XXIII. einberufene Konzil markiert wurde. Bei seinem Abschied von der Katholischen Akademie 1967 formulierte Forster seine Sorge so: »Nach dem Konzil ... wächst der Akademie eine doppelte grundsätzliche Aufgabe zu: Einmal gilt es die Türen eines überwundenen katholischen Gettos, die vor dem Konzil da und dort nicht ohne Mühe aufzuschließen waren und nun durch das Konzil selbst in so großartiger Weise aufgestoßen sind, durch eine

zielstrebige Begegnung von Glaube und Welt zu durchschreiten. Zum anderen aber gilt es gerade für eine Einrichtung, die ihren Mut zum Betreten von Neuland bewiesen hat, der Unterscheidung von tatsächlicher Zeitnähe und billiger Modernitätssucht, der klaren Unterscheidung von Reform und illusionärem Fortschrittsglauben zu dienen, der Welt und ihrer Kultur da zu begegnen, wo sie heute steht, nicht dort, wo sie oft aus einer Fehleinschätzung ihrer selbst gestern oder vorgestern zu suchen war.«

Forster war ein glänzender Organisator und bestens vertraut mit den kirchlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen. Entscheidend aber war die christliche Orientierung, die von der Akademie unter seiner Leitung ausging. Karl Böck, der das Wirken Forsters von Anfang an begleitet hatte und ihm freundschaftlich verbunden blieb, hat seine Leistung mit den Worten gewürdigt: »Er hat die Katholische Akademie in Bayern souverän an die Spitze aller vergleichbaren Einrichtungen der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland geführt. Diese Leistung hat er mit Anfeindung und auch mit Verkennung bezahlt.« Die Bayerische Staatsregierung hat Forster in Anerkennung seiner Verdienste den Bayerischen Verdienstorden verliehen.

Nicht unerwähnt dürfen zwei andere Einrichtungen bleiben, die im engen Zusammenhang mit der Akademie stehen. Bereits 1957 fand die konstituierende Sitzung des »Hochschulkreises« in München statt, an der 85 Professoren der bayerischen Universitäten und Hochschulen teilnahmen. Weitere 36 Professoren hatten ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt. Ergänzend zur breiten Öffentlichkeitsarbeit der Akademie sollten vor allem an den Universitäten Foren für persönliche Begegnung der katholischen Professoren verschiedener Fachrichtungen wachsen, um die Synthese von Glaube und Wissen zu erleichtern und die neuen Fragen, die sich stellten, gemeinsam von den verschiedenen wissenschaftlichen Ansätzen und Methoden her zu bedenken. Auf diese Weise hoffte Forster, einem weiteren Auseinanderdriften von Glaube und Wissen entgegenzuwirken.

Noch bedeutsamer wurde die von dem früheren Zentrumspolitiker Johannes Schauff mit angeregte Gründung der »Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern« im Jahre 1962. Sie sollte sich der Aufgabe annehmen, »vorhandenes und künftig entstehendes Archivmaterial über die politische Wirksamkeit des deutschen Katholizismus zu erfassen, zu sammeln und für die Auswertung des Materials – vornehmlich aus der Zeit der Weimarer Republik und des kirchlichen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus – zu sorgen«. Es zeugt für den Weitblick Forsters, daß er für eine Zeit vorbauen wollte, in der die katholische Kirche nicht mehr unangefochten, sondern Angriffen und auch Verleumdungen ausgesetzt sein

würde. Die Kommission, für deren Leitung und Mitarbeit ausgewiesene katholische Historiker gewonnen wurden, hat dafür gesorgt, daß nicht verzerrte und ideologisierte Darlegungen und Analysen, daß nicht Legendenbildungen die geschichtliche Wahrheit beiseitedrängen können.

III

Auf Vorschlag von Julius Kardinal Döpfner, der 1961 die Leitung der Erzdiözese München und Freising übernommen hatte und auf dem Konzil zu einer herausragenden Persönlichkeit des Weltepiskopats geworden war, wurde Karl Forster von der Deutschen Bischofskonferenz, die sich auf der Herbstvollversammlung im Jahre 1966 konstituierte und die Fuldaer Bischofskonferenz ablöste, zu ihrem ersten Sekretär gewählt. Am 1. Februar 1967, genau zehn Jahre nach seiner Ernennung zum Akademiedirektor, hat er das neue Amt übernommen. Wenig später wurde er auch Geschäftsführer des »Verbandes der Diözesen Deutschlands«. Das Konzil hatte die Notwendigkeit erkannt, in einer immer stärker zusammenwachsenden Welt regionale Zwischeninstanzen zwischen der Leitung der Gesamtkirche und den einzelnen Bistümern einzurichten, die den auf nationaler Ebene anstehenden Erfordernissen Rechnung tragen konnten.
Die vordringliche Aufgabe als Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz bestand darin, die Beschlüsse des II. Vatikanischen Konzils über die Bischofskonferenzen in Abstimmung mit den Vorstellungen der Diözesanbischöfe und im Zusammenwirken mit bereits bestehenden überdiözesanen Hauptstellen sowie mit den Einrichtungen des Laienapostolates in die Wirklichkeit umzusetzen. Gewiß waren die Weichen mit dem von der Deutschen Bischofskonferenz im März 1966 beschlossenen und im Dezember desselben Jahres zunächst auf fünf Jahre vom Apostolischen Stuhl approbierten Statuts gestellt worden. Jetzt kam es darauf an, die Aufbau- und Bewährungsphase ohne größere Reibungsverluste zu gestalten.
Der Arbeitsbereich des Sekretariats, das in ein paar Räumen in München eingerichtet wurde, umfaßte das Gesamtgebiet des kirchlichen Wirkens, angefangen von Fragen der pastoralen Koordination über kirchenpolitische Aufgaben bis hin zur allmählich wachsenden Zusammenarbeit mit den Dienststellen der evangelischen Kirche, zur Förderung der Weltmission und der kirchlichen Entwicklungsarbeit. Trotz der enormen Arbeitsbelastung vermied es Forster, einen großen Apparat auf die Beine zu stellen. Einerseits verwechselte er nicht Größe mit Leistungsfähigkeit, andererseits entsprach es seiner behutsamen Art, nichts zu überstürzen und keine vorschnellen Festlegungen

zu treffen, die sich im nachhinein als wenig zweckdienlich hätten herausstellen können. Zunächst sollten Erfahrungen gesammelt werden, um nach einer gewissen Anlaufzeit den Erfordernissen besser gerecht werden zu können.
Nicht minder von Gewicht als die strukturell-organisatorischen Belange waren die theologischen, pastoralen, ekklesiologischen sowie die sozialen und in den Bereich des Politischen hineinreichenden Probleme, vor die sich die nachkonziliare Kirche in Deutschland gestellt sah. Entgegen den Erwartungen der Bischöfe, die sich vom Konzil den Beginn eines neuen Frühlings für die Kirche erhofft hatten, geriet die Kirche in nicht wenigen Ländern arg ins Schlingern. Manche Theologen und Laiengruppen deuteten das Aggiornamento des Konzils nicht als eine Forderung nach dem »Heutigwerden« der Kirche, sondern als Notwendigkeit der »Anpassung« an die Moderne. Sie wollten nicht die Erneuerung der Kirche, sondern eine andere Kirche. Vieles lief im Sekretariat der Bischofskonferenz zusammen. Alles kam darauf an, einen klaren Kurs zu steuern.
Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang die Vorlagen, in denen Forster für den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz die wesentlichen Fragen klar aussprach. Schon 1967 stellte er fest, daß es dem Konzil gelungen sei, eine breite theologische Diskussion auszulösen, aber weniger, für solche Erörterungen Richtung und Maßstab zu setzen. Er sprach von der »Krise des Glaubens«, die im Bereich der Exegese, des nicht selten mißverstandenen Ökumenismus, der Theologie der Sakramente, des kirchlichen Lehramts sichtbar werde. Was die pastorale Lage angehe, so lägen die Schwierigkeiten im heuristischen Prinzip des Dubium (Zweifel) am Glauben, in der Vernachlässigung der Bildung des Gewissens an der Schrift, an der Lehre der Kirche, an sachlichen Gegebenheiten, bei manchen fragwürdigen Erscheinungen der Liturgiereform, bei der Unsicherheit in den Fragen der Ehemoral. Hinzukämen die Hilflosigkeit vieler Priester, die Krise der kirchlichen Autorität, das Mißtrauen der Laien gegen das kirchliche Amt, der besorgniserregende Rückzug der Kirche aus der Politik. Ein Jahr später wurden als weitere Probleme die innere Emigration aus und die Distanzierung von der Kirche genannt, die Fehlentwicklungen der Theologie der Revolution und der Bestrebungen zur Demokratiesierung der Kirche. Es werden die Veränderungen in der Schul- und Kulturpolitik ebenso kritisch gesehen wie der bedenkliche Mangel an katholischen Führungskräften oder die Krise der katholischen Soziallehre.
Dabei verlor sich Forster nicht in Kritik, Skepsis oder gar Pessimismus. Seine Hauptsorge galt der Frage, wie die Kirche unter den eingetretenen Schwierigkeiten ihren Dienst an den Menschen glaubwürdig und überzeugend zu leisten vermöge. Wenn man den Vortrag

nachliest, den Forster im April 1968 in Augsburg über das Thema »Der Glaube in der Bewährung« gehalten hat, dann begegnet einem nicht der Mahner, sondern einer, der sich um Antworten auf die vielen Fragen, um verläßliche Wege aus dem schwierig gewordenen Gelände bemüht. Dreh- und Angelpunkt seines Denkens und Verstehens waren nicht eine weltkluge Psychologie, Soziologie oder Politologie, sondern die Wahrheit, die Gott uns im Evangelium geschenkt hat.
In jene Zeit fiel auch die Königsteiner Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zur Enzyklika »Humanae vitae« aus dem Jahre 1968. Unter dem Druck der aufgeputschten öffentlichen Meinung innerhalb und außerhalb der Kirche bestand die Sorge, daß sich nicht wenige Katholiken von der Kirche abwenden könnten. Im Lebensbild, das Forster von Kardinal Döpfner zeichnete, bemerkte er zur Königsteiner Erklärung: »Ihre Verabschiedung war eine der ernstesten Bewährungsproben für die junge Institution der Deutschen Bischofskonferenz. Wie immer ihr Inhalt einmal in der turbulenten Geschichte der Kirche und der Pastoral jener Jahre im einzelnen zu beurteilen sein wird – es ist gelungen, die Gewissen der Gläubigen anzusprechen, die pastorale Situation zu treffen und dabei die Einheit mit dem Papst nicht zu gefährden.«
Was Forster in diesen schwierigen Jahren für die Kirche getan hat, kann man nicht besser umreißen, als dies Bischof Franz Hengsbach bei der Aussegnungsfeier im Namen der Deutschen Bischofskonferenz ausdrückte: »In wie vielen Gesprächen und Sitzungen hat er uns geholfen, in wie vielen Briefen und Gutachten uns bis zuletzt beraten! Wir konnten uns auf ihn verlassen, auf seine hohe Intelligenz, sein klares Urteil, seine priesterliche Treue und auf sein mutiges Eintreten für das, was ist, und für das, was gilt. Er wußte, was Vollmacht ist. Aber er suchte nicht die Macht. Er wußte, was Wissen und Gewissen ist, und er weckte die Verantwortung.«
Wenn Forster vom »mißverstandenen Ökumenismus« sprach, dann nicht etwa aus der Sorge um nötige Abgrenzungen heraus. Er befürchtete etwas ganz anderes, nämlich, daß man die Einheit der Christen nicht in der gemeinsamen Vertiefung in die Heilsgeheimnisse, vor allem in das Christusgeheimnis, suchen, sondern auf katholischer Seite versuchen würde, alle zeitgebundenen Thesen der evangelischen Theologie und ihrer verschiedenen Richtungen sich zu eigen zu machen. Daß dies der falsche Weg wäre, der in einer Sackgasse enden würde, darin wußte er sich mit Kardinal Bea einig, mit dem Forster guten Kontakt hielt. Ähnliches kann auch über seine Beziehungen zu maßgeblichen Protestanten gesagt werden, die sich dem ökumenischen Anliegen verbunden wissen.
Erwin Wilkens, Vizepräsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, der von Forster mehrfach als Referent in die

Katholische Akademie eingeladen war, bemerkte in seinem Kondolenzschreiben an Frau Maria Forster, die Schwester des Verstorbenen: »Wenn ich heute gefragt werde, was sich im Verhältnis der katholischen und der evangelischen Kirche zueinander in den letzten Jahrzehnten gewandelt hat, sage ich zweierlei: Das eine ist, daß wir ohne Zweifel einander geistlich näher gekommen sind und darin Respekt voreinander gelernt haben. Und zweitens haben wir ein Verhältnis zueinder gefunden, in dem wir auch über Unterschiede und über Kritik aneinander so zusammen reden können, daß die Verbundenheit miteinander darunter nicht nur nicht leidet, sondern noch vertieft wird. Es ist meine Überzeugung, daß an dieser Entwicklung Ihr Bruder einen großen Anteil hat.«

Auf Forster, 1963 zum Monsignore und 1968 zum Päpstlichen Hausprälaten ernannt, wartete eine weitere Aufgabe. Er hatte in der Studiengruppe zur Vorbereitung einer deutschen Pastoralsynode mitgearbeitet. Die Bischöfe hofften, daß auf diesem Wege das Konzil in Deutschland verwirklicht und zugleich die vielfach aufgebrochenen Fragen und Unsicherheiten in der Kirche und im Katholizismus bewältigt werden könnten. Am 11. November 1969 verabschiedete die Deutsche Bischofskonferenz das Statut der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland und berief Forster zum Sekretär.

In einer Vorlage aus dem Jahre 1972 betonte Forster, mit der Synode solle der Versuch gewagt werden, »das Ineinander der Verantwortung des Amtes und der lebendigen Mitgestaltung durch die Vielen auf der Ebene der pastoralen Weisungen zu erproben. Der wesentliche Unterschied zum konziliaren Geschehen besteht darin, daß die Synode nicht eine Versammlung der in der Nachfolge der Apostel stehenden Bischöfe ist, sondern eine Versammlung von Nachfolgern der Apostel, von Mitgliedern des Presbyteriums und von Kirchenmitgliedern, die keinen Leitungsauftrag besitzen, aber an der Sorge und Verantwortung für die Gemeinschaft der Kirche Anteil nehmen. Der Versuch wird nur dann gelingen, wenn die Gemeinsamkeit des Bemühens den Vorrang vor allen Überlegungen der Zuständigkeiten und vor allen Auseinandersetzungen um Rechte oder Vollmachten hat. Entscheidend wird sein, daß nicht ein Gegeneinander zwischen den Nachfolgern der Apostel mit ihrem besonderen Auftrag der Leitung einerseits und den Synodalmitgliedern ohne Leitungsauftrag andererseits gesucht wird.«

Für den Arbeitsstil Forsters ist es bezeichnend, daß er sich von einem neuen Ansatz auch bessere Möglichkeiten für die Überwindung von Spannungen und Gegensätzen und zugleich größere Chancen für die Zukunft versprach. Obwohl seine Stärke im Grundsatzdenken lag, freundete er sich mit dem Gedanken an, das Instrument der Demosko-

pie zu nutzen, um der Synode Entscheidungshilfen an die Hand zu geben. Der Raster für die Umfrage unter den deutschen Katholiken mußte in enger Fühlungnahme zwischen Kirche und Theologie auf der einen und den Sozialwissenschaften und der Psychologie auf der anderen Seite entwickelt werden. In Zusammenarbeit mit Elisabeth Noelle-Neumann und Gerhard Schmidtchen wurde ins Zentrum der Befragung das Problem gerückt, daß sich die Schere zwischen den von der Kirche vertretenen Werten und den in der Gesellschaft akzeptierten Werten immer weiter öffne. Leider sind die Ergebnisse der Umfrage und ihre Analyse und Auswertung von der Synode und von der theologischen Forschung nicht in der wünschenswerten Weise aufgenommen und verarbeitet worden. Im übrigen wurden jene, die auf »Anpassung« der Kirche drängten, von den Ergebnissen der Umfragen eher enttäuscht. Nicht die Übernahme säkularer Positionen würde die Kirche attraktiv machen können, sondern nur die Besinnung auf ihre ureigenen Grundlagen, in Verbindung mit einer glaubwürdigen Vermittlung dieser Werte.
Typisch für Forster war auch die Antwort, die er bei einem Interview mit der Wochenzeitung »Publik« auf die Frage gab, wie er die »kritische Begleitung« der Synode durch den Zusammenschluß der kritischen Gruppen in der »Arbeitsgemeinschaft Synode« beurteile: »Jede sachbezogene und sachgerechte Kritik kann der Arbeit nur förderlich sein. Sachbezogenheit und Sachgerechtigkeit verlangen im Falle der Synode, daß die Gedankengänge kritischer Grupen in die Überlegungen der Synode eingebracht werden – ohne den Versuch, durch manipulative Entstellungen oder Verkürzungen auf anderem Wege als dem Weg der sachlichen Überzeugung Einfluß zu nehmen, und ohne die Absicht, Forderungen an die Synode zu stellen, die ihrem Ort und ihrer Verantwortung in der kirchlichen Gemeinschaft widersprechen.«

IV

Mitten in der Phase der intensiven Vorbereitung der Synode kam im Sommer 1971 die Nachricht, Forster wolle aus dem Amt des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz und auch der Gemeinsamen Synode ausscheiden, um dem an ihn ergangenen Ruf des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus Hans Maier auf den Lehrstuhl für Pastoraltheologie an der neu errichteten Universität Augsburg zu folgen. Im deutschen Katholizismus wurde über die Gründe gerätselt, die Forster zu diesem Schritt bewogen haben konnten. Hatte er vor jenen resigniert, die ihn früher ob seiner »Liberalität« nicht genug

loben konnten, die in ihm jetzt einen Vertreter »konservativer« Theologie erblickten? Es ist nur allzu menschlich, daß Forster versteckt oder auch offen Neid und Ablehnung entgegenschlugen.
Forster, der außerordentlich sensibel war, auch wenn er sich in den meisten Fällen nichts anmerken ließ, hat unter diesen Anfeindungen und Verdächtigungen gelitten. Er hat daran getragen, daß ihn die Katholisch-Theologische Fakultät der Universität München nicht in ihr Kollegium aufnehmen wollte. Auch die Anwürfe und Gehässigkeiten, die im Zusammenhang mit dem gescheiterten Experiment von »Publik« und der Liquidation dieser katholischen Wochenzeitung auf ihn abgeladen wurden, haben ihn getroffen. Auf den unverschämten Artikel in der Deutschen Zeitung/Christ und Welt: »Korruptes Milieu? Zum Pyrrhussieg über ›Publik‹«, in dem Forster als »graue Eminenz der Bischofskonferenz« für diese Entscheidung gleichsam haftbar gemacht werden sollte, antwortete er: »Progressives Tabu? Zur Entmythologisierung von PUBLIK-Legenden«. Er legte die Gründe dar, die zur Einstellung von »Publik« geführt hatten. Er wies darauf hin, daß es unverantwortlich gewesen wäre, eine Zeitung dauernd mit Kirchensteuer-Millionen Jahr für Jahr am Leben zu erhalten, die nur noch Sprachrohr einer kleinen Minderheit gewesen wäre. »Ein Produkt, das um des wirtschaftlichen Gewinnes willen die publizistische Aufgabe preisgibt, verdient nicht den Namen Zeitung. Eine Redaktion, der es nicht darauf ankommt, ob und von wievielen Menschen sie mit einiger Regelmäßigkeit gelesen wird, ist keine Zeitungsredaktion, mag sie auch noch so intellektuell qualifiziert sein.«
Mutmaßungen und Spekulationen über die Rückkehr Forsters in die Wissenschaft hatten kein Fundament. Jeder, der ihn kannte, wußte, daß Resignation für ihn ein Fremdwort war. Die Gründe lagen woanders. In einem Schreiben vom 26. Juli 1971 an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Döpfner, nannte Forster drei Beweggründe. So gerne er die Ämter des Direktors der Katholischen Akademie und des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz übernommen habe, so sei die theologisch-wissenschaftliche Arbeit seit seiner Studienzeit mindestens ein wesentliches Ziel seiner persönlichen Bemühungen geblieben. Entscheidend freilich war für ihn eine andere Überlegung. Er war der Meinung, daß nach der ersten Phase der Wirksamkeit einer institutionalisierten Bischofskonferenz nunmehr der Zeitpunkt heranrücke, wo entweder gewisse Sachbereiche verselbständigt, ausgegliedert oder umgekehrt eine institutionelle Integration der verschiedenen Stellen und Einrichtungen erfolgen solle. »Ich halte es jedoch nicht für gut, wenn sich dieser Integrations- und Ausbauprozeß unter der optischen und psychologischen Belastung vollzieht, der amtierende Sekretär der Bischofskonferenz trachte nach einer Erweite-

rung und Festigung seiner persönlichen Einflußsphäre.« Schließlich machte Forster geltend, daß er nach Jahren organisatorischer Tätigkeit, die ihm eine starke Zurückhaltung in der Artikulierung von Meinungen und Thesen auferlegt habe, wieder unmittelbar im Bereich des pastoralen Dienstes und der theologischen Arbeit tätig werden und in die im Gang befindlichen geistigen Auseinandersetzungen seine Überlegungen und Argumente einbringen wolle.

Am 28. September 1971 erfolgte die Ernennung zum ordentlichen Professor für Pastoraltheologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Augsburg. Wie verstand Forster sein neues Aufgabengebiet? In einem Brief an den damaligen Regens des Priesterseminars der Diözese Augsburg vom 21. Dezember 1972 bemerkte er: Der Auftrag des Faches Pastoraltheologie besteht für Lehre und Forschung darin, »die Gemeinschaft Kirche, ihre Glieder, Gruppen und Strukturen in den konkreten Bedingtheiten der gegenwärtigen Situation zu erkennen, auf dieser Grundlage Maximen für eine zeitgerechte Verwirklichung der verschiedenen Bereiche und Formen des kirchlichen Heilsdienstes zu erarbeiten sowie Ansätze für Strukturen zu ermitteln, die der Erneuerung des Lebens der Kirche und der Wirksamkeit ihrer verschiedenen Grunddienste förderlich sind. Pastoraltheologie kann daher weder durch eine bloße Addition von Katechetik, Homiletik und Liturgie noch durch eine vereinfachende Wiederholung der Ergebnisse biblischer, historischer und systematischer Theologie noch auch durch eine kompendienhafte Auswahl aus psychologischen, soziologischen und statistischen Erkenntnissen geleistet werden. Pastoraltheologie muß das Ganze der Theologie im Auge haben und die Ergebnisse der Wissenschaften vom Menschen und von der Gesellschaft beachten. Das ihr spezifische Formalobjekt ist das Hier und Heute des neutestamentlichen Gottesvolkes, der in der Kirche und von der Kirche im Auftrag Jesu Christi zu leistenden Dienste.«

In den zehn Jahren, die ihm zu lehren an der Universität Augsburg vergönnt waren, hat er eine immense Forschungsarbeit geleistet. Die meisten seiner Veröffentlichungen stammen aus diesen Jahren und sind in den beiden Bänden »Glaube und Kirche im Dialog mit der Welt von heute« zusammengefaßt, die der Augsburger Oberhirte Josef Stimpfle 1982 der Öffentlichkeit übergab. Die Beiträge sind überwiegend als Vorträge oder Stellungnahmen zu aktuellen Fragen in Kirche und Gesellschaft entstanden. Wenn man einige Schwerpunkte hervorheben will, dann könnte man hinweisen auf die Fortführung der Forschungen, die mit der Synodenumfrage begonnen hatten und die sich auf die Orientierungen und Verhaltensweisen der Priester, auf die Einstellung der deutschen Katholiken zu den weltkirchlichen Aufgaben, auf die Denk- und Verhaltensänderungen bei Frauen, auf die Werteinstellung

bei Jugendlichen erstrecken. Intensiv hat sich Forster auch mit einem pastoraltheologischen Kernproblem auseinandergesetzt: »Religiös ohne Kirche?« Als Mitglied und Vorsitzender der Kommission 8 für Pastorale Grundfragen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken hat er Wege gesucht, wie die Kirche dieser Herausforderung begegnen kann.

Ein anderer Forschungsschwerpunkt war die Gesellschaftsverantwortung der Kirche und der Katholiken. Er hat dafür gesorgt, daß die irreführende und falsche Redewendung von einer Äquidistanz der Kirche zu den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sich gar nicht erst einnisten konnte. Die Parteien selbst bestimmen die Nähe oder Ferne zu den von der Kirche vertretenen Werten. Und ebenso wie sich Forster gegen eine Politisierung des Glaubens und der Kirche wandte, trat er dafür ein, daß der Bereich Gesellschaft und Politik nicht »den anderen« überlassen, sondern auch und gerade von den Christen verantwortlich mitgestaltet würde. Um noch einen anderen Bereich zu nennen, der in den letzten Jahren seines Lebens sein besonderes Interesse gefunden hat: In einer ganzen Reihe von Untersuchungen befaßte er sich mit der Entwicklung von Kirche und Gesellschaft nach 1945, auch mit dem Beitrag des deutschen Katholizismus zum sozialen, kulturellen und politischen Leben. An diesen Arbeiten kann keine Interpretation der deutschen Nachkriegsgeschichte vorbeigehen.

Als Berater der Kommission IV »Geistliche Berufe und Kirchliche Dienste« der Deutschen Bischofskonferenz war Forster an den Überlegungen zur Neuordnung der pastoralen Dienste maßgeblich beteiligt. Nicht nur der nach dem Konzil aufgetretene Priestermangel, sondern auch die Besinnung auf das allgemeine Priestertum aller Getauften und die Stellung des Laien in der Kirche haben hierzu den Anstoß gegeben. Die Diskussion konzentrierte sich u. a. auf die Figur des »Pastoralassistenten«, wobei zunächst unklar blieb, ob ihm auch die seelsorglichen Dienste in Pfarrgemeinden übertragen werden könnten. In manchen Kreisen hegte man die Hoffnung, über diese Einrichtung via facti den Zölibat, jedenfalls längerfristig, abschaffen zu können.

Bereits im Februar 1972 meinte Forster in einem Interview, das er der »Augsburger Allgemeinen« gab, auf die Frage, ob er den Pastoralassistenten für entwicklungsfähig halte: »Was ich bisher vom Modell der Pastoralassistenten sehe, halte ich nicht für entwicklungsfähig. Es fehlen das klare Berufsbild, der spezifische Ausbildungsgang und jede Laufbahnmöglichkeit. Man kann nicht junge Leute auf eine Lebensstellung als Assistent festlegen. Theologen, die mit 24 oder 25 Jahren noch nicht wissen, ob sie sich, mit allen Konsequenzen, zum Priester weihen lassen können oder nicht, sollte man eine Möglichkeit geben,

durch die sie in den praktischen pastoralen Dienst einbezogen werden können, bis ihre Entscheidung reif ist. Im übrigen aber frage ich mich, warum man dann nicht den ständigen Diakonat weiterentwickelt.« Aus theologischen und soziologischen Gründen müsse es vermieden werden, das Wirkungsfeld des Priesters nur noch auf das wenige einzuengen, »was der Laie absolut nicht auch machen könnte«.
Die 1978 von der Dt. Bischofskonferenz beschlossene »Rahmenordnung für die pastoralen Dienste«, die Möglichkeiten und Grenzen der verschiedenen Dienste in einer sowohl theologisch als auch soziologisch verantwortbaren Weise aufweist, trägt in wichtigen Teilen die Handschrift Forsters. Noch ein anderes Gebiet muß hier erwähnt werden, das der Kirche in wachsendem Maße Sorge bereitet: die Pastoral für die wiederverheiratet Geschiedenen. Auch Forster war von den deutschen Bischöfen gebeten worden, Stellung zu nehmen und Vorschläge zu entwickeln, wie die Kirche ohne Preisgabe der sittlichen Grundwerte den Betroffenen helfen könne. Die Diskussion darüber ist noch nicht abgeschlossen, zumal eine Lösung nicht im nationalen Rahmen, sondern für die Weltkirche gefunden werden muß.
Neben der Lehr- und Forschungstätigkeit, den Vorträgen und Gutachten war Forster auch in der akademischen Selbstverwaltung engagiert. Er gehörte von 1972 bis 1980/81 dem Fachbereichsrat der Katholisch-Theologischen Fakultät an und vertrat sie im akademischen Senat der Universität Augsburg von 1972 bis 1977 und von 1980 bis zu seinem Tode. Das Amt des Dekans hatte er von 1977 bis 1979 inne. In den letzten Jahren aufgetretene Spannungen innerhalb der Fakultät haben Forster zugesetzt. Diese Situation belastete ihn um so mehr, als seine Bemühungen, Gegensätze durch neue Ansätze zu überbrücken, erfolglos blieben.

V

Ein wichtiges Instrument, um die Frohbotschaft den Menschen von heute nahezubringen und ihre geistige und sittliche Orientierung zu stärken, waren für Forster die Massenmedien, besonders der Rundfunk. Von 1958 bis 1968 war er Diözesanbeauftragter für die kirchlichen Sendungen im Hörfunk und Fernsehen sowie Mitglied der kirchlichen Sendegebietsarbeitsgemeinschaft für den Bayerischen Rundfunk. In mehr als 125 Ansprachen, Vorträgen und Morgenfeiern, die meist an eine Aussage der Hl. Schrift anknüpften, war er bemüht, die christlichen Wahrheiten und Werte seinen Hörern zu erschließen. Von 1960 bis 1962 und erneut von 1968 bis zu seinem Tode war Forster Vertreter der katholischen Kirche im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks. Seine Meinung hatte Gewicht. Mit dem Intendanten

Christian Wallenreiter, der das Wissen, die Urteilsfähigkeit und die kluge und umsichtige Art Forsters schätzte, entwickelte sich eine enge Freundschaft. Von 1962 bis 1968 vertrat Forster auch die katholische Kirche im Fernsehrat des ZDF in Mainz. Den Verkündigungsdienst der Kirche nahm Forster sehr ernst. Über 15 Jahre hindurch gestaltete er – mit wenigen Ausnahmen – Sonntag für Sonntag die Halb-Zwölf-Uhr-Messe in der Pfarrkirche Hl. Blut in München-Bogenhausen. Er bereitete sich auf jede Predigt vor, indem er die Gliederung, zum Teil auch die Formulierung, schriftlich festlegte. Forster setzte damit die Tradition von Romano Guardini fort, der diese Aufgabe in den vorausgegangenen Jahren ausgeübt hatte. Hinzu kam eine ganze Reihe von Fastenpredigten in der Pfarrkirche Hl. Geist im Zentrum Münchens. Mit Stadtpfarrer Konrad Miller, der lange Jahre zugleich Vorsitzender des bayerischen Klerusverbandes war, hat Forster viele Fragen der praktischen Seelsorge besprochen.

Der Rat und die Mitwirkung Forsters waren gesucht. Hier sei noch erwähnt, daß er dem Vorstand der Görresgesellschaft angehörte und Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission bei der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach war. Er gehörte den Kommissionen zur Vorbereitung der Katholikentage in Freiburg i. Br. (1978), Berlin (1980), Düsseldorf (1982) und München (1984) an. Er war Mitglied der Katholisch-Evangelischen Arbeitsgruppe zum Themenbereich Grundwerte und Vorsitzender der Katholisch-Evangelischen Arbeitsgruppe zum Themenbereich »Wie gehen wir verantwortlich mit der Schöpfung um?« Er wurde auch in das Herausgebergremium für die Neuauflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft berufen.

Es ist schier unglaublich, was Forster in den knapp 25 Jahren seines öffentlichen Wirkens geleistet hat. Er konnte dies, weil ihm seine Schwester Maria in allem zur Seite stand. Eigentlich wollte sie Kunstgeschichte und Archäologie studieren; aber als ihr Bruder sie 1957 bat, beim Aufbau der Katholischen Akademie mitzuwirken und das Sekretariat zu übernehmen, stellte sie sich ganz in den Dienst der Kirche. Von der Akademie wechselte sie mit ihm ins Sekretariat der Bischofskonferenz; als er nach Augsburg ging, übernahm sie dort das Lehrstuhlsekretariat. Die Erfüllung des sehnlichen Wunsches, mit seiner Schwester in das fast fertiggestellte eigene Haus zu ziehen, blieb Forster verwehrt. Die Fülle seiner Verpflichtungen und Aufgaben ließ Forster wenig Zeit für das, was man »Privatleben« nennt. Erholung fand er vor allem in der Musik. Er war ein begeisterter Opern- und Konzertbesucher und pflegte seit seiner Münchener Studentenzeit den Kontakt mit Künstlern, wozu auch der heutige Generalintendant der Bayerischen Staatstheater, August Everding, gehörte. Er liebte die Bergwelt. Aber er konnte auch stundenlang durch Museen »pilgern«.

VI

Es ist sicherlich noch zu früh, um Person und Werk Karl Forsters umfassend würdigen und in den zeitgeschichtlichen Rahmen einordnen zu können. In einem Nachruf wurde gesagt, daß Forster seine brillante Intellektualität durch die fast schamhaft verborgene Spiritualität des Priesters gesteuert habe. In der Tat: Nur wer in diesem Professor und Prälaten zugleich den Priester sieht, gewinnt ein zutreffendes Bild von seiner Persönlichkeit. Seine ganze Aktivität hatte in der priesterlichen Aufgabe und Sendung ihren Angelpunkt. Übrigens war es für Forster selbstverständlich, daß er auch an Werktagen die Eucharistie in der Pfarrkirche Maria Immaculata in der Nähe seiner Münchener Wohnung feierte.

Seine Ämter und noch mehr seine fachliche Kompetenz brachten es mit sich, daß er zu zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Kontakt hatte. Seine unbedingte Diskretion erleichterte die Erfüllung mancher schwierigen Mission. Allerdings waren diejenigen Persönlichkeiten, zu denen eine enge persönliche Bindung bestand, nur wenige. Ein hervorstechender Charakterzug Forsters war seine Zurückhaltung und seine Bescheidenheit. Wenn man ihn brauchte, dann konnte man sich auf ihn verlassen. Aber es lag ihm fern, von sich aus seinen Einfluß zu vergrößern. Jedwedes Antichambrieren bei Prominenten in Kirche und Gesellschaft war ihm zuwider. Es ist bezeichnend, daß er nur ein paarmal in Rom weilte, davon zweimal mit der Katholischen Akademie während des Konzils. Der kirchlichen Zusammenarbeit über die nationalen Grenzen hinweg dienten auch die Veranstaltungen, die er mit der Akademie in Frankreich und in den USA durchführte.

Forster gehört zu denjenigen Persönlichkeiten, die ein Vierteljahrhundert Geschichte der Kirche und der Gesellschaft in Deutschland maßgeblich mitgeprägt haben. Es waren stürmische Jahre, in denen die Gesellschaftsverantwortung der Katholiken infragegestellt, vor allem aber Glaube und Kirche von innen her bedroht wurden. Forster, der nicht nur über ein breitgefächertes Wissen verfügte, sondern vor allem ein Gespür für hintergründige Entwicklungen und Zusammenhänge besaß, hat als Direktor der Katholischen Akademie, als Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz und als Pastoraltheologe an der Universität Augsburg ein hervorragendes Verdienst daran, daß die Kirche ihre Sendung zeitgerecht verwirklichen konnte. Er half mit, die Weichen zu stellen, daß sich nicht ein falscher Progressismus breitmachen konnte und auch eine Selbstisolierung der Kirche innerhalb einer zunehmend säkularisierten Umwelt vermieden wurde. Seine Fähigkeit, Gegensätze zu überbrücken, erwuchs aus einer gelebten Treue zum Evangelium und zur Kirche.

Johannes Messner (1891–1984)

Am 12. Februar 1984, vier Tage vor seinem 93. Geburtstag, ist Prälat Professor Johannes Messner in Wien gestorben. Mit ihm verlor die katholische Sozialwissenschaft einen ihrer hervorragenden Vertreter. Ein halbes Jahrhundert lang hat er die aus dem christlichen Glauben erwachsende gesellschaftliche Ordnungsaufgabe aufgewiesen in einer Zeit, die wie selten zuvor von sozialen und politischen Herausforderungen gekennzeichnet war und in der die gottgegebenen Grundlagen des Zusammenlebens der Menschen und Völker in Frage gestellt wurden. Messner hat sich durch sein umfangreiches Schrifttum ständig in die aktuelle Diskussion eingeschaltet und nach realistischen und überzeugenden Antworten gesucht. Noch bedeutsamer war sein Bemühen, die christliche Lehre über den Menschen und die Gesellschaft für unsere Zeit fruchtbar zu machen, die großen Linien aufzuzeigen, die für die Bewältigung auch der einzelnen Aufgaben maßgebend sind, die so komplex gewordene soziale Wirklichkeit in ihrem sittlichen Grund wieder sichtbar werden zu lassen.
Seine Standardwerke, die das Gesamtgebiet der Christlichen Gesellschaftslehre und der Soziallehre einbeziehen, haben weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart ihresgleichen. Sein Werk ist, jedenfalls für den Bereich der christlichen Weltverantwortung, am ehesten vergleichbar mit der Summa Theologiae des Hl. Thomas von Aquin oder mit den großen Sammelwerken der Dogmatik, die freilich auf einer gewachsenen Tradition aufbauen können. Dabei war es ihm ein vordringliches Anliegen, die Grundsätze der katholischen Soziallehre so zu vermitteln, daß auch der Nicht-Christ, der sich von seinem Verstand und von seinem Gewissen leiten läßt, sie begreifen und bejahen kann. Wenn die moderne Sozialverkündigung der Kirche auch im außerkirchlichen Raum ein hohes Ansehen genießt, dann hat Messner daran bleibenden Anteil.

I

Johannes Messner wurde am 16. Februar 1891 in Schwaz in Tirol geboren. Er war der älteste der drei Söhne von Jakob und Maria

Messner, geborene Speckbacher. Der Vater war Bergmann und arbeitete zunächst in der Nähe von Innsbruck, dann in Schwaz, wo seit dem Mittelalter Silber- und Kupfererze gewonnen wurden. Sein Verdienst hätte nicht ausgereicht, die Familie zu ernähren und die Kinder studieren zu lassen. Deshalb war auch die Mutter in der staatlichen Tabakfabrik erwerbstätig.

Was Messner in der 6. und 7. Auflage seines Buches über »Die soziale Frage« in der Widmung »Im Andenken an meine Eltern« schreibt, gewährt einen guten Einblick in die Lebensverhältnisse, in die Mühen, aber auch in die Freude einer Arbeiterfamilie. »Als wir drei Buben eben vor der Jahrhundertwende in die Schule zu gehen begannen, kauften die Eltern ein altes Haus näher dem Stadtinnern mit einem kleinen Grundstück. Eine Wohnungs- und Kleinsiedlungsbewegung bestand damals nicht, man sprach nicht vom familiengerechten Heim; der natürliche Sinn hatte die Eltern den rechten Weg gewiesen. Der Kaufpreis zuzüglich der Instandsetzungs- und Umbaukosten bedeutete für sie eine enorme Summe. Bau- und Siedlungsgenossenschaften, von denen ein Darlehen erhältlich gewesen wäre, gab es nicht. Also mußte anderwärts ein Darlehen aufgenommen und vom Arbeitseinkommen erspart werden, abgesehen von einer kleinen Hilfe aus einer Erbschaft. Der Mietzins von einer Mietpartei im ersten Stock reichte eben gerade für Verzinsung, Steuern und Abgaben. Wie sehr gespart wurde, mag daraus ersehen werden, daß der Vater, als er längere Zeit in einer sechs Gehstunden entfernten Grube zu arbeiten hatte, sich nicht den Zug leistete, sondern den Weg zu Fuß zurücklegte. Er kam nur über das Wochenende heim und mußte am Montag seinen Weg um zwei Uhr früh antreten, um rechtzeitig zur Einfahrt in die Grube einzutreffen. Als er wieder im nahe gelegenen Bergwerk beschäftigt war, bildete der Garten eine wichtige Quelle des Nebenerwerbs, da er nicht nur für den eigenen Tisch Kartoffeln, Gemüse und Obst lieferte, sondern auch mancherlei verkauft werden konnte ... Auch die Mutter hatte ihren Nebenerwerb, nämlich ein oder zwei Untermieter, die bei uns auch in Kost waren. Dabei hatte sie lange Jahre einen zehnstündigen Arbeitstag, geteilt durch eine zweistündige Mittagspause, die eben zum Kochen und Abwaschen reichte. Mancherlei wurde am Abend vorher zubereitet. Zweimal am Tag brachte die Mutter uns drei Buben auf dem Weg zur Arbeit in die in der Nähe der Fabrik gelegene ›Kinderbewahranstalt‹, die von den Schwestern von St. Paul geführt wurde: ein vorausschauendes und vorbildliches Sozialwerk angesichts der Beschäftigung des größeren Teiles der ›nichtbürgerlichen‹ Mütter in den Fabriken. Da die Mutter alle Hausarbeit allein zu tun hatte, gab es natürlich lange Abende. Sie sind unvergeßlich mit ihrer beglückenden Welt des Beisammenseins in der Wohnküche, jeder mit seiner Beschäftigung, oder auch wir Buben mit einem Spiel, in das sich der

Vater oft mit uns teilte ... Beide Eltern mußten um sechs Uhr früh die Arbeit beginnen. Sie gingen, außer in Fällen von Unpäßlichkeit, zur ersten Frühmesse, dann heim zum Frühstück und gleich zur Arbeit. Jede Frömmelei war ihnen jedoch so fremd, wie ihnen sentimentale Filmmusik unerträglich gewesen wäre ... Das Wort ›soziale Frage‹ ist in unserer Familie nie gefallen, geschweige denn das Wort ›Proletariat‹. Dabei war für den Vater vieles härter als für die Mutter. Denn er hätte in seiner Jugend gern studiert, seine Eltern hatten aber nicht die Mittel dazu ... Noch auf dem Sterbebett sagte er – Johannes und seine Brüder besuchten das Gymnasium –: ›Mutter, laß die Buben studieren, so lange sie wollen: ich weiß, wie hart es ist, wenn man verzichten muß‹«. Nach dem Besuch der Volksschule in Schwaz schickten die Eltern den Johannes, da er Priester werden wollte, auf das humanistische Gymnasium »Vinzentinum« in Brixen, das damals noch zu Österreich gehörte. In den acht Jahren von 1902 bis 1910 litt Johannes oft an Heimweh, zumal er nur in den Sommerferien nach Hause fahren konnte. In Latein und Mathematik fiel er durch besonders gute Leistungen auf. Sein um zwei Jahre jüngerer Bruder Joseph, der ebenfalls Priester werden wollte, aber musikalisch sehr begabt war, konnte als Sängerknabe in Salzburg studieren. 1909 starb der Vater im Alter von 53 Jahren, so daß die Sorge für die heranwachsenden Jungen jetzt ganz auf der Mutter lastete.

II

Nach dem Abitur begann Messner die akademischen Studien an der Katholisch-Theologischen Hochschule ebenfalls in Brixen (1910–1914). Da seine sowieso nicht sehr robuste Gesundheit durch das intensive Studium angeschlagen war, konnte er im dritten Kurs ein Semester zu Hause machen. Wie entdeckte Messner sein Interesse an den sozialen Fragen? In der erwähnten Widmung bemerkte er: »Als erstes Problem der ›sozialen Frage‹ beschäftigte mich in den Gymnasialjahren der Unterschied zwischen dem nicht unbeträchtlich höheren Lohn der Mutter im Vergleich zu dem des Vaters, indessen wurde mir ein nach heutigen Begriffen viel zu zurückhaltendes Buch über die ›soziale Frage‹ auf dem Gymnasium als gefährlich abgenommen.« Es handelte sich um das Buch des Jesuiten J. Biederlack »Einleitung in die soziale Frage«, das er sich verschafft hatte.
Bedeutsam wurde die Begegnung mit Sigismund Waitz, der Moraltheologie lehrte und später Bischof von Vorarlberg, Tirol und dann Erzbischof von Salzburg wurde: »Er öffnete den Blick dafür, wieviel sich in der Zukunft für oder gegen das Christentum im Bereich der Sozialordnung entscheiden werde. Was mich in Verbindung mit

diesem Gedanken zuinnerst zur Arbeit auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften drängte, war der andere Gedanke: warum es, im Gegensatz zu dem rasch anwachsenden sozialen Unfrieden, der unser Volk nur zerreißen und im ganzen niemandem nützen konnte, nicht möglich sein sollte, in Eintracht und Verständigung, im Bemühen um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und damit einhergehend um den steigenden Wohlstand der Arbeiterschaft, die Voraussetzungen zu schaffen, die der Großzahl der Familien jenen Segen eines ungemessen glücklichen Lebens ermöglichen, wie er unser Teil war. Bestimmend war weiter ein Unbehagen angesichts mancher damals einflußreicher Strömungen, die, wie mir schien, allzusehr auf ein anklagendes Sozialpathos und einen fordernden Sozialidealismus vertrauten.« Waitz war es auch, der Messner auf die Schrift »Soziale Frage« von F. M. Schindler hinwies, der an der Wiener Theologischen Fakultät lehrte und sich engagiert um die Umsetzung seiner sozialen Ideen in die praktische Politik bemühte.

Am 29. Juni 1914, kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, wurde Johannes Messner in Brixen zum Priester geweiht. Anschließend wirkte er sechs Jahre lang in der Seelsorge, als Kooperator zunächst in Uderns im Zillertal, dann in Imst, Reutte und Innsbruck. Einmal mußte er, erzählte er später, in der Nacht drei Stunden mit einem brennenden Holzscheit als Fackel einen Versehgang auf einen Berg machen, von dem er gerade rechtzeitig zur Frühmesse zurückkehrte. Das Nüchternheitsgebot habe ihn vor dem »Begrüßungstrunk« bewahrt, den ihm die Bauern entlang des Weges anboten.

Messner hatte sein Ziel nicht aus den Augen verloren. Nach Kriegsschluß 1918, als es um die Zukunft Südtirols ging, schrieb er einige Artikel im »Tiroler Anzeiger«, der von der Verlagsanstalt Tyrolia herausgegebenen Tageszeitung. Der Präsident der Tyrolia, Prälat Hofrat Aemilian Schoepfer, christlich-sozialer Abgeordneter im Nationalrat, wurde auf ihn aufmerksam und riet ihm zum Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. Messner folgte diesem Rat und konnte, nachdem er 1919 von seinem Bischof freigestellt worden war, am 10. Juli 1922 den Doktor iuris utriusque in Innsbruck erwerben. Noch stärker fühlte er sich zur Nationalökonomie hingezogen, die er von 1919 bis 1925 in München studierte. Den Unterhalt erwarb er sich als Werkstudent, wobei ihn auch eine Wohltäterin unterstützte und förderte. Die Jahre in München haben die weitere Entwicklung Messners, vor allem seine wissenschaftliche Ausrichtung entscheidend geprägt. Seinen Lehrern blieb er Zeit seines Lebens dankbar zugetan: Adolf Weber und Otto von Zwiedineck-Südenhorst, die ihm die Bedeutung wirtschaftlicher Tatbestände nahebrachten und ihn in die Zusammenhänge der Volkswirtschaft einführten, Jakob Strieder, bei dem er Wirtschaftsgeschichte hörte, Max Weber, der sein soziologi-

sches Interesse weckte. Starken Einfluß übte auch der Philosoph Max Scheler auf Messner aus, ohne daß ein persönlicher Kontakt bestanden hätte. Die Dissertation, die nicht veröffentlicht ist, behandelte das Thema »W. Hohoffs Marxismus«. Am 20. Mai 1924 wurde er zum Doktor oeconomiae publicae promoviert.

III

Die umfassende Bildung in den Sozialwissenschaften und sein dominierendes Interesse an der sozialethischen Orientierung befähigten ihn in einem hervorragenden Maße, sich in die Diskussion um die Ordnung und Neuordnung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme einzuschalten. Die Arbeitslosenzahl war damals in Österreich auf 300 000 angestiegen; viele Jugendliche konnten keinen Arbeitsplatz erhalten; die zunehmende Verproletarisierung der Arbeiterschaft begünstigte das Erstarken des Kommunismus auf der Linken, des Nationalsozialismus auf der Rechten. Bischof Waitz holte Messner von München aus nach Feldkirch und bat ihn, einen Entwurf für einen Hirtenbrief zur Lösung der brennenden Probleme zu erarbeiten. Da der vorgelegte Text einem Bischof in sozialer Hinsicht zu weit ging, wählte man eine andere Form: »Lehren und Weisungen der österreichischen Bischöfe« (1925). »Der österreichische Volkswirt« bemerkte dazu, das Dokument vereinige eine prophetische Sprache mit wissenschaftlicher Zuverlässigkeit.
Von 1925 bis 1933 wirkte Messner als Chefredakteur bzw. Mitherausgeber der Wochenschrift für Kultur, Politik und Volkswirtschaft »Das Neue Reich«. Der bisherige Schriftleiter Joseph Eberle war mit der vom Herausgeber Ae. Schoepfer vertretenen Linie nicht mehr einverstanden und gründete eine eigene Zeitschrift mit dem Titel »Die Schönere Zukunft«. Für Messner hatte sich auch sein Bischof eingesetzt. Die Zeitschrift bot ihm ein ideales Forum, um seine Ideen einem breiten Publikum vorzustellen und Kontakt zu den führenden Persönlichkeiten in Wirtschaft und Politik zu gewinnen. Während der Fastenzeit 1926 schrieb er eine viel beachtete Serie über das Thema »Die soziale Frage und soziale Ordnung«. Die Vertrautheit mit den wirtschaftlichen Fakten und Zusammenhängen kam ihm in der Diskussion und Auseinandersetzung mit den Strömungen einer gewissen Sozial- und Kulturromantik zugute, die damals in Wien verbreitet waren. Das Literaturverzeichnis gibt Aufschluß über die große Zahl von Artikeln, die Messner schrieb, über die Themen, die er aufgriff. Die Tyrolia mußte aus finanziellen Gründen »Das Neue Reich« aufgeben, d. h. mit der »Schöneren Zukunft« zusammenlegen. Dadurch gewann Messner den nötigen Freiraum für seine wissen-

schaftlichen Arbeiten. Von 1936 bis März 1938 gab er auf Wunsch von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg die »Monatsschrift für Kultur und Politik« heraus, wohingegen seine Mitwirkung an der Zeitschrift »Schönere Zukunft« – sie war Messner zu »romantisch« – nach 1932 sich auf wenige Beiträge beschränkte.

Im September 1926 wurde Messner auf Vorschlag seines ehemaligen Lehrers Strieder zweiter Vorsitzender der wirtschaftswissenschaftlichen Sektion der Görres-Gesellschaft. Er referierte auf der Tagung in Koblenz über das Thema »Sozialökonomik und Sozialethik«. Auf der Rückreise nach Wien traf er auf dem Bahnsteig in Salzburg Prof. Alois Mager, der das Fachgebiet Psychologie und Religionsphilosophie vertrat. Dieser fragte ihn: Warum habilitieren Sie sich nicht bei uns? Messner antwortete: Weil ich in Wien die Zeitschrift leiten muß. Mager erwiderte: Das ist kein Grund. Sie brauchen nur jedes vierte Semester eine Woche bei uns Vorlesungen zu halten. Das genügt. Messner nahm dieses Angebot an und arbeitete seinen Koblenzer Vortrag aus. 1927 erfolgte die Habilitation an der Theologischen Fakultät der Universität Salzburg. In der Schrift, die in demselben Jahre erschien und bereits 1929 die zweite Auflage erlebte, wollte Messner »die Bedeutung der neueren Volkswirtschaftslehre für die Lösung der unserer Zeit auferlegten unbestreitbar großen und dringenden Aufgaben der Sozialethik« aufzeigen. Adolf Weber hat diese Schrift als bahnbrechend für die Ethik vom volkswirtschaftlichen Standpunkt bezeichnet. Zunächst blieb Messner Privatdozent in Salzburg, bis die Theologische Fakultät der Universität Wien ihn im Jahre 1935 zum Außerordentlichen Professor für Ethik und Sozialwissenschaften berief.

Welches Ansehen Messner sich in kurzer Zeit in der Fachwelt erwerben konnte, beweist die Tatsache, daß ihm bei der Neuauflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft 13 Artikel, darunter die Beiträge über Liberalismus und Marxismus, Soziale Frage, Sozialpolitik und Sozialreform anvertraut wurden. Was ihn jedoch weit über die Grenzen seiner Heimat hinaus einer breiten interessierten Öffentlichkeit bekannt machte, war sein erstes großes Werk: »Die soziale Frage«, das im Jahre 1933 erschien und bis 1938 bereits fünf Auflagen erreichte. In dem Buch entwickelte Messner eine umfassende Sozialkritik. Er zeigte auf, warum weder der Kapitalismus noch der Sozialismus in der Lage war, die alles erschütternde »soziale Frage« zu lösen. Diesen beiden Systemen stellte er die »christliche Sozialreform« gegenüber und legte ihre Grundlagen und Ziele dar. Damit knüpfte Messner an die schon von Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler und vom Begründer des christlichen Solidarismus Heinrich Pesch verfolgte Orientierung an, die in ganz ähnlicher Weise die Thematik Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung gesehen hat-

ten. Das Buch Messners erschien zur rechten Zeit. Die Weltwirtschaftskrise von 1929, die das Ende des liberalen Zeitalters markiert, hatte die sozialen Gegensätze aufs äußerste zugespitzt. In Italien war Mussolini am Ruder und in der Sowjetunion festigte Stalin die Macht der kommunistischen Partei. In Deutschland konnte der Nationalsozialismus die Macht ergreifen. Würde das noch freie Europa eine Chance zur Reform haben?

Am 25. Juli 1934 wurde der österreichische Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordet. Messner, der mit ihm öfters die Lage und mögliche Auswege aus der Krise besprochen hatte, schrieb ein Lebensbild dieses christlichen Politikers. 1936 erschien das Buch »Die berufständische Ordnung«. Diese Ordnungsidee hatte Pius XI. unter dem Einfluß der deutschen Jesuiten Oswald von Nell-Breuning und Gustav Gundlach in der Sozialenzyklika »Quadragesimo anno« (1931) dargelegt. In seinem Buch über »Die soziale Frage« führte Messner eine ganze Reihe von »Wegen« und »Lösungen« an, unter denen auch die berufständische Lösung genannt wird. Er vermied auf diese Weise eine Festlegung, die andere Elemente nicht genügend berücksichtigte. Auch jetzt bemerkte er im Vorwort: »Die berufständische Ordnung ist für die Gesellschaftswissenschaft wie für die Gesellschaftsreform völliges Neuland, da es kein Beispiel für sie in der Geschichte gibt. Fertige Baupläne und einfache Handregeln, mit denen ein nicht unbeträchtliches Schrifttum gleich aufwarten zu können glaubte, sind daher verfrüht.« Dies beinhaltet auch eine klare Kritik an dem mißlungenen Versuch der Errichtung eines Ständestaates in Österreich.

IV

Mit dem Einmarsch Hitlers in Österreich überstürzten sich die Ereignisse. Messner war gebeten worden, eine Erklärung für die österreichischen Bischöfe zu entwerfen, in der dieser Übergriff verurteilt und Protest erhoben wurde. Allerdings haben sich die Bischöfe den vorgelegten Text nicht zu eigen gemacht. In der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 verbrannte er alle Briefe und Manuskripte. Am 31. Mai wurde ihm die Lehrkanzel entzogen, seine Bezüge eingestellt, und er durfte das Gebäude der Universität nicht mehr betreten. Er begab sich zunächst nach Salzburg und wohnte bei seinem Bruder Joseph, dann zog er sich nach Schwaz zurück, um der Verhaftung zu entgehen. Als die Gestapo in Wien nach ihm fahndete und er nirgends mehr sicher war, entschloß er sich zur Flucht. Über Feldkirch gelangte er in die Schweiz, wo er zunächst beim Pfarrer von Buchs und dann in Ennenda, einem Dorf bei Glarus, unterkam. Hier begann er »Die Kelter Gottes« zu schreiben. Er wandte sich an E. Quinn in London,

Priester und Schriftsteller in der Zeitschrift »Tablet«, der Messner in Wien aufgesucht hatte und jetzt im Flüchtlingskomitee in London mitarbeitete. Quinn vermittelte ihm eine Bleibe in dem von Kardinal J. H. Newman gegründeten Oratory in Birmingham/England, wo er am 12. Oktober 1938 mit zwei Koffern ankam. Er übernahm einige liturgische und seelsorgliche Dienste. Nachdem er sich von den Strapazen etwas erholt hatte, setzte er die Arbeit an der »Kelter Gottes« fort. Das Manuskript gelangte in die Hände des berühmten Liturgiewissenschaftlers J. A. Jungmann, mit dem Messner gemeinsam in Brixen studiert hatte. Jungmann schrieb ihm nach England, er habe eine Nacht lang das Manuskript durchgelesen und halte es für eines der unvergänglichen Werke. Bei Kriegsausbruch wurde Messner für sechs Wochen bei Exeter interniert und konnte dann ins Oratory zurückkehren.

Das Exil in England bot Messner die Chance, mit der angelsächsischen Geistes- und Kulturwelt vertraut zu werden. In seiner philosophisch-theologischen Ausbildung dürfte er nur die Einwände gegen den »Empirismus« und »Pragmatismus« kennengelernt haben. Jetzt hatte er Gelegenheit, auch die positiven Seiten des empirischen Ansatzes und die Bedeutung von »trial and error«, des Experiments, der Erfahrung und in diesem Sinne auch der »Praxis« zu entdecken. Völliges Neuland war dies für Messner allerdings nicht. Von seinem Elternhaus her war er gewohnt, konkret zu denken, und auch seine Studien in München lenkten sein Interesse auf die sozialen Tatsachen. In seinen bisherigen Veröffentlichungen hatte Messner keinem Methodenmonismus gehuldigt und sich nicht dem bloßen Abstrahieren und Deduzieren verschrieben. Vielmehr war es ihm ein Anliegen, an die konkrete Wirklichkeit heranzukommen. Dennoch haben die Jahre in England nicht nur seinen Stil, sondern auch sein wissenschaftliches Denken geprägt. Er machte sich die alte Weisheit zunutze, daß alle Erkenntnis bei der Erfahrung beginnt.

Nachdem er sich von dem Schock, seine Heimat verlassen zu müssen, einigermaßen erholt hatte, reifte in ihm der Plan, in einem großen Entwurf die Kenntnisse und Einsichten über die soziale Wirklichkeit, die Zusammenhänge und die geistig-sittlichen Grundlagen der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung zusammenzufügen. Damals wurde die Idee geboren, das Naturrecht wieder ins allgemeine Bewußtsein zu heben, wie es in der christlichen Tradition entwickelt worden war. Hinzu kam die Sorge um den Verfall der menschlichen Kultur, die er im Vorwort des Buches, dem er den Titel »Das Naturrecht« gab, zum Ausdruck brachte: »Die grundstürzende Abwertung der menschlichen Person in welterschütternden politischen Systemen seit dem ersten Weltkrieg, nicht minder aber die ungeheure Entwicklung der Natur- und Sozialwissenschaften seit

einem Jahrhundert ließ längst eine neue Prüfung der Grundlagen des Naturrechts und einen neuen Versuch der Ausarbeitung seiner Forderungen gegenüber der modernen Gesellschaft geboten erscheinen.«
Zehn Jahre arbeitete Messner am »Naturrecht«, sieht man von dem einjährigen Intermezzo ab, in dem Messner einen Roman über Kriegsschicksale schrieb, der aber nie veröffentlicht wurde. Als das »Naturrecht« 1949 zuerst auf Englisch unter dem Titel »Social Ethics« und 1950 auf Deutsch erschien, löste es eine starke Resonanz aus. Es wurde ins Italienische, Spanische und auch ins Japanische übersetzt. Es machte Messner zu einem international hochangesehenen Wissenschaftler. Im deutschsprachigen Raum wurde das Werk zu einem der am meisten gelesenen Bücher in den fünfziger und auch in den sechziger Jahren, als die fünfte Auflage herauskam.
Joseph Höffner würdigte 1971 Johannes Messner als »kundigen und sachlichen Anwalt des Naturrechts«, der auch um seine Problematik wisse. »Er kennt die angelsächsische Common-Law-Überlieferung mit ihrem humanistisch-naturrechtlichen Denken und setzt sich gründlich und gewissenhaft mit den Einwänden auseinander, die man heute gegen das Naturrecht vorzubringen pflegt. Er scheut sich nicht, auf die ›Unsicherheit hinsichtlich des Verhältnisses von Vernunftordnung und Seinsordnung auch in der Scholastik der Gegenwart‹ hinzuweisen. Er mahnt die traditionelle Naturrechtslehre, ›den Eindruck zu vermeiden, als sei die von der mittelalterlichen Scholastik erreichte Form der wissenschaftlich-philosophischen Naturrechtslehre etwas schlechthin Endgültiges‹. Die ›Fortbildung der traditionellen Naturrechtslehre‹ scheint ihm deshalb dringend notwendig.«
Höffner konstatierte dieses Weiterdenken bei Messner in der Entwicklung der »induktiv-ontologischen Methode«, die ihre Einsichten in erster Linie aus der Natur des Menschen als eines Familienwesens gewinne; in der Familiengemeinschaft lassen sich nämlich »alle Elemente des Rechts« nachweisen, und die Grundlagen der menschlichen Existenz werden ursprünglich durch die Familie vermittelt. Wenn Messner über die Bedeutung der Familie schrieb, dann spürte man immer etwas von seiner eigenen Erfahrung, die er daheim in Schwaz gemacht hatte. Der induktive Weg war seiner persönlichen Erfahrung abgelauscht.

V

Noch bevor das »Naturrecht« veröffentlicht war, erreichte Messner im Mai 1948 der Ruf auf den Lehrstuhl für Christliche Sozialwissenschaften an der Katholisch-Theologischen Universität Münster. Es war dies der traditionsreiche Lehrstuhl, den als erster Franz Hitze von 1893 bis

1920 innehatte. Ihm war Heinrich Weber nachgefolgt, der von den Nationalsozialisten verfolgt wurde. Die Verhandlungen zogen sich bis zum Frühjahr 1949 hin, da der andere in Frage kommende Kandidat, Joseph Höffner, zunächst von seinem Trierer Bischof nicht freigegeben wurde.
Inzwischen hatte auch das Bundesministerium für Unterricht in Wien am 30. September 1948 bei Messner angefragt, ob und wann er an die Universität Wien zurückzukehren beabsichtige. Messner, der an der Arbeit in der Abgeschiedenheit des Oratory Gefallen gefunden hatte, empfand keine große Neigung, nach Österreich oder Deutschland zurückzukehren, zumal er davor zurückscheute, Verpflichtungen der akademischen Selbstverwaltung übernehmen zu müssen. Erst als die Wiener Fakultät ihn einstimmig ersuchte, seine Lehrtätigkeit wieder aufzunehmen, und der Dekan Professor Michael Pfliegler ihm zusichern konnte, daß ein jährlicher längerer Forschungsaufenthalt in England keine Schwierigkeiten bereite, war Messner bereit. Im Wintersemester 1949/50 hielt er wieder Vorlesungen. In den Verhandlungen mit dem Ministerium hatte er sich ausbedungen, immer ein halbes Jahr in Birmingham arbeiten zu können, was er bis 1964 auch praktizierte. Am 6. Juni 1956 wurde Messner in Würdigung seiner Verdienste der Titel »Ordentlicher Professor« verliehen. Den Bemühungen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Messner nach München zu holen, war ebensowenig Erfolg beschieden wie damals in Münster. Im Herbst 1962 wurde er emeritiert.
Es ist schier unglaublich, was Messner in diesen Jahren an Arbeit bewältigte. Neben den Neuauflagen des »Naturrechts« und der »Sozialen Frage«, an denen er ständig weiterarbeitete, auch große Teile neu schrieb oder hinzufügte, müssen hier zwei Standardwerke genannt werden: die »Kulturethik« und die »Ethik«. Während das »Naturrecht« nach den Grundlagen der Ordnung des Zusammenlebens der Menschen fragt, geht es in diesen Werken um den Menschen, der als sittliche Persönlichkeit Ursprung, Träger und Ziel des gesellschaftlichen Lebens ist. Man spürt den nachwirkenden Einfluß Max Schelers, worüber auch ein Blick in das Personenverzeichnis Aufschluß gibt, aber Messner ist weit über ihn hinausgekommen. Er hat Wesentliches zur Begründung des christlichen Personalismus beigetragen.
Einen Schwerpunkt im Schaffen Messners bildeten wirtschaftliche Ordnungsfragen. Seit dem Studium der Nationalökonomie in München hat er sich mit ihnen beschäftigt sowohl in seinen großen Werken, aber ebenso in vielen zum Teil sehr umfangreichen Abhandlungen und Artikeln über Themen, die im Brennpunkt der aktuellen Diskussion standen. Er war überzeugt davon, daß die Sozialethik und die sittlichen Orientierungen der christlichen Gesellschaftslehre nur fruchtbar

werden können, wenn sie in einen Zusammenhang mit den gesicherten Erkenntnissen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gebracht werden. Er war unablässig bemüht, die Ethik vor exegetischen Kurzschlüssen zu bewahren, so als ob man aus der Heiligen Schrift unmittelbar Richtlinien für die Lösung von wirtschaftlichen Problemen schöpfen könnte. Und er kämpfte gegen Ideologisierungen an, für die Theologen dann am meisten anfällig sind, wenn sie meinen, sich nicht in die »Niederungen« wirtschaftlicher Tatsachen begeben zu sollen, sondern von irgendwelchen geistigen Höhen oder ideologischen Standpunkten her dirigierend eingreifen zu können.
Immer wieder versuchte Messner, das Verständnis für die wirtschaftlichen »Tatsachen« zu wecken, für das Eigeninteresse, hinter dem nicht nur jenes Zerrbild gedacht werden darf, wie es der Wirtschaftsliberalismus entwarf, sondern jene auch im christlichen Verstehenshorizont bedeutsame Kraft, die auch in der Wirtschaft am Werk ist, für die ›Arbeit‹, deren Verständnis er nicht auf die abhängig geleistete Arbeit verkürzte, für das Privateigentum und seine Bedeutung für die Produktion und Produktivität, den Markt, der für eine gute Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen unerläßlich ist, die Aufgabe des Unternehmers, die seit den Lehren von Karl Marx weithin nicht mehr gesehen und verkannt wird, die Notwendigkeit der Kooperation anstelle des Klassengegensatzes. Diese wirtschaftlichen »Tatsachen« sind nicht nur »Vorfeld« der Ethik oder gar Experimentierfeld für Theologen. Die Sozialethik kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie diese Tatsachen zur Kenntnis nimmt, »erkennt« und dann überzeugende Antworten sucht, wie diese Welt durch die Prinzipien der Gerechtigkeit und Liebe ihre Sinnorientierung und Ordnung finden kann.
Dieses Anliegen Messners bestimmt z. B. seinen Beitrag zur Festgabe für Adolf Weber 1951, der sich mit dem Thema »Wirtschaftsgesetz und Naturrechtsgesetz« auseinandersetzte. Auch die Schrift »Das englische Experiment des Sozialismus«, die die Sozialisierungspolitik der Labour-Nachkriegsregierung kritisch unter die Lupe nahm, konzentrierte sich vor allem auf die »ökonomischen Tatsachen«, über die sich der Sozialismus hinwegsetzen zu können glaubte. Messner hat nicht nur in seinen großen Werken die ideologischen Wurzeln des Sozialismus und seine Unvereinbarkeit mit der katholischen Soziallehre aufgewiesen, sondern immer auch die ökonomischen Widersprüche und Halbheiten betont. Und er war überzeugt davon, daß die Kirche einen schweren Fehler machen würde, wenn sie die wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge in ähnlicher Weise negieren oder übersehen und durch Annäherung an sozialistische Positionen verloren gegangenes Terrain zurückgewinnen zu können glauben sollte. Messner hat sich auch in die in Deutschland heftig geführte

Diskussion um die »Mitbestimmung« eingeschaltet. Seine Sorge galt der Vernachlässigung der Frage der wirtschaftlichen Produktivität und der Investitionen.
Während in den Standardwerken das Bemühen um die Synthese und die Systematik besticht, sind die mehr als 230 Abhandlungen und Artikel überwiegend von aktuellen Fragestellungen bestimmt. Bis ins hohe Alter war Messner ein aufmerksamer Beobachter des Zeitgeschehens. Er verfolgte die wissenschaftliche Literatur, auch die wichtigsten Zeitschriften, die ihm Anlaß und Anregung zum Nachdenken boten. Dabei überrascht der weite Radius seines Interesses. Aus den beiden letzten Jahrzehnten sei nur an einige Beiträge erinnert: Naturrechtswidrigkeiten im Alten Testament? (Festschrift für Gustav Gundlach 1962), Katholizismus und Kommunismus nach Pacem in terris (1963), Sind die Naturrechtsprinzipien Leerformeln? (Festschrift für Werner Schöllgen 1964), Christliche Soziallehre unter Feuer (1966/67), Atheismus und Naturrecht. Streitgespräch mit Ernst Topitsch (1966), Will der Papst die Linke links überholen? Zur Fortschrittsenzyklika Papst Pauls VI. Populorum progressio (1967), Was ist Kapitalismus? (1968), Ehemoral und Entscheidungsethik (1971), Marxsche Gesellschaftsanalyse in kirchlicher Soziallehre? (1974).
Die Berührung mit der angelsächsischen Kultur hat Messner bewogen, sich um eine »induktive Metaphysik«, um eine »erfahrungsbezogene Ethik«, wie er sagte, zu bemühen. Von seinem naturrechtlichen Fundament her war er allen ideologischen Ansätzen und Konzepten gegenüber skeptisch und abwehrend, ob sie nun individualistischer oder kollektivistischer Herkunft sind. Er war ein Anwalt der »Partnerschaft« und ein Gegner allen Klassendenkens. Er litt in den letzten Jahren darunter, daß die katholische Soziallehre ihre frühere Anziehungskraft verloren hat und daß marxistische Vorstellungen in manchen kirchlichen Kreisen hoffähig wurden.

VI

Man findet in dem gesamten Schrifttum Messners keinen einzigen Satz, in dem er Andersdenkenden abwertend oder mit billigem Sarkasmus begegnet wäre. Auch dort, wo er sich mit Positionen und Bestrebungen auseinandersetzte, die er nicht teilen konnte und die ihm zuwider waren, geschah dies immer in Respekt und Achtung der Würde und der Freiheit des anderen, in Argumenten, mit denen er überzeugen wollte, in einer Sprache, die keine persönliche Verstimmung verursachen konnte. An seiner eigenen Position ließ Messner keinen Zweifel, aber er handelte nach jenen Prinzipien des christlichen

Humanismus, die er in seinen Schriften vertrat. Auch im persönlichen Gespräch habe ich, wenn man sich über die Auffassungen anderer unterhielt, nie eine Schärfe verspürt, die hätte verletzen können. Messner war vorbildlich in seiner Rechtschaffenheit und Güte. Es lag ihm fern, Macht auszuüben, weder in Gesellschaft und Politik, noch in der Kirche. Wie gesagt, er setzte auf die Überzeugungskraft der Argumente und dort, wo sie nicht verstanden wurden oder wo man sie nicht hören wollte, versuchte er, auf immer neuen Wegen für die von ihm vertretenen Einsichten Verständnis zu wecken.

Bei dem gewaltigen Lebenswerk, das Messner hinterließ, könnte man vermuten, daß ihm das Schreiben leicht gefallen wäre. Dies ist nicht der Fall. Zwischen dem ersten Entwurf und dem satzfertigen Manuskript hat er seine Beiträge immer wieder überarbeitet, geändert, verbessert, erweitert. Dabei verfügte er über keine sehr robuste Gesundheit, wohl aber über eine außergewöhnlich starke Willenskraft. Er hat sich selbst einen Lebensstil auferlegt, der ganz auf seinen Schreibtisch zugeschnitten war, an dem er tagaus tagein mit äußerster Konzentration arbeitete. Der Tages- und Wochenablauf war festgelegt. Er hat auch nie »Urlaub« gemacht oder Besuchsreisen unternommen. Er sagte einmal: Das Jahr hat 52 Sonntage, und das ist meine Erholung. Wer Messner in seiner kleinen, etwa 35 qm großen Wohnung im dritten Stock des Caritas-Bildungshauses in der Seegasse in Wien besucht hat, der merkte schnell, wie völlig anspruchslos und asketisch er lebte. Die Wände waren vom Boden bis zur Decke mit Büchern und Zeitschriften vollgestellt. Ein Schreibtisch, ein altes Kanapee, ein kleiner wackliger Tisch mit einem weiteren Stuhl standen im Studier- und Wohnzimmer, dazu ein Radio und ein Tonbandgerät. Lange Jahre hat Messner auch selbst gekocht – höchst einfach. Er empfing nur wenige Besucher, so wie er auch nur höchst selten Vorträge hielt, die sein Studium und seine Forschungsarbeit hätten beeinträchtigen können. Aber er führte eine erstaunlich breite Korrespondenz all die Jahre hindurch, so wie er auch vielen jungen Menschen bei ihrer wissenschaftlichen und beruflichen Arbeit mit Rat und Tat beigestanden ist.

Erholung suchte er jeden Sonntag auf Bergtouren und langen Wanderungen durch die Wälder in der Umgebung Wiens. Noch mit 85 Jahren stieg er auf die über 2000 m hohe »Rax« oder vom Semmering auf den Sonnwendstein, von wo man einen herrlichen Blick hat. Begleitet hat ihn dabei Frau Senta Reichenpfader, eine ehemalige Schülerin, die in den letzten beiden Jahrzehnten neben ihrer beruflichen Tätigkeit an der Schule für ihn gesorgt und an seiner Arbeit teilgenommen hat. Ohne ihre Hilfe und ihre Hingabe hätte Messner seinen eigenen Hausstand und damit auch seine Arbeit nicht bis zuletzt durchhalten können. Wochentags suchte er den notwendigen Ausgleich und vor allem die »frische Luft«, indem er vom Franz-Josef-Bahnhof aus mit

der Vorortbahn ins Kahlenbergdorf fuhr und dabei den Rosenkranz betete, dann einen steil bergan führenden Weg ging und wieder zurückkehrte. Die Eisenbahner kannten ihn, zumal er häufig nur im letzten Augenblick ankam und den Zug gerade noch erreichte. In England hatte er sich bald nach seiner Ankunft das Geld für ein Fahrrad gespart, um damit täglich eine Stunde in die Natur zu kommen und an den Sonntagen die Umgebung kennenzulernen. Freude hatte Messner auch an Kunstgeschichte, Botanik, Musik, Theater und Oper. Mit seinem Bruder Joseph, der ebenfalls Priester und Domkapellmeister in Salzburg war und zahlreiche kirchenmusikalische Werke, Orgel- und Chorwerke sowie zwei Sinfonien schrieb, verband ihn eine enge Freundschaft. Er schrieb auch den Text für »Hadassa«, eine der drei Opern, die sein Bruder komponierte und deren Uraufführung 1925 in Aachen stattfand.

Messner wurden zahlreiche Ehrungen zuteil. 1953 wurde er von Papst Pius XII. zum Päpstlichen Ehrenprälaten ernannt. 1956 verlieh ihm die Theologische Fakultät Wien den Ehrendoktor, 1957 die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät in Freiburg i. Br. Die Ehrendoktorwürde erhielt er auch von den Universitäten Loewen/Belgien (1961), Innsbruck (1971) und Salzburg (1976). An den sechs Festschriften beteiligte sich eine große Zahl von Gelehrten und Wissenschaftlern aus aller Welt, die Johannes Messner ihre Wertschätzung und Verbundenheit zum Ausdruck bringen wollten. 1960 erhielt er das Ehrenzeichen des Landes Tirol, 1961 das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse, 1968 das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst, 1971 den Kardinal-Innitzer-Preis, 1971 die Ehrenbürgerschaft seiner Heimatstadt Schwaz, 1972 den Ehrenring der Stadt Wien, 1980 den Kardinal-Bea-Preis der Internationalen Stiftung Humanum, wobei Bundespräsident Kirchschläger anwesend war und der Wiener Kardinal Franz König die Laudatio hielt. Zu seinem 90. Geburtstag überreichte ihm Frau Bundesminister Hertha Firnberg in seiner Wohnung die höchste österreichische Auszeichnung: das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich. Messner war seit 1961 korr. Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

An öffentlichen Ehrungen war Messner nie etwas gelegen. Aber er freute sich, weil solche Anlässe auch die Gelegenheit boten, seine Vorstellungen und Anliegen bekannt zu machen und stärker in die Öffentlichkeit hineinzutragen.

In den fünf Jahrzehnten, in denen Johannes Messner wissenschaftlich arbeitete – erst in den letzten drei Jahren hatten seine Kräfte nachgelassen –, konnte er nur gelegentlich seelsorglich tätig sein, sei es, daß er im Oratory den Rosenkranz in der Maiandacht vorbetete und bei Sonn-

tagsgottesdiensten aushalf, sei es, daß Menschen seinen geistlichen Rat suchten. Die Quelle freilich, aus der heraus er die notwendige Kraft für seine Mühe schöpfte, war ein ganzes Leben lang sein Priestertum, seine Sendung, den Menschen die Frohe Botschaft Gottes zu verkünden. Er war dankbar dafür, daß neben seiner Wohnung die Hauskapelle war, in der er jeden Tag die hl. Messe darbrachte. Da war nichts, was etwa zur bloßen Form und Übung erstarrt gewesen wäre; wer mit ihm betete, der spürte, wie er existentiell diese Begegnung mit Jesus Christus immer neu vollzog. Das ganze Tagwerk war begleitet vom Gebet. Fast stündlich machte er in der Kapelle eine Besuchung, um sich für sein Arbeiten Kraft zu holen. Es war eine einfache und kernige Religiosität, die er von seinem Elternhaus mitbekommen hatte und die ihm in guten und in schwierigen Zeiten und Stunden Halt und Sicherheit gab. Die Frage nach dem Sinn des Leidens in der Welt suchte er in der Schrift »In der Kelter Gottes« (1943) auszuloten, die später unter dem Titel »Das Wagnis des Christen« (1960) erschien. Messner empfand selber dieses Wagnis des Glaubens und wollte all denen helfen, die in Sorge und Angst leben, die sich schwer tun, in den Wirrnissen der Zeit die Orientierung zu finden.

Als aufmerksamer Beobachter des Zeitgeschehens und vertraut mit den geistigen Strömungen behielt Messner bis ins hohe Alter eine erstaunliche Offenheit für Veränderungen in den Einstellungen und Verhaltensweisen der Menschen und ebenso für die Wandlungen in den gesellschaftlichen Strukturen. Aber an den naturrechtlichen Wertgrundlagen ließ er nicht rütteln, vielmehr suchte er mit neuen Argumenten, die auf die geänderte Situation Bezug nehmen, die Notwendigkeit und Bedeutung dieser vorgegebenen und unveräußerlichen Wertbereiche herauszuarbeiten. Dasselbe gilt für die Veränderungen in Kirche und Theologie. Es wäre Messner nicht eingefallen, zum »Anpasser« an alle möglichen Modeströmungen zu werden, auch nicht zum »Kritiker«, der alles in Frage stellt und nur Unsicherheit verursacht. Aber er verfiel auch nicht in eine Sterilität, die den geschichtlichen Wandel nicht wahrnehmen will und sich in der Wiederholung des Gestrigen erschöpft. Vielmehr machte er sich daran, die bleibenden Wahrheiten des Glaubens und des sittlichen Lebens inmitten des Heute neu zu durchdenken und zu begründen. Dabei war er sich bewußt, wie er anläßlich der Verleihung des theologischen Ehrendoktors in Wien sagte, »wie schwierig es ist, auch nur geringe Schritte vorwärts im Dienste der Wahrheit durch wissenschaftliche Forschung zu tun, aber immer geleitet von der Überzeugung, daß Erkennen und Bekennen der Wahrheit die Grundvoraussetzung für die persönliche Existenzerfüllung des Menschen bilden, die der in seiner Natur selbst angelegten Ordnung entspricht und daher allein Erfüllung in der Vollwirklichkeit seiner Natur sein kann«.

Messner hing zeit seines Lebens an seiner engeren Heimat. Er sprach davon, daß er seiner Geburtsstadt Schwaz viel verdanke, ihren Menschen, ihren wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen, ihrer Landschaft mit der großartigen Bergwelt des Inntals. Noch zu seinen Lebzeiten hat die Stadt Schwaz eine Volksschule und eine Straße nach ihm benannt. Hier wollte er auch an der Pfarrkirche beerdigt werden, in der er als Junge ministrierte, später dann seine Primiz feierte und mit seinem Bruder viele Stunden auf der Orgel spielte. Am 18. Februar 1984 hat eine große Trauergemeinde Johannes Messner zu Grabe getragen.

Anhang

Verzeichnis der wichtigsten Quellen und Literatur

JOHANNES VON GEISSEL

Quellen

Geissels Nachlaß, der noch dem Biographen O. Pfülf vorlag, ist nur zum Teil in das Kölner Erzbistumsarchiv gelangt. Zahlreiche Briefe (besonders seine Korrespondenz mit dem Nuntius Viale-Prelà) befinden sich im Vatikanischen Geheimarchiv (Archive der Münchener und der Wiener Nuntiatur).

Schriften

Schriften und Reden, 4 Bde. Hg. von K. Th. *Dumont*. Köln 1869/76. – Diplomatische Korrespondenz über die Berufung des Bischofs J. v. Geissel ... zum Koadjutor des Erzbischofs ... von Köln, hg. von K. Th. *Dumont*. Freiburg 1881.

Literatur (Auswahl)

F. X. *Remling*, Kardinal v. G. ... im Leben und Wirken. Speyer 1873 (hagiographisch; dazu die scharf kulturkämpferische anonyme Rezension in: Hist. Zeitschr. 31 [1874], S. 136ff.). – L. *Ennen*, J. v. G., in: Allgemeine deutsche Biographie 8 (1878), S. 520ff. – J. A. F. *Baudri*, Die kirchlichen Zustände in Preußen und die Berufung des Herrn v. G. Freiburg 1880. – *Ders.*, Der Erzbischof von Köln, J. Kardinal v. G. und seine Zeit. Köln 1881. – O. *Pfülf* SJ., Kardinal v. G., aus seinem handschriftlichen Nachlaß geschildert, 2 Bde. Freiburg 1895/96. – A. *Beck*, Die Kirchenpolitik des Erzbischofs von Köln, Kardinal v. G. Diss. Gießen 1905. – E. *Hegel*, Zum hundertsten Todestag des Kölner Erzbischofs J. Kard. v. G., in: Pastoralblatt für die Diözesen Aachen, Essen und Köln 16 (1964), S. 272ff. – R. *Lill*, J. v. G., in: Rheinische Lebensbilder 3 (1968), S. 133ff. – N. *Trippen*, J. v. G., in: N. *Trippen*, W. *Mogge (Hg.)*, Ortskirche im Dienst der Weltkirche. Das Erzbistum Köln seit seiner Wiedererrichtung im Jahr 1825. Köln 1976, S. 11ff. – E. *Hegel*, J. v. G., in: Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945, hg. von E. *Gatz*. Berlin 1983, S. 239ff.

BENEDIKT SCHMITTMANN

Quellen

Personalakten: Provinzialarchiv beim Landschaftsverband Rheinland 12.801 sowie Universitätsarchiv Köln Zug. 11/7, 27/54, 70/66; ferner Historisches Archiv der Stadt Köln 902/144; Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Gestapo-Akten 29901. – Für Auskünfte zur Familie danke ich Herrn Stadtarchivdirek-

tor Dr. Hugo Weidenhaupt, Düsseldorf. – Landtagsreden in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Preußischen Landesversammlung, Band 4, 5, 8 und 9.

Schriften (Auswahl)

Bildet bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung die Vereinigung aller Geschäftsteile in einer Hand einen Auflösungsgrund? Jur. Diss. 32 S. Erlangen 1897. – Die Einrichtung zentraler Auskunfts- und Fürsorgestellen zur Bekämpfung der Tuberkulose insbesondere auf dem Lande und ihre praktische Durchführung im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz. Düsseldorf 1909. – Förderung der Wohlfahrtspflege auf dem Lande durch die Invaliden-Versicherung. Bonn 1911. – Die Nutzbarmachung der Reichsversicherungsordnung für das Land, in: Die Praxis der kommunalen und sozialen Verwaltung. Tübingen 1913, S. 187ff. – Aufgabe und Organisation der Landkrankenpflege. Hamm i. W. 1913. – Landwirtschaft und Volkskraft, in: Des deutschen Volkes Wille zum Leben. Freiburg i. Br. 1917, S. 418ff. – Reichswohnversicherung. Kinderrenten durch Ausbau der Sozialversicherung. Stuttgart 1917. – Preußen-Deutschland oder deutsches Deutschland? Bonn 1920. – Führer durch die deutsche Sozialversicherung in ihrer Gestaltung nach dem Kriege. Düsseldorf ^{3}1921. – Wohlfahrtspflege und Volksgemeinschaft, in: Soziale Arbeit im neuen Deutschland. Festschrift zum 70. Geburtstag von Franz Hitze. M. Gladbach 1921, S. 166ff. – Die Sozialversicherung. 4., umgearb. u. erw. Aufl. H. 1. Düsseldorf 1926. – Die Verdrängung des sozialwissenschaftlichen Universitätsstudiums durch das Wirtschaftsdiplom. Düsseldorf 1926. – Grundkräfte zur Neugestaltung Europas. Leipzig 1928. – Das Ringen der deutschen Katholiken um eine neue Sozialordnung, in: Heimat und Volk 4 (1929) Nr. 22 vom 3. Nov. und Nr. 24 vom 1. Dez. – Der entscheidende Punkt der Reichsreform. Wird die preußische Zentrale erhalten und vergrößert – oder erfolgt eine Aufgliederung in echte Selbstverwaltungsgebiete? In: Heimat und Volk 5 (1930) Nr. 25 vom 14. Dez. – Großpreußen oder Deutscher Volksstaat? Köln 1930. – Die Verwirklichung der sozialen Demokratie. Köln 1931. – Das Mittelstandsproblem im Dritten Reich. Ein Nachwort, in: *Korfiol* (Hg.), Mittelstandsprobleme. Köln 1934, S. 113ff. – Wirtschafts- und Sozialordnung als Aufgabe. 2. Aufl. bearb. u. mit e. Nachtrag versehen von *Lotz*. Freiburg i. Br. 1948 (1. Aufl. Stuttgart 1932).

Herausgebertätigkeit

Heimat und Volk (Jg. 1.1926 – Jg. 2.1927, Nr. 18 u.d.T.: Volk und Heimat). Blätter für katholisches und deutsches Volkstum. Jg. 1 (1926) – Jg. 8 (1933, Nr. 7 vom 1. April). – Kölner soziologische Studien (H. 1–4). Köln 1932/34. – Reich und Heimat. Mitteilungen des Reichs- und Heimatbundes deutscher Katholiken. Jg. 1 (1925) – Jg. 3 (1927, Nr. 6). – Schriften der Deutschen Gesellschaft für soziales Recht. H. 1–9. Stuttgart 1917/25. – Schriften der Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten. H. 1–7. Köln 1929/33. – Schriften des Reichs- und Heimatbundes deutscher Katholiken. H. 1–4. Köln 1930/32. – Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege (H. 1–11). Stuttgart 1926/32.

Literatur

A. *Süsterhenn*, B. S., in: Rheinischer Merkur Nr. 28–31 vom 18., 21., 25., 28. Juni 1946. – P. *Honigsheim*, B. S., in: Die Friedenswarte 47 (1947), S. 1ff. – A.

Lotz, B. S. Frankfurt a. M. 1949. – P. *Lenz-Medoc*, S., in: Staatslexikon, Bd. 6. Freiburg ^{6}1961, Sp. 1144ff. – A. *Kuhlmann*, Das Lebenswerk B. Ss. Münster i. W. 1971. – A. *Kuhlmann*, B. S., in: Auf der Suche nach dem Kurs. Zur Erinnerung an die Gründung der CDU im Rheinland vor 25 Jahren, hg. von L. *Schwering*. Köln (1970), S. 121ff. – E. *Kleinertz*, B. S., in: Widerstand und Verfolgung in Köln 1933–1945. Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln 1974, S. 284ff.

ALFRED DELP

Quellen

Die Originale der (meisten) Kassiber, Mitschriften und Entwürfe der Predigten, Manuskripte von Büchern verwahrt das Archiv der Oberdeutschen Provinz der Jesuiten in München. Im Institut für Zeitgeschichte in München: Sammlung Ger van Roon. Protokolle über Verhör und Prozeß vor dem Volksgerichtshof wurden nicht aufgefunden.

Schriften

Tragische Existenz. Zur Philosophie Martin Heideggers. Freiburg 1935. – Der Mensch und die Geschichte. Colmar 1943. – Christ und Gegenwart, 3 Bde., hg. von P. *Bolkovac* SJ. Frankfurt 1949. – Der Mensch vor sich selbst. Colmar 1955. – Zwischen Gott und Welt, hg. von P. *Bolkovac*. Frankfurt 1957. – Gesammelte Schriften, 4 Bde., hg. von R. *Bleistein* SJ. Frankfurt 1982/84.

Literatur

Fr. *von Tattenbach* SJ, Das entscheidende Gespräch, in: Stimmen der Zeit 155 (1954/55), S. 312ff. – M. *Hapig* (Hg.), A. D.: Kämpfer – Berater – Zeuge. Berlin 1954, ^{3}1978. – O. *Simmel*, A. D. SJ (1907–1945), in: *Geiß/Hammelsbeck/Simmel*, Männer des Glaubens im Widerstand. München 1965, S. 47ff. – G. *van Roon*, Neuordnung im Widerstand. München 1967, S. 170ff. – Fr. *von Tattenbach*, Pater A. D. SJ, in: G. *Schwaiger* (Hg.), Bavaria Sancta II. Regensburg 1971, S. 417ff. – J. *Maday*, Leben und Wirken von P. A. D. SJ, in: Kath. Pfarramt Sankt Andreas (Hg.), Sankt Andreas Lampertheim. Lampertheim 1971, S. 143ff. – W. *Dirks*, A. D., in: J. *Schulz* (Hg.), Der 20. Juli – Alternative zu Hitler? Stuttgart 1974, S. 113ff. – P. *Hammerich* (Hg.), Reden und Ansprachen zum Gedenken an Pater A. D. SJ. Lampertheim 1975. – A. *Grillmeier*, A. D. (1907–1945), in: L. *Bertsch*, O. *Semmelroth* (Hg.), Sie lebten den Glauben. Mainz 1976, S. 41ff. – R. *Bleistein*, A. D. – herausgefordert durch die Geschichte, in: Geistliche Profile in unserer Zeit. Karlsruhe 1979, S. 27ff. – R. *Bleistein*, Jesuiten im Kreisauer Kreis, in: Stimmen der Zeit 200 (1982), S. 595ff. – K. H. *Neufeld*, Geschichte und Mensch. A. Delps Idee der Geschichte. Ihr Werden und ihre Grundzüge. Rom 1983. – R. *Bleistein*, A. D. – Glaubenszeugnis im Widerstand, in: Stimmen der Zeit 202 (1984), S. 219ff.

CONRAD GRÖBER

Quellen

Im Erzbischöflichen Ordinariatsarchiv Freiburg befinden sich die Personalakten Gröbers (Bde. 2–4, während Bd. 1 [1930] verschollen ist) sowie der

Nachlaß Gröbers. Daraus ist wesentliches Material veröffentlicht in: Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Bde. 1–3, bearb. von B. *Stasiewski*, Mainz 1968/79, und Bde. 4 und 5, bearb. von L. *Volk*. Mainz 1981/83. Das Ordinariatsarchiv verwahrt auch eine von H. *Auer* angefertigte Bibliographie Gröbers (Geschenk zum Goldenen Priesterjubiläum 1947). Die umfangreiche Rechtfertigungsschrift »Meine Mitarbeit am deutschen Konkordat von 1947« ist gedruckt in: Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933, bearb. von L. *Volk*. Mainz 1969, S. 305ff.

Literatur

A. *Beer*, Erzbischof Dr. C. G. Konstanz 1959. – C. *Bauer*, Erzbischof G. und das Reichskonkordat, in: Alemannisches Jahrbuch 1970. Bühl/Baden 1971, S. 287ff. – E. *Keller*, C. G. 1872–1948. Freiburg 1981, ²1982 (mit Schrifttumsverzeichnis und Bibliographie). – H. *Ott*, C. G. in: Badische Biographien, N. F., Bd. 1. Hg. von B. *Ottnad*. Stuttgart 1982, S. 144ff.

JOHANNES JOSEPH VAN DER VELDEN

Quellen

Ein größerer schriftlicher Nachlaß ist nicht vorhanden. Seine bischöflichen Verlautbarungen sind im »Kirchlichen Anzeiger für das Bistum Aachen« (verzeichnet bei G. *Schoelen*, Bibliographisch-historisches Handbuch des Volksvereins für das katholische Deutschland. Mainz 1982, S. 544f.) und teilweise auch in der »Kirchenzeitung für das Bistum Aachen« abgedruckt.

Schriften

Die pädagogische Bedeutung und didaktische Verwertung des Missionsgedankens, in: Priester und Mission 11 (1927), S. 1ff. – Die Sendung des Volksvereins in der Gegenwart, in: Der Volksverein 39 (1929), S. 73ff. – Die berufsständische Ordnung. Köln 1932. – Weitere Titel verzeichnet bei G. *Schoelen*, Bibliographisch-historisches Handbuch, S. 543f.

Literatur

W. *Böhler*, Dr. J. J. v. d. V. Bischof – mitten im Volk, in: Der katholische Erzieher 7 (1954), S. 225f. – J. *Peters*, Zum Tod des Bischofs v. d. V., in: Die katholischen Missionen 73 (1954), S. 115f. – R. *Jörissen*, J. J. v. d. V. Essen 1962. – H. *Gottwald*, Volksverein für das katholische Deutschland, in: D. *Fricke*, Die bürgerlichen Parteien, Bd. 2. Leipzig 1970, S. 811ff., insbesondere S. 829f. – J. *Hofmann*, Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit, bearb. von R. *Morsey*. Mainz 1977. – L. *Volk* (Hg.), Ausblick auf Trümmern. US-Protokoll über eine Befragung des Bischofs J. J. v. d. V. nach der Einnahme Aachens im Oktober 1944, in: Zs. des Aachener Geschichtsvereins 88/89 (1982), S. 205ff. – Vgl. außerdem die Artikel in der »Kirchenzeitung für das Bistum Aachen« 6. Jg., Nr. 31 vom 5. Aug. 1951, S. 3ff. und 9. Jg., Nr. 22 vom 30. Mai 1954, S. 1ff. – S. ferner G. *Schoelen*, Bibliographisch-historisches Handbuch, S. 546 Nr. 5683–5694.

REINHOLD SCHNEIDER

Schriften

Gesammelte Werke in zehn Bänden. Hg. im Auftrag der Reinhold-Schneider-Gesellschaft von E. M. *Landau*. Frankfurt. 1: Camões. Philipp II. Redaktion und Nachwort von P. A. *Meier. 1977, ²1982.* – *2:* Das Inselreich. Gesetz und Größe der britischen Macht. Nachwort von P. *Berglar*. 1979. – 3: Der große Verzicht. Erzählungen. Drama. Auswahl und Nachwort von E. M. *Landau*. 1978. – 4: Zeugen im Feuer. Erzählungen. Auswahl und Nachwort von R. *Vonessen*. 1979. – 5: Lyrik. Auswahl und Nachwort von Chr. *Perels*. 1981. – 6: Dem lebendigen Geist. Auswahl und Nachwort von C. P. *Thiede*. 1980. – 7: Geschichte und Landschaft. Auswahl und Nachwort von H. D. *Zimmermann*. 1980. – 8: Schwert und Friede. Essays. Auswahl und Nachwort von R. *Meile*. 1977. – 9: Das Unzerstörbare. Religiöse Schriften. Nachwort von P. *Meinhold*. 1978. – 10: Die Zeit in uns. Zwei autobiographische Werke. Verhüllter Tag. Winter in Wien. Redaktion und Nachwort von J. *Rast. 1978.* – Die Bamberger Apokalypse. Mit einem Essay von Reinhold Schneider. Frankfurt 1962. – Das Kreuz in der Zeit. Freiburg ³1967. – Macht und Gnade. Nachwort von P. A. *Meier*. Frankfurt 1977. – Reinhold Schneider. Leben und Werk im Bild. Von E. M. *Landau*, M. *van Look*, L. *Mahnert* und B. *Scherer*. Frankfurt 1977 (mit Bibliographie). – Der Balkon. Nachwort von P. A. *Meier*. Frankfurt 1978. – Das Vaterunser. Freiburg ⁶1978. – Worte aus der Tiefe. Freiburg ³1978. – Lektüre für Minuten. Auswahl und Nachwort von P. A. *Meier*. Frankfurt 1980. – Las Casas vor Karl V. Nachwort von E. M. *Landau*. Frankfurt 1979, ²1983. – Die Hohenzollern. Nachwort von W. *Frühwald*. Frankfurt 1980. – Verhüllter Tag. Nachwort von J. *Rast*. Frankfurt 1980. – Johannes von Tepl, Der Ackermann und der Tod. Mit einem Nachwort von Reinhold Schneider. Frankfurt [81-84]1981. – Die silberne Ampel. Roman. Frankfurt 1981. – Theresia von Spanien. München ²1982. – Winter in Wien. Mit der Grabrede von W. *Bergengruen*. Freiburg [13]1982. – Elisabeth Tarakanow. Erzählungen. Auswahl E. M. *Landau*. Frankfurt 1983. – Der Friede der Welt, hg. von E. M. *Landau*. Frankfurt 1983. – Tagebuch 1930–1935. Redaktion und Nachwort von J. *Rast. Frankfurt 1983.* – Portugal. Ein Reisetagebuch. Nachwort von P. *Berglar*. Frankfurt 1984.

Literatur

R. S., Leben und Werk in Dokumenten, hg. von F. A. *Schmitt* und B. *Scherer*. Karlsruhe ²1973. – P. A. *Meier*, Form und Dissonanz. R. S. als historiographischer Schriftsteller. Bern 1977. – R. *Meils*, Der Friede als Grundmotiv in R. Ss. Werk. Bern 1977. – K. W. *Reddemann*, Der Christ in einer zertrümmerten Welt. R. S. – ein Dichter antwortet der Zeit. Freiburg 1978. – Über R. S., hg. von C. P. *Thiede*. Frankfurt 1980 (Bibliographie). – E. *Blattmann*, R. S. – linguistisch interpretiert. Heidelberg 1980. – Widerruf oder Vollendung. R. Ss. ›Winter in Wien‹ in der Diskussion. Freiburg 1981. – W. *Nigg*, Vergängliches und Unvergängliches: R. S., in: *Ders.*, Heilige und Dichter. Olten 1982. – I. *Zimmermann*, R. S. Weg eines Schriftstellers. Stuttgart 1983. – W. *Kasper*, R. S. – Zeuge christlichen Glaubens in der Sinnkrise der Zeit, in: Internat. kath. Zeitschrift Communio 12 (1983), S. 465ff.

ANDREAS HERMES

Quellen

Der Nachlaß von Andreas Hermes befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine Festschrift zu seinem 70. Geburtstag erschien 1948 in Neuwied, zu seinem 80. Geburtstag 1958 in Neuwied.

Schriften (Auswahl)

J. *Hansen* und A. *Hermes*, Die Rindviehzucht im In- und Auslande. 2 Bde. Leipzig 1905. – Der Teilbau in Frankreich. Jena 1907. – Zahlreiche Artikel in den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (ASt. Landwirtschaftliche Erfahrungen des Auslandes). 1906–1911. – Hg. der Monatszeitschrift »Bulletin des Renseignements Agricoles et des Maladies des Plantes« des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom. 1911–1914. – Unser Kampf gegen Gewalt und Willkür. Rede am 11. März 1923 in Hagen vor dem Reichsausschuß des Zentrums gehalten. Berlin 1923. – Gegenwartsprobleme in den Vereinigten Staaten. Artikelserie in der Kölnischen Volkszeitung, 1924. – The economic consequences of the league. The World Economic Conference. With an introduction by A. *Salter* and articles by A. *Hermes*. London 1927. – *Hermes, Aengstenheiser* und *v. Opeln*, Die internationalen Beziehungen der deutschen Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Weltwirtschaftskonferenz in Genf und des Internationalen Agrarkongresses in Rom. Berlin 1927. – Landwirtschaft und Völkerbund (Referat gehalten auf der Tagung der Internationalen Landwirtschaftskommission in Wien, 23. – 26. Mai 1928. Berichte über Landwirtschaft, N. F. 8). 1928, S. 1ff., 140ff. – Um die Rettung der deutschen Landwirtschaft. Berlin 1929.

Literatur (Auswahl)

F. *Reichardt*, A. H. Neuwied 1953. – P. *Hermes*, Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945. Saarbrücken 1963. – *Ders.*, Ein Versuch mit den Sowjets. Berlin im Mai 1945. In: Die politische Meinung 105 (1965), S. 63ff. – F. *Reichard*, A. H. In: Christliche Demokraten der ersten Stunde, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bonn 1966, S. 151ff. – W. *Treue*, A. H. (1878–1964), in: Große Landwirte, hg. von G. *Franz* und H. *Haushofer*. Frankfurt 1970, S. 379ff. – H. *Barmeyer*, A. H. und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928–1933. Stuttgart 1971. – A. *Hermes*, Und setzet ihr das Leben nicht ein. A. H. – Leben und Wirken. Stuttgart 1971. – Deutscher Bauernverband e. V. und Deutscher Raiffeisenverband e. V. (Hg.): Andreas Hermes. Gedenkfeier zum 100. Geburtstag 14. Juli 1978. Bonn 1978. – A. *John*, A. H. und der Deutsche Bauernverband. Hennef 1978. – P. *Hermes*, Sozialismus oder Volkspartei. A. H. und die Gründung der CDU in Berlin 1945, in: Die politische Meinung 193 (1980), S. 69ff. – J. B. *Gradl*, Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland. Köln 1981. – G. *Buchstab*, A. H., in: Die Gründung der Union, hg. von G. *Buchstab* und K. *Gotto*. München 1981, S. 103ff.

HERMANN-JOSEPH SCHMITT

Quellen

Ein – nicht sehr umfangreicher – Nachlaß befindet sich im Archiv der Kommission für Zeitgeschichte, Bonn. Die Verbandszentrale der westdeutschen KAB bewahrt im Ketteler-Haus in Köln ihre Akten aus der Nachkriegszeit auf, die Vorkriegsakten sind ebenfalls in der Kommission für Zeitgeschichte zu finden. Beide Bestände enthalten für Schmitt relevante Unterlagen. Hinzuweisen ist ferner auf einzelne Unterlagen in Diözesanarchiven.

Schriften

Hermann-Joseph Schmitt hat eine größere Zahl von Aufsätzen veröffentlicht, vor allem in den Zeitschriften ›Westdeutsche Arbeiter-Zeitung‹, ›Deutsche Arbeit‹, ›Soziale Revue‹, ›Deutsche Rundschau‹, ›Ketteler-Wacht‹, ›Priester und Arbeiter‹, ›Politisch-Soziale Korrespondenz‹, ›Die Neue Ordnung‹.

Literatur

H. *Berger,* Vorkämpfer der katholisch-sozialen Bewegung. Zum Tode von Prälat Dr. H. J. Sch., in: Politisch-soziale Korrespondenz 9 (1964), 1. Mai. – L. *Schwering,* H. J. Sch. †, in: Echo der Zeit vom 3. Mai 1964. – J. *Aretz,* Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. Der Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands 1933–1945. Mainz 1978.

PAUL JOSTOCK

Schriften (Auswahl)

Die Zukunft des Kapitalismus in der sozialwissenschaftlichen Literatur. Diss. Freiburg 1927. – Der Ausgang des Kapitalismus: Ideengeschichte seiner Überwindung. München, Leipzig 1928. – Die Steuerkraft der Finanzamtsbezirke im Deutschen Reich (Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 7). Berlin 1929. – Wirtschaftskrise, in: Hochland 29/I (1931/32), S. 97ff. – Der deutsche Katholizismus und die Überwindung des Kapitalismus. Eine ideengeschichtliche Skizze. Regensburg 1932. – Das deutsche Volkseinkommen vor und nach dem Kriege (Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 24. Oberleitung P. Jostock). Berlin 1932. – Probleme des regionalen Vergleichs in der Steuer- und Finanzstatistik, in: Finanzarchiv NF 6 (1939), S. 441ff. – Die Berechnung des Volkseinkommens und ihr Erkenntniswert (Schriften der Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft, Bd. 7). Stuttgart, Berlin 1941. – Über den Umfang des der Besteuerung entgehenden Einkommens, in: Weltwirtschaftliches Archiv 57 (1943), S. 27ff. – Grundzüge der Soziallehre und der Sozialreform. Freiburg 1946. – Das Proletariat. Karlsruhe 1946. – Die Sozialen Rundschreiben (Kommentar in Fußnoten zu den beiden Enzykliken Rerum novarum und Quadragesimo anno). Freiburg 1948, ^{3}1960. – Die Soziale Frage in Deutschland und der Katholizismus, in: Katholisches Jahrbuch 1948/49. Heidelberg 1949, S. 59ff. – Von den ersten Volkseinkommensberechnungen bis zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: Allgemeines Statistisches Archiv 36 (1952), S.

130ff. – The Long-term Growth of National Income in Germany, in: Income and Wealth, hg. International Association for Research in Income and Wealth, Series V. London 1955. – Wachsender Volkswohlstand, Veränderte Einkommensverhältnisse, Soziale Umschichtung, hg. von der Akademie der Diözese Rottenburg 1956. – Aufbringung und Verteilung der öffentlichen Sozialleistungen, in: Jahrbuch für Caritaswissenschaft und Caritasarbeit (1957), S. 35ff. – Die katholisch-soziale Bewegung der letzten 100 Jahre in Deutschland. Köln 1959. – Gibt es noch ein Arbeiterproletariat? in: Stimmen der Zeit 166 (1960), S. 161ff. (von verschiedenen Blättern nachgedruckt und Grundlage einer Sendereihe des Bayerischen Rundfunks). – Konzentration der Einkommen und Vermögen (zusammen mit A. *Ander*), in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Bd. 1, hg. von H. *Arndt*. Berlin 1960, S. 179ff. – Deutschland, in: Katholische Arbeiterbewegung in Westeuropa, hg. von S. H. *Scholl*. Bonn 1966, S. 93ff.

Literatur (Auswahl)

Kulturpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1965 (für Eduard Heimann und Paul Jostock), in: Mitteilungsblatt für die gewerkschaftliche Kultur- und Bildungsarbeit Nr. 3 (1965), S. 1ff. – Nachrufe: Statistische Monatshefte Baden-Württemberg 13 (1965), H. 5, S. 1. – G. *Fürst*, in: Allgemeines Statistisches Archiv 49 (1965), S. 222f. – F. *Klüber*, in: Die Neue Ordnung 19 (1965), S. 217. – O. v. *Nell-Breuning*, in: Ketteler-Wacht 59 (1965), Nr. 10. – *Ders.*, in: Der christliche Sonntag 17 (1965) Nr. 19, S. 150 und Ordo socialis 13 (1965), S. 151ff. – »Sozialapostel«, in: Echo der Zeit 14 (1965), Nr. 30. – O. *von Nell-Breuning*, P. J., in: Gestalter der Welt, hg. von W. *Sandfuchs*. Würzburg 1971, S. 224ff. – J. *Wichmann*, Dr. P. J. – Erinnerungen an den Ehrenbürger von Köwerich, in: Kreis Trier-Saarburg 1976. Ein Jahrbuch zur Information und Unterhaltung, hg. von der Kreisverwaltung Trier-Saarburg. Trier 1976, S. 214ff.

FRITZ SCHÄFFER

Quellen

Der Nachlaß Schäffer befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz und zum Teil im Besitz der drei Töchter Dr. Gerda Bracker, Lily Schuster und Fridrun Kunkel. Im Bundesarchiv sind außerdem die Bestände des Bundeskanzleramts 1949–1961 sowie der Bundesministerien der Finanzen 1949–1957 und der Justiz 1957–1961 relevant, im Bayerischen Hauptstaatsarchiv die Bestände der Ministerien des Äußern 1920–33 und der Finanzen 1930–33 sowie der Staatskanzlei 1945, im Archiv der CSU-Landesleitung Bestände für die Jahre 1945–1967. An gedruckten Quellen sind zu nennen: Ministerialblatt des Bundesministeriums der Finanzen 1949–1957, Ministerialblatt des Bundesministeriums der Justiz 1957–1961, Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern 1931–1933, die Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1920–1933, des Deutschen Bundestags und des Deutschen Bundesrats 1949–1961.

Schriften (Auswahl)

Der Föderalismus in Deutschland. Die Lage Ende Dezember 1927 vor Beginn der »Länderkonferenz« in Berlin. München 1928. – Die Aushöhlungs- und

Aushungerungspolitik des Reiches gegenüber den Ländern. München 1929. – Die Bayerische Volkspartei (BVP), in: Politische Studien 14, H. 147 (1963), S. 45ff. – Die Zeit der ersten Ministerpräsidentschaft in Bayern nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945, in: Die bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit, bearb. v. K. *Hnilicka*, H. 1. München 1963. – Lebenserinnerungen (maschinenschriftlich im Nachlaß, umfassen die Jahre 1918–1945).

Literatur

F. S. zum 70. Geburtstag am 12. Mai 1958, o. J. (mit Einführung von E. *Roth*, 55 Beiträgen und 8 Abb.). – W. *Hoegner*, Der schwierige Außenseiter. München 1959. – K. *Nützel*, Interview mit F. S., in: Münchner Merkur vom 10. Mai 1963. – F. *Baer*, Die Ministerpräsidenten Bayerns 1945–1962. München 1971, S. 1ff. – F. *Menges*, Reichsreform und Finanzpolitik. Die Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit Bayerns auf finanzpolitischem Weg in der Zeit der Weimarer Republik. Berlin 1971. – *Ders.*, Hans Schmelzle. München 1972. – J. *Müller*, Bis zur letzten Konsequenz. München 1975. – F. *Wiesemann*, Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933. Berlin 1975. – A. *Mintzel*, Geschichte der CSU. Opladen 1977. – H. *Booms* (Hg.), Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 1: 1949. Boppard 1982. – H. *Mehringer*, K. *Schönhoven* und A. *Grossmann*, Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 5, hg. von M. *Broszat* und H. *Mehringer*. München 1983. – P. J. *Kock*, Bayerns Weg in die Bundesrepublik. Stuttgart 1983.

HEINRICH LÜBKE

Quellen

Der private Nachlaß Lübke für die Nachkriegszeit (bis 1949 hin nur dürftig) befindet sich im Bundesarchiv Koblenz, das auch die amtlichen Unterlagen aus seiner Tätigkeit als Bundesminister (1953–1959) und Bundespräsident (1959–1969) verwahrt. Die Akten aus seiner Zeit als Minister für Ernährung und Landwirtschaft von Nordrhein-Westfalen (1947–1952) befinden sich im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, die als Generalanwalt des Raiffeisenverbands (1953) in dessen Archiv in Bonn. Reden Lübkes als Abgeordneter des Landtags von Nordrhein-Westfalen (1946–1954) sowie als Landwirtschaftsminister in Düsseldorf, als Abgeordneter des Deutschen Bundestags (1949/50, 1953–1959) sowie als Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft sind gedruckt in den Stenographischen Berichten der Verhandlungen des Landtags von Nordrhein-Westfalen bzw. in denen des Deutschen Bundestags, öffentliche Äußerungen seit 1953 im »Bulletin des Bundespresse- und Informationsamtes der Bundesregierung«. Reden: H. *Lübke*, Aufgabe und Verpflichtung. Auszüge aus den Reden des Bundespräsidenten. Frankfurt, Bonn 1965. – Reden der deutschen Bundespräsidenten Heuss, Lübke, Heinemann, Scheel. Ausgewählt von H. *Sprenger*, eingel. von D. *Sternberger*. München 1979, S. 93ff.

Schriften

Grundlagen einer neuen Siedlungspolitik. Untersuchungen über landwirtschaftliche Ertragssteigerung und Bevölkerungsverdichtung besonders in

Westfalen (Politik aus christlicher Verantwortung, 8. H.). Recklinghausen 1946. – Bodenreform, Siedlung, Erzeugungssteigerung (Schriftenreihe für Innere Kolonisation, H. 3). Lüneburg 1948. – Die Aufgaben der inneren Kolonisation, in: Zeitschrift für das gesamte Siedlungswesen 1 (1952), S. 33ff. – Betrachtungen zur Agrarpolitik, in: Festschrift für A. Hermes zum 80. Geburtstag. Neuwied 1958, S. 281ff. – Würdigung von Th. Heuss, in: Abschied von Theodor Heuss. Tübingen 1964, S. 9ff. – Kampf dem Hunger in der Welt, in: Freiheit und Ordnung. Festschrift zum 70. Geburtstag von Th. Sonnemann. Bonn 1970, S. 36ff.

Literatur

E. *Topf*, Die Grüne Front. Berlin 1933. – H. *Eiche*, H. L., der zweite Präsident der Bundesrepublik Deutschland. Bonn o. J. ([3]1960). – W. *Henkels*, H. L., in: 99 Bonner Köpfe. Düsseldorf 1963, S. 9ff. – J. *Hermanns*, H. L. (Persönlichkeiten der Gegenwart, H. 1). Freudenstadt 1966. – Bundesinnenminister Paul Lücke zu der kommunistischen Verleumdungskampagne gegen den Bundespräsidenten, in: Innere Sicherheit, Informationen zu Fragen des Staatsschutzes (Köln) Nr. 11 vom 28. Okt. 1966. – Aufstieg und Fall des H. L., hg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Berlin-Ost) 1969. – E. *Gassner*, In memoriam H. L. Bonn 1973. – Th. *Sonnemann*, Gestalten und Gedanken. Stuttgart 1975. – H. G. *Quarta*, H. L. Zeugnisse eines Lebens. Buxheim/Allgäu 1978. – A. *Schiffner*, H. L., in: Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 2, hg. von W. L. *Bernecker* / V. *Dotterweich*. Göttingen 1982, S. 49ff. – R. *Morsey*, H. L., in: Städte nach zwei Weltkriegen, hg. von W. *Först*. Köln 1984, S. 143ff. (Lit).

THEODOR BLANK

Quellen

Der Nachlaß Blank befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin bei Bonn; er enthält neben persönlichen Papieren eine Sammlung seiner Reden, Interviews und Artikel. Seine parlamentarischen Reden sind gedruckt in den Stenographischen Berichten des Deutschen Bundestags ab 1949 (beginnend mit der Aussprache über die erste Regierungserklärung Adenauers am 23. 9. 1949). Grundsatzreferate hat Blank auf den Bundesparteitagen der CDU in Karlsruhe 1960, Köln 1961, Dortmund 1962 und Düsseldorf 1965 gehalten; sie sind in den Berichtsbänden über diese Parteitage veröffentlicht.

Schriften (Auswahl)

Aufgabe und Verantwortung. Eine Auswahl von Reden des Bundesministers für Verteidigung (Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, Schriftenreihe zur Wehrpolitik, H. 1). Bad Godesberg 1956. – Sozialer Rechtsstaat – Grundlage eines ungeteilten Deutschland (8. Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse in Frankfurt a. M.). Bonn 1957. – Sozialpolitik im Wohlstand. Stilwandel der Gemeinschaftshilfe, in: Die Politische Meinung 4 (1959), H. 38, S. 20ff. – Die Freiheit im Wohlfahrtsstaat, in: Die Sozialpolitik und die Freiheit des Menschen. Wirtschaftswachstum und sozialer Fortschritt (Schrif-

ten der Gesellschaft für Sozialer Fortschritt, Bd. 9). Berlin 1959, S. 41ff. – Sozialpolitik aus christlicher Verantwortung, in: Zeitschrift für Sozialreform 6 (1960), S. 231ff. – Eigentum und Tüchtigkeit. Pfeiler der sozialen Ordnung, in: Politisches Jahrbuch der CDU/CSU 5 (1961), S. 116ff. – Vermögensbildung und Lohnpolitik. Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen, durch gesetzliche Förderung vorgeschlagen, in: Zeitschrift für Sozialreform 8 (1962), S. 750ff. – Sozialpolitik in Freiheit und Verantwortung, in: Politisches Jahrbuch der CDU/CSU 6 (1963/64), S. 75ff. – Gesunde Wirtschaft – soziale Ordnung, in: Ebd. 7 (1965), S. 128ff. – Die wissenschaftliche Beratung des Gesetzgebers, in: Wissenschaft, Ethos, Politik. Im Dienste gesellschaftlicher Ordnung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Joseph Höffner, 24. Dezember 1966 (Jahrbuch des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften, Bd. 7/8). Münster 1966, S. 39ff. – Vom Ahlener Programm zu den Düsseldorfer Leitsätzen. Zur Dogmengeschichte der CDU, in: A. *Müller-Armack* und H. B. *Schmidt* (Hg.), Wirtschafts- und Finanzpolitik im Zeichen sozialer Marktwirtschaft. Stuttgart 1967, S. 31ff.

Literatur (Auswahl)

Sozialpolitik mit Th. B., in: Sozialer Fortschritt 6 (1957), S. 265ff. – Th. B. (CDU) – Blank: Minister Spiegelei, in: »Der Spiegel« Nr. 13 vom 23. 3. 1960. – Bundesminister a. D. Th. B. gestorben, in: Bundesarbeitsblatt 23 (1972), S. 369f. – B. *Winkelheide*, Th. B. zum Gedenken: Abschied von einem katholischen Arbeiterführer, in: Kirche und Leben (Münster) Jg. 22 vom 28. 5. 1972, S. 10. – Würdigung Th. B.s im Deutschen Bundestag. Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr. 73 vom 19. 5. 1972. – Th. *von Dellingshausen*, Th. B., in: Information für die Truppe 1978 (H. 2), S. 88ff. – Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungamt. Bd. 1: Von der Kapitulation bis zum Pleven-Plan. München, Wien 1982.

ADOLF SÜSTERHENN

Quellen

Der Nachlaß Süsterhenn befindet sich im Landeshauptarchiv Koblenz. Allgemein zugänglich ist jedoch nur der umfangreiche publizistische Teil (Aufsätze, Artikel, Reden, Gutachten, z. T. mit dazugehöriger Materialsammlung, Korrespondenz, betr. Druck u. ä.). Am wichtigsten sind Süsterhenns zahlreiche Artikel im »Rheinischen Merkur«, besonders die zwischen 1946 und 1949 erschienenen; seine Reden und Äußerungen in der »Gemischten Kommission« (Verfassungsausschuß) und in der »Beratenden Landesversammlung« von Rheinland-Pfalz sowie im Plenum und im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates: Die Entstehung der Verfassung für Rheinland-Pfalz. Eine Dokumentation, bearb. von H. *Klaas*. Boppard 1978. – Parlamentarischer Rat. Stenographische Berichte und Plenarsitzungen. Bonn 1948/49. – Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Bd. 1: Vorgeschichte, bearb. von J. V. *Wagner*. Boppard a. Rh. 1975. – Bd. 2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, bearb. von P. *Bucher*. Boppard a. Rh. 1981. – Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat, bearb. von R. *Salzmann*. Stuttgart 1981.

Schriften (Auswahl)

Zusammen mit V. *Rüfner*, Wir Christen und die Erneuerung des staatlichen Lebens. Mit Quellentexten zur Naturrechtslehre und Staatsauffassung. Bamberg 1948. – Die naturrechtlichen Grundlagen der internationalen Zusammenarbeit, in: Europäische Zukunft (1949), H. 2, S. 49ff. – (Zusammen mit H. *Schäfer*) Kommentar der Verfassung für Rheinland-Pfalz mit Berücksichtigung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Koblenz 1950. – Der Durchbruch des Naturrechts in der deutschen Verfassungsgesetzgebung nach 1945, in: Gegenwartsprobleme des Rechts. Beiträge zum Staats-, Völker- und Kirchenrecht sowie zur Rechtsphilosophie. Bd. 1. Paderborn 1950, S. 43ff. – Das Subsidiaritätsprinzip als Grundlage der vertikalen Gewaltenteilung, in: Vom Bonner Grundgesetz zur gesamtdeutschen Verfassung. Festschrift zum 75. Geburtstag von H. Nawiasky, hg. von Th. *Maunz*. München 1956, S. 141ff. – Politik aus christlicher Staatsauffassung, in: Christentum und demokratischer Sozialismus, hg. von K. *Forster*. München 1958, S. 67ff. – Die geistigen Grundlagen der NATO. Bonn 1960. – Der geistesgeschichtliche Standort der CDU. In: Weltanschauung und Politik, hg. von H. *Seidel*. München ²1961, S. 27ff. – Der supranationale Schutz der Menschenrechte in Europa. Frankfurt 1962. – Unternehmensfreiheit und Mißbrauchsaufsicht. Berlin 1965.

Literatur (Auswahl)

R. *Ley*, Föderalismusdiskussion innerhalb der CDU/CSU von der Parteigründung bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes. Mainz 1978. – W. *Baumgart*, Voraussetzungen und Wesen der rheinland-pfälzischen Verfassung, in: Die Entstehung der Verfassung für Rheinland-Pfalz (vgl. oben unter Quellen), S. 1ff. – B. *van Schewick*, Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950. Mainz 1980.

PETER ALTMEIER

Quellen

Der Nachlaß Altmeier befindet sich im Landeshauptarchiv Koblenz, das ebenfalls die Akten aus seiner Tätigkeit als Regierungspräsident (1946/47) und Ministerpräsident (1947–1969) sowie Wirtschafts- und Verkehrsminister (1948–1967) aufbewahrt. Altmeiers Reden im Landtag sind gedruckt in den Stenographischen Berichten der Beratenden Landesversammlung (1946/47) und der Verhandlungen des Landtags von Rheinland-Pfalz 1947ff. Eine Auswahl: P. *Altmeier*, Reden 1946–1951, ausgewählt und hg. von K. M. *Graß* und F.-J. *Heyen*. Boppard a. Rh. 1979.

Literatur

H. G. *Wieck*, Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46. Düsseldorf 1958. – P. *Kaps*, Die Presse ist an allem schuld. Neustadt/W. 1974. – F. *Hirschner*, P. A. und das Werden von Rheinland-Pfalz. Neuwied ²1975. – Der Parlamentarische Rat. Bd. 1: Vorgeschichte, bearb. von J. V. *Wagner*. Boppard a. Rh. 1975. – W. *Hück*, Abschied von einer Epoche. Erinnerungen an P. A., in: Die Rheinpfalz vom 3.

September 1977. – P. A. 1899–1977. Trauer-Ansprachen beim Staatsakt zu Koblenz am 31. 8. 1977 und Nachrufe, hg. von der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz. Mainz 1977. – H. *Kohl*, P. A., in: Personen und Wirkungen. Biographische Essays. Mainz 1979, S. 359ff. – W. *Götz*, Entstehung und politische Entwicklung, in: Rheinland-Pfalz heute und morgen. Mainz (1981), S. 29ff. – H. *Mathy*, Bundesland Rheinland-Pfalz, in: Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, hg. von F.-J. *Heyen*. Freiburg, Würzburg 1981, S. 131ff. – F.-J. *Heyen*, P. A., in: Rheinische Lebensbilder, Bd. 9, hg. von W. *Janssen*. Köln 1982, S. 283ff. – K. *Weitzel*, Von der CSVP zur CDU. Die Gründung der CDU in Rheinhessen 1945–1947. Frankfurt 1982.

ELISABETH ZILLKEN

Quellen

Quellen über Elisabeth Zillken befinden sich vor allem im Archiv der Zentrale des Sozialdienstes katholischer Frauen, Dortmund. Von besonderer Bedeutung für die Biographie Elisabeth Zillkens sind zwei Niederschriften nach ihrem Diktat über ihren Lebenslauf und die Niederschrift eines Fernseh-Interviews anläßlich der Verleihung des Heinrich-Brauns-Preises im Januar 1980. Briefe und Niederschriften befinden sich auch im Zentralarchiv des Deutschen Caritas-Verbandes, Freiburg, und in zahlreichen Diözesanarchiven.

Schriften

Die meisten ihrer Aufsätze veröffentlichte Elisabeth Zillken in dem von ihr herausgegebenen »Korrespondenzblatt« des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder. In den offiziellen Katholikentagsberichten werden ihre Referate verkürzt oder nur in Thesenform wiedergegeben. Bedeutsam sind ihre Schriften: Das lebendige Jugendamt, Sonderdruck aus Soziale Welt, Jg. 1, Heft 4 (Juli 1950). – Des Herrn ist die Erde, o. O. und Jg. (1958).

Literatur

Sozialdienst katholischer Frauen, Zentrale Dortmund (Hg.): Elisabeth Zillken 1888–1980. Dortmund 1980. – M. V. *Hopmann* und H. *Neuhaus*, Agnes Neuhaus – Leben und Werk. Salzkotten ^{2}1977.

KARL FORSTER

Quellen

Der Nachlaß befindet sich bei Frau Maria Forster in München. Darüber hinaus sind die Archive der Katholischen Akademie in Bayern (München) und im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Bonn) von Bedeutung.

Schriften

Die Verteidigung der Lehre des heiligen Thomas von der Gottesschau durch Johannes Capreolus. München 1955. – Herausgebertätigkeit: Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern; insgesamt 38 Hefte, 1958 –

1967 (zunächst München, dann Würzburg). – M. *Schmaus* / K. *Forster*, Der Kult und der heutige Mensch. München 1961. – H. *Kuhn* / H. *Kahlefeld* / K. *Forster* (Hg.), Interpretation der Welt. Festschrift für Romano Guardini. Würzburg 1965. – Befragte Katholiken – Zur Zukunft von Glaube und Kirche. Kommentarband zum Forschungsbericht »Zwischen Kirche und Gesellschaft«. Freiburg 1973. – Priester zwischen Anpassung und Unterscheidung. Kommentarband zum Forschungsbericht »Priester in Deutschland«. Freiburg 1974. – Vergebung, Versöhnung, Friede. Theologie interdisziplinär. Bd. 2. Donauwörth 1976. – Religiös ohne Kirche? Mainz ²1978. – Möglichkeiten einer Bußordnung für wiederverheiratete Geschiedene. Erwägungen zur Neuinterpretation eines pastoralen Weges für eine Zulassung zu den Sakramenten. In: Herder Korrespondenz 34 (1980), S. 462ff. – K. *Forster* / G. *Schmidtchen*, Glaube und Dritte Welt. Ergebnisse einer Repräsentativumfrage über weltkirchliche Aufgaben und die Motive deutscher Katholiken. München, Mainz 1982. – Glaube und Kirche im Dialog mit der Welt von heute. 2 Bände. Würzburg 1982 (mit Bibliographie). – Kirche in der Demokratie. Zur neueren Entwicklung des Verhältnisses von Kirche, Gesellschaft und Staat in Deutschland. In: D. *Oberndörfer* / K. *Schmitt* (Hg.), Kirche und Demokratie. Paderborn 1983, S. 13ff. – Das Wort verkünden. Würzburg 1984.

Literatur

H. *Hürten*, Abschied von der Aufklärung? Zeitkritisches im Werk von Karl Forster, in: Internationale katholische Zeitschrift 12 (1983), S. 583ff.

JOHANNES MESSNER

Quellen

Der Nachlaß befindet sich bei Frau Dr. Senta Reichenpfader in Wien. Dazu auch: S. *Reichenpfader*, Notizen über J. M. (unveröffentlicht).

Schriften (Auswahl)

Sozialökonomik und Sozialethik. Studie zur Grundlegung einer systematischen Wirtschaftsethik. Paderborn 1927, ²1929. – Die soziale Frage der Gegenwart. Eine Einführung. Innsbruck–Wien–München 1934; 7. neubearbeitete und erweiterte Auflage unter dem Titel: Die soziale Frage im Blickfeld der Irrwege von gestern, der Sozialkämpfe von heute, der Weltentscheidungen von morgen. 1964 (Spanische Ausgabe: Madrid 1960). – Dollfuß. Innsbruck–Wien–München 1935 (Englische Ausgabe: London 1935). Die berufständische Ordnung. Innsbruck–Wien–München 1936, ²1937. – In der Kelter Gottes. Innsbruck–Wien–München 1948 (Englische Ausgabe zuerst: London 1943); 2. erweiterte Auflage 1960 unter dem Titel: Das Wagnis des Christen. – Das Naturrecht – Handbuch der Gesellschaftsethik, Staatsethik und Wirtschaftsethik. Innsbruck–Wien–München 1950 (erschien zuerst in Englisch unter dem Titel: Social Ethics – Natural Law in the Modern World. St. Louis (USA)–London 1949; 3. unveränderte Auflage; Italienische, Japanische, Spanische Ausgabe); 5. neubearbeitete, erweiterte Auflage 1966. – Kulturethik – mit Grundlegung durch Prinzipienethik und Persönlichkeitsethik. Innsbruck–Wien–München 1954. – Das englische Experiment des

Sozialismus – auf Grund ökonomischer Tatsachen und sozialistischer Selbstzeugnisse dargestellt. Innsbruck–Wien–München 1954 (Japanische Ausgabe: Tokyo 1961). – Das Gemeinwohl. Idee, Wirklichkeit, Aufgaben. Osnabrück 1962; ²1968 (erschien zuerst in Spanisch unter dem Titel: El Bien Común. Fin y tarea de la Sociedad. Madrid 1959). – Ethik – Kompendium der Gesamtethik. Innsbruck–Wien–München 1955. – Der Funktionär – seine Schlüsselstellung in der heutigen Gesellschaft. Innsbruck–Wien–München 1961. – Kurz gefaßte christliche Soziallehre (auf Japanisch): Tokyo 1983.

Herausgeberschaft

(Zus. mit Ae. *Schoepfer*) Das Neue Reich (Wochenschrift). Innsbruck, Wien, München 1925–1933. – (Zus. mit J. *Strieder*) Die soziale Frage und der Katholizismus. Festschrift zum 40jährigen Jubiläum der Enzyklika Rerum Novarum. Paderborn 1931. – (Hg. und Hauptschriftleiter) Monatsschrift für Kultur und Politik. Wien 1936 – März 1983. – (Zus. mit E. *Lagler*) Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Ordnung. Festschrift für F. Degenfeld-Schonburg. Wien 1952.

Bibliographie

Vollständiges Verzeichnis, auch der über 230 Artikel in Lexika, Zeitschriften und Sammelwerken: Naturordnung in Gesellschaft, Staat, Wirtschaft. Festschrift zur Vollendung des 70. Lebensjahres von J. M. Hg. J. *Höffner*, A. *Verdross*, F. *Vito*. Innsbruck, Wien, München 1951, S. 691 ff. – (Hg.) A. *Klose*, R. *Weiler*, Menschen im Entscheidungsprozeß (Reihe Sozialethik und Gesellschaftspolitik), zugleich Festgabe für J. M. zum 80. Geburtstag. Wien, Freiburg, Basel 1971, S. 397 ff. – Ordnung im sozialen Wandel. Festschrift für J. M. zum 85. Geburtstag. Hg. A. *Klose*, H. *Schambeck*, R. *Weiler*, V. *Zsifkovits*. Berlin 1976, S. 607 ff.

Literatur

A. *Klose*, J. M. – eine biographische Notiz; zus. mit zahlreichen anderen Beiträgen in den genannten Festschriften. – Internationale Stiftung Humanum. Augustin-Bea-Preis 1980. Der Sozialethiker und Rechtsphilosoph J. M. Leben und Werk. Scientia Humana Institut Bonn 1980.

Verzeichnis der in den Bänden 1–6 behandelten Persönlichkeiten

	Autor	Band/Seite
1. Adenauer, Konrad (1876–1967)	Rudolf Morsey	2/186–201
2. Albers, Johannes (1890–1963)	Herbert Hömig	5/205–222
3. Altmeier, Peter (1899–1977)	Rudolf Morsey	6/200–213
4. Arnold, Karl (1901–1958)	Walter Först	2/125–142
5. Baader, Franz von (1765–1841)	Franz-Josef Stegmann	3/11–25
6. Bachem, Julius (1845–1918)	Hugo Stehkämper	1/29–42
7. Bertram, Adolf Kardinal (1859–1945)	Ludwig Volk	1/274–286
8. Blank, Theodor (1905–1972)	Hans-Otto Kleinmann	6/171–188
9. Böhler, Wilhelm (1891–1958)	Burkhard van Schewick	4/197–207
10. Bolz, Eugen (1881–1945)	Rudolf Morsey	5/88–103
11. Brandts, Franz (1834–1914)	Wolfgang Löhr	3/91–105
12. Brauns, Heinrich (1868–1939)	Hubert Mockenhaupt	1/148–159
13. Brentano, Heinrich von (1904–1964)	Klaus Gotto	4/225–239
14. Briefs, Goetz A. (1889–1974)	Wilhelm Weber	3/235–246
15. Brüning, Heinrich (1885–1970)	Rudolf Morsey	1/251–262
16. Buß, Franz Joseph Ritter von (1803–1878)	Josef Oelinger	5/9–24
17. Cathrein, Viktor (1845–1931)	Anton Rauscher	4/103–113
18. Delp, Alfred SJ (1907–1945)	Roman Bleistein	6/50–63
19. Dessauer, Friedrich (1881–1963)	Heinz Blankenberg	5/190–204
20. Döllinger, Ignaz (1799–1890)	Oskar Köhler	4/37–50
21. Döpfner, Julius Kardinal (1913–1976)	Karl Forster	3/260–279
22. Dransfeld, Hedwig (1871–1925)	Walter Ferber	1/129–136
23. Ehard, Hans (1887–1980)	Dieter Albrecht	5/266–280
24. Elfes, Wilhelm (1884–1969)	Wolfgang Löhr	5/239–252
25. Erzberger, Matthias (1875–1921)	Rudolf Morsey	1/103–112
26. Faulhaber, Michael Kardinal von (1869–1952)	Ludwig Volk	2/101–113
27. Fehrenbach, Konstantin (1852–1926)	Josef Becker	1/137–147
28. Fey, Clara (1815–1894)	Robert O. Claeßen	4/51–63
29. Forster, Karl (1928–1981)	Anton Rauscher	6/231–249
30. Galen, Clemens August Kardinal von (1878–1946)	Rudolf Morsey	2/37–47
31. Geissel, Johannes Kardinal von (1796–1864)	Rudolf Lill	6/9–28
32. Gerhardinger, Karolina (1797–1879)	Maria Liobgid Ziegler	5/25–40
33. Globke, Hans (1898–1973)	Ulrich von Hehl	3/247–259
34. Gnauck-Kühne, Elisabeth (1850–1917)	Günter Baadte	3/106–122
35. Gockeln, Josef (1900–1958)	Walter Först	5/161–175
36. Görres, Joseph (1776–1848)	Rudolf Morsey	3/26–35
37. Gröber, Conrad (1872–1948)	Hugo Ott	6/64–75
38. Groß, Nikolaus (1898–1945)	Jürgen Aretz	4/159–171
39. Guardini, Romano (1885–1968)	Walter Ferber	1/287–295
40. Gundlach, Gustav (1892–1963)	Anton Rauscher	2/159–176
41. Gurian, Waldemar (1902–1954)	Heinz Hürten	2/114–124
42. Held, Heinrich (1868–1938)	Klaus Schönhoven	1/220–235

	Autor	Band/Seite
43. Heller, Vitus (1882–1956)	Wolfgang Löhr	4/186–196
44. Hermes, Andreas (1878–1964)	Günter Buchstab	6/102–113
45. Hertling, Georg Graf von (1843–1919)	Rudolf Morsey	1/43–52
46. Herwegen, Ildefons (1874–1946)	Hans Rink	2/64–74
47. Heß, Joseph (1878–1932)	Herbert Hömig	3/162–175
48. Hitze, Franz (1851–1921)	Hubert Mockenhaupt	1/53–64
49. Hohoff, Wilhelm (1848–1923)	Helmut Josef Patt	3/123–135
50. Hürth, Theodor (1877–1944)	Heinz-Albert Raem	5/71–87
51. Hundhammer, Alois (1900–1974)	Bernhard Zittel	5/253–265
52. Jörg, Joseph Edmund (1819–1901)	Winfried Becker	3/75–90
53. Joos, Joseph (1878–1965)	Oswald Wachtling	1/236–250
54. Jostock, Paul (1895–1965)	J. Heinz Müller	6/127–138
55. Kaas, Ludwig (1881–1952)	Rudolf Morsey	1/263–273
56. Kaiser, Jakob (1888–1961)	Erich Kosthorst	2/143–158
57. Keller, Michael (1896–1961)	Heinz Hürten	4/208–224
58. Ketteler, Wilhelm Emmanuel Frhr. von (1811–1877)	Lothar Roos	4/22–36
59. Kolping, Adolph (1813–1865)	Michael Schmolke	3/36–49
60. Kopp, Georg Kardinal (1837–1914)	Rudolf Morsey	1/13–28
61. Kraus, Franz Xaver (1840–1901)	Heinz Hürten	5/55–70
62. Kreutz, Benedict (1879–1949)	Hans-Josef Wollasch	5/118–133
63. Letterhaus, Bernhard (1894–1944)	Jürgen Aretz	2/11–24
64. Lieber, Ernst (1838–1902)	Rudolf Morsey	4/64–78
65. Lübke, Heinrich (1894–1972)	Rudolf Morsey	6/153–170
66. Marx, Wilhelm (1863–1946)	Hugo Stehkämper	1/174–205
67. Mausbach, Joseph (1861–1931)	Wilhelm Weber	3/149–161
68. Messner, Johannes (1891–1984)	Anton Rauscher	6/250–265
69. Michel, Ernst (1889–1964)	Bruno Lowitsch	5/223–238
70. Muckermann, Friedrich (1883–1946)	Franz Kroos	2/48–63
71. Müller, Adam (1779–1929)	Albrecht Langner	4/9–21
72. Müller, Otto (1870–1944)	Jürgen Aretz	3/191–203
73. Muth, Carl (1867–1944)	Walter Ferber	1/94–102
74. Neuhaus, Agnes (1854–1944)	Monika Pankoke-Schenk	4/133–142
75. Otte, Bernhard (1883–1933)	Herbert Hömig	3/176–190
76. Papen, Franz von (1879–1969)	Rudolf Morsey	2/75–87
77. Pesch, Heinrich (1854–1926)	Anton Rauscher	3/136–148
78. Pieper, August (1866–1942)	Horstwalter Heitzer	4/114–132
79. Porsch, Felix (1853–1930)	Helmut Neubach	1/113–128
80. Preysing, Konrad Kardinal von (1880–1950)	Ludwig Volk	2/88–100
81. Reichensperger, Peter (1810–1892)	Winfried Becker	5/41–54
82. Schäffer, Fritz (1888–1967)	Franz Menges	6/139–152
83. Schervier, Franziska (1819–1876)	Erwin Gatz	3/50–61
84. Schmitt, Hermann-Josef (1896–1964)	Jürgen Aretz	6/115–126
85. Schmittmann, Benedikt (1872–1939)	Hugo Stehkämper	6/29–49
86. Schmitz, Maria (1875–1962)	Marilone Emmerich	3/204–222
87. Schneider, Reinhold (1903–1958)	Edwin Maria Landau	6/88–100
88. Schreiber, Georg (1882–1963)	Rudolf Morsey	2/177–185
89. Siemer, Laurentius (1888–1956)	Wolfgang Ockenfels	5/147–160
90. Sonnenschein, Carl (1876–1929)	Wolfgang Löhr	4/92–102
91. Spahn, Martin (1875–1945)	Rudolf Morsey	4/143–158

	Autor	Band/Seite
92. Spahn, Peter (1846–1925)	Helmut Neubach	1/65–80
93. Sproll, Joannes Baptista (1870–1949)	Paul Kopf	5/104–117
94. Stegerwald, Adam (1874–1945)	Rudolf Morsey	1/206–219
95. Stein, Edith (1891–1942)	Waltraud Herbstrith (Teresia a Matre Dei)	2/25–36
96. Storch, Anton (1892–1975)	Hans Günter Hockerts	4/250–266
97. Süsterhenn, Adolf (1905–1974)	Winfried Baumgart	6/189–199
98. Teusch, Christine (1888–1968)	J. Dominica Ballof	2/202–213
99. Trimborn, Karl (1854–1921)	Rudolf Morsey	1/81–93
100. Ulitzka, Carl (1873–1953)	Herbert Hupka	4/172–185
101. Velden, Johannes Joseph van der (1891–1954)	Wolfgang Löhr	6/76–87
102. Weber, Helene (1881–1962)	Rudolf Morsey	3/223–234
103. Welty, Eberhard (1902–1965)	Wolfgang Ockenfels	4/240–249
104. Werthmann, Lorenz (1858–1921)	Hans-Josef Wollasch	4/79–91
105. Wienken, Heinrich (1883–1961)	Martin Höllen	5/176–189
106. Windthorst, Ludwig (1812–1891)	Rudolf Morsey	3/62–74
107. Wirth, Joseph (1879–1956)	Thomas A. Knapp	1/160–173
108. Wolker, Ludwig (1887–1955)	Barbara Schellenberger	5/134–146
109. Zillken, Elisabeth (1888–1980)	Hubert Mockenhaupt	6/214–230

Personenregister

Kursiv gesetzte Ziffern verweisen auf die jeweilige Würdigung.

A
Achterfeldt, Johannes Heinrich 18
Adcock, Clarence L. 145
Adenauer, Konrad 86, 111, 124, 139, 147ff, 160, 162, 165f, 171, 180ff, 192f, 197f, 200, 210ff, 237
Adlhoch, Hans 121
Aereboe, Friedrich 155
Albers, Johannes 85, 122, 181, 191
Altmeier, Maria 200
Altmeier, Peter 7, 192f, 197, *200–213*, 277f
Altmeier, Peter (Vater) 200
Amelunxen, Rudolf 46, 159f
Aretin, Erwein Frhr. von 142
Arndt, Adolf 235
Arnold, Karl 124, 160f, 210
Augustinus, hl. 233

B
Balthasar, Hans Urs von 100
Baranowski, KZ-Leiter 47
Barsig, Franz 165
Baudri, Joh. Anton Friedrich 18, 21
Baum, Marie 219
Baumgart, Paula 175
Bea, Augustin 241
Becker, Max 165
Benn, Gottfried 101
Berger, Hans 120, 125f
Berning, Wilhelm 119
Beyerle, Konrad 66
Biederlack, Joseph 252
Bismarck, Otto von 30
Blank, Margarete 172
Blank, Theodor 7, *171–188*, 275
Blank, Theodor (Vater) 172
Blank, Theodor (Sohn) 175
Bodelschwingh, Friedrich von 34
Boden, Wilhelm 192, 203ff
Böck, Karl 238
Böckler, Hans 179f
Böhler, Wilhelm 81, 86, 193
Böhm, Dominikus 77
Bonsen, Rudolf zur 46
Brandt, Willy 169
Brauer, Theodor 80, 173
Braun, Harald 94
Braun, Joh. Wilh. Jos. 18
Brauns, Heinrich 79
Brede, Margarete 229
Brentano, Heinrich von 197
Briefs, Götz 80, 129f
Bromage, Arthur W. 144
Brüning, Heinrich 80, 117, 119, 141, 147, 166

C
Camões, Luiz de 91f, 99
Chandelle, Matthäus Georg von 11
Cloidt, Klemens 218
Colmar, Joseph Ludwig 10
Corneille, Pierre 100
Cuno, Wilhelm 105

D
Dalferes, Oberst 145
Dehler, Thomas 150
Delp, Alfred 7, *50–63*, 120, 268
Delp, Johann Adam Friedrich 50
Delp, Maria 51
Dempf, Alois 119
Deybeck, Karl von 142
Diehl, Karl 132
Diepenbrock, Melchior von 14, 23
Dieringer, Franz Xaver 19
Dietz, Johannes 120
Döllinger, Ignaz von 21f
Döpfner, Julius 152, 239, 241, 244
Dollfuß, Engelbert 256
Dorn, Walter 145
Dorten, Adam 207
Droste-Vischering, Klemens August Frhr. von 9, 13f, 17
Dyroff, Anton 140
Dyroff, Else 140

E
Eberle, Joseph 254
Ebers, Godehard Josef 190
Ebert, Friedrich 168
Eckardt, Felix von 184
Ehard, Hans 145, 147, 209
Eichhorn, Wilhelm 146
Eisenhower, Dwight D. 145
Elfes, Wilhelm 86
Erhard, Ludwig 139, 148, 151, 165f, 171f, 180f, 187
Erzberger, Matthias 105
Esch, Rechtsanwalt 44
Esch, Ludwig 51
Esser, Thomas 191
Etzel, Franz 151, 180
Even, Johannes 124f
Everding, August 248

F
Faulhaber, Michael von 143f
Feltin, Maurice 85
Feurstein, Heinrich 67, 74
Firnberg, Hertha 263
Fischer, Karl August 144
Föhr, Ernst 70, 75
Forster, Karl 7, *231–249*, 278
Forster, Karl (Vater) 231
Forster, Katharina 231
Forster, Maria 242, 248
Freisler, Roland 60ff, 74
Friedensburg, Ferdinand 109
Friedrich Wilhelm IV. 13ff
Frings, Joseph 82f, 121, 124f, 193
Fritz, Carl 69

G
Gagern, Heinrich von 193
Galen, Clemens August Graf von 50
Gama, Vasco da 91
Geissel, Johannes von 7, *9–28*, 266
Gerstenmaier, Eugen 57, 186
Gockeln, Josef 124f
Goerdeler, Carl Friedrich 59, 108, 191
Göring, Hermann 157
Görres, Josef 201
Goppel, Alfons 152
Grabmann, Michael 232
Gregor XVI. 13f
Gröber, Alois 65
Gröber, Conrad 7, *64–75*, 268f
Gröber, Martina 65
Gronowski, Johannes 180
Groß, Nikolaus 50, 108, 115, 120f, 126
Guardini, Romano 234, 248
Günther, Anton 19, 26
Gundlach, Gustav 80, 119, 123, 126, 236, 256, 261

H
Hamacher, Wilhelm 85
Hansen, Johannes 103
Hapig, Marianne 59
Hartmann, Felix von 77
Hassel, Kai-Uwe von 169
Hauptmann, Gerhard 89
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 84
Hegner, Jakob 100
Heidegger, Martin 52, 67
Heim, Georg 140, 142
Heimann, Eduard 129f
Heinemann, Gustav 113, 148, 168f
Heinen, Anton 81
Heix, Martin 124
Held, Heinrich 142
Heldmann, Karl 43
Hemmerle, Klaus 231
Hengsbach, Franz 230, 241
Henkels, Walter 139, 161, 167
Henle, Rudolf 43
Henrich, Franz 202ff
Hermanns, Johannes 153
Hermes, Andreas 7, *102–113*, 164, 191, 200, 271
Hermes, Georg 10, 13, 15, 18f
Heuser, Peter 119
Heuss, Theodor 7, 112, 153, 162, 165f, 168, 171, 184, 189
Heyen, Franz-Josef 201, 213
Himmler, Heinrich 62
Hindenburg, Paul von 141
Hipp, Otto 144
Hirschner, Fritz 202, 207
Hirtsiefer, Heinrich 191
Hitler, Adolf 45, 47, 50, 58, 60f, 63f, 70f, 108, 118, 120, 141, 143f, 168, 191, 202, 229, 256
Hitze, Franz 258
Höffner, Joseph 258f
Hoegner, Wilhelm 143, 145
Hofmann, Josef 85
Hoffmann, Walther G. 134

Hohoff, Wilhelm 254
Horlacher, Michael 146
Huber, Kurt 58
Hück, Walter 212
Hüssler, Georg 227
Hüttenberger, Peter 160
Hundhammer, Alois 146, 236

I
Ignatius von Loyola, hl. 92
Imbusch, Heinrich 173

J
Jansen, Bernhard 52
Johannes XXIII. 237
Jong, Johannes de 85
Joos, Joseph 117, 121
Jostock, Paul 7, 80, *127–138*, 272f
Juan de la Cruz, hl. 92
Jung, Richard 120
Jungmann, Joseph Andreas 257

K
Kaas, Ludwig 71, 80
Kaiser, Jakob 108ff, 120, 122, 124, 180f, 187
Kant, Immanuel 10, 89
Kaps, Paul 207
Karl V. 91, 95
Katzer, Hans 187
Keegan, Charley 144
Kessels, Johannes 100
Ketteler, Wilhelm Emmanuel Frhr. von 21, 25, 37, 185, 255
Kierkegaard, Sören 89
Kiesinger, Kurt-Georg 152, 166
Kirchschläger, Rudolf 263
Klee, Heinrich 10
Knoeringen, Waldemar von 235
König, Franz 263
König, Leo von 95
König, Lothar 50, 60
Körner, Heinrich 108
Kohl, Helmut 201, 211ff
Kolping, Adolph 25, 185
Konrad von Konstanz, hl. 65, 68
Kramer, Franz Albert 192f
Kraus, Franz Xaver 66
Krehle, Heinrich 146
Kreusch, Felix E. 83f
Krone, Heinrich 117, 176
Kuhlmann, Alfred 45

L
Lacherbauer, Carl 146
Lambruschini, Luigi 14
Lange, Karl Arthur 145
Leber, Georg 187
Le Fort, Gertrud von 100
Lehr, Robert 219
Leiber, Robert 119
Lemmer, Ernst 109
Lensing, Lambert 176
Lenz, Otto 109
Letterhaus, Bernhard 50, 108, 115f, 119ff, 123, 126
Leuschner, Wilhelm 108
Lex, Hans Ritter von 142, 143
Liebermann, Bruno Franz 10f
Luckner, Gertrud 73
Ludwig I. 11, 13
Lübke, Franz 154
Lübke, Friedrich 153
Lübke, Friedrich Wilhelm 154,158
Lübke, Heinrich 7, 106, *153–170*, 274f
Lübke, Josef 154
Lübke, Karoline 154
Lübke, Theresia 154
Lübke, Wilhelmine 156, 167
Lukaschek, Hans 109
Luther, Hans 44

M
Maase, Fritz 47
Mager, Alois 255
Maier, Hans 243
Manl, Johann Martin 11
Mann, Thomas 157
Manuwald, Martin 51
Marx, Karl 260
Marx, Wilhelm 141
Maxen, Wilhelm 216, 218
Meincke, Ernst 155
Melchers, Paulus 18
Merk, Bruno 236
Merl, Gretel 201, 213
Messner, Jakob 250f
Messner, Johannes 7, *250–265*, 279f
Messner, Joseph 252, 256, 263
Messner, Maria 250f
Metzger, Max Josef 50, 67, 74
Miller, Konrad 248
Miller, Walther von 146
Moeller van den Bruck, Arthur 190

Mörsdorf, Klaus 232
Mohr, Heinrich 67
Moltke, Helmuth James Graf von 56ff, 61f
Muckermann, Friedrich 78
Müller, Arthur 155, 157
Müller, Gebhard 210
Müller, Josef 146f
Müller, Otto 108, 115ff, 121, 125f
Müller, Vinzenz 152
München, Nikolaus 17f
Mues, Else 229
Murphy, Robert 145
Mussolini, Benito 256

N
Nadolny, Rudolf 113
Napoleon I. Bonaparte 10
Nell-Breuning, Oswald von 80, 121, 123f, 136f, 236, 256
Neuhaus, Agnes 218ff, 227, 229f
Neumann, Klaus Günter 121
Newman, John Henry 257
Niedick, Anna 218
Nietzsche, Friedrich 83, 92
Niklas, Wilhelm 163
Noack, Ulrich 113
Noelle-Neumann, Elisabeth 243
Noske, Gustav 182

O
Oberhauser, Alois 137
Oppenhoff, Franz 83
Otte, Bernhard 173

P
Pacelli, Eugenio s. Pius XII.
Papen, Franz von 141
Pascher, Josef 232
Patton, George S. 144f
Paul VI. 261
Pechel, Rudolf 120
Pechel, Walburga 121
Pesch, Heinrich 173, 255
Pfeiffer, Anton 142, 145, 147
Pflaum, Richard 144
Pfliegler, Michael 259
Philipp II. 92f, 100
Pieper, August 86
Pius IX. 19, 22, 24, 26f
Pius XI. 45, 64, 78, 193, 256
Pius XII. 45, 69, 81, 100, 119, 211, 226f, 232, 235ff, 263
Platon 89
Pölnitz, Götz Frhr. von 236
Porsch, Felix 42
Preuß, Hugo 40, 42, 193
Preysing, Albert Graf von 232
Preysing, Konrad Graf von 120
Pünder, Hermann 122, 200
Pünder, Marianne 59
Puschkin, Georgie Maximowitsch 152

Q
Quinn, Edward 256

R
Räß, Andreas 10
Rahner, Karl 53
Rattenhuber, Ernst 145
Ratzinger, Joseph 233
Raumer, Karl Otto von 24
Reeder, Eggert 47
Rehmann, Theodor Bernhard 83
Rehwinkel, Edmund 163
Reichenpfader, Senta 262
Reisach, Karl August Graf von 14, 19, 22, 24
Remarque, Erich Maria 183
Richebächer, Kurt 150
Ritter, Emil 79
Robertson, Brian 160
Röhr, Franz 117, 173
Rösch, Augustin 50, 56f, 60ff
Rommen, Heinrich 80
Rossé, Josef 96, 100
Roßhaupter, Albert 145
Rupprecht von Bayern 141

S
Sacconi, Carlo 22
Saefkow, Anton 121
Sailer, Johann Michael 14, 81
Schäffer, Amalie 139f
Schäffer, Fritz 7, *139–152*, 273f
Schäffer, Gottfried 139
Schaeffler, Richard 52
Scharnagl, Karl 142, 144
Schauff, Johannes 238
Scheeben, Matthias Joseph 19
Scheler, Max 41, 254, 259
Scherer, Joseph 176
Schetter, Rudolf 46
Schill, Andreas 66
Schiller, Friedrich von 93
Schindler, Franz M. 253

Schlange-Schöningen, Hans 200
Schlempp, Walter 158
Schmaus, Michael 232, 234
Schmelzle, Hans 142
Schmid, Carlo 165, 170, 189, 213, 235
Schmidtchen, Gerhard 243
Schmitt, Franz August 142
Schmitt, Hermann-Joseph 7, *115–126*, 272
Schmitt, Karl Alfons 116
Schmitt, Margaretha 116
Schmittmann, Benedikt 7, *29–49*, 190, 193, 195, 266ff
Schmittmann, Helene 30, 45, 47
Schmittmann, Josephine 29
Schmittmann, Michael 29
Schneider, Louise Wilhelma Augusta 99
Schneider, Reinhold 7, *88–100*, 270
Schneider, Wilhelm 99
Schneider, Wilhelm Rudolf 99
Schnorbach, Josef 202
Schöllgen, Werner 261
Schoepfer, Aemilian 253f
Scholtissek, Herbert 176
Scholz, Wilhelm von 66
Schopenhauer, Arthur 89
Schreiber, Christian 69
Schröder, Gerhard 166
Schulte, Joseph 116
Schumacher, Sanitätsrat 46
Schuschnigg, Kurt von 255
Schweitzer, Anna 214
Schwend, Karl 142
Schwering, Johanna 229
Schwingenstein, August 146
Sebastian, König von Portugal 91
Seidel, Hanns 147
Sering, Max 155
Shakespeare, William 89
Sibour, Marie Dominique Auguste 24
Söhngen, Gottlieb 232
Sollmann, Wilhelm 44
Sonnemann, Theodor 162, 169
Sonnenschein, Carl 117, 185, 216ff, 220
Spahn, Martin 47
Speer, Albert 158
Speidel, Hans 183
Spengler, Oswald 91
Sperr, Franz 58f
Spiegel, Ferdinand August Graf von 9f, 17
Sproll, Joannes Baptista 74
Staehle, Wilhelm 191
Stalin, Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili 256
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 58ff, 63
Steding, Friedrich 165
Stegerwald, Adam 146, 173, 185, 200
Steinbüchel, Theodor 120
Steltzer, Theodor 58, 109
Stichaner, Franz Joseph Wigand von 11
Stimpfle, Josef 245
Stohr, Albert 210
Storch, Anton 181f, 184
Sträter, Hermann Joseph 82
Strauß, Franz Josef 152, 184
Streicher, Julius 70, 72
Strieder, Jakob 253, 255
Stürtz, Anna Katharina 76
Stumpf, August 67
Süsterhenn, Adolf 7, *189–199*, 209, 236, 276f

T
Tattenbach, Franz von 59, 62
Teilhard de Chardin, Pierre 99
Teresa von Avila, hl. 92, 100
Thieme, Karl 52f, 119
Thomas von Aquin, hl. 250
Topf, Erwin 155f
Topitsch, Ernst 261
Trippen, Norbert 17

U
Unamuno, Miguel de 89
Unger, Johannes 51

V
Vanistendael, August 125
Velden, Johannes Joseph van der 7, *76–87*, 269
Velden, Leonhard van der 76
Viale-Prelà, Michele 13, 15f, 23f
Volk, Ludwig 64

W
Wahlen, Johann 30
Wahlen, Johann Baptist 30
Waitz, Sigismund 252ff

Wallenreiter, Christian 247
Wallraf, Max 35
Walterbach, Carl 117
Weber, Adolf 54, 253, 255, 260
Weber, Christoph 30
Weber, Heinrich 259
Weber, Helene 220
Weber, Max 253
Wehner, Herbert 235
Weichmann, Herbert 212
Weil, Simone 94
Weis, Nikolaus 10f, 17
Weisser, Gerhard 235
Wendel, Joseph 233
Werthmann, Lorenz 66
Wichern, Johann Hinrich 185
Wichmann, Jürgen 129, 137
Wienken, Heinrich 73
Wiese, Leopold von 216
Wilkens, Erwin 241
Winkelheide, Bernhard 124
Wirmer, Joseph 108
Wirth, Joseph 105
Wöste, Wilhelm 125
Wohleb, Leo 210
Wolff, Johannes 191

Z
Ziegler, Leopold 93
Zillken, Anna 214, 220
Zillken, Eleonora 214
Zillken, Maria 214
Zillken, Sophie 214
Zillken, Elisabeth 7, *214–230*, 278
Zillken, Engelbert 214f
Zimmer, Alois 205
Zitzen, Emil Gerhard 85
Zörgiebel, Karl 44
Zwiedineck-Südenhorst, Otto von 253

Personenregister zu Band 1–6

Die römischen Ziffern verweisen auf die Bandnummern, die arabischen auf die Seitenzahlen, *kursiv* gesetzte Ziffern auf die jeweilige Würdigung.

A
Abert, Friedrich von I 102
Abraham a Sancta Clara III 37
Abs, Hermann Josef IV 234
Achilles, Alexander I 67
Achterfeldt, Johannes Heinrich VI 18
Acken, Johannes van V 125
Ackermann, Konrad I 101
Acton, Lord John Emmerich Edward IV 37, 39, 48
Adam, Karl I 99, 287
Adcock, Clarence L. VI 145
Adenauer, Emma II 188
Adenauer, Gussi II 188, 193f
Adenauer, Helene II 186f
Adenauer, Konrad I 7f, 11, 81, 93, 143, 163, 172, 188, 194, 260, 263, 269; II 6, 8, 65, 72, 106, 129ff, 134, 136ff, 141ff, 154ff, 174, *186–201*, 205, 207; III 73, 198, 224f, 232f, 247, 253ff; IV 152f, 206, 214, 225, 228, 230ff, 250, 255, 257ff, 265f; V 157f, 160, 164f, 207f, 212, 214, 216, 220f, 239, 243f, 246f, 249f, 251, 275f, 279; VI 86, 111, 124, 139, 147ff, 160, 162, 165f, 171, 180ff, 192f, 197f, 200, 210ff, 237
Adenauer, Konrad (Vater) II 186
Adlhoch, Hans VI 121
Adolph, Walter I 282; II 94f, 99; III 267; V 178
Aereboe, Friedrich VI 155
Agagianian, Gregorio Pietro III 275
Albers, Johannes IV 168, 244, 255f, 261; V 8, 157f, *205–222*, 247, 291; VI 85, 122, 181, 191
Albers, Margarete V 208
Albert, Heinrich Friedrich I 186
Albertus Magnus, hl. II 208; IV 241; V 150
Alexander I., Zar III 14f, 31
Alletz, E. V 15
Aloisi-Masella, Benedetto V 40
Althoff, Friedrich I 45; IV 145f
Altmeier, Maria VI 200
Altmeier, Peter II 135, 137; V 266; VI 7, 192f, 197, *200–213*, 277f
Altmeier, Peter (Vater) VI 200
Ambrosius, hl. II 120
Amelink, K. III 180
Amelunxen, Rudolf II 40f, 49, 126, 129, 131; V 147, 164; VI 46, 159, 160
Ammann, Ellen I 133
Anderley, Anton M. IV 106
Andlaw, Heinrich Frhr. von V 19, 22
Arendt, Walter IV 259
Aretin, Erwein Frhr. von VI 142
Aristoteles II 27, 31, 34; III 125
Arndgen, Josef IV 229, 262
Arndt, Adolf III 256; IV 248; VI 235
Arndt, Ernst Moritz III 84
Arnim, Achim von III 29; IV 19
Arnold, Fabrikant IV 67
Arnold, Johann Baptist II 126
Arnold, Karl II 8, 10, *125–142*, 209, 211ff; III 253; IV 244, 247; V 157, 163ff, 171, 173ff, 205, 208, 219, 247, 249, 266, 276; VI 124, 160f, 210
Arnold, Liesel II 127
Aschoff, Hans-Georg III 67
Auerswald, Hans-Adolf von IV 24
Augusta, Königin von Preußen IV 62
Augustin, Karl I 276
Augustinus, hl. II 31; VI 233

B
Baader, Clemens Alois III 12
Baader, Franz von III 7, *11–25*, 85, 281f; IV 20f; V 12, 16

Baader, Franziska III 13
Baader, Franz Joseph III 11
Baader, Joseph III 12
Baader, Maria Dorothea Rosalia III 12
Bach, Franz Josef III 255
Bachem, Joseph I 30f
Bachem, Julius I 8, 11, 20, *29–42*, 81, 83, 88, 117, 124, 126, 178, 297; II 190; III 73
Bachem, Karl I 40, 61, 67ff, 81f, 91f, 117, 120, 124ff, 240; IV 66, 68, 72, 77, 131
Bachem-Sieger, Minna I 130; III 115
Badenberg, Albertine III 213
Bäumer, Gertrud I 134; III 118
Bäumker, Clemens I 287
Bafile, Corrado III 270
Ball, Hugo I 99
Ballestrem, Franz Graf von I 71, 115; IV 69
Ballmann, Willibrord I 289
Balthasar, Hans Urs von VI 100
Baltrusch, Friedrich III 187f
Banasch, Georg II 94
Baranowski, KZ-Leiter VI 47
Bares, Nikolaus II 94; III 238
Baring, Arnulf III 254
Barlog, Boleslaw V 264
Barraclough, John II 193
Barsig, Franz VI 165
Barth, Karl V 227
Barzel, Rainer III 258
Basedow, Joh. Bernhard von V 26
Baudri, Joh. Anton Friedrich VI 18, 21
Baudrillart, Alfred III 158
Bauer, Gustav I 109
Bauerband, Johann Joseph I 30
Baum, Marie VI 219
Baumgart, Paula VI 175
Baumgartner, Alexander I 95
Baumgartner, Joseph V 263, 269
Baumstark, Eduard V 42
Baur, Hugo I 111
Bayle, Pierre IV 45
Bea, Augustin VI 241
Bebel, August I 55, 70; III 43, 126f; IV 75, 110; V 13
Beck, Ludwig I 12; IV 169
Becker, Carl Heinrich III 170, 238
Becker, Johannes I 154, 158
Becker, Josef I 7
Becker, Liane III 113
Becker, Max VI 165
Bedini, Gaetano V 37
Behrens, Franz III 187f
Beier, Georg IV 261
Belke, Pfarrer III 130
Bell, Johannes I 80
Benedikt XV. I 107, 111, 277; III 117, 157; IV 90; V 106
Benedikt von Nursia, hl. II, 66, 73
Bengsch, Alfred III 268f
Benn, Gottfried VI 101
Bennigsen, Rudolf von I 67
Benz, Ernst III 23
Bergen, Diego von II 168
Berger, Hans II 22; VI 120, 125f
Bergsträßer, Ludwig IV 229
Berlepsch, Hans Frhr. von IV 119
Berner, Arzt III 76
Bernhard, Prinz von Sachsen-Weimar IV 16
Bernhart, Josef IV 92
Berning, Heinrich August II 161
Berning, Wilhelm I 285; II 96; IV 200; V 186; VI 119
Bernstein, Eduard III 137; V 240
Bertram, Adolf I 9ff, 113, 120, 128, *274–286*, 312; II 42, 94ff, 101, 111, 177; III 117, 200, 265; IV 88, 122, 175, 180; V 115, 140, 185ff
Beseler, Max I 74
Besson, Waldemar V 97
Bethmann Hollweg, Moritz August von V 42
Bethmann Hollweg, Theobald von I 21, 25, 40f, 47, 50, 107f; II 76
Bettinger, Franz von II 90f, 103ff
Beveridge, Lord William IV 262
Beyer, Maximilian I 80
Beyerle, Konrad I 76, 89f, 123ff; VI 66
Biederlack, Joseph IV 93, 103; VI 252
Billot, Louis IV 94
Bishop, Alexander II 133
Bismarck, Otto Fürst von I 15ff, 19ff, 27, 30, 32ff, 45, 54, 61f, 66, 71f, 116, 146, 174; III 62, 65f,

69ff, 73, 90, 103; IV 64, 67ff, 71, 150; V 50, 52, 62, 65, 67; VI 30
Bissing, Moritz von I 88
Blank, Margarete VI 172
Blank, Theodor II 142; IV 256ff, 265f; V 220; VI 7, *171–188*, 275f
Blank, Theodor (Vater) VI 172
Blank, Theodor (Sohn) VI 175
Blankenhorn, Herbert III 253
Bley, Bernhard II 160
Blittersdorff, Friedrich Frhr. von V 15
Blücher, Franz II 155
Blum, Johannes IV 125
Blum, Peter Joseph IV 66, 80
Blumenthal, Wilhelm von II 56
Bock, Wilhelm I 77
Bodelschwingh, Friedrich von VI 34
Boden, Wilhelm VI 192, 203ff
Böck, Karl VI 238
Boecking, Eduard I 30
Böckler, Hans II 139; IV 248; V 165, 205, 211; VI 179f
Boediker, Tonio III 93
Böhler, Wilhelm I 179; IV 8, *197–207;* 277; V 188; VI 81, 86, 193
Böhm, Dominikus VI 77
Böhm, Franz IV 229
Böhme, Jakob III 12, 14, 22
Boelitz, Otto III 167
Böll, Heinrich II 71; V 230
Bokler, Willy V 146
Bolz, Eugen I 216; V 8, *88–103*, 107, 247, 285
Bolz, Joseph V 89
Bolz, Maria Theresia V 89
Bonald, Louis de III 16; V 14
Bongartz, Arnold III 94, 125
Bongartz, Heinz V 242
Bonhoeffer, Dietrich V 157
Bonhoeffer, Klaus V 157
Bonifaz VIII. IV 46
Bonsen, Rudolf zur VI 46
Boom, Emil van den IV 117
Borgmann, Karl I 293
Bormann, Martin IV 170
Bornewasser, Franz Rudolf I 266, 269; V 115
Bose, Herbert Frhr. von II 84
Bosse, Robert I 21
Bracht, Franz IV 145, 151, 155f
Brackel, Ferdinande Freiin von I 95
Braig, Karl I 288
Brand, Heinrich III 174
Brandis, Christian August V 42
Brandt, Paul III 167
Brandt, Willy VI 169
Brandts, Apollonia III 91
Brandts, Emil III 92
Brandts, Franz I 58, 60f, 84, 88; III 7, *91–105*, 136, 141, 286; IV 82, 95f, 114, 118f, 123; V 241
Brandts, Franz Anton III 91f
Brandts, Karl III 92
Brandts, Maria III 92, 98
Brandts, Max I 61; IV 79, 82
Brandts, Rudolf III 98, 104
Brauer, Artur I 139
Brauer, Max V 266
Brauer, Theodor II 163f; III 179, 188; IV 240; VI 80, 173
Braun, Harald VI 94
Braun, Joh. Wilh. Jos. VI 18
Braun, Odilo V 155f
Braun, Otto I 172, 192f, 195, 202, 220; II 80; III 162, 166, 169, 171ff
Braune, Paul V 127
Brauns, Anna Catherina I 149
Brauns, Heinrich I 8, 37, 40, 60, 63, *148–159*, 163, 179, 183, 196f, 210, 238, 244, 304; II 146, 163, 204; III 73, 177; IV 117f, 120, 129, 186, 188ff, 193; V 206, 241; VI 79
Brauns, Johann I 149
Braunsberger, Otto IV 103
Brede, Margarete VI 229
Breitscheid, Rudolf IV 181
Brem, Nikolaus IV 188ff
Brentano, Agnes Maria von IV 226f
Brentano, Bettina von IV 225
Brentano, Bernhard von IV 227
Brentano, Clemens von III 27, 29; IV 13, 20, 225
Brentano, Franz von I 44; IV 226
Brentano, Heinrich von II 155; IV 8, *225–239*, 278; VI 197
Brentano, Lorenz von IV 226
Brentano, Lujo von I 207; III 91, 193; IV 76, 118, 226; V 224
Brentano, Otto Rudolf von IV 225ff

Breuer, Johann Gregor III 40
Breysig, Kurt IV 145
Briand, Aristide V 201
Briefs, Götz II 163f; III 7, 143, *235–246*, 293f; V 227, 233; VI 80, 129f
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von I 65
Bromage, Arthur W. VI 144
Bruder, Adolf I 39
Brüel, Ludwig August I 34
Brüls, Karl Heinz IV 114
Brüning, Heinrich I 8f, 11, 157, 159ff, 170f, 174, 211, 213f, 229, 232, 234, 244, 246ff, *251–262*, 263, 268f, 310; II 6, 11, 15ff, 19, 66, 78ff, 147, 149, 192, 206f, 211; III 73, 171ff, 175, 184f, 189, 198, 226, 229, 233; IV 149, 155f, 162ff, 179, 182; V 95ff, 102, 137, 159, 200f, 209, 241, 260; VI 80, 117, 119, 141, 147, 166
Brüning, Hermann Josef I 252
Brüning, Maria I 252, 260f
Brust, August I 59, 151
Buber, Martin V 227, 230, 235
Buchheim, Hans II 198; III 251, 256
Buchholz, Peter II 24; V 102
Budde, Heinz V 169
Bueb, Fernand I 237
Bülow, Bernhard Fürst von I 21, 27, 46f, 68f, 71, 73, 106f; IV 72, 74, 77
Bülow, Otto von I 23
Bütschli, Otto V 224
Büttner, Albert V 83f
Buisson, Amalie V 10
Buol-Berenberg, Rudolf Frhr. von I 70f
Burgbacher, Fritz IV 247
Burke, Edmund IV 10
Burlage, Eduard I 76, 93, 122, 180, 182
Buß, Franz Joseph Ritter von IV 81; V 7, *9–24*, 281

C
Cahensly, Peter Paul IV 85
Camões, Luiz de VI 91f, 99
Canaris, Wilhelm V 156
Caprivi, Leo Graf von III 71; IV 69, 71
Cardaun, Joseph V 86
Cardauns, Hermann I 31f, 38, 40, 42, 79, 81, 83
Casel, Odo I 287; II 67
Cathrein, Emil IV 105
Cathrein, Katharina IV 105
Cathrein, Viktor II 161; III 153; IV 7, *103–113*, 272
Cavour, Camillo von V 56, 61, 64
Chabrun, César V 201
Chandelle, Matthäus Georg von VI 11
Chateaubriand, René de V 43
Chesterton, Gilbert Keith II 62
Chruschtschow, Nikita II 197; III 256; IV 236
Claessen, Anton Gottfried III 39
Claudius, Matthias III 13f
Clay, Lucius Dubignon V 274
Clemenceau, Georges I 144, 180
Clemens, Herzog von Bayern III 12
Clemens, Jakob V 141
Clermont, Maria V 136
Cloidt, Klemens VI 218
Cochläus, Johannes IV 145
Colli, Carlo V 116
Colmar, Joseph Ludwig VI 10
Conrad-Martius, Hedwig II 30
Contzen, Johann III 55
Conze, Werner I 256
Conzemius, Victor IV 38ff, 44, 47f
Corneille, Pierre VI 100
Cortes, Donosco V 22
Costa-Rosetti, Julius IV 103
Cramer, Walter II 24
Cube, Johann Daniel IV 9
Cube, Walter von V 253
Cuno, Ludwig I 285
Cuno, Wilhelm I 162, 184f, 204; VI 105
Cusanus, Nikolaus V 57
Curtius, Julius I 196, 198, 202

D
D'Abernon, Viscount Edgar Vincent I 145
Dahlmann, Friedrich Christoph III 84
Dalferes, Oberst VI 145
Daller, Balthasar I 11, 226
Dante Alighieri V 148

Daverkosen, Maria III 54
David, Jakob IV 108
Dawes, Charles I 189
Decurtins, Kaspar II 159
Defregger, Matthias III 273
Dehler, Thomas III 257; VI 150
Delbrück, Hans I 74
Delbrück, Justus V 157
Deling, Wilhelm IV 102
Delp, Alfred II 21, 24, 150; III 201; IV 168, 245; V 157; VI 7, *50–63*, 120, 268
Delp, Johann Adam Friedrich VI 50
Delp, Maria VI 51
Demmig, Charlotte II 56
Dempf, Alois II 71; III 238; VI 119
Dempsey, Bernard W. III 145
Dertinger, Georg V 187
Desbuquois, Jesuit II 168
Descartes, René II 27
Deselaers, Jakob V 212
Desmond, US-Oberst II 207
Dessauer, Friedrich I 100, 167; V 7, *190–204*, 226, 230, 236, 290
Detmold, Ernst II 55
Deuerlein, Ernst I 12, 148
Deutinger, Martin I 98; IV 16
Deutz, Bernhard V 208
Deybeck, Karl von VI 142
Dibelius, Otto III 266f
Diederichs, Eugen V 224
Diehl, Karl III 137; VI 132
Diekamp, Franz III 149
Diepenbrock, Melchior von V 21, 29, 39; VI 14, 23
Dieringer, Franz Xaver III 39; V 20; VI 19
Dietz, Johannes Baptista IV 167; VI 120
Dietzel, Wilhelm I 253
Diez, Carl I 111
Dilschneider, Wilhelm III 55
Dingelstad, Hermann III 152; V 178
Dionysius der Areopagit II 31
Dippel, Joseph III 23
Dirks, Walter II 69; IV 228; V 160, 197, 226, 230
Dobbert, Alfred V 175
Doeberl, Michael III 77
Dölger, Franz Joseph III 149
Döllinger, Ignaz von III 17, 39, 76f; IV 8, *37–50*, 269; V 20, 58; VI 21, 22
Döpfner, Julius I 295; III 8, *260–279*, 295; VI 152, 239, 241, 244
Dörfler, Peter I 99
Döring, Wolfgang II 141
Dörner, August I 293
Dollfuß, Engelbert II 84; VI 256
Donders, Adolf II 179; III 149
Dorn, Walter VI 145
Dorten, H. Adam V 243; VI 207
Dostojewski, Fedor M. II 52, 63
Dovifat, Emil IV 101
Dransfeld, Hedwig I 10, 79, 122f, *129–136*, 186, 303; III 206, 211, 228
Driesch, Hans V 224
Droste-Hülshoff, Annette Freiin von I 130
Droste zu Vischering, Klemens August Frhr. von I 126; II 38; III 33, 38, 52; IV 23, 64; VI 9, 13ff, 17
Dubreuil, Hyacinthe V 233
Du Camp, Maxime V 64
Duensing, Frieda IV 137
Düwell, Kurt IV 152
Dufhues, Hermann IV 238
Duhr, Bernhard IV 103
Dulles, Allen W. I 172
Dulles, John Foster II 155, 157
Dunkmann, Karl IV 128
Duns Scotus, Johannes II 31
Dusch, Alexander Frhr. von I 139
Duttlinger, J. G. V 10
Dyhrenfurth, Gertrud III 116, 118
Dyroff, Adolf I 287
Dyroff, Anton VI 140
Dyroff, Else VI 140

E
Eberhard, Matthias V 56, 59
Eberhard, Paula I 105
Eberle, Joseph I 57; VI 254
Ebers, Godehard Josef V 152; VI 190
Ebert, Friedrich I 76, 91, 93, 143, 145, 148, 163, 166, 180, 186, 189, 191f; IV 101; V 169; VI 168
Ebner, Ferdinand I 287

Eckard, Josef I 104
Eckardt, Felix von VI 184
Eckert, Alois V 235
Eckert, Christian IV 240
Eckert, Josef IV 259
Egk, Werner V 264
Ehard, August V 266
Ehard, Hans II 125, 136f; V 8, 263, *266–280*, 294; VI 145, 147, 209
Ehlen, Nikolaus I 183; IV 194, 196
Ehrenfried, Matthias III 261, 263; V 115
Ehrhard, Albert I 98; II 102
Ehrler, Heinrich I 99
Eichen, Karl V 211
Eichendorff, Joseph Frhr. von III 29; IV 13, 20; V 240
Eichert, Franz I 97; II 57
Eichhorn, Wilhelm VI 146
Eichler, Willi IV 248
Eichmann, Adolf III 257
Einem, Karl Wilhelm von I 68
Eisele, Hans I 49
Eisenhower, Dwight D. VI 145
Eisner, Kurt I 103, 221; II 105
Ekstein, Modris I 7
Elfes, Wilhelm I 172; III 177; IV 161, 168, 193, 244; V 8, 157, *239–252*, 292; VI 86
Emminger, Erich I 186f
Encke, Hans V 211
Engelke, Gerrit I 131
Engels, Friedrich III 140; IV 110
Epp, Franz Ritter von V 261
Epstein, Klaus I 7, 103
Erdmann, Karl Dietrich I 174
Erhard, Ludwig II 200; III 241; IV 238, 246, 255f; V 175, 250; VI 139, 148, 151, 165f, 171f, 180f, 187
Ermecke, Gustav III 154
Ernst August II., König von Hannover III 64
Ersing, Josef IV 151; V 100
Erzberger, Josef I 104
Erzberger, Katharina I 104
Erzberger, Matthias I 7, 10, 13, 47, 50f, 72ff, 77f, 87ff, 92f, 100, *103–112*, 119f, 123, 127, 141f, 161ff, 168f, 172, 179, 182f, 210, 212, 228, 240, 242, 252, 263, 302; II 126f, 178; IV 148f, 154, 177, 190f; V 93, 95, 244f; VI 105
Erzberger, Paula I 110f
Esch, Rechtsanwalt VI 44
Esch, Ludwig VI 51
Eschenburg, Theodor IV 102
Eschweiler, Carl I 99
Esser, Gerhard I 289
Esser, Thomas I 215; II 204; VI 191
Ettlinger, Max III 156
Etzel, Franz VI 151, 180
Eulenburg, Philipp Graf von V 67
Even, Johannes VI 124f
Everding, August VI 248

F
Faber, Frederick William II 90
Fahrenbach, Heinrich III 177
Failly, Gustave de V 44f
Falkenberg, Kaplan III 164
Falkenhayn, Erich von I 140; II 76f
Fallmerayer, Jakob Philipp III 83
Faulhaber, Margarete II 101
Faulhaber, Michael (Vater) II 101
Faulhaber, Michael von I 11, 284; II 91, *101–113*, 190; III 158; V 81, 111, 114, 156, 228; VI 143f
Febronius s. Hontheim, Johann Nikolaus von
Feder, Ernst III 174
Feder, Gottfried II 16
Fehrenbach, Konstantin I 10, 65, 91, 122f, 127, *137–147*, 154, 162f, 168, 182, 200, 304; V 198
Feltin, Maurice VI 85
Ferdinand Maximilian, Erzherzog von Österreich III 48
Ferrari-Toniolo, Jesuit II 175
Fest, Joachim C. II 87
Feuerbach, Ludwig III 125
Feurstein, Heinrich VI 67, 74
Fey, Andreas IV 52, 54, 56, 58ff
Fey, Clara IV 8, *51–63*, 269
Fey, Helene IV 53
Fey, Josef IV 52f, 55
Fey, Katharina IV 52, 56
Fey, Konstantia IV 53
Fey, Luise IV 53
Fey, Maria Luise IV 52
Fey, Netta IV 52ff, 57
Fey, Peter Louis Josef IV 52

Fichte, Johann Gottlieb III 13, 84; IV 11f, 19
Ficker, Ludwig von I 102
Filbinger, Hans V 102
Finsterhölzl, Johann IV 44
Firnberg, Hertha VI 263
Fischer, Antonius I 23f, 26; IV 95f, 122
Fischer, Karl August VI 144
Fisher, Johannes V 153
Focke, Franz IV 189, 194
Fogazzaro, Antonio I 97
Föhr, Ernst VI 70, 75
Foerster, Friedrich Wilhelm I 99f
Förster, Heinrich I 113
Fonk, Wilhelm II 163
Forster, Karl VI 7, *231–249*, 278f
Forster, Karl (Vater) VI 231
Forster, Katharina VI 231
Forster, Maria VI 242, 248
Forsthoff, Ernst III 245
Francke, Ernst IV 119
Franckenstein, Georg Arbogast Frhr. von V 52f
Franken, Änne V 212
Frankenberg, Friedrich (Fred) Graf von I 18
Frantz, Konstantin I 100; III 85
Franz I., Kaiser von Österreich III 15, 51
Franz, Adolf I 115
Franz Joseph I., Kaiser von Österreich III 69; V 21
Franziskus von Assisi, hl. III 55, 60
Freisler, Roland II 22; III 202; IV 170; V 101; VI 60ff, 74
Frener, Anna Maria V 104
Freyer, Hans I 292
Frick, Wilhelm I 171, 214; II 82; IV 155f, 165; V 83
Friedensburg, Ferdinand VI 109
Friedrich I., Großherzog von Baden V 64
Friedrich II., Großherzog von Baden I 162
Friedrich II., König von Preußen IV 17; V 45
Friedrich, Caspar David IV 15
Friedrich, Johann IV 37, 40, 46
Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Preußen IV 147
Friedrich Wilhelm III., König von Preußen III 15f; IV 18
Friedrich Wilhelm IV. VI 13ff
Fries, Heinrich IV 42, 44
Frieß, Karolina V 37
Frings, Joseph II 36, 46, 74, 88; III 269, 275f; IV 170, 204f, 247; V 86, 145, 178, 187, 189; VI 82f, 121, 124f, 193
Frings, Karl I 9
Frisse, Wilhelm V 86
Fritsch, Werner Frhr. von II 77
Fritz, Carl IV 90; VI 69
Fritzen, Alois I 72, 116; III 100
Froberger, Joseph I 40
Fröbel, Friedrich V 34
Fröhlich, Cyprian IV 79, 82
Frohschammer, Jakob V 57
Frühwirth, Andreas I 24, 99
Fuchs, Friedrich I 99
Fuchs, Fritz V 211
Fuchs, Johannes III 253
Funk, Philipp I 99, 288

G

Gagern, Heinrich von VI 193
Galen, Clemens August Graf von I 284; II 6f, *37–47*, 58, 62, 88, 92, 95, 98, 100; III 200; IV 36, 208, 224; V 104, 114, 127, 185; VI 50
Galen, Elisabeth Gräfin von II 38
Galen, Ferdinand Graf von I 34; II 38
Galen, Franz Graf von II 39; III 173
Galen, Friedrich Graf von II 38
Galen, Maximilian Graf von II 38
Galilei, Galileo V 204
Gama, Vasco da 91
Gasparri, Pietro I 111, 193
Gaulle, Charles de II 155; IV 238; V 280
Gebhard, Albert I 67
Geiler, Karl V 267
Geissel, Johannes von III 54f, 57; VI 7, *9–28*, 266
Gentz, Friedrich IV 10f, 13f, 19f
Georg V., König von Hannover III 65f
Gerhardinger, Karolina V 7, *25–40*, 282
Gerig, Otto II 204
Gerlach, Gebrüder III 86
Gerlich, Fritz M. I 101; V 258
Gerst, Karl Wilhelm I 217

Gerstenberg, Kurt I 216
Gerstenberger, Liborius IV 187
Gerstenmaier, Eugen IV 233, 258; V 157, 175; VI 57, 186
Geßler, Magdalena V 10
Geßler, Otto I 145, 174, 187, 192, 194f, 198, 202
Getzeny, Heinrich I 101
Geyser, Joseph I 287; III 238
Gföllner, Johannes Maria I 293
Gickler, Johannes I 249
Gielen, Franz V 243
Giesberts, Johannes I 106, 120, 186, 237f; III 92, 177, 195; IV 121, 124, 132, 186, 193; V 206
Gilbert, Parker I 197
Gladstone, Helen IV 39
Gleichen, Heinrich von IV 153
Globke, Augusta III 251
Globke, Hans II 5; III 8, *247–259*, 294f
Globke, Josef III 247f
Globke, Sophie III 247
Glock, Georg V 174
Gmelin, Hans IV 226
Gnauck, Arzt III 107
Gnauck-Kühne, Elisabeth I 129f, 136; III 9, *106–122*, 206, 286f
Gneist, Rudolf von I 30; V 52
Gnoß, Ernst V 167
Gockeln, Josef II 127, 131; V 8, *161–175*, 288; VI 124f
Goebbels, Josef II 15, 43, 94, 98; V 112
Göhre, Paul III 109
Göller, Karl Emil I 288
Goerdeler, Carl Friedrich I 7; II 21f, 150f; III 201; IV 168ff; V 100, 156f; VI 59, 108, 191
Görge, August V 85
Goergen, Fritz Aurel V 172
Göring, Hermann I 178, 248; II 40, 82, 192; IV 157, 165; V 203; VI 157
Görlinger, Robert II 193
Görres, Guido III 28, 34, 39
Görres, Helena Theresia III 27
Görres, Joseph von I 48, 81, 125; II 62; III 8, 17, 19, 23, 25, *26–35*, 38f, 62, 76, 78, 282; IV 21, 43, 148; V 16, 42, 56f; VI 201
Görres, Karl I 78, 138
Görres, Katharina III 28
Görres, Marie III 28
Görres, Moriz III 26
Görres, Sophie III 28
Goethe, Johann Wolfgang von II 52, 58ff, 63; IV 14f, 79; V 43, 225, 240
Gogarten, Friedrich I 292
Golombek, Otto IV 182
Goppel, Alfons V 280; VI 152
Goßler, Gustav von I 15, 17; III 71; V 65
Gothein, Eberhard V 224
Gotto, Klaus III 256
Gottsched, Johann Christoph IV 9
Gottschling, Erich V 151
Gottwald, Herbert III 179
Grabmann, Martin I 287
Grabmann, Michael VI 232
Gräf, Eduard V 196
Gramich, Anna IV 47
Graß, Fritz III 173
Grassl, Hans III 23
Grauert, Hermann von I 51, 123
Grebe, Friedrich III 171
Gregor XVI. III 19, 23, 63; VI 13f
Greulich, Hermann III 146
Greving, Joseph III 149, 151
Grietmann, Gerhart I 95
Grimm, Jakob IV 14
Grimm, Wilhelm IV 14
Grimme, Adolf II 209; V 159, 264
Gröber, Adolf I 47, 71ff, 76f, 82, 88ff, 105f, 120, 124, 127, 181; V 90, 93f
Gröber, Alois VI 65
Gröber, August V 89
Gröber, Conrad I 283, 293; II 42; IV 81, 91; V 115; VI *64–75*; 268f
Gröber, Martina VI 65
Groener, Wilhelm I 171, 198, 202
Grohé, Josef III 199; IV 157
Gronowski, Johannes III 177; VI 180
Grosche, Robert II 68, 71; V 230
Groß, Elisabeth IV 160, 166
Groß, Nikolaus I 249; II 12, 21, 23f, 128, 150; III 197, 201f; IV 8, *159–171*, 244, 275; V 101, 156f, 163, 208, 247; VI 50, 108, 115, 120f, 126
Grünewald, Alex I 157
Grünthal, Günther I 199
Gruner, Justus III 30

Gruscha, Anton III 46f, 49
Grzesinski, Albert III 174
Guardini, Romano I 9, *287–295*, 312; II 64, 67f, 115, 124; III 238; IV 155; V 227; VI 234, 248
Günther, Anton VI 19, 26
Guérard, Theodor von I 196ff, 202f
Gürtner, Franz I 233
Guggenheimer, Walter Maria V 264
Gundlach, Gustav II 8, *159–176;* III 137, 144f; IV 21, 111, 113, 242f; VI 80, 119, 123, 126, 236, 256, 261
Gunschmann, Carl IV 226
Gurian, Waldemar II 7f, 60, 72, *114–124*

H
Haas, Ludwig I 168
Haase, Hugo I 103
Habbel, Josef I 222f, 226
Habermann, Max II 149; V 157
Hachmann, Josef II 55
Haecker, Theodor I 99, 287; II 5
Haegy, Franz Xaver I 237
Hänsel, Ludwig I 98
Haffner, Paul Leopold III 141, 147
Hagen, August I 9; V 89, 102
Hagen, Johannes IV 105
Hahn, Heinrich III 53, 61
Haller, Karl Ludwig von V 15f, 46
Hallstein, Walter IV 226; V 267
Hamacher, Wilhelm IV 126, 206; V 209; VI 85
Hamm, Eduard I 186f
Hammenstede, Albert II 72
Hammerstein-Equord, Kurt Frhr. von II 77
Hampe, Karl V 224
Handel-Mazetti, Enrika Freiin von I 97, 99
Haneberg, Daniel III 39
Hankamer, Wilhelm I 32, 35
Hanne, Marie le IV 134
Hansen, Johannes VI 103
Hansen, Johann Jakob I 9
Hansjakob, Heinrich V 119f
Hanssler, Bernhard III 236
Hapig, Marianne VI 59
Harden, Maximilian III 113
Hardenberg, Karl August Fürst von III 31; IV 18ff
Harmel, Léon III 94
Harnack, Adolf von II 181; III 156, 237
Harth, Philipp I 287
Hartmann, Alfred III 253
Hartmann, Felix von I 23, 113, 119, 177, 240, 278; III 196; IV 88, 123f, 198; V 74; VI 77
Hartmann, Franz IV 261
Hartmann, Sibylle V 211
Hasenäcker, Johann I 150
Hassel, Kai-Uwe von VI 169
Haßlacher, Fr. K. III 56f
Hatzfeld, Johannes IV 132
Hauptmann, Gerhart I 114; VI 89
Haushofer, Karl II 183
Haxthausen, August Frhr. von III 82
Haza-Radlitz, Peter Boguslaus von IV 13ff
Haza-Radlitz, Sophie von IV 16f
Heereman, Clemens August Frhr. von I 116
Hefele, Hermann I 288
Hefele, Karl Joseph IV 40f
Hegel, Eduard III 38, 149, 158
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich II 145; III 16, 22; IV 17, 18; V 46; VI 84
Hegner, Jakob VI 100
Heidegger, Martin II 31; III 238; VI 52, 67
Heilmann, Alfons V 115
Heilmann, Ernst III 166, 168, 171, 173f
Heim, Georg I 225, 228f; IV 187, 195; V 257f, 261; VI 140, 142
Heimann, Eduard VI 129f
Heine, Heinrich V 240
Heine, Wolfgang IV 177
Heinemann, Gustav I 172; V 251; VI 113, 148, 167, 169
Heinen, Anton IV 127; V 241; VI 81
Heix, Martin VI 124
Held, Pater IV 55
Held, Heinrich I 7, 10f, 118, *220–235*, 308; V 96, 260f; VI 142
Held, Johann I 221
Heldmann, Karl I 100; VI 43

Helfferich, Karl I 74, 78, 106, 110
Heller, Barbara IV 186f
Heller, Georg IV 186f
Heller, Sophie IV 189
Heller, Vitus I 200; IV 7, *186–196*, 277
Hellpach, Willy I 183
Hellrath, Klara IV 134
Hemmerle, Klaus VI 231
Hengsbach, Franz VI 230, 241
Henkels, Walter III 254; VI 139, 161, 167
Henle, Rudolf VI 43
Henni, Johann Martin V 37
Henrich, Franz VI 202ff
Hensel, Luise III 51; IV 52
Hensel, Walther II 129; V 171ff
Henßler, Friedrich V 165
Herber, Pauline III 205ff, 211f
Herbermann, Nanda II 50, 55f, 59
Herbert, M. s. Keiter, Therese
Herder, Hermann IV 82
Herder, Johann Gottfried von III 28f; IV 9
Hergenröther, Joseph I 274
Hergt, Oskar I 189
Herkner, Heinrich IV 118
Herkner, Rudolf III 137
Hermans, Hubert II 212
Hermanns, Johannes VI 153
Hermes, Andreas I 164, 166; II 5, 151, 194; IV 244; V 101, 157, 247; VI 7, *102–113*, 164, 191, 200, 271
Hermes, Georg III 63; VI 10, 13, 15, 18f
Herold, Carl I 72, 79, 121ff; II 180; IV 125
Herriot, Edouard I 190; V 201
Herschel, Hans I 92, 120, 123f
Herschel, Wilhelm IV 262
Hertling, Antonie Freiherrin von I 44
Hertling, Georg Graf von I 9ff, 38, 41, *43–52*, 53, 69f, 72, 95, 105, 108, 117, 209, 221, 252, 298; II 103; III 136, 138; IV 73, 148; V 52, 91
Hertling, Jakob Frhr. von I 44
Hertling, Karl Graf von I 50
Herwegen, Ildefons I 287, 289; II 7f, *64–74*
Herwig, Franz I 99
Herzog, Robert I 17, 21, 114
Heß, Carl Friedrich III 163
Heß, Helene III 167
Heß, Joseph I 127, 178; III 8, *162–175*, 289f
Heß, Mathilde III 163
Hesterberg, Ernst I 121
Hettinger, Franz I 274
Hettner, Alfred V 224
Heufers, Heinrich II 39, 94
Heuschen, Wilhelm III 167, 174
Heuser, Peter VI 119
Heuss, Theodor I 7; II 202, 211; III 36, 229; IV 265; V 95, 100, 159; VI 7, 112, 153, 162, 165f, 168, 171, 184, 189
Heuss-Knapp, Elly II 213; III 232
Heyde, Ludwig I 54, 154; IV 119
Heyde, Reinhard IV 119
Heydebrand und der Lasa, Ernst von I 116
Heydrich, Reinhard II 109; IV 196; V 114, 117
Heyen, Franz-Josef VI 201, 213
Hildebrand, Bruno IV 18
Hildebrand, Dietrich von I 287
Hilfrich, Antonius I 128
Hilgenfeldt, Erich V 125
Hilpert, Werner IV 228f
Hilty, Karl II 187
Himmler, Heinrich II 109; III 231; VI 62
Hindenburg, Oskar von I 258
Hindenburg, Paul von I 51, 109, 141, 171, 193f, 196ff, 203, 214, 232f, 255, 258f, 270; II 16, 40, 77ff; III 171f, 198; IV 151, 155, 163f; V 132, 137, 245, 259f; VI 141
Hinz, Werner IV 226
Hinzpeter, Georg I 63
Hipp, Otto VI 144
Hippolytos, hl. II 90
Hirsch, Paul III 166, 169
Hirschner, Fritz VI 202, 207
Hirtsiefer, Heinrich III 177; IV 186; VI 191
Hitler, Adolf I 144, 214ff, 230, 247f, 256, 258f, 270f, 274, 281, 284; II 11, 15, 18, 22, 41, 43, 60f, 70, 75, 79, 82ff, 88, 91ff, 96f, 99f, 108ff, 118f, 122, 127, 149, 166f, 183, 194, 206; III 172, 186,

189, 198, 200f, 229ff, 249; IV 155ff, 162ff, 168f, 172, 195f, 209, 233; V 80, 83, 97f, 101, 104, 112, 114, 127f, 138, 157, 201, 208f, 212, 247, 261; VI 45, 47, 50, 58, 60f, 63f, 70f, 108, 118, 120, 141, 143f, 168, 191, 202, 229, 256
Hitze, Franz I *53–64*, 84, 86, 93, 100, 125, 127, 152f, 155, 182, 299; II 178f; III 87, 94ff, 100, 123, 125, 136, 141, 145, 149ff, 153, 157, 159, 192f; IV 18, 67, 79f, 82, 95, 114, 116, 118f, 123ff, 151, 189; V 119, 244; VI 258
Hlatky, Eduard I 99
Hobbes, Thomas III 12
Hoeben, Hein II 51
Hoeber, Karl I 24, 97; III 121; IV 95, 100
Hoefer, Karl IV 178
Höffner, Joseph II 176; III 123; IV 32; VI 258f
Höfle, Anton I 187
Hoegner, Wilhelm I 172; V 262f, 266ff, 271f, 280; VI 143, 145
Hölderlin, Friedrich V 225
Höness, Maria V 94, 96, 103
Hoensbroech, Paul Graf von IV 147
Hoermann, Franz Xaver V 229
Hofbauer, Clemens Maria IV 20f
Hoffmann, Adolf I 121, 267; II 179
Hoffmann, Franz III 11
Hoffmann, Hermann I 289
Hoffmann, Johannes II 105
Hoffmann, Walther G. VI 134
Hofmann, Josef II 208f, 212; III 229; V 209ff; VI 85
Hofmann, Michael II 89
Hofmannsthal, Hugo von I 99
Hohenlohe, Gustav Adolf von V 39, 64
Hohenlohe-Langenburg, Ernst Erbprinz von I 70
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu IV 72; V 69
Hohn, Wilhelm III 118; IV 117, 126, 129
Hohoff, Louise III 124
Hohoff, Wilhelm III 7, *123–135*, 146, 287f; IV 111; VI 254
Hoiningen gen. Huene, Karl Frhr. von I 115; IV 71
Hollmann, Fritz von IV 72
Holstein, Friedrich von IV 74
Holzer, Karl Joseph V 61, 64
Hompesch, Alfred Graf von I 69; IV 71
Hontheim, Johann Nikolaus I 17
Hoover, Herbert I 258
Hopmann, Emilie I 130
Horigan, James III 236
Horlacher, Michael V 263; VI 146
Horn, Albert I 73
Horten, Alphons III 236, 246
Horten, Titus V 152, 154
Huber, Ernst Rudolf V 51
Huber, Kurt VI 58
Huber, Paul I 97
Huber, Victor Aimé III 86
Hue, Otto III 181
Hück, Walter VI 212
Hülskamp, Franz III 150f
Hürth, Eduard V 71
Hürth, Franz IV 111; V 71
Hürth, Hermann Joseph V 71
Hürth, Theodor V 8, *71–87*, 284
Hürth, Wilhelmine V 71
Hüsgen, Eduard III 73
Hüskes, Franz IV 193
Hüssler, Georg VI 227
Hüttenberger, Peter VI 160
Hugenberg, Alfred I 256, 260, 270; II 15, 18, 82; III 199; IV 143, 152ff, 164f; V 97, 200
Humboldt, Alexander von III 12
Hume, David III 12
Hundhammer, Alois II 209; IV 196; V 8, *253–265*, 268f, 277, 279, 293; VI 146, 236
Hurwicz, Elias I 101
Hus, Johann V 10
Husen, Paulus van II 45
Husserl, Edmund II 27ff, 34; III 238; IV 226

I

Ichenhäuser, Eliza I 134
Ignatius von Antiochien, hl. II 35
Ignatius von Loyola, hl. III 262; IV 105; V 49; VI 92
Ihering, Rudolf von III 129
Imbusch, Heinrich I 197, 201; II 148; III 176f, 179, 181; IV 160, 186; VI 173
Imkamp, Wilhelm IV 94
Innitzer, Theodor II 96, 110, 167

Iserloh, Erwin IV 36
Istas, Joseph III 52; IV 53, 55f
Istas, Wilhelmine IV 56, 59
Itschert, Peter I 76

J
Jacobi, Friedrich Heinrich III 13f
Jacobini, Ludovico I 16; III 70
Jaeger, Lorenz III 266; IV 141
Jaenicke, Wolfgang V 269
Jansen, Bernhard VI 52
Janssen, Johannes III 127ff; IV 145
Janssen, Wilhelm III 266
Jantz, Kurt IV 264
Jarcke, Carl Ernst III 39, 76; V 16, 20, 46
Jarres, Karl I 186
Jedin, Hubert III 151; IV 40
Jessner, Leopold III 164
Joachimsen, Paul V 224
Job, Franz Sebastian V 29ff, 38f
Jörg, Joseph Edmund I 87; III 7, *75–90,* 285; IV 46, 49, 148
Joerger, Kuno V 123
Johannes XXIII. II 85f, 172, 175; III 268f, 275; VI 237
Johannes vom Kreuz, hl. II 34f; VI 92
Johnen, Wilhelm V 175
Jong, Johannes de VI 85
Joos, Barbara I 238
Joos, Joseph I 8f, 92f, 111, 158, 165, 212f, *236–250,* 309; II 14, 18, 23, 70f, 206; III 177f, 195, 197, 201, 227f, 230; IV 158, 161, 167f, 180, 182, 186; V 199, 228, 241f, 244f; VI 117, 121
Jostock, Paul II 163f; VI 7, 80, *127–138,* 272
Juan de la Cruz, hl. s. Johannes vom Kreuz, hl.
Jünger, Ernst I 101, 292
Jung, Edgar II 71f, 83
Jung, Richard VI 120
Jungmann, Joseph Andreas VI 257
Junk, Nikolaus II 61
Just, Leo III 34

K
Kaas, Ludwig I 10f, 170, 202f, 213f, 245f, 248, 255, 259, *263–273,* 311; II 78; IV 180; V 99, 202, 260; VI 71, 80
Kaempf, Johannes I 73, 133
Kahle, Wilhelm II 59
Kahles, Wilhelm II 66, 68, 73
Kahr, Gustav Ritter von I 187
Kaisen, Wilhelm II 125; V 266
Kaiser, Jakob I 12, 216; II 8, 10, 21f, 127, 129, *143–158,* 194; III 201; IV 169f, 184, 186, 231, 244, 247, 256, 261f, 266; V 157, 162, 205ff, 212, 214ff, 218f, 247, 249ff, VI 108ff, 112f, 120, 122, 124, 180f, 187
Kaller, Maximilian II 5
Kampmann, Theoderich I 9; II 64, 74
Kanka, Karl IV 229, 231
Kant, Imanuel III 12; IV 11f, 109; VI 10, 89
Kapp, Wolfgang I 145, 162
Kaps, Paul VI 207
Kardorff, Siegfried von I 186
Karge, Paul III 149
Karl V. IV 150; VI 91, 95
Karl, Albin IV 253f
Karl Theodor, Kurfürst von Bayern V 26
Karrer, Otto II 119
Kassiepe, Max I 293
Katzenberger, Hermann II 135
Katzer, Hans V 213, 221; VI 187
Kaufmann, Leopold I 38, 45
Kaufmann, Paul III 142
Kaufmann, Peter V 42
Kausen, Hermann II 188
Kautsky, Karl III 137
Keegan, Charley VI 144
Keil, Wilhelm V 97, 100
Keiter, Therese I 95
Keller, Franz V 125
Keller, Johann Baptist von V 107
Keller, Michael IV 8, *208–224,* 278
Kempner, Robert III 252
Keppler, Paul Wilhelm von V 105f
Kerkerinck zur Borg, Engelbert Frhr. von II 77
Kerr, Alfred II 52
Kerrl, Hanns I 282, 284; II 93f; V 113f
Kessels, Johannes VI 100
Keßler, Richard I 7, 223f, 227

Ketteler, Wilderich Frhr. von IV 23
Ketteler, Wilhelm Emmanuel Frhr. von I 48, 55f; II 38, 84; III 49, 62, 67, 85f, 91, 125, 136, 146, 159; IV 8, 21, *22–36*, 65, 93, 110, 114, 165, 268; V 13f, 20, 228, 244; VI 21, 25, 37, 185, 255
Keudell, Walter von I 197f
Keynes, John M. III 239
Keyserlingk, Hermann Graf III 237
Kiefl, Franz Xaver V 229
Kiene, Hans von V 92
Kierkegaard, Sören VI 89
Kiesinger, Kurt Georg VI 152, 166
Kilian, Augustinus I 182
Kirchschläger, Rudolf VI 263
Klages, Ludwig I 292
Klausener, Erich II 27, 199; III 267
Klausener, Erich jun. III 267
Klebs, Georg V 224
Klee, Heinrich VI 10
Klein, Kaspar IV 116
Kleinschmidt, Beda V 37
Kleist, Heinrich von IV 15, 17f
Klieber, Arthur Hugo IV 89
Klinkenberg, Heinrich IV 155
Klöckner, Florian II 78
Kloidt, Franz V 178
Klopstock, Friedrich Gottlieb IV 9
Klumker, Christian Jasper IV 136ff
Knab, Otto Michael II 121
Knappstein, Karl Heinz IV 228
Knecht, Friedrich Justus IV 84
Knecht, Josef V 197, 203
Kneipp, Jakob III 205
Knies, Karl Gustav Adolf IV 18
Knies, Richard I 290
Knilling, Eugen von I 187f
Knoeringen, Waldemar von VI 235
Knoll, August M. IV 103
Knoodt, Franz Peter V 42
Koch, Erich I 194
Koch, Wilhelm I 288
Köhler, Erich IV 228f
Köhler, Heinrich I 138f, 162, 213, 219, 255; IV 180; V 96
Köhne, Paul IV 137
König, Franz VI 263
König, Leo von VI 95
König, Lothar V 155f; VI 50, 60
Körner, Heinrich II 21; IV 168, 244; V 156, 208, 210; VI 108
Kogon, Eugen IV 228, 245
Kohl, Helmut VI 201, 211ff
Kolb, Walter II 128; V 171, 203
Kolping, Adolph I 83; II 145; III 8, *36–49*, 283; IV 31, 114; V 71f, 74, 76ff, 80, 82, 85ff, 236; VI 25, 185
Kolping, Peter III 37
Konrad von Konstanz, hl. 65, 68
Kopf, Hinrich Wilhelm II 125; V 159, 266
Kopp, Georg I 9f, *13–28*, 37, 46, 59, 63, 114, 117f, 133, 139, 178, 209, 276f, 297; III 156, 194; IV 121f, 149, 174
Kopp, Ignaz I 13
Kopp, Wilhelmine I 13
Korfanty, Wojcieck IV 177
Korum, Michael Felix I 22, 37, 59, 209, 264; III 100, 194; IV 121; V 65
Kosthorst, Erich I 7; V 207
Kottmann, Max V 115
Kotzebue, August von III 31
Krabbel, Gerta II 213
Kraemer, Konrad W. I 9
Krätzig, Adalbert 116
Kral, Josef IV 190, 192
Kralik, Richard von I 97f; II 57
Kramer, Franz Albert VI 192f
Kranz, Gisbert IV 35
Kraus, Franz Xaver I 94, 96; IV 48, 146, 148; V 7, *55–70*, 283; VI 66
Kraus, Karl V 227
Krehle, Heinrich VI 146
Kreiten, Wilhelm I 95
Kreiterling, Willi V 169, 175
Krementz, Philippus I 23; III 192; IV 119
Kreusch, Felix E. VI 83f
Kreutz, Benedict IV 89; V 8, *118–133*, 180, 286
Kreutz, Benedict (Vater) V 119
Kreutz, Karolina V 119
Kroll, Hans II 125, 134f
Krone, Heinrich II 163; III 254; IV 126, 172, 184f, 232, 234, 237, 239; V 117, 176

Kroos, Franz II 48, 56
Kroos, Heinz II 56
Kruchen, Pfarrer IV 123
Kruse, Ludwig III 63
Kügelgen, Gerhard von IV 15
Kühlmann, Richard von I 50
Kühlwetter, Friedrich von III 55
Kühn, Heinz II 211
Kühr, Fritz II 163
Kuhlmann, Alfred VI 45
Kurnatowski, Sigismund IV 11
Kurtscheid, Heinrich III 177

L
Lacherbauer, Carl VI 146
Lämmer, Hugo I 114
La Farge, John II 168
Lamartine, Alphonse de V 43
Lambruschini, Luigi VI 14
Lamennais, Félicité Robert de II 116; III 16, 18; V 14
Lammers, Clemens I 169
Lammers, Hans-Heinrich III 42
Landauer, Gustav V 225
Landmann, Marie III 208
Landmann, Ludwig V 192, 196
Landmesser, Franz Xaver II 69
Lang, Berthold I 9
Lang, Hubert II 112
Langbehn, Julius V 150
Lange, Helene III 113
Lange, Karl Arthur VI 145
Lask, Emil V 224
Lassalle, Ferdinand I 55; III 85, 89, 125; IV 25f, 110; V 47f.
Lassaulx, Peter Ernst von III 28
Laurent, Johannes Theodor III 54; IV 53, 56ff, 60ff
Lauscher, Albert III 173
Lavigerie, Charles I 96
Leber, Georg VI 187
Leber, Julius V 100
Ledóchowski, Wladimir II 164, 166, 168; IV 108
Ledwohn, Josef V 167f
Le Fort, Gertrud von VI 100
Legge, Petrus II 94; V 185, 188
Legien, Carl III 181
Lehmkuhl, Augustin IV 103
Lehr, Robert II 127f; V 165; VI 219
Leiber, Robert II 167, 169; VI 119
Leicht, Johann I 11, 232
Lelotte, Oberpfarrer III 104
Lemmer, Ernst II 151; IV 229, 231; VI 109
Lender, Franz Xaver I 139f
Lenin, Wladimir J. II 63
Lennartz, Hubert V 75
Lennig, Adam Franz V 19
Lensing, Lambert VI 176
Lenz, Max IV 145
Lenz, Otto VI 109
Leo XIII. I 15ff, 22f, 27, 58, 63,91, 209; II 63; III 70, 206; IV 36, 38, 76f, 80f, 84, 112, 116, 147f, 174f, 190; V 13, 64f, 67, 69, 244
Leonrod, Franz Leopold Frhr. von III 150
Lercaro, Giacomo III 275
Lerchenfeld-Koefering, Hugo Graf von I 48, 50, 123, 133; IV 75
Le Rond, Henri Louis Edouard IV 177f
Lersch, Heinrich I 130
Lessing, Gotthold Ephraim II 52; IV 9, 15
Letterhaus, Bernhard I 249, 259; II 8f, *11–24*, 128, 150; III 197ff, IV 159, 161ff, 168ff, 244; V 157, 163, 208; VI 50, 108, 115f, 119ff, 123, 126
Letterhaus, Grete II 13, 23; IV 168
Leuschner, Wilhelm II 21, 149f; III 188; IV 169; VI 108
Lex, Hans Ritter von VI 142f
Ley, Robert II 19, 149; III 187f, 199; IV 166; V 83, 246
Lichnowsky, Felix Fürst von IV 24
Lichtenberg, Bernhard II 97
Lichtenberg, Georg Christoph IV 9
Lieber, Ernst I 20, 43, 46, 65, 71f, 115, 222, 226; III 104; IV 8, *64–78*, 146f, 270; V 52
Lieber, Giesbert IV 65f
Lieber, Josefa IV 65
Lieber, Josephine IV 67
Lieber, Moritz IV 64f
Lieber, Wilhelmine III 104
Liebermann, Bruno Franz VI 10f
Liebknecht, Karl I 103; II 11f; V 240
Liebknecht, Wilhelm I 55

Liefmann, Robert III 137
Lienhard, Friedrich I 96f, 99
Liliencron, Detlev von II 48
Lill, Rudolf III 69, 74
Linfert, Carl III 23
Linneborn, Maria III 220
List, Friedrich IV 18
Liudger, hl. II 38
Lloyd George, David IV 172
Locke, John III 12; V 26
Loë, Emilie Freifrau von V 141
Löbe, Paul I 54, 127, 168; IV 180
Löhers, Propst IV 134
Löhlein, Erwin IV 226
Löhr, Walter IV 229
Lörsch, Marita IV 134
Lösch, Stephan IV 39
Löe-Terporten, Felix Frhr. von III 100
Loewenberg, Gerhard V 166
Löwenstein, Alois Fürst zu I 123, 125
Löwenstein, Karl Fürst zu IV 241
Lohmann, Walter I 197f, 202
Loibl, Martin IV 151
Lommessen, Anna von IV 54, 56, 60
Loritz, Alfred V 269
Lossow, Otto Hermann von I 187
Lotze, Rudolf Hermann I 288
Luca, Antonio III 49
Luckner, Gertrud VI 73
Ludendorff, Erich I 51, 141
Ludwig I., König von Bayern III 17, 32f; IV 43; V 29f, 35; VI 11, 13
Ludwig II., König von Bayern IV 40
Ludwig III., König von Bayern I 49, 227; II 103f
Ludwigs, Maria Clara IV 52
Lübke, Franz VI 154
Lübke, Friedrich VI 153
Lübke, Friedrich Wilhelm VI 154, 158
Lübke, Heinrich II 5, 158, 213; VI 7, 106, *153–170*, 274f
Lübke, Josef VI 154
Lübke, Karoline VI 154
Lübke, Theresia VI 154
Lübke, Wilhelmine VI 156, 167
Lüpke, Carl Anton III 64
Lüttwitz, Walther von I 145
Luise, Königin von Preußen IV 18
Luitpold, Prinzregent von Bayern I 49
Lukaschek, Hans IV 179, 183f; VI 109
Luther, Hans I 174, 187, 190, 192ff, 200, 232, 243; II 140; III 168; IV 192; VI 44
Luther, Martin III 15; IV 37, 49, 145
Lutsch, Wilhelm V 196
Luxemburg, Rosa I 103; V 240

M
Maase, Fritz VI 47
Maaßen, Johannes V 136, 140, 144f
MacDonald, John Ramsey I 190
Mackeldey, Ferdinand V 42
Maex, Annelore V 266
Mager, Alois VI 255
Maier, Hans VI 243
Maier, Reinhold II 125; V 88, 96, 99ff, 266
Maistre, Joseph de III 16, 78; V 14
Majunke, Paul I 115
Mallinckrodt, Hermann von III 67f; IV 68; V 51
Mallinckrodt, Pauline von IV 53, 60
Malsen, Konrad Frhr. von I 226
Man, Hendrik de V 227, 233
Manl, Johann Martin VI 11
Mann, Thomas I 260; II 46; VI 157
Mannheim, Karl II 114; IV 9
Manuwald, Martin VI 51
Manzoni, Alessandro V 64
Marie Valérie, Erzherzogin von Österreich III 206
Maring, Albert II 53
Marschall, Adolf Frhr. von IV 71
Martin, Alfred von I 199
Martin, Johannes Aegidius II 145
Martin, Rudolf I 88
Martin von Cochem, hl. III 37
Marx, Albert I 175
Marx, Barbara I 175
Marx, Gertrud I 175
Marx, Johann I 174
Marx, Johanna I 175
Marx, Josef I 175
Marx, Karl I 55f; II 164; III 24, 123, 125, 127ff, 134, 140, 146,

244; IV 18, 25, 110; V 48, 228; VI 260
Marx, Karl (Hrsg. der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden) III 257
Marx, Wilhelm I 10f, 76, 80f, 85f, 119, 121, 146, 157f, 167f, 170, *174–205*, 213, 233, 244, 255, 306; II 78; III 168, 183; IV 126, 180, 185, 199, 201; V 95, 198, 245; VI 141
Mathy, Helmut IV 32
Mausbach, Joseph I 123, 127, 181; II 178ff; III 9, *149–161*, 289
Max Joseph, König von Bayern V 26
Max, Prinz von Baden I 65, 89, 108, 142, 240
Maxen, Wilhelm VI 216, 218
Maximilian II., König von Bayern III 87; V 32
Maximilian III., Kurfürst von Bayern V 26
Mayer, Rupert II 110; V 262
Mayr, Georg III 47
McAuly, Thomas III 242
Meincke, Ernst VI 155
Meinecke, Friedrich I 222; IV 21, 40, 146
Meiner, Felix III 136
Meinertz, Max III 149, 151, 158
Meißner, Otto I 255, 258
Meixner, Georg I 11
Melanchthon, Philipp IV 49
Melchers, Paulus I 23, 37; III 60; VI 18
Mellies, Wilhelm IV 248
Mercier, Désiré I 277
Merck, Fritz IV 226
Merck, Wilhelm IV 226
Merk, Bruno VI 236
Merkle, Sebastian I 97; IV 42
Merl, Gretel VI 201, 213
Merry del Val, Raffaele I 24f, 209, 215
Mertens, Heinrich II 163; V 229
Meschler, Pater IV 107
Messner, Jakob VI 250f
Messner, Johannes III 133, 241; VI 7, *250–265*, 279f
Messner, Joseph VI 252, 256, 263
Messner, Maria VI 250f
Metternich, Clemens Wenzeslaus Fürst III 15, 26; IV 13f, 20, 150
Metzger, Max Josef VI 50, 67, 74
Metzmacher, Pfarrer IV 95
Meyer, Bernhard von III 76
Meyer, Kapitularvikar IV 116
Meyer, Rudolf III 140
Meyer, Theodor IV 103, 106f
Meyers, Franz V 175, 221
Michael, Emil IV 40
Michaelis, Georg I 14, 50, 120
Michel, Ernst IV 192; V 7, 292, *223–238*
Michels, Peter III 48
Mick, Josef V 213
Middelhauve, Friedrich II 141
Miller, Konrad VI 248
Miller, Max V 89f, 98ff, 102
Miller, Walther von VI 146
Mintzel, Alf V 278
Mirgeler, Albert IV 46
Mittermaier, Karl Josef Anton V 42
Mleinek, Elisabeth III 205, 212, 219, 221f
Möhler, Adam IV 20, 43
Moeller van den Bruck, Arthur I 292; IV 153; VI 190
Mönch, Antonius IV 87
Moenius, Georg I 101; II 108
Mönnig, Hugo I 203
Mörsdorf, Klaus VI 232
Mohl, Robert von III 23; V 12
Mohler, Armin IV 158
Mohr, Heinrich VI 67
Molière, Jean Baptiste V 43
Molkenbuhr, Hermann V 240
Moltke, Helmuth von II 100
Moltke, Helmuth James Graf von II 24, 97; V 102; VI 56ff; 61f
Momme-Nissen, Benedikt V 150f
Mommsen, Hans II 150
Mommsen, Theodor I 78; IV 146
Mone, Franz Joseph V 19
Montalembert, Charles Forbes Graf von III 18; IV 148
Montel, Johannes de I 23, 25
Montesquieu, Charles de V 11, 224
Montessori, Maria V 34
Montez, Lola IV 43
Montgelas, Maximilian Graf von V 27, 269
More, Thomas V 153
Morgenthau, Henry I 260

Morsbach, Florentine Clara IV 134
Morsbach, Franz Adolf IV 134
Morsey, Rudolf I 36, 69, 75f, 78, 120, 122, 178, 204; II 70f; IV 257; V 197
Moser von Filseck, Carl I 220
Mosterts, Carl V 135f
Moufang, Christoph I 113; V 57
Muckermann, Anna II 48
Muckermann, Friedrich II 7, *48–63*, 64; VI 78
Muckermann, Hermann I 259; II 49, 59
Muckermann, Hermann Johann II 48
Muckermann, Ludwig II 49
Muckermann, Maria Theresia II 49, 54
Muckermann, Richard II 49
Müller, Adam IV 8, *9–21*, 267; V 12, 16
Müller, Artur VI 155, 157
Müller, August I 74
Müller, Cäcilie IV 15
Müller, Eduard III 47
Mueller, Franz II 163; III 146
Müller, Gebhard V 100; VI 210
Müller, Hermann I 91, 157, 160, 170, 202, 213, 246, 255; II 15; III 171, 176, 184
Müller, Hermann Joseph III 46
Müller, Josef Ferdinand V 36
Müller, Joseph I 96; V 262f, 268f, 277; VI 146f
Müller, Otto I 158, 249; II 12, 19, 150; III 5, *191–203*, 291f; IV 120f, 124, 132, 159ff, 167ff, 193, 244; V 157, 206, 208f, 241, 243; VI 108, 115ff, 121, 125f
Müller, Richard I 106
Müller, Sophie IV 17
Müller, Vinzenz VI 152
Muench, Aloysius III 263, 265f
Münch, Franz Xaver II 65ff
München, Nikolaus VI 17f
Münchmeyer, Friedrich V 132
Münzenberger, Geistlicher Rat IV 80
Mues, Else VI 229
Mumbauer, Johannes IV 22, 34
Mumm, Reinhard I 181
Murphy, Robert VI 145
Murr, Wilhelm V 98, 109, 113f
Murri, Romulo IV 94, 98
Mussolini, Benito I 233; VI 256
Muth, Carl I 48, *94–102*, 301; II 64; III 101, 163; IV 16, 147; V 224

N
Nadler, Josef I 99
Nadolny, Rudolf VI 113
Napoleon I. III 15, 26, 28, 30; IV 20; V 25f, 42f, 45, 147; VI 10
Napoleon III. III 86
Nasse, Erwin III 138
Nattermann, Johannes Christian V 76f, 79f, 82f
Naumann, Friedrich III 109, 111f
Naumann, Victor I 50f
Nebgen, Elfriede II 149, 151; III 188
Nell-Breuning, Oswald von II 164, 166, 173f; III 145, 185, 242, 244f; IV 111, 113, 245, 247; VI 80, 121, 123f, 136f, 236, 256
Nellessen, Leonhard III 52f; IV 53
Neri, Philippus, hl. III 114
Neu, Peter III 98
Neuhäusler, Johannes III 273
Neuhaus, Adolf IV 134, 137
Neuhaus, Agnes IV 8, *133–142*, 274; VI 218ff, 227, 229f
Neumann, Johann Nepomuk V 36f
Neumann, Klaus-Günter VI 121
Neumann, Klemens I 289
Neumann, Therese I 158
Neundörfer, Karl I 288; V 230
Neuß, Wilhelm II 41
Newmann, John Henry II 30; III 262; IV 40; VI 257
Niebuhr, Barthold Georg V 42
Niedeck, Anna IV 134; VI 218
Nieder, Ludwig V 206
Nielen, Josef Maria V 230
Niermann, Hans V 140, 144
Nietzsche, Friedrich VI 83, 92
Nigg, Walter II 73
Niklas, Wilhelm VI 163
Noack, Ulrich VI 113
Noelle-Neumann, Elisabeth VI 243
Nölting, Erik V 162
Nörber, Thomas IV 82, 87f, 122; V 119

Noppel, Constantin IV 87
Norrenberg, Peter III 95
Noske, Gustav I 180; VI 182
Novalis, Friedrich IV 11
Nuschke, Otto V 187

O
Oberhauser, Alois VI 137
O'Connor, Michael V 36
Odörfer, Sieglinde V 266
Oer, Clemens Frhr. von II 49
Öttingen-Spielberg, Fürstin III 113
Olbricht, Friedrich II 72f
Ollenhauer, Erich IV 248
Oncken, Hermann V 53, 224
Oppenhoff, Franz VI 83
Oppersdorff, Hans Graf von I 127; IV 149
Orbin, Johann Baptist IV 81
Orsenigo, Cesare I 285; II 40, 93, 97; IV 170, 183; V 116, 186
Orterer, Georg I 82
Osel, Heinrich I 229
Oswald, Augustin IV 106
Ottaviani, Alfredo II 173; III 276
Otte, Bernhard II 148; III 8, *176–190*, 290; VI 173
Otte, Emilie III 189
Otte, Gerhard III 177
Otte, Maria III 189
Otte, Sophie III 177
Otto, Heinrich I 32; IV 70
Overberg, Bernhard V 38
Oxenstierna, Axel Gustavssohn Graf III 235
Ozanam, Frédéric V 16

P
Paasche, Hermann I 70
Pacelli, Eugenio (Pius XII.) s. Pius XII.
Pachnicke, Hermann I 186
Pachtler, Michael III 99
Padover, Saul K. V 248
Papen, Franz von I 122, 192, 214, 247, 258, 260, 263, 270ff; II 6f, 16ff, 38ff, 64, 70f, *75–87*, 118, 166; III 169, 172f, 230, 249; IV 155f, 164, 180; V 81, 97, 137; VI 141
Papen, Marthe von II 76
Pascher, Josef VI 232
Pastor, Ludwig von I 128; IV 144f, 147
Patton, George S. VI 144f
Paul, Hugo V 168
Paul, Jean III 26, 262; V 43
Paul VI. II 47; III 50, 275f; VI 261
Paul, Vinzenz von V 38
Pauli, Fritz I 82
Paulus, hl. II 63; V 142, 144
Pavan, Jesuit II 175
Payer, Friedrich von I 65, 75, 137, 141f
Pechel, Rudolf III 202; VI 120
Pechel, Walburga VI 121
Pesch, Annemaria III 138
Pesch, Heinrich I 123; II 160f; III 7, 129, *136–148*, 288; IV 18, 103, 111, 113, 190, 242, 245; VI 173, 255
Pesch, Johannes III 137
Pesch, Tilmann III 139f
Pestalozzi, Johann Heinrich V 27
Peters, Norbert I 99
Peterson, Erik I 99, 101
Pfad, Bernhard IV 252
Pfeiffer, Anton I 78; IV 232; V 259, 268, 270, 274f; VI 142, 145, 147
Pfeiffer, Hans I 183
Pfeiffer, Maximilian I 73, 78
Pferdmenges, Robert IV 233, V 212
Pfister, Bernhard III 237, 239, 244
Pflaum, Richard VI 144
Pfliegler, Michael VI 259
Pfülf, Otto IV 54
Philipp II. VI 92f, 100
Philipps, George III 39, 76
Pichler, Franz Seraph von I 11, 225
Pieper, August I 60f, 84, 123, 152, 158, 180, 193; III 141, 193, 195f; IV 8, 82, 96f, 99, *114–132*, 188, 190, 273; V 119, 241; VI 86
Pieper, August Lorenz IV 114f, 119
Pieper, Johann Wendelin IV 114
Pieper, Lorenz Joseph IV 114
Pieper, Maria IV 114
Pikart, Eberhard II 191
Pilgram, Friedrich IV 21
Pinsk, Johannes II 68
Pius IX. III 72; IV 46f; V 18, 39; VI 19, 22, 24, 26f

Pius X. I 23ff, 37, 70, 209, 215, 264; III 152, 194; IV 211
Pius XI. I 185, 193, 200, 246, 267, 278, 282; II 41, 63, 85, 95, 109f, 116, 164, 167f, 183; III 262; IV 111f, 175, 178; V 77, 153; VI 45, 64, 78, 193, 256
Pius XII. I 158, 263, 265ff, 271f, 279, 285; II 43f, 46f, 54, 86, 88, 91ff, 97, 99f, 104f, 108, 167ff, 174ff, 184; III 170, 219, 222, 262f, 265; IV 21, 49, 94, 185, 213, 222; V 95, 107, 109, 141, 153f, 177, 189; VI 45, 69, 81, 100, 119, 211, 226f, 232, 235ff, 263
Plato II 27, 31; III 125; VI 89
Platz, Hermann I 100, 289; II 65ff
Pöhler, Therese II 206
Pölnitz, Götz Frhr. von VI 236
Poels, Henricus Andreas III 197
Poggenburg, Johannes II 37
Poincaré, Raymond I 185, 188, 190
Polgar, Alfred II 52
Porsch, Felix I 9ff, 20f, 67, 69, 72f, 75, 79, *113–128*, 254, 303; III 162, 166, 173; V 89; VI 42
Posadowsky-Wehner, Arthur Graf von I 87; IV 72
Potthoff, Heinz IV 248
Preller, Ludwig IV 264
Preuß, Hugo VI 40, 42, 193
Preysing, Albert Graf von II 89; VI 232
Preysing, Hedwig Gräfin von II 88f
Preysing, Joseph Graf von II 89
Preysing, Kaspar Graf von II 88
Preysing, Konrad Graf von I 101, 282, 284; II 6, 8, 42, 44, 46, *88–100*, 111, 166f; III 200, 220, 251f, 265, 267; V 115, 156, 185, 187f, VI 120
Probst, Adalbert II 119; V 140
Proudhon, Pierre-Joseph II 161
Przywara, Erich II 30
Pünder, Hermann I 109f, 260; V 101; VI 122, 200
Pünder, Marianne VI 59
Pütz, Engelbert IV 106
Puschkin, Georgie Maximowitsch VI 152
Puttkamer, Robert von I 45

Q
Quinn, Edward VI 256

R
Raab, Heribert III 28, 259
Raabe, Wilhelm III 259
Rabenau, Friedrich von II 72f
Rabeneck, Ferdinand IV 100
Radbruch, Gustav I 146; V 267
Radek, Karl II 50
Rademacher, Arnold I 287; IV 198
Radowitz, Joseph Maria von V 21
Räß, Andreas VI 10
Rahfeldt, J. IV 23
Rahner, Karl VI 53
Rajewsky, Boris V 203
Rampolla del Tindaro, Mariano I 16, 23f; IV 76
Ranke, Leopold von III 76; IV 21
Rarkowski, Franz Justus V 186
Raschdorff, Julius V 168
Rathenau, Walther I 146, 163, 165f; III 237
Rattenhuber, Ernst VI 145
Ratzinger, Josef IV 45; VI 233
Rau, Karl Heinrich V 42
Rauch, Wendelin III 217; IV 108
Raumer, Friedrich von IV 14
Raumer, Karl Otto von VI 24
Reeder, Eggert VI 47
Rehmann, Theodor Bernhard VI 83
Rehwinkel, Edmund VI 163
Reichenpfader, Senta VI 262
Reichensperger, August I 30, 34f, 46, 81; III 73; V 21, 41f, 48, 56
Reichensperger, August (Sohn) V 52
Reichensperger, Elisabeth V 42
Reichensperger, Franz Joseph V 42
Reichensperger, Louise V 42
Reichensperger, Margaretha V 42
Reichensperger, Peter I 34f, 81; V 7, *41–54*, 282
Reigersberg, Heinrich Aloys Graf von III 87
Reimann, Max V 250
Reinach, Adolf II 28
Reinach, Frau II 28
Reinhardt, Walther I 99
Reinkens, Hubert IV 39
Reisach, Karl August Graf von IV 23; V 36, 38; VI 14, 19, 22, 24

Reiser, Wilhelm V 105
Reisky, Franziska von III 13
Reisky, Baron von III 13
Remarque, Erich Maria VI 183
Rengier, Paula III 217f
Renner, Heinz V 168
Rethmann, Lambert III 58
Retzbach, Anton IV 191, 194
Reusch, Paul IV 155
Reuter, Ernst V 266, 274
Reuter, Fritz V 240
Reuter, Rudolf V 208
Rheinbaben, Werner Frhr. von I 189
Ribbentrop, Joachim von V 154
Ricardo, David V 42
Richebächer, Kurt VI 150
Richter, Ernst von III 167
Richter, Willi IV 261, 263
Rick, Josef V 145
Rickert, Heinrich I 66; II 159
Riesenberger, Dieter IV 190, 194f
Rings, Johannes V 207f
Ringseis, Johann Nepomuk von III 17; V 30f
Ritter, Emil II 72, 105; III 100; IV 92, 188; VI 79
Ritter zu Groenesteyn, Otto Frhr. von II 105
Ritter, Gerhard I 7
Robertson, Brian V 168; VI 160
Rockenbach, Martin I 102
Rodbertus-Jagetzow, Johannes Karl III 140
Roegele, Otto B. III 35
Röhm, Ernst II 93, 192; V 82
Röhr, Franz II 13, 163; VI 117, 173
Röntgen, Wilhelm Conrad von V 191
Roeren, Hermann I 38, 73
Rösch, Adolf V 155
Rösch, Augustin VI 50, 56f, 60ff
Rösler, Augustin I 129, III 106, 115ff
Röver, Karl II 41
Rombach, Wilhelm V 157
Rommen, Heinrich II 164; VI 80
Ronge, Johannes V 17
Roos, Johann Christian IV 80f
Roosen, Heinrich Reiner III 92
Roscher, Wilhelm IV 18
Roselieb, Hans II 52
Rosenberg, Alfred II 41, 181; III 215; V 110, 112, 258
Rosenberg, Ludwig V 221
Rosenstock-Huessy, Eugen V 226f, 233
Rosmini, Antonio V 58, 64
Rossaint, Josef V 141
Rossé, Josef VI 96, 100
Roßhaupter, Albert VI 145
Roßhirt, Konrad E. Franz V 42
Rossi, Giovanni Battista de V 64
Rost, Hans V 229
Rott, Michael V 214
Rotteck, Karl von III 84; V 10
Rousseau, Jean Jacques III 12; V 11, 43, 46
Ruf, August V 119
Rupprecht von Bayern VI 141
Rust, Bernhard II 93, 183; III 219

S

Sacher, Hermann I 123; III 158
Sacconi, Carlo VI 22
Saefkow, Anton VI 121
Sailer, Alexander IV 105
Sailer, Johann Michael III 12, 14f, 17; V 29; VI 14, 81
Saint-Martin, Louis Claude de III 12, 14
Salzmann, Christian Gotth. V 26
Sambuga, Joseph Anton V 29
Sander, Johann Daniel IV 11
Sandfuchs, Wilhelm I 9
Sandt, Maximilian Frhr. von I 88
Sarsch, Regina III 219
Sartorius, Wilhelm III 55; IV 53, 55ff
Sauerborn, Maximilian IV 256, 259
Sauerbruch, Ferdinand I 264; II 181
Savigny, Carl von I 124; IV 19
Savigny, Karl Friedrich von V 51f
Schacht, Hjalmar I 187, 197, 260
Schädler, Franz I 11, 70, 226
Schaefer, Aloys III 151
Schäfer, Dietrich II 178
Schäffer, Amalie VI 139
Schäffer, Fritz I 218, 232, 234; II 5; IV 262; V 259f, 267f, 271, 276f; VI 7, *139–152*, 273f
Schäffer, Gottfried VI 139
Schäffer, Sebastian Georg III 38; V 72

Schaeffler, Richard VI 52
Schaeven, Peter Josef V 211
Schaffgotsch, Gertrud Gräfin von I 60
Scharmitzel, Theodor IV 149; V 156, 211
Scharnagl, Karl VI 142, 144
Scharp, Heinrich V 197, 226, 230
Schatz, Klaus IV 35
Schaub, Julius V 114
Schauff, Johannes VI 238
Schauff, Karin I 271f
Schaumann, Ruth I 99
Scheeben, Heribert V 157
Scheeben, Matthias Joseph VI 19
Scheel, Walter II 141
Scheidemann, Philipp I 70f, 75, 77, 90, 109, 180, 196, 228
Scheler, Max I 99f, 292; II 27f, 31, 115; III 237; IV 13, 226; VI 41, 254, 259
Schell, Hermann I 94, 97ff
Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph von III 13, 17, 22, 28; IV 11f, 15f
Schelsky, Helmut V 233
Scherer, Joseph VI 176
Scherrer, Joseph III 180
Schervier, Franziska III 8, *50–61*, 283f; IV 53, 56, 62
Schervier, Johann Heinrich III 51
Schervier, Maria Aloysia III 51
Schetter, Rudolf VI 46
Scheuble, Julius IV 259
Scheuner, Ulrich V 169
Schiffer, Carl Mathias III 177f
Schiffer, Eugen I 75
Schill, Andreas VI 66
Schiller, Friedrich von IV 15; V 43; VI 93
Schillings, Max von III 164
Schindler, Franz M. VI 253
Schings, Josef III 125
Schlack, Peter V 211
Schlageter, Albert Leo II 70
Schlange-Schöningen, Hans VI 200
Schlegel, Friedrich von II 52; IV 15, 20; V 14
Schleicher, Kurt von I 171, 258, 269; II 18, 77ff, 148; III 172, 184; IV 145, 155; V 209
Schlempp, Walter VI 158
Schlesinger, Coloman I 9
Schleussner, Heinrich I 287
Schlittenbauer, Sebastian I 228
Schlögl, Alois V 263
Schlosser, Friedrich Christoph V 16
Schmaus, Michael VI 232, 234
Schmelzle, Hans VI 142
Schmid, Carlo V 88; VI 165, 170, 189, 213, 235
Schmidlin, Josef III 149
Schmidt, Erich I 96
Schmidt, Expeditus I 96
Schmidt, Johann Christoph von III 37
Schmidt, Otto V 214
Schmidtchen, Gerhard VI 243
Schmitt, Albert II 40
Schmitt, Carl II 71, 115, 162
Schmitt, Franz August VI 142
Schmitt, Hermann-Joseph I 249; II 18, 168; V 175; VI 7, *115–126*, 272
Schmitt, Karl Alfons VI 116
Schmitt, Margaretha VI 116
Schmittmann, Benedikt III 145; V 229; VI 7, *29–49*, 190, 193, 195, 266ff
Schmittmann, Helene VI 30, 45, 47
Schmittmann, Josephine VI 29
Schmittmann, Michael VI 29
Schmitz, Josef II 55
Schmitz, Hermann-Josef I 150, IV 84
Schmitz, Maria III 8, *204–222*, 292
Schmitz, Paul III 177
Schmoller, Gustav von I 129; II 161; III 108, 141; IV 118, 144f
Schnabel, Franz II 71; IV 43
Schneider, Louise Wilhelma Augusta VI 99
Schneider, Reinhold II 60; VI 7, *88–100*, 270
Schneider, Wilhelm (Bischof) III 130
Schneider, Wilhelm VI 99
Schneider, Wilhelm Rudolf VI 99
Schnepper, Pfarrer III 150
Schnippenkötter, Josef II 210
Schnorbach, Josef VI 202
Schöllgen, Werner III 241; VI 261
Schönstedt, Karl I 68
Schöpf, Johann Adam von III 12

Wichmann, Jürgen VI 129, 137
Wick, Karl II 62
Widmann, Pfarrer IV 39
Wiedfeld, Wilhelm II 22
Wienken, Heinrich I 285; III 267; V 8, 116, 122, *176–189,* 289; VI 73
Wiese, Leopold von IV 240; VI 216
Wildermann, Rudolf I 200; III 211
Wilhelm I. I 15
Wilhelm II. I 18f, 24ff, 50ff, 63, 75, 108; II 69, 188; III 71, 196f; IV 68, 74, 76, 126, 148f; V 67
Wilhelmi, Leopold III 142
Wilkens, Erwin VI 241
Wilkens, Maria III 217
Willi, Dominikus IV 77
Willibald, hl. II 91
Windelband, Wilhelm II 159; V 224
Windischmann, Friedrich III 39; IV 65
Windthorst, Antoinette III 63
Windthorst, Franz Josef III 62
Windthorst, Julie III 64
Windthorst, Ludwig I 8, 14, 16ff, 32, 34f, 39, 42, 45f, 60, 67, 69, 72, 76, 84, 93, 113f, 118, 123, 125, 128, 139, 209, 222; III 8, *62–74,* 89, 91, 100, 136, 284; IV 64, 68, 70, 72, 76f, 118; V 51ff, 229
Windthorst, Maria III 64
Winkelheide, Bernhard VI 124
Winnig, August I 12
Winter, Ludwig Georg V 15
Winzen, Damasus II 70
Wirmer, Josef II 21, 150; IV 244; V 156ff; VI 108
Wirth, Alois I 161
Wirth, Hermann I 161
Wirth, Joseph I 67, 76, 91f, 123, 146, *160–173,* 174, 183ff, 196, 200f, 203ff, 212, 214, 242, 244f, 305; II 61, 206; III 146, 229; IV 101, 153, 180, 192f; V 198f, 230, 245, 251; VI 105
Wirth, Karl I 160
Wisdorff, Pfarrer IV 52f
Wissell, Rudolf I 149, 157
Witt, Hermann de I 177
Wittig, Joseph I 99; V 231
Wittmann, Georg Michael V 25, 28, 30f, 38f
Wöste, Wilhelm VI 125
Wohleb, Leo V 266; VI 210
Wohlfahrt, Karl Anton IV 33
Wohlmuth, Georg I 11, 220
Wolf, Julius III 137
Wolff, Johannes VI 191
Wolker, Ludwig V 8, 86f, *134–146,* 287
Wollasch, Hans-Josef V 180
Wormans, Elisabeth V 246
Wust, Peter I 102, 287; II 64, 68, 71; IV 13
Wuttke, Alois V 178

Y
Yxküll, Baron von III 15

Z
Zachariae, Karl Salomon V 42
Zechmeister, August I 102
Zehnhoff, Hugo am I 76, 176; III 166
Zeiger, Ivo III 262f
Ziegler, Leopold VI 93
Ziesché, Kurt I 100
Zillken, Anna VI 214, 220
Zillken, Eleonora VI 214
Zillken, Elisabeth IV 141; VI 7, *214–230,* 278
Zillken, Engelbert VI 214f
Zillken, Maria VI 214
Zillken, Sophie VI 214
Zimmer, Alois VI 205
Zimmermann, Karl V 211
Zinke, Johannes III 267
Zinn, Georg August IV 215, 229
Zinnkann, Heinrich IV 229
Zirnheld, Jules III 180
Zitzen, Emil Gerhard VI 85
Zörgiebel, Karl VI 44
Zons, Franz II 52
Zuccalmaglio, Anton Wilhelm von V 43
Zwiedineck-Südenhorst, Otto von III 238; VI 253

Zeitgeschichte im Matthias-Grünewald-Verlag

Hubert Jedin
Lebensbericht

Mit einem Dokumentenanhang. Herausgegeben von Konrad Repgen
Reihe A: Quellen
Band 35 der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte
XIV + 306 Seiten. Leinen

Hubert Jedin (1900–1980), ein deutscher Gelehrter von Weltruf, hat als Reformations- und Gegenreformationshistoriker, besonders als Geschichtsschreiber des Trienter Konzils, Werke von bleibender wissenschaftlicher Bedeutung geschaffen. In den 70er Jahren hat er den hier ohne Kürzungen veröffentlichten Lebensbericht geschrieben, der bei seinem Tode abgeschlossen vorlag. Diese Erinnerungen sind das Gegenteil von trockener Gelehrtengeschichte: Der Autor schildert meisterhaft lebendig seinen Lebensweg, vom Dorfschullehrerjungen in Oberschlesien zum Universitätskatheder in Bonn, aber auch die schweren Jahre der Emigration während der Hitlerzeit. Jedin war besonderer Kenner des Vatikans, hat am II. Vatikanischen Konzil teilgenommen und auch die nachkonziliare Kirchengeschichte mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt. Seine Erfahrungen und Sorgen hat er in diesem „Bericht", der bewußt keine „Beichte" sein will, ungeschminkten Ausdruck gegeben. Der Lebensbericht wird ergänzt durch einen Anhang bisher unveröffentlichter Dokumente aus dem reichen Nachlaß Jedins.

Ulrich von Hehl/Heinz Hürten (Hg.)
Der Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980

Eine Bibliographie
Reihe B: Forschungen
Band 40 der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte
XXVI + 694 Seiten. Leinen

Susanne Plück
Das Badische Konkordat vom 12. Oktober 1932

Die politische Entstehungsgeschichte
Reihe B: Forschungen
Band 41 der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte
XXVIII + 334 Seiten. Kartoniert

Schoepfer, Aemilian VI 253f
Schofer, Joseph I 139, 162, 167, 201, 203; V 131
Scholl, Hans I 102
Scholl, Inge I 102
Scholtissek, Herbert VI 176
Scholz, Ernst I 195
Scholz, Wilhelm von VI 66
Schopenhauer, Arthur III 125; VI 89
Schorlemer-Alst, Burghard Frhr. von I 34, 68, 177; IV 70
Schorlemer-Lieser, Klemens Frhr. von I 68, 177
Schreiber, Christian VI 69
Schreiber, Georg I 69, 123; II 8, *177–185;* III 149f, 156, 160, 163
Schreiber, Walther II 151
Schreiber, Wilfried IV 247
Schreier, Franz V 173
Schröder, Gerhard II 200; VI 166
Schröder, Kurt Frhr. von II 82
Schroeder, Luise II 203
Schroer, Lehrer III 77
Schrörs, Heinrich II 65; IV 48
Schulte, Aloys II 65; V 44
Schulte, Caspar IV 169f
Schulte, Johann Friedrich V 53
Schulte, Karl Joseph I 93, 285; II 41, 101; III 191, 200; IV 87, 122f, 152,167, 199; V 78, 141, 153; VI 116
Schulte, Karl I 26
Schulte, Wilhelm II 52
Schultz, Georg I 70
Schulz, Erna III 212
Schulz, Heinrich I 111
Schulze-Delitzsch, Hermann I 55
Schulze-Eggenrode, Heinrich III 189
Schulze-Gävernitz, Gerhart von III 193, 238
Schuman, Robert II 64, 134
Schumacher, Kurt II 129, 143, 154; IV 248; V 94, 215, 250, 269
Schumacher, Sanitätsrat VI 46
Schumpeter, Joseph A. III 145, 239, 242
Schuschnigg, Kurt von II 61, 84; VI 255
Schuster, Johann B. IV 112
Schwabe, Klaus IV 150
Schwaiger, Georg IV 40
Schwane, Joseph A. III 150
Schwarz, Hans-Peter II 151, 153
Schwarz, Jean A. I 216
Schwarzenböck, Franz III 273
Schwarzhaupt, Elisabeth III 232
Schweitzer, Albert V 227
Schweitzer, Anna VI 214
Schweitzer, Franz Hubert V 72, 74ff
Schweling, Maria Christine IV 52
Schwend, Karl I 230, 234; V 270; VI 142
Schwerin-Löwitz, Hans Graf von I 70
Schwerin von Krosigk, Lutz Graf II 81
Schwering, Johanna VI 229
Schwering, Leo I 121, 128, 219; IV 244; V 157, 211f
Schweyer, Franz I 233
Schwingenstein, August VI 146
Sebastian, König von Portugal VI 91
Sedlmeier, Wilhelm V 104
Seeckt, Hans von I 163, 166, 189, 195; II 77
Seelos, Gerhard V 272
Seidel, Hanns V 278, 280; VI 147
Seiters, Julius I 9
Sering, Max III 141, 238; VI 155
Serrarens, P. J. S. III 188
Sevenich, Maria IV 278
Severing, Carl I 171; III 172, 174
Severus, Emmanuel von II 64, 69ff
Shakespeare, William V 148; VI 89
Sibour, Marie Dominique Auguste VI 24
Siemer, August V 148
Siemer, Bernhard V 148
Siemer, Franz Joseph V 147
Siemer, Josef Bernhard Franz s. Siemer, Laurentius
Siemer, Laurentius IV 243f; V 8, *147–160,* 208f, 211, 247, 288
Silverberg, Paul III 183
Simar, Hubert I 23; V 72
Simon, Helene III 115
Sinnigen, Ansgar V 154
Sinowjew, Grigorij II 18
Sismondi, Simonde de V 47
Smith, Adam III 20, 129; IV 10f
Soden, Carl Oscar Frhr. von V 229

Soden-Fraunhofen, Heinrich Graf von III 273
Söhngen, Gottlieb VI 232
Sokrates III 125
Solf, Wilhelm I 65
Sollmann, Wilhelm VI 44
Solowjew, Wladimir II 50, 52, 63
Solzbacher, J. IV 57
Sombart, Werner II 161; III 237
Sonnemann, Theodor VI 162, 169
Sonnenschein, Carl I 178, 253, 292; II 64; III 91, 227; IV 8, 81, 91, *92–102,* 120, 148, 271; V 130, 147, 181; VI 117, 185, 216ff, 220
Sonnenschein, Maria IV 93
Sommerwerk, Wilhelm I 275
Sophie, Erzherzogin von Österreich III 48
Sorge, Reinhard Johannes I 99
Spaak, Paul Henri II 133
Spael, Wilhelm II 72
Späni, Anton IV 105
Spahn, Elisabeth IV 145
Spahn, Emilie IV 144
Spahn, Martin I 35f, 42, 66, 70ff, 74, 77f, 97, 100f, 123, 130, 165, 222, 252; III 145, 162, 165f; IV 8, *143–158,* 274; VI 47
Spahn, Peter I 9, 11, 43, 47, *65–80,* 88, 105, 118ff, 122f, 127, 141, 164, 252, 300; IV 143f, 146
Spann, Othmar I 292; II 162; III 145; IV 127, 242; V 232
Speckner, Karl I 9; II 41
Speer, Albert VI 158
Speidel, Hans VI 183
Spengler, Oswald I 292; III 237, 240; VI 91
Sperr, Franz VI 58f
Spicher, Peter IV 105
Spiecker, Carl I 167, 171, 185; II 135; IV 248
Spiegel, Ferdinand August Graf von VI 9f, 17
Spillmann, Joseph IV 105
Sprenger, Jakob II 166
Sproll, Joannes Baptista II 96; V 8, 98, *104–117,* 286; VI 74
Sproll, Josef V 104
Sproll, Maria V 104
Spülbeck, Otto V 189
Stadtler, Eduard I 103, 212; IV 147, 151, 154, 156f; V 156
Staehle, Wilhelm VI 191
Staël, Germaine de V 43
Stahl, Friedrich Julius IV 9, 21; V 16, 46
Stainlain-Saalenstein, Hermann Graf von IV 94
Stalin, Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili VI 256
Stampfer, Friedrich I 186, 204
Stang, Stephan Alois V 265
Stanislaus, Katharina I 82
Stapel, Wilhelm I 292
Startz, Leokadia IV 53, 56f, 59
Staud, Johann III 186
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von II 98, 151, 193; V 210; VI 58ff, 63
Steber, Franz V 136, 145
Steding, Friedrich VI 165
Steenaerts, Johann Josef III 41
Steffens, Heinrich V 16
Steffes, Johann Peter III 149
Stegerwald, Adam I 8, 10, 12f, 36f, 40, 122f, 127, 154, 157, 163, 165, 186, 195, 197, 201ff, *206–219,* 238, 242, 244ff, 254, 259f, 307; II 127, 146ff, 180, 190, 203f; III 73, 166, 176f, 179, 181, 188f, 226; IV 123, 126, 147, 149, 151, 153f, 161, 180, 191, 193, 196; V 95, 206, 208, 211; VI 146, 173, 185, 200
Stehkämper, Hugo I 10
Steichele, Antonius von IV 38, 45
Stein, Edith II 8f, *25–36;* III 213, 215
Stein, Erwin IV 229
Stein, Franz Joseph von II 102
Stein, Karl Frhr. vom IV 18, 151; V 47
Stein, Rosa II 34f
Steinbüchel, Theodor I 101; V 230; VI 120
Steiner, Albert V 136, 144
Steinhoff, Fritz II 141; V 171, 173
Steinle, Edward von III 48
Steinmetz, Hans IV 229
Steltzer, Theodor VI 58, 109
Stepun, Fedor III 238
Stichaner, Franz Joseph von VI 11
Stiefvater, Alois V 85
Stieler, Georg III 177
Stifter, Adalbert III 262
Stimpfle, Josef VI 245
Stimsen, Henry L. I 260

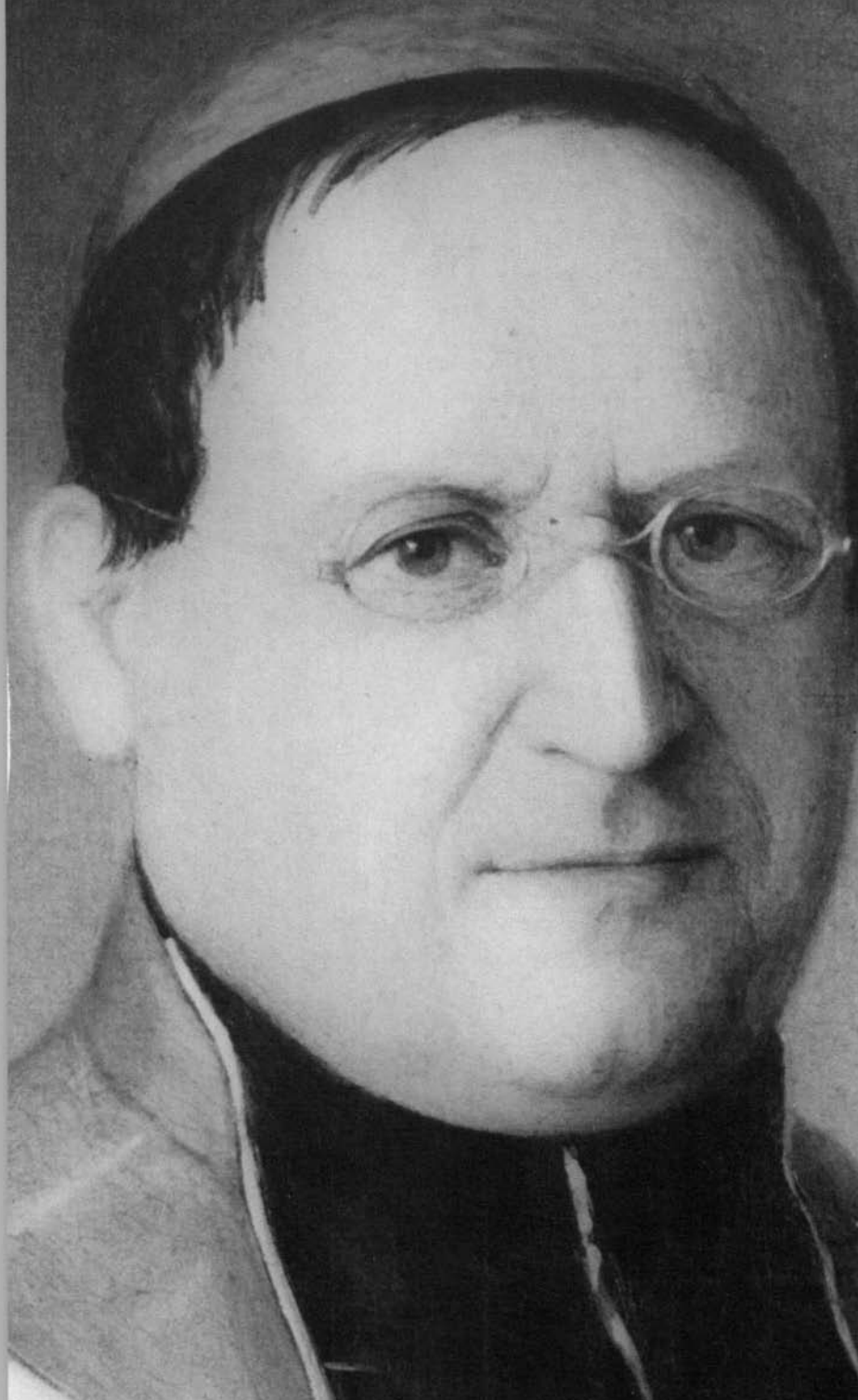
Stinnes, Hugo I 188; III 181
Stock, Christian IV 227, 229
Stöcker, Adolph I 151; III 109
Stoffels, Elise III 210, 213
Stohr, Albert V 115; VI 210
Stolberg-Wernigerode, Udo Graf zu I 70
Stolper, Toni I 7
Stolz, Alban III 147; V 23
Storch, Anton IV 8, *250–266,* 280; VI 181f, 184
Storck, Wilhelm III 163
Strachwitz, Alfred Graf von I 119
Sträter, Hermann Joseph VI 82
Stratmann, Franziskus V 154
Strauß, Franz Josef II 142; IV 238, 265; V 277; VI 152, 184
Strauss, Richard III 164
Strehler, Bernhard I 289f
Streicher, Julius VI 70, 72
Stresemann, Gustav I 146, 174, 185ff, 198, 204, 231ff, 268; II 189; IV 179
Strieder, Jakob VI 253, 255
Stuckart, Wilhelm III 250, 252
Stürtz, Anna Katharina VI 76
Stuhlweißenburg, Thomas V 150, 152, 154
Stumpf, August VI 67
Stutz, Ulrich I 264; II 65, 178
Suárez, Franz III 153
Suenens, Léon Joseph III 275
Süsterhenn, Adolf VI 7, *189–199,* 209, 236, 276f
Sybel, Heinrich von I 30; V 45f
Sylva-Tarouca, Graf III 140
Synesius von Cyrene, hl. V 57f

T
Tamms, Friedrich V 172f
Tangl, Michael II 178
Tattenbach, Franz von VI 59, 62
Taxil, Leo I 33
Teilhard de Chardin, Pierre II 58; VI 99
ten Hompel, Rudolf I 163
Tenhumberg, Heinrich II 209; IV 207
Teresa von Avila, hl. II 30, 35; VI 92, 100
Teusch, Christine I 10, 182, 261; II 8, *202–213;* III 211, 226, 229; V 214
Teusch, Josef III 218
Teusch, Käthe II 202, 207
Tewes, Ernst III 273
Thälmann, Ernst II 15
Theodosius, Kaiser II 120
Theresia, Mutter s. Gerhardinger, Karolina
Thibaut, Anton Friedrich V 42
Thieme, Karl II 121; V 230; VI 52f, 119
Thierack, Otto Georg IV 170
Thissen, Otto I 85; IV 117
Thoma, Ludwig I 221; III 75
Thomas, Albert I 156
Thomas von Aquin, hl. II 30f, 33ff; III 17, 22, 146, 153; IV 25, 28, 45; V 149; VI 250
Thomas von Kempen, hl. V 254
Thormann, Werner Ernst V 197, 203, 226, 230
Thrasolt, Ernst IV 92, 94ff, 99ff; V 181
Thurmair, Georg V 145
Tillessen, Heinrich I 111
Tillich, Paul V 227, 230
Tillmann, Fritz IV 198
Tilmann, Klemens V 145
Timmer, Gewerkschaftssekretär IV 191
Tirpitz, Alfred I 46, 189; IV 72f
Tocqueville, Alexis de III 83
Tönnies, Ferdinand IV 127f, 241
Topf, Erwin VI 155f
Topitsch, Ernst VI 261
Treitschke, Heinrich von IV 21, 144
Treviranus, Gottfried Reinhold I 216, 255, 262
Trimborn, Karl I 72, 76, *81–93,* 120, 122, 126, 164, 175f, 178f, 182, 241, 301; III 141; IV 117, 119, 126
Trimborn, Jeanne I 84
Trimborn, Julius I 83
Trimborn, Kornelius Balduin I 82
Trippen, Norbert VI 17
Troeltsch, Ernst III 129, 237
Trott zu Solz, August Frhr. von I 25
Trotzkij, Leo II 63
Tschirschky, Fritz Günther von II 86

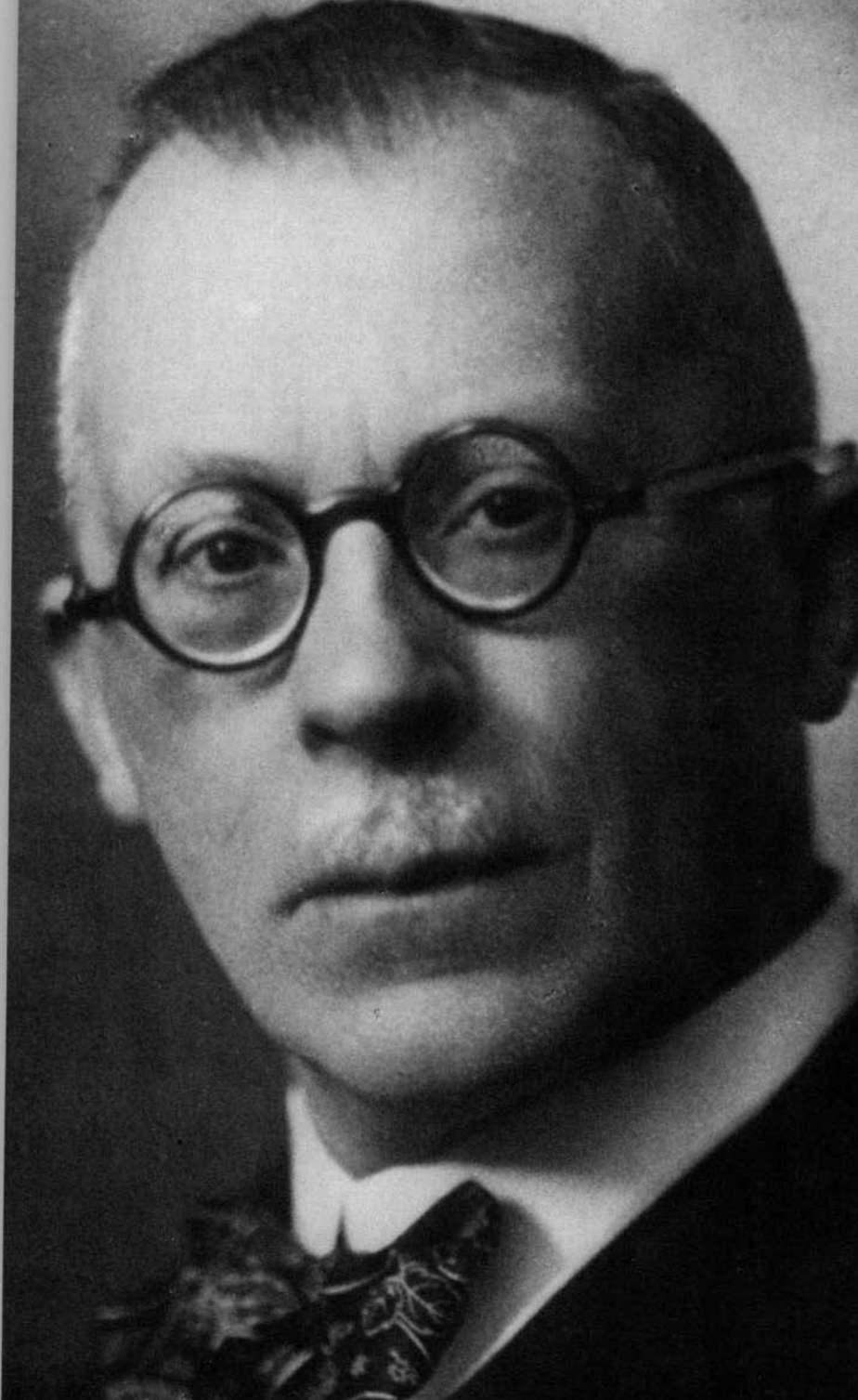
U
Uhl, Bernhard II 150
Ulbricht, Walter II 197
Ulitzka, Carl IV 8, *172–185*, 276
Unamuno, Miguel de VI 89
Unger, Johannes VI 51
Utz, Arthur F. IV 247

V
Valente, G. B. III 180
Valks, Hans IV 170
Vanistendael, August VI 125
Vanutelli, Serafino V 69
Velden, Johannes Joseph van der II 164; IV 129; V 209, 211; VI 7, *76–87*, 269
Velden, Leonhard van der VI 76
Viale-Prelà, Michele VI 13, 15f, 23f
Vicari, Hermann von V 18
Vierkandt, Alfred III 241
Vieth, Otto V 145
Vigener, Fritz IV 23, 40
Villey, Daniel III 235
Vinzenz von Paul, hl. IV 79, 91
Virchow, Rudolf V 52
Virnich, Karl I 69
Vockel, Heinrich I 236; II 163; IV 184, 193
Vögler, Albert III 181
Vogelsang, Karl Frhr. von III 130, 140, 177; IV 18, 241; V 244
Voigt, Georg V 196
Volk, Ludwig I 266, 271; II 42; V 183f; VI 64
Voltaire, Françoise Marie II 61
Vosen, Christian Hermann III 44
Vossen, Luise IV 57

W
Wacker, Theodor I 139
Wagner, Adolf II 110; III 141f; IV 118; V 81f
Wagner, Adolph II 161
Wagner, Georg V 136
Wagener, Hermann III 86
Wahlen, Johann VI 30
Wahlen, Johann Baptist VI 30
Waitz, Sigismund VI 252ff
Wallenreiter, Christian VI 247
Wallmeyer, Wilhelm V 86
Wallraf, Max I 85; II 188; VI 35
Walterbach, Carl VI 117
Warsch, Wilhelm V 164
Weber, Adolf III 238; IV 127; VI 54, 253, 255, 260
Weber, Alfred V 224
Weber, Christoph I 16; IV 148; VI 30
Weber, Friedrich Wilhelm I 34
Weber, Heinrich III 159; V 122; VI 259
Weber, Helene I 10, 136; II 5, 163, 213; III 8, 211, *223–234*, 292f; IV 139, 141; V 100; VI 220
Weber, Max III 129, 242; V 224; VI 253
Wegener, Paul IV 226
Wehner, Herbert IV 248, 258; VI 235
Weichmann, Herbert VI 212
Weiger, Joseph I 288, 293
Weil, Simone VI 94
Weis, Nikolaus VI 10f, 17
Weismann, Robert I 198
Weismantel, Leo I 99; IV 192
Weiß, Albert M. I 125; IV 241
Weiss, Konrad I 99
Weisser, Gerhard VI 235
Weitz, Heinrich II 138; III 252f; V 173
Weizsäcker, Ernst Frhr. von II 47
Wekbeker, Anna Maria V 44
Wekbeker, Franz Josef V 44
Wekbeker, Peter V 44
Welcker, Karl Theodor V 10
Wellmann, Hans IV 253
Welty, Eberhard II 150; IV 8, *240–249*, 279; V 157ff, 208, 211
Wendel, Joseph III 269, 271, 274; VI 233
Werner, Zacharias IV 21
Werthmann, Barbara IV 80
Werthmann, Johann IV 80
Werthmann, Josef IV 80
Werthmann, Lorenz I 61; IV 8, *79–91*, 270; V 16, 118, 121f, 124, 132, 179f; VI 66
Weskamm, Wilhelm III 265
Wessel, Helene I 172
Wessenberg, Ignaz Heinrich von I 17
Westenrieder, Lorenz von V 27
Wetterle, Emil IV 149
Weyer, Willi II 141
Wichern, Johann Hinrich IV 82; VI 185



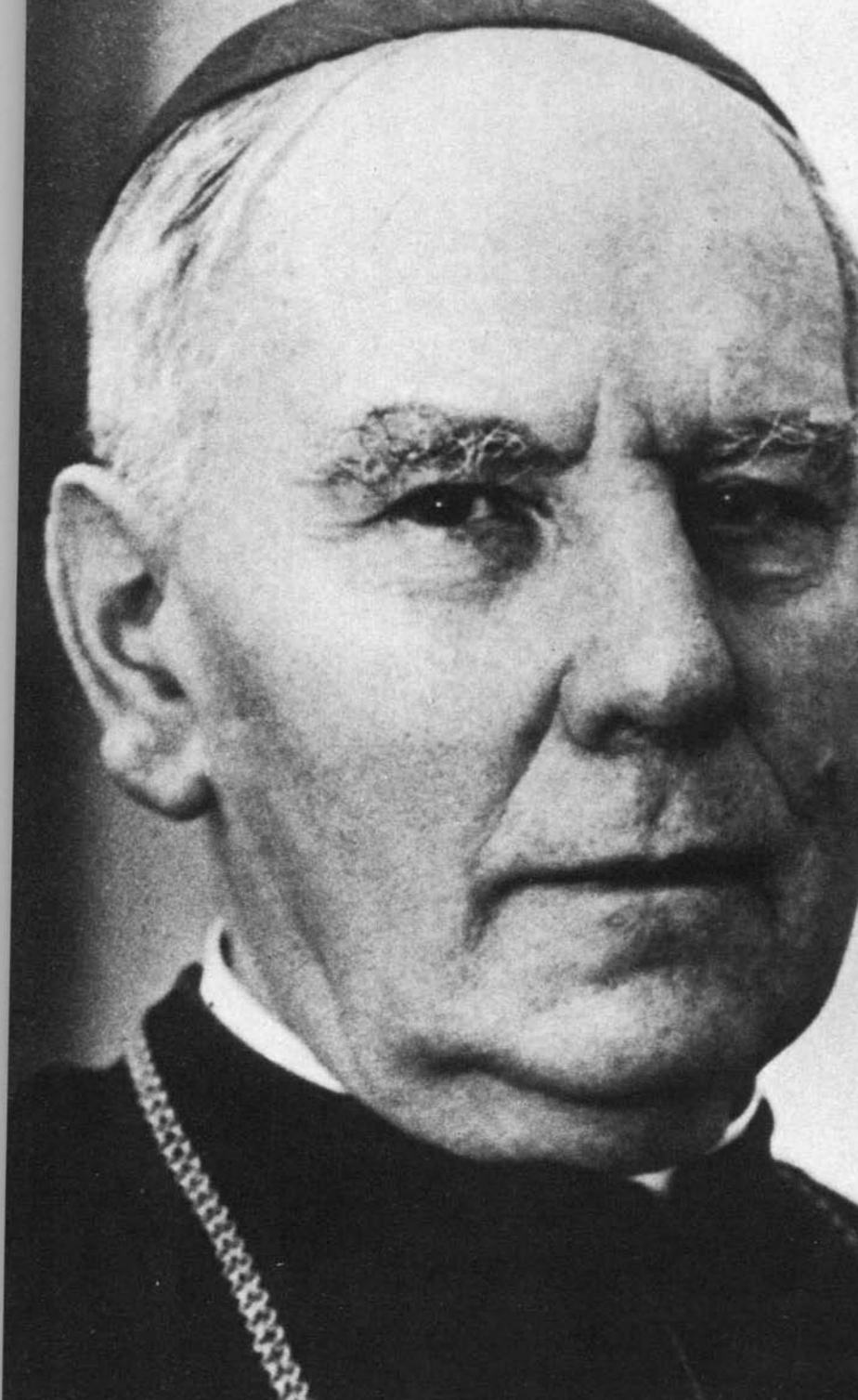
Johannes von Geissel (1796 — 1864)



Benedikt Schmittmann (1872 – 1939)



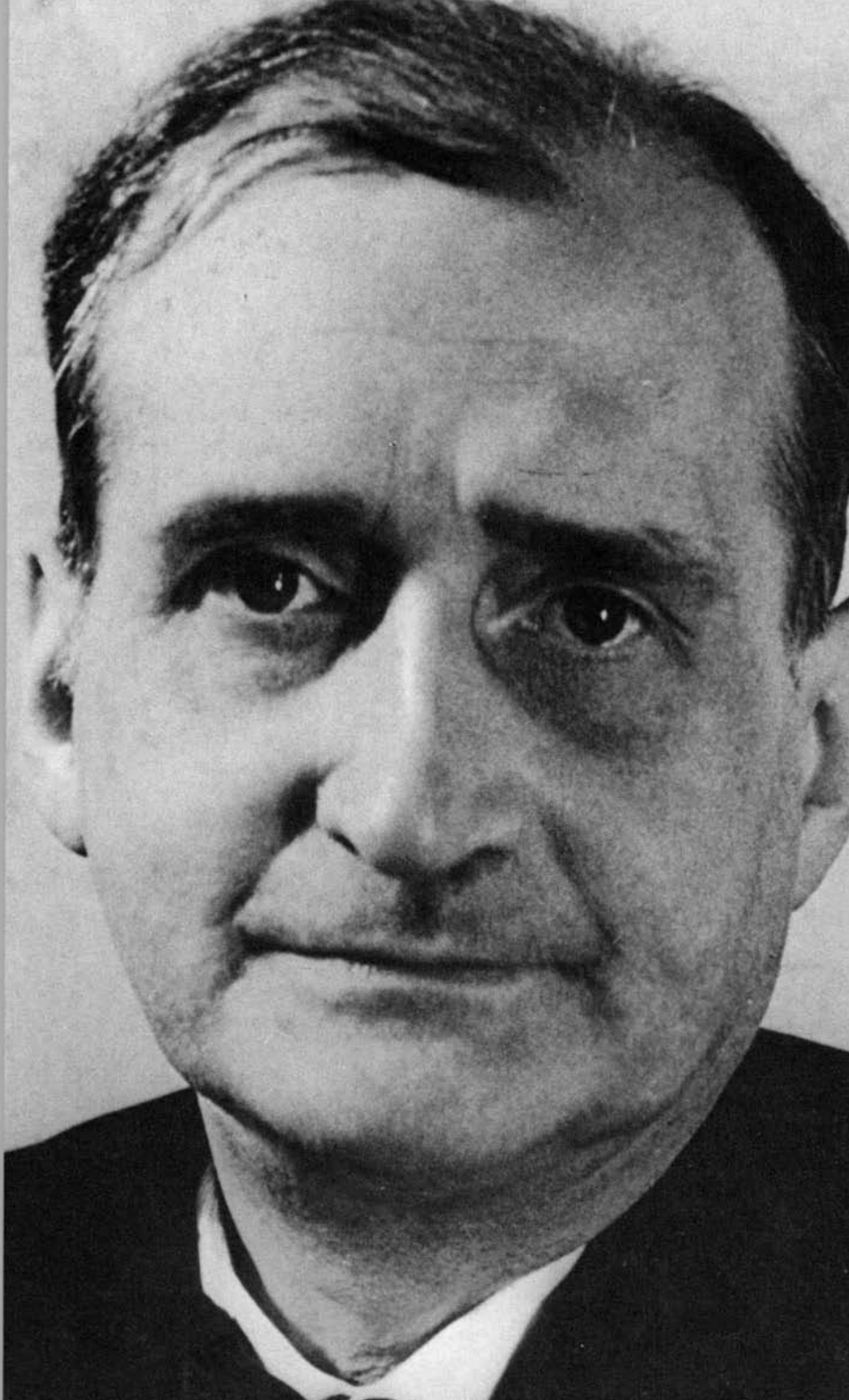
Alfred Delp SJ (1907 – 1945)



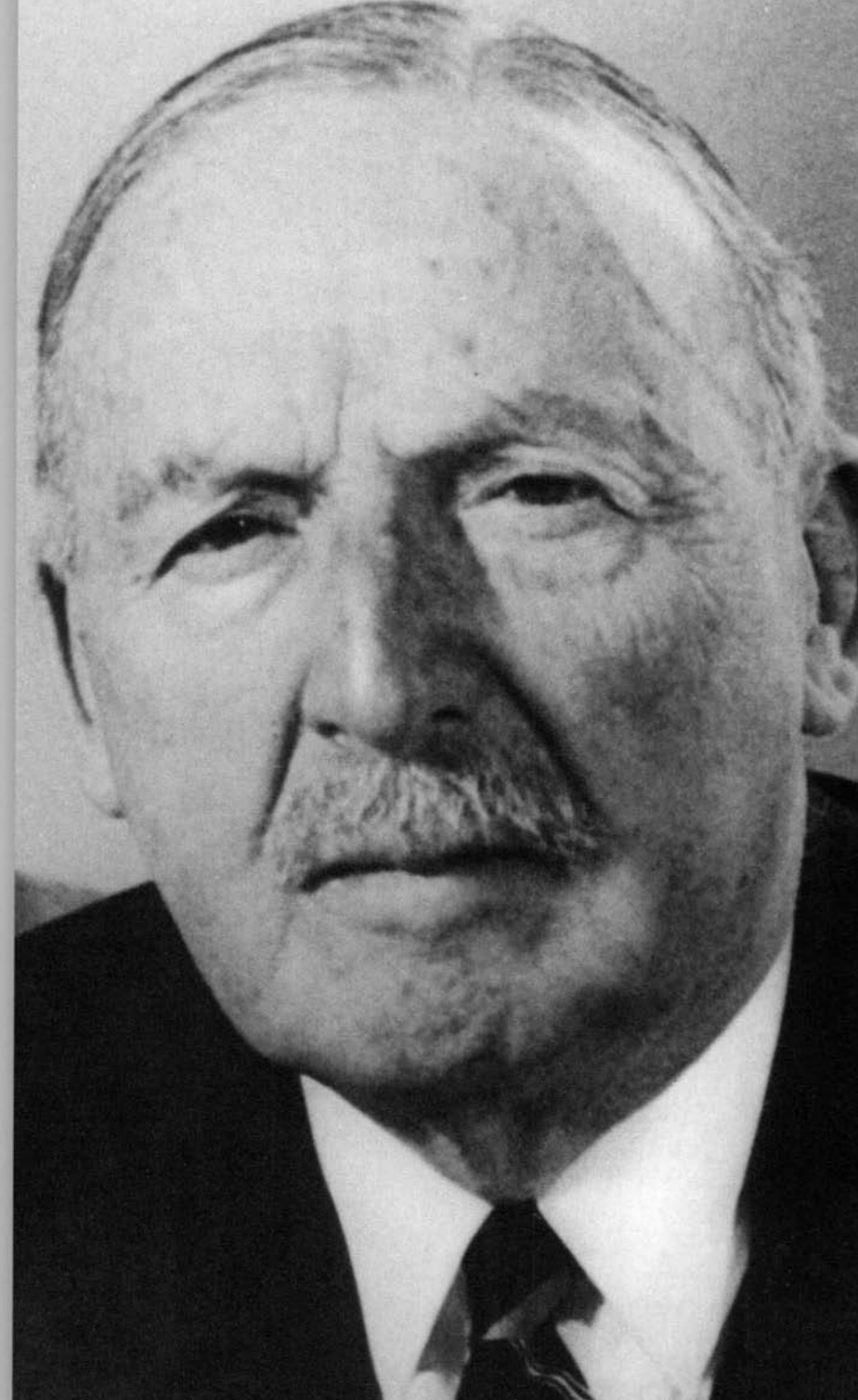
Conrad Gröber (1872 – 1948)



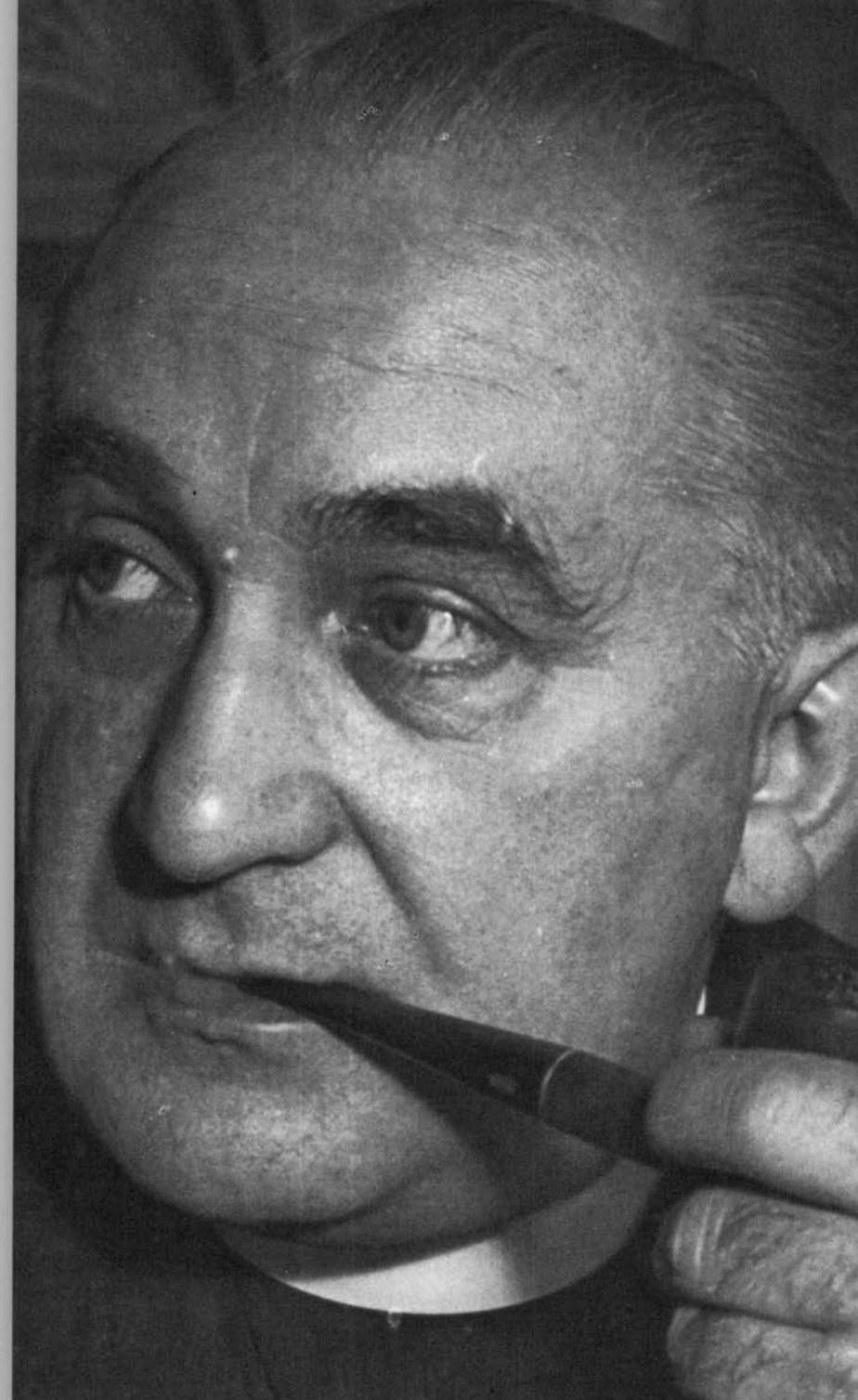
Johannes Joseph van der Velden (1891 — 1954)



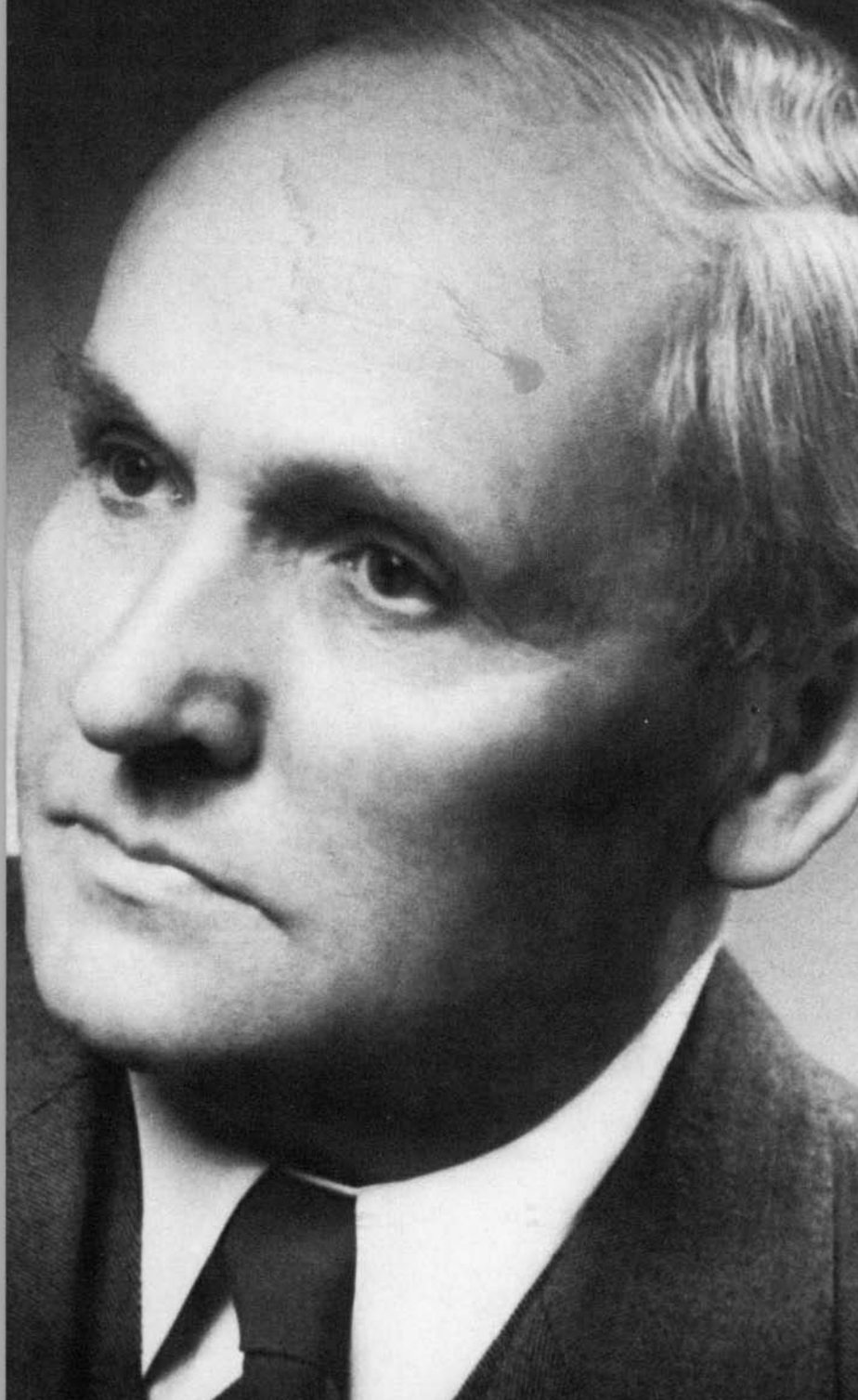
Reinhold Schneider (1903 – 1958)



Andreas Hermes (1878 – 1964)



Hermann-Josef Schmitt (1896 – 1964)



Paul Jostock (1895 — 1965)



Fritz Schäffer (1888 – 1967)



Heinrich Lübke (1894 – 1972)



Theodor Blank (1905 – 1972)



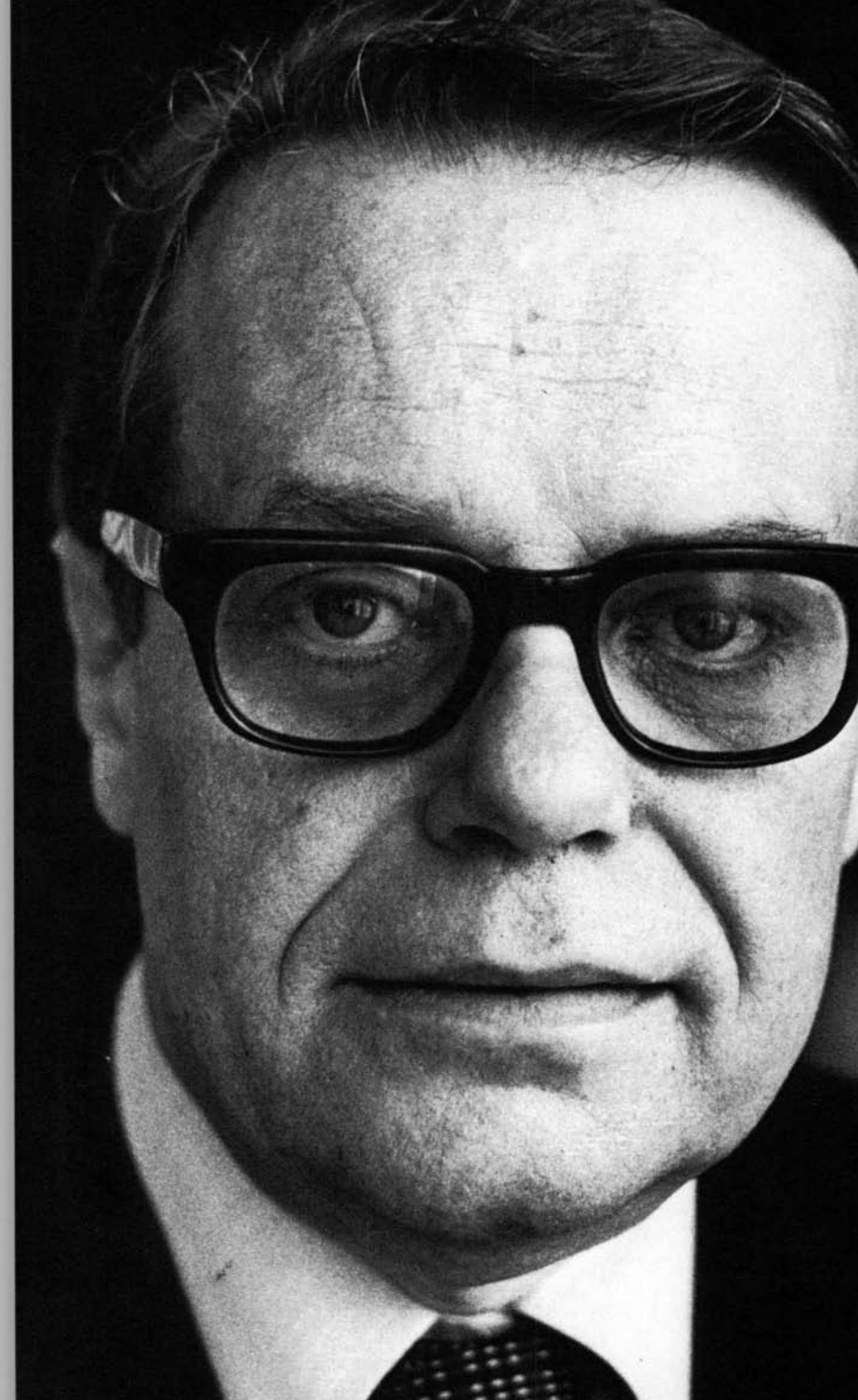
Adolf Süsterhenn (1905 – 1974)



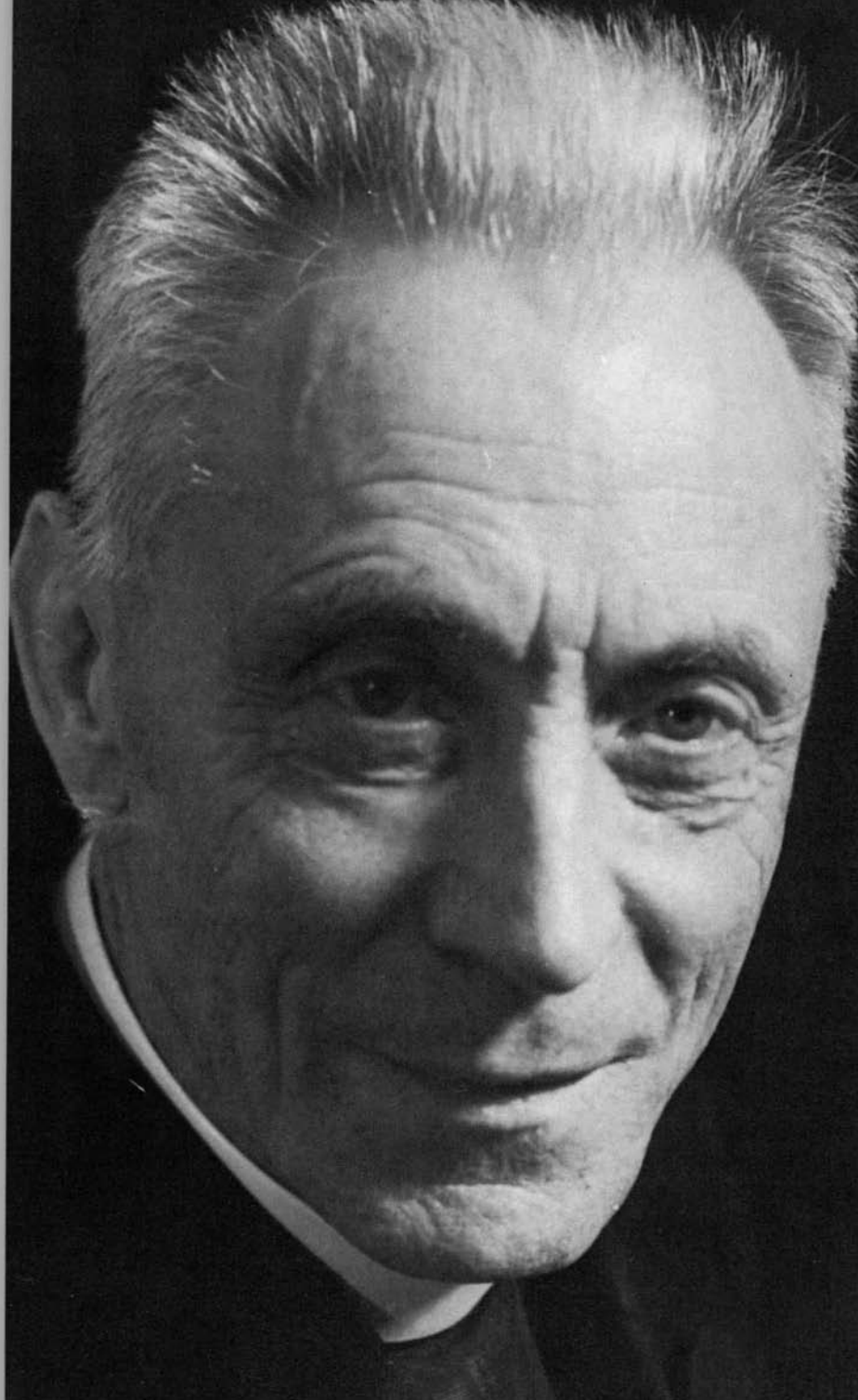
Peter Altmeier (1899 – 1977)



Elisabeth Zillken (1888 – 1980)



Karl Forster (1928 – 1981)



Johannes Messner (1891 – 1984)